Norbert Englisch

Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung

1979

Oldenbourg

BRAUNKOHLENBERGBAU
UND
ARBEITERBEWEGUNG

Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im
nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende
der österreichisch-ungarischen Monarchie

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde
des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

Vorgelegt von
Norbert Englisch
aus 6254 Elz

Marburg / Lahn 1979

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg/Lahn

als Dissertation angenommen am:	03.09. 1979
Tag der mündlichen Prüfung am:	03.09.1979
Hauptberichterstatter:	Prof.Dr.G. Heilfurth
1. Mitberichterstatter:	Prof.Dr.I. Bog
2. Mitberichterstatter:	Prof.Dr.W.Frhr.v.Bredow

NORBERT ENGLISCH

BRAUNKOHLENBERGBAU UND ARBEITERBEWEGUNG

Veröffentlichungen des Collegium Carolinum

Band 41

Herausgegeben vom Vorstand des
Collegium Carolinum
Forschungsstelle für die böhmischen Länder

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN WIEN 1982

Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung

Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde
im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende
der österreichisch-ungarischen Monarchie

von
Norbert Englisch

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN WIEN 1982

CIP Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Englisch, Norbert:
Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung:
ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier bis zum Ende der österreich.-ungar. Monarchie /
von Norbert Englisch. — München, Wien:
Oldenbourg, 1982.

(Veröffentlichungen des Collegium Carolinum;
Bd. 41)
ISBN 3-486-51061-4

NE: Collegium Carolinum ⟨München⟩:
Veröffentlichungen des Collegium Carolinum

© 1982 Collegium Carolinum, München

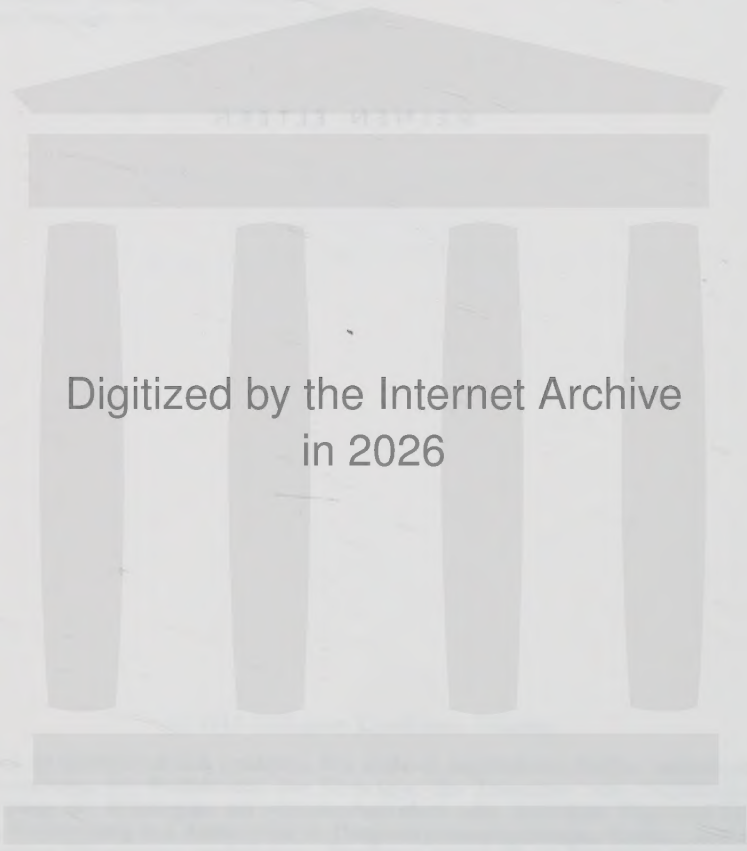
Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrages, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung, Verwendung und Auswertung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung vorbehalten. Werden einzelne Vervielfältigungsstücke für gewerbliche Zwecke hergestellt, ist an das Collegium Carolinum die nach § 54 Abs. 2 UG zu zahlende Vergütung zu entrichten, über deren Höhe das Collegium Carolinum Auskunft gibt.

Für Form und Inhalt trägt der Verfasser die Verantwortung.

Druck: Novotny jun., Söcking

ISBN 3 - 486 - 51061 - 4

MEINEN ELTERN



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546027_0001

INHALT

Vorwort 11

Einleitung 15

I. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des nordwestböhmischen Raumes 19

1. Die politische und ökonomische Entwicklung Böhmens und besonders des nordwestböhmischen Braunkohlengebietes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts 19

2. Das Berggesetz von 1854 und seine Folgen für die rechtliche und soziale Stellung der im Berbau Beschäftigten 29

3a. Die Herausbildung industrieller Strukturen und die Entwicklungsbedingungen kollektiven Handelns in der Arbeiterschaft 34

3b. Arbeit und "Leben" 43

II. Bergwerksbetrieb und Bergmannsarbeit 47

1. Bergwerksbetrieb 47

a. Die Entwicklung der Arbeitszeit 47

b. Betriebsorganisation 53

2. Bergmannsarbeit 66

a. Zum Verhältnis von Bergbau und Landwirtschaft 66

b. Grubenarbeit 69

c. Der Abraum 75

d. Die Arbeit als Gefahrenquelle für Leib und Leben 79

e. Entlohnung 82

III. Freizeit - Familie, Haushalt und politisch-gewerkschaftliche Betätigung 87

1. Familie und Haushalt 87

a. Die Bergarbeiterfamilie 88

b. Lohn und Lebenshaltung 96

2. Die (sozialdemokratisch orientierte) Bergarbeiterbewegung .. 107

a. Aufbau und Entwicklung von gewerkschaftlichen und politischen Vereinen bis zum Jahr 1890 108

b. Die Versuche zum Aufbau einer Zentralorganisation der Bergarbeiterbewegung (1890 bis 1903) 113
EXKURS: Das Fachblatt der (deutschsprachigen) Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs "Glück auf!" 117
c. Die Union der Bergarbeiter Österreichs 141
EXKURS: Die Ausstände (Streiks) der Bergarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 157
d. Schachtorganisation und Bruderlade 167
e. Der 1. Mai als Arbeiterfeiertag 175
f. Die lokalen Organisationen - Vereinsleben 181

Zusammenfassung 199

Anmerkungen 203

Anhang 267

Quellen- und Literaturverzeichnis 317

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN, TABELLEN UND DIAGRAMME

(soweit nicht im Anhang)

1. Gedicht über die Speisezettel eines Bergarbeiters und eines Vermögenden 101
2. Löhne und Preise im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 1882 bis 1917 (nach A. Jarolim) 103
3. Grad der Bedarfsdeckung der Bergarbeiterhaushalte 105
4. Titelblatt der 1. Nummer des "Glück auf!" 119
5. Die Entwicklung der Auflage der Fachblätter der Union der Bergarbeiter Österreichs 121
6. Entwicklung der Mitgliedszahlen der Bergarbeiterbewegung bis zur Gründung der Union
   Mitglieder von Distriktsverbänden im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 129
7. Mitglieder der Union der Bergarbeiter Österreichs (Jahresdurchschnitt) 143
8. Mitgliederstand nach Sprachen und Revieren
   Organisationsgrad der Bergarbeiterschaft in der Union der Bergarbeiter Österreichs (in %)
   Mitgliederstand im Revier Turn (in %) des Gesamtmitgliederstandes der Union 145
9. Mitglieder in Ortsgruppen und Zahlstellen der Union der Bergarbeiter Österreichs (1909) 151
10. Der Bezug von Fachblättern nach einzelnen Revieren
    Der Bezug von Fachblättern im Revier Komotau-Brüx-Teplitz 152
11. Der Bezug von Fachblättern in einzelnen Ortsgruppen im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier
    Titelblatt des "Glück auf!" (Nr. 8/1893) 153
12. Aufruf der Union der Bergarbeiter Österreichs und des Svaz československých horniků v Mostě nach der Auflösung der Monarchie ... 166
    Mitteilung des Unionsvorstandes über die Änderung des Wirkungsbereiches der Union 168
13. A.W. Teuchert: Das Erwachen (Gedicht zum 1. Mai 1905) 178
14. A.W. Teuchert: Des Bergarbeiters Maientag (Gedicht) 179

ANHANG

1. Übersicht über die Entwicklung der Gesamtbelegschaft im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 268
2. Gliederung der Berufstätigen in den politischen Bezirken des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers (1900) 269
3. Die politischen Bezirke Böhmens mit stärkster Vertretung der Berufstätigen im Berbau und Hüttenwesen (1900) 270
4. Auszüge aus dem Arbeitsbuch des Bergarbeiters Alois Frank sen. 271
5. Statuten des politischen Vereines "Karl Marx" (Teplitz 1896) 284
6. Statuten des Arbeiter-Turnvereines "Einigkeit" für Klostergrab und Umgebung (1907) 291
7. Die Entwicklung der Bruttolöhne in den Revier-Bergamtsbezirken Teplitz, Brüx und Komotau für Häuer und Förderer 1886-1910 ... 303
8. Vergleich der Brutto-Durchschnittslöhne von Häuern und Förderern mit den Aufsichtsorganen und den Bediensteten der Zentralbruderlade (in Kronen) 304
9. Die Wochenlöhne der Bergarbeiter und die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (1882-1921) 305
10. Haushaltslisten von Bergarbeitern aus den Jahren 1892, 1898, 1906, 1911 und 1915 307
11. Der relative Verbrauch von Lebensmitteln nach der Menge (pro Kopf und Monat) in kg, l und Stück 314
12. Der Anteil der einzelnen Lebensmittel(gruppen) in % an den Gesamtausgaben für die Nahrung 315
13. Die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnen (Miete) in % der Gesamtausgaben 315

VORWORT

Die vorliegende Arbeit entstand auf Anregung von Frau Dr. Hertha Wolf-Beranek, der langjährigen Leiterin des "Sudetendeutschen Wörterbuchs" in Gießen, die im Juni des Jahres 1977 verstorben ist. Der Verfasser selbst war während seines Studiums an der Justus Liebig-Universität in Gießen in dieser Institution über mehrere Jahre hinweg mit hilfswissenschaftlichen Arbeiten betraut und konnte sich so Einblicke in die sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten der ehemals vorwiegend deutsch besiedelten Gebiete innerhalb des heutigen Staates Tschechoslowakei verschaffen. Es zeigte sich dabei, daß in vielfältiger Weise eine Übernahme von kulturellen und sprachlichen Äußerungen durch die Angehörigen der jeweils anderen Nation erfolgt war. Betrachtet man demgegenüber die Literatur, die sich mit Problemen des ostmitteleuropäischen Raumes beschäftigt, so fällt auf, daß sie mehr die bestehenden Differenzen betont als die zweifellos auf verschiedenen Ebenen vorhandenen Gemeinsamkeiten. Die jüngere historische Vergangenheit verleitete dazu, den oder die Schuldigen auf der anderen Seite zu suchen und so wurden die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen noch mehr belastet, als sie es ohnehin schon waren. Dieser Umstand darf jedoch nicht dazu führen, daß die Tatsache des jahrhundertelangen Zusammenlebens von Angehörigen der deutschen und tschechischen Nation, und dies auch besonders im Hinblick auf die zukünftigen Beziehungen, geflissentlich übergangen wird bzw. nur von einer bestimmten wissenschaftlichen Tradition okkupiert wird. Gerade für den wissenschaftlichen Bereich ist zu konstatieren, daß wegen der Brisanz der Thematik sich weder die (west-) deutsche noch die ebenfalls betroffene österreichische Seite für die Erörterung der sozialen Beziehungen der Menschen, die innerhalb des böhmischen Raumes gelebt haben, besonders zuständig fühlen, von wenigen Einrichtungen einmal abgesehen. Dieser Eindruck verstärkte sich beim Verfasser insbesondere bei der Durcharbeitung von globalen Darstellungen, wie etwa den Sozial- und Wirtschaftsgeschichten der beiden Länder. Hier muß es vor allem auch ein Anliegen der jüngeren Generation werden, sich zunächst einmal unvoreingenommen Klarheit über die Bedingungen und die tatsächlichen Lebensäußerungen der Menschen, die in diesem Raum lebten, zu machen. Wenn auch ein Lernen aus der Geschichte nur begrenzt und aus bestimmten Voraussetzungen heraus möglich ist, da sich die Konstellationen im historischen Verlauf immer nur ähneln, nie aber gleichen können, so kann doch ein Einblick in komplizierte Verhältnisse, wie es die innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie ohne Zweifel gewesen sind, doch in dem Sinne richtungsweisend werden, daß die für ein Zusammenleben der Menschen in Frieden sich dauernd stellende Notwendigkeit von Toleranz neu beleuchtet wird. Und Toleranz muß sich sehr weitgehend manifestieren und gewinnt un-

ter den sich dauernd verändernden Bedingungen menschlichen Lebens immer wieder neue Dimensionen, wenn sie die menschlichen Belange im Hinblick auf ein menschenwürdiges Dasein begreifen und verwirklichen will. Aber schon am Einfühlungsvermögen und dem Willen zur Toleranz fehlt es allenthalben.

Unter den angesprochenen Aspekten gewinnt die Beschäftigung mit der entstehenden Arbeiterbewegung im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn eine besondere Bedeutung. Als einziger, wenn auch im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert aufgrund der herrschenden Verhältnisse noch schwacher gesellschaftlicher Faktor stellte sie die übernationalen Belange grundsätzlich in den Vordergrund. Von daher mußte es eine interessante Frage sein, wie sich dieser Anspruch auf das Leben und Verhalten der Mitglieder auswirkte. Die Organisierung der Arbeiterschaft erfolgte im Verlaufe der Industrialisierung zunächst in den allgemeinen Arbeitervereinen, bevor man zur Branchenorganisation fortschritt. Es war daher ratsam, sich auf eine besondere Gruppe innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung zu beschränken.

Ein Wort zur vorgefundenen Quellenlage: Die wissenschaftlichen Betrachtungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts berücksichtigten Arbeit und Leben der Bergarbeiterschaft, wie der gesamten Arbeiterschaft, nur unangemessen. Für den gewählten Untersuchungszeitraum stellen für den Bereich des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers das Kapitel "Die Braunkohlenarbeiter unter dem Erzgebirge" in dem im Jahr 1881 erschienenen Buch von Albin Bráf "Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse" sowie die Dissertation von Friedrich Schlegel ("Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmensformen und Absatzverhältnisse", Leipzig 1917) die grundlegenden Arbeiten dar. Eine zusammenfassende Darstellung über die sozialdemokratisch orientierte Bergarbeiterbewegung lag nicht vor. Die vorliegende Untersuchung ist somit als Versuch zu betrachten, eine Lücke füllen zu wollen. Sie stützt sich dabei in erster Linie auf die Arbeiterpresse, besonders das (deutsche) Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs "Glück auf!", dessen Ausgaben - bis auf wenige fehlende Nummern - in der Nationalbibliothek in Wien vorhanden waren. Dieses Fachblatt erweist sich in vieler Hinsicht als Spiegel der entstehenden Bergarbeiterbewegung. Das nahezu völlige Fehlen von Literatur in tschechischer Sprache erklärt sich einmal aus dem Umstand, daß für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit kein tschechisches Quellen- und Archivmaterial vorliegt, wie auch Vařeka in seiner vierten ethnographischen Studie anmerkt und wie Nachforschungen im Technischen Museum in Prag ergaben. Die zeitgenössische Literatur war in deutscher Sprache verfaßt, die aus dem innerböhmischen Raum zugewanderten Tschechen waren ja auch zunächst für die Wissenschaft kaum ein Thema, da man den Zuzug für vorübergehend hielt.

Mit der einheimischen deutschen Bevölkerung hatten die Tschechen so gut wie keinen Kontakt; auch von daher gesehen wird klar, warum so wenig Nachrichten von den Bergarbeitern tschechischer Nation vorhanden sind. An relevanter jüngerer tschechischer Literatur, wenn sie nicht ins Deutsche übersetzt wurde, stellten sich allein die in der Zeitschrift "Český Lid" zwischen 1969 und 1974 erschienenen fünf Aufsätze zur Bergarbeiterkultur von Josef Vařeka heraus, die sich jedoch hauptsächlich mit der Zeit nach 1918 beschäftigen. Sie wurden der Vollständigkeit halber nachträglich eingearbeitet. Das hauptsächliche Quellenmaterial und auch die meiste Sekundärliteratur mußten durch mehrfache Reisen nach Wien erschlossen werden.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Gerhard Heilfurth, der mir das Verständnis für die Probleme der tiefgreifenden Veränderungen aller Daseinsbereiche, die sich im Zuge der Industriellen Revolution ergaben, sowie das besondere nötige Verständnis, das für eine Beschäftigung mit dem Montanbereich unabdingbar ist, näherbrachte. Er hat den Fortgang dieser Arbeit immer wohlwollend gefördert. Ein weiterer Dank gilt der Friedrich-Ebert-Stiftung, die mich durch ein Stipendium und darüberhinaus bei den notwendigen Reisen finanziell unterstützte.

Die vorliegende Arbeit ist eine leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die 1979 vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg/Lahn angenommen wurde.

Norbert Englisch

EINLEITUNG

Die wirtschaftliche Gliederung der Kultur erfolgt üblicherweise in die der drei Sektoren: 1. primärer Sektor der Urproduktion, 2. verarbeitendes Gewerbe und 3. die Dienstleistungen. Das Montanwesen stellt innerhalb des Sektors der Urproduktion einen großen selbständigen Bereich dar. Die Kohle, also sowohl die Stein- wie auch die Braunkohle, erlangte im Verlaufe des 19. Jahrhunderts als Energiebasis und Grundstoff der Industrie eine hervorragende Bedeutung. Das Gebiet des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers, von dem hier vornehmlich die Rede sein soll, entwickelte sich schnell zum wichtigsten Revier, was die Förderung der Braunkohle anbetraf, innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie; Österreich-Ungarn wurde zum zweitgrößten Braunkohlenproduzenten der Welt. Die tiefgreifenden Struktur- und Funktionsveränderungen im Verlauf der Industrialisierung, einem Prozeß, der auch gern mit dem Begriff "Industrielle Revolution" belegt wird, hatten einen sozio-kulturellen Wandel im Gefolge, der in quantitativer wie qualitativer Hinsicht alle Daseinsbereiche menschlichen Lebens erfaßte. Um die für den Bergbau relevanten Veränderungen angemessen einordnen zu können, gilt es zunächst, die Ausgangsposition des Kohlenbergbaus darzustellen. Hier offenbart sich ein besonderer Charakter dieses Bereiches; infolge der Standortgebundenheit des Bergbaus insgesamt und der jahrhundertelangen Traditionen, die sich besonders in der Sonderstellung der dort arbeitenden Menschen und ihren kulturellen Äußerungen zeigen, nahm der Bergbau eine Sonderstellung gegenüber den anderen in der Entstehung begriffenen industriellen Branchen ein. Die etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts sowohl in Deutschland wie in Österreich-Ungarn vorgenommene Verfassungsänderung des Berggesetzes leitete für den Kohlenbergbau eine Entwicklung ein, auf deren Auswirkungen für die Betriebsorganisation und die Beschäftigten ausführlich einzugehen sein wird. Der Bergmann der ständischen Verfassung wurde aufgrund der neuen Wirtschaftsverfassung zum Bergarbeiter. Mit dem Begriff Bergarbeiter sind im Folgenden alle diejenigen Personen gemeint, die mit dem Gewinnen, dem Fördern und dem Aufbereiten von Kohle beschäftigt waren; es sind also die in den Kohlengruben untertags und obertags Beschäftigten.

Innerhalb der Volkskunde als Wissenschaft ist nach 1945 eine Wendung zur Gegenwart zu beobachten, die der industriellen Gesellschaft gemäßen Formen und Inhalte finden Eingang in die volkskundliche Literatur: "Die entschiedene Hinwendung volkskundlicher Forschung zur Sachkunde, zu Arbeit und Gerät wie Alltagsleben und den der Industriegesellschaft gemäßen Lebensformen, verkürzt als Arbeitervolkskunde deklariert, ist heute Tatsache." (Zender, M. Geschichte der Forschung im 20. Jahrhundert. In:

Wiegelmann/Zender/Heilfurth: Volkskunde, Eine Einführung, S. 37/38) Die vorliegende Arbeit schließt an diese doch noch recht junge Forschungsrichtung an, die Arbeit und Alltagsleben als einen Teil historischer Forschung begreift. Ausgehend von den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter soll eine Bestimmung der wesentlichen Merkmale und Auswirkungen für die betroffenen Menschen im Verlaufe der sich vollziehenden Veränderungen im Industrialisierungsprozeß erfolgen, d. h. die kulturale Seite des Lebens der Bergarbeiterschaft und der Bergarbeiterbewegung soll durch eine Einbindung in die Arbeits- und Lebenswelt erfaßt werden. Das gemeinsam erfahrene Gruppenschicksal der im Bergbau Beschäftigten ließ neue Formen der Interessenfindung und -artikulation entstehen, denen es im zweiten Teil auf den Grund zu gehen gilt. Die Frage muß lauten: Wann, wie und wozu wurden im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier resp. in der österreichisch-ungarischen Monarchie gewerkschaftliche Vereinigungen gegründet, die sich auf den Boden der Sozialdemokratie stellten? Was waren die Antriebe, wie sahen die Formen aus, in denen sich die diskutierten Inhalte konkretisierten? Für welche Zwecke nahmen die Bergarbeiter das zweifellos als Risiko zu bezeichnende Unterfangen auf sich, sich zu organisieren? Zur Beantwortung gilt es zunächst, die Handlungsbedingungen kollektiver Interessenartikulation für den Bereich der Arbeiterschaft insgesamt und für die Bergarbeiterschaft besonders festzustellen, um mögliche oder unmögliche Spielräume abschätzen zu können. Das konkrete Verhalten und Handeln der Bergarbeiterbewegung kann Indiz dafür sein, was man gemeinhin als "Bewußtsein" bezeichnet. Für die Situation in der aus mehreren Nationen bestehenden österreichisch-ungarischen Monarchie ergibt sich von daher das besondere Problem, wie sich das Zusammenleben von Menschen zweier verschiedener Nationalitäten innerhalb der Bergarbeiterbewegung gestaltete. Der Wille zum Einvernehmen war zwar in dem Programm der "Internationalität" der Sozialdemokratie dokumentiert, die vielfältigen sozialen und nationalen Komponenten müssen jedoch auch auf die Tagespolitik der Bergarbeiterbewegung Auswirkungen gehabt haben.

Die Fülle der Details sowie der komplexe Ansatz, wie er innerhalb des Faches charakteristisch ist, bergen Gefahren der Überbetonung oder Überschätzung von Faktoren in sich, denen sich der Untersuchende bewußt sein muß. Allerdings kann es nicht Aufgabe der vorliegenden Untersuchung sein, die politisch-theoretische Seite des Phänomens Arbeiterbewegung zu untersuchen, also das, was man gemeinhin Ideengeschichte nennt, zu betreiben. Die Organisationsgeschichte muß innerhalb der Volkskunde, sowohl was die Formen und Inhalte angeht, einen anderen Stellenwert einnehmen als dies in der Politikwissenschaft der Fall ist. Aufgabe der Volkskunde ist es, die Entwicklung der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der konkreten sozialen Lage der Bergarbeiterschaft zu untersuchen.

Mit der Bezeichnung "Nordwestböhmisches Braunkohlenrevier" wird der Raum angesprochen, in dem sich in der Zeit des gewählten Untersuchungszeitraumes (Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahr 1918) die Produktionsstätten des Braunkohlenbergbaus, aber auch die davon räumlich getrennten Wohnstätten der Sozialgruppe der Bergarbeiter befanden. Die Bezeichnung des Gebietes machte infolge der Verlagerung des Braunkohlenbergbaus vom östlichen Beckenrand (Gebiet um Teplitz-Teplice) der geologischen Mulde in das Zentrum in der Literatur laufend Änderungen durch. Sie erfolgte meist durch die Nennung der im nordwestböhmischen Raum wichtigsten städtischen Ballungen (Teplitz-Teplice, Aussig-Ústí n. L., Brüx-Most, Dux-Duchcov, Komotau-Chomutov) in Verbindung mit dem Begriff "Revier".

I. ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES NORDWESTBÖHMISCHEN RAUMES

1. Die politische und ökonomische Entwicklung Böhmens und besonders des nordwestböhmischen Braunkohlengebietes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Weizsäcker unterscheidet drei Phasen (Blütezeiten) innerhalb der Geschichte des Bergbaus in den Sudetenländern [1]: Die erste Blüte ging mit dem Beginn der Hussitenkriege zu Ende, die zweite Phase begann mit dem 16. Jahrhundert und kam durch den Dreißigjährigen Krieg zum Erliegen. Den Beginn der dritten und heute noch andauernden Blütezeit setzt Weizsäcker mit der Mitte des 18. Jahrhunderts an. Während in der ersten Blütezeit ausschließlich der Erzbergbau dominierte, der seine Zentren in Iglau, Kuttenberg und dem Erzgebirge hatte, sind in der zweiten die ersten Anfänge des Kohlenbergbaus zu beobachten. Die erste Verleihung auf Kohle erfolgte zwar schon um 1463 und damit später als in anderen Ländern, wie Weizsäcker anmerkt [2]; es existieren auch Nachrichten, daß um die Mitte des 16. Jahrhunderts bereits Kohle im Kreis Kaaden (Kadaň) gefördert wurde. Dormitzer/Schebek berichten aus dem Jahre 1559 von dem Joachimsthaler Berghauptmann Bohuslaw Felix von Lobkowitz [3], der in Böhmen Steinkohle gefunden hatte. Ob es sich dabei um Stein- oder Braunkohle gehandelt hat, ist nicht zu ermitteln, da bis um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert beide Kohlearten mit dem Begriff "Steinkohle" bezeichnet wurden. Jedoch wird schon das Problem des Holzmangels für die Kreise Leitmeritz (Litoměřice) und Saaz (Žatec) angesprochen, der Wert der Kohle somit schon recht früh erkannt. Dormitzer/Schebek geben auch an, daß die Kohle noch nicht zu Feuerungszwecken im Haus verwendet worden ist, sondern wahrscheinlich von Schmieden benutzt worden sei [4]. Überhaupt scheint vor der Nutzung der Kohle zu Heizzwecken die industrielle Nutzung gestanden zu haben. Schon für den Beginn des 17. Jahrhunderts wird der Einsatz der Braunkohle beim Alaunsieden, Kalkbrennen und Schwefeltreiben erwähnt [5]. Der Abbau der Braunkohle wurde nicht systematisch betrieben, war eher ein Nebenprodukt, da - wie Gnirs berichtet - der Alaunhandel über Venedig fast zum Erliegen gekommen war und zwischen der Braunkohle im Elbogner Raum reichlich alaunhaltige Tone auftraten [6]. Da diese ebenfalls noch mit Schwefelkies durchsetzt waren, wurde die Braunkohle gesucht, um aus ihr Schwefel und Vitriol zu gewinnen [7]. Die Kohle selbst zählte im 16./17. Jahrhundert noch nicht zum Bergregal, ein Hinweis darauf, daß sie noch nicht sehr viel in Gebrauch gewe-

sen ist und aus ihrer Verwendung kein wirtschaftlicher Gewinn zu erzielen war. Anders die Alaunerzeugung: Alaun wurde unter dem Namen Alaunerz verliehen und unterlag damit der Zehentpflicht[8]. An ein Heizen der Häuser mit Kohle war noch nicht zu denken, da die Entwicklung zum Ofen und damit zur geschlossenen Feuerstelle noch nicht vollzogen war. Man benutzte damals (freie) Herdstellen sowie offene Kamine und konnte somit die starke Gasentwicklung der Kohle noch nicht eindämmen. Das Erliegen des Bergbaus ist dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges zuzuschreiben, Böhmen stellte ja bekanntermaßen einen der Hauptkampfplätze dar. Weizsäcker weist jedoch noch darauf hin, daß schon zu Ende des 16. Jahrhunderts die alte Steuerfreiheit der Bergstädte nicht mehr beachtet worden sei. Das Betreiben eines Bergbaus hat zu jeder Zeit enorme Investitionen verlangt, der Verlust dieser Freiheit mußte sich zwangsläufig auf die Intensität innerhalb des gegebenen wirtschaftlichen Systems auswirken. Die Handwerker auf der einen und die Bergleute auf der anderen Seite besaßen eigene Organisationen; die Zünfte und Bruderschaften sind als gewerkvereinsähnliche Gebilde zu charakterisieren, während die Knappschaften, in Österreich "Bruderladen" genannt, vom Monarchen eingerichtete obligatorische Vereinigungen darstellten, um die Bergleute bzw. deren Angehörige bei Krankheit, Invalidität und Todesfall finanziell zu unterstützen. Darüberhinaus erfüllten die Bruderladen noch weitgehende soziale Funktionen. Die Bergleute des Erzbergbaus waren seit jeher mit verschiedenen Privilegien ausgestattet gewesen, die erst mit dem Berggesetz von 1854 in Österreich ein Ende fanden.

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges sollte der Bergbau wieder zur Blüte gebracht werden. Dies konnte nur geschehen, indem Vergünstigungen und Vorrechte für Gewerken (das sind damals die Geldgeber (=Arbeitgeber)) und Arbeiter erteilt wurden. So wurde in Böhmen im Jahre 1668 das Gedinge eingeführt, bei dem die Entlohnung nicht nach den wöchentlich angefahrenen Schichten, sondern nach der geleisteten Arbeit und nach einem festgelegten System eingerichtet wurde[9]; es wurde die Befreiung der Bergleute von der Rekrutenstellung bekräftigt (seit 1757) sowie von Maria Theresia der Verbau von zwei Armenkuxen eingeführt[10], die für die Krankenhäuser verwendet werden sollten. Als einen gewichtigen Grund für das wirtschaftliche Zurückbleiben Böhmens im 18./19. Jahrhundert führt Grunzel an, daß im Zuge der Gegenreformation, die in den habsburgischen Ländern gut ein halbes Jahrhundert später als im deutschen Bereich durchgeführt wurde, viele Bewohner des nördlichen Böhmen ihr Land verließen, da "gerade die gewerbfleißigen Grenzstädte des nördlichen Böhmen (waren) lutherisch geworden" waren[11]. Während des 18. Jahrhunderts erfuhr Böhmen innerhalb der Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie intensive Unterstützung im Rahmen von Initiativen in der Gewerbepolitik. Schon im Jahre 1705 wurde eine sogenannte "Kommerz-Deputation" für Böhmen er-

richtet, die sich besonders um industrielle Ansiedlungen kümmern sollte.[12] Gerade im nordwestböhmischen Raum führte dies zur Begründung von verschiedenen Gewerben, ein Umstand, der dann erst später im 19. Jahrhundert im Zuge der rapiden Entwicklung des Braunkohlenbergbaus zum Tragen kommen sollte. Im Jahre 1715 wurde in Oberleutensdorf (Horní Litvínov) eine Tuchfabrik gegründet[13]. Der Gründer der Fabrik, Graf Johann Josef Waldstein, hatte die ersten Arbeiter aus Holland kommen lassen, die den einheimischen Kräften neue Arbeitsmethoden beibrachten[14].

Doch erst der Verlust Schlesiens an Preußen führte zu für die damalige Zeit enormen Investitionen: Böhmen sollte als Ersatz die Funktion Schlesiens (Leinwandhandel) übernehmen. Es seien hier nur einige Maßnahmen genannt: Berufung ausländischer Meister, die neue Arbeitsmethoden mitbrachten; die Errichtung von Spinnschulen; Prämiensysteme (auf Erfindungen; Ausfuhrprämien)[15]. Neben diesen Maßnahmen innenpolitischer Art traten dann solche, die den Außenhandel betrafen. Das Zollpatent von 1764 enthielt als Maxime den Grundsatz, "daß jeder Artikel mit einem Einfuhrverbot zu belegen sei, sobald aufgrund amtlicher Erhebungen konstatiert werde, daß dieser Artikel im Inlande in hinreichender Menge und Güte hergestellt werde"[16].

Hassinger stellt dazu fest, daß sich dadurch eine beträchtliche Strukturänderung des Außenhandels ergeben habe. Die drastischen Einfuhrbeschränkungen konnten jedoch nicht zu einer sofortigen Ausweitung des Außenhandels führen, da die Errichtung neuer Gewerbe erst nach einiger Zeit eine erhöhte Produktion zustande bringen konnte. Zudem mußte der erhöhte Rohstoffbedarf im innenwirtschaftlichen Bereich erst befriedigt werden[17]. Heftiger Widerstand erhob sich aus den Reihen der Zünfte, zumal den sogenannten "Fabriquen" das Privileg verliehen wurde, daß sie keiner Zunft anzugehören brauchten. Mit dem Handwerkspatent vom 16. November 1731 für die böhmischen Provinzen war die Autonomie der Zünfte gebrochen[18].

Eine weitere wichtige Maßnahme im Rahmen der Autarkiepolitik stellte der Ausbau des Triester Hafens dar; dem Hamburger Hafen, über den sowohl die Einfuhr (Kaffee, Zukker) als auch Ausfuhr (Glaswaren) des böhmischen Raumes ablief, sollte das Hinterland abgeschnitten werden[19]. Gerade für Böhmen muß die bisherige Transportorientierung bei der Standortfrage für Industriegründungen zu einer Änderung der Konzeption geführt haben: Da den Wasserstraßen und Kanälen die wichtigste Bedeutung zukam, der Transport vom nördlichen Böhmen nach Triest aber nur zum Teil über die Wasserwege abgewickelt werden konnte, mußte man sich um eine Verbesserung des Straßensystems kümmern[20]. Eine weitere Maßnahme stellte die Vereinigung Böhmens mit den österreichischen Ländern zu einem Zollgebiet (1775) dar[21].

Nach dem Tod Maria Theresias bestieg Joseph II., der bis zum Jahre 1780 nur Mitre-

gent gewesen war, den Thron. Er versuchte, durch Reformen auf geistig-kulturellem Gebiet mehr Freizügigkeit durchzusetzen. Der Erfolg war gering, die Nachfolger bauten diese meist nur auf dem Papier stehenden (beschränkten) Freiheiten zum großen Teil wieder ab[22]. Einzig die kirchenpolitischen Gesetze von Joseph behielten bis 1850 Wirkung, obwohl von den anderen Herrschern dem katholischen Klerus wieder Zugeständnisse gemacht wurden. Der sogenannte "Josephinismus", wie man diese Phase der Gesetzgebung auch nennt, hatte zum Ziel, eine Unabhängigkeit des Klerus von Rom zu erreichen und die Interessen der Kirche denen des Staates unterzuordnen. Die Eingriffe in das kirchliche Leben waren dabei sehr weitreichend; besonders hart mußte die Kirche die Verordnungen über die Aufsicht der Schule und die Zivilehe treffen, beide Punkte sind zu allen Zeiten zwischen Staat und Kirche hart umkämpft gewesen, da sie für die Kirche eine Lebensfrage darstellen. Im Jahre 1808 ging dann auch die Aufsicht und Leitung des Schulunterrichtes an den höheren Schulen an die Bischöfe zurück[23].

Die Angabe, welche die früheste über den Braunkohlenabbau in der nordwestböhmischen Mulde im 17. Jahrhundert bedeutet, lautet auf das Jahr 1613[24]. Hallwich berichtet, daß Graf Franz Carl von Clary in Teplitz im Jahre 1742 das erste bergmännisch und in größerem Maßstab betriebene Kohlenwerk ins Leben[25] gerufen habe. Türp nennt weitere Orte im nordwestlichen Böhmen, bei denen in den folgenden Jahren der Abbau von Braunkohle aufgenommen wurde: 1750 bei Kutterschitz (Chudeřice), 1763 bei Türmitz (Trmice), Dux (Duchcov), Ullersdorf (Oldřeš) und Striemitz (Střimice), 1765 am Schloßberg bei Teplitz (Teplice), 1770 bei Schwaz (Světec). Diese gesteigerte Aktivität und Produktivität in Bezug auf die Kohle (das trifft nicht nur auf das nordwestböhmische Gebiet zu) machte diesen Bereich des Bergbaus für die Landesfürsten interessant. "Nach mehrfachem Schwanken" wurde dann im Jahre 1793 die Regalität der Kohle festgestellt, "allerdings vorläufig mit dem Vorrang der Grundeigenthümer"[26], die Kohle unterlag aber somit der Zehentpflicht. Deshalb überließ es der Großgrundbesitz auch dem Kleingrundbesitzer, Kohlen zu fördern: Der Großgrundbesitzer zog es vor, "weil er zehentberechtigt war, lieber möglichst viele Verleihungen anzubringen, als sich dem mühevollen, mit Kosten verbundenen und gewagten Unternehmen des eigenen Bergbaus preiszugeben, obwohl er laut Hofdecret vom 28. Oktober 1791 das beinahe ausschließliche Recht dazu besaß"[27].

Der damaligen technischen Entwicklung gemäß konnte die Kohle nur im ausgehenden Flöz gewonnen werden, sie erfolgte teils tagebaumäßig, zum Teil auch in Stollen[28]. Vielfach wurde das Gewinnen der Kohle auch nur durch Bauern im Kohlenbruch betrieben[29]. Oft wurde die Braunkohle auch nur gewonnen, um einen Verdienst aus der Abfuhr der Kohle mit dem Gespann zu erhalten. Dabei "ereignete (es) sich oft, daß der

Grubenbesitzer tagelang und meilenweit mit einer Fuhre Braunkohle herumfahren mußte, bevor er diese verkaufen und durch deren Erlös einen geringen Fuhrlohn erhalten konnte"[30]. Einem verstärkten Abbau standen also Absatzschwierigkeiten gegenüber, die wiederum teilweise auf die rückständige technische Entwicklung, andererseits aber auch auf die schlechten Verkehrsbedingungen zurückzuführen waren. Demian berichtet jedoch schon aus dem Jahre 1804, daß "sehr viel Kalk aus dem Saazer und Bunzlauer, und Steinkohlen aus dem Leutmeritzer Kreise in die sächsische Provinz verführt" wurden[31]. Verwendung fand die Braunkohle zum "Verbessern der sauern Wiesen"[32], das Kohlenklein (die Lösche) wurde zu Asche verbrannt und an die Bauern als Dungmittel verkauft[33]. Diese äußerst extensive Nutzung der Braunkohle wurde jedoch durch ein Hofdecret im Jahre 1805 verboten[34]. Bei Postelberg (Postoloprty) wurde die Kohle zum Kalkbrennen verwendet, bei Hareth (Hořany) zum Ziegelbrennen. Daneben wurden auch die Öfen der Alaunhütten mit Braunkohle beheizt[35]. Hallwich gibt die Einführung der Kohlenfeuerung bei der Glasindustrie mit 1786 an[36].

Die Kontinentalsperre (1806) beseitigte für die Industrie der österreichisch-ungarischen Monarchie zwar einen Konkurrenten (England), eine inflationäre Geldpolitik, die 1811 zum Staatsbankrott führte, sowie die Befreiungskriege, bei denen nach 1810 auch auf nordböhmischem Boden gekämpft wurde, brachten den Braunkohlenbergbau jedoch in Nordwestböhmen erneut zum Erliegen. Mißernten in den ersten Friedensjahren und Kapitalarmut, "das alte Leiden der österreichischen Wirtschaft"[37], verzögerten einen neuen Aufschwung erheblich. Erst nach 1830 setzte eine Aufwärtsentwicklung im Bereich des Braunkohlenbergbaus ein, der vor allem von verbesserten Transportmöglichkeiten profitierte.

Über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der im Kohlenbergbau Beschäftigten liegen nur wenige Nachrichten vor. Weizsäcker weist darauf hin, daß es sich im Kohlenbergbau zu Anfang um ungelernte Arbeiter gehandelt habe, die gelernten Bergleute aus dem Erzbergbau seien erst später in den Kohlenbergbau übergewechselt[38]. Arlt differenziert die Arbeiterschaft im Braunkohlenbergbau um die Jahrhundertwende nach dem Status des Besitzers des Betriebes: Während die Privatbergbaubesitzer (häufig auch Bauern, wie schon erwähnt) entweder mit ihrem Gesinde die Kohle förderten bzw. mit den Kohlebrechern in häuslicher Gemeinschaft lebten, sollen bei den Grundobrigkeiten schon zu Anfang des Jahrhunderts Erzbergleute, Facharbeiter also, die Schächte geteuft und die Stollen angelegt haben. Der Anreiz für die aus dem Erzbergbau stammenden Bergleute - Arlt nennt die nahen Bergstädte Graupen (Krupka), Klostergrab (Hrob), Niklasberg (Mikulov) und Zinnwald (Cinovec) - war ein Lohn, der höher lag als im Erzbergbau[39]. Die Besitzer der Herrschaften bauten schon damals Zechhäuser, sogenannte Kohlhäusel, in

denen die Steiger aus dem Erzgebirge wohnten. Diese brachten nach und nach Verwandte und Bekannte mit. Arlt bezeichnet die Ausstattung der Zechstuben als äußerst primitiv; die Bergleute gingen am Samstag mit dem kärglichen Lohne nach Hause ins Erzgebirge, um am Montag wieder zur Arbeit zu erscheinen[40].

Demian nennt unter den Kreisen, die eine höhere Durchschnittbevölkerung als die übrigen böhmischen Kreise haben auch die Mittel- und Vorgebirge des Saazer und Leitmeritzer Kreises, also dort, wo das nordwestböhmische Braunkohlengebiet lokalisiert ist[41]. In den beiden Kreisen herrschte schon damals - im Verhältnis zu anderen - nach der Beschreibung von Demian eine rege Gewerbetätigkeit. Neben der schon erwähnten Tuchfabrik in Oberleutensdorf (Horní Litvínov), die er als die wichtigste in Böhmen bezeichnet[42], erwähnte er eine Wollenzeugfabrik auf Kloster Ossegg (Osek), die im Jahre 1787 766 Personen beschäftigt haben soll. In Dux (Duchcov), Oberleutensdorf (Horní Litvínov), Teplitz (Teplice) und Graupen (Krupka) befanden sich Strumpfwirkereien, eine Baumwollspinnerei in Komotau (Chomutov), Papiermühlen arbeiteten im Leitmeritzer Kreis bei Aussig (Ústí n. L.), Teplitz (Teplice) und Dux (Duchcov), im Saazer Kreis bei Komotau (Chomutov), Görkau (Jirkov) und Kaaden (Kadaň). Die wirtschaftliche Entwicklung kam nach dem Staatsbankrott von 1811 nur langsam wieder in Schwung. Die stetige Erhöhung der Geldmenge über mehrere Jahre hinweg hatte typische Inflationserscheinungen zur Folge gehabt[43].

Mit der Neugründung der Staatsbank konsolidierte sich die Lage im Finanzbereich wieder[44]; am 20. März 1820 erfolgte eine Neuregelung der Währung. Vor allem die Lebensmittelpreise verteuerten sich, die Getreidepreise hatten 1817 einen Höchststand, den sie zu keiner Zeit im 19. Jahrhundert mehr erreichten[45]. Als "Gegenmaßnahme" zu dieser Verteuerung ist das Vordringen des Kartoffelanbaus in die böhmischen Niederungen anzusehen, der sich bis 1920 auf das Erz- und Riesengebirge beschränkt hatte[46]. Der Braunkohlenbergbau entwickelte sich bis zum Beginn der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts nur langsam, die Dampfmaschine fand Eingang, und die Porzellanindustrie führte zu einer Belebung des Absatzes[47]. Das Nachhinken Österreichs in der industriellen Entwicklung zeigt sich nicht zuletzt an dem - sieht man einmal von Prag ab - Fehlen von städtischen Zentren. Im Jahre 1830 existierten in Böhmen 112 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, 27 mit 2000 - 4000 Einwohnern und 2 mit 4000 - 6000 Einwohnern[48]. Das Jahr 1830 wird verschiedentlich in der Literatur als der Punkt angesehen, von dem an von einem eigentlichen Kohlenhandel (Inlandabsatz und Ausfuhr) gesprochen werden kann. Dies hing in erster Linie mit dem Ingangkommen eines regelmäßigen Schiffsverkehrs zusammen[49]. Die Kohle wurde durch Fuhrleute nach Aussig (Ústí n. L.) gebracht, wo sich die Kohlenlager befanden. Ressel weist darauf hin, daß besonders Ausländer, vor

allem Preußen und Sachsen, in den Kohlenhandel einstiegen. Aussig (Ústí n. L.) wurde zum Kohlenumschlagplatz[50]. Der Abbau vollzog sich an den Stellen, an denen die Braunkohle leicht zugänglich war; Haspelbetrieb und Handschächte waren die Regel[51], von einem planmäßigen Abbau kann noch nicht gesprochen werden. Der Abnehmerkreis erhöhte sich immer mehr, um 1840 waren es die Zuckerrübenfabriken, die in Sachsen aus dem Boden schossen und der Braunkohle zu weiterem Absatz verhalfen[52].

In den vierziger Jahren tauchten dann in Böhmen erstmals die Vorboten und Vorläufer der Arbeiterbewegung auf: Fabrikskassen[53], deren Existenz durch Verbote jedoch schon nach kurzer Dauer wieder beendet wurde, und die sogenannten Maschinenstürmer. Vor allem in der böhmischen Kattunindustrie kam es 1844 und 1846 zu Unruhen, zu Zerstörungen von Fabriken und vor allem von Maschinen, weil die Menschen den Maschinen die Schuld an ihrem Elend und den Verlust der Arbeit zuschrieben. Im Jahre 1847 kam es in Böhmen zu erneuten Unruhen, die von Prag aus entstanden waren: Die Kattundrucker des Leitmeritzer Kreises schlossen sich den Prager Arbeitern an. Durch Militäreinsatz wurde die Ruhe wiederhergestellt. In diesen Jahren zeigten sich auch die ersten typischen kulturellen Erscheinungen der späteren Arbeiterbewegung: Das gemeinsame Singen von Liedern, die als Kampfmittel eingesetzt wurden[54]. Die Not der arbeitslosen Menschen in der Textilindustrie hatte sich noch durch Mißernten und die darauf folgenden Preissteigerungen verstärkt: Strauss berichtet, daß das billigste und verbreitetste Nahrungsmittel, die Kartoffel, in den Jahre 1838-1847 um das Siebenfache im Preis gestiegen sei[55], während die Löhne gesunken waren. Vom Lebensstandard her gesehen stand Österreich am Ende der Skala der europäischen Länder, nach Berechnungen war der Verbrauch von Kaffee und Zucker weitaus geringer als etwa in der Türkei und Rußland. Diese Rückständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet hatte zur Folge, daß das böhmische Bürgertum und damit auch, wie es in den meisten übrigen europäischen Ländern der Fall war, die Arbeiterschaft an der Bewegung des Jahres 1848 kaum Anteil nahm[56]. Während in Wien die Arbeiter auf die Barrikaden gingen, herrschte in Böhmen Ruhe[57].

Die Ereignisse des Jahres 1848 brachten in ihren Nachwirkungen Probleme zum Vorschein, die ob ihrer Wichtigkeit für die spätere Arbeiterbewegung hier angesprochen werden müssen: Gemeint sind die Fragen des Parlamentarismus und das sogenannte Sprachenproblem. Das jahrhundertelange Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in einem geschlossenen Territorium, der böhmischen Krone, hatte übernationale Gemeinsamkeiten entstehen lassen, die im Brauchtum und in der Sprache (Lehnwörter) nachzuweisen sind. Die "Legitimierung des Staates allein aus dem Willen der Nation" stürzte nun Deutsche und Tschechen in eine verhängnisvolle Entweder-Oder-Situation, die auf die undifferenzierte Übernahme des Begriffes "Nation" zurückzuführen ist, wie Hilf mit

Recht betont[58]. Die in Bezug auf Territorium und Sprachnation im großen und ganzen kongruenten Staaten Westeuropas hatten den Weg zum Parlamentarismus auf einer anderen Grundlage beschritten, als es im multinationalen Österreich der Fall sein konnte. Die Folge dieser Tatsache war, daß sowohl "Tschechen wie Deutsche in der Erhaltung Österreichs keinen unbedingt geltenden Endzweck mehr sahen"[59]. Die bevorstehenden Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung brachten die Deutschen und Tschechen in Böhmen vollends in Gegensatz zueinander und machten einen Ausgleich noch schwieriger. Für die in der Bewegung führenden Kräfte des deutschen Bürgertums gab es mehrere Gründe, sich für Frankfurt - damit aber auch in gewissem Sinne gegen die Herrschenden in Wien und vor allem gegen die Tschechen - zu entscheiden: Die große Zahl der Deutschen wohnte in Grenznähe zum Deutschen Reiche, diese Nähe machte es um so leichter, auch die Emotionen für dieses Vorhaben zu gewinnen[60]. Außerdem mußte ein Anschluß an Deutschland auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her attraktiver wirken, da Deutschland in dieser Hinsicht schon weiter fortgeschritten war. Für die Tschechen entstand durch die Wahlen allein die Alternative: Frankfurt oder Wien. Die Entscheidung für Wien wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Tschechen in einem großdeutschen Reich eine winzige Minderheit dargestellt hätten, während die politische Ausgangslage in einem multinationalen Österreich bedeutend bessere Mitwirkungsmöglichkeiten in Aussicht stellte. Die Betonung der "Nation" als Legitimierung führte dazu, daß die Tschechen ein "Erstgeborenenrecht" beanspruchten, angesichts des jahrhundertelangen Zusammenlebens eine zutiefst ahistorische Betrachtungsweise.

Der Ruf nach mehr Freiheit meinte in erster Linie den nach wirtschaftlicher Freiheit. Das Bürgertum wollte mit in das Rechtssystem aufgenommen werden, um seinen wirtschaftlichen Besitz gegen die Eingriffe des Staates gesichert zu sehen. Auf diesem Gebiet lag dann auch der unbestreitbare Erfolg des Bürgertums[61]. Daneben gingen aus der 1848er-Revolution Heer, Beamtenschaft und Großgrundbesitz gestärkt hervor, da sie allein loyal zur österreichischen Monarchie gehalten hatten[62]. Dies zeigte sich vor allem im Bereich der Gemeindeselbstverwaltung, die nach einer "Episode beschränkter Selbstverwaltung"[63] wieder fest in die Obhut der Landesobrigkeiten gelangte. Vor dem Jahre 1848 waren die Gemeindefunktionäre von den übergeordneten Stellen eingesetzt worden, sie waren nur ausführende Organe gewesen; die Gemeinden, d. h. die in den Städten und Dörfern herrschenden Schichten des Bürgertums und des Adels (Großgrundbesitz), hatten keine Möglichkeit, den Haushalt der eigenen Gemeinde zu beeinflussen. Durch das provisorische Gemeindegesetz vom 17. März 1849[64] wurden die Gemeinden in drei Wahlkörper eingeteilt, und zwar nach der Höhe der gezahlten direkten Steuern; dies bedeutete eine Begünstigung der vermögenden Schichten. Die Wähler waren alle einem Druck

ausgesetzt, denn die Wahlen waren öffentlich und mündlich.

Die Aufhebung des Untertänigkeitsverhältnisses mußte auch den Aufbau eines neuen administrativen Apparates zur Folge haben. Es war vorher beabsichtigt gewesen, den Besitz an Grund und Boden in die entsprechenden Verwaltungseinheiten einzugliedern, was eine Schwächung des Großgrundbesitzes (z. B. das Zahlen von Steuern an verschiedene Gemeinden) zur Folge gehabt hätte. Durch Gesetz vom 31. Dezember 1851 wurde diese Eingliederung des Gutsbesitzes wieder rückgängig gemacht, der Gutsbesitz blieb neben den Gemeinden die zweite Einheit der Ortsverwaltung. Im Jahre 1852 wurde die Wahl der Gemeindefunktionäre der Bestätigung von bestimmten politischen Behörden unterworfen, die Öffentlichkeit der Sitzungen abgeschafft[65]. In die Kompetenz der Gemeinde fiel auch die Entscheidung über das sogenannte Heimatrecht, ein Faktum, das sich für die Arbeiterbewegung sehr negativ bemerkbar machen sollte.

Durch die Ereignisse des Jahres 1848 tauchte auch ein Problem erstmals im Vordergrund auf, das im Verlaufe der Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie zumindest für den böhmischen Raum eine entscheidende Bedeutung erlangen sollte und von dem auch die Arbeiterbewegung, Gewerkschaften wie Sozialdemokratie, heftig tangiert werden sollten: gemeint ist das Sprachenproblem. Die Nationalitätenfrage, deren Kern immer die deutsch-tschechische Frage gewesen ist, sollte sich häufig nur auf das Kriterium Sprache reduzieren. Im Zusammenhang mit dem Problem Sprache steht die Frage nach der Praxis im Schulwesen, eine Frage, die besonders für die Kirchen immer existentielle Bedeutung gehabt hat. Der Nationalismus jener Zeit war, zumindest in seiner übersteigerten Form, eine Art Glaubensbekenntnis, der Glaube an einen reinen und unverdorbenen Zustand, der in der Geschichte nie vorhanden gewesen ist. Zu allen Zeiten und an allen Orten der Erde waren die Völker der Einwirkung und Überformung durch andere Kulturen und Völker unterlegen; einen gleichsam paradiesischen Zustand, in dem nur die nationalen Eigenarten eines Volkes zum Tragen gekommen wären, hat es nie gegeben.

Nach der Entscheidung der Tschechen für Wien machte die Krone den Versuch von Zugeständnissen an die Tschechen. Beide Landessprachen sollten gleiche Bedeutung erhalten; es wurde eine Bestimmung in Wien erreicht, nach der alle öffentlichen Ämter nur durch Personen besetzt werden sollten, die beider Landessprachen mächtig waren[66]. Ein Vorschlag aus dem Jahre 1848, die Monarchie in ethnische (Sprach-) Bereiche (Deutschösterreich und Tschechischösterreich) zu gliedern, scheiterte am Widerstand beider Seiten[67]. Bezeichnend für die Unklarheit der politischen Terminologie, die ja auch beim Begriff Nation sichtbar geworden war, ist, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung zwar von allen Seiten anerkannt wurde, jedoch keiner wußte, weder die Regierung noch

die fordernden Seiten, was diese Gleichberechtigung umfassen sollte. Frommelt betont, daß Gleichberechtigung in diesem Falle jedoch in Wirklichkeit mit Vorherrschaft gleichbedeutend gesehen werden muß[68]. Wie sah es nun bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Praxis der Sprache aus? Die beherrschende Stellung der deutschen Sprache, an der sich die Tschechen, die ja von der Bevölkerungszahl her in der Mehrheit waren[69], stießen, resultierte daraus, daß Deutsch die Sprache der Dynastie und ihrer Regierungsorgane war und vor allem auch daraus, daß die Deutschen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stellung ein deutliches Übergewicht im kulturellen Bereich innehatten. Dies hatte sich in der persönlichen Sprachpraxis dahingehend ausgewirkt, daß die Tschechen, vor allem deren gesellschaftliche Aufsteiger, die deutsche Sprache angenommen hatten. Selbst der Slawenkongreß 1848 konnte ohne die deutsche Verhandlungssprache nicht auskommen[70]. Im schulisch-universitären Bereich, der vor allem in späteren Zeiten der Hauptzankapfel werden sollte, trat das Problem noch nicht so stark in den Vordergrund, da das Schulwesen in der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1848 äußerst rückständig war[71]. Die Allgemeinbildung und damit vor allem die unteren Bildungseinrichtungen (Volksschulen, Mittelschulen) wurden in ihrer Bedeutung noch weit unterschätzt; da die Gemeinden für die Kosten aufzukommen hatten, fehlten einfach auch die finanziellen Mittel, um die nun einmal hohen Kosten für das Bildungswesen aufbringen zu können. Daneben gab es kaum ausgebildete Lehrkräfte[72]; ein Anreiz, Lehrer zu werden, fehlte, da diese nur sehr schlecht bezahlt wurden und auf allerlei Nebenverdienste angewiesen waren[73].

Im Jahre 1782 war von Joseph II. an der Universität die lateinische Sprache als Vortragssprache durch die deutsche ersetzt worden[74], ein akademischer Abschluß somit allein über die deutsche Sprache möglich geworden; Joseph ließ später auch Latein durch Deutsch an den Gymnasien ablösen. Die Bergbauschulen, die unter die Spezialschulen gerechnet wurden, unterstanden bis 1853 dem Ministerium für Landeskultur und Bergwesen, danach wurden sie dem Finanzministerium untergeordnet[75]. In den Spezialschulen herrschte, entsprechend der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Deutschen, die deutsche Dienstsprache vor. Für die Entstehung und Verschärfung des sogenannten Nationalitätenproblems, das sich hauptsächlich - wie in der Entwicklung der folgenden Jahrzehnte zu sehen sein wird - auf das Kriterium Sprache erstreckte, sind verschiedene Faktoren verantwortlich: Die durch die Wahlen zum Frankfurter Parlament entstandene Entweder-Oder-Situation hätte wohl nicht eine solch breite Wirkung erzielen können, wenn nicht gleichzeitig mit der 48er-Revolution vor allem in Böhmen ein verstärkter Durchbruch zur Schriftlichkeit erfolgt wäre. Vor dem Jahre 1848 gab es in den deutsch-slawischen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht ein politisches

Blatt[76]; die Tatsache, daß vom Jahre 1848 an große Teile der Bevölkerung erstmals gedrucktes Material (Zeitungen, Flugblätter, Broschüren) in der eigenen Nationalsprache in die Hand bekamen, dürfte ein sehr starkes persönliches Betroffensein hervorgerufen haben, welches sich dann vor allem später in den heftigen Sprachenkämpfen zwischen Tschechen und Deutschen äußerte. Der übernationale Staatsgedanke erhielt in den letzten Jahren des 5. Jahrzehnts einen Riß, der letztendlich zum Untergang der Monarchie führte. Für die bestehenden Lösungsmöglichkeiten gab es angesichts der emotional aufgeladenen Atmosphäre keine Chance: Einer eventuell möglichen Einigung der verschiedenen Nationen auf parlamentarischem Boden wurde durch die erneute Stärkung des absolutistischen Systems das Wasser abgegraben, das Experiment der Krone, den Tschechen entgegenzukommen, konnte angesichts der starken deutschen Vormachtstellung, vor allem auf ökonomischem Gebiet, nicht zur Durchführung gelangen[77].

2. Das Berggesetz von 1854 und seine Folgen für die rechtliche und soziale Stellung der im Bergbau Beschäftigten

Zur Belebung des Bergbaus trugen im 19. Jahrhundert im wesentlichen drei Faktoren bei: Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ermöglichte es, in größere Tiefen zu gehen und die vorhandenen Lagerstätten besser auszubeuten. Die Stadt Aussig entwikkelte sich zum Zentrum einer entstehenden chemischen Industrie. Dem vermehrten Energiebedarf konnte nur durch einen erhöhten Kohleabbau entsprochen werden. Die Ausweitung des Handels brachte den Braunkohlewerken neue Abnehmer, als Großabnehmer sind vor allem die Eisenbahnen zu nennen; jedoch nahm auch der Hausbrand einen stetigen Aufschwung. Die verbesserten Transportmittel (Eisenbahn, Schiffe) und -wege (Straßen, Schienen) ließen die Kohle schneller zum Verbraucher gelangen, staatliche Subventionen beim Aufbau von Betrieben, der Infrastruktur und bei den Zöllen unterstützten die aufstrebenden Industrien. Als dritter Faktor in diesem Bündel sich bedingender und voneinander abhängender Ursachen für die rapide ansteigende Industrialisierung ist die Regelung der Probleme zu nennen, die sich aufgrund der gewandelten Bedingungen (Produktion, Verteilung, Konsumtion) angehäuft hatten. Der Wandel auf gesellschaftlich-politischem Gebiet hatte sich am deutlichsten in den Ereignissen des Jahres 1848 gezeigt: Neben der Ablösung der Patrimonialgesetze[1] mußte der aufstrebenden Kraft, dem Bürgertum, durch Liberalisierung des wirtschaftlichen Bereiches Rechnung getragen werden. Die Konkurrenz der anderen sich im wirtschaftlichen Aufschwung befindlichen Großmächte übte dazu noch Druck auf die staatliche Führung der österreichisch-ungarischen Monar-

chie aus, die längst überfälligen gesetzlichen Änderungen in Angriff zu nehmen. Für den Bereich des Bergwesens waren schon zu Beginn der vierziger Jahre Bemühungen in Gang gekommen, eine gesetzliche Regelung für den Mineralkohlenbereich zu finden[2]. Die Unruhen des Jahres 1848 bedeuteten jedoch eine Verzögerung, ermöglichten aber auch, daß im Jahre 1854 ein Gesamtgesetz für alle österreichischen Länder erlassen werden konnte. Wie hart umkämpft diese Regelung gewesen sein muß, zeigt nicht zuletzt, daß erst der sechste Entwurf die Ministerialkonferenz passierte und somit dem Kabinett vorgelegt werden konnte[3]. Am 23. Mai 1854 wurde vom Kaiser schließlich ein Gesetz genehmigt, welches weitgreifende Auswirkungen auf die Organisation des Bergbaues (Verwaltung, Betriebsorganisation, Unternehmensformen), vor allem aber für den Status der im Bergbau Beschäftigten hatte.

Durch dieses Gesetz wurde das sogenannte Direktionsprinzip abgeschafft, das Inspektionsprinzip dafür eingeführt[4]; der Bergbau wurde als Geldanlageobjekt interessant. Die Grundobrigkeiten hatten vorher zwar das Recht besessen, Verleihungen anzubringen, d. h. einen Bergwerksbetrieb zu erlauben, bei dem sie zehentberechtigt waren; die übrigen Betriebs- und Produktionsverhältnisse jedoch waren allein durch die staatlichen Behörden geregelt worden. Hierunter fielen u. a.: Die Anstellung und Entlassung von Bergleuten; die Festsetzung von Löhnen und Preisen; die Festlegung der Sicherheitsbestimmungen; die Vorschriften über die Bruderladen.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, war es für die Grundobrigkeiten leichter und einfacher gewesen, viele kleine Verleihungen zu erlauben. Für die Betreiber eines Bergbaues waren größere Investitionen ein zu hohes Risiko: Zum einen konnten sie bis 1854 kein Eigentum an Bergwerken erwerben, ja sie schwebten jederzeit in der Gefahr, die Konzession für ihr Werk zu verlieren. Für Eigeninitiative war durch das Direktionsprinzip ein enger Rahmen gesteckt. Die Abschaffung des Direktionsprinzips also führte dazu, daß der Besitz an (privatem) Bergwerkseigentum möglich und sicher wurde. Dadurch erhöhte sich schlagartig der Hypothekarwert für die angesprochenen Objekte, Kreditaufnahme wurde möglich, Investitionen konnten vorgenommen werden. Die Entschädigung an Großgrundbesitz und berglehensberechtigte Grundobrigkeiten hatte große Mengen an Kapital freiwerden lassen[5]. Der Zwergbergbau hatte keine Überlebenschance mehr, der Weg zu den Großbetrieben war vorgezeichnet. Mit dem Inkrafttreten des Berggesetzes von 1854 wurde es für die Betreiber eines jeden Bergwerkes zur Pflicht, eine Bruderlade einzurichten. Diese Pflicht stellt nun an und für sich nichts Neues innerhalb des Bergwerkswesens dar[6]; die Bruderlade war ja seit dem späten Mittelalter das soziale Institut der Bergleute gewesen, das nicht nur das Unterstützungswesen umfaßte, sondern sich auch auf andere wichtige Lebensbereiche erstreckt hatte. Sie bildete geradezu den

Lebensmittelpunkt der Bergleute: Feste, Bräuche, religiöse Feiern, Begräbnisse wurden von den Bruderladen veranstaltet und durch ihre besonderen Abteilungen (Chöre, Kapellen) gestaltet. Der Staat auf der einen und die Bergleute auf der anderen Seite zahlten zu gleichen Teilen in eine Kasse ein, aus der die Bergleute bei Krankheit, Unfall oder Invalidität je nach Beitragshöhe und Mitgliedsdauer finanzielle Unterstützung erhielten bzw. die Hinterbliebenen eine Rente bezogen. Um die lukrative Einnahmequelle Bergbau in Gang zu halten, war man gezwungen gewesen, den harten und gefahrvollen Beruf des Bergmannes durch eine besondere soziale Sicherung und andere Vergünstigungen attraktiv zu machen. Die im Zuge fortschreitender Industrialisierung sich wandelnden Produktions- und Betriebsbedingungen hatten ihren Niederschlag im Berggesetz von 1854 gefunden, die Exklusivität der Bruderlade konnte mit der Einführung des freien Arbeitsvertrages ebenfalls nicht erhalten bleiben. Der Gesetzgeber leistete dem Niedergang des Bruderladenwesens allerdings noch insofern Vorschub, als er allein die Mitglieder der Bruderlade mit der Erhebung des Beitragsaufkommens belastete: Eine finanzielle Leistung der Unternehmer war jedenfalls nicht ausdrücklich festgelegt worden[7]. Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß sich viele Unternehmer weigerten, einmal in eine Bruderlade geleistete Beiträge beim Wechsel des Arbeitsplatzes auf andere Bruderladen zu überschreiben, sollte im Verlaufe der Geschichte der Arbeiterbewegung zu heftigem Streit zwischen Bergarbeitern und Unternehmern werden.

Durch die völlig neuen rechtlichen Bedingungen sowie das große freigewordene Arbeitskräftepotential mußte sich zwangsläufig auch die Mitgliederstruktur der Bruderladen ändern. Während früher der Zustrom von Arbeitskräften beschränkt werden konnte, nur Gelernte bzw. Bergknappen, d. h. junge Bergleute, die den Beruf von der Pike auf lernen mußten, aufgenommen wurden, strömten nach 1850 in zunehmendem Maße Menschen in die Bergwerke, die den Beruf des Bergmannes nicht erlernt hatten. Brůf betont, daß gerade der Bergbau auf Braunkohle anfangs nicht imstande gewesen sei, gelernte Arbeitskräfte heranzuziehen bzw. die aus der Umgebung stammenden und vorher in der Landwirtschaft tätig gewesenen Kräfte auszubilden[8]. Das Gebiet des nordwestböhmischen Kohlereviers war bis zum Jahre 1850 fast nur von deutscher Bevölkerung bewohnt gewesen[9], die Anziehungskraft der Arbeitsplätze im Bergbau und im übrigen industriellen Sektor führte zu erhöhter Mobilität; aber nicht nur Deutsche aus den anderen Gebieten Böhmens fanden den Weg hierher, sondern vor allem auch eine steigende Zahl von Tschechen. im Königreich Böhmen, das bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts als Abwanderungsland zu kennzeichnen ist[10], setzte der Prozeß der Bildung von Verdichtungszentren ein; die Durchmischung der Bevölkerung durch Angehörige zweier Völker barg potentiell Konflikte in sich, über die im einzelnen noch zu sprechen sein wird. Die erhöh-

te Konkurrenzsituation sowohl auf Seiten der Unternehmer als auch der Arbeitnehmer brachte in der Anfangsphase Probleme mit sich, deren Lösung erst nach der Krise des Jahres 1873 in Angriff genommen wurde.

Der Beruf des (gelernten) Bergmannes hatte bis zum Erlaß des Berggesetzes von 1854 den Beschäftigten im (Erz-)Bergbau ein hohes Maß an sozialer Sicherheit geboten, hier waren Teile der gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführten Sozialversicherung bereits im späten Mittelalter vorweggenommen [11]. Mindestlohn, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, d. h. freier Zu- und Abzug bei Einhaltung der üblichen Meldeverfahren, ein fester Arbeitsplatz, der nur durch Straftaten oder Verbrechen verloren gehen konnte, Krankenversicherung, Rente: all diese Dinge mußten in der Folgezeit erst wieder mühsam erkämpft werden. Im Braunkohlenbergbau war die Unsicherheit der Arbeitsplätze aufgrund der hohen Zahl Arbeitssuchender und infolge des sehr schwankenden Absatzes besonders hoch, vor allem ältere Arbeitnehmer hatten unter diesen Bedingungen besondere Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Die vielen Zuwanderer erwiesen sich als "Lohndrücker", ein Mindestlohn wurde nicht garantiert. Anfangs weigerten sich bei diesen Umständen viele Bergarbeiter, ihren Anteil in die Bruderladenkasse einzubezahlen, verloren damit jedoch ihre Unterstützung bei Krankheit und Unfall [12]. Die Einführung des freien Arbeitsvertrages führte zu einer Verlängerung der Arbeitszeit; die seit alten Zeiten im Bergbau festgelegte Achtstundenschicht wurde auf zwölf Stunden ausgedehnt, die alten Gebote zur Sicherung der Arbeitskraft, wie die vorgeschriebene Mindestruhe am Wochenende oder das Verbot, mehrere Schichten hintereinander zu verfahren, waren nicht mehr in Geltung [13]. Die das Leben der Bergarbeiter dauernd begleitende Existenzunsicherheit und die Angst um den Arbeitsplatz zeigten Folgen, die in den Beschreibungen und Bildern aus der beginnenden Industrialisierung oft genug festgehalten worden sind: Alkoholismus und erschreckende Wohnverhältnisse, die zur Zerstörung des Familienlebens führen mußten.

Fischer weist darauf hin, daß die Bedeutung der Bergrechtsreform für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte kaum erkannt worden sei; sie sei in den neueren Arbeiten wegen ihrer liberalen Tendenzen allzu oft pauschal verurteilt worden [14]. Diese für die preußischen Verhältnisse gemachte Aussage trifft für die österreichische Reform ebenfalls zu, allerdings mit einigen bemerkenswerten Einschränkungen: Die um die Mitte des 19. Jahrhunderts geschaffenen Berggesetze in Deutschland und Österreich konnten sich auf lange Traditionen und Erfahrungen im betriebsorganisatorischen, aber auch im sozialen Bereich stützen. Die Neuorganisation allein aus einer Theorie heraus, in diesem Falle der liberalen, mußte - man muß schon sagen zwangsläufig - zu Fehlentwicklungen führen. Daß dies als eine unumstößliche Erfahrungstatsache angesehen werden muß, erweist die gesell-

schaftspolitische Entwicklung der heutigen Zeit immer wieder aufs Neue und liegt ganz einfach in der Unvollkommenheit, die jeglicher menschlichen Planung anhaftet. Dies träfe wohl auch zu, wenn wir auf allen Seiten den besten Willen zur Bewältigung der Probleme sowie theoretisch gleiche Vertretung der Interessen voraussetzen könnten. Die angesprochenen Gesetze nun enthielten sowohl richtungsweisende Neuschöpfungen, die sich mittlerweile in fast über 150 Jahren bewährt haben, aber auch Versäumnisse und Fehler. Um das etwas näher zu konkretisieren, muß ein wenig auf die unterschiedliche Entwicklung in Deutschland und Österreich eingegangen werden. Bei den beiden Gesetzen fehlten kartell-, konzern- und monopolrechtliche Bestimmungen [15]; allerdings: **Konnte** man das schnelle Entstehen von Großbetrieben und Aktiengesellschaften voraussehen? Als bahnbrechend bezeichnet wird die Schaffung der Arbeitsordnung (Dienstordnung) im österreichischen Gesetz [16]. Theoretisch richteten sich die neugeschaffenen Bestimmungen wohl in gleicher Weise für bzw. gegen die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer, in der Praxis jedoch erwies sich die Gesetzgebung als einseitige Begünstigung der Arbeitgeber. Weizsäcker und Zimmer drücken den grundsätzlichen Wandel zu der vorhergehenden Zeit aus, indem sie das moderne Bergrecht als "Sonderrecht des Bergbaus" apostrophieren, während das alte ein Sonderrecht der Bergleute gewesen sei, d. h. die Belange der arbeitenden Menschen im Mittelpunkt gestanden hätten [17]. Das deutsche Gesetz war jedoch in vielen Dingen weitgehender als das österreichische. Die Grenzen der Staatseinwirkung wurden in Deutschland viel weiter gezogen als in Österreich, wo Präventivmaßnahmen völlig fehlten [18]. Die betriebswirtschaftlichen Bestimmungen wurden in Österreich viel freier gehandhabt, dazu institutionalisierte man zwar, wenn auch mehr unverbindlich, das Prinzip der Zwangsversicherung, allerdings ohne eine entsprechende Beteiligung der Arbeitgeber, wie man dies in Deutschland durchsetzte [19]. Die Folge war, daß das Knappschaftsinstitut in Preußen "auch in der Zeit der Proletarisierung einen Kern- und Bezugspunkt" eines Gruppenbewußtseins der Bergarbeiter bilden konnte, "der seine gruppenbildende Kraft bewahrte und wirksame Impulse zur Solidarisierung und Interessenfindung erteilte" [20]. Die österreichischen Bergarbeiter mußten sich dagegen erst neue Möglichkeiten für eine eigenständige Interessenfindung erkämpfen. Knappenvereine auf religiös-kirchlicher Basis, wie sie vor allem im Ruhrgebiet anfangs mit größerem Erfolg entstanden waren, gab es in Böhmen als gesellschaftlich-politische Vertretungen nicht. Die österreichischen Bruderladen wurden zwar über das Berggesetz hinweg aufrechterhalten, gingen aber bis auf die Kranken- und Pensionsversicherung aller anderen früheren Funktionen verlustig. Der erste große Erfolg der Bergarbeiterbewegung war unter diesen Umständen die gesetzlich festgelegte Beitragspflicht der Werksbesitzer in der Höhe der Arbeiterbeträge im Bruderladengesetz von 1889 [21].

Das Berggesetz von 1854 bedeutete einen Einschnitt für die rechtliche und soziale Situation der im Bergbau Beschäftigten. Durch die Anpassung des Bergrechtes an das allgemeine Gewerberecht ergaben sich vielfältige Änderungen; ökonomische und kulturanthropologische Faktoren greifen in den Auswirkungen ineinander über. Das Abhängigkeitsverhältnis von Arbeitgebern (Gewerken, "Staat", König) zu den Arbeitnehmern (Bergarbeiter) kehrte sich radikal um: Die Abschaffung der Sonderrechte, die von der Freiheit vom Militärdienst [22] bis zum vergünstigten Bezug von Tabakwaren [23] reichten, zeugen deutlich davon, daß die frühere Abhängigkeit von den Arbeitskräften sich zugunsten der Bergwerksbesitzer umgewandelt hatte. Die Verabsolutierung des Begriffes der Freiheit in der liberalen Theorie offenbart jedoch in seinen Auswirkungen für den größeren Teil der Betroffenen, daß er differenziert betrachtet werden muß: Freiheit kann nicht nur den uneingeschränkten Besitz von Rechten bedeuten, sie beinhaltet gleichermaßen Pflichten. Es bedarf immer weitgehender gesetzlicher Regelungen, um Freiheit für alle wirksam werden zu lassen.

3 a. Die Herausbildung industrieller Strukturen und die Entwicklungsbedingungen kollektiven Handelns in der Arbeiterschaft

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Gang gekommenen Veränderungen im Zuge der Industriellen Revolution erfaßten die institutionellen wie auch die Bereiche der zwischenmenschlichen Kommunikation und Interaktion im weitesten Sinne. In groben Zügen nur kann deshalb auf die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Untersuchungszeitraumes eingegangen werden, die ja gleichermaßen den Boden für die jeweiligen Aktivitäten darstellten bzw. auch schon Ergebnisse des Auftretens kollektiver Äußerungen der Arbeiterschaft bedeuten können. Vom Beginn der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang der siebziger Jahre erfolgte in der österreichisch-ungarischen Monarchie, hervorgerufen durch die in der Folge der 1848er-Revolution beschlossenen staatlichen Maßnahmen, eine vehemente industrielle Entwicklung, die mit dem Jahre 1873 durch eine wirtschaftliche Krise eine Zäsur fand. Schon im Jahre 1848 war die Zahl der Schächte im Kohlenrevier gegenüber 1847 um das Doppelte auf 300 gestiegen [1]. In einer Denkschrift der Handels- und Gewerbekammer in Prag [2] wird das Jahr 1850 als der Wendepunkt für die Braunkohlenindustrie angesehen: Die Nachfrage nach Holz überstieg das Angebot, Holz mußte also verstärkt für industrielle Zwecke durch einen billigeren Stoff ersetzt werden. Die Entwicklung in der Eisenindustrie und im Braunkohlenbergbau hingen dabei eng zusammen. Der Beginn des Ausbaus des Strecken-

netzes der Eisenbahnen und die damit stark verbesserten Möglichkeiten der Verfrachtung der Braunkohle führten dazu, daß Eisenbahnen und Bergwerke zu Spekulationsobjekten wurden. Die hohen Gewinnaussichten in beiden wirtschaftlichen Teilbereichen brachten die finanzkräftige Bevölkerung dazu, ihr Geld hier anzulegen. Eisenbahnbau und Kohlenbergbau lagen dabei anfangs im Konkurrenzkampf: Amtliche Stellen klagten noch im Jahre 1869 darüber, daß der Eisenbahnbau dem Braunkohlenbergbau die Arbeitskräfte durch höhere Löhne und leichtere Arbeit abwerbe[3]. Nach Kohlen gesucht wurde vornehmlich in den Gebieten, für die Eisenbahnbauten projektiert waren[4], bei bestimmten Strecken bewarben sich mehrere Unternehmer, oft nur mit dem Blick auf künftig zu befördernde Kohlenfrachten wurde der Bau in Angriff genommen[5]. Die Devise lautete: Wachstum um jeden Preis. Eisenbahngesellschaften kauften ganze Kohlenwerke auf, um, wenn nötig auch ohne Gewinn, eine Steigerung des Frachtaufkommens nachweisen zu können, damit die Aktien an der Börse noch weiter stiegen. Nach der schweren wirtschaftlichen Krise im Jahre 1873 setzte dann eine planvolle Wiederverstaatlichung des gesamten Eisenbahnwesens ein[6].

Die Bedeutung des nordwestböhmischen Raumes als Zentrum der beginnenden Industrialisierung mußte unter den gegebenen Umständen neben dem Wiener Raum steigen. Sie äußert sich in steigenden Produktionszahlen und einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen (vgl. dazu die Tafeln im Anhang). Das rapide Wachstum der Produktion besonders seit 1867 muß auch als Folge des Krieges von 1866 angesehen werden[7]. Das sich vergrößernde Angebot und die starke Konkurrenzsituation führten dazu, daß sich der Preis der Braunkohle nur geringfügig (von 1860-1873) erhöhte, während der der Steinkohle allein im Zeitraum von 1868 bis 1873 um 62 % stieg[8]. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in den Jahren 1867 bis 1873 von 5959 auf 12 862, das bedeutete eine Steigerung um fast 100 %[9]! Etwa zwei Drittel der Arbeiterschaft (5138 Mann) konzentrierten sich dabei im Jahre 1869 auf den östlichen Revierbereich, d. h. bis zur Grenze Teplitz-Eichwald sowie dem Duxer Gebiet. Der kleinste Teil der Belegschaft entfiel auf das mittlere Gebiet (889 Mann), das in der folgenden Zeit das Zentrum des Braunkohlengebietes mit seinen Tiefbauten werden sollte. Selbst das westliche Gebiet beschäftigte mit 978 Mann zu dieser Zeit mehr Menschen[10].

Die vehemente Aufwärtsentwicklung wurde durch den Wiener Börsenkrach vom 10. Mai 1873 abrupt gestoppt: "Mit einem Schlage stürzte das Gebäude der Überproduktion und das der Spekulation zusammen"[11]. Steiner spricht von der schwersten Wirtschaftskrise des 19. Jahrhunderts[12], die sämtliche Industriezweige und auch die Landwirtschaft erfaßt habe. Die Folge waren Massenentlassungen und Herabsetzungen der Löhne. Besonders unter den nordböhmischen Webern muß ein unbeschreibliches Elend geherrscht haben,

doch auch die Bergarbeiter waren stark betroffen; Steiner gibt die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter für die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie mit 49 000 an [13].

Die Nachrichten über die soziale Lage der Bergarbeiter sind für die Zeit bis etwa 1880 äußerst spärlich. Erst nach der Krise von 1873 beschäftigte man sich auch von amtlicher Seite her mit den Verhältnissen im Braunkohlengebiet intensiver. Besonders aber versuchten die Vertreter der betroffenen Wirtschaftszweige, durch Enqueten und Veröffentlichungen die Probleme aus ihrer Sicht einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. So sprach der Direktor der Dux-Bodenbacher Eisenbahn, Pechar, im Bericht einer Enquete, die von der Stadt Wien zur sogenannten Kohlenfrage eingesetzt worden war, vom "Gespenst der Kohlennoth" [14]. Alexander Peez, der der Kommission als Experte angehörte, betonte, daß die Braunkohle "in Böhmen die Kohlenfrage zur Lösung bringen" werde [15]. Im Jahre 1876 erschien eine Denkschrift der Handels- und Gewerbekammer in Prag; die übrige Literatur, die schon bessere Angaben über die Bergarbeiter enthält, stammt erst aus den achtziger Jahren.

Wie schon erwähnt war die Wachstumsphase bis 1873 von einem Arbeitermangel gekennzeichnet. Dies lag einmal an der starken Anziehungskraft, die der Eisenbahnbau durch höhere Löhne und leichtere Arbeit ausübte, zum anderen aber vor allem daran, daß die Nachfrage nach Braunkohle und damit auch die Förderung sich auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum im Jahr beschränkten.

Stabilere Verhältnisse gab es in dieser Hinsicht nur an der Elbe, denn hier war durch die Wasserstraße, aber auch durch die Eisenbahn eine konstantere Absatzmöglichkeit über längere Zeit gegeben. In der Stillstandzeit, im Sommer, gingen viele "auf Urlaub", um sich als Feldarbeiter oder Maurer zu verdingen [16]. Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier dürfte sich in dieser Zeit eine Entwicklung vollzogen haben, die in großem Ausmaß das Bild in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts im ländlichen Raum prägte: das Phänomen der Entwicklung vom Vollerwerbsbauern zum Teilerwerbslandwirt. Bráf betont, daß die Bergarbeit "nicht als Beruf, sondern als Noterwerb" ausgeübt wurde. Dies bedeutet, daß die aus der näheren Umgebung stammenden Kräfte anfangs den größten Teil ihres Einkommens noch aus der Landwirtschaft bezogen; wenige Jahre später, als sich die Bedingungen für die Landwirtschaft im Revier außerordentlich verschlechtert hatten, dürfte sich dann die Entwicklung zum Nebenerwerbslandwirt vollzogen haben [17].

Für die bäuerliche Bevölkerung konnte die Arbeit im Bergwerk zu einem sozialen Aufstieg werden: der Mangel an qualifizierten Arbeitern (Häuern) brachte die Betriebe dazu, die meist jungen Förderer "bei bewiesener Verwendbarkeit" zu Lehrhäuern zu machen [18]. Für die Betriebe des Braunkohlenreviers ergab sich dadurch aber die Situation,

daß "hierbei das Verhältnis der Arbeiter zum Werke gerade das umgekehrte Bild dessen (bot), was anderwärts regelmäßig gefunden wird" [19]. Diejenigen, die die Hilfsarbeiten beim Bergbau verrichteten, also Förderer und sonstige Arbeiter bildeten die stabile Arbeiterschaft, da diese Personen aus der näheren Umgebung stammten und meist über einen kleinen Grundbesitz verfügten, den sie in den Stillstandzeiten bearbeiteten. Die qualifizierten Arbeiter aber, die Häuer, stellten die Schicht dar, die ständig auf Wanderschaft war, wenn ihr die Arbeitsbedingungen oder Wohnverhältnisse nicht paßten. Mit dieser starken Fluktuation hatten die Werke schwer zu kämpfen; die Abwerbung durch höheren Lohn war in der Zeit des Mangels an qualifizierten Arbeitern gang und gäbe. Die Zahl der Unternehmungen dürfte nicht zuletzt auch deswegen so stark geschwankt haben [20]. Ein erheblicher Unterschied bestand zwischen den großen Betrieben und dem sogenannten Kleinbergbau: In den großen Betrieben wurde, da die Betriebsleitungen ein größeres Interesse daran hatten, die qualifizierten Arbeitskräfte zu halten, erheblich mehr Lohn gezahlt; in den alljährlichen staatlichen Veröffentlichungen über den Bergwerksbetrieb wird für das Jahr 1869 festgestellt, daß im Großbergbau" für die Interessen der Arbeiter eifrig gesorgt wird" und "vielfach nicht unbedeutende Opfer" auf sich genommen würden, "um in Arbeiterkasernen und Familienhäusern ihre Arbeiter gegen mäßiges Entgelt oder auch unentgeltlich anständig unterzubringen, und denselben nach Möglichkeit Grundstücke zur Benützung überlassen zu können" [21]. Der starke Konkurrenzdruck zwang also die Unternehmer zu "humanitären Einrichtungen". Die Entwicklung zum Großbergbau war jedoch noch nicht sehr weit fortgeschritten, wenn man die Zahl der 59 Maschinenförderschächte neben die der 304 bestehenden Haspelschächte aus dem Jahre 1873 stellt [22].

Wenn auch die Entwicklung zu Großbetrieben und Aktiengesellschaften immer weiter fortschritt, so verlor der nordwestböhmische Raum doch erst langsam sein agrarisches Gepräge. Ausgenommen einige Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien, Vorarlberg, der Steiermark und dem Wiener Becken, so zeigte Österreich-Ungarn noch 1910 insgesamt das Bild eines "industrialisierten Agrarstaates" bzw. eines "ungenügend entwickelten Agrarstaates". Sowohl was die Industrieproduktion als auch das Volkseinkommen anging, lag die Monarchie weit hinter den westeuropäischen Ländern zurück. Hautmann/Kropf bezeichnen deshalb die österreichische Entwicklung "als Fallstudie eines verzögerten Industrialisierungsprozesses" [23]. Einen der industriellen Schwerpunkte bildete das nordwestböhmische Braunkohlenrevier. Aufbauend auf der Energiebasis Braunkohle entwickelten sich schon längere Zeit bestehende Industriezweige bzw. neue Branchen; als die wichtigsten seien die Glas- und Porzellanproduktion, die chemische Industrie sowie der Maschinenbau genannt. Die Lage des Gebietes muß - was die Absatzmöglichkeiten der

Braunkohle anging - von zwei Seiten betrachtet werden: Die Lokalisation am äußersten nordwestlichen Rande der Monarchie erschwerte zwar den Inlandsabsatz, die entfernungsmäßig gesehen günstigere Lage des schlesischen Steinkohlenreviers zu Mähren zum Beispiel verhinderte aus Kostengründen die Verfrachtung in einen großen Teil des eigenen binnenländischen Marktes. Dafür wurde etwa die Hälfte der Gesamtproduktion des Braunkohlenreviers ins Ausland verfrachtet. Je nach den politischen Ereignissen (Streiks, Krieg) und der konjunkturellen Entwicklung konnte sich dieses Verhältnis jedoch verschieben, in der Zeit des 1. Weltkrieges stieg das Verhältnis zugunsten des Inlandsabsatzes (70 : 30 %)[24]. Mit über 80 % der gesamten Braunkohlenproduktion stand Böhmen an erster Stelle innerhalb der Monarchie, und hier wiederum war es das nordwestböhmische Revier, das mit ca. 70 % den höchsten Abbau aufwies[25]. Damit war Österreich der zweitgrößte Braunkohlenproduzent der Welt (nach Deutschland), der viertgrößte Produzent an Kohlen insgesamt (nach den USA, England und Deutschland). Die immense Ausweitung und der Bedeutungsgewinn des Braunkohlengebietes mußten im Verlaufe der Zeit neben den betriebsorganisatorischen Veränderungen auch Neuordnungen in verwaltungsmäßiger Hinsicht von der Seite des Staates nach sich ziehen. Nach der Auflösung der Privatgerichtssubstitutionen im Rahmen der Neuordnung des Berggesetzes, die dem k. k. Distriktialberggericht in St. Joachimsthal (Jachýmov) unterstanden hatten, wurden Berghauptmannschaften und Bergkommissariate ins Leben gerufen. Nach der Auflösung der Berghauptmannschaft Komotau (Chomutov) im Jahre 1872 durch Gesetz vom 21.07.1871 wurden die Revierbergämter Komotau (Chomutov), Brüx (Most) und Teplitz (Teplice) geschaffen, die der Berghauptmannschaft in Prag unterstellt waren. Bis zum Jahre 1906 gehörte diese zum Bereich des Ackerbauministeriums, ehe sie dem Ministerium für öffentliche Arbeiten untergeordnet wurde[26].

Böhmen erreichte in ökonomischer Hinsicht noch im 19. Jahrhundert den Anschluß an die fortgeschritteneren Staaten in Westeuropa, um 1900 waren schon immerhin ca. 36 % der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt, in den vorwiegend von Deutschen bewohnten Gebieten sogar über 40 %[27]. Die in Gang gekommene wirtschaftliche Entwicklung im nordwestlichen Böhmen übte auf die Bevölkerung der umliegenden politischen Bezirke eine Anziehungskraft aus, die sich in steigenden Zuwanderungszahlen äußerte. Die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in der gewerblichen Industrie, der einen für die damalige Zeit relativ hohen Geldlohn versprach und im Gegensatz zu den bäuerlichen Verhältnissen die Möglichkeit einer früheren Eheschließung und einer größeren Ungebundenheit einschloß, wirkte vor allem auf die jüngeren Menschen attraktiv. Dieses unter dem Begriff der "Landflucht" bekannte Phänomen erfaßte aber auch die Gemeinden innerhalb des Braunkohlenrevieres, die nicht an das Verkehrsnetz, besonders die Eisenbahnen, ange-

schlossen worden waren. Durch die Zusammenballung von Menschen in anderen Orten, die an Bedeutung und Zuwachs laufend gewannen, wurden infrastrukturelle Maßnahmen, vor allem der Ver- und Entsorgung, notwendig; die Anpassung an die industriellen Strukturen erfolgte jedoch nur langsam, zumal der Bereich der sozialen Einrichtungen Investitionen erforderte, die anfangs unmöglich aufgebracht werden konnten, aber auch noch außerhalb des Kapitalverwertungsprozesses lagen. Die Bevölkerung wuchs ungemein schnell, der prozentuale Anstieg der Bevölkerung lag während der Dezennien von 1870/1880, 1880/1890 und 1890/1900 im Durchschnitt bei 40 - 50 %[28]. Besonders herausragende Werte erreichten dabei das Teplitz-Eichwalder Gebiet (88 %) und das Duxer Gebiet (79 %) von 1869-1880 sowie die Gebiete um Mariaratschitz (Mariánské Radčice) (81 %) und Oberleutensdorf (Horní Litvínov) (138 %) von 1890-1900. Die Dichte der Bevölkerung steigerte sich von 1870 bis 1910 im Durchschnitt wohl um das drei- bis vierfache, einzelne Gebiete und Gemeinden lagen noch über diesen Werten. Vom Sog nach dem Braunkohlengebiet wurden nicht nur die deutschen Bewohner Böhmens erfaßt, vor allem auch die in den noch weit weniger entwickelten innerböhmischen Gebieten gebürtigen tschechischen Bevölkerungsteile erblickten in einer Abwanderung einen neuen Hoffnungsschimmer und eine neue Lebensperspektive. Das nordwestböhmische Braunkohlenrevier mußte damit in vielerlei Hinsicht zu einem Präzedenzfall für Entscheidungen werden, die nur im politischen Bereich getroffen werden konnten. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen und umgekehrt, die nirgends so hautnah vonstatten ging wie in diesem Raum, in dem dann auch die geistige Auseinandersetzung um (meist angebliche) Rechte und Ansprüche in harter Konfrontation erfolgte, bedeutete dann schließlich auch später das Schicksal des einen Bevölkerungsteils. Der Kampf um den "nationalen Besitzstand", um irrationale Ansprüche und imaginäre Erstgeburtsrechte, der von beiden Seiten gleichermaßen geführt wurde, entstand aus einem Konglomerat von politischen Fehlentscheidungen, dahinterstehenden ökonomischen Interessen und Ignoranz für wirklich gangbare Möglichkeiten der Lösung (Kompromisse). Die komplizierten nationalen und sozialen Gegensätze verstärkten dabei die Emotionalisierung der Massen. Nur die Arbeiterbewegung war von Anbeginn unter der Fahne des Internationalismus angetreten, ein geordnetes und praktikables Zusammenleben von unten aus vorzuexerzieren. Ob diese Fahne nur ein Symbol geblieben ist, oder ob sich hier neue Ansätze für einen wirksamen Konsens zeigten, diese Frage muß nicht zuletzt einen wichtigen Bestandteil der Diskussion um die Formen und Inhalte der Aktivitäten der Bergarbeiterbewegung bilden. Ein Dilemma des Prozesses der Industrialisierung bedeutete gerade für diesen Zeitabschnitt die relative Schnelligkeit der ökonomischen Entwicklung, hinter der die Entwicklung menschlicher Beziehungen einfach weit zurückbleiben mußte.

Für eine eigenständige Standortbestimmung fehlten die geistigen Voraussetzungen, und es muß als eindeutiges Versäumnis des Staates angesehen werden, daß er die entstandenen Bildungsbestrebungen gerade innerhalb der entstehenden Arbeiterschaft durch einen Auf- und Ausbau des Schulwesens nicht unterstützte. Es ging den herrschenden Schichten auch völlig ab, die Arbeiterbewegung als eine elementare Form der Äußerung von objektiv bestehenden Bedürfnissen zu begreifen. Dies werden die behördlichen Reaktionen, der Ablauf staatlicher Sozialpolitik sowie die gesamte innenpolitische Entwicklung bestätigen.

Das Jahr 1866 stellte in vieler Hinsicht die Weichen, die für die österreichisch-ungarische Monarchie außenpolitisch wie innenpolitisch von großer Bedeutung waren. Der sogenannte Deutsche Krieg hatte die endgültige Trennung von Deutschland im Gefolge, die innenpolitischen Spannungen, die sich aufgrund dieser Situation ergaben, wurden durch den sogenannten Ungarischen Ausgleich entschärft[29]. Damit wurde die deutsche Vormachtstellung in der cisleithanischen Reichshälfte zementiert, die ungarische Gentry erhielt Zugeständnisse für ihren Herrschaftsbereich. Die tschechischen Hoffnungen auf eine Allianz gegen die Deutschen mußten damit zusammenbrechen. Sogleich wurde auch wieder die sogenannte Sprachenfrage, wie 1848, akut: Aus einem Kompromiß zwischen dem Adel und der tschechischen Führung ging ein Gesetz über die Durchführung der Gleichberechtigung beider Landessprachen hervor[30]. Danach sollte in den Schulen der deutschen Gegenden die tschechische Sprache (als 1. Fremdsprache quasi) eingeführt werden. Doch schon im Jahre 1868 war dieses Gesetz wieder beseitigt. Daraufhin wandten sich die Tschechen von Wien ab, die Stoßrichtung ihrer politischen Überlegungen ging eindeutig auf den Panslawismus hin. Die Nichtberücksichtigung der Interessen beider Völker in Böhmen, die Untätigkeit und das geflissentliche Übersehen der nationalen Problematik von Wien aus, das auch gleichermaßen in der entstehenden Arbeiterbewegung bestanden hat, führten mit dazu, daß "das Verhältnis beider Völker Böhmens (war) in der Wurzel vergiftet" war. Beide Teile suchten immer mehr das Heil außerhalb der Grenzen[31]. Mit dem Sieg des Deutschen Reiches im Krieg gegen Frankreich 1870/71 ging auch die letzte Hoffnung der Österreicher auf die Führung in einer großen deutschen Lösung zugrunde.

Die Entstehung der Arbeiterbewegung wurde stark beeinträchtigt - sieht man einmal von den inneren Schwierigkeiten und Problemen ab, die an anderer Stelle erörtert werden müssen - durch die restriktive Gesetzgebung, die nur einen äußerst geringen Spielraum für politische Aktivitäten ließ. Allerdings muß dazu gesagt werden, daß hier Mittel und Auswege gefunden wurden; die mit Absicht so gefaßten "Gummiparagraphen" wurden zwar nicht umgangen, denn man hatte sich zur Gesetzlichkeit verpflichtet, durch

geschickte Argumentation und flexibles Handeln konnte man sich aber immer größere Bewegungsfreiheit verschaffen. Anfangs mußten alle öffentlichen Versammlungen unter Angabe von Ort, Zeit und "Zweck" drei Tage im voraus den Behörden schriftlich angezeigt werden[32]. Die Vereine waren gehalten, ihre internen Zusammenkünfte spätestens 24 Stunden vorher bekanntzugeben[33]. Damit war eine einigermaßen wirksame Arbeit von vornherein ausgeschlossen. Hinter alledem stand zudem noch die relativ einfache Möglichkeit für die Behörden, die Vereine zu verbieten. Nach dem Koalitionsgesetz von 1870 waren zwar Absprachen und das Aufstellen von Forderungen erlaubt, jegliches Handeln aus dieser Interessenfindung heraus jedoch unter Androhung von Strafen verboten[34]. Auch bereitete man, wie in Deutschland, den Entwurf eines Sozialistengesetzes vor; aus den in Deutschland gemachten Erfahrungen heraus kam man jedoch zu der Überzeugung, daß man damit nur das Gegenteil, nämlich eine Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses, bewirken würde[35]. Bereits im Jahre 1871 hatte es eine Koordinierung der Bemühungen zwischen Bismarck und dem österreichischen Kaiser zur Unterdrückung der Sozialdemokratie gegeben[36]. Statt einer Legalisierung der Verfolgung griff man zu eigentlich noch viel subtileren Methoden bei diesem Spiel mit menschlichen Existenzen. Neben den bekannteren Methoden der Hausdurchsuchung, der "Hochverratsprozesse", der Einweisung in Gefängnisse, unter denen besonders die Arbeiterführer zu leiden hatten, bedeutete die Abschiebung von Personen in ihre Heimatgemeinden lange Zeit die größte Gefahr für die in der Arbeiterbewegung organisierten Menschen. Das sogenannte Heimatrecht beinhaltete den ungestörten Aufenthalt und Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber ihren Gemeindeangehörigen in den Bereichen des Armen- und Fürsorgewesens, stellte grundsätzlich also eine soziale Einrichtung dar. Nach einem kaiserlichen Patent des Jahres 1749 erfolgte der Anspruch des Erwerbs stillschweigend, d. h. ohne Formalien. Nach vierjährigem ununterbrochenem Aufenthalt war man in einer Gemeinde heimatberechtigt. Im Zuge der rechtlichen Neuordnung der liberalen Epoche wurde jedoch mit dem alten System der "Ersitzung des Heimatrechtes" gebrochen. Nach einem Gesetz von 1863 wurde es den Gemeinden überlassen, über das Heimatrecht zu entscheiden. Es wurde damit zu einem Recht der in den jeweiligen Gemeinden herrschenden Gruppen. Im Zuge der Industrialisierung und der Städtebildung ging die Zahl der in den Aufenthaltsgemeinden heimatberechtigten Personen rapide zurück, die durchschnittliche Zahl der "Ortsfremden" betrug im Jahre 1869 über 25 % und stieg bis zum Jahre 1890 auf über 50 %[37]. In den Städten dürfte dieser Anteil noch viel höher gewesen sein. In der Zeit der Verfolgung nun wurde dieses Gesetz dazu angewandt, unliebsame Personen aus den Aufenthaltsgemeinden auszuweisen. Es reichten pauschale Begründungen aus, um über das Verwaltungsgericht entsprechende Anordnungen zu erreichen: Aufwiegelung, Verbrei-

tung sozialistischen Gedankenguts, Aufforderung zur Selbsthilfe, Aufforderung zum Ungehorsam gegenüber Vorgesetzten, Agitation für Vereinigung der Arbeiter, Arbeitslosigkeit (= fehlendes Einkommen), Gefährdung der Sicherheit u.a.m.. Durch die Heimatgesetznovelle des Jahres 1896 wurde die Erlangung des Heimatrechtes erschwert, ein zehnjähriger Aufenthalt in einer Gemeinde zur Voraussetzung erklärt, ohne daß man der Armenversorgung anheimgefallen sein durfte[38]. Das Recht der Ausweisung und damit auch das "Schubverfahren" wurde den Gemeindeorganen übertragen, in denen die Arbeiter wegen fehlender Wahlberechtigung keinen Einfluß hatten. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland in den 1880er Jahren hatte in Österreich kein entsprechendes Pendant; nach einer Enquete über Arbeitergesetzgebung im Jahre 1893 wurden zwar Gewerbeinspektoren und die Krankenversicherung eingeführt; diese Gesetze hatten jedoch für die Bergarbeiter aufgrund ihrer Sonderstellung keine Gültigkeit: Die Bergarbeiter zählten nämlich nicht zu den gewerblichen Arbeitern, sie verfügten ja auch über ihr eigenes Bruderladeninstitut. Der Weg der (Teil-)Reformen im Bereich der Sozialpolitik mußte sich aufgrund der soziologischen und ökonomischen Situation zuerst zugunsten der deutschen Bevölkerung auswirken, da deren Siedlungsgebiete schon kräftiger von der Industrialisierung erfaßt waren[39].

Ein entscheidendes Problem in zweifacher Hinsicht bildete die Frage der Parlamentsbeteiligung und damit die Forderung nach dem Wahlrecht. Während der Entstehungsphase der Arbeiterbewegung ging die grundsätzliche Diskussion darüber, ob eine Parlamentsbeteiligung durch eine Veränderung des Wahlrechtes angestrebt oder die Veränderung des Staates mit anderen Mitteln erreicht werden sollte. Sie hatte die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in sogenannte "Gemäßigte" und sogenannte "Radikale" zur Folge; letztere lehnten den Weg über Reformen und den Parlamentarismus ab und sahen allein in einer proletarischen Revolution das Ziel ihrer Bestrebungen. Die Reform von 1873 berechtigte alle Großgrundbesitzer, Bauern, Gewerbetreibende und Bürgern, die mindestens 10 Gulden Steuer (jährlich) entrichteten, zur Teilnahme an den Wahlen[40]. Im Jahre 1883 wurde der sogenannte Fünfguldenzensus eingeführt; aber auch unter diesen Teil der Bevölkerung fielen die Arbeiter nicht. Die Arbeiterschaft wurde nicht über den direkten Weg, sondern indirekt über Zucker-, Branntwein-, Biersteuer u.a.m. besteuert[41]. Mit dem Argument, daß die Masse der Bevölkerung wegen dieser Veranlagung ein Recht auf eine Wahlbeteiligung habe, wurde der Kampf um die Parlamentsbeteiligung aufgenommen. Die erstmalige Teilnahme an der Reichsratswahl im Jahre 1897 brachte dann nicht den erwarteten Erfolg: es konnten nur ganze 14 Mandate gewonnen werden[42]. Doch allein die neue Funktion innerhalb des Staates mußte zu Veränderungen in der Beurteilung von politischen Fragen führen; hatte die Sozialdemokratie bis zu diesem Zeit-

punkt aus einer außenparlamentarischen Oppositionsrolle agiert, so begann nun der Kampf um eine eventuelle Teilhabe an der Staatsmacht. Der Zwang zu einer konstruktiven Beteiligung hatte im besonderen bei der Nationalitätenfrage Rückwirkungen. Durch das Programm der Übernationalität wurde die Sozialdemokratie eigentlich zur einzigen Partei, die sich bis zum Ersten Weltkrieg für eine Erhaltung der Monarchie aussprechen mußte. Ein weiteres Dilemma für die Intentionen der Arbeiterbewegung muß darin gesehen werden, daß just in dem Moment der Parlamentsbeteiligung der Nationalitätenkampf die breiten Massen erfaßte [43]. Eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterschaft brachte die Wahlrechtsbewegung, die mit als Folge der russischen Revolution von 1905 in die Wege geleitet wurde. Der Kampf um ein besseres Wahlrecht überdeckte noch einmal die breiten Risse, die die nationalen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung hinterlassen hatten. Auf dem Höhepunkt ihres Erfolges war die sozialdemokratische Gesamtpartei bereits so weit zersetzt, daß sie diesen nach 1907 nicht mehr in die Schaffung eines konstruktiven Kompromisses umzuwandeln vermochte.

Die Spannungen und Auseinandersetzungen in den südlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie endeten schließlich im Ersten Weltkrieg, als dessen Ergebnis wiederum die Neuordnung der Staaten im mittel-osteuropäischen Raum zu sehen ist. Diese stellte die Beziehungen zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie auf ganz neue Grundlagen.

3 b. Arbeit und "Leben"

Die Kategorie der Arbeit stellt für den Objektbereich, dem sich die volkskundliche Forschung verschrieben hat, einen zentralen Begriff dar [1].

"Arbeit als kulturanthropologisches Problem" ist "in das Ganze der soziokulturellen Strukturen einzuordnen", "im komplexen Existenzzusammenhang des Menschen, der Menschen auf ihre funktionelle Wirklichkeit und Bedeutung hin ins Auge zu fassen und zu untersuchen" [2]. Das im Volksmund so häufig gebrauchte geflügelte Wort, daß man arbeiten solle, um zu leben, und nicht lebe, um zu arbeiten, welches - ohne jetzt auf die allzu generalisierende Aussage und die Problematik solcher Äußerungen einzugehen - dazu verwendet wird, um die angeblich dem Franzosen angeborene Lebensmentalität von einer angeblich deutschen Lebensauffassung abzugrenzen, signalisiert jedenfalls, daß im Verständnis der Menschen eine gewisse Spaltung zwischen Arbeit und "Leben" vorhanden ist oder unterstellt wird [3]. Die Trennung von Familie und Betrieb, die in der modernen Gesellschaft mehr oder weniger für alle gilt, dürfte für ein solches Verständnis mit die Ur-

sache sein; diese im Zuge der sogenannten Industriellen Revolution tiefgreifende Änderung der Organisation menschlichen Lebens, die den Unterschied der Lebenswelt des Bauern zu der des Handwerkers im historischen Ablauf anspricht, liegt im Wesen des Bergbaus, dessen Berufsleistung sich nur in den ihm eigenen Stätten, den Bergwerken, Gruben und Zechen,vollziehen kann. Für diese Entwicklung muß schon das mittelalterliche Montanwesen, wie schon in anderen Fällen, als Wegbereiter unserer modernen Industriegesellschaft angesehen werden[4]. Festzuhalten bleibt jedoch noch einmal, daß die Arbeit von den Menschen des industriellen Zeitalters oft als etwas außerhalb des "Lebens" Stehendes verstanden wird, obwohl sie dies natürlich keineswegs ist. Die Kategorie der Entfremdung von der Arbeit verifiziert ihre Berechtigung hier in anschaulicher Weise. Was bedeutet nun der Begriff Arbeit, wie ordnet er sich in den Gesamtzusammenhang menschlichen Lebens im Zuge der industriellen Entwicklung ein? "Arbeit im engeren Sinne ist zunächst einmal all das, was an Tätigkeit, an Leistung erforderlich ist, um die vitalen Bedürfnisse zu befriedigen. Sie gehört infolgedessen zu den Grundnotwendigkeiten des Menschen, wenn sie auf die Dauer menschlich leben wollen, ..."[5]. Als eine wesentliche Determinante der Arbeit erweist sich die Arbeitszeit - diese Bemerkung muß noch mit dem Zusatz versehen werden, daß eine schwerere Arbeit, wie es die der Bergarbeiter nun einmal ist, die körperlichen und geistigen Kräfte noch schneller und nachhaltiger ermüden läßt, als dies bei einer leichteren Arbeit der Fall ist. Mit dem Problem der Arbeitszeit ist sogleich deren Komplement im Tagesablauf, die arbeitsfreie Zeit, die Freizeit[6], angesprochen. Physische, psychische und existentielle Bedingungen der Arbeit schlagen sich hier augenscheinlich nieder. Die Ermüdung von der Arbeit, eventuell berufsbedingte Krankheiten beeinträchtigen Familienleben und außerberufliche Aktivitäten; der Arbeitsweg verlängerte, da öffentliche Verkehrsmittel und private Fortbewegungsmittel - ein Fahrrad galt als Luxus! - fehlten, die eigentliche Arbeitszeit noch einmal; bis weit ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts müssen sich die Bergleute vom Schmutz der Arbeit in den eigenen vier Wänden säubern. Wie die Haushaltslisten hergeben, verblieb für Ausgaben außerhalb der dringendsten Bedürfnisse (Essen, Wohnen, Kleiden) kein finanzieller Spielraum. Im Gegenüber von Arbeit und Freizeit entstanden veränderte Formen der Lebensgestaltung[7], diktiert doch das sinnlich-konkrete Arbeitsverhalten auch den Bereich des sozio-kulturellen Verhaltens[8]. Einen besonderen Ausdruck erfuhr dieses Gegenüber in den brauchtümlichen Lebensäußerungen, die bei der in der vorliegenden Untersuchung auftretenden sondergeprägten Trägergruppe der Bergarbeiter Arbeit und Freizeit umfassen[9]. Neben diesem konstitutiven Zusammenhang zwischen Arbeit und Kultur bedeutet der Begriff Arbeit jedoch auch einen gesellschaftlichen Faktor, d. h. er erfährt je nach dem politischen, religiösen und gesellschaftlichen System, in

dem sich Arbeit in verschiedenen Formen verwirklicht, eine unterschiedliche Bewertung. Bei der der vorliegenden Untersuchung zugrundeliegenden kapitalistischen Produktionsweise charakterisiert sich Arbeit in seinen Grundzügen wie folgt: Durch die Einführung des sogenannten freien Arbeitsvertrages gelangten die Träger der Arbeitskraft in ein allzeit kündbares Arbeitsverhältnis, sie traten zueinander in Konkurrenz. Neben der Abhängigkeit vom Arbeitgeber und der damit verbundenen Unsicherheit des Arbeitsplatzes ist die Quantität von Arbeit innerhalb eines Systems kapitalistischer Prägung abhängig vom Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur, der Unternehmer wie Arbeiter gleichermaßen unterworfen sind. Während für den Unternehmer Arbeit in erster Linie jedoch einen Kostenfaktor darstellt, wird sie für den arbeitenden Menschen unter diesen Bedingungen ein existentieller Faktor. Das Innehaben eines Arbeitsplatzes nur garantiert ein Einkommen, dessen jeweilige Höhe wiederum die Konsumtion bestimmt [10]. Existentiell bedroht fehlende Arbeit einen Menschen nicht nur im materiellen Sinn, auch der psychische Bereich des Betroffenen gerät in Mitleidenschaft, wie besonders neuere Untersuchungen im Problembereich der Arbeitslosigkeit - und das bei heute ausreichender materieller, d. h. finanzieller Absicherung durch die Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe - deutlich zeigen. Arbeit ist eben nicht nur "bloßer Betriebsstoff, sondern Teil einer lebendigen menschlichen Persönlichkeit" [11]. Das Arbeitsklima, das Verhältnis und Verständnis zwischen dem Arbeitgeber und seinen ausführenden Organen (Betriebsleiter, Aufseher, Vorgesetzte, Verwaltungsangestellte), zeitigt Auswirkungen auf die Arbeitsfreude, den Arbeitswillen und die Leistung der arbeitenden Menschen. Die sozio-ökonomische Situation Letzterer wiederum entscheidet über deren Fühlen, Denken und Handeln, bestimmt somit ihr Verhalten, ihre Werte und Orientierungen [12]. Die im Verlauf der Industriellen Revolution sich ändernden Bedingungen des Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsklimas begründen, vor allem was das Verhältnis Arbeit - Freizeit angeht, objektiv den Tatbestand der Menschenunwürdigkeit. Das so entstandene Konfliktpotential wurde zum Kristallisationspunkt für die Arbeiterbewegung, deren Bemühungen um eine menschenwürdige Existenz auch gerne mit dem Begriff des Arbeitskampfes umschrieben werden. Das Ergebnis waren und sind heute noch "soziale Innovationen" [13], die von der Arbeiterbewegung, von Unternehmern selbst oder vom Staat und anderen öffentlichen Organen ausgehen können. Das mit den oben angeführten Bemerkungen skizzierte Verständnis von Kultur soll im folgenden für die Darstellung und Analyse von Arbeit und "Leben" der Bergarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet als Grundlage dienen. Wie Korff mit Recht hinweist, ist "dieses Kulturverständnis, das sich von menschlicher Arbeit und gesellschaftlicher Produktion her bestimmt, (ist) freilich keineswegs so genuin marxistisch, wie das in der kulturtheoretischen Diskussion der letzten Jahre oftmals behauptet worden

ist. Es ist nämlich derselbe Kulturbegriff, der auch konstitutiv für die anthropologische Forschung ist" [14]. Das Problem der Relativierung und Gewichtung des Begriffes Arbeit und seiner Auswirkungen birgt Gefahren in sich, die schnell zu einer Überakzentuierung oder Unterbelichtung führen können [15]. Die fächerübergreifende Art der Fragestellung der volkskundlichen Forschung erweist sich in diesem Zusammenhang als außerordentlich hilfreich. Die Einordnung volkskundlich-kulturanthropologischer Faktoren in die Sinn- und Seinszusammenhänge des menschlichen Lebens stellt eine äußerst schwierige Aufgabe dar, die nur durch saubere und stringente Argumentation unter Einschluß aller relevanten sozio-kulturellen Strukturelemente wenigstens teilweise und in Ansätzen zu bewältigen ist.

II. BERGWERKSBETRIEB UND BERGMANNSARBEIT

1. Bergwerksbetrieb

Die Arbeit des Bergmannes ist prägender und dominanter Teil des gesamten Bergarbeiterlebens. Die Bergarbeiter und besonders auch die Bergarbeiterbewegung sind sich eben wegen ihrer Arbeit einer herausgehobenen Stellung innerhalb der Berufeskala bewußt gewesen. So betont der Bergarbeiter Thume aus Turn (Trnovany) in einer Arbeiterversammlung vor über 1000 Wiener Arbeitern, die im Rahmen des 5. Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs zu deren Information über die Situation der Bergarbeiter veranstaltet worden war, die Diskrepanz zwischen dem Wert der Arbeit und der sozialen Wirklichkeit der Berufsangehörigen mit folgenden Worten: "Wir Bergarbeiter küssen täglich morgens, wenn wir zur Schicht gehen, Weib und Kind. Wir wissen nicht, ob wir abends wiederkehren. Überlegen Sie sich unsere Gefühle, wenn für uns dann, wenn ein Unglück geschieht, Almosen gesammelt werden, für uns, ohne die die Kultur zusammenbräche" [1]. Die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers sollen im folgenden Kapitel dargestellt und analysiert werden. Grundlage sollen hierfür in erster Linie die Arbeitserinnerungen der Betroffenen selbst sein. Neumann teilt den Arbeitserinnerungen, der "Arbeitsgeschichte", einen Platz im System der Erzählungsformen zu: Als abgrenzbares "Memorat" der "Einfachen Form" des "Memorabile" mit der Authentizität als Grundformprinzip ist die Aussage bei dieser Form der Erzählung wichtiger als die Form selbst [2]. Als Quellen stehen uns dabei einmal die sehr anschaulichen "Erinnerungen eines alten Hauers" zur Verfügung, in welchen der Bergmann Alois Frank sen. ausschließlich über die Arbeit auf den Grohmann-Schächten berichtet [3], zum anderen die zahllosen Erzählungen und Berichte von Begebenheiten und Erlebnissen, die im Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, dem "Glück auf!", von Bergarbeitern, die der (sozialdemokratischen) Bergarbeiterbewegung verbunden waren oder ihr zumindest nahestanden [4], veröffentlicht worden sind.

a) Die Entwicklung der Arbeitszeit

Als im Jahre 1919 zuerst ein fünftägiger Erholungsurlaub und im November desselben Jahres der Achtstundentag durch das Schlichtungsgericht für die Revierbergamtsbezirke Komotau-Brüx-Teplitz festgelegt wurden, erfüllten sich damit schon seit langem erhobene Forderungen der im nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter [1].

In den Bestimmungen des Gerichtsbeschlusses wurde die Schichtzeit so festgelegt, daß der Beginn nach der Einfahrt und das Ende nach der Ausfahrt angesetzt wurde. Die Ausfahrt war dabei so zu regeln, daß sie spätestens eine Viertelstunde nach Schichtschluß beendet sein mußte. Die Ruhepausen waren in die Schichtzeit einzurechnen. Die vorstehend erwähnten hauptsächlichen Bestimmungen waren jahrzehntelang und besonders seit dem Entstehen der Bergarbeiterbewegung ein dauernder Streitpunkt zwischen den Bergbauunternehmern und ihren Beschäftigten gewesen. Dabei hatte die achtstündige Arbeitszeit gerade im Bergbau eine lange Tradition aufzuweisen: Schon zur Zeit von Georg Agricola (16. Jahrhundert) herrschte die 7- bzw. 8-Stunden-Schicht vor, es gab bereits die 5-Tage-Woche[2]. Rein formell war der 8-Stunden-Tag bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts gültig, d. h. bis zum Erlaß des österreichischen Berggesetzes im Jahre 1854[3]. Dieses Gesetz enthielt jedoch keine näheren Vorschriften und Bestimmungen über die Länge und die sonstige Gestaltung der Arbeitszeit. Die Regelung darüber war nach der Theorie des freien Arbeitsvertrages der Vereinbarung der beiden (als gleichwertig und gleich stark angenommenen) Vertragsparteien überlassen; im § 200 wurde nur festgelegt, daß Zeit und Dauer der Arbeit in der Dienstordnung eines jeden Betriebes anzugeben seien[4]. In der Folgezeit bürgerte sich im allgemeinen die zwölfstündige Schicht ein[5]. Vor allem jedoch bis zum Jahre 1873, dem Krisenjahr, waren die Schichtzeiten sehr schwankend und mehr von den Absatzmöglichkeiten, durch den sommerlichen Stillstand der Produktion und von der jeweiligen Arbeitslage her bestimmt. Braf erfuhr von Werksbesitzern, daß es eigentlich gar keine Schicht gebe; wegen der vielen Feierschichten, für die es ja keinen Lohn gab, arbeiteten die Bergleute bei guter Auftragslage mehrere Schichten hintereinander, auch an Sonn- und Feiertagen[6]. Nach dem Aufschwung der Konjunktur und der Verbesserung der Arbeitsmarktlage durch Zuwanderung wurden diese überlangen Arbeitszeiten zur Regelarbeitszeit: Schichten bis zu 18 Stunden waren dabei keine Seltenheit[7]. Diese absolut menschenunwürdigen Verhältnisse führten schon relativ früh zum kollektiven Kampf für eine gesetzlich bestimmte Arbeitszeit von acht Stunden: Während eines Streiks im Jahre 1881 tauchte schon neben anderen wesentlichen Forderungen die der 8-Stunden-Schicht auf[8]. Die Bergwerksbesitzer verteidigten die damals bestehenden Verhältnisse: Die 12-Stunden-Schicht, die damals überwog, stelle keine Überanstrengung dar, da eine möglichst gleichmäßige Anstrengung die "beste und längste Ausnützung der thierischen und menschlichen Arbeitskraft"[9] gewährleiste, argumentierte man. Eine achtstündige Schicht dagegen bedeute eine Überanstrengung, da die gleiche Leistung, die im Augenblick bei zwölf Stunden vollbracht werde, dann bei acht Stunden geleistet werden müsse, da die Arbeiter ja auch den gleichen Lohn erwarteten[10]. Zudem dauere die 12-stündige Schicht ja nur höchstens zehn Stunden, da

Einfahrt und Ausfahrt abzurechnen seien. Der Streit darum, ob Ein- und Ausfahrt zur Schichtzeit einzurechnen seien oder nicht zur Arbeitszeit gehörten, bestimmte die Diskussion bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie. Sie fand auch deshalb kein definitives Ende, weil die staatlichen Aufsichtsbehörden aus noch darzulegenden Gründen sich nicht veranlaßt fühlten, hier einzugreifen. Die Streiks 1881/1882 führten jedenfalls zur Herausgabe einer Novelle zum Berggesetz im Jahre 1884. Darin wurde die 12-stündige Schicht einschließlich Ruhepausen festgelegt. Pribram und Jarolim weisen darauf hin, daß "dieses Gesetz nur auf dem Papier gestanden habe, da die Bergbehörden bei der Kontrolle Nachsicht geübt hätten" [11]. Die 1890er Jahre einschließlich des Streiks im Jahre 1900 sind ein einziger Sturmlauf der Bergarbeiterbewegung für die 8-Stunden-Schicht. Auf dem Ersten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Wien wird das Problem der Arbeitszeit als "die brennendste von den Fragen, die unsere Lage betreffen" dargestellt. Die Arbeitszeit stellte in den Augen der Bergarbeiter die Kette dar, mit der die Arbeiterschaft gefesselt sei: "Die lange Arbeitszeit reibt uns auch leiblich und geistig auf. Diese lange Arbeitszeit bringt uns um unsere Gesundheit" [12]. Welche Verbitterung und welche Anklage steht hinter dem Ausruf, daß der Knappe von September bis zum April während der Woche die Sonne nicht zu sehen bekomme! Sofern der Staat "für das arbeitende Volk in moralischer und hygienischer Beziehung fördernd eingreifen" wolle, wie er es ja bei jeder sich bietenden Gelegenheit betonte, habe er die Pflicht, die 8-stündige Arbeitszeit einzuführen [13]; an anderer Stelle wird der 8-Stunden-Tag gefordert als "unser Recht, welches wir brauchen, um zu leben und als Menschen wie alle anderen, betrachten zu können" [14]. Besonders der 1. Mai wird in diesem Zusammenhang zu einer Demonstration für diese Forderung [15]: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Muße, 8 Stunden Schlaf, so lautete der Aufruf zum 1. Mai 1893 [16]. Auf dem Zweiten Kongreß im Jahre 1891 wurde eine Resolution beschlossen, in der eine allgemeine lohn- und arbeitsstatistische Erhebung die Grundlage für die weitere politische Agitation bilden sollte [17]. Man wollte mit "streng wissenschaftlich" erarbeitetem Material den staatlichen und von Unternehmerseite publizierten Lohnstatistiken gegenübertreten, die niemals die Arbeitszeit nannten, in der die dort angegebenen recht hohen Löhne erarbeitet worden waren. Den Gegenargumenten für eine Verkürzung der Arbeitszeit ging man in der Art entgegen, daß man aufgrund erwiesener Tatsachen diese zu entkräften suchte. Der vom Montanverein gestellten provozierenden Frage, was der Arbeiter mit mehr Zeit anfangen werde und der sogleich gelieferten Antwort, er werde noch mehr ins Gasthaus gehen, hielt man entgegen, daß Untersuchungen in Australien ergeben hätten, daß das Gegenteil der Fall sei [18]. In einem Protestschreiben, das nach einer Antwort auf die von den Bergarbeitern bei den Werksbesitzern eingereichten Forderungen verfaßt wurde, be-

wies man mittels Rechnungen, daß der Kohlenpreis noch viel mehr gestiegen sei als Lohnerhöhungen verlangt würden. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter werde bei einer 8-stündigen Schicht steigen und keinen Schaden bedeuten [19]. Trotz der Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung, die in einer Pressemeldung am 8. Mai noch als "entschieden unannehmbar" bezeichnet worden war unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, wurde im Juli des Jahres 1895 von den Bergwerksbesitzern die 10-stündige Arbeitszeit gewährt [20]. Einen neuerlichen Erfolg auf dem Weg zum 8-Stunden-Tag errangen die Bergarbeiter im Anschluß an den großen Streik des Jahres 1900. Vertreter der Bergarbeiter wurden in einer vom sozialpolitischen Ausschuß veranstalteten Enquete gehört, die Vertreter der Unternehmer wehrten sich mit allen Mitteln gegen "das Experiment des 8-Stunden-Tages", wie es der Direktor eines Werkes der Brüxer Bergwerksgesellschaft nannte [21]. Eine andere Lösung in der Diskussion um die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit stammt von dem Bergbau-Ingenieur Brzezowski, der diese Frage allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt beurteilt wissen will. Brzezowski´s Vorschläge und Anregungen zeugen davon, mit welcher Leichtigkeit der Kapitaleigner mit seiner einzig gewinnorientierten Sicht über Menschen hinwegging. Der Ingenieur empfahl die Aufnahme von Reservesoldaten nach Vollendung ihrer Dienstzeit: "Ein solcher Mann ist meist gesund, kann kurz melden und ist gewöhnt zu gehorchen. Einem tüchtigen Häuer zugeteilt, wird er in kurzer Zeit ein brauchbarer Arbeiter" [22]. Zur Erholung von der Arbeit solle der Arbeiter halt nicht die Schanklokale aufsuchen, da dort die Luft noch schlechter als in der Grube sei.

Nach dem Erlaß der Novelle zum Berggesetz vom 27. Juni 1901 (R.-G.-Bl.Nr. 81) galt vom 1. Juli 1902 an die 9-Stunden-Schicht. Sofort entflammte wieder der Streit, ob diese im Gesetz angegebene Zeit als Individualschicht oder als Gesamtschicht aufzufassen sei. Das Verwaltungsgericht stellte dann abschließend fest, daß es sich um die Gesamtschicht im Sinne der Maximalschicht handele [23]. Selbst die Bergbehörden hatten sich in diesem Falle auf die Seite der Grubenbesitzer gestellt und das Gesetz im Sinne einer Individualschicht interpretiert, d. h. jeder Betriebsleiter konnte für jeden einzelnen Arbeiter gesondert über dessen individuelle Schichtzeit entscheiden. Die Bestimmungen wurden alle zuungunsten der Bergarbeiter ausgelegt, Ein- und Ausfahrt sollten nicht zur Schichtzeit gehören; die Bestimmung der "üblichen Ruhepausen" führte zu einem von den Bergarbeitern so bezeichneten "Ruhepausenbetrug" [24]. Das Vertrauen der Bergarbeiter zu den k. k. Bergbehörden war damit vollends geschwunden [25]. Der Zentralverband der Bergwerksbesitzer Österreichs versuchte bis zuletzt die Einführung des Gesetzes zu verhindern. In einer Petition an das Abgeordnetenhaus wurden noch einmal alle Argumente aufgeführt, um die Abgeordneten umzustimmen. Die wichtigsten Punkte seien daraus angeführt; zum einen vermitteln sie etwas von dem Zeitgeist der auf wirtschaftlicher Ebene Herrschenden

und führen damit die Notwendigkeit der Organisierung des Schwächeren im kapitalistischen System vor Augen, zum anderen haben einige Argumente an Aktualität - und das obwohl sich die Bedingungen und Verhältnisse erheblich gewandelt haben - nicht verloren. Der Zentralverein der Bergwerksbesitzer erklärte, daß es "absolut keine begründete Veranlassung" gebe, eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen, sie sei "weit mehr eine Konzession an ein landläufiges Schlagwort als die Erfüllung eines wirklichen Bedürfnisses der Arbeiterschaft". Das von der Arbeiterbewegung zur Begründung der Verkürzung gebrachte Argument, die Leistung werde dann eher steigen, wird dahingehend pervertiert, daß eine Leistungsintensivierung steigende Unfallziffern und keine Besserung der Gesundheit der Bergarbeiter nach sich ziehen werde. Eine kürzere Arbeitszeit erhöhe den Zulauf zur Bergarbeit, dadurch würden sich die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter weiter verschlechtern statt verbessern, wie von ihnen angestrebt[26]! Diese Argumente, die im Rahmen der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung in den 70er, 80er und 90er Jahren immer wieder genannt, von der sich vollzogen habenden Entwicklung jedoch widerlegt worden waren, wurden komplettiert durch allgemeine wirtschaftlicher Art, wie etwa der Frage nach der Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland, der Gefahr von Preiserhöhungen bei gleichzeitigem Sinken der Produktion u. ä. m.. Festzuhalten bleibt, daß Arbeitszeitverkürzungen von seiten der Unternehmer immer mit arbeitsintensivierenden und leistungsverschärfenden Maßnahmen beantwortet wurden (Lohnreduzierung, Verschlechterung des Gedinges, Entlassungen). Gerade die Nachgeschichte der Einführung der 9-Stunden-Schicht im nordwestböhmischen Revier belegte dies wieder drastisch: Statt der vom Referenten des Subcomitees des Socialpolitischen Ausschusses Dr. Kolischer errechneten Zahl von 3550 Bergarbeitern, die bei Verkürzung der Arbeitszeit zur Erhaltung der Produktion eingestellt werden müßten, gab es Massenentlassungen[27]; die Zahl der im nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau Beschäftigten verringerte sich trotz des Nachholbedarfes des Kohlenmarktes, der durch den langen Streik im Jahre 1900 entstanden war, um fast 3000[28], wobei sich die Fördermenge, wenn auch geringfügig, erhöhte[29]. Neben der reinen Arbeitszeit vor Ort, der umstrittenen Ein- und Ausfahrt, müssen noch das Verlesen bzw. die Markenkontrolle, die Werkzeugfassung, die Lampenfassung und die Fassung von Sprengmaterial als direkt arbeitszeitverlängernde Tätigkeiten angesehen werden; diese zählten noch 1908 nicht zur Schichtzeit. Der oft beträchtliche Weg zur Arbeitsstätte muß in diesem Zusammenhang ebenfalls genannt werden, wenn er auch nicht zur direkten Arbeitszeit gezählt werden kann. Ein weiteres Element aus dem Bereich der Arbeit, welches in die arbeitsfreie Zeit hineinreichte, ist die Tatsache, daß die Bergarbeiter sich vom Schmutz der Arbeit in ihren Wohnungen säubern mußten[30]. Die ersten Brausebäder wurden erst im Jahre 1909 gebaut[31].

Man muß es in unserer Zeit der fast generell bestehenden 5-Tage-Woche besonders betonen, daß die jeweils bestehenden Arbeitszeiten für die ganze Woche, d. h. von Montag bis Samstag einschließlich, Geltung besaßen; erst im Jahre 1920 reduzierte sich die samstägliche Arbeitszeit auf sechs Stunden. Der Samstag war auch der Lohntag; lange währte der Streit, ob die Lohnauszahlung in die Schichtzeit einzurechnen sei[32]. Unter diesen Bedingungen gewann natürlich der einzige Ruhetag, der Sonntag, besondere Bedeutung. Vor der Novelle zum Berggesetz des Jahres 1884 waren die Bergarbeiter in dieser Hinsicht völlig schutzlos; wer sich gegen von den Werksbesitzern bzw. deren Betriebsleitern angeordnete Sonntagsarbeit weigerte oder nicht zur Grube kam wurde entlassen[33]. Nach den Streiks der Jahre 1881/1882 hatten die Unternehmer gegen den Wegfall der Sonntagsarbeit nichts mehr einzuwenden[34], als Hauptgrund wird in der Erörterung im Rahmen der Enquete des Abgeordnetenhauses genannt, daß die Teilnahme am Gottesdienst ermöglicht werden solle[35]. Auf dem Ersten Bergarbeiterkongreß wurde dann die Maximalforderung von 32 Stunden Sonntagsruhe aufgestellt, bis dahin galt die Bestimmung von 24 Stunden Arbeitsruhe[36].

Mehrere Schichten an einem Tag verfuhren nur die größeren Bergbauanlagen[37]. Alois Frank gibt an, daß die zur Grubenerhaltung nowendigen Arbeiter (Maurer, Zimmerer, Feuerwächter u. a.) in Schichten ununterbrochen an Sonn- wie an Werktagen arbeiten mußten[38]. Arbeitsbeginn war allgemein um sechs Uhr früh[39], später dann um sieben Uhr[40]. Die Bergarbeiter wurden von ihrem Fachblatt immer wieder darauf aufmerksam gemacht, die Ruhepausen einzuhalten, da sie für den menschlichen Körper dringend notwendig seien[41]. Die wirklichen Verhältnisse sahen jedoch so aus, daß die Pausen oft übergangen wurden, um Zeit zu sparen. Während der Arbeit wurde die kärgliche Brotration verschlungen, die Förderer trugen ihr Brot eingeklemmt zwischen Hose und Körper bei sich, um bei jeder sich nutzenden Gelegenheit einen Bissen in den Mund schieben zu können[42]. Später wurde dann eine einstündige Mittagspause, die gemeinsam gehalten wurde, üblich; die Frühstückpause (1/2 Stunde) wurde meist abwechselnd eingenommen, da der Förderbetrieb weiterlief[43]. Während des Ersten Weltkrieges wurden die in Friedenszeiten geltenden Gesetze durch das sogenannte Kriegsleistungsgesetz außer Kraft gesetzt, die Bergwerke kamen unter militärische Verwaltung[44]. Verlängerte Arbeitszeiten und Sonntagsarbeit wurden in dieser Zeit die Regel. Das Problem der Arbeitszeit im Bergbau wird noch komplizierter, wenn wir die Frage der Leistungsbemessung und damit auch der Entlohnung noch miteinbeziehen. Wie wir im folgenden Kapitel noch sehen werden, sind bei der Bergarbeit viele Arbeitsvorgänge nötig, um das Endprodukt, die Kohle, ans Tageslicht befördern zu können. Das Besondere der Bergmannsarbeit liegt nun auch darin, daß sich die Bedingungen des Abbaus von Meter zu Meter verän-

dern können (Härte des Gesteins, Verwerfungen, Wassereinbrüche). Hierin liegt und lag jedoch auch eine gewisse Attraktivität des Berufes: man ist laufend mit neuen Problemen konfrontiert, es gehört nicht zuletzt geistige Beweglichkeit und Improvisationsvermögen dazu, diese zu lösen; der Bergmann ist auf sich allein gestellt, die Bewältigung der laufend sich ändernden Aufgaben gibt ihm Selbstbewußtsein und Befriedigung über seine Arbeit. Die Arbeit an sich ist es nie gewesen, über die sich die Bergarbeiter beschwert haben, vielmehr waren es immer neben der Frage ihrer Vertretung gegenüber den Arbeitgebern Fragen der Leistungsbemessung (also der Entlohnung) und Sicherheitsfragen inklusive der damit zusammengehörenden Probleme der sozialen Absicherung (Krankenkasse, Invalidenversicherung, Versicherung der Angehörigen). Die ständig wechselnden Arbeitsbedingungen bedürfen einer differenzierten Leistungsbemessung und damit Entlohnung. Die Unternehmer umgingen nun die festgelegte Maximalarbeitszeit durch die Vergleichung von Zeit und Leistung, indem sie lange Jahre nur einen festgelegten Lohn für eine bestimmte zu erarbeitende Fördermenge zahlten, d. h. für eine bestimmte Anzahl gefüllter Fördergefäße, Hunde oder Hunte genannt. Die zeitraubenden und oft langwierigen Vorarbeiten, die bis zum Abbau selbst notwendig sind, wurden nicht bezahlt; um nun eine bestimmte Höhe des Lohnes zu erreichen, die nach der jeweiligen Situation eines Bergarbeiters zum Leben notwendig war, mußte u. U. die Arbeitszeit verlängert werden, um die vorgeschriebene Zahl von Hunden zu erarbeiten. Der Bergarbeiter Josef Schottner, um ein Beispiel zu nennen, führt in einem Bericht über 20 Schächte auf dem Ersten Bergarbeiterkongreß auf, daß bei diesem Entlohnungssystem Arbeitszeiten von 16-17 Stunden die Regel waren, obwohl zu dieser Zeit eine Maximalarbeitszeit von 12 Stunden erlaubt war [45]. Eine indirekte Folge dieser Leistungsintensivierung war die Außerachtlassung von Sicherheitseinrichtungen und -vorrichtungen durch die Bergarbeiter selbst, um früher nach Hause gehen zu können. Das Problem der Arbeitszeit und der damit zusammenhängenden Probleme gewann im Untersuchungszeitraum damit Dimensionen, die es zu einer zentralen Frage im Leben der Bergarbeiter werden ließ.

b) Betriebsorganisation

Otto Neuloh hat den sozialen Wandel von Betriebssystem und Betriebsklima im Bergbau als "ein geradezu einzigartiges Beispiel für den Zusammenhang zwischen Systemsveränderung von Betriebsstrukturen und sozioklimatischen Folgen" [1] charakterisiert. Er weist dies an den Phasen bergbaulicher Betriebsentwicklung und dem Wandel des Status des Bergmanns nach. Der besondere Charakter bergbaulicher Produktion, auf den im Laufe der Ausführungen schon hingewiesen wurde und immer wieder hinzuweisen sein wird, ver-

langt - soweit dies nach den vorhandenen Quellen möglich ist - genaue Aussagen über Betriebe, ihre Organisation und die Arbeitsprozesse im jeweils zu untersuchenden Raum, um die im kulturellen und sozialen Bereich auftretenden Fragen und Probleme begreifen und - was noch weitaus schwieriger ist - beurteilen zu können. Albin Bráf hatte für den nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau aus der bis zur Veröffentlichung seines Buches im Jahre 1881 verlaufenen Entwicklung zwei Perioden konstatiert: Vor dem Krisenjahr 1873 stellte er kaum regelmäßige Betriebe fest[2], die Bergarbeit war für die meisten Menschen kein Vollzeitberuf, sondern Nebenerwerb zur Landwirtschaft. Der Braunkohlenbergbau war "weder imstande bergmännisch gebildete Arbeiter herbeizuziehen, noch seine aus Häuslern, landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitern der lokalen Umgebung rekrutierten Arbeitskräfte entsprechend zu bilden"[3]. Die Konkurrenz des Eisenbahnbaues, durch die den Bergwerken mit leichterer Arbeit, höheren Löhnen und Dauerbeschäftigung die Arbeiter abgeworben wurden, führte zu einer ständigen Fluktuation der Belegschaften. Noch für das Ende der siebziger Jahre stellte die Denkschrift des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Anschluß an den Streik im Jahre 1881 fest, daß "auf manchen Gruben im Verlaufe von zwei Jahren die ganze Mannschaft gewechselt hat"[4]. Über die einzelnen Belegschaftsgrößen für jene Zeit liegen keine Angaben vor; es wird lediglich eine Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinbergbau getroffen[5]. Dies geschieht einmal hinsichtlich des Lohnes, da der Häuer beim Kleinbergbau, dessen Ausbildung als unzureichend angegeben wird, den Verdienst des Förderers beim Großbergbau nicht erreichte[6]. In den Berichten der Berghauptmannschaften wurde festgestellt, "daß überall, wo Großbergbau besteht, für die Interessen der Arbeiter eifrig gesorgt wird, während dies dort, wo Kleinbergbau getrieben wird, nicht geschieht"[7], was immer auch in dieser Zeit unter den Interessen der Arbeiter verstanden wurde.

Die enorme Steigerung der Produktion seit 1870 ist mit der für Österreich-Ungarn günstigen Entwicklung, die sich aus dem deutsch-französischen Krieg ergab, zu erklären. Zu Beginn der 1870er Jahre wurden bedeutende Unternehmungen gegründet, so etwa die Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft (1871), die Kohlenwerke des k. k. Montan-Ärars (1874) und der Duxer Kohlenverein (1872)[8]. Schlegel unterscheidet drei Gründungsperioden: Die erste fand in den 1870er Jahren statt, eine zweite in den Jahren 1890-1895, eine dritte Gründungswelle setzte sich in den dem Jahre 1900 folgenden Jahren in Gang[9]. Die Entwicklung ging zu immer größeren Unternehmungen und den Aktiengesellschaften. Im Jahre 1913 wurden knapp 60 % der Gesamtproduktion des Braunkohlengebietes von 9 Aktiengesellschaften erarbeitet, 32 Einzelunternehmungen brachten es auf nicht einmal 10 %, die übrigen Unternehmensformen teilten sich in die restlichen ca. 30 %[10]. Die bedeutendste Gesellschaft, die Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft, be-

schäftigte im Jahre 1899 6000 Arbeiter; die Gewerkschaft Brucher Kohlenwerke beschäftigte 3200 Bergarbeiter (1899) und die Nordböhmische Kohlenwerksgesellschaft (1898) über 2600 Arbeiter, womit die größten Unternehmungen dieser Zeit genannt sind. Die fünf größten Bergbaugesellschaften beschäftigten im Jahre 1899 zusammen fast zwei Drittel der gesamten Belegschaft des Kohlenreviers [11].

Die Belegschaftszahlen der im Jahre 1908 größten Unternehmungen lauten [12]:

	1899	1908
1. Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft	6000	7902
2. Brucher Kohlenwerke	3200	5098
3. Nordwestböhmische Kohlenwerksgesellschaft	2600	3128
4. Duxer Kohlenverein	1152	1812

Wie Wächtler bemerkt, bedeutete Produktionssteigerung beim Steinkohlenbergbau - und das galt ebenso für den Braunkohlenbergbau - eine Mehreinstellung von Bergarbeitern, da die Mechanisierung und der Einsatz der Dampfmaschine in den eigentlichen Arbeitsprozeß des Bergmannes nicht eingriffen [13].

Was waren das nun für Menschen, die sich entschlossen, als Bergarbeiter ihr Geld zu verdienen, und wo kamen sie her? Genaue Auskunft kann darüber wohl nie gegeben werden, da vollständige statistische Unterlagen nicht vorliegen. Wie wir schon von Bráf gehört haben, verdienten sich zunächst Häusler, landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiter ein Zubrot im Braunkohlenbergbau. Durch die Betriebserweiterungen und Neugründungen zu Ende der 60er und zu Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts reichte die einheimische ansässige Bevölkerung, sofern sie überhaupt im Bergbau tätig werden wollte, nicht mehr aus. Steiger und Beamte wurden zur Anwerbung von Arbeitskräften vor allem in die Steinkohlendistrikte (Radnic, Schlan, Rakonitz, Kladno) geschickt; sie brachten jedoch auch landwirtschaftliche Kräfte von dort mit nach Nordwestböhmen.

Die Wenigsten kamen anfangs zum Bergbau in der Absicht, sich hier für immer niederzulassen [14]. Kallus hat festgestellt, daß die Bergleute "sich aus der zugewanderten Bevölkerung der umliegenden Bezirke, zum größten Teil aber aus der e i n h e i m i s c h e n b e r u f s t ä t i g e n B e v ö l k e r u n g, d i e f o r t a n d e r L a n d w i r t s c h a f t v e r l o r e n g e h t" [15] rekrutierten. Er gelangt zu dieser Annahme, indem er die Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten der Zunahme der Bergarbeiterschaft gegenüberstellt. Auch Jarolim gibt an, daß der Zuzug in der Hauptsache aus der Landwirtschaft kam; andere Autoren heben die alten Gebiete der Textilindustrie und der Heimindustrie als Hauptabwanderungsgebiete hervor [16]. Der Weg zweier geradezu typischer Vertreter dieser "Zuwanderergeneration" soll an dieser Stelle kurz beleuchtet werden: Einmal ist dies Anton Jarolim, der spätere Obmann der Union

der Bergarbeiter selbst; in Bušťehrad (zwischen Prag und Kladno) geboren, begann er als Vierzehnjähriger mit der Grubenarbeit. Im Jahre 1884 kam Jarolim nach Nordwestböhmen, wo er auf dem Doblhoff II-Schacht als Bremsjunge, später als Häuer arbeitete [17]. Der andere Bergarbeiter, dessen Weg näher beschrieben werden kann, weil er als Arbeiterdichter im Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Erzählungen, Gedichte und Lieder hinterlassen hat, ist Anton Wilhelm Teuchert. Teuchert war als Andreherjunge in einer Spinnfabrik beschäftigt gewesen, ehe er, weil ihm als Mitglied eines Arbeitervereines keine Arbeit mehr gegeben wurde, im Jahre 1881 nach Dux (Duchcov) kam, wo er in einer Kohlengrube Arbeit fand [18]. Die genaueste Auskunft über die Herkunftsgebiete der Bergarbeiter, für die Zeit bis zum Jahre 1900 jedenfalls, gibt Rauchberg. Er erfragte die Heimatsberechtigung der Mitglieder der Zentralbruderlade für Nordwestböhmen und benutzte sie dazu, um den Zuzug aus dem gesamten böhmischen Raum in das Braunkohlenrevier kartographisch erfassen zu können. Es zeigte sich dabei, "daß die Anziehungskraft des Braunkohlenreviers sich in das tschechische Sprachgebiet viel weiter hin erstreckt wie in das deutsche" [19]. Das entsprechende Kartogramm weist aus, daß Prag als eigenes Industriezentrum eine kontinuierliche Abschwächung der Abwanderung aus den einzelnen innerböhmischen Bezirken unterbrach; jedoch stellen dann die weiter entfernten Bezirke wie Kuttenberg und Časlau wieder mehr als 800 und 1000 Mitglieder der Bruderlade. Über die Staatsangehörigkeit der im Braunkohlenbergbau Beschäftigten gibt keine der bergbehördlichen Statistiken Auskunft [20]. Weber kommt aufgrund seiner Überlegungen zu dem Ergebnis, daß 1880 und 1890 "noch mindestens die Hälfte aller Berufszugehörigen deutschsprachig gewesen" [21] sei; ob hier die Muttersprache oder die Umgangssprache das Kriterium ist, kann nicht festgestellt werden. Tschechen, sofern sie sozial aufsteigen wollten, waren aufgrund der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Deutschen gezwungen gewesen, die deutsche Sprache zu erlernen. Dieser Umstand hatte dazu geführt, daß in den staatlichen Statistiken, bei deren Erhebung meist nach der Umgangssprache gefragt worden war, viele Tschechen damit "eingedeutscht" wurden. Deutsch-German gibt aufgrund der Aussage seines Gewährmannes an, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter (um 1900) Tschechen seien [22]. Für 1917 beziffert Schlegel den Anteil der Belegschaft des östlichen Reviers, der die deutsche Umgangssprache spreche, mit etwa 60 %, den, der die tschechische Umgangssprache spreche, auf ungefähr 40 % [23]. Der Zwang zum Erlernen der deutschen Sprache dürfte auch seine Ursache in der Tatsache haben, daß der Bergbau in jahrhundertelanger Tradition vor allem von der deutschen Bevölkerung Böhmens entwickelt worden ist, und so quasi eine Fachsprache, technische Sprache, auf der Grundlage der deutschen Sprache institutionalisiert wurde. Die Tschechen paßten sich an, indem sie die deutschen Wörter in etwas abgewandelter Form als Ver-

ständigungsmittel annahmen[24]. Bei allen außerhalb dessen liegenden Dingen, und das begann beim Verhältnis zum Aufsichtspersonal und dem Aushang der Dienstordnung, da diese von den meisten Tschechen nicht mehr verstanden werden konnte, stellte das Problem der Verständigung ein hochexplosives Konfliktpotential dar[25]. Doch nicht nur die verschiedenen Sprachen waren es, die in dem Schmelztiegel des Braunkohlengebietes zusammentrafen, es waren auch die innerhalb der gleichen Nation verschiedenen Wertsysteme, die verschiedenen landsmannschaftlichen Prägungen, die in den letzten Jahrzehnten aufeinanderprallten und denen eine Chance zum Aufeinander-sich-Einspielen hätte gegeben werden müssen.

Diese Phase der privatwirtschaftlich-großbetrieblichen Expansion, die von technischer Seite vor allem durch die Verbesserung der Förderanlagen und des Aufbereitungsprozesses profitierte[26], hatte die Umorganisierung der alten Personalstruktur zur Folge. Wie schon weiter oben festgestellt worden war, konnte die Produktionsausweitung aufgrund der gegebenen Bedingungen nur über eine Erhöhung der Anzahl der Häuer erfolgen. Die Entwicklung des Zahlenverhältnisses der Häuer zu den Förderern im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier kann deshalb schlecht verfolgt werden, weil in den Lohnstatiken die Häuer und Förderer immer zusammengefaßt wurden, da sie die Lohnkategorie I bildeten. Eine Differenzierung wurde vom k. k. statistischen Amt für das Jahr 1900 gegeben, als ein Bericht über den Ausstand gegen wurde. Dabei wurden mit 96,7 % der Beschäftigten, die sich dem Streik angeschlossen hatten, fast alle Belegschaften erfaßt, so daß diese Zahlen als gesichert angesehen werden dürfen. Von 78 791 streikenden Bergarbeitern waren demnach 37 081 Häuer (=47,1 %), 18 693 Förderer (23,7 %) und 9 655 sonstige Grubenarbeiter (=12,1 %). Der Anteil der Bergarbeiter unter Tage machte demnach 82,9 % aus[26a]. Die Belegschaftsstruktur hatte sich damit grundlegend geändert, das Fehlen einer qualifizierten betrieblichen Mittelschicht, für die allein vom organisatorischen Standpunkt her die elementaren Grundlagen (Schulen) einfach fehlten, mußte zu einer enormen Belastung des Verhältnisses zwischen den Werksbesitzern und den Arbeitern werden. Davon soll im folgenden genauer die Rede sein. Bráf unterscheidet beim Braunkohlenbergbau die Beschäftigungsgruppen Häuer, Förderer und Arbeiter über Tage (oder auch Tagesarbeiter genannt)[27]. Der Häuer war zugleich auch Sortierer, von seiner Geschicklichkeit hing es ab, welche Art von Kohle er gewann; Stückkohle, d. h. die großbrockige Kohle, die aufgrund der allgemeinen technischen Entwicklung mehr gefragt war als die Kleinkohle, wurde höher entlohnt. Durch neue Maschinen für den Aufbereitungsprozeß, also auch die Sortierung, durch technische Neuerungen über Tage und durch die ständige Vergrößerung der Betriebe und vor allem der Betriebswege, war man gezwungen, fortschreitend die Arbeit zu teilen. Waren im mittelalterlichen Bergbau die

ausgebildeten Häuer für Hilfsarbeiten wie das Zimmern und Mauern quasi überqualifiziert, so erfolgte die Arbeitsteilung im industriellen Zeitalter, um die Produktion nicht zu unterbrechen. Wir hatten früher schon einmal den Bergmannsberuf als typischen Aufstiegsberuf charakterisiert, der normale Weg eines Grubenjungen lief über den Förderer zum Häuer. Tenfelde merkt für die ständische Zeit an, daß die Abstufungen "mehr durch Unterschiede des Alters, des Ansehens und der Erfahrung als durch wirkliche meß- und erlernbare Qualifikationsmerkmale bestimmt waren" [28]. Infolge des steigenden Arbeitskräftebedarfs kamen nun in der Mehrheit berufsfremde Menschen zum Braunkohlenbergbau. Es stellte sich damit das Problem einer profunden Ausbildung, die für diesen gefährlichen und harten Beruf notwendig ist. Eine solche Ausbildung beansprucht in der Regel auch eine lange Zeit. Anklagend nehmen sich die Berichte über die Einstellungspraxis aus, in denen hervorgehoben wird, daß als erste und meist einzige Bedingung für einen Arbeitssuchenden galt, er müsse körperlich kräftig sein: "Im allgemeinen ist es dem heutigen Bergbauunternehmer und deren Beamten sehr wenig darum zu thun, fachkundige Bergarbeiter einzustellen. Der junge und kräftig ausschauende Bauernknecht, welcher in seinem Leben nie eine Grube gesehen, keinen Dunst von der Bergarbeit und mit den damit verbundenen Gefahren hat, wird viel lieber zur Grubenarbeit aufgenommen, als der schon mehrere Jahre beim Bergbau beschäftigt gewesene Arbeiter, wenn er schon entkräftet aussieht" [29].

Auf der anderen Seite wendete sich die Arbeiterbewegung in ihrem Fachblatt jedoch auch gegen ein von der Bergbaugenossenschaft vorgeschlagenes sogenanntes Lehrhäuersystem; man befürchtete bei den damals gehandhabten Praktiken innerhalb des Bergbaus, daß "Lehrhäuer, welche der kräftigste Theil der Arbeiterschaft sind, würden billiger arbeiten müssen als die wirklichen Häuer" [30]. Es hatte sich die Erkenntnis durchgerungen, daß vor der Einrichtung einer planmäßigen und sinnvollen Ausbildung andere Dinge, wie die damals herrschende Form der Akkordarbeit und das Einhalten und die Kontrolle der bergpolizeilichen Vorschriften, stehen müßten [31]. Die praktizierte Form der Weitergabe von Kenntnissen durch Anlernen hatte in der Zeit fortschreitender Arbeitsteilung viel von ihrer ehemaligen Effizienz abgeben müssen, auch dieses Problem hatte man erkannt: "In den meisten Gruben sind Grubenzimmerlinge eingeführt, welche zur Besorgung der Sicherheitsvorkehrungen bestimmt sind. Durch diese Einrichtung wird dem hauptsächlichsten und größten Theil der Grubenarbeiter die Möglichkeit abgeschnitten, die wichtigsten und nothwendigsten Arbeiten kennen zu lernen oder denselben mit den verschiedenartigsten Vorsichtsmaßregeln betraut zu machen. Der Häuer und Förderer kann bei der größten Gefahr seine Gesundheit und Leben nicht schützen, es fehlen ihnen die Fähigkeiten, vielleicht einen Bau, einen Stempel zu stellen, schlecht gewordene Bahnen wie-

derherzustellen ... etc"[32]. Im Rahmen der Diskussion um eine neue Dienstordnung, auf die weiter unten noch ausführlich eingegangen werden muß, wenden sich die gelernten Häuer gegen die Bestimmung, daß z. B. Landwirte sofort als Häuer in einem Braunkohlenwerk Arbeit bekommen konnten[33]. Die Einstellungspraktiken der Beamten und Aufseher werden öffentlich angeprangert: "Jeder verkrachte Bauer, der in die Grube kommt, wird Häuer und verdient sich ein Geld, wenn er auch nie etwas vom Bergbau gesehen hat. Er darfs nur verstehen, den Grubenbeamten Butter, Eier, Quark unbemerkt zutragen zu können und die Geschichte hat sich behoben"[34]. Es ist kein Wunder, wenn unter diesen Bedingungen die Unfallziffern angestiegen sind.[35] Bemerkenswert ist jedoch, daß unter der Bergarbeiterschaft so gut wie nie der Ruf nach einer Verhinderung des Zuzugs von fremden Arbeitern bzw. der Nichtzulassung zur Bergarbeit gefordert wurde. Der eigentlich einzige bekannte Versuch, auf einer Bergarbeiterversammlung eine Initiative in dieser Richtung zu starten, ereignete sich im Jahre 1895 in Karbitz (Chabařovice). Der ehemalige Sozialdemokrat und später im deutschnationalen Bergarbeiterverband führend tätige Franz Hackel hatte versucht, eine dementsprechende Resolution durchzubekommen, die nach lebhafter Debatte aber nicht angenommen wurde[36].

Innerhalb der Gruppe der Häuer gab es betriebsorganisatorisch zwei Gruppen, die der Planhäuer oder auch Abbauhäuer und die der Streckenhäuer. Während erstere ausschließlich mit dem Abbau vor Ort beschäftigt waren, kümmerten sich die Streckenhäuer um den Vortrieb. Unter Tage waren noch die Förderer sowie weitere Hilfskräfte, die in den Statistiken immer unter dem Begriff "Erwachsene Grubenarbeiter" liefen. Die Arbeitskräfte über Tage, die sogenannten Obertage-Arbeiter oder Tagarbeiter, differenzierten sich wie folgt: Erwachsene Tagarbeiter, Jungen und Frauen. Die Frauen- und Kinderarbeit hielt sich im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier in einem beschränkten Rahmen. Als während des Streiks im Jahre 1881 die Forderung erhoben wurde, die Aufnahme von Jugendlichen unter 16 Jahren gesetzlich zu verbieten, ging die Zahl der beschäftigten Kinder (12.-14. Lebensjahr) und Jugendlichen rapide zurück. Nach dem Erlaß der Arbeiternovelle vom 21. Juni 1884 war die Beschäftigung der o. a. Gruppen an Bedingungen geknüpft, die jedoch durch Ausnahmeregelungen umgangen werden konnten. Schließlich kamen noch die mit der Grubenerhaltung betrauten Arbeiter (Maurer, Zimmerer - Zimmerlinge genannt -, Feuerwächter, Pumpenwärter) sowie das Werkstättenpersonal (Kessel-, Maschinenwärter, Wettermänner, Lampenmeister), die teilweise durch Prüfungen eine Dienstbefähigung nachweisen mußten[37]. Über die prozentuale Gliederung der Belegschaft in die einzelnen Gruppen liegen sowohl für die Gesamtbeschäftigten als auch für einzelne Gruben kaum Angaben vor. Im Jahre 1908 waren etwa 66 % der insgesamt Beschäftigten unter Tage und fast 34 % über Tage in Arbeit[38]. Die Orga-

nisation der Belegschaft unter Tage erfolgte in Arbeitsgruppen von 4-6 Mann unter der Führung eines Oberhäuers, die Partien, Küren oder Kameradschaften genannt wurden. Diese Gruppen, die aus Häuern und Förderern bestanden, erhielten bestimmte Kürnummern, die nach den innerhalb eines Betriebes aufgeteilten Revieren und Schächten ausgerichtet waren. Die Bergarbeiter bezeichneten sich untereinander als Kameraden oder Kollegen[39].

Die Umorganisierung der alten Personalstruktur und der Aufbau eines neuen Betriebssystems mußten aus dem Nichts heraus entwickelt werden, d. h. ohne Erfahrung mit Massenbetrieben, ohne Kenntnis in der Personalführung, die nach rein wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten gestaltet wurde, und ohne eine auf so große Arbeiterbelegschaften vorbereitete betriebliche Mittelschicht"[40]. Ein besonders schwerwiegendes Faktum in diesem Zusammenhang bedeutete die Übergabe der Disziplinargewalt von den Bergbehörden durch das Berggesetz von 1854 an die Betriebsleiter und damit auch anderen Organe (Aufseher, Grubenbeamte). Das Klima zwischen den Bergarbeitern und den Aufsichtsorganen verschlechterte sich zusehends und dies aus verschiedenen Gründen: Zum einen ließ die Qualifikation der Aufsichtsorgane zu wünschen übrig. Trotz der Bestimmung , daß nur derjenige einen Kurs auf der Bergschule in Dux (Duchcov) belegen könne, der mindestens drei Jahre als Häuer und Förderer gearbeitet habe, gelang es vielen Menschen aus anderen Berufen,im Bergbau Fuß zu fassen. Den Zugang zur Bergschule, nach deren Abschluß man erst die geforderte Qualifikation als Aufsichtsorgan erwerben konnte, verschaffte man sich oft mit falschen Zeugnissen über angeblich geleistete Bergarbeit. Diese Verhältnisse nahmen die Redakteure des "Glück auf" aufs Korn: "Es werden z. B., wie es bei jedem Kurse der Fall ist, Kesselheizer, Glasmacher, Müller, Schuster, Zuckerbäcker, Goldarbeiter und größtentheils durchgefallene Studenten aufgenommen. Wenn ein ungerathenes Söhnlein für eine höhere Schule nichts werth war, so wird er gewöhnlich vom Herrn Papa in die Bergschule rekommandirt, ein wenig Schmier und er geht als Steiger oder Obersteiger hervor; ..."[41]. Auf dem Ersten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs im Dezember 1890 in Wien wurde ein Gesetz gefordert, welches die Anstellung der Beamten von einer Ausbildung abhängig machen sollte, da von diesen Personen Leben und Gesundheit der Bergleute abhänge[42].

In dem Bericht eines Bergarbeiters wird das Aufsichtspersonal von 14 Schächten untersucht. Das Ergebnis sah folgendermaßen aus: 8 absolvierte Bergschüler, 4 "wirklich verdienstvolle Häuer", 3 Faßbinder, 3 Schuster, 3 Ziegeldecker, 2 Bäcker, 2 Strumpfwirker, 1 Leimsieder, 1 Harmoniumbauer, 1 Totengräber, 1 Korbflechter, 1 Küchenjunge, 2 Bürstenmacher, 1 Stiefelputzer, 6 Schneider, 8 Maurer, 8 Ochsenknechte und 19 Taglöhner[43]. Im Fachblatt erschienen laufend Berichte von Vorfällen und Ereignissen, bei de-

nen Bergarbeiter durch das Aufsichtspersonal schlecht oder ungerecht behandelt wurden. Die Namen der Steiger, Oberhäuer usw. wurden dabei genannt, um durch die Öffentlichkeit, die ja durch einen Abdruck im "Glück auf!" erreicht wurde, bei den Betreffenden einen Sinneswandel herbeizuführen. Die betroffenen Bergarbeiter bzw. diejenigen, die bestimmte Vorfälle gesehen und einen Bericht geschrieben hatten, wollten verständlicherweise aus Angst vor weiteren Repressalien meist anonym bleiben [44]. Das Verhalten der Vorgesetzten bei Unfällen, das dauernde Antreiben zur Arbeit, die rohe und unmenschliche Behandlung und die teilweise ausartenden Beschimpfungen lassen jedenfalls den Eindruck entstehen, daß ein tiefer Graben zwischen dem Führungspersonal und den "normalen" Bergarbeitern bestanden haben muß. Die frühere Funktion des Aufsichts- und des sonstigen Grubenpersonals hatte sich durch das Berggesetz grundlegend geändert. Während es früher eine eher vermittelnde Stellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingenommen hatte und auch gesellschaftlich durch die Zugehörigkeit zu den Bruderladen in einer interessengleichen Situation war, vor allem was auch das Betriebsklima anlangte, so änderte sich dies im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Betriebsführung und deren Organe standen eindeutig auf seiten der Kapitaleigner und wurden auch durch diese dazu angehalten, durch entsprechendes Verhalten für die Interessen des Betriebes allein einzutreten. Je unnachgiebiger sie sich den Forderungen der Bergarbeiter, auch wenn sie damit behördliche Vorschriften bei den Sicherheitsvorkehrungen unbeachtet ließen, entgegenstellten und diese durch Lohnkürzungen, Androhung von Strafen und Entlassung zu höherer Leistung antrieben, desto eher war ihnen die Chance zum beruflichen Aufstieg und Ansehen beim Betriebsleiter möglich [45]. Verstärkt wurde die Aufforderung zu einem solchen Verhalten durch ein von den Betriebsführern und Werksbesitzern erlassenes Prämiensystem, welches den auf die unterste Stufe, die Bergarbeiter, gehenden Druck nach oben weiter fortlaufen ließ. Von dem Beamten bis zum niedersten Aufsichtsorgan wurden Hunte- oder Waggonprämien (in Geld) ausgesetzt [46]. Nun soll hier keineswegs der Eindruck geweckt werden, daß Prämien ein unrechtes und illegales Mittel seien, zu höherer und besserer Leistung anzureizen; nur fehlten den Bergarbeitern elementare Rechte und eine Organisation, mit denen sie sich hätten wehren und um ihre Rechte streiten können. Vor den Bergbehörden wurde den Darstellungen der Aufseher und Beamten grundsätzlich größerer Wahrheitsgehalt beigemessen als denen der Arbeiter. Eine höhere Leistung von seiten der Bergarbeiter wurde wiederum dazu benutzt, um die Gedingsätze zu drücken. Vor den Bergbehörden brauchten sich die Betriebsleiter nicht zu fürchten, denn die maßgebenden Leute von der staatlichen Aufsicht interessierten sich für die lukrativen Posten als Direktor einer Grube oder als Betriebsleiter [47]. Deshalb wußten die Betriebsleiter auch von bevorste-

henden Inspektionen ihrer Gruben und konnten sie vorher in vorschriftsmäßige Ordnung bringen lassen[48]. Die schikanöse und entwürdigende Behandlung erstreckte sich nicht nur allein auf den Bereich der Arbeit, sondern auch darüberhinaus fand ein Machtmißbrauch statt. So besaß ein Obersteiger eine Kantine; an seine "guten" Kunden vergab er leichte Arbeiten bei gutem Verdienst[49]. Aufseher versprachen Oberhäuerposten bei Erledigung gewisser Dienste (Denunziation)[50], in der Zeit des Ersten Weltkrieges waren die Aufsichtsorgane und Betriebsleiter schnell bei der Hand, die Einrückung ins Feld anzudrohen[51]. Nicht selten endeten Meinungsverschiedenheiten und Tätlichkeiten von seiten der Aufseher mit Streiks[52]; besonders betroffen und emotionalisiert zeigten sich die Bergarbeiter, wenn ihnen das Mitgehen bei der Beerdigung eines verunglückten oder natürlichen Todes verstorbenen Kameraden vorenthalten wurde[53]. Der Machtmißbrauch ging bis zur Wahlbeeinflussung und -manipulation bei den Neuwahlen zu den Bruderladenältesten[54].

Die Meinung über die Funktion und das Verhalten der Grubenbeamten war anfangs bei den Arbeitern von den traditionellen Vorstellungen aus der Zeit vor dem Erlaß des Berggesetzes geprägt. Dies zeigt noch ganz deutlich ein Artikel im "Glück auf!" aus dem Jahre 1891: Den Grubenbeamten wird darin eine Mittelstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeräumt: "Der Beamte soll das vermittelnde, ja wir möchten sagen, das versöhnende Element zwischen Kapital und Arbeit sein, und vieles stände in der Bergarbeitersache besser, wenn die Grubenbeamten auch hier ihre vermittelnde Stellung richtiger erfaßten und ausfüllten." Sympathiekundgebungen und "Gefolgschaft bei Kämpfen" werden von ihnen dabei nicht gefordert, jedoch sollen die Rechte der Arbeiter als Staatsbürger toleriert werden. Folgende Eigenschaften soll ein Grubenbeamter besitzen: er soll human, menschenfreundlich, leutselig und mild sein[55]. Gerade anfangs der 1890er Jahre ist in dieser Hinsicht ein radikaler Wandel in der Auffassung der Bergarbeiter festzustellen. Die Interessengegensätze innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise wurden deutlich erkannt und ausgesprochen: "Die Beamten können Eure Interessen nicht vertreten und wenn sie es noch so gut meinen mit Euch (?), die müssen tanzen, wie die Kohlenbarone pfeifen und deren Grundsatz muß sein: wessen Brot ich esse, dessen Lied pfeife ich"[56]. Alle angeführten Beispiele von unmenschlicher Behandlung und Machtmißbrauch stellten zwar nur einzelne Vorfälle dar, und es konnten und werden auch weiterhin im Verlaufe dieser Arbeit nur besonders wichtige und eklatante Vorfälle angesprochen werden können; die Häufung der Berichte im Fachblatt muß jedoch den Eindruck entstehen lassen, daß es sich zumindest solange um einen Dauerzustand gehandelt hat, wie die Interessenvertretung der schwächeren Seite, der Bergarbeiter also, in den Kinderschuhen steckte. Und es muß ganz besonders betont werden, daß es sich im nord-

westböhmischen Braunkohlenrevier um einen im Vergleich enorm hohen Aufsichtskörper handelte. Nach den von den staatlichen Behörden angegebenen Zahlen änderte sich das Verhältnis Arbeiter: Aufsichtsorgan in den Jahren 1899-1910 kaum, es schwankte um die Marke 25 : 1 [57]. Es paßt auch in diese Landschaft, daß sich im Jahre 1894 ein "Verein der Aufsichtsorgane und Beamten im Braunkohlenrevier des nordwestlichen Böhmens" konstituierte [58]. Die Forderung nach eigenen, unabhängigen Beamten und Vertrauensleuten, die mit dem Aufbau einer sogenannten Schachtorganisation begann, stand im Forderungskatalog der Arbeiterbewegung immer obenan.

Die konkreten Arbeitsverhältnisse wurden nicht vom Berggesetz, sondern durch die Dienstordnung geregelt. Fischer weist darauf hin, daß die "sehr formale, ja fiktive Auffassung" vom sogenannten "freien Arbeitsvertrag" in der Reformdebatte um das Berggesetz erkannt worden sei. Einer der Verfasser des österreichischen Berggesetzes, Freiherr von Hingenau, habe in einer Kritik des Gesetzentwurfes beanstandet, "daß kein Bergmann die Arbeitsordnungen vor Antritt der Arbeit zur Kenntnis nehmen werde und daß er keine Möglichkeit haben werde, auf den Vertragsabschluß zu verzichten, wenn sie ihm mißfalle. Das österreichische Gesetz hatte daher die Arbeitsordnung - hier Dienstordnung genannt - obligatorisch und von der Genehmigung des Bergamtes abhängig gemacht und hatte damit das erste Beispiel für die gesetzliche Regelung der sozialen Betriebsverfassung in einem modernen Gewerbegesetz gegeben" [59]. Es zeigte sich jedoch bald, daß die Unternehmer zwar alle die früheren Rechte und Funktionen, die der Staat innegehabt hatte, übernehmen wollten, sozialen Pflichten aber, die sich nun auch einmal aus bestimmten Rechten ergeben, nicht nachkommen wollten [60]. Dafür sollte wie eh und je der Staat herhalten. Für die Bergarbeiter hatte die Dienstordnung einen ganz besonderen Stellenwert: "Die Dienstordnung ist das wichtigste Gesetz für den Bergarbeiter. Sie enthält jene Bestimmungen, die täglich bei ihm in Betracht kommen" [61]. Bis zum Jahre 1904 galten für die drei Revierbergamtsbezirke Brüx, Teplitz und Komotau jeweils eigene Dienstordnungen, bzw. Dienstordnungen, die nur für einzelne Werke oder Gesellschaften angeordnet waren; die am 28. April 1904 bergbehördlich bestätigte Ordnung trat für alle drei Reviere gemeinsam in Wirksamkeit. Die Dienstordnungen mußten Bestimmungen über folgende Punkte enthalten: -Klassen der Arbeiter und Aufseher; -über die Verwendung der Arbeiter; -über das Verhältnis Arbeiter-Aufseher; -Zeit und Dauer der Arbeit; -Betragen in und außer Dienst (!); -Löhne; -Krankengeldbestimmungen, -Strafen; -Entlassungsbestimmungen. Diese Dienstordnungen wurden einseitig, d. h. ohne Anhörung oder gar Mitwirken von Bergarbeitern ausgearbeitet. Durch die Unterzeichnung, der sich jeder Arbeiter wohl oder übel unterziehen mußte, unterwarf er sich Bestimmungen, die seine Rechtlosigkeit noch verschärften. Verständlicherweise versuchte die Berg-

arbeiterbewegung immer wieder bei der Aufstellung dieser Dienstordnungen Einfluß zu erlangen. Durch die Kriegsgesetze und -verordnungen nach 1914 wurden die sogenannten Arbeiterschutzgesetze im Bergbau aufgehoben oder andere Gesetze und Bestimmungen, wie etwa die Dienstordnung, noch verschärft. In einem Artikel des "Glück auf!" ("Unsere Forderungen zur Übergangswirtschaft nach dem Kriege") wurde für die Zeit nach dem Krieg "paritätischer Einfluß auf die Aufstellung, Abfassung und Abänderung" der Dienstordnung gefordert. Bestimmungen über das Verhalten der Bergarbeiter außer Dienst wurden für die Zukunft strikt abgelehnt. Die gänzliche Abschaffung der Dienstordnung und ihr Ersatz durch einen von beiden Seiten erarbeiteten Arbeitsvertrag waren schon einmal im Jahre 1910 gefordert worden[62]. In der für den Teplitzer Revieramtsbezirk im Jahre 1892 erlassenen Musterordnung hieß es im § 2 Absatz 2, daß gegen die Bestimmungen dieser Dienstordnung kein Rechtsmittel zustehe; nur "gegen Verfügungen, welche mit dieser Dienstordnung im Widerspruch stehen, kann Beschwerde bei der k. k. Bergbehörde eingebracht werden"[63]. Die Einhaltung der gesetzlichen Maximal-Schichtzeit von 12 Stunden wurde so umgangen, daß als Zeitmesser ausnahmslos die Bahnzeit galt, und dort wurde "früh vor und abends nach 6 Uhr gepfiffen". Auch bei der Entlohnung liefen die Bestimmungen im großen und ganzen darauf hinaus, daß der schon zur Genüge karge Lohn beschnitten bzw. zurückgehalten wurde. So war das Werk nicht verpflichtet, "schlecht ausgeführte oder überflüssige Arbeit zu zahlen", wobei allein die Organe der Werksbesitzer zu entscheiden hatten, was als "schlecht ausgeführt" oder "überflüssig" anzusehen war. Das Bereitstellen von Grubenholz zur fachgerechten und sicheren Auszimmerung der Grubenbaue war nun einer der Punkte, die von den Bergarbeitern seit jeher moniert und in den Forderungskatalog aufgenommen worden waren. Die Lohnauszahlung war im § 29 derart geregelt, daß sie "monatlich zu geschehen habe, nur können wöchentlich Vorschüsse gewährt werden, die mindestens 3/4 des verdienten Lohnes betragen dürfen". Desweiteren war eine Menge von Geldstrafen angeführt, die teilweise jeder Rechtsgrundlage entbehrten. Der § 40 Absatz b lautete: "Wer ohne Entschuldigung zu spät zur Schicht kommt, braucht zur Abfahrt nicht zugelassen werden und zahlt 30 kr. Strafe". Hier wurde der Grundsatz, daß man für ein Vergehen nur einmal bestraft werden kann - denn ein Bergmann, der nicht einfahren durfte, konnte für diesen Tag ja auch nichts verdienen - durchbrochen. Der Kommentar des "Glück auf!" zu dieser Dienstordnung: "Die Dienstordnungen sind nichts weiter als Umgehungen des Berggesetzes, sozusagen Zwangsordnungen. Da nun diese Dienstordnungen von den Bergbehörden anstandslos bestätigt, somit gesetzkräftig gemacht werden, so sind das gesetzliche Gesetzverletzungen. Entweder lesen die Herren Bergkommissäre die bergpolizeilichen Bestimmungen oder die Dienstordnungen nicht"[64]. Als im Jahre 1899 eine

neue Dienstordnung für die vereinigten Bergreviere Komotau-Postelberg herausgegeben worden war, verglichen die Redakteure des Fachblattes diese mit der Inquisition: "Strafen, Strafen und wieder Strafen und Entlassung und auch noch Anzeigen an das k. k. Strafgericht" [65]. Wer "den schuldigen Gehorsam gegen Vorgesetzte außer Acht" ließ und "widerspenstige oder grobe Redensarten gegen dieselben führt", zahlte etwas weniger als einen Tagesverdienst (1-2 fl.). "Verkürzung der Krankenkasse durch Simulierung von Krankheit" hatte die gleiche Strafe zur Folge. "Wer die Förderungen nicht vorschriftsmäßig füllt oder die Kohlen mit Letten mischt, wird mit 50 kr. bis 1 fl. bestraft. Im Wiederholungsfalle kann nach Verhältnissen Entlassung aus der Arbeit eintreten." Das Recht der Beschwerdeführung durfte "nur nach verfahrener Schicht beim Betriebsführer angebracht werden ", der Gang des Verfahrens war folgendermaßen "vorgeschrieben": "Beschwerden jeder Art sollen nur in geziemend anständiger Weise und von nie mehr als 2 Personen beim Werksvorstand angebracht werden; betheiligen sich dabei mehrere Personen, so wird von denselben keine Beschwerde angenommen; außerdem wird jeder der Betheiligten mit 50 kr. bestraft. Fallen bei dieser Gelegenheit grobe Redensarten, so wird der Betroffene nach Art. 7 mit Entlassung aus der Arbeit bestraft" [66]. Von den Bergarbeitern wurde verlangt, diese Dienstordnung unverzüglich, d. h. ohne die Möglichkeit, diese vorher gelesen zu haben, zu unterschreiben. Es gab jedesmal Entlassungen, wenn man sich dabei widersetzte [67].

Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Braunkohlenbergbau und die gleichzeitig einhergehende technisch-organisatorische Entwicklung brachten den Arbeitern "die durchgängig neue Erfahrung der Auslieferung an ein gemeinsames, gemeinsam erfahrenes Gruppenschicksal" [68]. Trotz oder gerade wegen der Beibehaltung traditioneller Disziplinar- und Ordnungsprinzipien, allerdings nun auf dem Boden des liberal-kapitalistischen Berggesetzes, in Gestalt einer hierarchischen Linie vom Direktor über die Grubenbeamten und die Aufseher, über die Häuer bis zum Berg(hilfs-)arbeiter, lernten die Bergarbeiter ihre neue Situation erst langsam zu begreifen; per Gesetz und Dienstordnung wurde der von vornherein schwächere Partner in der neuen Konstellation zur Rechtlosigkeit verdammt. Dieser Wandel stellte die Bedingungen des Handelns und des Verhaltens der betroffenen Menschen in einen neuen Rahmen; er äußert sich im sozialen Konflikt und in der Formierung einer neuen gesellschaftlichen Kraft, der Arbeiterbewegung.

2. Bergmannsarbeit

a) Vorbemerkung: Zum Verhältnis von Bergbau und Landwirtschaft

Das Montanwesen insgesamt "umfaßt Bergbau und Verhüttung, das Aufsuchen, Erschließen, Gewinnen, Fördern und Aufbereiten der Bodenschätze sowie deren Weiterverarbeitung und Nutzbarmachung im sekundären Sektor" [1]. Seiner ökonomischen Aufgabe nach ist der Bergbau jedoch ein Teil der Urproduktion, d. h. er ist in seiner Eigenschaft an den Boden gebunden [2]. Der Bergmann hat damit volkskundlich eine Schlüsselstellung inne, "sein Bild ist überwölbt von einem Brückenbogen, an dessen einem Ende die unaufhebbare urproduktive Leistung steht, und dessen anderer Pfeiler in der industriellen Welt verankert ist" [3]. Nun ist die Welt des Bergbaus, wie jeder andere Forschungsgegenstand auch, keine feste Größe; sie hat sich im Laufe der Geschichte gewandelt, der Kohlenbergbau stellt eine besondere Periode dieser Entwicklung dar, die es in unserem Falle darzustellen und zu analysieren gilt. Klar geworden sein dürfte jedenfalls, daß der Bergbau und insbesonders auch der Kohlenbergbau eine besondere Verbindung zur Landwirtschaft hatte, die in aller Deutlichkeit am Beginn der Entwicklung zutage getreten ist. Diese Verbindung äußerte sich konkret in verschiedener Weise: Organisatorisch und verwaltungsmäßig wurde der Bergbau in der österreichisch-ungarischen Monarchie dem Ackerbauministerium zugeschlagen, erst im Jahre 1906 wurde der Bergbau dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unterstellt [4]. Als im Jahre 1894 innerhalb des Handelsministeriums eine Abteilung, das Amt für Arbeitsstatistik, eingerichtet wurde, fanden die dazu erlassenen Vorschriften auf den Bergbau keine Anwendung. Die durch den Erlaß des Berggesetzes hervorgerufenen Veränderungen hinsichtlich der Betriebsorganisation und der rechtlichen Grundlagen für die Beschäftigten hatten bei den Bergarbeitern das Gefühl der Zugehörigkeit zum landwirtschaftlichen Sektor verkümmern oder ganz absterben lassen; man betrachtete, besanders in der Arbeiterbewegung die bestehende Unterstellung unter das Ackerbauministerium als "ungerechtfertigte Ausschließung der Land-, Berg- und Hüttenarbeiter von diesem Gesetze": "Es ist geradezu typisch für Österreich, daß jede fortschrittliche Neuerung mit einem "Gfrett" beginnt. Es begann schon damals, als das Berg- und Hüttenwesen dem Ressort des Ackerbauministeriums einverleibt wurde, ein Ort, wohin es gar nicht gehört" [5]. Das "Kohlenbrechen" war ja lange Zeit eine saisonale Beschäftigung neben der landwirtschaftlichen Arbeit im Bereich des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers gewesen. Ein Großteil der Zuwanderer, wenn nicht der größte Teil davon, die im Braunkohlenbergbau Arbeit gefunden hatten, waren, wie wir gesehen hatten, aus der Landwirtschaft gekommen. Mokre betont nun noch für die

jüngere Zeit, daß es kaum ein Zufall sei, "daß Bauernsöhne - worüber sich der durchschnittliche Städter sehr zu wundern pflegt - lieber "in die Grube" als "in die Fabrik" arbeiten gehen" [6]. Auch hier wird wieder die urtümliche Nähe von Bergarbeit und landwirtschaftlicher Betätigung greifbar. Zwischen dem Bergbau und der Landwirtschaft ergaben sich aber auch im Verlauf der Entfaltung der bergbaulichen Produktivkräfte immer wieder Reibungspunkte, die durch die landschaftsverändernde und auch teilweise -zerstörende Wirkung des Bergbaus hervorgerufen wurden. Die daraus entstehenden Konflikte betrafen nicht nur die leichter lösbaren rechtlichen Probleme, die entstanden waren, sondern sie zeigten sich auch im Zusammenleben zwischen bäuerlicher und der "industriellen" Bergarbeiterbevölkerung. Zwei in der Zeit des Untersuchungszeitraumes erschienene Veröffentlichungen stellten diese Dinge klar heraus [6a]. Ressel beklagt die durch den Bergbau "herbeigeführte beispiellose Verwüstung fruchtbarsten Landes": "Heute erscheinen tausende von Hectaren Land mit ihren trichterförmigen, halb mit Wasser gefüllten Tümpeln bereits jedweder Cultur entzogen; daneben finden wir wieder haushohe, tausende von Cubikmetern enthaltende Löschehalden, welche, in Glut befindlich, die Luft verpesten, die angrenzenden Culturen schädigen und besonders bei starker Luftbewegung die ganze Gegend in Rauch- und Aschewolken hüllen" [7]. Kallus setzt den Verlust des Kulturlandes seit dem Jahre 1890 mit einem Drittel des Gebietes der Bezirke Dux, Brüx und Bilin an [8]. Die Vernichtung des Bodens, die Schädigung der Feld- und Waldkulturen, die Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten sowie die hohen Grundstückspreise, die den Verkauf von Grundstücken an die Bergwerksunternehmer als einen bequemen und schnellen Weg der Kapitalvermehrung erscheinen ließen, lassen für Kallus die Befürchtung aufkommen, daß der Bauernstand zugrunde gehe. Die Braunkohlenwerke fanden es oftmals, in Anbetracht der für sie günstigen rechtlichen Lage, nicht der Mühe wert, die Landbesitzer vom Abbau auf ihren Grundstücken in Kenntnis zu setzen [9]. Nach § 98 des Berggesetzes von 1854 war "jeder Grundstückseigentümer verpflichtet, die zum Bergbau notwendigen Grundstükke (ausgenommen der in § 17 angeführten) dem Bergbauunternehmer gegen angemessene Schadloshaltung zur Benützung zu überlassen" [10]. Das Verfahren für die Entschädigungsansprüche war schwierig und langwierig, die verlangte Rekultivierung wurde kaum durchgeführt, Kallus setzt die "wirklich rekultivierte Fläche" in den Jahren 1887 -1904 mit "viel weniger als 25 %" an [11]. Durch Umgehung der Bestimmungen bei der Erwerb- und Einkommensteuer war es den Unternehmern möglich, Kosten zu sparen; andererseits fehlte den Gemeinden das Geld, die durch die ökologische Belastung und die durch das Anwachsen der Bevölkerung notwendig gewordenen Infrastrukturmaßnahmen tätigen zu können [12]. In einer Petition mehrerer Gemeinden wurde die Abände-

rung des Gesetzes über die Vorschreibung und Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer vom 29. Juli 1871 gefordert: Hierin wurde der Unterschied zwischen Standort (also dort, wo sich der Schacht, die Betriebsstätte, befand) und dem Sitz des Betriebes (= Abbauort) gemacht; da am Standort 80 % der vorgeschriebenen Steuer, am Abbauort aber nur 20 % zu zahlen waren, wurde künftig für beide Betriebsorte die 80%ige Steuerabgabe verlangt. Die Unternehmen hatten, um Steuerzahlungen zu umgehen, die Schächte zu einem großen Teil in Gemeinden verlegt, die gar keine Umlage auf den Bergbau erhoben, ihre Abbauorte unter Tage befanden sich auf dem Gebiet von anderen Gemeinden [13]. Der Landwirtschaftliche Verein von Sobochleben (Soběchleby) ergriff die Initiative und berief für den 4. August 1895 eine Versammlung ein, an der auch mehrere Bürgermeister der betroffenen Gemeinden teilnahmen. Hier wurden ein neues Berggesetz, in dem Rekultivierung und Entschädigung genau festgelegt sein sollten, sowie eine Altersversorgung für die Bergarbeiter gefordert, da sonst neue unerträgliche Lasten auf die Gemeinden zukämen. Am 28. September 1895 fand dann ein sogenannter Bürger- und Bauerntag in Brüx (Most) statt, auf dem durch einen Vertreter des deutschen landwirtschaftlichen Centralverbandes ein umfangreicher Änderungskatalog zum Berggesetz vorgelegt wurde; dieser wurde zur Weiterleitung an den Ackerbauminister beschlossen [14]. Einen besonders nachhaltigen Eindruck nicht nur in der landwirtschaftlichen, sondern auch in der übrigen Bevölkerung hinterließen die durch Einwirkungen des Bergbaus hervorgerufenen Katastrophen, die sich im Bereich des nordwestböhmischen Braunkohlenbeckens ereigneten [15]. Das Anschlitzen des Teplitzer Quellenbeckens in Dux (Duchcov) hätte die Badestadt Teplitz (Teplice) und ihre Bevölkerung im Jahre 1879 fast um ihre Existenz gebracht; die Schwimmsandkatastrophe von Brüx (Most) im Jahre 1895, bei der ganze Stadtteile durch Absacken und Einbrechen der Oberfläche in Mitleidenschaft gezogen wurden, führte zu großer Aufregung und zu einer Diskussion um die Abbaumethoden [16]. Senkungen an Straßen und Eisenbahnlinien, Risse in Gebäuden und Kirchen bedrohten das Leben der Bevölkerung, die Verlegung ganzer Ortschaften erregte Unwillen [17]. Immer wieder kam die Frage auf, ob alle diese Opfer "zugunsten einer vorübergehenden Industrie" [18] - wie Ressel sich ausdrückte - vertretbar seien.

Das Zusammenleben zwischen bäuerlicher und Bergarbeiterbevölkerung gestaltete sich nicht ganz problemlos. Die einheimischen Bewohner zeigten dabei sehr wenig Verständnis - vielleicht konnten sie es auch damals noch nicht zeigen - für die Probleme und Schwierigkeiten der Arbeiterbevölkerung. Ressel faßte die Klagen aus den Kreisen der Landwirtschaft über den Bergbau schlechthin, aber auch speziell über die Bergarbeiter so zusammen: "Während ein Landwirt klagt, daß man auf Feldern und Bäumen nichts mehr erhält, daß es fast kein Grundstück mehr gibt, über das die zahlreichen Bergarbei-

ter nicht einen Fußweg machen, und will man dies nicht dulden, zum Krüppel geschlagen wird, stellt ein anderer die Anfrage, ob unter den vielen Abgeordneten Niemand ist, der die Landwirtschaft der Willkür des Bergbaues gegenüber vertritt und sagt, daß es kein Wunder wäre, wenn der Landwirt Socialist würde, da er heute mehr geknechtet ist, als vor dem Jahre 1848" [19]. Die Zuwanderer wurden mehr als unnötiger Ballast denn als notwendiger Bestandteil der Gesellschaft angesehen, denn: "Der Bergarbeiter steht den Landwirten der Gemeinde, in welcher er sich niederläßt, fremd und theilnahmslos gegenüber; gleich der nomadisierenden Bergbaugesellschaft bricht er in die ruhigen ländlichen Verhältnisse ein, ohne sich in dieselben je einzuleben. Diese neuen Elemente bedeuten für die Gemeinden in keiner Hinsicht einen Gewinn, sei es an Intelligenz, sei es an materiellem Vermögen" [20]. Hier prallten zwei für die damalige Zeit völlig verschiedene Welten aufeinander: Der sozio-kulturelle Wandel der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erzwang die "Ausrichtung des Lebens und Zusammenlebens auf ein neues Zeitgefüge" [21]; der Rhythmus der neuen Zeit, der sich so auffällig, aber doch so schwer für die Menschen in ihren realen Auswirkungen begreifbar unterschied, mit seinen neuen Produktionsmethoden und Organisationsformen, ließ ein neues Netz von Wirkungszusammenhängen entstehen, welches zu völlig neuen Formen der Daseinsgestaltung, zu neuen Strukturen für die Lebensführung, ja zu einem völlig neuen Lebensgefühl führte. Das Neue wurde als unruhig, zerstörend, negativ empfunden, die alte agrarische Welt mit ihrem reichen Überlieferungsbestand sah sich als das Beständigere, Überlegene und Bessere. Diese Frontstellung ist in einem Mischgebiet, in dem die Menschen zweier Nationen zusammentrafen, zu einem gewissen Teil auch dafür verantwortlich zu machen, daß imaginäre Rechte auf einen "nationalen Besitzstand" [22], der angeblich bedroht war, auf diesem ideologieträchtigen Boden wie bestes Saatgut aufgingen und bald Wirkung zeigten. Hinter diesen wiederum, wie hinter schwer durchschaubaren Nebelschwaden, konnten sich leicht ökonomische und politische Interessen verschanzen.

b) Grubenarbeit

Im folgenden soll auf die Arbeit der Hauptgruppe der bergmännischen Arbeiter, der Häuer und Förderer, näher eingegangen werden. Dies ist insofern notwendig, als die Arbeit, wie sich zeigen wird, im Mittelpunkt des Lebens der Bergarbeiter stand; sie stellte auch den Anknüpfungspunkt für das Entstehen und Wirken der Arbeiterbewegung dar. Die Verhältnisse des Tiefbaus wie auch des Tagbaus müssen dabei berücksichtigt werden;

Schlegel beziffert den Anteil des Tagbaus, hier Abraum genannt, für das Jahr 1870 mit 50 %. Durch die technische Entwicklung hervorgerufen, wurde der Tiefbau eindeutig dominierend, der Anteil des Tagbaus an der Gesamtproduktion betrug im Jahre 1905 nur noch ganze 14 %. Der Einsatz des "eisernen Bergmanns" [1], womit der Greif- oder Löffelbagger gemeint war, ließ die Bergarbeiter bald schon wieder um ihre Arbeitsplätze fürchten, die Produktion im Tagbau betrug im Jahre 1913 bereits 25 % der Gesamtproduktion der Braunkohle [2].

Über die Probleme im Zusammenhang mit der Festsetzung und Handhabung der Schichtzeit wurde bereits ausführlich gesprochen bzw. muß erneut innerhalb der Diskussion um die Initiativen der Bergarbeiterbewegung in diesem Punkt gesprochen werden. In früheren Zeiten war das Gebet vor der Einfahrt bei den Bergleuten gang und gäbe gewesen. Nach der Beseitigung des Direktionsprinzips und dem Verlust der im Bergbau herkömmlichen Gepflogenheiten und Privilegien "hörte die Form dieser Andacht vor Schichtbeginn auf, teilweise unter dramatischen Umständen. Ökonomische Gesichtspunkte traten überall in den Vordergrund und verdrängten die menschlichen Belange" [3]. Dieses Gebet war fester Bestandteil der Arbeit und damit auch der Arbeitszeit gewesen. Als im Jahr 1899 eine Aktion gestartet wurde, das Beten wieder einzuführen, wehrten sich die Bergarbeiter energisch dagegen, "weil sie sich ihre Schichtzeit nicht verlängern wollen" [4]. Es wurde erklärt, daß die Betstunden im Bergbau sich im Zeitalter des Kapitalismus abgelebt hätten, und die Grubenbesitzer es sicherlich nicht gestatten würden, daß die Gebete während der festgesetzten Schichtzeit gesprochen werden könnten.

Während auf den kleineren Gruben die Anwesenheitskontrolle durch mündliches Verlesen und Aufrufen erfolgte, gingen die größeren Werke zur Markenkontrolle über. Im Rahmen der Enquete über die Verkürzung der Arbeitszeit wurde der Bergarbeiter Bruch gefragt, was er vor der Einfahrt zu besorgen habe. Er antwortete: "Gar nichts. Wir kommen auf die Grube, dort hängt die Markentafel; ich gehe hin und nehme meine Marke, ich gehe zur Schale, steige auf und fahre hinunter" [5]. Vorher hatte Bruch noch das Werkzeug von der Schmiede zu holen. Es existieren bemerkenswerterweise nur sehr wenig bildliche Darstellungen aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau [6]. Eines der wenigen Bilder zeigt eine Szene aus dem Duxer Kohlenbergbau (Einfahrt der Frühschicht) [7]. Es ist auch eines der wenigen Dokumente, das über die Kleidung der Bergarbeiter Aufschluß gibt: Hose, Hemd, Weste und eine Jacke, die sie meistens nur über die Schulter gehängt haben, derbe Schuhe sowie ein Hut mit breiter Krempe. Mehrere der Bergarbeiter rauchen eine Pfeife. Neben der Grubenlampe führen sie einen Brotbeutel mit sich; das ist ein zusammengeschnürtes Tuch, in dem sich die Essenration befand - "Brothucke" genannt [8]. Neben Broten, die meist mit Schweinefett belegt waren, nahm

der Bergarbeiter Kaffee in einer Kanne in die Grube mit[9]. Das Arbeiten in der Tiefe bei hohen Temperaturen führte zu großem Flüssigkeitsverlust; deshalb waren in den Gruben an bestimmten Stellen Fässer mit Trinkwasser aufgestellt. Häufig wurde über die fehlende oder ungenügende Bereitstellung von Trinkwasser Klage geführt. Da die Wasserfässer öfter nicht gereinigt wurden, erkrankten viele Bergarbeiter infolge des Genusses von schlechtem Wasser. Der Bergarbeiter Bruch erklärte vor der Enquete-Kommission zum Problem der Ernährung: "Der Arbeiter muß sich ja, wenn er so abgearbeitet ist, erst erholen, bevor er überhaupt etwas essen kann. Durch das viele Wassertrinken ist sein Magen so überschwemmt, daß er schon aus diesem Grunde keinen Hunger verspürt. Ich kann hier aus Erfahrung sprechen. Ich bin schon zweimal an Typhus erkrankt" [10].

Kommen wir zum bergmännischen Arbeitsgerät, dem Geleuchte und Gezähe. Dieses stellte insofern ein besonderes Problem dar, als bis zum Jahre 1912 das Werkzeug von jedem Bergarbeiter selbst gestellt und seine Instandsetzung in der werkseigenen Schmiede auch selbst bezahlt werden mußte. Die Bereitstellung des Gezähes und des Geleuchtes durch die einzelnen Betriebe konnte erst nach lange dauernden Bemühungen der Union der Bergarbeiter erreicht werden [11]. Dabei war dieser Punkt schon im Jahre 1904 zugunsten der Bergarbeiter entschieden worden; die Karlsbader Kaolingewerkschaft hatte jedoch Beschwerde, die eine aufschiebende Wirkung hatte, gegen ein im Jahre 1904 erlassenes gerichtliches Urteil eingelegt. Erst im Jahre 1910 erging eine Entscheidung des obersten k. k. Verwaltungsgerichtes als höchster und letzter Instanz: "Die Beistellung des Grubengeleuchtes ist Sache des Arbeitgebers und darf nicht den Arbeitern überlassen werden, auch wenn demselben hierfür ein besonderes Entgeld in Form einer Lohnerhöhung geboten wird" [12]. Das Gericht erklärte, daß das Geleuchte als Vorbedingung jeglicher Arbeit im Bergwerk zu sehen sei. Es könne nicht, wie von Arbeitgeberseite argumentiert worden war, als Verstärkung der Sehkraft angesehen werden (wie z. B. die Lupe des Uhrmachers). Nirgends mehr als hier läßt sich eigentlich der unüberbrückbare Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit konkreter festmachen. Die Abzüge für die Bruderlade, die Beleuchtung und das Gezähe machten einen beträchtlichen Teil des Lohnes aus, der aber in den amtlichen Statistiken nie ausgewiesen wurde.

Neben dem überall zum bekannten Sinnbild des Bergmannberufes gewordenen Urgezähe, das ja auch das Titelblatt des Fachblattes zierte, "Schlägel" (in Nordwestböhmen als "Fäustel" bezeichnet) und "Eisen" ("Eisenkeile" oder "Spitzen"), benützte der Bergarbeiter eine Reihe anderer Geräte. Auf die Frage, welche Geräte er im Jahr benötigte, antwortete der Bergarbeiter Panek als Vertreter der "Union" vor der Kommission: "Wir brauchen im Jahr einen Fäustel, ein paar Eisenkeile, dann verschiedene Spitzen. Jetzt haben wir allerdings eine Erleichterung durch die sogenannten Patentspitzen. Diese sind

leichter, brauchen nicht so oft geschärft zu werden und der Arbeiter ist jetzt imstande, die doppelte Leistung zu machen als früher" [13]. Daneben benötige er noch 16 Hackenstiele, die im Durchschnitt alljährlich zu Bruche gingen. Ein Bohrer, ein Beil, eine Krampe (d. i. eine Art Spitzhaue), eine Säge und diverse andere Geräte für Nebenarbeiten vervollständigten das Werkzeug des Häuers [14]. Häufige Klage wird über fehlendes Grubenholz geführt, wodurch die Sicherheitsvorrichtungen nur unzureichend oder gar nicht errichtet werden konnten. Nicht selten berichteten Bergarbeiter im Fachblatt über katastrophale hygienische Zustände in den Gruben. Die Reinigung der für die menschliche Notdurft bereitgestellten Abortkübel erfolgte, falls solche überhaupt vorhanden waren, nur unregelmäßig. Durch die in der Tiefe herrschende Feuchtigkeit und einbrechende Wassermassen verbreiteten sich die menschlichen Exkremente in der Grube und gefährdeten die Gesundheit der Bergarbeiter. Zu den weiteren äußeren Bedingungen des Arbeitsplatzes in der Tiefe muß im Zusammenhang mit den Punkten Krankheiten, Unfälle und Katastrophen mehr gesagt werden.

Kommen wir nun zur eigentlichen Arbeit des Häuers; wie schon mehrmals erwähnt, blieb die Tätigkeit des Bergarbeiters "vor Ort" von den technischen Entwicklungen und sonstigen Neuerungen der industriellen Revolution fast völlig unberührt. Wächtler führt aus: "Die Hauerarbeit dagegen blieb vom Standpunkt des Kraft- und Intelligenzaufwandes im Bergbau während des gesamten Prozesses der industriellen Revolution bis weit hinein in die Periode der generellen Industrialisierung unverändert. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Merkmal, das den "Bergbaufacharbeiter" (Hauer) vom neu entstehenden Fabrikarbeiter in den verschiedensten im Gefolge der industriellen Revolution mechanisierten Arbeitsprozessen der Fabriken wesentlich unterscheidet. Seine manuellen handwerksartigen Arbeitsvorrichtungen bleiben, in seinem Arbeitsprozeß findet das wesentliche technische Moment der industriellen Revolution - der Durchbruch einer qualitativ völlig neuen Technologie - einfach nicht statt" [15]. Der Bergarbeiter A. Frank bestätigt, daß sich an der Haupttätigkeit, dem Schlitzen, bis zum Anfang der 1930er Jahre nichts geändert habe. Auch der elektrische Einsatz von Bohrmaschinen erfolgte erst Ende der 1920er Jahre; der Gebrauch von Pulver für das "Schießen" bzw. "Abschießen" der Decken nahm nur langsam zu [16]. Die im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier vorherrschende Methode des Kohlenabbaus war die des Kammerbruchbaus, die auch "Kammerbau" oder "Raubbau" (= Rauben der Stempel) genannt wurde [17]. Bei diesem Verfahren wurden nur etwa 60 - 40 % der abbaufähigen Kohle erfaßt; Schneider gibt an, daß alle anderen Versuche, eine vollständigere Ausgewinnung der Kohle zu erzielen, mißglückt seien [18]. Der Kammerbruchbau erwies sich jedoch für die Sicherheit der Arbeiter als hohes Risiko, von der Seite der Bergwerksunternehmer wurde aber immer wieder an-

geführt, daß andere Methoden wegen zu hoher Kosten einfach nicht akzeptabel seien. Hier ist besonders der Versatz(bau) zu nennen, das Ausfüllen der ausgeraubten Kohlenfelder mit fremden Materialien. Die Vertreter der Arbeiterbewegung führten die Schwimmsandkatastrophe von Brüx (Most) aus dem Jahre 1895 allein darauf zurück, daß die sogenannten Pläne ohne jegliche Sicherungsmaßnahmen im Innern der Erde stehengelassen worden waren, und der Versatzbau nicht angewendet worden sei [19].

In der Regel begann die Arbeit des Häuers in der Frühe mit der sogenannten Planarbeit [20]. Das abzubauende Flötz wurde in Kammern von ca. 15-20 m im Quadrat eingeteilt, der untere Teil wurde abgeräumt, d. h. die Kohle ausgeräumt, und so ausgeweitet, daß alle 1,5 bis 2 m ein Stempel gestellt werden konnte. Danach begann die "Schlitzarbeit", auch als "Umschlitz" bezeichnet [21]. Die dabei zu verrichtenden Tätigkeiten können am besten und anschaulichsten geschildert werden von denen, die sie selbst ausgeführt haben. Lassen wir deshalb die Bergarbeiter hier selbst zu Wort kommen. A. Frank: "Das Schlitzen war eigentlich die härteste Arbeit, und wurde, wie alles was keine oder nur wenig Förderleistung erbrachte sehr schlecht bezahlt. Für 1 m Schlitze bis 1918 1 Kr. - 1.50 Kr. Der am Anfang nötige Aufbruch wurde doppelt berechnet. Wollte man sein Geld verdient haben, so mußten (ab Ausweitung) bis Frühstück 1/2 10 Uhr die Beine in dem Schlitz verschwunden sein. ... Das wichtigste war b. Schl. das "Spreitzen". Sie (gemeint sind die Spreitzen, N.E.) mußten mit dem Hammer so lang getrieben werden bis derselbe wie eine Feder zurückschnellte und dabei brummte. Man mußte ja das "Schlitzbrett" (einfach 2-metriger Pfosten) auflegen können um daraufstehen und arbeiten zu können. Auch waren die Spreitzen in der Folge das "Turngerät" um überhaupt rauf und runter zu kommen. Eine Leiter konnte ja nicht angebracht werden" [22]. Als Maß für die Breite der Spreitzen galt der Abstand vom Ellenbogen zur Faust. Die Kohle wurde also einem Würfel ähnlich an den Seiten je nach der Stärke des Flötzes (ca. 3-12 m) durch einen 80-100 cm breiten "Graben" abgeschlitzt. Danach erfolgte der gefährlichste Teil der Arbeit, das sogenannte Stempelrauben: "Nach Fertigstellung der sogenannten "Schlitze" hing dann also tatsächlich ein überdimensionaler Kohlewürfel, ein Block, ein Klotz von 15-20 m Länge und Breite von 3-12 m Tiefe buchstäblich an der Decke, wobei er von unten durch umsichtig gesetzte Stempel und "Baue" Halt und Stütze fand. Nun galt es geschickt, aber auch behende und umsichtig die gesetzten Stempel und "Baue", die in ihrer Gesamtheit auch die "Auszimmerung" hießen, von der Mitte der Ausweitung her beginnend wieder zu entfernen. Das geschah einfach durch Wegschlagen der Stempel und diese Tätigkeit hieß in der Fachsprache des Bergmanns "das Rauben" der "Auszimmerung". Die letzten Stempel fielen beim Mundloch. Das war jene Verbindung, jener Stollen der durch eine 6 m breite Querwand, durch einen stehengelassenen

Kohlepfeiler hin zum letzten, leeren Plan führte. Dieser stehengelassene Kohlepfeiler mußte wohl aus Gründen der Sicherheit zwischen altem und neuem Plan erhalten bleiben. Der Bergmann nannte diese natürliche Verbindung "alter Mann". Der letzten Stützung beraubt, riß sich schließlich der gewaltige Kohleblock durch sein eigenes Gewicht von der Decke los, wobei er zerbarst. Die Abförderung dieser so gebrochenen, zerkleinerten Kohle, des sogenannten "Vorrates" ("Vurrots") konnte beginnen. Durch diese Art Raubbau wurde es ermöglicht, die Kohleschicht, wie der Bergmann dazu sagte, glatt abzulösen, abzureißen. Nach Ausförderung des Kohlevorrates bot der geleerte Plan den Anblick einer hohen Halle ähnlich der eines Dominneren" [23]. Das zur Sicherung verwendete Holz durfte auf keinen Fall verloren gehen; bei einer kompakten Kohlendecke konnte das Holz bis zu einer geringen Zahl von Stempeln zurückgewonnen werden: "Ist selbe hingegen schlecht, was größtentheils bei den Braunkohlenbergbauen der Fall ist, so bricht selbe schon bei der Entfernung weniger Stempel plötzlich zusammen und ein Strauchen des fliehenden Arbeiters kann demselben den Tod bringen" [24]. Deshalb mußte ein Arbeiter sein Ohr an die Kohle drücken und lauschen, "ob er kein Geräusch hört. Das Stempellösen birgt die furchtbarste Gefahr in sich. Da die Kohle manchmal einstürzt und die Unglücklichen, die das Holz rauben, unter sich begräbt. Deshalb muß ein Bergmann am "Mundloch" (dem Eingang in die Strecke) mit angestrengtem Ohr darauf horchen, ob er die Kohle nicht "reißen" hört" [25]. Die Gefahr bei diesem Verfahren erhöhte sich noch, wenn durch eine zu geringe Zahl von Stempeln der Kohleblock früher abbrach oder bei ungenügend vorangetriebenen Schlitzen nur ein Teil der Decke herabkam und nachgeschlitzt werden mußte. Nach der Auskohlung der Kammern (Pläne) wurden diese zu Bruche gelassen, indem man meist durch Sprengung das Hangendgebirge zum Nachstürzen brachte. Wegen der Brüchigkeit der Kohlenflötze scheiterten wohl alle anderen Verfahren der Kohlengewinnung. Der Etagenbau beispielweise wurde bald wieder eingestellt; hierbei sollte der Abbau der Kohle in zwei Etagen unter Beibehaltung des kammerförmigen Pfeilerbruchbaues vor sich gehen [26]. Der sogenannte Pfeilerbruchbau oder auch "Pfeilerbau" ist nur als Variante des Kammerbruchbaues anzusehen. Beim Pfeilerbau wurde die Kohle nach der Schlitzung mit Dynamit gesprengt, die Stützung der Kohle auf Holzstempel entfiel. Bei geringer Festigkeit der Kohle wurde zwischen den einzelnen Kammern ein sogenannter Sicherheitspfeiler von 2-6 m Stärke stehengelassen, ansonsten konnte Kammer an Kammer gelegt werden. Im Kammerbau fiel mehr großbrockige Kohle an. Die Nachfrage nach kleineren Sorten nahm infolge der Umstellung der Energie-Technik erst gegen Mitte der 1920er Jahre zu. Durch massiveren Einsatz von Sprengmitteln wurde dieser entstehenden Nachfrage Rechnung getragen [27]. Etwa im Jahre 1902 wurden die ersten Versuche mit sogenannten Schußplänen gemacht.

Da anfangs auch das nötige Dynamit unentgeldlich bereitgestellt wurde, war es den Schußplanhäuern möglich, auf einen relativ hohen Lohn zu kommen. Ein Bergarbeiter berichtet: "Die Schußpläne sind wahre Mördergruben, überhaupt dann, wenn mehrere in unmittelbarer Nähe zueinander sind, weil durch das ofte Schießen und die vielen Erschütterungen die Kohlenmassen an Stoß und Decke gelockert werden und oft unverhofft abstürzen. Oft kommt es vor, wenn in einem Plan geschossen wird, daß im anderen Vorrat fällt und man muß sich noch wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle geschehen" [28].

Die Beförderung der gewonnenen Kohle in den Strecken erfolgte zum größten Teil durch Menschenkraft. Die Förderer waren für das Füllen der Fördergefäße, der Hunte, sowie für das Befördern dieser Gefäße zum Schacht verantwortlich. Aus großer Hitze gelangte er dabei in die frische Zugluft; im Schacht mußte der Förderer sodann auf den leeren Hunt warten. Die Schubweite über die sogenannten "Berge" betrug im Durchschnitt ca. 30-45 Minuten. Da die Förderung sowohl innerhalb wie außerhalb der Grube ins Stocken geraten konnte, mußten die Förderer in der bleibenden Zeit versuchen, die zum Lebensunterhalt notwendige Zahl von Hunten (1893: 10-15 pro Tag) zu erreichen. In einem Artikel über den 8-Stundentag und die Akkordarbeit wurde die Arbeit der Förderer als nicht mehr menschlich bezeichnet: "Es ist eine tolle zwölfstündige Jagd" [29]. Die Förderer verdienten gewöhnlich weniger als die Häuer; schon relativ früh setzte sich die Bergarbeiterbewegung dafür ein, daß sie den gleichen Lohn erhalten sollten. Die Begründung lautete, daß Häuer und Förderer sehr eng zusammenarbeiten müßten und das Argument, der Häuer müsse mehr Kenntnisse besitzen, schon lange hinfällig geworden sei [30]. Neben der Förderung durch Menschenkraft (Handförderung) gab es vereinzelt die Pferdeförderung. Seit dem Jahre 1900 etwa befand sich die maschinelle Förderung auf dem Vormarsch. Seilbahnen und Kettenbahnen sowie später auch elektrische Lokomotiven führten anders als bei den Tätigkeiten der Häuer zu Rationalisierungen [31].

c) Der Abraum

Eine besondere Stellung sowohl hinsichtlich der dort zu verrichtenden Arbeit als auch der Menschen, die dort beschäftigt waren, nahm der sogenannte Abraum ein. Gerade über den Abraum liegen die besten Augenzeugenberichte vor, die aus dem Bereich des nordwestböhmischen Braunkohlengebietes vorhanden sind. Es ist dies einmal der Bericht von Alfred Deutsch-German [1], der als Arbeitssuchender getarnt, mit einem Bergmann einen Abraum besuchte. Der zweite wichtige Bericht stammt von Wenzel Holek, einem böhmischen Handarbeiter, der auf seinen Wanderungen im Kontaktbereich zwischen Böhmen und Sachsen wenige Tage auf einem Abraum bei Dux (Duchcov) im Jahre 1876 beschäftigt war [2].

Der Abraum: das waren die Gruben, bei denen die Kohle ausschließlich im Tagebau gewonnen wurde. Wenzel Holek beschrieb den Platz, an dem die Kohle abgebaut wurde so: "Die Figur war ungefähr vier bis fünf Meter hoch und bestand aus Lehm und anderem Erdreich. Gleich unter der Sohle war schon die Kohlendecke. Die Kohlenwand konnte wohl ungefähr sieben bis acht Meter hoch sein. Die obere Lehmschicht wurde also von den Kohlen abgedeckt und dafür die Löcher, wo die Kohlen ausgeraubt waren, damit ausgefüllt. Das war unsere Arbeit. Und das hießen die Leute da Abraum oder auch Tagebau" [3]. Auf dem Wege nach Dux (Duchcov) fragten Wenzel und sein Vater verschiedene Leute über die Verhältnisse auf dem Abraum aus: "Lobenswertes bekamen wir nicht zu hören. Einer sagte: "Wenn ihr halbwegs was anderes finden könnt, so fangt lieber dort an zu arbeiten, aber nur nicht auf dem Abraum!"" [4]. Trotz dieses bestimmt wohlgemeinten Rates begannen Vater und Sohn Holek auf dem Abraum zu arbeiten. Daß sie jedoch "erst" nach vierzehntägiger Arbeit - und nicht früher schon - die Abraumhalden verließen, hing damit zusammen, daß die Lohnzahlung alle zwei Wochen, und zwar immer am Samstag, erfolgte [5]. Heilfurth umschreibt die Bedingungen, unter denen die beiden Holeks arbeiteten, folgendermaßen: "...; es war das schlimmste was sie, nicht nur im Hinblick auf die menschenunwürdige Härte und Gefährlichkeit der Arbeit, je erlebten: hier schien der Abschaum der Menschheit versammelt zu sein" [6]. Nachdem Wenzel und sein Vater in das Buch des Figuranten [7] (Aufseher) eingetragen waren, wurden sie zu einer zweirädrigen Karre geführt, ihrem Arbeitsgerät. Wenzel beschreibt das Gerät und die zu verrichtende Arbeit so: "Auf der Achse (des Karrens, N.E.) befand sich ein größerer Kasten mit einer ausziehbaren Schütze. Dann brachte er (gemeint ist der Aufseher, N.E.) zwei Zugbänder, die Leute nannten sie Kummet, gab meinem Vater und Havel jedem eins davon, mit dem Bemerken, daß sie ihm dafür haften müßten. Die hängten nun die Kummete an die Haken, die sich vorne neben der Deichsel an den Kasten links und rechts befanden, warfen sie sich über die Achseln, zogen an, ich schob nach und fort ging es mit der vollen Karre auf die "Planie", die sich dort befand, wo die Kohlen schon herausgefördert waren und wohin es schon ein hübsches Stück Wegs war. Der Weg machte einen Bogen um eine Tiefe herum, in der die abgedeckten Kohlen losgemacht wurden. Ich beobachtete, daß die Männer unten mit den Hunden immer in einen Tunnel hineinfuhren. Auf der Planie angekommen, wurde von uns umgelenkt, ich zog die Schütze heraus, die Deichsel wurde losgelassen, die Karre kippte, man zog sie ein bißchen, und stellte sie nun geleert wieder aufrecht. Die Schütze wurde dann wieder hinein gesteckt und schon ging es zurück in schnellem Schritt" [8]. Die im Volksmund oftmals gebrauchte Umschreibung einer bestimmten Arbeit als "tierische" trifft im Sinne des Wortes hierauf zu: nicht zuletzt der Begriff "Kummet" [9] deutet dies an.

Die Arbeit auf dem Abraum war von besonderer Gefährlichkeit, weil die Halden an vielen Stellen durchgebrannt und somit hohl waren. Die zu befahrenden und zu begehenden Wege waren deshalb mit Holzstangen gekennzeichnet, an denen Tafeln mit Totenköpfen angebracht waren. Der Abraum dürfte nicht zuletzt deshalb von den Menschen als "Totengrube" bezeichnet worden sein [10]. In besonderem Maße gesundheitsschädigend war der Kohlenstaub, der sich jedesmal wolkenähnlich erhob, wenn die Arbeiter mit ihren Wagen loszogen. Wenzel Holek beschreibt seinen körperlichen Zustand nach Feierabend: "Wenn man einen Tag lang in diesem Qualm gearbeitet hatte, da fühlte man es abends auf der Brust brennen, und spuckte den Staub stückweise heraus. In den Füßen aber zuckte es, weil die Haut von dem heißen Staub förmlich verbrannt war. Die Glieder taten alle weh, denn das Fahren ging den ganzen Tag im Trab" [11]. Die in den beschriebenen Betrieben arbeitenden Menschen wurden von Holek als "Abräumbrüder" [12] oder auch "Abraummaken" [13] genannt. Die Verhältnisse, die Holek 1876 in Dux (Duchcov) vorgefunden hatte, hatten sich auch nicht verändert, als Alfred Deutsch-German über 20 Jahre später die Abraumhalden besuchte; der Begleiter Deutsch-Germans bereitete diesen auf die dortigen Zustände vor: "Es sind die Elendsten der Armen, die Ausgestoßenen der Schächte, die nirgends mehr Arbeit finden, mit denen kein Häuer, kein Bergmann Gemeinschaft haben will. Zugthiere sind sie, die nur e i n Bedürfnis haben: den Brandwein. Von Organisation ist nicht die Rede bei ihnen, auch nicht von Gemeinsinn: sie stehen auf der tiefsten Stufe, und ihr Elend, ihre moralische Verkommenheit wird bis aufs äußerste ausgebeutet" [14]. Holek hatte deshalb auch einen Unterschied zwischen den "echten" Abraumbrüdern und den übrigen Beschäftigten gemacht, die es jedoch meist nicht lang hier aushielten. Er berichtete, daß es "wie im Taubenschlag" zugegangen sei, d. h. bis auf das "Stammpersonal" herrschte ein dauerndes Kommen und Gehen [15]. Der Deutsch-German begleitende Bergmann spricht sogar davon, daß Arbeitssuchende, die in besserer Kleidung angekommen seien, abgewiesen würden und somit der Zuzug von "anständigen Bergleuten" sorgsam verhütet worden sei [16]. Die gewohnheitsmäßigen Trinker befanden sich in totaler Abhängigkeit vom Pächter des Abraumes; das Mittel, mit dem diese Abhängigkeit auf Dauer zementiert wurde, war die Kantine. Nach dem Gesetz war es verboten, eine Kantine im Werk selbst oder in unmittelbarer Nähe zu betreiben. Sie stand meist einige hundert Meter weit weg. Um die Arbeiter nun zum alleinigen Einkauf und Verzehr in diesen Kantinen zu bringen, zahlte man ihnen den Lohn nicht in barem Geld aus, sondern in Blechmarken [17]. Ein Abraumarbeiter berichtete darüber im "Arbeiterfreund": "Früh 6 Uhr werden für die halbe Schicht "B l e c h e" abgefaßt; für diese neue österreichische "Münze", die freilich nur an einer Verkaufsstelle Gültigkeit hat, wird gefrühstückt. Die Preise der Eßwaren und Getränke sind

enorm hoch" [18]. Als der Vater Holeks den ehemaligen Prager Polizisten, bei dem sie "in Logis", d. h. in Untermiete gegangen waren, fragte, ob man auch anderswo einkaufen könne, erhielt er zur Antwort: "..., das ginge nicht, da verdiente man gar nichts und würde schließlich entlassen" [19]. Nach der Abschaffung dieser Form des sogenannten Truck-Systems [20] durch das Eingreifen der k. k. Bezirkshauptmannschaft fanden die Pächter und Unternehmer jedoch neue Mittel und Wege, um ihr einträgliches Geschäft mit den Kantinen weiter betreiben zu können. In einem Bericht des "Glück auf" von einem Arbeiter bei den Abräumen in Dux-Ladowitz (Duchcov-Ledvice) hieß es: "Weil die Arbeiter mit ihrem Gelde in die Ortschaften gehen, um sich dort Lebensmittel einzukaufen, um nicht immer von Pferdefleisch und -würsteln leben zu müssen, so gibt man ihnen, wenn sie wieder einmal kommen nichts, man läßt sie einfach bis um 1 Uhr Nachmittags stehen, bis sie dann der Antreiber von da weg hungrig in die Arbeit treibt" [21]. Eine andere Methode beschreibt Deutsch-German; der Abräumer lebte "in Verrechnung", d. h. er erhielt eine Nummer, gegen deren Abgabe er von der Kantine Branntwein ausgeschenkt bekam: "Folgt am Schluß der Woche die Abrechnung, so stellt es sich heraus, daß der Abräumer um 60 kr. mehr verzehrt hat, als er verdiente. Von Woche zu Woche wird er mehr schuldig" [22]. Für den jungen Holek war das Bild einer Kantine nichts mehr Neues, das Bild der Abraumhalden erschien ihm jedoch noch "viel gräßlicher als alles, was (ich) er bis jetzt gesehen hatte" [23]. Neben der Verpflegung, die die Arbeiter abzunehmen genötigt waren, gab ihnen der Pächter, meist ein Subunternehmer, auch Unterkunft. Nach Auskunft Holeks waren das Baracken, die für zwei Personen zum Liegen eingerichtet waren [24]. Bei den Arbeitern, die darin unter erbärmlichsten Verhältnissen hausten, handelte es sich um ledige Arbeiter. Die verheirateten Arbeiter wohnten hinter Dux an der Ossegger Straße in der "Kolonie": Diese "hatten zwar meistens gar keine Möbel oder doch nicht viel, sie waren aber doch verheiratet und führten ein Familienleben. Sie gingen nicht so zerlumpt, wenn auch nur ärmlich angezogen, konnten sich noch selbst etwas zum Essen kochen, und sind so doch ein bißchen besser und billiger weggekommen als die Barackenbewohner" [25].

In äußerst negativem Sinne "beeindruckt" zeigte sich Wenzel von dem Arbeitsklima, das auf den Abraumhalden herrschte: "Den ganzen Tag hörte man nichts anderes wie Gefluche, gröbste Beleidigungen, gemeinste und ekelhafteste Ausdrücke, nur kein ruhiges und vernünftiges Wort. Dabei schindet sich einer mehr wie der andere, sein Schweiß regnet förmlich von der Stirn, läuft den Körper herunter und durchnäßt Hemd und Hose" [26]. Man warf sich gegenseitig Faulheit vor, Wenzels Vater wurde - wie alle anderen neuen Beschäftigten - als "Bauerntölpel" und "Dorftappsch" beschimpft, man dokumentierte ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den (von Holek so bezeichneten) "ech-

ten Abraumbrüdern" und versuchte alle anderen lächerlich zu machen[27]. Nur in ihrer eigenen Welt, die von Alkohol und Derbheiten gekennzeichnet war, konnten sie sich selbst bestätigt fühlen, indem sie versuchten, sich gegenseitig zu übertreffen. Dies traf besonders auf die sexuellen Anspielungen zu; Holek kommentiert: "Die halbnackten, schmutzigen, schwarzen, struppig und versoffen aussehenden Kerle wühlten richtig darinnen herum; je gemeiner und ekelhafter es zuging, desto besser war es, desto mehr Spaß machte es ihnen"[28]. Wie schon erwähnt erfolgte die Lohnauszahlung in vierzehntätigem Rhythmus am Samstag, der Auszahlungsort war die Kantine, wo ein Großteil des verdienten Geldes sofort wieder gelassen wurde[29]. Diejenigen, die Bargeld herausbekamen, waren die Akkordarbeiter an der Kohlenwand. Wenzels Vater erhielt pro Tag einen Gulden 10 Kreuzer, Wenzel 60 Kreuzer. Dafür ging der Betrag für Bettmiete ab, ebenso für die Verpflegung; ein Teller Gemüse ohne Fleisch kostete nach den Angaben Wenzels 20 Kreuzer, ein Glas Bier 9 Kreuzer[30]. Von dem Rest mußten die übrigen Ausgaben bestritten werden (Kleidung), zuhause wartete die Mutter darauf, daß die beiden Geld mitbrachten, damit die übrige Familie zu essen hatte.

Die Nahrung der Abräumer bestand aus Erbsen, Kartoffeln und Schweinsgrieben[31], sofern es Fleisch gab, handelte es sich um Pferdefleisch bzw. Pferdewürste[32].

d) Die Arbeit als Gefahrenquelle für Leib und Leben

Eine ständige Bedrohung der Existenz der Bergarbeiter und ihrer Familien bedeuteten Krankheit, Unfall sowie Bergwerksunglücke und -katastrophen. Der Eintritt eines solchen Falles war für einen Bergarbeiter gleichbedeutend mit dem Verlust des Lohnes, vor allem, solange die entsprechenden Versicherungen nicht erkämpft waren. Nun waren ja die Bruderladen innerhalb des Bergbaus alte traditionelle Einrichtungen, die zum Teil die moderne Sozialversicherung vorweggenommen hatten. Von all den Funktionen blieben nach dem Erlaß des Berggesetzes im Jahre 1854 die Kranken- und die Provisionskasse (d. i. die Rentenkasse) übrig[1]. Tenfelde betont, daß im Bereich des Bergbaus - wie auch für andere davon betroffene Berufe -, dem Problem der berufsbedingten Krankheiten nicht das erforderliche Maß an Aufmerksamkeit zugewendet worden sei, ebenso nicht dem Problem einer angemessenen ärztlichen und technischen Versorgung[2]. Die Lebensdauer eines Provisionisten wurde von amtlicher Seite mit sechs Jahren angegeben, was von der Redaktion des "Glück auf" jedoch als zu hoch gegriffen angesehen wurde[3]. Die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern waren beim Bergbau wesentlich höher als bei anderen Berufen[4]. In einem Artikel des Fachblattes wurden die Krankheiten der Bergarbeiter von der Ursache her in vier Gruppen eingeteilt: a) durch das Material b) durch die Art der Gewinnung

c) durch die Körperhaltung d) durch die Örtlichkeit[5]. Infolge der Staubentwicklung waren die in den Bergwerken Beschäftigten anfällig für die Lungentuberkulose, von ihnen selbst als "Proletarierkrankheit" bezeichnet[6]. Bei Gasentwicklung, sogenannten schlechten oder schlagenden Wettern, konnten die Gase in die durch das Schwitzen geöffneten Poren eindringen und Blutvergiftung verursachen[7]. Leute, die Bergarbeit noch nicht gewohnt waren, wurden vom "Grubenausschlag" befallen: Die Kohle, die in den feuchten Körper eindrang, brachte Geschwüre hervor, die eiterten und blatternähnliche Narben hinterließen[8]. Die einseitige Inanspruchnahme von bestimmten Körperteilen führte zu Überanstrengungen, die oftmals notwendige gebückte Haltung zur Verkrümmung der Wirbelsäule und der Beine. Da die Häuer ihre Arbeit auch oft in liegender Stellung ausführen mußten, schnallten sie sich in der Hüfte ein Brett an. Dadurch bildeten sich Schwielen und Verhärtungen, Entzündungen und Gelenkerkrankungen. Besondere Auswirkungen auf den menschlichen Organismus hatte die Tätigkeit unter Tage, da das Tageslicht fehlte, elektrische Beleuchtung aber noch nicht vorhanden war. Sehstörungen waren die Folge. In hohem Maße krankheitsanfällig wurden die Bergarbeiter durch die stark schwankenden Temperaturen, denen sie ausgesetzt waren, besonders wenn sie ans Tageslicht kamen, sowie durch die in der Grube höhere Feuchtigkeit. Auffallend hohe Zahlen von Erkrankungen weist die Krankheitsstatistik der Zentralbruderlade in Brüx (Most) (1912) für Zellgewebsentzündungen, Blutkrankheiten, Krankheiten der Atmungsorgane und der Verdauungsorgane aus[9].

Die Krankheitsverhältnisse beschreibt Metzner "bei den österreichischen Arbeitern überhaupt und im besonderen bei den Bergarbeitern schlimmer als bei den Deutschen"[10]. Nach dem Jahresbericht der Vereinigten Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revierbruderlade für das Jahr 1888 waren die Bergarbeiter in den Monaten November, Dezember, Januar und März am krankheitsanfälligsten, die Krankheitshäufigkeit lag am niedrigsten in den Sommermonaten (Juni, Juli, August und September)[11].

Ein trauriges Kapitel stellt auch die Unfallhäufigkeit im nordwestböhmischen Revier innerhalb des Gesamtbergbaus der österreichisch-ungarischen Monarchie dar. Es zeigt eindeutig die ungünstigsten Zahlen. Obwohl gegenüber den 1880er Jahren ein deutlicher Rückgang festzustellen war, lagen sie vor allem gegenüber dem Steinkohlenbergbau sehr hoch[12]. Im Jahre 1912 entfiel im Steinkohlenbergbau auf 896 Unfälle (1909 : 1392) eine tödliche Verletzung, beim Braunkohlenbergbau gab es auf 665 Unfälle (1909 : 637) einen Toten[13]. Das nordwestböhmische Braunkohlenrevier lag bei der Zahl der tödlich verlaufenen Unglücke (1902) einsam an der Spitze: "Vergleichen wir also diese Zahlen mit der Unfallstatistik des Brüx-Teplitz-Komotauer Reviers, so kommen wir zu der grauenhaften Tatsache, daß fast die Hälfte aller tödlichen Unfälle im Bergbau Österreichs auf

das vereinigte nordwestböhmische Bergrevier entfallen, dessen Arbeiterzahl nur ein Fünftel der gesamten Bergarbeiterschaft Österreichs beträgt" [14]. Die Zahl der Provisionierungen auf je 1000 Bergarbeiter erhöhte sich, jedoch nicht zuletzt wegen der besseren rechtliche Absicherung, ständig [15]. In den Jahren vor 1900 besaßen die anderen Arbeiterbranchen bereits eine eigene Unfallversicherung, während man beim Bergbau nur bei vollständiger Invalidität eine Entschädigung erhalten konnte; Teilinvalide bekamen keine Rente, sie mußten sich mit leichterer Arbeit und damit auch erheblich weniger Lohn zufriedeng ben. Oft mußten die eigentlich zustehenden Rechte über Gerichte eingeklagt werden, der Rechtsschutz gewann innerhalb der Bergarbeiterbewegung in diesem Zusammenhang eine immer größere Bedeutung; man könnte fast sagen, daß er für den Beitritt zur Gewerkschaft als das "Zugpferd" angesehen werden muß. Eine eigene Unfallversicherung kam im Jahre 1914 in Kraft, und da auch erst durch eine kaiserliche Verordnung unter Hinwegsetzung über das Parlament, welches das Thema wieder einmal vertagt hatte [16].

Die höchste Unfallziffer ergab sich nach einer Zusammenstellung der Zentralbruderlade für Nordwestböhmen (1894) für den Mittwoch und den Freitag [17]. Die Bergarbeiterbewegung sah dies immer wieder als einen Beweis dafür an, daß der Vorwurf, die Unfälle erhöhten sich durch langes Feiern und Gelage am Wochenende, aus der Luft gegriffen sei. Der Montag war der Tag mit den wenigsten Unfällen. Für den Beruf des Bergmanns gilt jedoch - vielleicht mehr als für jeden anderen -, daß die Gewöhnung als der größte Feind der Sicherheit anzusehen ist. Die oft erschütternden Berichte von den Unglücksfällen, wenn Arbeitskollegen zusehen mußten, daß einem Verunglückten wegen der weiter bestehenden Gefahr nicht geholfen werden konnte, geben ein beredtes Zeugnis. Die weitaus häufigste Unfallursache war in den Braunkohlengruben der sogenannte Verbruch, also das nur schwer vorherzusehende vorzeitige Abreißen der Kohlendecke [18]. Neben der Abbaumethode als Unfallursache muß auch besonders die ungenügende fachliche Qualifikation der Bergarbeiter hervorgehoben werden. Das im Grunde doch ständige Ausgeliefertsein an die Mächte der Natur wird beim Bergbau immer wieder sichtbar, wenn in den Medien über Katastrophen und Bergwerksunglücke berichtet wird. Durch die unvollkommenen technischen Einrichtungen war die Gefahr in dem in dieser Arbeit angesprochenen Untersuchungszeitraum sehr viel höher als heute. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Unglück fast nie ohne den Verlust von Menschenleben abging, bedeutete es in vielen Fällen den Verlust des Arbeitsplatzes. Damit stand der betroffene Bergarbeiter zumindest vorerst einmal ohne finanzielle Mittel da. Der "Glück auf!" berichtete regelmäßig nach Katastrophen von Massenentlassungen [19]. Die meisten Opfer forderten im nordwestböhmischen Revier Wassereinbrüche, die Gefahr von schlagenden Wettern war hier relativ gering [20]. Größeres öffentliches Aufsehen erregten die Bergwerksunglücke

auch immer dann, wenn die übrige Bevölkerung in irgendeiner Form betroffen war; so bei der sogenannten Osseg-Teplitzer Katastrophe im Jahre 1879, als die Teplitzer Thermalquellen nicht mehr sprudelten und bei der Schwimmsandkatastrophe in Brüx (Most) im Jahre 1895[21].

e) Entlohnung

In dem folgenden Kapitel soll von der Entlohnung, der Leistungsbemessung und dem Entlohnungsverfahren die Rede sein. Über den Lohn, den ausgezahlten Geldwert für geleistete Arbeit, soll im Rahmen des Kapitels über den Haushalt der Bergarbeiterfamilien Auskunft gegeben werden. Wie schon erwähnt, beschwerten sich die Bergarbeiter weniger über die Arbeit an sich, die Bemessung ihrer Leistung vielmehr war es, die zu dauernden Klagen Anlaß gab. So äußerte sich der von Deutsch-German besuchte Bergarbeiter: "Das Arbeiten wär schon recht," (sagt er,) "aber das Gedinge ist elend. Da muß man sich zu Tod rackern, und von Tag zu Tag wird's schlechter"[1]. Während beim Streik des Jahres 1881 und wieder beim Ersten Kongreß der organisierten Berg- und Hüttenarbeiter in Wien im Jahre 1890 ein gesetzliches Verbot der Akkordarbeit (= Gedinge) gefordert wurde, wurde von seiten der Unternehmer folgendes festgestellt: "Keine Forderung der Arbeiter hat eine einschneidendere Bedeutung für die gesamten Produktionsverhältnisse wie das Verlangen der Aufhebung der Akkordarbeit und der Einführung des Tagelohnes ... . Es gibt aber auch keinen gerechteren Lohn, als den Akkordlohn"[2]. Desweiteren wurde betont, daß der Akkord eine Prämie für den fleißigen und intelligenten Arbeiter, der Tagelohn dagegen eine "Prämie für den ungeschickten und trägen und eine Bestrafung der guten und tüchtigen Arbeiter sei"[3]. Weder die eine noch die andere Position, die ja die Extreme in diesem Punkt darstellen, konnte als Basis einer vertretbaren Lösung angesehen werden. Die entscheidenden Fragen bei diesem Problem waren einerseits die Gedingbemessung, d. h. das Verfahren der Festsetzung des Gedinges, andererseits die Praktiken der Strafen und der Nichtbezahlung für die zeitraubenden Vor- und Nebenarbeiten. Folgerichtig verlangte die Bergarbeiterbewegung auf dem Fünften Kongreß im Jahre 1895 die Abschaffung des Akkordes bei lebensgefährlichen Arbeiten (Stempelrauben, Stützpfeilerstellen u. ä.)[4]. Der Akkordlohn allein mußte bei diesen Arbeiten zur Außerachtlassung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen führen, wenn nicht sogar zum Verstoß gegen vorgeschriebene Sicherheitsvorschriften. Die Folge waren steigende Unfall- und Todesziffern, die sich - wie wir noch sehen werden - vor allem bei den o. a. Arbeiten ereigneten. Jede Entlohnung, die ausnahmslos auf Akkordarbeit beruht, ist ohne Einschränkung als unmenschlich anzusehen. Das Vorhandensein eines exi-

stenzsichernden Minimallohnes wurde deshalb in der Entwicklung der Gewerkschaften einer der Punkte, die zum Prinzip erhoben wurden. Die Forderung nach einem Minimallohn für Akkordarbeiter tauchte im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier erstmals im Jahre 1889 auf[5]. Die Ablehnung der 8-Stunden-Schicht und des Minimallohnes durch die Bergwerksunternehmer führte schließlich zu dem großen Streik des Jahres 1900, der entgegen dem ausdrücklichen Rat der Gewerkschaftskommission Österreichs und der organisierten Bergarbeiterschaft begonnen wurde[6]. Das Gedinge galt insbesondere für die Häuer, alle anderen Arbeitskräfte im Bergbau wurden nach Schichtlohn oder Taglohn bezahlt. (Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier sagte man auch: "in Regie".) Wie definierte sich nun das Gedinge, wie wurde es festgesetzt und wie wurde es gemessen?: "Das Gedinge ist der in jeder Grube anders festgestellte Tarifsatz für den Meter und für den "Hund", den Rollwagen. Dieser Tarifsatz ist je nach Breite des Stollens und je nach der Zähigkeit der Kohle verschieden. Ebenso ist auch der Lohn für das Füllen und Abschieben des auf Schienen laufenden Wagens, Hund genannt, je nach der Entfernung der Förderstelle vom Schacht bemessen"[7]. Insbesondere beim nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau war es infolge der Lagerung der Kohle möglich, einheitliche und für längere Zeit geltende Gedinge festzusetzen. Deshalb ist auch von Streitigkeiten um das Gedinge zwischen den Betriebsbeamten und den Arbeitern so gut wie nichts zu hören. Die zur Festlegung des Gedinges notwendigen Feststellungen wurden von den Betriebsbeamten im Beisein der Bergarbeiter getroffen und im Gedingbuch festgehalten. Im Braunkohlenrevier wurde zum größten Teil nach dem Huntgedinge verfahren, d. h. die Löhne berechneten sich aufgrund der Anzahl der gelieferten Fördergefäße[8]. Montags war gewöhnlich die Abnahme, d. h. das Messen der aufgefahrenen Meter mit dem Meterstabe, durch den Schichtmeister[9]. Neben dem Gedinge existierten noch verschiedene Prämien und Prämiensysteme. Diese Prämien dienten aber im Endeffekt dazu, die Gedingsätze zu drükken; folgendes spielte sich dabei ab: "Der Aufseher stellt zwei rüstige, noch frische Arbeiter aneinander (die alten, müden Bergleute lassen sich als solche Versuchskaninchen nicht verwenden), und fordert sie zu angestrengter Arbeit auf. Das Ergebnis nach einem bestimmten Zeitraum beträgt beispielsweise achtzehn Meter. Nun wird den Arbeitern der Vorschlag gemacht, "auf Prämie" zu arbeiten, d. h., der Steiger theilt ihnen mit, daß sie wie bisher 2 fl. per Arbeitsmeter erhalten, vom vierundzwanzigsten Meter an sollen sie indes vier G u l d e n per Meter erhalten! In der nächsten Woche kommt der Verführer wieder. Die Prämie erscheint eine enorme: a c h t G u l d e n vom d r e i ß i g s t e n Meter an, aber der Pferdefuß folgt nach, bis zum dreißigsten Meter zahlt der Schacht nur mehr einen Gulden fünfzig Kreuzer, statt zwei Gulden. Zwei, drei Wochen rentiert sich das. Dann ermüden die Arbeiter, sie müssen ermüden. Und das Facit

ist, daß sie nurmehr achtzehn Meter wie vor Beginn der Prämienaussetzung leisten können" [10]. Der Gedingsatz von einem Gulden und fünfzig Kreuzern aber blieb bestehen, so daß die Arbeiter schließlich dreißig Kreuzer am Tag weniger verdienten als vorher. Eine weitere versteckte Erhöhung des Gedinges bedeutete die Vergrößerung der Hunte, ein Vorgang, beidem für den Unternehmer sowohl eine größere Menge an Kohle sowie der Effekt heraussprang, weniger Lohn zahlen zu müssen, da die Bergarbeiter weniger Hunte (an der Zahl) am Tag schafften [11]. Nun hätte man ja annehmen müssen, daß die Hunte nicht nach dem Rauminhalt, sondern nach dem Gewicht berechnet worden wären. Abgesehen davon, daß die Fördergefäße damals noch nicht geeicht waren, verfügten die Bergwerksbesitzer über ein Verfahren, die Bemessung der Förderleistung nach dem Rauminhalt zu umgehen: Bei nicht ganz gefüllten Hunten oder wenn Kohle vermischt mit unreinem Material, was zwangsläufig vorkommen mußte, gefördert worden war - wobei die Begriffe "nicht ganz gefüllt" und "unreine Kohle" erfahrungsgemäß ein allzu subjektives Urteil des Bewertenden (und das waren ausnahmslos Organe der Arbeitgeber) darstellen können -, wendete man das sogenannte Wagennullen, auch "Kontrabande" genannt, an [12]. Dieses Verfahren wurde sehr "großzügig" angewendet; durch die Erschütterungen beim Transport der Kohle zum Schacht sackte das Material zusammen, so daß die am Rand des Förderwagens angezeichnete Füllmarke oft nicht mehr ganz erreicht wurde. Doch nicht nur durch den Machtmißbrauch der Aufsichtsorgane wurden die Arbeiter um den Lohn ihrer Bemühungen gebracht, auch in den eigenen Reihen gab es Personen, "die in betrügerischer Absicht von den gefüllten Fördergefäßen die Kürbezeichnung, nämlich das Erkennungszeichen der gelieferten Leistung der einzelnen Küren beseitigen und das Zeichen der eigenen Kür auf dem gefüllten Fördergefäß anbringen, um auf diese Weise, ohne selber arbeiten zu müssen, eine ausgewiesene Leistung und deren werkseitige Entlohnung zu erzielen." Solche Personen wurden unter den Bergarbeitern als "Huntemarder" bezeichnet. Die "Huntemarder" wurden "in der Regel im Sinne der Dienstordnung entlassen, gerichtlich verfolgt und zuweilen seitens der bestohlenen Kameradschaft im eigenen Wirkungskreise justifiziert" [13].

Man könnte ein ganzes Buch darüber schreiben, welche Methoden und Verfahren noch dazu angewendet wurden, offen und verdeckt Lohnkürzungen anbringen zu können. Die einschneidensten Maßnahmen seien in diesem Zusammenhang noch einmal kurz erwähnt: Innerhalb der Dienstordnung war ein umfangreicher Strafgeldkatalog festgelegt, für sogenannte Nebenarbeiten wurde nichts gezahlt; das Werkzeug sowie die Beleuchtung unter Tage mußten von den Bergarbeitern bis zum Jahre 1910 bzw. 1912 selbst gestellt werden oder wurden bei der Abrechnung vom Lohn abgezogen. Beim Sprengmaterial war es ähnlich, oft machten die Aufseher durch Verkauf zu überhöhten Preisen da-

mit noch selbst ein Geschäft. Ein Kapitel für sich stellt auch der Auszahlungsmodus dar, der in seinen Auswirkungen tief in den Haushalt und die Zukunftsplanung der Bergarbeiterfamilien eingriff. Im Berggesetz von 1854 war festgelegt worden, vierteljährlich den Lohn auszuzahlen [14]; in der Praxis sah das so aus, daß die Arbeiter alle vierzehn Tage oder monatlich einen Abschlag erhielten, die genaue Abrechnung jedoch erst nach drei Monaten erfolgte. Das hatte für die Betriebe den Vorteil, länger über die Geldmittel verfügen zu können; gleichzeitig bedeutete dieses Verfahren einen wirksamen Schutz vor Streiks, da leicht der größere Teil des Lohnes zurückgehalten werden konnte. Für die Bergarbeiterfamilien war dieses Auslohnungsverfahren ein Teufelskreis: Da das wenige Geld für die relativ großen Planungszeiträume nicht reichte, bürgerte sich die Sitte des "Auf-Borg-Kaufens" ein [15]. Die Konkurrenz der Einzelhandelsgeschäfte zwang auch die seriösen Kaufleute, hierbei mitzumachen. Das In-der-Kreide-Stehen verpflichtete die Bergarbeiter wiederum dazu, alle ihre Waren bei ein und demselben Kaufmann zu beziehen, er geriet in eine erneute Abhängigkeit. Dadurch wurde auch ein eventuell möglicher Arbeitsplatzwechsel erschwert; Bargeld hatten die Betroffenen kaum einmal in der Hand, vom Sparen konnte überhaupt keine Rede sein. Bei den unseriösen Kaufleuten bezahlten die Arbeiter die Waren noch viel teurer. Die Arbeitgeber machten nun, und da ist in ihrer Argumentation bis weit nach dem Jahr 1900 kein Unterschied zu spüren, alles andere als die geringen Löhne und die durch die Arbeitsbedingungen hervorgerufenen Auswirkungen für das Verhalten der Bergarbeiter und ihren Familien verantwortlich. Immer wieder wird hervorgehoben, daß die Braunkohlenarbeiter die bestbezahlten Böhmens seien: "Wenn ungeachtet dessen die wirtschaftliche Lage eines Theils unserer Arbeiter keine geordnete ist, so liegt der Grund hierfür keineswegs in der Unzulänglichkeit des Verdienstes, wohl aber in dem ungerechten Gebrauch, den leider viele von dem Gelde machen" [16]. Immer wieder wird auch von einer angeblichen "Verwilderung der Sitten" gesprochen, "welche dann die Arbeiter auch den destructiven Tendenzen der Socialdemokratie geneigter macht" [17]. Wirtshausbesuche, Tanzveranstaltungen, der "Kleiderluxus" der Bergarbeiterfrauen und die Arbeitervereine wurden als Ursache für die unzulänglichen Verhältnisse angesehen. Mag auch ein Teil der Arbeiterschaft im Gegensatz zur bäuerlichen Welt infolge fehlender geistiger Werte und Orientierungen in diesersich im Umbruch befindlichen Gesellschaft labil und für die neuen Genüsse der Gesellschaft eher anfällig gewesen sein, im großen und ganzen muß jedoch gelten, daß von der Unternehmerseite her Ursache und Wirkung in unzulässiger Weise vertauscht wurden. Mitte der 1890er Jahre gelangte die monatliche Auszahlung zur Durchführung, die Bergarbeiterbewegung setzte sich aber verstärkt für eine wöchentliche Auslohnung ein: Auf

einer Bergarbeiterversammlung in Tschausch (Souš) wurde im Jahre 1892 erstmals die "gesetzliche wöchentliche reine Auszahlung" gefordert [18]. Wenige Zeit nach dem großen Streik im Jahr 1900 gingen die Braunkohlenwerke in Nordwestböhmen in der Mehrzahl zur wöchentlichen vollen Entlohnung über [19], innerhalb des gesamten österreichischen Bergbaus im Jahr 1907 erst 21 % der Betriebe. Die Festlegung der Auslohnungszeit in die Freizeit kann nur als Schikane der Bergarbeiter gewertet werden. Der Auszahlungstag war gewöhnlich der Samstag, die für das Auszahlen notwendige Zeit wurde (bis 1912) nicht zur Arbeitszeit gerechnet. Immer wieder beschwerten sich Bergarbeiter im Fachblatt darüber, daß sie nach der Arbeit am Samstag eine lange Zeit auf die mit der Geldzahlung beauftragten Werksbediensteten warten mußten, meist waren das ein bis zwei Stunden [20]. Es kam sogar vor, daß die Arbeiter am Sonntagvormittag zur Grube mußten, um ihren Lohn abzuholen [21]. Der Ort war meist die Zechenstube, die oft als für diesen Zweck zu eng beschrieben wurde, oder gar die Kantine [22]. Die Werke ersparten sich manchmal auch das Ausrechnen der Beträge für die einzelnen Arbeiter; die Beamten übergaben einem der Kür das Geld: "Die Werksleitung ist natürlich zu bequem, als daß sie jedem Arbeiter seinen verdienten Lohn auf die Hand gibt. Die Herren Beamten lachen noch, wenn sich die Arbeiter streiten" [23].

III. FREIZEIT - FAMILIE, HAUSHALT UND POLITISCH-GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG

1. Familie und Haushalt

Der Aufbau der industriellen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich sowohl in qualitativer wie quantitativer Hinsicht und umfaßte den gesamten Komplex der menschlichen Daseinsgestaltung. Die Beschäftigung mit diesen umfassenden Veränderungen führte in den meisten Fächern der Wissenschaften zu einer angemesseneren Berücksichtigung als im volkskundlichen Bereich. Dies lag aber nicht nur daran, daß die bäuerliche Welt bis in die jüngere Zeit als Domäne der Volkskunde betrachtet wurde, sondern auch an der Tatsache, daß erstere auf einen relativ besseren Fundus an Basismaterial zurückgreifen konnten. Während für den Bereich der Sozialwissenschaften insgesamt gesehen die meisten Probleme der Bevölkerungsbewegung noch ungeklärt sind, weil ganz einfach die nackten Grunddaten der Bevölkerungsbewegung und des generativen Verhaltens fehlen, so befindet sich die Volkskunde in der mißlichen Lage, daß der Alltag, das sich täglich Wiederholende, die routinemäßigen täglichen Geschäfte und Erledigungen als weniger mitteilenswert und für die Nachwelt erhaltenswert angesehen wurden; dies zeigt sich sowohl in den wenigen Selbstdokumentationen (Arbeiterbiographien u. ä.) als auch in der absoluten Unterrepräsentation des Arbeiteralltags in wissenschaftlicher Literatur. Die zuletzt getroffenen Feststellungen haben für den Bereich der Arbeit etwas weniger Geltung als für die außerhalb dessen stehende Zeit des Tages, der wir uns im folgenden Kapitel zuwenden wollen. Daß die Trennung von Arbeit und Leben (Freizeit) nur eine gedachte sein kann, da die Auswirkungen aus dem Bereich der Arbeit die Verfügung über die übrige Zeit und das Verhalten maßgeblich bestimmen, wurde schon des öfteren betont. Das Desinteresse an Familie, Haushalt und übriger freier Betätigung der Arbeiter hatte jedoch auch handfeste ökonomische Gründe: Die Bedarfsgüterproduktion, die Verteilung der Güter sowie die Entwicklung im Dienstleistungsbereich waren gegenüber den industriellen Arbeits- und Lebensverhältnissen noch nicht so weit fortgeschritten, weil der Arbeiter von seiner Kaufkraft her, als Konsument also, weniger interessant war. Die Freizeit wurde erst im Verlaufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Markt. Die zumindest bis zum Jahre 1902 überlange Dauer der Arbeitszeit und ihre physisch-psychischen Folgewirkungen sowie die übrigen noch anzuführenden äußeren Bedingungen beschränkten und verbauten zudem die Horizonte für einen größeren Spielraum im Rahmen des Familienlebens und sonstiger freier Aktivitäten. Die nun folgenden Bemerkungen zur Familie und zum Haushalt der Bergarbeiterschaft können infolge

der mäßigen Quellenlage nur Mosaiksteine für eine anzustrebende Arbeitervolkskunde bedeuten, sie können zum größten Teil deswegen nur als Tendenzen dargestellt werden.

a) Die Bergarbeiterfamilie

Unter den Einwirkungen der wirtschaftlichen und technisch-industriellen Entwicklung einerseits, durch die rechtlich-institutionelle Neuordnung mit all ihren Folgen für das tägliche Leben und die geistige Orientierung andererseits machte die Familie als Primärgruppe einen Funktionswandel durch, der für weite Bereiche einem Funktionsverlust gegenüber der bäuerlichen Familie gleichkam, jedoch - wenn auch vorerst nur potentiell - dafür neue Möglichkeiten der Daseinsgestaltung eröffnete. In erster Linie ging die Entwicklung weg von der Großfamilie, die mehrere Generationen umfaßte, zur Kleinfamilie. Es waren in der Mehrzahl die jüngeren Menschen, die den Sprung in die industrielle Welt wagten und sich im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier eine neue Existenz aufbauen wollten [1]. Der beträchtliche Zuzug in das Braunkohlenrevier innerhalb einer relativ kurzen Zeit führte zur Knappheit von Wohnungen; Braf berichtet für die Zeit um 1870, daß "in den häufigsten Fällen (mußten) zwei Familien ein Zimmer theilen" [2] mußten. Aus Anlaß des IV. Internationalen Demographischen Kongresses untersuchte Ernst Mischler die Größe und die Mietpreise der Wohnungen, u. a. auch in der Bergarbeiterstadt Brüx (Most) [3]. Dabei stellte sich heraus, daß von 702 Häusern allein 500 vermietet waren, d. h. das Vermieten von Wohnungen muß ein einträgliches Geschäft gewesen sein. In einem Haus befanden sich im Durchschnitt 4-5 Wohnparteien mit ca. 15-20 Menschen [4]. Von den Wohnungen waren 1329 mit Küche, 1237 ohne Küche ausgerüstet. Die 2566 erhobenen Wohnungen bestanden zu 36,6 % (939) aus einem Zimmer, zu 42,5 % (= 1097) aus zwei Zimmern, zu 16,5 % (= 422) aus drei und zu 3,2 % (82) aus vier Zimmern. Etwa 1 % (26) umfaßte mehr als 4 Zimmer [5]. Von 100 Wohnungen entfielen auf diejenigen mit einem Zimmer in Aussig 66, in Brüx 37; auf diejenigen mit einem oder zwei Zimmern kamen in Aussig von 100 Wohnungen 85, in Brüx 79 [6]. Der Preis für die Wohnungen wird "als relativ sehr hoch" bezeichnet, wobei sich die kleinsten Wohnungen als die teuersten herausstellten: "Der Preis für je ein Zimmer ist daher in einzimmerigen Wohnungen am höchsten, nimmt dann bis zu den dreizimmerigen ab und beträgt erst in den großen Wohnungen von fünf und mehr Zimmern etwa denselben Betrag wie in den allerkleinsten" [7]. Von Überfüllung einer Wohnung sprach man, wenn pro Kopf weniger als 10 Kubikmeter Luft vorhanden waren; Berner betonte, daß die österreichische Heeresverwaltung in den Kasernen 17 Kubikmeter gefordert habe [8]. Bei der Untersuchung von 105 Arbeiterwohnungen in Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov) und weiteren vierzehn Orten

desselben Gerichtsbezirkes gelangte er zu dem Ergebnis, daß (pro Person) in mehr als einem Drittel der Wohnungen weniger als 10 cbm Luftraum zur Verfügung standen. Bei Berners Berechnungen stellte sich die von Mischler nur als Tendenz angedeutete Behauptung als richtig heraus, daß die kleineren Wohnungen weitaus teurer waren als größere. Der Quadratmeter kostete in einer einzimmerigen Wohnung um fast 30 % mehr als in einer Wohnung mit zwei Zimmern[9]. Die oben aufgeführten Zahlen zeigen eindeutig, daß die Wohnungen mit einem Zimmer am meisten favorisiert waren. Sie allein (und m. E. auch noch die Zweizimmerwohnungen) waren dem Einkommensvolumen des Bergarbeiters angemessen und für ihn erschwinglich.

Von der anfänglich starken Fluktuation innerhalb der Belegschaften der Braunkohlenwerke war in der vorliegenden Arbeit schon öfter die Rede gewesen. Schon sehr früh taucht das Wohnungsproblem in den Veröffentlichungen auf, weniger aber im Rahmen der Arbeiterbewegung, sondern von seiten der Bergwerksbesitzer und von seiten des Staates. In den Veröffentlichungen über den Bergwerksbetrieb innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie wird beklagt, daß die "Colonisirung" der Arbeiter keine Fortschritte mache[10]. Um die Arbeiter beim Braunkohlenbergbau zu halten, propagierte der Direktor der Dux-Bodenbacher Bahn, Pechar, den Bau von Arbeiterwohnungen: "Das einzige Mittel, die besseren Arbeiter dem Kohlenbergbau zu erhalten und dadurch auch für Heranbildung neuer Arbeitskräfte zu sorgen, ist in dem Baue zweckmäßig eingerichteter Arbeiterhäuser zu suchen"[11]. Seit dem Jahr 1870 etwa bauten die größeren Werke für ihre Arbeiter solche Wohnungen. Bráf beschreibt diese als "mehr oder weniger langgestreckte Zinshäuser", die ebenerdig seien und bei denen sich die Wohnungen aneinanderreihten. Sie bestanden aus einem größeren Zimmer, einem Dachbodenraum und manchmal einer kleineren Kammer. Daneben befanden sich ein Holzschuppen und ein Schweinestall. Zu den Häusern des Duxer Kohlenvereins gehörte ein Kartoffelfeld (Erdäpfelfeld) oder ein kleiner Garten. Der größte Teil der Mieter bestand aus den Häuern, an dieser Berufsgruppe zeigten die Braunkohlenwerke das größte Interesse[12]. Als Wenzel Holek im Jahre 1876 auf dem Abraum bei Dux (Duchcov) arbeitete, bemerkte er, daß an die drei Häuserreihen, in denen in ärmlich aussehenden Wohnungen die Abräumer hausten, sich drei weitere anschlossen, die ein gänzlich anderes Bild boten: "Nach den Mützen, die die Männer auf den Köpfen trugen, urteilte ich, daß sie Bergleute waren. ... Vor jedem Haus war ein hübsch eingerichtetes Gärtchen mit schönen Blumen. In vielen stand auch eine Gartenlaube. Einige hatten vor ihren Wohnungen keinen Garten, sondern einen kleinen Stall von Brettern, wo sich eine Ziege oder ein Schwein befand. Fast an allen Fenstern der Wohnungen hingen Gardinen; danach urteilte ich, daß diese Leute auch die nötigen Möbel hatten"[13]. Diesen Eindruck bestätigte auch Bráf, als er im Zusammen-

hang mit den Untersuchungen für seine "Studien" solche von Braunkohlenwerken errichtete Arbeiterhäuser besuchte. Er gab an, daß sie mit ausreichendem und anständigem Mobilar versehen waren. Daneben fiel ihm noch besonders auf, daß in den Zimmern eine große Anzahl bunter Bilder zu finden war [14].

Die Wohnungen der Abräumer boten demgegenüber ein erschreckendes Bild. Wenzel Holek berichtet: "Als wir in die Wohnung des ehemaligen Prager Polizisten traten, bot diese ein trauriges Bild der Not und des Elends. Da sah man keinen Stuhl, Tisch oder sonstige Möbel. Ein kleines Fußbänkel stand vor dem Kochofen, links an der Wand ein großer Stein, weiter von ihm mehrere aufgeschichtete Ziegelstückchen, auf denen ein altes Stück Brett lag und als Sitzbank diente, dann noch einige Töpfe, und das war die Einrichtung dieser Wohnung" [15]. Der Mann, bei dem Wenzel und sein Vater in Untermiete gingen, hatte die Möbel alle verkauft. Noch drastischer schilderte Bráf eine andere Wohnung: "Man weiß aber beim Betreten vieler solcher Wohnungen eigentlich gar nicht, ob sie überhaupt bewohnt sind, oder ob nicht vielleicht eine soeben übersiedelnde Partei noch die letzten Reste ihrer Habe dort belassen habe; es fehlte fast alles Mobilar, kein Tisch, kein Sessel, eine ordentliche Bettstätte nur ausnahmsweise, statt derselben häufigst entweder wenige Bretter über einem auf vier rohen niedrigen Pfählen ruhenden Gestelle oder ein bloßer Strohsack" [16]. Da die Abräumer oft nur saisonweise eingestellt waren, konnten und wollten sie sich meist allerdings nicht besser einrichten. Ihre ganze Habe konnten sie, falls nötig, auf ihrem Rücken tragen. Die in der weiter oben dargestellten Art errichteten Werkswohnungen für die Häuer trugen der traditionellen bergmännischen Wohnweise Rechnung und wurde von seiten der Betriebe her beibehalten. Auch Schlegel berichtet davon, daß die Werkswohnungen oft mit Gärten, einem Schuppen und Ställen für die Kleinviehhaltung versehen waren [17]. Heilfurth erklärt diese seit alters von den Bergleuten bevorzugte Wohnweise aus dem bergmännischen Freiheitsdrang heraus [18]. Da der Arbeiterwohnungsbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch zum Gegenstand der privaten Kapitalverwertung geworden war, Bergbau und Grundstücksspekulation, Preissteigerungen auf dem Sektor des Wohnungsbaus und das Fehlen eigener finanzieller Mittel die Errichtung von Eigenheimen unmöglich gemacht hatten, wurde diese ursprüngliche Form des Wohnens zurückgedrängt [19]. Nur der kleinere Teil der Bergarbeiterschaft konnte oder wollte in den den Braunkohlenbetrieben eigenen Wohnungen leben. Für das Jahr 1909 etwa wurde der Anteil der in Arbeiterkolonien oder Arbeiterhäusern wohnenden Bergarbeiter für den Revieramtsbezirk Komotau (Chomutov) mit 7,1 %, für den Revieramtsbezirk Brüx (Most) mit 13 % angegeben [20]. Schlegel bezifferte den Prozentsatz für das Jahr 1917 mit ca. 15 [21]. Diese Zahlen stellten die geringsten von allen Revieramtsbezirken dar.

Obwohl die von den Betrieben errichteten Wohnungen den Bedürfnissen und Vorstellungen der Bergarbeiterbevölkerung eher angemessen gewesen sein dürften, zogen es die meisten vor - wenn sie nicht selbst als Einheimische ein eigenes Häuschen besaßen -, sich bei einem Hausbesitzer einzumieten. Der Grund war in der durch das Wohnen in werkseigenen Häusern noch gesteigerten Abhängigkeit zu suchen. Die Kündigung der Arbeit bedeutete nämlich gleichzeitig die Kündigung für die gemietete Wohnung. Bráf spricht von heftigen Auftritten, die es unter den Bewohnern der Kolonien bei Entlassungen gegeben habe [22]. Das eingegangene Mietvertragsverhältnis sollte auch im Hinblick auf eine Teilnahme an Streiks die Bergarbeiter einschüchtern und abhalten. In den bergbehördlich genehmigten Dienstordnungen wurde die "Delogierung", d. h. Ausmietung und Kündigung des Mietverhältnisses, angedroht [23]. Die einmal von den Werksleitungen gegebenen Vergünstigungen wie z. B. Mietzinsbeiträge wurden bei ungünstigen Absatzverhältnissen einfach wieder gestrichen [24]. Bei all dieser Unsicherheit und der entstehenden größeren Abhängigkeit wird es sich wohl mancher Bergarbeiter doppelt überlegt haben, zumal wenn er gewerkschaftlich oder politisch engagiert war, in eine Werkswohnung zu ziehen [25]. Viele der Arbeiter nahmen sich deshalb auf den im Braunkohlengebiet liegenden Dörfern eine Unterkunft. Von der einheimischen Bevölkerung wurde bevorzugt die sogenannte Paradestube im ersten Stock vermietet [26]. Das Häuschen des Gewährsmannes in Turn (Trnovany), der von Deutsch-German besucht wurde, machte auf den Journalisten folgenden Eindruck: "Es ist ein kleines reinliches Gebäude, das im Ganzen zwei Zimmer enthält, im ersten ist Küche und Waschzimmer und Kinderstube installiert, das zweite dient als Eß- und Schlafraum" [27]. Für die Eltern standen "wirkliche Schlafstellen", also Betten zur Verfügung, die Kinder mußten auf auf die Erde gelegten Tüchern schlafen [28].

Hinsichtlich des Zuzugs von Arbeitskräften aus dem übrigen böhmischen Bereich kann gesagt werden, daß die der tschechischen Nationalität angehörenden Bergarbeiterbevölkerung sich in den zentralen Bereichen des Kohlenbeckens, meist ganz in der Nähe der Gruben, ansiedelte [29]; insbesondere die vier Gemeinden in der Nähe von Brüx, Kopitz (Kopisty), Maltheuern (Zálužì) und Tschausch (Souš) sowie Bruch (Lom u Mostu) im Bezirk Dux (Duchcov), waren in der Mehrheit schon zwischen 1890 und ca. 1905 von tschechischen Bürgern bewohnt [30]. Dieses Faktum wurde besonders von deutschnationaler Seite immer wieder angeführt, wenn es darum ging, den tschechischen Bergarbeitern einen fehlenden Eingliederungswillen, fehlende Bodenständigkeit und fehlendes Heimatgefühl zu unterstellen [31]. Tatsächlich aber wurde von den deutschen bürgerlichen Schichten bewußt auf eine Isolation der im Kohlenbecken liegenden tschechischen Dörfer hingearbeitet [32]. Man wollte oder konnte die sozio-ökonomischen Ursachen der Wanderungsbewe-

gungen im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung nicht als einen Vorgang verstehen, der das soziale und kulturelle Gefüge auf Dauer zu verändern im Begriff war. Die in diesbezüglichen Veröffentlichungen gehegten Hoffnungen klammern sich geradezu an die Vorstellung, daß mit dem Ende des Bergbaues auch die tschechische Bevölkerung sich wieder von dannen machen würde [33].

Über die Größe der einzelnen Bergarbeiterfamilien können nur unvollständige Angaben gemacht werden. Rauchberg gibt folgende Zahlen der Mitglieder der Zentralbruderlade in seinem Buch an [34]:

Jahr	aktive Mitglieder	deren Ehefrauen	Kinder
1893	21 918	10 873	24 615
1900	31 450	17 830	34 905
1903	28 771	18 198	38 386

Gehen wir nun davon aus, daß die Zahl der angegebenen Ehefrauen mit der Zahl der im rechtlichen Sinne bestehenden Familien gleichzusetzen war. Witwen und ihre Familien müssen darin enthalten sein, denn sofern sie sich nicht wieder verheirateten, konnten sie ja weiter Mitglied der Bruderlade bleiben. Auf der Basis der angeführten Annahmen ergeben sich pro Familie für das Jahr 1893: 2,3 Kinder, für 1900: 2,0 Kinder und für 1903: 2,1 Kinder im Durchschnitt. Zieht man ferner in Betracht, daß ein gewisser Prozentsatz kinderloser Ehen bestanden hat sowie die schon einmal erwähnte Tatsache, daß die männliche Bergarbeiterschaft sich in der Mehrzahl aus relativ jungen Menschen zusammensetzte, so kamen die im ganzen gesehen jungen Familien auf eine durchschnittliche Kinderzahl von 3-4. Einen anderen Anhaltspunkt über die Größe der Familien können die im Anhang abgedruckten Haushaltslisten von Familien geben. Unter der Voraussetzung, daß wir die Haushaltslisten trotz der geringen Zahl als repräsentativen Querschnitt durch die Bergarbeiterfamilien betrachten, ergibt sich hier eine Zahl von 4 Kindern pro Familie [35].

Kallus hat festgestellt, "daß die beim Bergbau und Hüttenwesen beschäftigte resp. berufsangehörige Bevölkerung das geringste Bedürfnis hat, durch Nebenerwerb ihr Verdienst zu vergrößern" [36]. Auch was die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung angeht, so stellten die "industriellen Arbeiter" den geringsten Teil derjenigen dar, die kleinere Parzellen Ackerland besaßen bzw. als Pachtland bebauten [37]. Schlegel differenzierte die Bergarbeiterbevölkerung mit oder ohne Nebenverdienst jedoch nach ihrer Wohnstätte innerhalb des Revieres. Es stellte sich dabei heraus, daß die am Revierrand lebenden Bergarbeiter Acker- und Gartenland besaßen, das sie mit Hilfe der Ehefrau und der Kinder bebauten, während den im Revier wohnenden Familien diese Möglichkeit versagt war [38]. Kallus hatte aus den von ihm gefundenen Ergebnissen geschlossen, daß besonders

beim Bergbau die Männer so viel an Unterhalt verdienten, so daß die Frauen es gar nicht mehr nötig gehabt hätten, sich einen Nebenverdienst zu suchen[39]. Schlegel hielt demgegenüber fest, daß den Ehefrauen der Bergarbeiter im Revier selbst kaum die Gelegenheit zu einem Nebenverdienst gegeben sei[40]. So waren die Bergarbeiterfrauen allein für den Haushalt zuständig, wenn ihnen nicht als Wasch- oder Aufwartefrauen, vielleicht auch als Kellnerin die Möglichkeit gegeben war, etwas dazuzuverdienen[41]. Von verschiedenen Seiten wird die fehlende hauswirtschaftliche Ausbildung der Bergarbeiterfrauen beklagt[42]; eine Verbesserung auf diesem Sektor wurde jedoch aus jeweils unterschiedlichen Gründen gefordert: Auf der einen Seite hatte man im Auge, durch Unterrichtung der Frauen und Töchter das Niveau der Lebenshaltung, vor allem im Hinblick auf eine vielseitigere Ernährung zu verbessern (Schlegel, Bráf), andererseits wurde von den Unternehmerorganisationen in deren Denkschriften immer wieder darauf hingewiesen, daß der Bergarbeiter und vor allem seine Frau es nicht verstünden, mit dem verdienten Geld umzugehen. Wirtshausbesuche, Tanzveranstaltungen sowie "ein Kleiderluxus und ein Aufwand in Putzsachen"[43] bei einem großen Teil der Frauen wurden dafür verantwortlich gemacht, daß die Verdienste, die als ausreichend und hoch - mit dem Hintergedanken der Rechtfertigung - bezeichnet wurden, doch nicht genügten. Nun muß jedoch berücksichtigt werden, daß das Verfügen über Bargeldmittel sowie die im Zuge der Industriellen Revolution entstandene Nahrungsmittelkonsumfreiheit natürlich von den Angehörigen der Arbeiterschicht erst "gelernt" werden mußte. Andererseits waren die dargestellten Wohnverhältnisse, die langen Arbeitszeiten sowie die Eintönigkeit des Bergarbeiterlebens (im Gegensatz zum Bauerntum) nicht dazu angetan, die Bergarbeiter zu Hause zu halten. Zudem waren die Verdienste, wie wir noch sehen werden, in keiner Weise als ausreichend zu betrachten; für einen wirklich freien Konsum blieb doch nur ein äußerst geringer Teil des Einkommens übrig.

Neben der täglich anfallenden Hausarbeit und dem Versorgen der Kinder mußten die Frauen auch den Einkauf der Lebensmittel erledigen. Bis zum Entstehen der Konsumvereine während der 1890er Jahre waren sie dabei allein auf die Einzelhandelsgeschäfte angewiesen. Die Geschäftsinhaber waren infolge der Konkurrenzsituation dazu übergegangen, den Arbeiterfrauen Kredit - gegen Aufpreis selbstverständlich - zu geben, um sich ihre Kundschaft zu erhalten. Da die Verwalter der ersten Generation der Konsumvereine das beschlossene Prinzip der Barzahlung doch nicht durchhielten und ebenfalls dazu übergingen, den Frauen Waren und Geld zu borgen, gingen diese Vereine bald wieder zugrunde.[44] Es dauerte eine geraume Zeit, bis die Frauen von den Vorteilen, die sich aus der Barzahlung einerseits für die Preise im Konsumverein, andererseits für die Haushaltsplanung der Familien selbst ergaben, überzeugt worden waren.

Eine andere Aufgabe der Bergmannsfrauen war es, für die nötige Hausbrandkohle zu sorgen. Das Deputat, das Bereitstellen von Kohle für den Haushaltsbedarf der Bergmannsfamilien, war in der Zeit des Direktionsprinzips ein ungeschriebenes Gesetz gewesen. Nachdem der Arbeitermangel in den Braunkohlenwerken behoben war, hatten es sich die Betriebe leisten können, diese Kosten einzusparen bzw. sie lieferten minderwertige Kohle. Statt des Deputats wurde den Bergarbeiterfrauen zunächst erlaubt, auf den Kohlenhalden Kohlenreste zu sammeln[45]. Die Wiedereinführung der Deputatkohle oder die Erhöhung deren Menge war später bei fast allen Arbeitskämpfen auf der Liste der Forderungen zu finden[46].

Die eigentlich als Freizeit der Bergarbeiter zu bezeichnende Zeitspanne beschränkte sich, wenn man sich die dargestellten Arbeitsverhältnisse noch einmal vor Augen führt, auf wenige Stunden in der Woche. Der lange Arbeitstag, dazu nur ein einziger freier Tag in der Woche (Sonntag), ließen wenig Energien für außerberufliche und außerfamiliäre Aktivitäten frei. Für die Situation innerhalb der Familie bedeutete dies freilich, daß die Kinder ihren Vater nur wenig zu Gesicht bekamen, und wenn, dann bedurfte der Körper der Regeneration von den Nachwirkungen der schweren Arbeit[47]. Das, was man gemeinhin als "Erziehung" bezeichnet, war der Bergarbeiterfrau wohl allein überlassen. Es ist als nichts Außergewöhnliches anzusehen, wenn die Menschen aus dieser engen, düsteren Welt ab und zu ausbrechen wollten, sofern sich Gelegenheit dazu bot. Die "bürgerliche Gesellschaft" exerzierte es den staunenden Arbeitermassen vor: Bälle, Tanzvergnügen und Theater gewannen innerhalb der städtischen Lebensform einen festen Platz in der Daseinsgestaltung. Was aber für den einen Teil der Bevölkerung zum "guten Stil" gehörte, das war für die Arbeiter angeblich der Grund für deren schlechte gesundheitliche Verfassung, für sittliche Verwilderung und für das Nicht-Ausreichen des Verdienstes. Diese Rechtfertigungsideologie, die vor allem von der Seite der Bergbauunternehmer immer wieder vorgetragen wurde, erreichte wohl den Höhepunkt in einem Memorandum, welches der Verein für Montan-Industrie an die Statthalterei gerichtet hatte[48]. Es gehört schon eine gehörige Portion Menschenverachtung dazu, in solcher Form zu argumentieren; Ursache und Wirkung wurden durch ideologiebedingtes Taktieren in ein Mißverhältnis gebracht: Man behauptete etwa, die Luft im Schacht sei besser als die in den Gaststätten: "Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die älteren Bergarbeiter, die solche Tanzunterhaltungen nicht besuchen, gesünder aussehen, als ihre jüngeren Genossen." Diese Tanzveranstaltungen würden dazu führen, daß die heranwachsende Generation sich dem "unmäßigen Genuß des geschlechtlichen Kontaktes" hingebe, was eine "förmliche Verthierung" (!) zur Folge habe. Die Redakteure des "Glück auf!" reagierten sehr besonnen auf diese Provokation, denn als etwas anderes kann dieses Memoran-

dum wohl nicht bezeichnet werden. Man versuchte durch Gegenargumente das "Beweismaterial" des Vereines der Montan-Industrie zu entkräften. Es wurde entgegengehalten, daß die Bauernsöhne, die genauso oft auf Tanzmusiken zu finden seien wie die Bergarbeiter genauso schlecht aussehen müßten[49]. Da dies aber nicht so sei, könne nur der Beruf des Bergmannes daran schuld sein, da die Ausbeutung hier schlimmer denn je betrieben werde. Was das Argument der sittlichen Verwilderung anging, so konterte man, daß das Beispiel von oben für viele Bergarbeiter wohl hier "Vorbild" sei. Es kann nur als Fortführung dieser Ideologie angesehen werden, wenn Arbeitern von staatlichen Institutionen her etwa das Abhalten von Faschingsveranstaltungen untersagt wurde, wie es im Jahre 1892 geschah: "Während im Fasching - trotz der in Dux herrschenden Epidemie - alles was ein bürgerliches Gewand trägt, wie närrisch auf den Parkettböden herumhupfte, durften die Arbeiter sich nicht zu der geringsten gemeinsamen Unterhaltung zusammenfinden - aus Rücksicht auf die Epidemie!"[50]. Von Ausgehverboten betroffen sowie vom Verbot des Betretens von Lokalen und Kaffeehäusern waren speziell die Bergarbeiter noch während des Ersten Weltkrieges, als im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier neben die Betriebsleiter auch militärische Leiter gestellt wurden, die o. a. Beschränkungen erließen[51]. In diesem Zusammenhang soll auch gleich auf ein Problem eingegangen werden, welches in die Arbeiterfamilien in der Zeit der Industrialisierung allgemein viel Elend und Unglück gebracht hat. Gemeint ist das Problem des (übermäßigen) Alkoholgenusses. Als im Jahre 1889 im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses eine Enquete im Hinblick auf den Erlaß eines Gesetzes zur Eindämmung des Alkoholmißbrauches veranstaltet wurde, lagen auch Petitionen aus Böhmen hierzu vor. Der wunde Punkt in dieser Sache allerdings war, daß hier die Interessen eines bei der unteren Bevölkerungsschicht sehr einflußreichen Berufes berührt wurden, der Schankwirte nämlich. Auch von den Unternehmern wurde dieser Umstand für die "Vergnügungssucht" der Bergarbeiter in die Betrachtung mit einbezogen[52]: Die Wirte veranstalteten Tanzveranstaltungen und Kegelschieben nicht zuletzt deswegen, weil dies für sie ein lukratives Geschäft bedeutete. Der Alkoholismus spielte trotz allem in Nordwestböhmen keine so große Rolle, wenn wir einmal von den Abräumen absehen. Schlegel hob hervor, daß ("nach amtlichem Berichte") "Trunkenheitsexzesse" sehr selten vorgekommen seien[53]; in einem Artikel des "Glück auf!" wird berichtet, daß "eines der Hauptübel, worunter die Bergarbeiterschaft leidet, (ist) der unmäßige Hang zum Alkoholismus" sei. Gleichzeitig wird jedoch besonders betont, daß diese Aussage nicht auf alle Bergreviere in Österreich zuträfe; das nordwestböhmische und das Falkenauer Revier wurden dabei in dieser Hinsicht herausgestrichen[54].

Neben den von den Wirten veranstalteten Tanzveranstaltungen gingen die Bergarbei-

ter noch zum "Kegelschieben" und zum Schafkopfspielen in die Wirtshäuser. Nun ist aber der täglich nach der Arbeit sich ereignende regelmäßige Besuch des Wirtshauses nicht einfach mit dem Hang zum Alkohol schlechthin zu erklären oder mit dem Ausbrechen aus der ärmlichen häuslichen Umgebung. Der Wirtshausgang nach Feierabend ist vielmehr auch als die im Volksleben allgemein gültige Neigung zu verstehen, den Abschluß der Arbeit in gewisser Weise zu erhöhen. Kramer stellt für die Zeit des Entstehens der industriellen Welt die Tatsache fest, daß der "Verfall vieler Brauchkomplexe in dem Moment einsetzt, als das alte Lohn- und Entgeltsgefüge zerbricht" [55]. Der Gasthausbesuch ist also in gewissem Sinne als Ersatz für den in der bäuerlichen Gemeinschaft üblichen Brauchtumsvollzug am Ende der Arbeit, das von Kramer als ein "Kernelement des Brauchtums" bezeichnet wird, anzusehen.

Im häuslichen Bereich konnte der Bergarbeiter infolge seiner im Beruf erforderlichen Geschicklichkeit viele Arbeiten (Reparaturen) selbst erledigen. Von den Bergarbeitern ist ebenfalls bekannt, daß sie, sofern dies möglich war, sich vor ihren Wohnungen Gärten (mit schönen Blumen, wie Holek aufgefallen war) einrichteten. Die Menschen holten sich die Natur, die sie bei ihrer Arbeit unter der Erde vermißten, gleichsam nach Hause oder ins Haus (Blumenstöcke, Vogelbauer) [56].

b) Lohn und Lebenshaltung

Mit der Betrachtung der Löhne und der durch sie bedingten Haushaltsführung und Konsumtion der Bergarbeiterfamilien betreten wir ein äußerst problematisches Gebiet. Hier treffen mehrere für die Zeit des Untersuchungszeitraumes sehr elastische Determinanten aufeinander; im Verlaufe des zweiten Kapitels dürfte klar geworden sein, welche Problematik mit dem Begriffe der Entlohnung (und damit auch des Lohnes) zusammenhing. Die Unvollständigkeit der Daten, besonders was auch den zeitlichen Verlauf angeht, ihre unterschiedliche Qualität, die doch sehr individuellen Züge im Bereich der Konsumtion, die einen Vergleich der vorliegenden Angaben sehr schwierig machen, ermöglichen nur Aussagen, die gewisse Tendenzen andeuten können, etwa im Sinne einer Verbesserung oder Verschlechterung. Zieht man dazu noch die regionalen Besonderheiten (lokale Preisbildung, verschiedene Lohnhöhe, regionale Konsumtraditionen u. ä.) in Betracht, so erscheint die Darstellung der Situation, wie sie für den beabsichtigten Daseinsbereich untersucht werden soll, schlechterdings unmöglich. Da das außerhalb der Arbeit stehende Leben der Bergarbeiter jedoch vom Lohn - besonders im Hinblick auf den Erhalt der Arbeitskraft sowie auf die zu versorgenden Familienmitglieder hin - bestimmt wurde, kann dieser Bereich unmöglich übergangen oder nur am Rande betrachtet werden. Wir müssen

uns also der Unvollkommenheit und Unvollständigkeit bewußt sein; im volkskundlichen Bereich wurde der realen Lebenssituation gerade in den angesprochenen Bereichen in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, so daß die nachstehenden Bemerkungen in der Intention gesehen werden müssen, weitere Anhaltspunkte für den realen Lebensvollzug liefern zu wollen. Betrachten wir zunächst die im Anhang zusammengestellten Brutto-Durchschnittslöhne, die auf amtlichen Berichten einerseits, auf der Veröffentlichung des "Glück auf!" andererseits beruhen. Dabei fallen zuerst die schwankenden Zahlen der verfahrenen Schichten auf, die jedoch - wie Tenfelde mit Recht anmerkt - als "Kennzeichen der bergbaulichen Betriebsführung dieser Phase" anzusehen sind [1]. Dafür konnten betriebstechnische Gründe, Katastrophen und die konjunkturelle Abhängigkeit, aber auch Streiks und Aussperrungen verantwortlich sein; schon die mehr individuellen Angaben der Arbeiter der Saxonia Gewerkschaft zeigen jedoch, wie wenig diese Durchschnittzahlen beim Lohn für den einzelnen Bergarbeiter bedeuten können. Krankheit, Unfall, Arbeitsdauer und Bemessung der Entlohnung (Gedinge), dazu die auf den einzelnen Werken üblichen Abzüge (Öl, Sprengmaterial, Bruderladenbeitrag, Werkzeug) und die Nichtberücksichtigung der Lohnklassen, lassen den Wert von solchen Tabellen als unzureichend erscheinen. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, daß die Arbeitsmoral der Bergarbeiter im nordwestböhmischen Revier als besonders gut hervorgehoben wurde. Der als Experte im Rahmen der Enquete zur Verkürzung der Arbeitszeit (1900) aussagende Centraldirector Bihl sagte jedenfalls: "Ich muß offen gestehen, daß wir, wenn ich so ausholen darf, in ganz Österreich die fleißigsten Leute haben; unsere Arbeiter versäumen, mit Ausnahme der jungen Burschen, sehr wenige Schichten. Wir haben deshalb auch eine ganz schöne Schichtenanzahl. Wir kommen im Durchschnitt auf 284 Schichten, während wir eine Arbeitsgelegenheit von 290 Schichten im Durchschnitt haben" [2]. Die von amtlicher Seite herausgegebenen Statistiken bzw. die von Unternehmerseite gemachten Angaben werden der realen Lage der Bergarbeiter insofern nicht gerecht, als sie die Höchstlöhne ohne die Berücksichtigung der Abzüge angaben und keinen Vergleich zur Kaufkraft in Betracht zogen. Dies wurde von der Bergarbeiterorganisation immer wieder moniert. Aber dies hatte auch zur Folge, daß man sich selbst bemühte, auf dem Gebiet der Statistik durch eigene Erhebungen Material für die Gegenrede zu erhalten. Auf dem Zweiten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs wurde eine Resolution gefaßt, nach der eine "allgemeine lohn- und arbeitsstatistische, die Bergarbeiter betreffende Erhebung vorzunehmen" war [3]. Die Redaktion des Fachblattes wurde beauftragt, weitere Materialien zu beschaffen. Es ergingen in der Folgezeit Aufrufe, Haushaltslisten über längere Zeit hinweg zu führen, die dann veröffentlicht werden sollten. Es fanden sich jedoch nur sehr wenige Bergarbeiter bereit, eine Statistik ihrer Löhne und Lebenshaltungs-

kosten anzufertigen. Der "Glück auf!" beklagt dies an mehreren Stellen. Besonders hervorgetan auf dem Gebiet der Statistik der Löhne, Preise und Lebenshaltungskosten hat sich Anton Jarolim, der viele Jahre Obmann der Union der Bergarbeiter Österreichs war. Diesbezügliche Veröffentlichungen tragen nahezu eindeutig seine Handschrift. Die langjährige Erfahrung in Versicherungsfragen und Statistik bewirkte, daß Jarolim als einer der ersten Fachmänner in der Ersten Tschechoslowakischen Republik anerkannt wurde[4]. So erschien von ihm zum III. Unionstag (1909) ein ausführlicher Bericht, in dem einiges zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung, zur Produktion der Bergwerksbetriebe, zur Entwicklung der Löhne, Preise und Unternehmergewinne gesagt wurde.

Im Jahre 1923 erschien im Rahmen des Bergarbeiterkalenders eine Zusammenstellung über die Wochenlöhne und die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie für die Jahre 1882 bis 1921. Sie ist insofern bemerkenswert, als sie sich durch eine (Jarolim war Autodidakt!) saubere Methode und stringente Argumentation auszeichnet[5]. Jarolim wies nach, daß sich vom Jahre 1881 bis 1907 der Produktionswert, der auf einen Arbeiter kam, um 66,3 % erhöht, die Steigung der Löhne jedoch nur 26,4 % betragen hatte[6].

Die Bergarbeiter mußten sich regelmäßig nach Arbeitskämpfen Reduzierungen ihrer Löhne gefallen lassen; die Unternehmer stellten den Rückgang der Löhne dann als Beweis dafür heraus, daß etwa die Einführung der Neunstundenschicht auf die verminderte Leistung der Arbeiter zurückzuführen sei. Jarolim stellte das Gegenteil davon fest, indem er einen sinkenden Anteil der Lohnkosten am erzeugten Meterzentner Kohle berechnete, d. h. trotz höherer Leistungen erhielten die Bergarbeiter weniger Lohn. Die gewerkschaftliche Vertretung der Bergarbeiterschaft, die Union, war damals noch nicht sehr stark; so hatten es die Unternehmer noch relativ leicht, die Gewerkschaften als Verhandlungs- und Vertragspartner grundsätzlich abzulehnen. Erst aus den direkten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten die Tarifverträge hervorgehen, auf deren Basis den Bergarbeitern ein bestimmter Lohn für eine längere Zeit, die Laufzeit des Vertrages nämlich, garantiert werden sollte.

Das nordwestböhmische Braunkohlenrevier zeigt eine regionale Differenzierung der Löhne[7] und Preise, die mit der Zahl der im Bergbau Beschäftigten korrelierte. Im Revierbergamtsbezirk Komotau wurden die im Verhältnis niedrigsten Löhne ausgezahlt, die Beschäftigten der am Revierrande liegenden Betriebe wurden schlechter bezahlt als die der im Zentrum des Gebietes liegenden. Das Zentrum des Braunkohlengebietes hatte sich, wie wir schon mehrfach bemerkt hatten, von den östlich gelegenen Gebieten um Teplitz (Teplice) in den Bereich um Dux (Duchcov) und Brüx (Most) verlagert. Braf hatte bis zum Jahre 1873 für das Revier Teplitz (Teplice) noch die höchsten Löhne festgestellt. Um ein-

mal einen Überblick über die Abstufung der Löhne für die einzelnen Lohnklassen sowie einen Vergleich zu den Gehältern der Aufsichtsorgane zu haben, soll im folgenden für das Jahr 1908 der Lohn der Lohngruppen II (sonstige erwachsene Grubenarbeiter), III (erwachsene Tagarbeiter), IV (Jungen) und V (weibliche Arbeiter) in Prozent zum Lohn der Gruppe I (Häuer und Förderer) ausgedrückt werden; das Verhältnis des Häuerlohnes zu den Aufsichtsorganen betrug demnach 1 : 1,4 und hatte sich gegenüber dem Jahre 1907 abgeschwächt. Die Lohngruppe II erhielt 77 % des Lohnes, den die Häuer und Förderer erhielten, Gruppe III 82,3 %, Gruppe IV 40,9 % und Gruppe V 35,9 %. Die Wiener Handelskammer bezifferte das für die notwendigsten Lebensbedürfnisse erforderliche Mindesteinkommen zu Anfang der 1890er Jahre für einen ledigen Arbeiter auf 832 bis 956 Kronen, für eine dreiköpfige Familie von 1200 bis 1460 Kronen, für eine fünfköpfige Familie von 1384 bis 1740 Kronen. Vergleichen wir diese Angaben mit denen in der im Anhang befindlichen Tabelle, so liegen die erhaltenen Löhne eindeutig unter dem Existenzminimum.

Was einen Vergleich der Löhne im nationalen, d. h. hier für den österreich-ungarischen Gesamtraum, sowie internationalen Bereich angeht, so wurden schon die des öfteren gemachten Aussagen vor allem von staatlicher und unternehmerischer Seite zitiert, die hervorhoben, daß die nordwestböhmischen Bergarbeiter die höchsten Löhne in Österreich-Ungarn erhielten. Sie wurden jedoch nicht in Relation zum hohen Lebenshaltungsniveau im Braunkohlenrevier gesehen, wie dies im nächsten Abschnitt dieser Untersuchung geschehen soll; Metzner, der vor allem auch den deutschen Bergbau in seiner Untersuchung berücksichtigte, spricht davon, daß "eine niedrige Lohnhöhe im österreichischen Bergbau überhaupt" vorliege[9]. Beim Vergleich der Durchschnittseinkommen lag der Bergbau nach dem amtlichen Bericht über die Gebahrung der Unfallversicherungsanstalten (1905) an siebter Stelle[10]. Einen weitaus besseren Blick auf die elementare Daseinsgestaltung erlaubt der Vergleich der Lebenshaltungskosten mit den Löhnen bzw. die Feststellung dessen, was sich die einzelnen Familien für den vom Ernährer erarbeiteten Lohn leisten konnten. Dies soll vor allem aufgrund der im "Glück auf!" veröffentlichten und im Anhang in der Kopie wiedergegebenen Haushaltslisten geschehen[11]. Wenn diese Angaben auch nicht als repräsentativ angesehen werden dürfen, und ihre Vergleichbarkeit wegen der verschiedenen Dauer der Angaben, der verschiedenen Personenzahl usw. nur bedingt wissenschaftlichen Ansprüchen genügen kann, so geben sie doch aufschlußreiche Einblicke in das tägliche Leben der Bergarbeiterfamilien. Brůf hatte für die Jahre bis 1873 einen steigenden Lebensstandard der im Bergbau Beschäftigten festgestellt: "Diese (die Konsumtionsverhältnisse, N.E.) hatten sich in der Zeit der hohen Verdienste wesentlich gehoben und zwar namentlich bei den aus den südlich gelegenen böhmischen Ge-

genden zugewanderten Arbeitern. Fleisch und Bier wurden zum täglichen Konsumtionsgegenstand der Männer, die Kleidung eine gewähltere" [12]. Die nach einem offiziellen Bericht angegebenen, zum Leben für eine Familie (4 Personen) notwendigen 250 fl. (= Gulden) wurden von den Häuern und Förderern annähernd erreicht, wenn nicht sogar übertroffen, so daß - rechnet man einen damals noch üblichen Nebenerwerb in der Landwirtschaft bzw. in Stillstandzeiten auch in anderen Erwerbsbereichen dazu - ein relativ gutes Auskommen gesichert gewesen sein dürfte [13]. Infolge der Sättigung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuzug und der damit einhergehenden Bevölkerungszusammenballung war bald eine steigende Tendenz bei den Mieten und Preisen festzustellen. Das nordwestböhmische Braunkohlenrevier wurde in den Veröffentlichungen allgemein als das teuerste Gebiet innerhalb Böhmens dargestellt, was Lebensmittel und Wohnungsmieten anging. Wie Schlegel von Kleinhändlern bestätigt wurde, lagen die Lebensmittelpreise im Revier höher als in der Landeshauptstadt Prag [14]. Betrachten wir nun die einzelnen Anteile für Lebensmittel, Kleidung und Miete, so fällt zuerst der sehr hohe Anteil der Nahrungskosten an den Gesamtausgaben der Familien ins Auge (63-94 %) [15]. Die Angaben für die Jahre 1906 (71,3 %) und 1915 (94,2 %) sind deswegen so hoch, weil die Familien aus einer hohen Anzahl von Mitgliedern bestanden; auch stellen diese Jahre im konjunkturellen Verlauf ungünstige Jahre dar. Je kleiner die Familie, desto höher beläuft sich auch der Restanteil, der neben weiteren Fixkosten wie Heizung, Beleuchtung weitere zum täglichen Leben notwendige Gegenstände (Seife, Reinigungsmittel, Anschaffung notwendiger Geräte, wie z. B. für die Schule) umfaßte. Viele der heute zum normalen Lebensstandard zu rechnenden Ausgaben (Zeitung, Tabak) sind hierbei noch in die freie Konsumspitze eingerechnet.

Die Tabelle, die den Verbrauch von Lebensmitteln nach der Menge ausweist, muß im Zusammenhang mit der anderen Aufstellung, die den Anteil der einzelnen Lebensmittel bzw. Lebensmittelgruppen an den Gesamtausgaben für die Nahrung angibt, gesehen werden. Daraus wird ersichtlich, daß Brot als das Hauptnahrungsmittel angesehen werden muß: es nimmt, sieht man einmal von den Kartoffeln ab, sowohl was die Menge als auch die Ausgabenhöhe anbelangt, einen hervorragenden Rang ein. Als während des Ersten Weltkrieges die Brotrationen für die Bergarbeiter radikal gekürzt worden waren, kam es zu (von den Bergleuten sogenannten) "Brotstreiks" [16]. Da die Kartoffeln in der Mengenangabe sehr hoch liegen, innerhalb des Gesamtvolumens der Ausgaben jedoch nicht sonderlich hervortreten, muß angenommen werden, daß sie das relativ preisgünstigste Nahrungsmittel gewesen sein müssen. Die Kartoffeln stellten im Speiseplan der Bergarbeiterfamilien neben dem Brot den zweiten Hauptbestandteil dar [17]. Ein amüsant zu lesender Speisezettel, von einem Arbeiter aus Graupen (Krupka) gedichtet, bringt die Ein-

Graupen. (Zweierlei Speisezettel.) Ein Bergarbeiter in Graupen hat auf einen Speisezettel in einer bürgerlichen Zeitung eine Parodie gedichtet, die wir hiemit veröffentlichen. A bedeutet die Speise für den Besitzenden, B jene für den Bergarbeiter.

A Mit Austern und mit Kaviar,
befasse Dich im Januar.

B Dagegen fängt der Arbeitsmann,
das Jahr mit Pellkartoffeln an.

A Im kalten Februario
mach dir mit Lachs das Leben froh!

B Im Feber dient mir stets als Nahrung,
Montur-Kartoffel und ein Harung.

A Und drücke sanft im Monat März,
gefüllte Kalbsbrust an dein Herz.

B Ich füll' den Magen mir im März
mit Kartoffelknödel oder Sterz.

A Kommt dann der Schelm April herbei,
flugs koche dir ein Kibitzei!

B Im April gibts trotz der Schelmerei
bei mir doch nur Kartoffelbrei.

A Sobald im Mai die Knospe sprang,
begib dich auf den Hummernfang!

B Bei mir gibts keinen Krebsefang,
ich leg Kartoffeln der Furch entlang.

A Und streift der Juniwind die Saat,
ein Backhuhn eß' mit Kopfsalat!

B Mein Backhuhn ziert die Junisaat,
ich eß' Kartoffel früh und spat.

A Im heißen Hundtags-Julius,
gewährt ein Matjes dir Genuß!

B Ist's heiß im Juli schon in der Frühe,
eß' ich Kartoffel in der Brühe.

A Im Stoppelfelder Monat August,
sei Rebhuhn deine ganze Lust!

B Sind im August sie aufgegessen,
kann ich bald wieder neue essen.

A Wenn der September rückt in's Land,
dem Hasen flugs eins aufgebrannt.

B Sind sie im September gut geraten,
kann ich am Feld Kartoffel braten.

A Und kommt sodann der Oktober ran,
kommt gleich der Hirsch und 's Rehlein dran.

B Nicht Hirsch' und Rehe kann ich haben,
ich muß nur schnell Kartoffeln graben.

A Ein Tor, wer im Novembermond,
das Lebenslicht der Gans verschont.

B Im Novembermond bei Lampenlicht,
eß' ich mein Kartoffel-Schmarrngericht.

A Doch des Dezember Kernpunkt sei,
ein Schweineschlachten frisch-froh-frei!

B Kartoffelbrei, Kartoffel ganz,
Kartoffel ist meine Eßbilanz.

Aus: "Glück auf!" Nr. 35/1915, S. 4

tönigkeit der Mahlzeiten zumindest während der Kriegsjahre deutlich zum Ausdruck [18].

Der gewöhnliche Aufstrich auf das Brot waren Fette aller Art (Fett, Speck, Schmalz, Speckfett, fettes Schweinefleisch), die Butter dürfte darunter den geringsten Teil ausgemacht haben. Die Ausgaben für Fette aller Art sind in den Haushaltsrechnungen jedenfalls relativ konstant. Brote mit Fettbelag wurden auch meist von den Bergarbeitern als kaltes Mittagsbrot mit in die Grube genommen: Die Frau des Bergarbeiters, der von dem Journalisten Deutsch-German besucht worden war, berichtete: "Der Mann hat zwei Stück Brot mit in der Grube, die lege ich ihm übereinander und in die Mitte kommt ein Stück Schweinefett hinein, davon hat er genug übern Tag" [19].

Als Zeichen eines steigenden Wohlstandes gilt für das 19. Jahrhundert und das beginnende 20. Jahrhundert der steigende Fleischverbrauch. Der absolute Fleischverzehr kann dabei wegen der möglichen Eigenproduktion nur schlecht geschätzt werden. Teuteberg gibt den relativen Rind- und Schweinefleischverbrauch für Deutschland für die Periode von 1895-1904 mit 37,1 kg pro Jahr an, für 1905-1913 mit 38,5 kg [20]. An diese Zahlen ist der Verbrauch im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier auf gar keinen Fall herangekommen; dabei muß jedoch auch die österreichische Speisentradition berücksichtigt werden, die mehr auf Mehlspeisen ausgerichtet war. An dem steigenden Verbrauch an Fleisch hatten vor allem erwiesenermaßen die oberen Bevölkerungsschichten teil, während bei den ärmeren Bevölkerungsteilen ein zurückgehender Fleischverbrauch ein untrügliches Zeichen von Krisen/Kriegszeiten oder schlechter Verdienstlage darstellt [21]. Die Fleischpreise erhöhten sich infolge der innenpolitischen Entwicklung gegen das Ende des 19. Jahrhunderts um nahezu das Doppelte; die österreichischen und ungarischen Agrarier hatten die Vieheinfuhr aus den Balkanstaaten unterbunden [22]. Hiermit ist wohl auch der Rückgang des Fleischverbrauches zu erklären, der in der Tabelle (Anhang) zum Ausdruck kommt.

Die relativ größte Ausdehnung beim Verbrauch eines Nahrungsmittels weist für das 19. Jahrhundert der Zucker auf. Der Zuckerverbrauch für die nordwestböhmischen Bergarbeiter zeigt sich aufgrund der vorliegenden Haushaltslisten jedoch nur als relativ stabil. Eine steigende Tendenz weist der Verbrauch von Hülsenfrüchten auf. Schlegel fiel für Nordwestböhmen ein geringer Hülsenfruchtkonsum auf; er erklärte dies damit, daß sich Linsen, Erbsen und Reis wegen des harten Wassers nur schlecht kochen ließen und schlug den Zusatz von Natron vor [23].

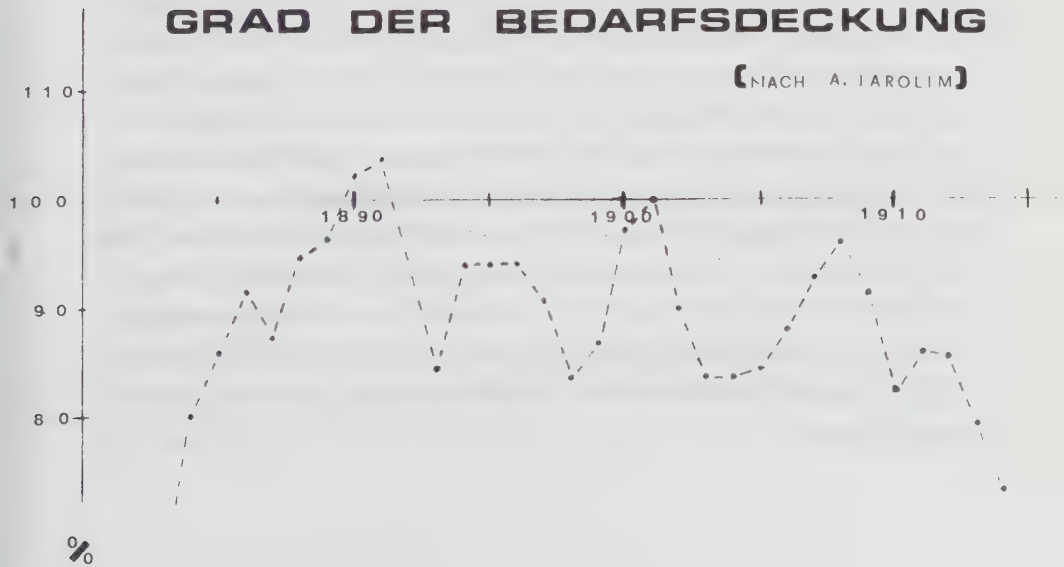
Das Lieblingsgetränk der Bergarbeiter war der Kaffee [24]. Zum größten Teil bestand dieser Kaffee aus einem Zichorie-Surrogat, in den Gesprächen der Bergarbeiter wurde er deshalb auch einfach als "Brühe" bezeichnet [25]. Am Morgen wurde Kaffee getrunken, in die Grube nahm sich der Bergarbeiter Kaffee in einer Kanne mit, am Abend gab es

BASIS: 1901 = 100

das gleiche Getränk als Abendsuppe mit eingebrocktem Schwarzbrot [26]. Deutsch-German beschrieb das Abendbrot in einer Bergarbeiterfamilie folgendermaßen: "Die Frau und die Kinder essen ihre dunkle Suppe und tunken dazu große Schnitten Schwarzbrot ein, der Mann trinkt Kaffee, der von dem dick eingebröckelten Brot schleimig zäh geworden ist und eine schwarzgelbe Färbung hat. Diese Speise, die von dem Hausvater mit vielem Behagen verzehrt wird, hat einen sauren üblen Geruch, der Kaffee, der dazu verwendet wurde, mag wohl nur wenige Bohnen und viel schlechtes Surrogat gesehen haben, die Qualität der Milch aber kann sich jeder selbst vorstellen, wenn er erfährt, daß die Hausfrau einen halben Liter Milch verwendet, um dieselbe mit Wasser und Spiritus versetzt auf vier Liter Kaffee aufzutheilen" [27]. Die Frau bezeichnete Kaffee als zu teuer, deshalb aßen sie selbst und die Kinder in der Frühe statt des Morgenkaffees eine Wassersuppe. Neben dem Kaffee war Bier als Getränk bei den Männern bevorzugt, die Ausgaben für Bier erscheinen auch regelmäßig in den Haushaltsrechnungen [28].

Der Nahrungsmittelkonsum richtete sich bei den Bergarbeitern im wesentlichen also nach der Größe der Familie, nach dem Einkommen und den individuellen Ansprüchen. Einen gar nicht zu unterschätzenden Faktor bildeten dabei die teilweise sehr schwankenden Einkommen von Monat zu Monat, wie das bei der Lohnstatistik des Bergarbeiters aus dem Teplitzer Revier vom Jahr 1898 deutlich zum Ausdruck kommt: Das niedrigste Einkommen bezog er (netto) im Dezember mit 37,94 fl., das höchste im August mit 59,90 fl.. Die Hauptnahrungsmittel waren Brot und Kartoffeln, das Hauptgetränk Kaffee mit Milch. Fisch tauchte auf den Speisezetteln der Bergarbeiter überhaupt nicht, Obst und Gemüse nur in ganz geringen Mengen bzw. Prozentsätzen auf. Hierin ist nicht zuletzt auch ein Grund für die Krankheitsanfälligkeit der Leute zu sehen. Die Nahrungsmittel, darunter wieder zu einem enorm hohen Teil die Grundnahrungsmittel, stellten den wichtigsten Anteil der Gesamtlebenskosten dar. Anton Jarolim hat nun im Bergarbeiter-Kalender des Jahres 1923 die fortlaufende Entwicklung der Wochenlöhne, die er nach einem genau angegebenen Verfahren berechnet hatte, und die Kosten des Lebensmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie (ohne Kleidung, Miete) - berechnet nach der Jastrov-Calwerischen Methode, wie er angibt - verglichen [29]. Die Vergleiche beziehen sich auf das Niveau des Jahres 1901, für das sich nach den angegebenen Grundlagen ein Gleichstand von Ausgaben und Einnahmen ergeben hatte. Die von Jarolim auf den von ihm genannten Grundlagen errechneten Werte geben im Diagramm den folgenden Verlauf der Entwicklung an: Die Lohnkurve zeigt einen ersten Höhepunkt im Jahre 1884, um dann, nach einer Abwärtsentwicklung, im Jahre 1891 eine neue Spitze zu erreichen. Sofort danach setzt, geradezu charakteristisch für den Gesamtverlauf der Lohnbewegung im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier, ein rapider Abfall ein. Nach einem Tiefstand im Jahre

1893 stieg der Verdienst der Bergarbeiter bis zum Jahre 1900, um dann wieder in den Jahren 1893/94 auf den Stand der Jahre 1890, 1892 bzw. 1897 zurückzufallen. Einen neuen Höchststand erreicht die Kurve der Löhne wieder im Anschluß an das Jahr 1907, einer Phase der Hochkonjunktur. Nach einer Abwärtsbewegung bis 1910 stiegen die Löhne mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1913-1914 steil nach oben. Die von Jarolim berechnete Entwicklung der Lebenshaltungskosten zeigt demgegenüber im Schaubild für die Jahre 1883 bis 1888 einen starken Rückgang. Jarolim führt dies auf das Sinken der Getreidepreise in dieser Zeit zurück. Durch das Eindringen amerikanischer Konkurrenz waren die Preise für Mahlprodukte um über 30 % gesunken [30]; bei dem gleichzeitigen Anstieg der Löhne verbesserte sich die Bedarfsdeckung (siehe folgendes Diagramm) der Bergarbeiterfamilien (ohne Eigenproduktion bzw. Nebenbeschäftigungen) beträchtlich, betrug jedoch immer noch erst knapp 90 %. Bei relativ starkem Lohnzuwachs und weniger starkem Ansteigen der Lebenshaltungskosten ergab sich für die Bergarbeiterfamilien im Untersuchungszeitraum für die Jahre 1890 bis 1891 eine Deckung des allgemein als notwendig anerkannten Bedarfs wenig über 100 % hinaus, d. h. allein bei einem solchen Zustand kann von einer echten freien Konsumspitze und der Möglichkeit des Sparens die Rede sein. Für alle anderen Jahre des angesprochenen Zeitraumes lagen die (von Jarolim im Durchschnitt angenommenen) Einkünfte unterhalb des Existenzminimums, und das zum Teil beträchtlich (einzige Ausnahme: 1901 = 100 %). Jedoch im Jahre 1892 hatte die Preisentwicklung die Löhne schon wieder überholt. Eine neue Spitze, die etwa dem Stand des Beginns der Berechnung (1883) entsprach, erreichte der Preisauftrieb im Jahre 1898, was für die Bergarbeiter eine Unterversorgung bei der Lebenshaltung von fast 20 % bedeutete. Die Preise für Mieten und Lebensmittel, darunter vor al-



lem die Grundnahrungsmittel, waren in dieser Zeit zwischen 25 und 30 % im Durchschnitt gestiegen [31]. Bis zum Jahre 1901 verbesserte sich die Lage der Bergarbeiter; danach kletterten die Preise unaufhaltsam in die Höhe, während die Löhne im Zeitraum bis 1917 noch zweimal eine Abwärtsbewegung durchmachten. Ausgenommen für die Jahre 1905-1908, in denen sich der Grad der Bedarfsdeckung etwas verbessert hatte, muß von einer schlechten Versorgung, für die Kriegsjahre dann geradezu von einer katastrophalen Lage gesprochen werden. Verursacher der enormen Verteuerung war nicht zuletzt der Staat, der sich seine Steuern, da die Bergarbeiter wegen ihrer relativ geringen Verdienste in der Regel nicht zur Personaleinkommenssteuer veranlagt wurden, indirekt über die Besteuerung der Lebensmittel und anderer Waren und Güter hereinholte [32]. Der Lebenshaltungsindex stieg (nach Jarolim) in den Jahren 1901 bis 1914 von 100 auf über 150, die Löhne dagegen nur von 100 auf 118. Infolge der Verteuerung und der wegen der schlechten konjunkturellen Lage bedingten Entlassungen wanderten viele Familien im Jahre 1910 aus [33]. Bei Kriegsbeginn im Jahre 1914 stiegen die Lebensmittelpreise der wichtigsten Nahrungsmittel innerhalb eines Vierteljahres um 40 bis 50 % [34]. Die Union der Bergarbeiter erstellte im Jahre 1918 eine Denkschrift, in der über die erhaltenen Lebensmittelrationen und die notwendige "Normalernährung" genau Buch geführt worden war. Darin wurde schnellstmögliche Hilfe gefordert, wobei durchaus "die Zwangslage, in der sich die gesamte Bevölkerung des Staates mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Produzenten in dieser Beziehung befindet", anerkannt wurde [35].

Die Verbesserung bzw. Verschlechterung der materiellen Lage der Bergarbeiterfamilien folgte im großen und ganzen dem konjunkturellen Verlauf. Die allein aus der Bergarbeit erhaltenen Einkünfte lagen, mit der Ausnahme einer sehr kurzen Zeit, unterhalb des Existenzminimums, zumal ein großer Teil weder über Landbesitz verfügte, noch die Möglichkeit von Nebenverdiensten (gerade in den schlechten Phasen) bestand. Wie eng die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung mit dem Verlauf des Lebenshaltungsniveaus korrespondierte, soll an anderer Stelle untersucht werden. In diesem Zusammenhang soll noch auf das Schicksal einer Gruppe unter der Bergarbeiterbevölkerung hingewiesen werden, auf die sogenannten Provisionisten. Der durch Gesetz vorgeschriebene Penionsanspruch invalider oder aus Altersgründen ausgeschiedener Bergarbeiter bzw. ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen hätte eigentlich die wirtschaftliche Unsicherheit dieser Gruppe vermindern müssen. Die Wirklichkeit sah jedoch aufgrund der finanziellen Situation der Bruderladen anders aus: Es liegen zahlreiche Beispiele vor, daß an Bergarbeiter nur äußerst geringe Unterstützungen ausgezahlt wurden. Auf die Gründe dieser Misere und die Reaktionen der Bergarbeiter und ihrer Organisationen muß an geeigneter Stelle eingegangen werden.

Bei derart hohen Kosten für den täglichen Bedarf an Lebensmitteln mußten die Ausgaben für Miete (Wohnung) und Kleidung zwangsläufig hinter den eigentlichen Bedürfnissen zurückstehen. Dies wird auch aus den vorliegenden Haushaltslisten ersichtlich: je geringer der Anteil der Nahrungsmittel, desto höher belief sich auch der Anteil der Ausgaben für die Kleidung[36].

Die so skizzierten materiellen Grundlagen der Bergarbeiterfamilien stellten nun nicht nur den Hintergrund für die Lebensbewältigung, die Lebenserfahrungen und die Perspektiven des jeweils einzelnen in diesen Verhältnissen lebenden Individuums dar, die oftmals als "proletarisch" bezeichnete Ausgangssituation kreierte Prozesse und Entwicklungen im geistigen Bereich, die sich in verschiedenen Lebenshaltungen und -auffassungen äußerten. Die Vielzahl der auch innerhalb eines bestimmten Milieus möglichen Lebensformen und Lebensäußerungen bei gleichen Grundstrukturen, die Vielzahl von möglichen Antworten auf bestimmte Erfordernisse sollte bei aller Suche nach allgemeingültigen Ergebnissen niemals vergessen werden.

2. Die (sozialdemokratisch orientierte) Bergarbeiterbewegung

Die Entstehung und Entwicklung der gewerkschaftlich-politischen Bewegung der Bergarbeiter mußte sich auf einem in mehrerer Hinsicht komplizierten Boden vollziehen. Auf seiten der Arbeiterschaft bestanden bereits Erfahrungen organisatorischer Art aus dem Vormärz und der nachfolgenden 1848er Revolution. Infolge der relativen Durchlässigkeit der Staatsgrenze zu Deutschland war immer eine direkte Verbindung zum Kernland der Arbeiterbewegung in Mittel-Osteuropa, Sachsen, vorhanden. Die politischen Ergebnisse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der gegenüber Deutschland verzögerte Prozeß der Industrialisierung, die autochthon böhmische Entwicklung innerhalb der Gesamtmonarchie sowie speziell die Besonderheiten des Bergbaus schufen jedoch eigene Entwicklungsbedingungen, die zu verschiedenen Formen einerseits, aufgrund ihrer eigenen inneren Problematik andererseits zu anderen Inhalten und daraus resultierendem Verhalten führten. Da bestimmte Formen, in unserem Falle die konkrete Gestaltung der gewerkschaftlichen Organisation, immer auch das Spiegelbild der geistigen Entwicklung darstellen, würde die Wissenschaft eine wichtige Seite des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens übersehen, wenn sie neben der Diskussion um Inhalte die existierenden Formen vernachlässigen würde.

Im folgenden soll nun zuerst die Entwicklung der Bergarbeitervereine zu einem zentralen Verband bis hin zur Gründung der Union der Bergarbeiter mit dem dazu notwendigen Hintergrundverständnis dargelegt werden. Die Organisationsgeschichte der Bergarbei-

terbewegung vollzog sich in drei Phasen: Vom Ende der 1860er Jahre bis zum Jahre 1889 bestand die Bewegung aus mehr oder weniger lose nebeneinander agierenden Vereinen; das folgende Jahrzehnt stand dann ganz im Zeichen der Versuche, einen zentralen Verband zu schaffen, der jedoch nur in begrenztem Umfange funktionstüchtig wurde. Als Beginn der abschließenden Phase ist die Gründung der Union der Bergarbeiter im Jahre 1903 zu betrachten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die im gesamten Verlauf der Bergarbeiterbewegung und der Arbeiterbewegung überhaupt vorhandenen nationalen Konflikte und Spannungen in diesem Zeitraum zur organisatorischen Spaltung in eine deutsche und eine tschechische Organisation führten. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges sowie die im Anschluß daran erfolgte Neuorganisation im staatenpolitischen Bereich wurde die kontinuierliche organisatorische Entwicklung, die unter den Bedingungen der Monarchie geherrscht hatte, unterbrochen.

a) Aufbau und Entwicklung von gewerkschaftlichen und politischen Vereinen bis zum Jahr 1890

Die Durchsetzung der sogenannten "kleindeutschen Lösung" und der damit verbundene Ausschluß Österreichs aus Deutschland (1866) hatte innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Neuregelung der Machtverhältnisse zur Folge. Der sogenannte ungarische Ausgleich sicherte dem deutschen Bürgertum die Vorherrschaft in der cisleithanischen Hälfte der Gesamtmonarchie. Die im Fahrwasser der entstehenden Arbeiterbewegung in Sachsen sich konstituierende sozialdemokratische Bewegung in Österreich empfand sich trotzdem noch als Teil einer großdeutschen Bewegung, da die Ergebnisse des Jahres 1866 noch nicht als endgültig betrachtet wurden [1]. Wie selbstverständlich schlossen sich die entstehenden Vereine auch der internationalen Arbeiterassoziation an [2]. Der Beitritt zur "Association" war nach dem damaligen Vereinsgesetz nicht erlaubt, da sie als "ausländischer Verein" galt. Die Arbeiterfrage wurde jedoch von ihren Mitgliedern als soziales, nicht vorrangig lokales oder nationales Problem angesehen. Bereits im Jahre 1863 hatte eine Gruppe von Textilarbeitern aus Asch (Aš) in einem Brief an Ferdinand Lassalle um Anschluß an den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gebeten [3]. Nach der Gründung des Arbeiterbildungsvereines in Wien (1866/67) versuchte man auch im Gebiet um Reichenberg (Liberec) Vereine zu gründen. Als nach ungünstiger konjunktureller Entwicklung in Preußen viele Tuchmacher aus Sachsen nach Nordböhmen zurückkehrten bzw. wegen Arbeitssuche einwanderten, brachten sie das "Sozialdemokratische Wochenblatt" (Herausgeber: Karl Liebknecht) mit und verbreiteten so die in Deutschland gemachten Erfahrungen und geistigen Grundlagen der Sozialdemokratie [4]. Unter der

Führung von Josef Krosch bildete sich in dem unter liberaler Führung stehenden "Industriellen Bildungsverein" ein sozialdemokratisch orientiertes Aktionskomitee, das den gesamten Verein umfunktionieren wollte. Das darauf ergangene Gesuch um Bewilligung eines Arbeitervereines wurde abgewiesen[5]. Nach dem damals gültigen Vereinsgesetz von 1867 war der "Zweck" eines Vereines ausschließlich auf die wirtschaftliche Unterstützung ausgerichtet, die politische Tendenz der Vereine konnte der Grund für eine Auflösung sein[6]. Die Gründung eines Vereines hing mit dem neuen Gesetz nun nicht mehr allein von der Willkür des Ministeriums ab; nach dem alten Vereinsgesetz von 1852 nämlich konnte ein Verein bewilligt werden, mußte es aber nicht[7]. Der Vorwurf der Staatsgefährlichkeit (§ 6) jedoch wurde allzu häufig dazu benutzt, ein Verbot von Arbeitervereinen herbeizuführen. In dem später vom Braunkohlenbergbau und der Industrie geprägten Gebiet befanden sich Ende der 1860er Jahre auch einige Textilbetriebe, so in Dux (Duchcov), Kloster Ossegg (Osek) und Oberleutensdorf (Horní Litvínov). In diesem Umkreis muß auch die Entstehung von Arbeitervereinen im nordwestböhmischen Raum gesucht werden. Kořalka nennt den Arbeiterbildungsverein in Görkau (Jírkov) als den ersten Verein in Böhmen, der sich "zu den sozialdemokratischen Prinzipien" bekannte[8]. Im Frühjahr 1869 folgte eine ebensolche Gründung in Oberleutensdorf[9]. Weitere Arbeiterbildungsvereine bestanden in diesem Raum in Teplitz (Teplice) seit 1869, in Karbitz (Chabařovice), Türmitz (Trmice) und Kostenblatt (Kostomlaty) seit 1869[10]. Im September des Jahres 1869 wurden alle Arbeitervereine zu "staatsgefährlichen" erklärt und nach einem Ministerialerlaß untersagt, wenn sie sich mit politischen Fragen beschäftigten oder sich deren Mitglieder an öffentlichen politischen Versammlungen beteiligten. Im Februar und März 1870 fanden dann die ersten Hochverratsprozesse gegen die Führer der Wiener Arbeiterbewegung statt, die die Phase der Verfolgung der Arbeiterbewegung in der österreichisch-ungarischen Monarchie einleiteten. Nach Abschluß der Prozesse, bei denen die Begründung des Gerichtes, daß Ausländer (= in diesem Fall Deutsche) in Österreich in verbotener Weise aufgetreten seien, zur Verurteilung ausreichte, wurden alle Arbeitervereine aufgelöst, Versammlungen jeglicher Art verboten[11]. Diese Hochverratsprozesse scheinen u. a. auch dazu geführt zu haben, daß sich die Reichenberger Bewegung etwa seit 1870 nach Wien orientierte; zuvor hatte sie sich selbst dem Braunschweiger Ausschuß unterstellt[12].

Im Dezember 1870 hatte eine Massendemonstration, von Strauss als "die erste große Straßendemonstration der Wiener Sozialdemokratie" bezeichnet, die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach einem Koalitionsrecht eindrucksvoll vor Augen geführt: 20 000 Arbeiter waren vor dem Parlament erschienen, um die Übergabe einer Petition, in der u. a. Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und ein neues Wahlrecht verlangt wurden, zu unterstrei-

chen [13]. Das am 7. April 1870 erlassene Koalitionsrecht nun verschuf den Arbeitervereinen eine größere Bewegungsfreiheit. Danach war es erlaubt, Forderungen aufzustellen und mit dem Streik zu drohen; der Streik selbst blieb jedoch unter Strafandrohung verboten [14]. Damit war die Ära der Gewerkschaften angebrochen, in der Folgezeit gründeten sich Fachvereine und Berufsorganisationen.

Ein Charakteristikum der Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern war die Tatsache einer doppelten Spaltung: Der in den frühen 1870er Jahren aufkeimende Streit zwischen Oberwinder und Scheu, den maßgeblichen Vertretern der beiden politischen Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie, der sogenannten "Gemäßigten" und der sogenannten "Radikalen", wurde noch von den nationalen Gegensätzen zwischen den Deutschen und den Tschechen überlagert. Der anfängliche Streit in der entstehenden Arbeiterbewegung, ob man die Richtung von Schultze-Delitzsch ("Selbsthilfler") oder die von Lassalle ("Staatshilfler", "Lassalleanismus") einschlagen sollte, hatte nicht zu einer Entweder-Oder-Entscheidung in den einzelnen Vereinen geführt, obwohl es auch hier harte Richtungskämpfe gegeben hatte [15]. Schultze-Delitzsch hatte ja jede politische Betätigung der Arbeiter abgelehnt. Die "Lassalleaner" dagegen wollten durch die Erlangung politischer Rechte Einfluß auf den Staat erlangen [16]. Der Streit zwischen der gemäßigten und radikalen Richtung brachte die Arbeiterbewegung insgesamt sowie die verschiedenen einzelnen Gewerkschaften mehrfach an den Rand der Existenz. Die beiden Positionen seien im folgenden kurz dargestellt: Die "Gemäßigten", auch die "Wassersuppensozialisten" genannt [17], bekannten sich ausdrücklich zum Prinzip der Gesetzlichkeit, um zum angestrebten Ziel zu kommen. Die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes nahm dabei eine vorrangige Position ein. Die Vertreter dieser Richtung waren sich aber bewußt, daß sie für "ideale Ziele" kämpften, "deren Verwirklichung die Arbeit von Generationen in Anspruch nehmen würde" [18]. Die theoretische Auseinandersetzung mit den Radikalen gipfelte in der Umkehr des Schlagwortes "Durch Freiheit zur Bildung", wie ihn sich diese auf die Fahnen geschrieben hatten [19]. Die "Revoluzzer", die radikale Richtung also [20], sahen nur in einer politischen Revolution die Möglichkeit der Befreiung der Arbeitermassen von Unterdrückung und Ausbeutung und lehnten jede Beteiligung an einer Reformpolitik ab. Gerade unter den Bergarbeitern hielten sich die Radikalen, die auch als "Anarchisten" bezeichnet wurden, sehr lange. Durch die Verfolgungen und die Hochverratsprozesse leistete die Staatsführung einer Radikalisierung innerhalb der Arbeiterschaft noch Vorschub [21]. Die Wahlrechtsreform von 1873 stärkte zudem die radikale Richtung, da die Arbeiter weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen blieben. Auf eine Bewertung der einzelnen Standpunkte soll in diesem Zusammenhang verzichtet werden; es sei nur der Hinweis gestattet, daß je nach dem Standpunkt innerhalb der sozialistischen

Bewegung die eine Richtung als Verrat an der proletarischen Revolution gebrandmarkt, der anderen ein mangelndes Verständnis für die historische Entwicklung vorgeworfen wurde und heute noch vorgeworfen wird [22]. Der Streit zwischen den Gemäßigten und Radikalen, der zwischen Scheu und Oberwinter in einen Prozeß um eine Ehrenbeleidigungsklage ausartete, machte jedenfalls zunächst die vielversprechenden Anfänge der Arbeiterbewegung wieder zunichte. Nach der Überwindung deutschnationaler Tendenzen und trotz der Diskrepanzen zwischen den o. a. Richtungen erreichte die Zusammenarbeit der deutschen, österreichischen und tschechischen Sozialdemokratie, die im Jahre 1878 eine autonome Organisation gegründet hatte, in dieser Phase einen Höhepunkt (bis zum Jahre 1882). Wie von verschiedenen Seite betont wird, spielte die sogenannte Nationalitätenfrage eine untergeordnete Rolle [23], sie erwies sich nach Šolle beim Streit zwischen Radikalen und Gemäßigten als nebensächlich. In der Prioritätenliste stand die soziale Frage jedenfalls eindeutig vor und über den nationalen Belagen; dies führte u. a. auch dazu, daß die sozialdemokratische Agitation Anklang bei immer breiteren Schichten fand, darunter auch vor allem bei den Bergarbeitern. Unter den damaligen Umständen konnte der propagierte Sozialismus für die Arbeiter eigentlich nichts anderes darstellen "als die elementare Tendenz zur sozialen und internationalen Gerechtigkeit": "Die Vertiefung und Konkretisierung einer jeden einzelnen Erkenntnis im Bewußtsein der Arbeitermasse setzte begreiflicherweise zahllose Erfahrungen, Enttäuschungen, überwundene Irrtümer und Streitigkeiten voraus. Dasselbe gilt auch für die Konkretisierung der Vorstellung vom proletarischen Internationalismus, was gerade im Milieu des österreichischen Nationalitätenstaates eine Besonderheit war, wo sich vor allem der Kampf zwischen dem bürgerlichen, kleinbürgerlichen und dem proletarischen-sozialistischen Demokratismus abspielte" [24].

Als die "Wiege der Bergarbeiterbewegung" bezeichnet wird die Stadt Dux (Duchcov), in der am Anfang des Jahres 1875 ein Fachverein der Bergarbeiter gegründet wurde [25]. Kurz darauf entstand ein zweiter Fachverband in Mariaschein (Bohosudov). Die Bergarbeiter waren jedoch nicht nur in den erst in geringer Anzahl vorhandenen Berufsorganisationen eingeschrieben, sondern hatten sich auch den allgemeinen Vereinen, so etwa den Arbeiterbildungsvereinen, angeschlossen. Die von Reichenberg herkommende "Socialdemokratische Zeitung" (so lautete ihr Untertitel) "Der Arbeiterfreund", die auch im Braunkohlengebiet verbreitet war, enthielt in Nr. 3 vom 10. Februar 1877 einen Bericht über die Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereines Türmitz (Trmice), in dem es hieß: "Der Verein besteht aus 114 ordentlichen Mitgliedern, welche zum größten Theile Bergarbeiter sind." Das gleiche muß wohl auch für die in den anderen Orten des östlichen Teiles des Braunkohlenrevieres, das zu dieser Zeit ja noch das Zentrum des Ab-

baues darstellte, entstehenden und bestehenden Vereine gegolten haben[26]. Die österreichischen Bildungsvereine besaßen im Gegensatz zu den deutschen und schweizerischen, die ausschließlich Bildungsaufgaben erfüllten, einen anderen Charakter: neben Bildungsbestrebungen waren sie die Zentren sozial-demokratischer politischer Tätigkeit[27]. Während in Deutschland das Knappschaftsinstitut den Kern- und Bezugspunkt des neuentstehenden Gruppenbewußtseins zur Solidarisierung und Interessenfindung bilden konnte[28], da es infolge der preußischen Sozialgesetzgebung weitaus funktionstüchtiger erhalten worden war, konnten die Bruderladen in der österreichisch-ungarischen Monarchie dieser Kristallisationspunkt für die Arbeiterbewegung nicht mehr sein; im Gegenteil: die desolate Lage der Bruderladen, herbeigeführt durch die fehlende Verpflichtung der Beitragsleistung der Bergwerksunternehmer, wurde zum Ansatz der Kritik und der Sozialpolitik der entstehenden Bergarbeiterbewegung[29]. Strauss hebt hervor, daß es in Nordwestböhmen gerade tschechische Arbeiter gewesen seien, die als die ersten Träger der Bewegung angesehen werden müßten[30]. Bráf schätzte die Stärke der Bergarbeiterbewegung für das Ende der siebziger Jahre so ein: "Von einer halbwegs imponierenden äußeren Organisation der Arbeiter ist noch nichts zu finden. Zählt doch selbst der Verein, welcher als Mittelpunkt der ganzen Bewegung dient, der "Fachverein der Bergarbeiter in Dux" kaum einige hundert Mitglieder"[31]. Die Braunkohlenwerke verlangten den Austritt der bei ihnen beschäftigten Arbeiter aus den Arbeitervereinen, ansonsten drohte ihnen die Entlassung[32]. Die Führungsgeneration der 1870er Jahre bildeten in der sozialdemokratischen Bewegung Arbeiterjournalisten, die sich durch einen literarischen Dilettantismus auszeichneten, der sich oftmals in kosmopolitischen Anschauungen äußerte, die der 48er Revolution entstammten[33]. Die meist aus einfachen Verhältnissen stammenden Arbeiterführer konnten sich durch Selbstaneignung immer nur fragmentarisch bilden, wenngleich es verschiedene Personen zu erstaunlichen Fähigkeiten und Wissen brachten, wie der schon erwähnte Wenzel Holek und später auch Anton Jarolim. Ein Defizit in theoretischer Hinsicht ist für diese Zeit jedoch nicht zu verkennen. Albin Braf attestierte den Arbeiterführern im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet Vorsicht im öffentlichen Auftreten, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sowie anständige Umgangsformen[34]. Zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts setzte eine neue Verfolgungsphase ein, die Spaltung zwischen Gemäßigten und Radikalen brach erneut und noch dazu viel schwerer auf. Der Bergarbeiterstreik im Jahre 1881, bei dem erneut eine Reform der Bruderladen die Forderung Nr. 1 darstellte, wurde dazu genutzt, mißliebige Personen abzuschieben. Das sogenannte Heimatgesetz gab dafür die rechtliche Handhabe. Die beiden Fachvereine in Mariaschein (Bohosudov) und Dux (Duchcov) wurden von den politischen Behörden aufgelöst, ebenso der Arbeiterbildungsverein in

Oberleutensdorf (Horní Litvínov)[34a]. Das Postgeheimnis wurde für die Arbeiterbewegung aufgehoben[35], die täglichen Verhaftungen, der Einsatz von Polizeispitzeln und die Vorbereitung eines Sozialistengesetzes drängten die Arbeiterbewegung in die Illegalität[36]. Gerade in dieser Zeit setzte sich die radikale Richtung in Nordböhmen insgesamt durch. Aus Niemes (Mimon) wurde dem "Radikalen" folgende Erklärung eingeschickt: "In Anbetracht, daß die Genossen vieler Orte bezüglich der Spaltung der Arbeiterpartei schon Stellung genommen und sich für diese oder jene Partei erklärt haben, so halten wir es auch für unsere Pflicht, dasselbe zu thun." Die Mitglieder der Bewegung aus Niemes erklärten sich mit der Taktik der Radikalen "vollkommen einverstanden"[37]. In den geheimen Organisationen, die während der Zeit der Verfolgung entstanden waren, fand neben den alten Gruppierungen der Gemäßigten und Radikalen eine für die gesamte Bewegung äußerst schädliche Entwicklung statt: insbesondere im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier taten sich anarchistische Gruppen zusammen, die sich mit terroristischen Taten gegen die Unterdrückung durch den Staat wehren wollten[38]. Jarolim beurteilt diese Entwicklung im Nachhinein so: "Die Nachwirkungen der in den geheimen Organisationen entstandenen Ideologie haben die Bergarbeiter in Nordwestböhmen, zum Teil auch in Kladno und Nürschan noch in den späteren Jahren, als sich die öffentliche Betätigung durchgesetzt hatte, schwer getragen"[39].

Alles in allem befand sich die Arbeiterbewegung um die Mitte der 1880er Jahre in einem desolaten Zustand. Innere Querelen, der Streit um die richtige Taktik und die Unterdrückung und Verfolgung seitens des Staates hielten die Arbeiterschaft davon ab, politisch und gewerkschaftlich in der Öffentlichkeit aktiv zu werden. Dazu kam noch, daß sich die Bedingungen der Lebenshaltung gebessert hatten, was den Beitritt zu den Arbeitervereinen als weniger wichtig erscheinen ließ. In dieser Phase stieß Victor Adler, ein Arztsohn aus bürgerlicher Familie, zur Arbeiterbewegung. Adler gründete eine neue Zeitung, die "Gleichheit"; sein Einfühlungsvermögen und seine Neigung, grundsätzliche Prinzipien beiseite zu lassen, um einen Kompromiß erreichen zu können, brachten die geradezu verfeindeten Gruppen an einen Tisch. Ab dem Jahre 1886 verhandelten Gemäßigte und Radikale wieder um ein gemeinsames Vorgehen. Adlers Bemühungen wurden auf dem sogenannten "Einigungsparteitag" in Hainfeld gekrönt.

b) Die Versuche zum Aufbau einer Zentralorganisation der Bergarbeiterbewegung (1890 bis 1903)

In den ausgehenden 1880er Jahren hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Arbeiterbewegung auf zwei Ebenen arbeiten müsse, um die angestrebten Ziele erreichen

zu können: Es wurden Gewerkschaften gegründet, die sich bemühen sollten, "der Arbeiterschaft zu einer besseren Lebenshaltung zu verhelfen". Die sozialdemokratische Parteiorganisation demgegenüber sollte hauptsächlich darauf ausgerichtet sein, "den Arbeiter zu einem gleichberechtigten Staatsbürger zu machen" [1]. Das Verhältnis von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei war, trotz grundsätzlicher Übereinstimmung, zu keiner Zeit ganz unproblematisch. Allein aus der Tatsache heraus, daß die Gewerkschaften lange das finanzielle Rückgrat der Partei bildeten, da die gesetzlichen Voraussetzungen für das Eintreiben von Mitgliedsbeiträgen bei den politischen Vereinen fehlten, mußten auch die Gewerkschaften zum nationalen Kampffeld innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung werden [2]. Die Gewerkschaftsmitglieder betrachteten sich ausnahmslos als Sozialdemokraten, ihre Organisationen wurden gleichsam als Vorschule für die politische Organisation gesehen [3].

Einen starken Auftrieb erhielt die Bewegung der Bergarbeiter an allen Orten durch den Parteitag der Sozialdemokratie in Hainfeld (1888/1889), durch den im Jahre 1889 in Paris abgehaltenen Internationalen Sozialistenkongreß sowie durch das "Feiern" des 1. Mai im Jahre 1890. Doch all dies reichte nicht aus, um eine Zusammenkunft von Vertretern aller Reviere herbeizuführen. Das war wiederum das Verdienst Viktor Adlers, wie in einer Laudatio zu dessen 60. Geburtstag hervorgehoben wurde. Darin hieß es: "Gewiß ist Genosse Adler der ehrlichste Freund und Mitarbeiter aller Arbeiter der verschiedenen Berufe, aber was er den Bergarbeitern war im Kampfe um ihre Organisation, muß anders gewertet werden. ... - Schon vor 23 Jahren (d. i. im Jahre 1889, N.E.), ..., fand auf Anregung Adlers eine Konferenz in Brünn statt, wo ein paar bekannte Genossen, die man als "Bergarbeiterführer" kannte, beigezogen wurden. Auf dieser Konferenz wurden die Vorarbeiten zum Ersten österreichischen Bergarbeiterkongreß beraten und kaum ein Jahr später fand auch dieser Kongreß am 7. bis 9. Dezember 1890 in Wien statt" [4]. Adler hatte schon frühzeitig erkannt, "daß die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung auf's innigste damit zusammenhängt, wie sich die Bergarbeiter organisieren", wie er auf dem Fünften Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter im Jahre 1895 noch einmal öffentlich betonte [5]. Ebenfalls beschleunigend auf einen organisatorischen Zusammenschluß hin wirkte sich der auf Anregung der englischen Bergarbeiterorganisation zusammengekommene Erste Internationale Bergarbeiterkongreß in Jolimont (Belgien) aus, bei dem dem Delegierten der österreichischen Bergarbeiter allerdings nur eine Gastrolle zukam [6]; die Kongreßvertreter hatten diesen Delegierten darauf aufmerksam gemacht, daß die österreichischen Bergarbeiter erst als vollwertige Mitglieder beim internationalen Verband auftreten könnten, wenn sie über eine eigene Berufsorganisation verfügten [7]. Da die Behörden die Abhaltung ei-

nes Kongresses in einem Revier nicht zulassen wollten, wurde dieses "Erste österreichische Bergarbeiterparlament", wie man diese Zusammenkunft bei einem später erschienenen historischen Rückblick auch bezeichnete[8], nach Wien einberufen. Trotz schon im Vorhinein angekündigter Repressionen von den Bergwerksunternehmern kamen in Wien 87 Delegierte aus allen Teilen der Monarchie zusammen[9]. Das überaus starke Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Teilnehmer ihres Berufes wegen auszeichnete, drückte sich insbesondere auch in der Begrüßung und in der Verabschiedung voneinander, aber auch im ganzen Verlauf des Kongresses aus. Der Bergarbeiter Franz Wagner, ein Tscheche, hieß die Delegierten mit den folgenden Worten willkommen: "Brüder! Bergarbeiter! Unserem Tage "Glück auf!"". Darauf wurde ihm vom Auditorium ein "Glück auf!" erwidert. Auch zwei Tage später, am Ende der Konferenz, verabschiedeten sich die Teilnehmer mit einem dreimaligen "Glück auf!"[10]. Der Bergmannsgruß, der sich seit dem 17. Jahrhundert vom Erzgebirge ausgehend verbreitet hatte, wurde also von der Bergarbeiterbewegung wie selbstverständlich übernommen. Die "ernste Schicksalsverbundenheit bergmännischer Existenz", die aus der gemeinsam erfahrenen Abhängigkeit im Verlauf der industriellen Entwicklung eine Interessenverbundenheit hatte entstehen lassen sowie der Verlust der traditionellen Organisation bewirkten, daß die Glückauf-Formel infolge ihrer "Sozialkraft" sogleich in die gewerkschaftliche Bewegung Eingang fand und als sinnhafter Bestandteil und Element das Arbeitsethos des Bergbaus auch hier weiter zum Ausdruck brachte[11]. Nicht von ungefähr erhielt dann auch das Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs den Titel "Glück auf!".

Die Tagesordnung des ersten Kongresses umfaßte fünf Punkte:

I. Die Lage der Arbeiter und die Mittel zu ihrer Verbesserung,
II. die Achtstundenschicht,
III. die Organisation der Bruderladen,
IV. die Organisation und die Fachpresse,
V. freie Anträge

Als Verhandlungsleiter wurden ein deutscher sowie ein tschechischer Präsident nebst Stellvertretern gewählt, zwei Schriftführer (je einer für das Protokoll in deutscher und das in tschechischer Sprache), sowie zwei Dolmetscher. Nach ausführlichen Berichten aus allen Revieren über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bergarbeiter faßte man eine Resolution, die als eindeutige Äußerung der objektiven Bedürfnisse der Menschen jener Zeit zu werten ist: Um die Interessenvertretung der Arbeiter stark zu machen, sollte eine einheitliche feste Organisation, die sich auf gesetzlichem Boden befinden sollte, gegliedert nach Revieren, gegründet werden. "Organisation" lautete das Zauberwort, an das die Beteiligten all ihre Hoffnungen hängten. Dazu sollten überall Fachvereine gegründet

werden. Daneben war die Herausgabe eines Fachblattes vorgesehen, das "von sozialdemokratischer Hand geleitet" sein sollte [12]. Auch wurde eine Änderung des Berggesetzes von 1854 verlangt, die folgenden Katalog an Forderungen umfassen sollte: 8-Stunden-Tag/48-Stunden-Woche; - ein Verbot der Arbeit im Bergbau für Jugendliche unter 16 Jahren; - Sonntagsruhe, die sich über 4 Schichten, also 32 Stunden erstrecken sollte; - die Bergwerksinspektion und eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes. Vor dem Abschiedsgruß und dem gemeinsamen Singen eines Liedes ("Lied der Arbeit") wurde folgender Antrag "mit allgemeiner, stürmischer Zustimmung" begrüßt: "Der Kongreß erklärt, daß er sich auf den Standpunkt der internationalen sozialdemokratischen Partei stellt" [13]. Man hatte auf dem Kongreß zunächst die Errichtung eines Zentralverbandes angestrebt, dessen Unterbau aus den lokalen Fachvereinen (Ortsgruppen) hatte bestehen sollen. Von diesem Vorhaben war man jedoch abgekommen, da man eingesehen hatte, daß bei der Errichtung einer zentralen Organisation die Gefahr vorhanden gewesen wäre, daß diese durch eine einzige behördliche Aktion hätte gänzlich wieder vernichtet werden können. Nach dem Vereinsgesetz war ein Zusammenschluß von Vereinen auch noch nicht erlaubt gewesen. Es dauerte jedoch geraume Zeit, bis sich die Fachvereine konstituieren konnten, da diese zuerst für politische Vereine erklärt und nicht genehmigt wurden [14]. Erst nachdem für den Ort Sobochleben (Soběchleby) im August des Jahres 1891 die Statuten bewilligt worden waren, war der Bann gebrochen; es wurden danach sowohl in Nordwestböhmen als auch in allen anderen Revieren Fachvereine gegründet . Neben der Errichtung der lokalen Organisation (Fachverein, Bildungsvereine, Ortsgruppe) bemühte man sich gleichzeitig, auf der Basis der einzelnen Schächte eine Organisation der Bergarbeiter auf- und auszubauen (Schachtorganisation oder Grubenorganisation). Es handelt sich hier um das sogenannte Vertrauensmännersystem; die von den Beschäftigten eines Schachtes gewählten Vertrauensmänner sollten, sofern sie von der sozialdemokratisch orientierten Bergarbeiterbewegung stammten, durch konkrete gewerkschaftliche Arbeit vor Ort für eine starke Fachorganisation werben. Den dritten Pfeiler gewerkschaftlicher Aktivitäten zur Mobilisierung der Bergarbeiterschaft stellte die Herausgabe eines Fachblattes dar, durch das über die Organisation hinaus für die beruflichen und außerberuflichen Belange eine breite Öffentlichkeit gewonnen werden konnte.

EXKURS

Das Fachblatt der (deutschsprachigen) Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs "Glück auf!"

Die Massenpresse der entstehenden Arbeiterbewegung der sechziger und siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte sich im Rahmen der Schaffung eines geeigneten Kommunikationssystems einen wichtigen Platz in der Strategie gesichert; das geschriebene Wort war dadurch zur Mitteilungs- und Vermittlungsinstanz geworden. Auch die Bergarbeiterbewegung ging sogleich nach ihrer ersten überregionalen und übernationalen Zusammenkunft im Dezember 1890 daran, die Herausgabe eines Fachblattes in deutscher und tschechischer Sprache in die Wege zu leiten. Es war zur Vorbereitung der Zeitungen ein Ausschuß gebildet worden, der sich mit den Problemen näher befassen sollte. Im Gegensatz zur Presse der Anfangsphase der Arbeiterbewegung ermöglichte die in den 1890er Jahren in Österreich-Ungarn entstehende "schichtenspezifische Presse eine differenziertere Argumentation, spezialisierteren Erfahrungsaustausch und dauerhaftere Bewußtseinsveränderungen" [1]. Dies wird in dem Aufruf deutlich, der in dem Artikel der ersten Nummer (Titelblatt) abgedruckt wurde: "Berg- und Hüttenarbeiter! Genossen! Mit diesem Bogen haltet ihr die erste Nummer eueres Fachblattes in Händen. Ihr haltet eine von den Waffen in den Händen, die euch den Weg bahnen sollen zu euerem Ziele: Wohlstand! Freiheit! Kaufet diese Waffe! Verbreitet diese Waffe! Es ist die unbesiegbare Waffe des Gedankens! Es ist eine gesetzliche Waffe!" [2]. Daß die Presse jedoch nicht automatisch ein Kampfmittel nach außen und gleichzeitig ein Integrationsmittel für die Bergarbeiterbewegung bedeutete, sollte sich gleich zu Anfang zeigen; die Streitigkeiten um den Erscheinungsort und noch mehr um die Redakteursposten dokumentieren in deutlichem Maße, daß der "Besitz" des Presseorgans schnell zum erklärten Ziel der verschiedenen politischen Richtungen und einzelner selbstgefälliger Personen geworden war. Diese Auseinandersetzungen gereichten der Bergarbeiterbewegung, die gerade zu Beginn der Solidarität als einzigem wirklich festen Entwicklungspotential bedurft hätte, sehr zum Schaden.

Man war sich auf dem Ersten Kongreß in Wien darüber klar geworden, daß die Fachblätter dort erscheinen sollten, wo die meisten Bergarbeiter zu erreichen waren. Nachdem die Vorarbeiten zur Herausgabe abgeschlossen waren und ein Drucker in Karbitz (Chabařovice) gefunden war, wurde den politischen Behörden in Komotau (Chomutov) augenscheinlich, welche "Gefahr" die Herausgabe der Fachblätter im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier darstellen mußte. Der Drucker wurde zur Bezirkshauptmannschaft bestellt, worauf er das Manuskript und den Vertrag für den Druck des Fachblattes zurück-

gab, da er angeblich nicht in der Lage war, die Zeitung in der gewünschten Form herauszugeben[3]. Die erste Nummer erschien in Prag (Praha), weit entfernt von den großen Bergbaurevieren. Ein zweiter Versuch, mit dem Fachblatt im nordwestlichen Böhmen ansässig zu werden, scheiterte erneut; vom Mai bis Juni (ca. 6 Wochen) wurde das deutsche Blatt in Theresienstadt (Terezín) gedruckt, die Redaktion hatte sich in dieser Zeit in Karbitz (Chabařovice) befunden. Druck- und Herausgabeort wurde wieder Prag. Am 22. April des Jahres 1892 mußte der "Glück auf!" sein Erscheinen einstellen: Der chronische Mangel an finanziellen Mitteln, geradezu ein Kennzeichen der frühen Arbeiterbewegung, hatte dazu gezwungen. Nach dreimonatiger Pause erschien das deutsche Fachblatt wieder, kurze Zeit darauf (August 1892) wurde Simon Starck auf einer Konferenz in Brüx (Most) zum Redakteur des "Glück auf!" gewählt. Mit Simon Starck, der im Falkenau-Elbogner Braunkohlenrevier beheimatet war, gelangte eine starke Persönlichkeit an das Ruder des Fachblattes, unter seiner Führung konnte die Auflage auf eine geradezu erstaunliche Höhe gebracht werden, die erst in den besten Jahren der Union (1907/08) wieder erreicht werden konnte. Durch die Besetzung des Redakteurspostens beim "Glück auf!" mit Starck war auch der Streit zwischen den zwei konkurrierenden Richtungen innerhalb der Bergarbeiterbewegung entschieden, er verlagerte sich dann mehr auf das tschechische Organ "Na zdar". Mit Franz Wagner ("Na zdar") und Franz Knorr ("Glück auf!") waren zunächst zwei Vertreter der sogenannten "Unabhängigen" zu Redakteuren der Presseorgane gewählt worden[4]. Diese hatten sich anfangs gegen die sozialdemokratische (gemäßigte) Richtung durchgesetzt. Was den Inhalt der Fachblätter anbetraf, so sind die Streitigkeiten innerhalb der Redaktionen und der Pressekommission dahingehend zu charakterisieren, daß die "Unabhängigen" mehr die politische Argumentation und Agitation vertreten sehen wollten, während der eher gemäßigte Flügel ausschließlich die gewerkschaftliche Arbeit als Ziel der Presse ansah. Auf dem Zweiten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs Ende September 1891 brachen die Streitigkeiten zwischen den beiden Gruppen in aller Heftigkeit auf. Knorr und Wagner konnten sich jedoch noch einmal durchsetzen und blieben Redakteure. Nach der dreimonatigen Erscheinungspause des "Glück auf!" wurde dann Simon Starck, ein Vertreter der gemäßigten Richtung, zum Redakteur gewählt. Knorr versuchte daraufhin durch die eigenmächtige Einberufung einer Reichskonferenz nach Brüx (Most) für den 13. August 1893 die verlorene Position wieder zu besetzen. Von seiten der "Gemäßigten" wird dazu erwähnt, daß über 3/4 der dort anwesenden Delegierten Tschechen gewesen seien und Knorr "mit langer Hand die Majorität (der "Unabhängigen", N.E.) auf dieser Reichskonferenz vorbereitet" hatte[5]. Als eine Anzahl von Delegierten mit der Abreise drohte, einigte man sich darauf, Starck in der Redaktion des "Glück auf!" zu belassen. Die von

1891. Prag, am 22. Jänner. 1891.

„GLÜCK AUF!" erscheint am 2. u. 4. Donnerstag eines jeden Monates

Redaction, Administration und Expedition: Prag. Pštrossgasse 189.

Handschriften sind nur auf einer Seite zu beschreiben.

Offene Reclamationen gegen nicht empfangener Zeitungen sind portofrei.

Glück auf!

Fachblatt der Berg- u. Hüttenarbeiter Oesterreichs.

„GLÜCK AUF!" kostet:
ganzjährig . fl. 1.60
halbjährig . „ —.80
vierteljährig . „ —.40
Für's Ausland:
ganzjährig . Mk. 4.—
halbjährig . „ 2.—
vierteljährig . „ 1.—

Das Abonnement erfolgt am besten mittelst Postanweisung.

INSERATE werden angenommen.

Jahrgang I. »Proletarier aller Länder, vereiniget euch!« Nro. 1.

Berg- u. Hüttenarbeiter!

Genossen!

Ihr steht an einem neuen Abschnitt eueres Lebens. Zum erstenmale, seitdem der jugendliche Pulsschlag der Arbeiterbewegung die alte Gesellschaft durchschüttert, haben euere freigewählten Vertreter aus fast allen Bergrevieren Oesterreichs sich zu einer Berathung zusammengefunden. Sie haben laut Klage geführt über den wirthschaftlichen und politischen Druck, der auf euch mehr als auf anderen Arbeitern lastet. Sie waren einstimmig in dem Urtheil, daß nur ihr allein euch erlösen werdet durch die Macht der Organisation, durch die klare Erkenntniß euerer Lage. Sie haben darum beschlossen, unverzüglich an die Gründung von Fachvereinen und Fachblättern zu schreiten.

Berg- und Hüttenarbeiter! Genossen! Mit diesem Bogen haltet ihr die erste Nummer eueres Fachblattes in Händen. Ihr haltet eine von den Waffen in Händen, die euch den Weg bahnen sollen zu euerem Ziele: Wohlstand! Freiheit!

Kaufet diese Waffe! Verbreitet diese Waffe! Es ist euere Waffe! Es ist die unbesiegbare Waffe des Gedankens! Es ist eine gesetzliche Waffe!

Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes, und gesetzliche, bekannte Mittel wollen wir anwenden, um unser Ziel zu erreichen.

Wir sind keine Leisetreter, wir haben den Muth unserer Meinung und mit offenem Visir treten wir auf das Schlachtfeld. Mochten doch unsere mächtigen Widersacher wenigstens soviel Scham haben, uns gleichfalls blos mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen!

Unsere Aufgabe ist es, euch aufzuklären in gewerblichen Angelegenheiten, über euere Stellung im Staate und im Leben, freimüthig jedes Unrecht aufzudecken, daß an euch begangen wird, die Theilnahmslosen und Gleichgiltigen, die große indifferente Masse, in den Strom der proletarischen Bewegung hineinzuziehen. Aus dem tiefen, dunklen Schacht streben wir zur Sonne des allgemeinen Glückes auf!

Genossen! Erhaltet euer Fachblatt, unterstützet es durch literarische und Geldbeiträge, durch Mitarbeiterschaft und Ankauf! Euer Blatt sei ein treues Spiegelbild euerer Bewegung, wir stehen fest und unermüdlich zu euch.

Glück auf!

Die Redaction u. Administration,

Prag, Pštrossgase Nr. 189.

Knorr verlangte Neuwahl wurde nicht durchgeführt, "da dies von den deutschsprechenden Genossen nicht verlangt wird", wie es in dem Bericht über die Konferenz heißt[6]. Der "Na zdar" blieb jedoch unter der Leitung des "Unabhängigen" Wagner. Simon Starck nun brachte den "Glück auf!" - wenn auch wohl in nicht ganz uneigennütziger Absicht - nach Falkenau (Sokolov), worauf die Bewegung im Falkenau-Elbogner Revier einen beachtlichen Aufschwung nahm und innerhalb der Bergarbeiterbewegung die Führung übernahm. Starck war insgesamt sieben Jahre Herausgeber und Redakteur des "Glück auf!". Die Umstände seines Ausscheidens und seine daraufhin erfolgte Abwendung von der sozialdemokratischen Bergarbeiterbewegung sind aufgrund des für diese Arbeit vorliegenden Materials nicht zu klären. Hingewiesen werden soll in diesem Zusammenhang nur auf zwei doch sehr unterschiedlich ausgefallene Bemerkungen hierzu. Als Starck aus der Redaktion des "Glück auf!" ausschied, war folgende Notiz zu lesen: "Am 12. März d. J. (1899, N.E.) legte der bisherige Herausgeber des "Glück auf!", der Genosse Simon Starck, seine Stelle als Herausgeber freiwillig nieder und ist bereits in sein neues Domizil nach Tachau abgereist, wo er ebenfalls im Dienste der Arbeiterpartei wirken wird"[7]. Nach der Abwendung von der Bergarbeiterbewegung gründete Starck eine eigene, sogenannte freisoziale Bewegung. Er wurde daraufhin (1903) aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen[8]. Eine später erfolgte Beurteilung verkennt die von Starck geleistete Arbeit völlig und spricht nur von der "rein persönlichen Bewegung des Simon Stark", die sich allerdings nur auf den oberen Teil des Falkenauer Reviers erstreckte: "Der Führer der Freisozialen, S i m o n S t a r c k, der im politischen Leben eine höchst u n r ü h m l i c h e R o l l e spielte, ist heute von der politischen Oberfläche verschwunden"[9]. Das Ausscheiden Starcks dürfte mit dessen Wunsch zusammengehängt haben, das Fachblatt dem Falkenauer Revier mit allen Mitteln erhalten zu wollen. Die Funktionäre des zwischenzeitlich gegründeten Zentralverbandes wollten verständlicherweise die Fachblätter an den Sitz des Verbandes nach Turn (Trnovany) verlegen. Auf einer Konferenz am 15. August 1898 wurde beschlossen, daß der Zentralverband eigene Verbandsorgane herausgeben sollte[10], da die Redakteure sich weigerten, nach Turn (Trnovany) umzuziehen. Die bestehenden Fachblätter wurden zu lokalen Organen erklärt. Damit war der Eklat vorprogrammiert. Nach dem Ausstieg Starcks wurde dann augenscheinlich der Weg für einen Beschluß frei, der auf der Generalversammlung des Zentralverbandes (10. Dezember 1899) gefaßt wurde und zum Inhalt hatte, die bestehenden Fachblätter "Glück auf!" und "Na zdar" in den Besitz des Zentralverbandes übergehen zu lassen. Der Ausbruch des Streiks im Jahre 1900 verhinderte eine zügige Durchführung dieses Beschlusses; erst die Generalversammlung im Jahre 1901 brachte die endgültige Verlagerung des Herausgabeortes beider Fachblätter nach Turn (Trnovany). Der

Die Entwicklung der Auflage der Fachblätter
der Union der Bergarbeiter Österreichs

(Nach den Angaben aus den Vorstandsberichten und Veröffentlichungen aus dem "Glück auf!")

Jahr	Glück auf! (deutsch)	Na zdar (tschechisch)	Gornik (polnisch)	Rudar (slov.)
1894	3200	-	-	-
1897	7110	-	-	-
1898	6000	-	-	-
1901	3800	2700	-	-
1902	3500	3160	-	-
1903	2800	2750	-	-
1904	3200	3300	-	-
1905	3400	6700	-	-
1906	5320	12025	6100	-
1907	8550	13030	5300	-
1908	8600	13500	4400	-
1909	7400	11600	3600	-
1910	6400	5000	3650	1200
1911	6000	4000	2800	1000
1912	6200	4200	3350	900
1913	6800	4000	3300	1300
1914	4500	1600	1550	1300
1915	3600	1200	1150	- [1]
1916	3600	1100	1100	-
1917	7800	2500	5000	-
1918	15600	3100	6800	-
1919	45200	-	-	-
1920	40600	-	-	-

[1] behördlich eingestellt

"Na zdar" erschien ab dem 1. Juni 1906 wieder in Ostrau (Ostrava), da sich hier die größte Zahl der tschechischen Unionsmitglieder befand [11]. Nach Starck wurde Anton Hackl zum Redakteur gewählt, er fungierte auch bis zur Nr. 9/1902 als Herausgeber, ehe Anton Jarolim, der spätere langjährige Obmann der Union diese Funktion übernahm. Als Jarolim und Hackl im Februar des Jahres 1916 zum Militär und Kriegsdienst einberufen wurden, bedeutete dies eine eminente Schwächung der Einflußmöglichkeiten der Bergarbeiterbewegung. Franz Ebert, ein Bergarbeiter aus dem Falkenau-Elbogner Braunkohlenrevier, der früher schon führende Positionen innerhalb der Bergarbeiterbewegung eingenommen hatte, übernahm daraufhin für fast zwei Jahre die Funktionen des Herausgebers und des Redakteurs im "Glück auf!", bis Hackl wieder aus dem Krieg (Ende 1917) zurückkehrte und seine alte Position einnahm.

Der "Glück auf!" stellt in vieler Hinsicht ein Spiegelbild der Entwicklung der Bergarbeiterbewegung dar. Allein der Stand der Auflage der Presseorgane kann einen einigermaßen gültigen Überblick über die Mitgliederzahlen innerhalb der Union und innerhalb des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers geben, was die Differenzierung in deutsche und tschechische Mitglieder angeht [12]. Das deutsche wie das tschechische Fachblatt zeigen nach den Bezugszahlen für die gesamte Union eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung bis zum Jahre 1908, das, von der Mitgliederzahl her gesehen, den Höhepunkt der Bewegung im Untersuchungszeitraum darstellt. Einen gewaltigen Sprung nach oben machte die Auflage des "Na zdar", als der Sitz des tschechischen Fachblattes nach Mähr.-Ostrau (1906) verlegt wurde. Durch die Spaltung der Union im Jahre 1910 verlor die Union der Bergarbeiter nahezu 60 % ihrer tschechischen Mitglieder. Und wiederum war es der Besitz der Fachpresse, der bei diesem Vorgang eine entscheidende Rolle spielte. Die Spaltungstendenzen innerhalb der Union waren seit ihrer Gründung, wie noch gezeigt werden wird, immer stärker geworden. Nach den Angaben des "Glück auf!" und der deutschen Vorstandsmitglieder äußerte sich das Abgehen der führenden tschechischen Unionsmitglieder von der gemeinsamen Linie immer häufiger und schärfer in den Veröffentlichungen des tschechischen Fachblattes. Als Anton Jarolim als Obmann im Oktober 1910 nach Mähr.-Ostrau (Ostrava) reiste, um verschiedene Dinge mit der Redaktion zu klären, fand er die Redaktions- und Sekretariatsräume verlassen vor. Der größte Teil der Bibliothek war verschwunden, die Barvermögen mitgenommen worden. Der Redakteur des "Na zdar", Josef Budil, hatte über Nacht Mährisch-Ostrau verlassen und Kladno zum neuen Erscheinungsort erklärt. Der Vorstandsbericht über die Jahre 1909-1911 bemerkt dazu: "Durch die Verlegung des "Na zdar" wurde die eigentliche Sprengung der Union zur Tatsache." Wenige Tage danach wurde die Gründung des sogenannten "separatistischen Verbandes" zur Wirklichkeit [13]. Die Unionsleitung strengte gegen Budil ein ge-

richtliches Verfahren beim Bezirksgericht in Prag an, bei dem Budil wegen widerrechtlicher Aneignung von Vermögen verurteilt wurde. Die Union hatte inzwischen wieder ein tschechisches Fachblatt unter dem Namen "Na zdar" herausgegeben.

Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier waren die deutschen Mitglieder, nach den Bezugszahlen der Fachblätter gesehen, in der Mehrheit. Wie die Mehrheitsverhältnisse allerdings in den einzelnen Ortsgruppen der Union gewesen sind, kann aufgrund der relativ seltenen Angaben über den Bezug von Fachblättern der einzelnen Ortsgruppen/Zahlstellen nicht gesagt werden. Eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1914 jedenfalls zeigt, daß die tschechischen Mitglieder in der Ortsgruppe Dux (Duchcov) beispielsweise die Majorität stellten. Es wäre aber auch nicht auszuschließen, daß die tschechischen Mitglieder, die beide Sprachen beherrschten, den Bezug des deutschen Fachblattes der Aktualität wegen bevorzugt haben könnten, was die Aussagekräftigkeit der angeführten Zahlen etwas mindern würde. Kommen wir nach der Betrachtung über die Auflage der Fachblätter, die uns über die "Konjunktur" der Bewegung und die nationale Differenzierung m. E. Auskunft geben konnte, zum Inhalt der Presse, d. h. des deutschen Fachblattes. Das Blatt enthielt vor allem Nachrichten und Mitteilungen über die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse, soweit sie besonders den Bergbau betrafen. In der Rubrik "Aus den Revieren" wurden Informationen von Vertrauensleuten, aber auch von einzelnen Bergarbeitern veröffentlicht, die über Löhne, Arbeitszeiten, Zustände und Vorfälle auf den verschiedenen Gruben Auskunft gaben. Des weiteren wurden Protokolle und Berichte von den Unionstagen, den Zentralverbänden, den Bergbau-Genossenschaften abgedruckt. Die Schriftführer der einzelnen Vereine und Ortsgruppen berichteten über Veranstaltungen, Versammlungen, Kundgebungen, Feste und Feiern. In dieser Hinsicht erweist sich der "Glück auf!" für die volkskundlichen Belange von großer Wichtigkeit, da, teilweise ganz unbeabsichtigt, Vorgänge des Vereinslebens außerhalb des organisatorischen und rein gewerkschaftlichen Bereiches weitervermittelt wurden. Die diesbezüglichen Veröffentlichungen im "Glück auf!" bringen die Konjunktur der Bergarbeiterbewegung, die Aktivitäten auf der unteren Organisationsebene, die ja für eine zentrale gewerkschaftliche oder auch politische Organisation demokratischer Prägung von geradezu existentieller Bedeutung sind, deutlich zum Ausdruck. In den Zeiten zurückgehender Mitgliederzahlen rücken die Berichte aus den Gruben in den Vordergrund. Mit der zunehmenden Bürokratisierung und Perfektionierung der organisatorischen Ebene seit der Gründung der Union im Jahre 1903 gehen lebendige Schilderungen über Vereinsaktivitäten und -festivitäten u. a. rapide zurück, man könnte sagen, daß das Fachblatt geradezu "volkskundlich verkümmert". Diese inhaltliche Veränderung war jedoch von der Unionsführung gewollt, wie eine Bemerkung im Bericht des VII. Unionsta-

ges (1924) beweist; dort heißt es, im Anschluß an die Erwähnung der Tatsache, daß der Bezug der Fachpresse bei der Gründung der Union obligatorisch für die Mitglieder geworden sei: "Das Fachblatt ist nicht mehr Vereins- resp. Verbandsnachrichtenblatt, sondern es ist selbst zum Funktionär, zum Instrument, zur Waffe geworden" [14]. Das Fachblatt hatte zunächst zwei Ausgaben pro Monat (jeden 2. und 4. Donnerstag), ab dem 1. Juli 1897 erschien es dreimal (1., 2. und 4. Donnerstag eines Monats). Im Jahre 1908 beschloß der Vorstand der Union, daß in den Monaten, die fünf Mittwoche hatten, eine zusätzliche Ausgabe herausgegeben werden sollte. Das Erscheinen wurde am Ende des Jahres auf 40 Nummern pro Jahr gesteigert, die hohe Auflagenzahl aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahlen machte sich bemerkbar. Seit dem Jahre 1910 kam der "Glück auf!" wöchentlich zu den Mitgliedern.

Der "Glück auf!" war als wichtiger Multiplikator von Informationen und Meinungen, sowie als Diskussionsforum, den staatlichen Behörden oftmals ein Dorn im Auge. Die repressive Konfiskationspraxis beweist dies zur Genüge. Oftmals mußten zweite Auflagen gedruckt werden, ein Faktor, der auch den finanziellen Spielraum des Blattes sehr belastete. Besonders während der Arbeitskämpfe oder später während des Krieges blieben ganze Seiten weiß und waren mit dem Hinweis "konfisciert" versehen, teilweise fanden sich von bestimmten Artikeln nur noch wenige Sätze auf dem Papier wieder. Es wurde auch auf die Gastwirte, in deren Lokal das Blatt auslag, Druck ausgeübt, indem man ihnen damit drohte, die Konzession zu entziehen.

Fortsetzung des Kapitels:

Die Versuche zum Aufbau einer Zentralorganisation (1890-1903)

Die 1890er Jahre standen für die Bergarbeiterbewegung ganz im Zeichen der sogenannten "Organisationsfrage". Innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung nahmen die Bergarbeiter aufgrund einer anders akzentuierten Interessendominanz eine Sonderstellung ein, auf die einzugehen sein wird. Die Stoßrichtung im Organisationsprozeß ging auf die Schaffung einer Zentralorganisation hinaus. Zunächst fehlten jedoch elementare Grundlagen, um den Aufbau einer solchen vorantreiben zu können. Hinsichtlich der finanziellen Basis ist zu sagen, daß man sich lange darüber stritt, ob eine niedrige Beitragshöhe die meisten Bergarbeiter dazu veranlassen würde, der Bewegung beizutreten, oder ob das Erheben eines hohen Beitrages, dafür aber das Bieten besserer Leistungen die Attraktivität des Verbandes und der Vereine heben könnte. Oftmals standen also nicht Fragen des "Klassenbewußtseins" im Vordergrund, sondern ganz einfach nüchterne Überlegungen wirtschaftlicher und organisationstechnischer Art. Die bei der Lösung dieser Fragen entstehenden Konflikte brachten die Bergarbeiterbewegung mehrmals nahe an den

Rand der Existenz.

Die 1890er Jahre mußten, da allgemeine Erfahrungen in der geistigen Auseinandersetzung, das Erlernen von Kompromißfähigkeit und der Umgang mit einem organisatorischen Apparat, der erfahrungsgemäß schnell dazu neigt, sich zu verselbständigen, fehlten, zu einer Phase der Sondierung und Formierung werden. Die geographische Entfernung der verschiedenen, doch - im Gegensatz zu Deutschland - relativ kleinen Reviere sowie die Verständigungsschwierigkeiten (in jedem Revier wurden mehrere Sprache gesprochen!) bedeuteten für die Bergarbeiterbewegung jedenfalls von vornherein eine schwere Hypothek. Die Begriffe der Solidarität und Integration mußten unter diesen Umständen eine besondere Bedeutung erlangen und die tägliche Gewerkschaftsarbeit mußte diese Begriffe mit konkretem Inhalt anfüllen, wollte sie nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Über die Weihnachtsfeiertage des Jahres 1893 fand in Wien der erste Gewerkschaftskongreß Österreichs statt. Den Bericht über die Bergarbeiterorganisation erstattete Simon Starck, der spätere Redakteur des "Glück auf!". Er berichtete, daß 65 deutsche und tschechische Fachvereine bestünden, daneben viele andere Vereine. Die Mehrzahl der Bergarbeiter sei für den Zentralismus. Im Laufe der Diskussion um die Anwendung des Kampfmittels Streik, aber auch aus den Äußerungen von anderen noch anwesenden Bergarbeiterdelegierten, wird klar, daß die Bergarbeiter innerhalb der Gewerkschaftsbewegung - wie auch später innerhalb der Sozialdemokratie - eine Sonderrolle einnahmen. Der Bergarbeiter Weiss aus Hostomitz (Hostomice) erklärte unmißverständlich: "Ich vertrete 11 von den 65 Vereinen der Bergarbeiter. Auf einen Streik b l o ß für´s Wahlrecht kann bei uns nicht gerechnet werden. Wir werden nur dann in den Streik für´s allgemeine Wahlrecht treten, wenn auch die Forderung des Achtstundentages und die Reform der Bruderladen dabei ist" [15]. Auf einem Bergarbeiterkongreß in Brüx (Most) sei beschlossen worden, in erster Linie die wirtschaftliche Lage zu verbessern, danach werde man sich um die politischen Rechte kümmern. Er kündigte an, daß er den Kongreß verlassen werde, "wenn es der Congreß annehme, daß bloß für das Wahlrecht in den Generalstreik zu treten sei". Der Bergarbeiter Šip versuchte, Verständnis für diese Meinung zu erlangen: "Die Bergarbeiter sind anders zu behandeln wie andere Gewerbe. Die Anzahl derselben ist eine ungeheure große. Wenn ein Streik ausbricht, ist die Commission nicht imstande, denselben zu unterstützen. Es handelt sich hier nur darum, daß die Gemaßregelten nach dem Streik unterstützt werden." Simon Starck versuchte zwar, die Wichtigkeit dieser Aussagen herunterzuspielen, indem er betonte, daß nur der Bezirk der o. a. Meinung sei, der die genannten Delegierten geschickt habe. Der Gewerkschaftskongreß nahm dann einen Beschluß an, der beinhaltete, daß jeder Streik an die Kronlands-

Zentralleitung zu melden sei, jedoch mit der - offensichtlich auf die Forderung der Bergarbeiter eingehenden - Einschränkung, daß auch Anspruch auf Unterstützung bestehe, wenn der Ausbruch "ein nicht unvorhergesehener und durch begründete Umstände bedingter" sei. Auf dem vierten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie sprach Franz Wagner, einer der führenden Köpfe der sogenannten "Unabhängigen"; er machte noch einmal deutlich, daß mit den Bergarbeitern bei der Ausrufung eines Generalstreiks nicht zu rechnen sei, wenn nicht vom Parteitag bindende Versprechungen für die Berücksichtigung ökonomischer Forderungen gemacht würden [16]. Wieder war es Simon Starck, der die Gegenposition vertrat, allerdings kam auch bei seinen Ausführungen die generelle Grundtendenz der innerhalb der Bergarbeiterschaft vertretenen Meinung zum Vorschein: "Man hat gesagt, daß die Bergarbeiter für das Wahlrecht nicht thun wollen. Das ist nicht richtig. Aber in dem Leben der Bergarbeiter sind in erster Linie die materiellen Bedürfnisse im Auge zu behalten, und damit müssen wir rechnen. Doch wollen die Bergarbeiter keinen Zankapfel in die Organisation werfen..... und vielleicht kommt der Streik für den Achtstundentag früher als die Kundgebung für das Wahlrecht" [17]. Daran schloß sich der Vorwurf an, daß die Sozialdemokratie die gewerkschaftliche Bewegung in den Hintergrund treten lasse [18].

Nach viermaligem Einreichen wurden die Statuten für die Bildung eines Zentralverbandes endlich genehmigt [19], die konstituierende Versammlung des "Centralverband(es) der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs und dessen Fach-, Bildungs- und Lesevereine" nach Brüx (Most) für den 15. April 1894 einberufen. 25 Vereine mit zusammen 3238 Mitgliedern traten diesem Verband bei. Die dort gewählte Verbandsleitung setzte sich ausschließlich aus Personen zusammen, die aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier kamen: Peter Wölfl, Lindau (Lipětin); Simon Starck, Brüx (Most); Friedrich Ruschek, Kopitz (Kopisty); Josef Griesmann, Kopitz (Kopisty); Cassier: Anton Hackl, Brüx (Most); Stellvertreter: Johann Pollack, Brüx (Most); Schriftführer: Emanuel Kratochvil, Oberleutensdorf (Horní Litvínov); Stellvertreter: Adalbert Wopat, Brüx (Most); Bibliothekar: Wenzel Provita, Brüx (Most), Stellvertreter: Anton Jarolim, Graupen (Krupka) [20]. Als Beitrag wurden eine Einschreibgebühr von 3 Kreuzern und ein Monatsbeitrag von 2 Kreuzern pro Mitglied festgelegt; die beiden Fachblätter "Glück auf!" und "Na zdar" erhielten den Rang von Verbandsorganen, ihre Abnahme wurde den Mitgliedern jedoch nicht obligatorisch vorgeschrieben [21]. Das Ergebnis dieser Konferenz offenbart auf den ersten Blick Schwächen, die der Bergarbeiterbewegung wieder zu schaffen machen sollten. Die gesamte Verbandsleitung kam aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier; von hier aus ist verständlich, daß verschiedene Vereine und Verbände aus anderen Revieren kein Interesse hatten, sich dem Zentralverband anzuschließen. Die geringen Beiträge

mußten den Zentralverband in finanzielle Bedrängnis bringen. Schon zwei Monate nach der Konstituierung wurden die Beiträge auf einem außerordentlichen Verbandstag erhöht. Die verschiedenen Organisationsformen (Fach-, Bildungs-, Lesevereine) waren nur schwer unter einen Hut zu bekommen, zumal auch noch der Redakteur des "Glück auf!" die Abneigung gegen den Zentralverband schürte. Der Zentralverband war ein Verband ohne Kompetenzen, wie sich bald erwies. Er mußte es solange bleiben, solange keine einheitliche und starke Basis vorhanden war. Die Frage zu stellen, ob die Gründung eines zentralen Verbandes in dieser Zeit zu früh gekommen war, ist im Nachhinein müßig. Neben den Fachvereinen bildeten sich jedenfalls teilweise noch Ortsgruppen, man machte sich auf der untersten Ebene selbst Konkurrenz [22]. Daß diese Querelen, zu denen noch die innerhalb der Verbandsführung kommen sollten, nicht auf die Beitrittswilligkeit der Bergarbeiter förderlich wirkten, muß nicht besonders betont werden.

Die Bergarbeiter erwiesen sich auch im Aufbau einer Organisation eher als konservativ, die Aufforderung eines Delegierten auf dem fünften Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter in Wien (1895) unterstreicht dies: "Die böhmischen Bergarbeiter mögen mit dem alten Zeug der Bildungsvereine usw. aufräumen ..." [24]. Die Industriegruppen-Organisation wurde als "beste Form der gewerkschaftlichen Organisation" bezeichnet, um diese anzustreben, wurde beschlossen: "Die kleinen Fach-, Lese- und Bildungsvereine der Bergarbeiter haben sich in Distrikts- oder Landesverbände umzuwandeln, respektive Ortsgruppen zu bilden, welche diesen Verbänden angehören." Daneben sah man nun auch den Beitritt zur Gewerkschaftskommission als notwendig an. Nachdem der Sitz des Zentralverbandes am 7. Juni 1895 nach Pilsen (Plzeň) verlegt worden war und der Beitrag von 10 auf 6 Heller gesenkt worden war, wurde zwischen die Basisgruppen und den Zentralverband eine neue Organisationsebene geschoben: "Die Erfahrung dreier Jahre, welche seit Gründung des Centralverbandes verflossen sind, und der ursprünglich als Schlußglied der österreichischen Bergarbeiterbewegung gedacht war, hat ergeben, daß der Centralverband allein die einer Centralorganisation zufallenden Aufgaben nicht erfüllen kann, und zwar, weil die einzelnen Kohlendistrikte Österreichs voneinander zu weit entfernt sind, als daß die Leitung aller gewerkschaftlichen Aufgaben, die Agitation, Gründung von Ortsgruppen, Berathung in Revier-Angelegenheiten, Leitung der Bruderladenwahlen usw. von einer einzigen Centralstelle aus erfolgen könnte" [24]. Diese Zwischenglieder wurden dann die Distriktsverbände; die Aufgabe und die Funktion der Distriktsverbände wurden vom Fachblatt wie folgt umschrieben: "Was ist ein Districtsverband? Ein Districtsverband ist die Vereinigung aller Berg- und Hüttenarbeitervereine in einem oder mehreren Bergrevieren eines Kohlendistrictes. Ein Districtverband hat die Aufgabe, die unorganisierten Berg- und Hüttenarbeiter eines Districtes der Fachorganisation zuzu-

führen, Ortsgruppen oder Fachvereine zu gründen und eine einheitliche centralistische Fachorganisation herzustellen, welches, wie die Erfahrung lehrte, den einzelnen alleinstehenden Fachvereinen unmöglich ist." Der neugegründete Verband nannte sich dann "Centralverband der Districtsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs". Erster Obmann des Verbandes wurde Peter Wölfl (Brüx/Most), seine Stellvertreter Josef Eismann (Lititz/Litice) und Anton Wikac (Nürschan/Nýřany). Emanuel Kratochvil als Sekretär und Peter Wölfl als Obmann wurden beim Verband fest angestellt[25]. Mit dieser neuen Konstruktion glaubte man einen neuen Anfang machen zu können, jedoch zeigte sich nach kurzer Zeit, daß auch diesem Verband nur ein geringer Teil der Mitglieder der Fachvereine beitrat (vgl. die entsprechende Tafel: Entwicklung der Mitgliedszahlen bis zum Jahr 1903). Im Januar des Jahres 1896 konstituierten sich neben dem Distriktsbezirk Falkenau (Sokolov) auch im nordwestböhmischen Gebiet zwei Verbände mit dem Sitz in Turn (Trnovany) (Obmann: Karl Panek, Turn) und in Karbitz (Chabařovice) (Obmann: Ignaz Schweska, Karbitz)[26]. Die Distriktsverbände führten halbjährlich Generalversammlungen durch, deren Protokolle im "Glück auf!" abgedruckt wurden. Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes am 29. März 1896 wurde Emanuel Kratochvil zum neuen Obmann gewählt[27]. Die finanzielle Basis der Bergarbeiterbewegung war zu diesem Zeitpunkt desolat, da nur etwa 20 % der Mitglieder regelmäßig ihre Beiträge entrichteten; die einzelnen Distrikte meldeten eine enorme Fluktuation, so traten besonders vor Streiks eine Menge neuer Mitglieder ein, um in den Genuß von Unterstützungen zu kommen, verließen die Organisation nach vollendeter Aktion aber wieder. Man beschloß daraufhin, daß die Anzahl der Delegierten zu den Verbandstagen nach der Anzahl der abgerechneten Beiträge bestimmt werden solle[28]. Auf dem Verbandstag im Jahre 1897 wurde der Beitrag wieder auf den niedrigsten Stand von 2 Kreuzern pro Mitglied und Monat herabgesetzt[29].

Das Jahr 1896 brachte einen allgemeinen Rückgang in der Arbeiterbewegung, dieser hatte verschiedene Ursachen. Vom Parlament waren für den Bereich des Bergbaus Genossenschaften vorgeschrieben worden, die gleichsam als Schiedsstellen für Unternehmer und Beschäftigte konzipiert waren. Ein erwünschter Nebeneffekt war jedoch, daß vielen Bergarbeitern der Sinn und Nutzen der Bergarbeiterbewegung wenn nicht ausgeredet, so doch zumindest zweifelhaft erscheinen mußte[30]. Daneben beeinträchtigten innerverbandliche Querelen, bei denen es zwischen dem ehemaligen Obmann Wölfl und dem neuen Vorsitzenden Kratochvil um eine angebliche Protokollfälschung ging und die über ein halbes Jahr andauerten, das Bild der Organisation nach außen. Zwischenzeitlich war der Verbandssitz wieder einmal verlegt worden, und zwar nach Nürschan(Nýřany). Die Zentren der Bergarbeiterbewegung befanden sich in Mährisch-Ostrau (Ostrava), in der

DIE ENTWICKLUNG DER MITGLIEDSZAHLEN DER BERGARBEITER-BEWEGUNG BIS ZUR GRÜNDUNG DER UNION IM JAHR 1903

Jahr	Zahl	davon dem Zentralverband angeschlossen
1891	818	-
1892	758	-
1893	3238	-
1894	5351	3238
1895	9800	3745-6108
1896	7617	2778
1897	7850	-
1898	10811	9420
1899	13083	10407
1900	7715	-
1901	7564	-
1902	7816	-

Bemerkungen:
1894: Verbände Mährisch-Ostrau, Kladno und Steiermark gehören dem Zentralverband nicht an.

1895: Mährisch-Ostrau meldete von ca. 2000 Mitgliedern nur 500 im Zentralverband an.

Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier existierten zeitweise drei Distriktsverbände (Turn/Karbitz/Maltheuern).

MITGLIEDER VON BERGARBEITERORGANISATIONEN IM NORDWESTBÖHMISCHEN BRAUNKOHLENREVIER (1891 - 1902)

Jahr	Verband Turn	Verband Karbitz	Verband Maltheuern
1895	806	-	-
1897	1235	-	-
1898	3068	627	2280
1899	2198	327	-
1901	1238	-	-
1902	1194	-	-

Quelle:

Veröffentlichte Protokolle der Generalversammlungen im "Glück auf!"

Steiermark, deren eingeschriebene Mitglieder jedoch nicht dem Zentralverband angeschlossen waren, und in Falkenau (Sokolov), wo der Sitz des Fachblattes "Glück auf!" war[31]. Im nordwestböhmischen Raum stand die Organisation zu dieser Zeit auf äußerst schwachen Füßen. Einen Aufschwung erlebte sie, als im Jahre 1897 eine Lohnbewegung gestartet wurde. Die Konferenz in Pilsen (Plzeň) hatte sich schon mit dem Thema der Lebensmittelsteigerungen befaßt und eine Aktion gutgeheißen. In einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Turn (Trnovany) am 31. Oktober 1897 wurde eine Resolution beschlossen, durch die von den Unternehmern eine 20 %ige Lohnerhöhung sowie ein Minimallohn (nicht unter 2 fl. pro Schicht) gefordert wurde. Dies wurde abgelehnt, die Lohnfrage sollte vor die Bergbau-Genossenschaft[32]. Als sich danach längere Zeit in der Angelegenheit nichts tat, ergriff die Organisation der Bergarbeiter in Nordwestböhmen wiederum die Initiative und startete eine erneute Aktion. In "Massenversammlungen" wurde ein Memorandum beschlossen; in Dux (Duchcov) hatten sich über 2000 Bergarbeiter, in Brüx (Most) gar 6000 versammelt. Nachdem in den beiden Sprachen Deutsch und Tschechisch Reden gehalten worden waren, formierte man sich zu einem Demonstrationszug und marschierte vor die betreffenden Bergämter, wo vorbereitete Resolutionen übergeben wurden. Darin wurde verlangt: 1. Präzise Durchführung der achtstündigen Schicht für alle Arbeit ober- und untertags, Ein- und Ausfahrt inbegriffen; 2. eine 20 %ige Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter; 3. ein Minimallohn für alle Häuer von 2 fl.; 4. vollständige wöchentliche Entlohnung. In den Versammlungen war angekündigt worden, "für den Fall der Hartnäckigkeit der Unternehmer, einen Kampf bis zum Äußersten zu führen"[33]. Diese Bewegung führte letztendlich Anfang des Jahres 1900 zu einem Ausstand, der alle Reviere innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie erfaßte. Da sich das nordwestböhmische Revier zum stärksten organisatorischen Pfeiler innerhalb der gesamten Organisation entwickelt hatte, muß es als logisch angesehen werden, zumal hier auch die meisten Bergarbeiter anzutreffen waren, daß der Sitz des Zentralverbandes nach Turn (Trnovany) gelegt wurde. Man rüstete für einen organisatorischen Neubeginn; dabei wollten jedoch die Redakteure der Fachblätter, die sich in Falkenau (Sokolov) und Mährisch-Ostrau (Ostrava) befanden, nicht mitziehen. Simon Starck sprach sich zwar für den Standort Turn (Trnovany) des Zentralverbandes aus, zumal - wie er besonders hervorhob - "diejenigen Kräfte, die einen solchen Verband leiten können", dort vorhanden seien. Hinsichtlich der Situation und der Zukunft der Fachblätter deutete sich auf dem sechsten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, der vom 3. bis 5. Juli 1898 in Prag abgehalten wurde, bereits an, daß es zu schwerwiegenden Differenzen kommen würde; Simon Starck sagte: "Wollen Sie den Verband nach Teplitz verlegen, so thun Sie das, wir aber gehen nicht mit, weil wir nicht vom Neuen anfangen wollen. Nehmen

Sie die beiden Fachblätter von Ostrau und Falkenau weg, und die Organisationen werden dort verfallen, weil sie nicht überblickt werden können" [34]. Der organisatorische Wirrwarr und die Streitigkeiten um die Fachblätter machten den Aufschwung, der sich vor allem in steigenden Mitgliederzahlen geäußert hatte, wieder zunichte. Der Distriktverband in Turn gründete praktisch im Alleingang einen Verband der Berg- und Hüttenarbeiter für das Königreich Böhmen [35], dessen Vorstand jedoch wieder nur aus Mitgliedern des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers bestand, so daß die anderen Reviere nicht repräsentiert waren. Man versuchte zwar, andere Distriktsverbände zum Beitritt in diesen Landesverband zu bewegen, was aber nicht gelang. Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs im Dezember 1899 schien sich eine Wende anzubahnen. Die hier getroffenen Vereinbarungen konnten jedoch durch den Ausbruch des Streiks nicht mehr zur Durchführung gelangen [36].

Wie Anton Jarolim in seinen Veröffentlichungen immer wieder betont, wurde von der Führung der Bergarbeiterbewegung angesichts der Erfolge des Streiks (Neunstundenschicht, Lohnerhöhung) erhofft, daß die Organisation daraus gestärkt hervorgehen würde. Doch genau das Gegenteil war der Fall. Die Mitgliederzahlen gingen rapide zurück, die meisten Vereine hatten zu existieren aufgehört. Im Distriktsverband Turn (Trnovany) waren noch ganze 160 Mitglieder übriggeblieben. Jarolim betont, daß gerade die Mitglieder aus dem kleinen Schatzlarer Revier (Žacléř), die dem Turner Verband angeschlossen waren, diesen am Leben erhalten hätten [37]. Die Gründe für den Niedergang nach dem Streik sind vielfältig. Viele Bergarbeiter dürften aus Enttäuschung, daß diese große Aktion nicht größere Erfolge gebracht hatte, der Bewegung den Rücken gekehrt haben, anderen wiederum fehlte das Bewußtsein- bzw. das Bewußtsein hatte ihnen angesichts der organisatorischen Schwierigkeiten auch nicht nähergebracht werden können -, daß nur eine dauerhafte und auf soliden Füßen stehende Organisation die einmal erkämpften Erfolge auch sichern und ausbauen helfen konnte [38]. Zum anderen versuchten die Unternehmer im Verein mit der bürgerlichen Presse in einer beispiellosen Kampagne, der Bergarbeiterbewegung den Garaus zu machen. Über tausend Vertrauensmänner waren aus den Betrieben entlassen worden, viele andere Bergarbeiter für längere Zeit ausgesperrt. Die in der Bergarbeiterbewegung auf allen Ebenen führenden Personen wurden gemaßregelt, d. h. abgeschoben, wodurch gewaltige Lücken in die Organisation geschlagen wurden. In der bürgerlichen Presse kursierten Gerüchte über einen angeblichen Streikverrat und Streikgelderraub durch die Führung des Zentralverbandes. Dadurch steigerte sich die Abneigung gegen eine gewerkschaftliche Organisation erheblich. Die desolate Situation ermunterte zudem die Vertreter der unabhängigen Strömung, die sich durch die eingetretene Entwicklung bestätigt fühlen durften, zu verstärkten Aktivitäten.

Die Zeichen für einen Neubeginn standen also sehr ungünstig. Es mußten schon verschiedene Umstände zusammentreffen, um aus der Organisationslosigkeit herauszukommen. In den Jahren 1901 und 1902 häuften sich Berichte im "Glück auf!", wonach es in allen Revieren zu ausgedehnten Lohnreduzierungen kam. Die Bergarbeiter wurden dabei wieder an ihrem empfindlichsten Nerv, der sich verschlechternden materiellen Existenz, getroffen. So war im November des Jahres 1901 zu lesen, daß die wirtschaftliche Situation der Bergarbeiterfamilien schlechter war als drei Jahre zuvor: "...; denn dasjenige, was durch den Streik im Vorjahr errungen wurde, ist ihnen, dank ihrer Unthätigkeit, wieder genommen worden. Ja auf manchen Schächten noch mehr, so daß viele Bergarbeiter jetzt nicht einmal so viel verdienen wie vor dem Streik" [39]. Auch Jarolim gibt der Tatsache der Lohnreduzierungen ein starkes Gewicht, wenn er meint, daß dadurch "der Boden für das Wiedererwachen der Bergarbeiter vorbereitet" worden sei [40]. Eine andere Folge des Streiks von 1900 war, daß die Wiener und die Prager Gewerkschaftskommission, die sich im Januar 1897 von der gesamtösterreichischen Kommission abgespalten hatte, wieder näher zusammenrückten [41]. Innerhalb der Bergarbeiterbewegung selbst war man nach dem Ausgang des Streiks zur Einsicht gekommen, daß man der geschlossenen Front der Unternehmer nur mit einer einheitlichen und auf solider finanzieller Basis stehenden Organisation entgegentreten konnte: "Die Zeiten, so man hoffen konnte, in kleinen Theilkämpfen dem Unternehmerthum abzutrotzen, sind vorüber" [42]. Durch die Folgewirkungen des Streiks waren die früheren Argumente, daß man mit niedrigen Beiträgen die meisten Mitglieder werben könne, ein für alle Mal widerlegt worden. Die deutsche Bergarbeiterbewegung wurde als positives Gegenbeispiel zitiert [43]. Einen besonderen Stellenwert erkannte man der "Hebung der Ausbildung und Intelligenz" zu, dem häufigen Funktionärswechsel gab man die Schuld an der fehlenden Effizienz der einzelnen Verbände. In der Tat war mit dem letzten Punkt ein wichtiges Thema angesprochen; der "Glück auf!" fragte: "Kann aber ein Funktionär jahrelang aus eigenen Mitteln stets das Opfer bringen, ohne seine Familie zu vernachlässigen, ja selbst wirthschaftlich zu schädigen?" [44] Deshalb wurde für den Neubeginn eine Entschädigung für die Funktionäre gefordert. Im Fachblatt erfolgte in den Jahren 1900 bis 1901 eine breit angelegte Diskussion über die sogenannte "Organisationsfrage". In einer kritischen Analyse, die auch die heiklen Punkte nicht ausließ, ging man den Dingen auf den Grund; neben den schon verschiedentlich angesprochenen Problemen des Kompetenzenwirrwarrs zwischen den Distriktsverbänden und dem Zentralverband, den wirtschaftlichen Grundlagen und den Bemühungen der "Unabhängigen" sowie der Sonderentwicklung im Falkenauer Revier (Starck'scher Verband!) brach auch erstmals in größerem Rahmen die Frage der Mehrsprachigkeit und der damit verbundenen Probleme auf. Diese Diskussion brachte ganz ein-

deutig erste Spaltungstendenzen, dann auch -bestrebungen zutage. In dem Beitrag eines Bergarbeiters wurde dies so ausgedrückt: "... und hauptsächlich die Zweisprachigkeit in unseren Organisationen trägt die Schuld, daß es nicht vorwärts geht" [45]. Als Beweise führte er folgende Punkte an: "1. Es müssen die wichtigsten Funktionen der Ortsgruppen in die Hände solcher Leute gelegt werden, die beider Sprachen mächtig sind, ob sie die übrigen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen oder nicht. Den Mitgliedern bleibt eben keine andere Wahl, weil gewöhnlich kaum zwei Genossen beider Sprachen in Wort und Schrift mächtig sind. 2. Alle Versammlungen ziehen sich in die Länge, weil ordnungsgemäß jedes Wort in die andere Sprache übersetzt werden muß. Dadurch ermüden die Mitglieder, schenken den Verhandlungen keine Aufmerksamkeit und verlassen das Lokal, lange bevor die Verhandlung beendet ist. Vielen Mitgliedern flößt das langweilige Übersetzen einen solchen Ekel ein, daß sie absolut in keine Versammlung gehen und ihre Beiträge lieber durch andere hinschicken ...". 3. "In allen unseren Versammlungen sind mit Naturnothwendigkeit stets die deutschen Genossen im Nachtheil, weil sie von dem czechischen Referat nichts verstehen, und jeder Czeche, wenn er auch deutsch kann, in seiner Sprache referirt. Während der deutsche Genosse den internationalen Gedanken hochhält und vor seine Nationalität stellt ist der Czeche erst national und erst dann, wenn sein Nationalgefühl befriedigt ist, zeigt er sich international. - Dies gilt natürlich nicht von allen Czechen, auch nicht für alle Orte, aber überall dort, wo die Czechen im deutschen Sprachgebiet auftreten, zeigen sie sich zuerst vom nationalen Standpunkt, während sie im czechischen Sprachgebiet mehr international gesinnt sind". Die lange Versammlungsdauer führe zu mehr Alkoholgenuß, wodurch die Sitzungen oftmals einen stürmischen Verlauf nähmen. Die Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit führe zudem zu höheren Ausgaben, da Bücher und Zeitungen in den entsprechenden Sprachen gedruckt werden müßten. Der Schreiber forderte daher die Aufteilung in deutsche und tschechische Ortsgruppen, wobei "bei einer Trennung in sprachliche Gruppen auf beiden Seiten nach einem bestimmten Plane gearbeitet werden und für eine geregelte Verbindung Vorsorge getroffen" werden müßte. Die Redaktion des "Glück auf!" erklärte sich mit den Behauptungen, die die sprachlichen Gegebenheiten diskutierten, nicht einverstanden, bescheinigte dem Autor jedoch, daß er sonst gute Gedanken geäußert habe [46]. Es muß jedoch festgehalten werden, daß trotz kritischer Töne die Zweisprachigkeit nicht als ein unüberwindliches Hindernis betrachtet wurde. Ein Antrag der Ortsgruppe der Bergarbeiter in Kopitz (Kopisty) legte dann den ersten Keim der Spaltungsbestrebungen, noch bevor die Union der Bergarbeiter Österreichs gegründet war. Die Trennung der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission von der gesamtösterreichischen Gewerkschaftskommission im Jahre 1897 hatte zur Folge gehabt, daß von Prag aus versucht wur-

de, durch Ablieferung der Beiträge der tschechischen Mitglieder in den Fachorganisationen über finanzielle Mittel verfügen zu können. Im nordwestböhmischen Raum hatte sich der Distriktsverband Maltheuern (Zálužˇi) von Anfang an dafür entschieden, seine Beiträge allein an die Prager Kommission weiterzuleiten[47]. Der Antrag aus Kopitz (Kopisty) lautete nun: "Die Beiträge zur Gewerkschaftskommission sind so einzutheilen, daß für die Gewerkschaftsmitglieder tschechischer Nationalität die Beiträge zur tschechoslavischen Gewerkschaftscommission nach Prag und für die Verbandsmitglieder deutscher Nationalität zu der Gewerkschaftscommission Oesterreichs nach Wien abgeführt werden sollten"[48]. Als Begründung wurde dafür angeführt, daß es den tschechischen Mitgliedern nicht gleichgültig sein könne, ob die tschechoslavische Kommission über finanzielle Mittel verfüge oder nicht, da es im besonderen ihr obliege, für das Gedeihen der Fachorganisation in Böhmen Sorge zu tragen. Der Kopitzer Antrag blieb nicht allein, die Ortsgruppe Oberleutensdorf (Horní Litvínov) schloß sich an, die Zahlstelle Ladowitz (Ledvice) verlangte, daß die Beiträge insgesamt nach Prag abgeführt werden sollten, "nachdem der Verband nur auf Böhmen seinen Wirkungskreis erstreckt"[49]. Carl Panek konnte mit einem Vermittlungsantrag, der eine Verschiebung der Entscheidung bis zur Generalversammlung des Zentralverbandes und eine Zusammenkunft der Wiener und Prager Gewerkschaftskommission beinhaltete, die Lage entschärften. Die Anträge der Ortsgruppen Kopitz (Kopisty) und Oberleutensdorf (Horní Litvínov) wurden auf der Generalversammlung des Verbandes Turn (Trnovany) mit 33 gegen 4 Stimmen, also eindeutig, abgelehnt[50].

Aus eigener Kraft hätte die Bergarbeiterbewegung Österreichs einen Neubeginn möglicherweise doch nicht zuwege gebracht. Im Juni des Jahres 1900 wurde im "Glück auf!" der Entwurf eines Organisationsplanes veröffentlicht, der sich jedoch nur wenig von der früher bestehenden Organisation unterschied. Der Verfasser des Artikels wollte als Lokalorganisationen die Schacht- und Ortsgruppen sowie die Fachvereine bestehen lassen; den Distriktsverbänden sollte allein die Kompetenz des Rechtsschutzes zustehen, für alle anderen Dinge sollte der zu gründende Reichsverband zuständig sein. Der Mitgliederbeitrag sollte eine Krone monatlich betragen, wovon 50 Heller bei den Ortsgruppen verbleiben sollten, die andere Hälfte an den Distriktsverband (30 Heller), den Reichsverband (16 Heller) und die Gewerkschaftskommission (4 Heller) gehen sollten[51]. Letztendlich führte ein Vorschlag aus dem tschechischen Fachblatt "Na zdar" zur endgültigen Form der Union der Bergarbeiter[52]. Dieser ging in der Tendenz dahin, dem Zentralverband alle Kompetenzen und Macht zu geben; alle vorhandenen Bergarbeiterorganisationen sollten einem für alle im Reichsrat vertretenen Länder gegründeten Zentralverband als Ortsgruppe beitreten. Wenige Tage später sprach sich auch eine Konferenz von Berg-

arbeiterdelegierten in Turn (Trnovany) für einen Reichsverein mit Ortsgruppen aus. Daneben sollte ein sogenannter Widerstandsfonds gegründet werden, in den ein obligatorischer Beitrag zu entrichten sein sollte. Auch sollten die Fachblätter endlich vom Zentralverband übernommen werden[53]. Angesichts der immer noch schwelenden Differenzen ergriff die Gewerkschaftskommission in Wien die Initiative und bereitete auf einer von ihr zusammengerufenen Vertrauensmännerkonferenz eine Reichskonferenz vor, die für den 14. bis 16. Oktober des Jahres 1900 nach Wien einberufen wurde. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, daß zuerst die Distriktsverbände gestärkt werden sollten, ehe zu einem Ausbau des Zentralverbandes fortgeschritten werden könne. Der bestehende Zentralverband war kurzerhand aufgelöst und durch ein Exekutivkomitee ersetzt worden[54]. Gegen ein solches Vorgehen verwahrte sich die zu diesem Zweck zusammengerufene außerordentliche Generalversammlung des Verbandes in Turn (Trnovany); der Reichsgewerkschaftskommission wurde das Recht abgesprochen, eine Reichskonferenz der Bergarbeitervertreter einberufen zu dürfen. Man sprach sich gegen die Auflösung des Zentralverbandes aus. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Der Zentralverband sollte bestehen bleiben, "ändert seine Statuten im Sinne einer Union, wie sie bei anderen Branchen bereits besteht". Die Distriktsverbände und anderen Vereine sollten sich in Ortsgruppen umwandeln, die Fachblätter sollten am Sitz des Zentralverbandes herausgegeben werden und in dessen Besitz übergehen[55]. Auf der Reichskonferenz ging es dann angesichts der unterschiedlichen Auffassungen sehr kontrovers zu. Der Distriktsverband Falkenau (Sokolov) stellte zu Beginn der Konferenz gleich den Antrag, daß die Distriksverbände die Grundlage der neuen Organisation bilden sollten. Die Organisation auf den Schächten sollte losgelöst und mehr an die Belange der Bergbaugenossenschaften angelehnt werden. Dagegen stand der Antrag aus Turn (Trnovany), den eigentlich noch bestehenden, aber von der Gewerkschaftskommission aufgelösten Zentralverband zu einer Union aufzubauen. Die Vertreter der Gewerkschaftskommission neigten mehr dem Falkenauer Vorschlag zu. Der Vertreter des Turner Verbandes, Josef Plescher, verteidigte den aus dem nordwestböhmischen Revier stammenden Vorschlag mit dem Hinweis, daß sich bei einer Distriktsorganisation die einzelnen Reviere voneinander entfremden würden. Er erhielt dabei von einem Gast aus Deutschland, dem Reichstagsabgeordneten Sachse (Zwickau), Unterstützung. Dieser betonte, daß es bei einmal starken Distriktsverbänden noch viel schwieriger werden würde, eine funktionsfähige Zentralorganisation einzurichten. Die Gewerkschaftskommission setzte sich mit ihrem Vorschlag durch, daß zuerst ein fester Unterbau geschaffen werden solle[56]. Der Turner Verband (Distrikt) hob daraufhin in einer Sitzung am 2. Dezember 1900 die obligatorische Abnahme des Fachblattes auf, "bis die sämtlichen Distriktsorganisationen der Bergarbeiter dem Zentralverband beitre-

ten, ihre Beiträge zum selben leisten und bis die Zeitschriften "Glück auf!" und "Nazdar" in das Eigenthum und die Herausgabe dem Zentralverbande übergeben sein werden, ..." [57]. Die "entscheidende Wendung" ("Glück auf!" Nr. 7/1901, S. 1) erfolgte auf dem ordentlichen Verbandstag des Central-Verbandes der Districtsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs am 3. Februar 1903 in Turn (Trnovany). Ob die Entscheidung, die Fachblätter am Sitz des Zentralverbandes herauszugeben, auf Druck der Ereignisse im Turner Verband zustandegekommen ist, läßt sich aufgrund der vorliegenden Quellen zwar nicht mehr klären; daß sie einen Einfluß gehabt haben, muß jedoch stark vermutet werden [58]. Der Distriktsverband in Turn (Trnovany) beschloß jedenfalls am 24. Februar auf seiner Generalversammlung die obligatorische Einführung der Fachblätter wieder [59]. Der Distriktsverband umfaßte zu dieser Zeit bereits 16 Ortsgruppen, 11 Schachtgruppen, 6 Zahlstellen und einen Fachverein. Mit Nr. 25 (vom 5. September des Jahres 1903) erschien der "Glück auf!" dann erstmals in Turn (Trnovany) mit dem neuen Untertitel: "Central-Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs". Ab diesem Zeitpunkt häufen sich dann auch die Meldungen von Wieder- oder Neugründungen von Ortsgruppen und Zahlstellen [60].

Die grundlegenden Vorbereitungen zur Gründung der Union wurden auf der Generalversammlung des Zentralverbandes am 4. und 5. Mai im Jahre 1902 getroffen. Dort waren Vertreter fast aller Reviere Österreichs anwesend. Bei einer Gegenstimme beschloß man dann einen Plan zur Durchführung der Zentralisation. Der Distriktsverband Maltheuern (Záluži) erklärte, auch weiterhin die Beiträge nach Prag abliefern zu wollen. Hier die Einzelheiten des Beschlusses:

1. Alle Reviere sollten im Unionsausschuß vertreten sein.
2. Die Distriktsverbände bzw. deren Ortsgruppen und Vereine sollten sich ausschließlich in Ortsgruppen der Union umwandeln.
3. Die Union sollte auf Revierbasis aufgebaut werden (8 Reviere).
4. Bei mehr als 1000 Mitgliedern sollte in einem Revier ein Sekretariat errichtet werden.
5. Der Beitrag wurde auf 1 Krone 20 Heller festgesetzt, wovon 90 Heller an die Union gegeben, 30 Heller den Ortsgruppen verbleiben sollten. Für die Übergangszeit wurde ein Beitrag von 60 Hellern festgesetzt.
6. Den Distrikten wurde eine Frist von einem Jahr für die Beitragserhöhung eingeräumt.
7. Es sollte für die zu schaffende Union ein Regulativ für die Unterstützungszweige errichtet werden.
8. Die Reviersekretäre bzw. die Reviervertrauensmänner sollten gleichzeitig die Lei-

ter der zu errichtenden Unionsbüros werden.

9. Man einigte sich auf die weitere Durchführung von Revierkonferenzen.

10. Ortsgruppen sollten ab 50 Mitgliedern bestehen, die unterhalb dieser Zahl liegenden organisatorischen Einheiten sollten Zahlstellen genannt werden[61].

Dieses 10-Punkte-Programm zeigt eindeutig, wie die führenden Funktionäre aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt hatten. Die Übergangsfrist von einem Jahr ließ genügend Zeit, die bevorstehenden Änderungen in den Ortsgruppen zu erklären und zu diskutieren. Dazu reisten die Vorstandsmitglieder und Redakteure in die Versammlungen und Veranstaltungen der Ortsgruppen und Vereine. Im Fachblatt "Glück auf!" vom 26. Februar 1903 erging dann die Mitteilung an alle Bergarbeiter, daß das Statut der Union der Bergarbeiter Österreichs nach dreimaligem Einreichen vom Ministerium bewilligt worden sei. Die Distriktsverbände wurden aufgefordert, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, um den konstituierenden Unionstag abhalten zu können[62]. Der Verband in Turn berief daraufhin für den 19. März die ordentliche Generalversammlung ein, in der beschlossen wurde, daß der bisherige Vorstand die Geschäfte bis zur Gründung der Union fortführen solle. Die Liquidation des Verbandes wurde einer besonderen Generalversammlung vorbehalten[63].

Die Zeit von 1890 bis zur Unionsgründung bedeutete für die Bergarbeiterbewegung eine Phase der Klärung und Formierung der Kräfte sowohl innerhalb der Bewegung selbst als auch nach außen. Der Prozeß einer einheitlichen Organisation vollzog sich deshalb bei den Bergarbeitern am langsamsten, weil elementare Erfahrungen organisatorisch-technischer Art, die vielfach mit innerverbandlich-demokratischen Verfahrensfragen korrelieren, einfach erst gewonnen werden mußten. Die Reviere innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie waren teilweise weit voneinander entfernt, der Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der Bergarbeiterbewegung unvermeidlich. Die noch labile Organisation mit internationalem Anspruch mußte mit den inneren Querelen fertig werden, zudem formierten sich im gesellschaftlichen Umfeld Kräfte, unter Einsatz von emotionalen Argumenten die zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Aktion willigen Menschen zweier Nationen auseinanderzudividieren, wie sich bei der Betrachtung der lokalen Organisationen noch klar zeigen wird[64]. Die Voraussetzungen kollektiver Interessenartikulation waren zwar in vielen Belangen erkannt worden, die besondere Struktur des bergbaulichen Bereiches mit seinen traditionellen Formen, die den neuen Bedingungen wenig angepaßt waren, hindert die Bergarbeiterbewegung daran, schneller neue Aktionsformen und -verhalten zu entwickeln. So war schon früh das sogenannte "Petitionieren" verworfen worden, d. h. die Praktik des Stellens von Petitionen an die Werke und die Bergbehörden. Diese alte Artikulationsform innerhalb der funktionieren-

den Bruderladenverfassung im Rahmen des Direktionsprinzips war als den neuen Bedingungen nicht angemessen erkannt worden[65]; die schwache Organisation der 1890er Jahre war andererseits jedoch auch noch nicht imstande gewesen, neue Verhaltens- und Kampfformen, die Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, zu entwickeln. Die starre und unnachgiebige Haltung der Unternehmer, die freilich dem Lernprozeß der andersartigen Konfliktregelung ebenfalls unterworfen waren, ihre Indolenz gegenüber den für die Bergarbeiter existentiellen Fragen steigerten die Verbitterung; die Führung der Bergarbeiterbewegung, das muß einmal ausdrücklich festgestellt werden, war sich darüber klar, daß die Lern- und Anpassungsprozesse einer erheblichen Zeit bedurften. In der ersten Euphorie nach der Gründung einer Bewegung, die sowohl auf gewerkschaftlicher wie politischer Seite angetreten war, brauchte es eindringlicher Überzeugungskraft von der Führung her, von einer unüberlegten und nicht von langer Hand vorbereiteten Aktion abzuhalten. Auf einer Konferenz in Pilsen (Plzeň) im Jahre 1895 "wurde die schwere Aufgabe betont, die ungeduldigen Massen vor einem Verzweiflungsact zurückzuhalten"[66]. Die erste große Aktion der Bergarbeiterbewegung, die erklärtermaßen die Durchsetzung des Achtstundentages zum Ziel haben sollte, durfte nicht zu einer Niederlage werden; diese hätte für die weitere Entwicklung der Bewegung gerade in diesem Frühstadium katastrophale Auswirkungen haben können, dessen war man sich bewußt. Es zeugt von großer Weitsichtigkeit der führenden Personen, daß die Forderung der Einführung des Achtstundentages, die am 1. Mai 1895 den Grubenbesitzern in Nordwestböhmen vorgelegt worden war und ultimativ für den 15. Mai ihre Erfüllung erzwingen wollte, wegen der schlechten konjunkturellen Lage nicht mit einer Aktion endete, die angesichts der fehlenden Voraussetzungen nur hätte zu einer Niederlage werden können. Die Unternehmer hatten durch eine gesteigerte Förderung zudem bereits für einen Streik Vorsorge getroffen. Die Redakteure des "Glück auf!" kommentierten die Entscheidung und die damalige Situation so: "Von den Unternehmern den Achtstundentag erbetteln oder ertrotzen wollen, hieße "Eulen nach Athen tragen"... . Die österreichischen Bergleute haben die richtige Antwort getroffen. Den Gefallen zu streiken, thun wir Euch nicht, verehrte Herren, wir pfeifen Euch was"[67]. Erfahrungen sammeln konnten die Bergarbeitervertreter auf den einzelnen Werken, wo ein geschlossenes Verhalten die Vorbedingung für einen Erfolg von Aktionen darstellte. Es zeigte sich dabei, daß in den Betrieben, in denen eine stärkere Mitgliedschaft bestand, die Verhältnisse auf Dauer eher verbessert werden konnten. Die Erfahrungen auf der lokalen Ebene waren für jede größere Aktion unabdingbar. Eine weitreichende Wirkung auf den Beitrittswillen und die Organisationsbereitschaft der Bergarbeiter hatte die Tatsache, daß die Unternehmer in dem Instrument der Bruderladen und der Staat in der neu geschaffenen Bergbau-Genossenschaft über Mittel

verfügten, der Bergarbeiterbewegung in den 1890er Jahren die Spitze abzubrechen. Gerade in der Frage der Bruderladen war die Erkämpfung politischer Rechte (Koalitionsrecht, Streikrecht) ganz innig mit der Gefahr wirtschaftlicher und existentieller Sanktionen verknüpft, die somit ein Druckmittel der Unternehmer darstellten. Von daher muß auch die Ablehnung der Bergarbeiterbewegung allein für einen Wahlrechtskampf verstanden werden. Die immer noch bestehenden Werksbruderladen bargen für die Bergarbeiter bei einer eventuellen Entlassung die Gefahr des Verlustes der jahrelang getätigten Einzahlungen, die gleichzeitig ihre Versorgung bei Krankheit, Unfall bzw. die ihrer Angehörigen bei Todesfall des Ernährers darstellten. Während anfangs noch in einer Zentralisierung der Bruderladen eine größere Einwirkungsmöglichkeit auf die Verwaltung und das Gebahren der Bruderladen gesehen wurde, kam man um die Mitte der 1890er Jahre zu der Überzeugung - wohl nicht zuletzt auch angesichts der nationalen Problematik einer Landes- bzw. Reichsbruderlade -, daß nur die Aufhebung der Bruderladen und die Einführung einer allgemeinen Altersversorgung wie in den anderen Berufsbranchen die ungünstige Ausgangssituation beim Kampf um eine Hebung der Lebensbedingungen verbessern konnten[68]. Die Errichtung der Bergbau-Genossenschaften, auf die noch näher eingegangen wird, engte die Bewegungsfreiheit der sozialdemokratischen Bergarbeiterbewegung weiter ein. Daß die Genossenschaften, der alle Bergarbeiter obligatorisch angehörten, weshalb sie auch als "Zwangsgenossenschaften" bezeichnet wurden, allein darauf angelegt waren, die Politisierung und Organisierung der Arbeiterschaft zu verhindern bzw. sie zu zersplittern und damit viel von ihrer Kraft zu nehmen, zeigten die Vorgänge in den Jahren bis 1900. Als im Jahre 1898 infolge der starken Lebensmittelverteuerung eine Lohnbewegung in Gang gekommen war, lehnte es die Führung der gewerkschaftlichen Bewegung der Bergarbeiter erneut ab, in einen durch die schroffe Form der Ablehnung von gestellten Forderungen provozierten Streik zu treten. Statt dessen wollten die Führer "zunächst alle jene Mittel erproben, die zu einer friedlichen Einigung führen" konnten[69]. Obwohl man den Bergbau-Genossenschaften sehr ablehnend gegenüberstand, wollte man den Instanzenweg, da man sich zu jeder Zeit auf den gesetzlichen Weg zu beschränken verpflichtet hatte, einhalten, der durch die Genossenschaften von Staats wegen vorgeschrieben war. In Massenversammlungen der Bergarbeiter war ein Memorandum beschlossen worden, das über die Vertreter der Bergarbeiterschaft in den Genossenschaften an die Bergverwaltung gerichtet war. Nach den Versammlungen zog man geschlossen vor die Revier-Bergämter, um dieses zu überreichen. Augenscheinlich vertraute man, wie in der vorliberalen Epoche, noch immer der ausgleichenden Position der staatlichen Behörden[70]. Die Einigungsämter der Bergbau-Genossenschaften funktionierten aber nicht infolge der Destruktion der Bergarbeiterbewegung, son-

dern weil die Unternehmer allen Vertretern der Bergarbeiter, in diesem Falle sogar den aufgrund gesetzlicher Vorschrift gewählten Delegierten, das Recht und die Kompetenz absprachen, in Fragen des Lohnes und anderer das Leben und die Arbeitsverhältnisse betreffende Probleme Forderungen zu stellen[71]. Die Vertrauensmänner hatten daraufhin ohne Rücksprache mit der Bergarbeiterorganisation und der Gewerkschaftskommission den Generalstreik beschlossen.

Wie wir auch noch bei den lokalen Organisationen sehen werden, so übernahmen die Distriktsverbände in der Phase bis 1903 teilweise frühere Funktionen der Bruderladen. Als Zweck der Verbände wurde im Organisationsstatut genannt: "Mit vereinigter Organisation die materiellen und geistigen Interessen der Berg- und Hüttenarbeiter zu schützen und zu fördern." Dieses Ziel sollte in erster Linie durch Erhebungen über Arbeitsverhältnisse, durch Statistiken und Fachkongresse, durch die Abhaltung von Versammlungen, in denen in die Problematik sozialer Fragen eingeführt werden sollte, und durch Anlage von Bibliotheken erreicht werden. Daneben wurden unentgeltlicher Rechtsschutz, eine mit der Zeit immer attraktiver werdende Leistung, sowie Reiseunterstützung nach einer bestimmten Mitgliedszeit angeboten. Auch die Pflege der Geselligkeit war in den Statuten genannt (Feste, Wandern). Der § 15 zeigt wieder deutlich die Sonderprägung der Bergleute, die trotz der Zuwanderung vieler berufs- und ortsfremder Personen alle Veränderungen des sozioökonomischen Bereiches überdauert hatte: Die Bestimmung, "durch corporative Betheiligung mit Musik an Begräbnissen verstorbener Verbandsmitglieder" teilzunehmen, bringt das täglich erfahrene gemeinsame und berufseigene Gruppenschicksal zum Ausdruck[72].

Außer den von den Distriktsverbänden und dem Zentralverband abgehaltenen ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen, zu denen nur die gewählten Delegierten und die Funktionäre Zutritt hatten, deren Protokolle aber regelmäßig im Fachblatt veröffentlicht wurden, wurden an vielen Orten öffentliche Bergarbeiterversammlungen abgehalten, um die Bergarbeiterschaft zu mobilisieren und vor allem die sogenannten "Indifferenten" für eine Mitarbeit zu gewinnen. Da jedoch nicht alle Verbände in den verschiedenen Revieren dem Zentralverband angehörten, veranstaltete man daneben die allgemeinen Bergarbeiter-Kongresse, auf denen sich dann Delegierte aller Reviere trafen. Diese waren meist von der Gewerkschaftskommission einberufen worden. Als eigene Aktionsform ist auch die sogenannte "Wanderversammlung" bekannt; dazu trafen sich vor allem die organisierten Bergarbeiter an einem ausgemachten Ort zu einer Kundgebung und wanderten dann im Laufe des Tages noch zu verschiedenen anderen Orten, wo zu vorher angekündigten Zeiten weitere Versammlungen abgehalten wurden. Auf allen Versammlungen, Kongressen usw. waren grundsätzlich die deutsche und die tschechische

Sprache als Verhandlungssprachen zugelassen, die Beiträge wurden oft durch vorher gewählte Dolmetscher wiederholt. Die führenden Funktionäre, bis auf wenige Ausnahmen beider Sprachen mächtig, hielten die Reden und Vorträge in beiden Sprachen bzw. sprachen sich vorher ab, wer in welcher Sprache reden sollte. Bis auf den Zwischenfall in der Bruderladenfrage im Jahr 1895, der jedoch bald beigelegt war und für den sich im Nachhinein feststellte, daß hier in Wirklichkeit Vertreter der nationalen tschechischen Bewegung am Werk gewesen waren, gab es eigentlich keine ernstzunehmende Diskussion um eine nationale Teilung der Organisation. Bei der Vorbereitung zur Gründung der Union wurde noch einmal ausdrücklich betont: "Auch die Union bleibt international wie es überhaupt bei der gewerkschaftlichen Organisation eine nationale Gliederung nicht geben kann. Das politische Muster ist für die Gewerkschaften nicht anwendbar" [73].

c) Die Union der Bergarbeiter Österreichs

Die Generalversammlung des Zentralverbandes Turn (Trnovany), auf der dessen Auflösung beschlossen wurde, war für den 24. Mai des Jahres 1903, 9 Uhr vormittags, einberufen worden; zwei Stunden später fand der konstituierende Unionstag statt. Der Verband Maltheuern (Záluži) versuchte noch einmal, die Distriktsverbände zu retten, was jedoch mißlang. Nicht zuletzt dank des starken Einflusses des alten Turner Verbandes gelangte man zu den auf dem Unionstag getroffenen Vereinbarungen [1]. Zum Obmann wurde Franz Ebert (Falkenau/Sokolov) gewählt, zu seinen Stellvertretern Adalbert Brda (Serbitz/Srbice) und Adalbert Wuch (Soborten/Soběruhy). In einer Resolution, die an die Gewerkschaftskommission in Wien gerichtet war, wurde noch einmal ausdrücklich hervorgehoben: "Für die Mitglieder der "Union der Bergarbeiter Österreichs" gibt es bloß eine Gewerkschaftscommission, in welcher alle Berufsverbände mit ihren Mitgliedern ohne Unterschied auf die Nationalität vertreten sind" [2]. Im Anschluß an die Konstitution trat der neugewählte Vorstand zusammen, um das Verwaltungs-Regulativ vorzubereiten [3]. Die Union selbst trat dann am 1. Oktober des Jahres 1903 in Kraft. Sie bildete "seitdem den einflußreichsten Arbeiterverband im böhmischen Braunkohlengebiet und in Österreich überhaupt" [4].

Gemäß den Bestimmungen des Verwaltungsregulativs, das die Verpflichtungen der Mitglieder und die Leistungen des Verbandes festlegte, wurden die Mitglieder in zwei Klassen mit unterschiedlichen Beiträgen eingeteilt. Die 1. Klasse, d. h. alle über 20 Jahre alten aktiven Bergarbeiter, zahlten pro Woche 30 Heller Beitrag, die der zweiten (jugendliche Arbeiter bis zum 20. Lebensjahr, Frauen und Provisionisten) 15 Heller. Die Mitglieder der ersten Klasse hatten nach einjähriger Mitgliedschaft einen

Anspruch auf Krankenunterstützung (30 Heller pro Tag, 10 Wochen pro Jahr) und Arbeitslosenunterstützung (1 Krone 30 Heller pro Tag, 8 Wochen im Jahr) bei "unverschuldeter Arbeitslosigkeit". Alle Mitglieder besaßen nach sechsmonatiger Mitgliedsdauer Anspruch auf Rechtsschutz, nach einjähriger Mitgliedszeit wurde ein Sterbegeld an die Hinterbliebenen (einmalige Zuwendung von 50 Kronen) gezahlt. Daneben gab es noch den Reisegeldzuschuß sowie den unentgeldlichen Bezug des Fachblattes[5].

Ende des Jahres 1903 existierten im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 15 Ortsgruppen und 6 Zahlstellen[6]. Die Organisation wurde im Laufe des Jahres 1904 zusehends stärker, wie der Anstieg der Mitgliedszahlen um nahezu das Doppelte beweist, wobei die Reviere Mährisch-Ostrau und Trifail den Löwenanteil zur Steigerung beitrugen. Acht weitere Ortsgruppen bzw. Zahlstellen kamen im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier neu hinzu[7]. Anläßlich einer Revierkonferenz am 8.5.1904 wurde von den organisierten Genossenschaftsdelegierten, Bruderladenausschußmitgliedern und Ortsgruppenfunktionären ein Reviervertrauensmann gewählt; im Bericht des Fachblattes heißt es dazu: "Daß der Reviervertrauensmann absolut notwendig ist, der die Verpflichtung hat, den Unionsvorstand über alle Vorkommnisse zu unterrichten einerseits und einzuwirken auf die Organisation andererseits, daß die Organisationsarbeit planmäßig betrieben wird, darüber besteht kein Zweifel. Es wurde daher der provisorische Vertrauensmann Genosse Budil als endgültig gewählt"[8]. Angesichts der stärker werdenden Organisation erhöhten sich zwangsläufig auch die Einwirkungsmöglichkeiten bei Streitigkeiten in den Betrieben. Als auf dem Adolf-Ernst-Schacht der Saxonia-Gewerkschaft bei Schönfeld (Tuchomyšl) wegen einer Lohnsenkung Anton Jarolim als Vertreter der Union vermitteln wollte, wurde er jedoch mit dem Hinweis abgewiesen, daß nur die Genossenschaftsdelegierten hierzu ein Recht besäßen. In den Reihen der Bergarbeiter wurde daraufhin immer häufiger der Ruf nach der Anerkennung der Union als Verhandlungspartner laut[9].

Über die Weihnachtsfeiertage des Jahres 1904 fand in Leoben der Erste Unionstag statt[10]. Man befaßte sich hauptsächlich mit inneren Angelegenheiten, so lagen 81 Anträge vor, die Vorschläge enthielten, wie die Unionsverwaltung sparen könne; die Delegierten wandten sich mit allen Mitteln gegen eine Beitragserhöhung. Ein Antrag aus Maltheuern (Záluží) hatte zum Inhalt, daß der Obmann der Union der tschechischen Sprache mächtig sein mußte. Der damalige Vorsitzende Franz Ebert war einer der wenigen Funktionäre, die nicht zweisprachig waren[11]. Die polnischen und slovenischen Vertreter wandten sich jedoch dagegen, da nach ihrer Ansicht nicht die Nation, sondern die Fähigkeit für die Besetzung der führenden Posten maßgebend sein sollte und bei Bestehenlassen eines solchen Antrages allen Sprachen Rechnung getragen werden müsse. Anton Jarolim lehnte die ihm in diesem Zusammenhang angetragene Kandidatur ab, da er als Admini-

MITGLIEDER DER UNION DER BERGARBEITER ÖSTERREICHS (JAHRESDURCHSCHNITT):

Jahr	Leoben	Trifail	Falkenau	Nürschan	Turn	Mähr.	Galizien	Kladno	Rossitz	Schatzlar	Hultschin	Summe
1903	968	738	790	754	844	1480	-	128	295	-	-	5997
1904	1885	2243	913	1400	1107	3079	414	197	288	-	-	11531
1905	1818	1184	683	865	847	10803	120	1270	159	-	-	17749
1906	1901	711	1357	1350	1747	17906	707	1764	546	-	-	27989
1907	2800	1182	1909	1843	2705	16707	610	1956	1003	-	-	30715
1908	3404	1476	2319	2799	3967	14214	536	2443	1455	-	-	32613
1909	2962	1461	2398	2290	3727	11370	364	2231	1189	-	-	28352
1910	2106	950	1956	920	2349	7468	356	845	556	-	-	17506
1911	2105	936	2144	306	1892	5648	497	7	5	-	-	13540
1912	2359	922	2113	265	2049	5261	641	-	11	-	-	13621
1913	2379	925	2050	237	2367	5672	447	-	-	-	-	14077
1914	1798	959	1820	176	2143	3922	356	-	-	-	-	11147
1915	1051	541	1134	115	1567	2135	20	-	-	-	-	6563
1916	1138	435	925	107	1441	1908	14	-	-	-	-	5968
1917	2320	665	931	99	1801	2625	201	-	-	-	-	8642
1918	4929	1842	1050	140	3423	6117	3574	-	-	4)	-	21075
1919	3338	1)	5323	2732	16923	1077	124[2)]	-	-	1695	-	41212
1920	7572	-	8648	3140	22753	3)	-	-	-	2417	1470	46000

Trifail [1)] seit 1. Dezember 1918 eigener Verband (Jugoslaw.)

Galizien [2)] seit 1. Januar 1919 eigener Verband (Polen)

Ostrau [3)] seit 31. Januar 1919 im tschechoslowakischen Verband

Schatzlar [4)] seit 1. Februar 1919 selbständiges Revier

Leoben [5)] seit 31. Januar 1920 eigener Verband (Österreich)

strator der beiden Fachblätter völlig ausgelastet war. Daraufhin wurde Franz Ebert wiedergewählt, zu Stellvertretern wurden Franz Riegel und Ferdinand Kleinwächter bestimmt. An das Abgeordnetenhaus wurde eine Resolution gerichtet, in der gefordert wurde, daß die Bergarbeiter den übrigen Industriearbeitern gleichgestellt werden sollten, vor allem im Hinblick auf die Unfallversicherung. Daneben wurde die Abschaffung bzw. Änderung des "reaktionären Bruderladengesetzes" verlangt. Um einen besseren Einfluß auf die Bergbau-Genossenschaften und Bruderladen zu bekommen, beschloß man, "bessere und freundschaftlichere Verbindungen mit allen Bruderladen und Bergbaugenossenschaften, bzw. mit deren Arbeitervertretern anzuknüpfen"; trotz der grundsätzlichen Abneigung gegen die Form dieser Einrichtungen wollte man ein geschlossenes Vorgehen der Arbeitervertreter erreichen, dies war man auch den eigenen, mittlerweile recht zahlreichen Mitgliedern, schuldig.

Mit dem Erstarken der Union begannen auch wieder im innerverbandlichen Bereich Querelen, die zu Austritten führten. Der ehemalige Obmann des alten nordwestböhmischen Verbandes, Wuch, warf dem neuen Unionsvorstand unter nicht weiter dargelegten Gründen "verräterisches Treiben" vor und gründete eine Gegenorganisation, die im Fachblatt nur als die "Wucherianer" bezeichnet wurde [12]. Dieser Gruppe schloß sich auch der ehemalige Obmann Karl Panek an, der mittlerweile Besitzer einer Gaststätte geworden war. Die Ortsgruppe der Bergarbeiter, die diese Gaststätte als Vereinslokal benutzte, sah es als einen unerträglichen Zustand an, daß in diesem Lokal "Wucherianer", Sokolisten und Jungtschechen dominierten, "die die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit verhöhnen." Als die Ortsgruppe Panek mitteilte, daß sie ein anderes Vereinslokal gewählt habe, trat dieser aus der Union aus. Panek war durch die Stimmen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder Funktionär in der Zentralbruderlade und Mitglied des Genossenschaftsausschusses geworden [13]. In die Jahre 1906 und 1907 fielen auch die größten Auseinandersetzungen mit den sogenannten "Anarchisten", "Unabhängigen", "ethische(n) Anarchisten" oder wie sie sich sonst noch selbst bezeichneten. Im Anschluß an den Streik des Jahres 1900 waren Vertreter dieser Strömung vermehrt in die Bergbau-Genossenschaften gewählt worden. In einem Bericht des "Glück auf!" werden diese Gruppen, die zum großen Teil aus tschechischen Bergarbeitern bestanden, so charakterisiert, daß sie "am Biertisch die radicalsten Elemente" darstellten, aber "in der Grube wie umgewechselt" seien [14]. Auch in anderen Berichten wurden die "Unabhängigen" öfter als "Bauchrutscher" apostrophiert, die sich nur außerhalb der Gruben radikal gebärdeten. Über die politischen Grundvorstellungen dieser Strömung ist nur wenig bekannt; die "Anarchisten" wehrten sich gegen jede disziplinierte Organisierung, sie vertraten die Meinung, "daß dem Bergarbeiter nur dann geholfen sei, wenn er "u n a b h ä n g i g"

MITGLIEDERSTAND NACH SPRACHEN UND REVIEREN
STAND: 1. OKTOBER 1904) DER UNION DER BERGARBEITER ÖSTERREICHS

(Quelle: Bericht über die Tätigkeit und Kassagebahrung der Union der Bergarbeiter Österreichs für die Zeit vom 1.Oktober 1903 bis 30. September 1904)

Revier	deutsch	tschech.	poln.	slov.	ital.
nördliche Alpenländer	1388	204	-	290	3
südliche Alpenländer	9	-	-	1548	650
Teplitz-Brüx-Komotau	462	554	-	-	-
Mährisch-Ostrau	3	1308	1768	-	-
Falkenau-Elbogen	846	72	-	-	-
Mies-Pilsen	371	1029	-	-	-
Schatzlar	91	-	-	-	-
Brünn-Rossitz	1	287	-	-	-
Kladno	-	197	-	-	-
Boryslaw	-	-	414	-	-

ORGANISATIONSGRAD DER BERGARBEITERSCHAFT IN DER UNION DER BERGARBEITER ÖSTERREICHS (IN %)

(Grundlage: Bruderladenmitgliedszahlen)

Jahr	davon in der Union	Revier Teplitz-Brüx-Komotau	Jahr	Union	Revier Teplitz-Brüx-Komotau
1892	ca. 1 %	-			
1903	5,7 %	2,4 %	1907	20,2 %	9,2 %
1904	9,0 %	3,7 %	1908	20,6 %	12,8 %
1905	9,1 %	2,5 %	1909	17,8 %	-
1906	13,9 %	6,4 %	1910	11,6 %	-

MITGLIEDERSTAND IM REVIER TURIN (IN %)
DES GESAMTMITGLIEDERSTANDES DER UNION

1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
14,1	9,6	4,8	6,2	8,8	12,2	13,2	13,4	14,0

1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
15,0	16,8	19,2	23,9	24,2	20,8	16,2	41,1	49,5

ist" [15]. Es existierten um 1905 mehrere solcher Gruppen im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier, die auch verschiedene Zeitungen herausgaben [16]. Alle diese Gruppen hatten es vornehmlich darauf abgesehen, die Organisation der (sozialdemokratischen) Bergarbeiter zu schädigen mit dem Ziel, sie zu zerstören. Dazu setzten sie Streiks in Gang und schreckten auch vor persönlichen Beleidigungen der Unionsführer nicht zurück. Die Union hatte im Jahr 1906 eine Lohnbewegung geplant, die aber angesichts der schlechten Konjunktur verschoben wurde. Die "Unabhängigen" bewegten die Bergarbeiter auf verschiedenen Gruben dazu, in den Streik zu treten, indem sie Gerüchte verbreiteten, die Union wolle den Generalstreik. Man brachte fingierte Telegramme unter die Leute, nach deren Inhalt in Kladno und Falkenau (Sokolov) bereits gestreikt wurde, was aber gar nicht der Fall war. Ein anderes Telegramm enthielt die Falschmeldung, daß Anton Jarolim, der Obmann der Union, mit der Unionskasse durchgebrannt sei; Hunderte von Unionsmitgliedern hätten daraufhin die Unionskanzlei besetzt und würden ihre Mitgliedsbücher zerreißen [17]. "Unabhängige", "Wucherianer" und Jungtschechen traten gemeinsam auf Listen gegen die Union bei Genossenschafts- und Krankenkassenwahlen auf; daneben gesellten sich noch verschiedene nationale Gruppierungen. Trotz dieser Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung strömten jedoch immer mehr Menschen in die Union. Im Jahr 1908 wurde die von den anarchistischen Gruppen gegründete "Föderation" von den Behörden aufgelöst. Der Kommentar des "Glück auf!" dazu: "Der anarchistischen Česká federace všech odborů (Tschechische Föderation aller Gewerkschaften) ist ein großes Heil widerfahren, und zwar ist sie seit vielen Jahren ihren papierenen Vorstandes einmal ernst genommen worden, und zwar von der böhmischen Statthalterei. Die Statthalterei hat unseren Anarchisten den Gefallen erwiesen und hat ihre Federace aufgelöst. ... In dem Auflösungserkenntnis der Statthalterei heißt es, daß die "Federace" anarchistische Ziele verfolgt, welche zu einer gewaltsamen Umwälzung der bestehenden öffentlichen Ordnung hinführen. Diese Begründung ist falsch, denn diese Anarchisten haben weder der bestehenden Ordnung noch dem Unternehmertum während der langen Zeit ein Leid zugefügt. Sie haben bloß die sozialdemokratische Arbeiterschaft und die moderne Gewerkschaftsorganisation bekämpft, sonst nichts" [18]. Die Anhänger der oben betrachteten Richtung zerstreuten sich daraufhin; einige wenige blieben weiterhin in "unabhängigen" Zirkeln tätig, viele traten der Union bei. Die meisten schlossen sich dem im Jahre 1909 gegründeten tschechischnationalen Bergarbeiter-Verband an [19]. Im Jahr 1915 wurde dann auch der letzte anarchistische Bergarbeiterverein "Zemská Jednota horníků v Mostě" behördlich verboten, der Redakteur ihrer Zeitschrift "Hornický Listy", Wenzel Draxl, verhaftet [20].

Neben den anarchistischen Strömungen und den tschechischen nationalen Verbänden,

über deren Abspaltung von der Union im Jahr 1910 noch zu reden sein wird, bedeutete auch die Gründung der deutschnationalen Bewegung eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung; sie forderte die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erhöhter geistiger Auseinandersetzung heraus. Schon im Jahre 1898, als die nationalistische Ideologie auch die unteren Bevölkerungsschichten erfaßt hatte, wurde in Karbitz (Chabařovice) ein "Deutschvolklicher Arbeiterbund" gegründet. Nach der Abhaltung eines "Deutschen Bergarbeitertages" in Karbitz am 9. April 1899 konstituierte sich dann der Reichsbund deutscher Berg- und Hüttenarbeiter[21]. Im Jahre 1903 wurde von diesem Reichsbund die Zeitung "Der deutsche Bergmann" herausgegeben, von der allerdings nur 12 Nummern erschienen. Im Jahre 1907 berichtete der "Glück auf!" über die Gründung von sogenannten gelben Gewerkschaften. Als "Gelbe" wurden alle diejenigen deutschnationalen und tschechischnationalen Gewerkschaften bezeichnet, die unter der Protektion der Werksbesitzer bzw. deren Beamter standen[22]. In den Jahren 1907 und den folgenden gründeten sich dann auch im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier solche sogenannten gelben Bergarbeiterorganisationen, die im Reichsbund zusammengeschlossen waren. Der Reichsbund verfügte nach Angaben von Schlegel im Jahre 1912 über 2000 Mitglieder in allen Revieren[23]. Verschiedentlich koalierten anläßlich von Wahlen im betrieblichen Bereich Mitglieder dieser Organisationen mit Vertretern der anarchistischen Bewegung, um der Union den Wahlsieg streitig zu machen[24]. Vor allem ab dem Jahre 1911 "bekriegten" sich der "Bergmann" und der "Glück auf!" in der Form von Artikeln und Gegenartikeln regelrecht. Welches Ausmaß diese Hetze annehmen konnte, davon gibt die Wiedergabe eines Artikels des "Bergmann" im Fachblatt der Bergarbeiter der Union beredtes Zeugnis: "Der "Glück auf!" eingestellt. Mit Ausbruch des Krieges hat die sozialdemokratische Bergarbeiterorganisation Österreichs, genannt "Union", ihr Fachblatt "Glück auf!" nicht mehr erscheinen lassen. Und hier die Frage: warum? Antwort: Gegen den Krieg und gegen den Militarismus während des Krieges zu hetzen fehlt den Genossenführern der Mut. Für den Krieg, also gegen die Feinde Österreich-Ungarns und Deutschland einzutreten, hat ihnen ihre serben- und russenfreundliche Gesinnung nicht erlaubt. Weitere Bemerkungen sind derzeit hierzu nicht nötig"[25]. Der Reichsbund löste sich im Jahre 1918 auf, da er von den Unternehmern keine Unterstützungen mehr erhielt; auch der "Bergmann" stellte sein Erscheinen daraufhin ein[26]. Wenige Wochen später wurde in Aussig der "Reichsbund deutscher Bergarbeiter" (deutschsozialistischer Verband) ins Leben gerufen[27].

Das schwierigste Problem mit den weitreichendsten Folgen stellte jedoch für die Union der Bergarbeiter die Forderung der tschechischen Gewerkschaftskommission nach Selbständigkeit dar. Schon seit der Mitte der 1890er Jahre waren Bestrebungen in dieser Rich-

tung zu spüren gewesen. Neben der Tatsache, daß die Parteizentralen schon gespalten waren und die Gewerkschaften das finanzielle Rückgrat der Arbeiterbewegung bedeuteten, ist bei dem Vorgang der Trennung der tschechischen Bewegung von der österreichischen Gesamtbewegung wohl das Verständnis entscheidend gewesen, daß für die Tschechen das internationale Programm der Sozialdemokratie immer gleichbedeutend gesehen wurde mit dem Prozeß nationaler Emanzipation[28]. Seit der Wahlrechtsreform im Jahre 1897 war das politische Engagement der Arbeiterbewegung, sofern sie nicht den revolutionären Standpunkt bezog, auf die Beteiligung am Staat (Parlamentarismus) ausgerichtet. Die unter diesen Bedingungen zumindest nicht ganz unkluge Errichtung einer tschechischen (oder auch tschechoslavischen) Gewerkschaftskommission hatte ja auch zu dem beabsichtigten Erstarken der slawischen Bewegung geführt; die durchgeführte Trennung, die von den Deutschen mehr oder weniger als eine rein formale angesehen wurde, mußte nach menschlichem Ermessen jedoch auch die leitenden Persönlichkeiten auf beiden Seiten voneinander entfremden, die Ausbildung bürokratischer Parteiapparate wirkte noch verstärkend auf diese Tendenz. Der tschechischen sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission in Prag wurde von den tschechischen Nationalisten auch immer wieder vorgeworfen, daß sie sich freiwillig unter die deutsche Führung begebe. Das Bestehen auf der internationalen Plattform wurde freilich von deutscher Seite mit der Form der internationalen Organisation gleichgesetzt, so daß im Rahmen der Gesamtmonarchie wie der Arbeiterbewegung an der deutschen Mehrheit und Führung nicht zu rütteln war. Die multinationalen Verhältnisse in Österreich-Ungarn ließen die österreichische Arbeiterbewegung zudem für die internationalen Vereinigungen der Sozialdemokratie zu einem Präzedenzfall werden, und dies erzeugte auch von dieser Seite ein starres Verhältnis den tschechischen Forderungen gegenüber[29]. Nach dem Ende des Streiks der Bergarbeiter war jedoch aus den daraus gezogenen Erfahrungen die Verschmelzung der beiden Gewerkschaftskommissionen zum Ziel geworden; dabei müssen jedoch die völlig verschiedenen Motive in Betracht gezogen werden: die deutsche Seite wollte den alten Zustand der vorwiegend deutschen Kommission wiederhergestellt wissen, während sich die tschechische Kommission von einer Verschmelzung die "Ausdehnung ihres Einflusses auf den nichtböhmischen Teil des tschechischen Proletariats" versprach[30].

Im Jahre 1905 hatte die Prager Gewerkschaftskommission einen erneuten Vorstoß auf internationaler Ebene gewagt, ein selbständiges Vertretungsrecht zu erhalten. Dieses Ansinnen wurde jedoch eindeutig abgewiesen[31]. Die Union der Bergarbeiter Österreichs hatte auf dem konstituierenden Unionstag ihren Standpunkt in einer Resolution dargelegt, in der eine einzige Gewerkschaftskommission für Österreich verlangt wurde. Dabei war man den Tschechen insofern entgegengekommen, als ein Landessekretariat als notwendige Er-

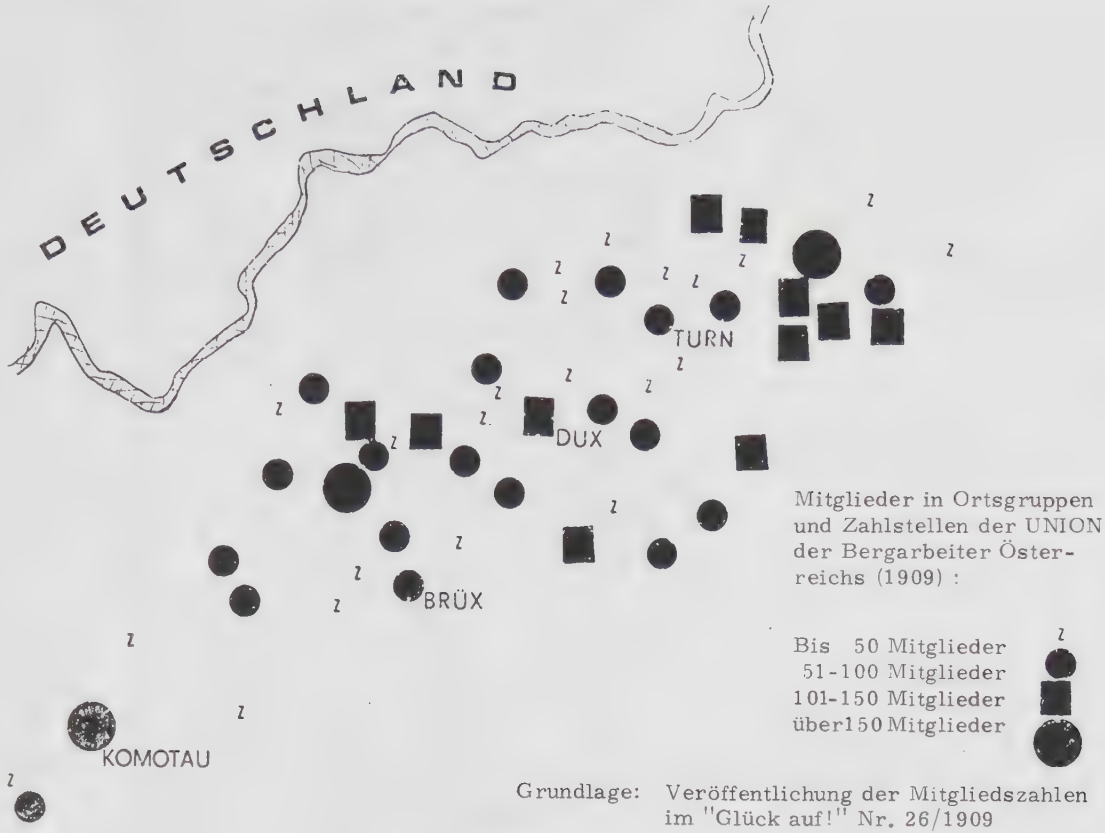
gänzung angesehen wurde. Die Prager Gewerkschaftskommission verschickte zu Anfang des Jahres 1906 an die Ortsgruppen und Zahlstellen der Union der Bergarbeiter Briefe, in denen sie die Vorsitzenden aufforderte, die Beiträge für die tschechischen Mitglieder direkt nach Prag abzuführen. Der Obmann der Union, Franz Ebert, ließ daraufhin im "Glück auf!" die folgende Stellungnahme veröffentlichen: "Nachdem die Verrechnung und Abführung der Beiträge zur Reichskommission und Prager Kommission am konstituierenden Unionstag in Turn im Einverständnis mit den Vertretern beider Kommissionen geregelt hat, und diese auch dem Beschluß gemäß abgeführt wurden, eine Änderung jedoch nur einzig und allein dem Unionstag zusteht, machen wir die Ortsgruppen und Zahlstellen darauf aufmerksam, die Zirkulare der tschechoslavischen Kommission mit dem Bedenken zurückzuweisen, daß die Verrechnung und Regelung der Beiträge zu den Kommissionen eine interne Angelegenheit der Union selbst ist und der Prager Kommission eine solche Kompetenz nicht zusteht, selbst regelnd einzugreifen" [32]. Im "Právo Lidu", das die Meinung der tschechoslavischen Kommission vertrat, erschien daraufhin ein Artikel, der, von Anton Jarolim übersetzt, im "Glück auf!" wiedergegeben wurde. Darin wird dem Unionsvorstand ein "großherrischer Ton" vorgeworfen, den anderen führenden Mitgliedern eine "Fülle Aristokratismus", "die sich in den Worten zusammenfassen läßt: "Du bist kein Bergmann, du verstehst es nicht und hast in unsere Angelegenheit nicht zu reden." Das "Právo Lidu" fuhr fort: "Diese aristokratische Gewohnheit finden wir unter den indifferenten Bergarbeitern in Nordwestböhmen, nach welcher sich die einzelnen Genossen und Kameraden bei jeder passenden Gelegenheit auch richten." Dem Obmann Ebert wurde vorgeworfen, daß er, obwohl er einer Organisation vorstehe, die in der Mehrheit (11000 Mitglieder) aus Tschechen bestehe, kein Wort tschechisch verstehe. Den tschechischen Mitgliedern wurde unterstellt, daß sie mit dem Standpunkt des Unionsvorstandes nicht einverstanden seien, was sich spätestens auf dem kurz darauf folgenden Unionstag zeigen werde. Daneben war in dem Artikel noch der Vorwurf erhoben worden, daß die Vertretung der tschechischen Mitglieder sich auch auf den internationalen Bergarbeiterkongressen repräsentieren müsse. Jarolim wies nun mit einer Aufstellung über die Delegierten auf den internationalen Kongressen nach, daß von zehn beschickten Zusammenkünften die Bergarbeiterbewegung in sechs Fällen allein durch einen Tschechen, in zwei Fällen durch einen tschechischen und einen deutschen Delegierten, allein auf einem Kongreß nur durch einen Deutschen vertreten war [33].

Auf dem zweiten Unionstag im April 1906 stand ein Antrag der Delegierten aus Mährisch-Ostrau (Ostrava) zur Debatte, der die Verlegung der Unionszentrale und des "Na zdar" nach Mährisch-Ostrau (Ostrava) zum Ziel hatte [34]. Das Ostrauer Revier verfügte auf dieser Konferenz allein über 58 der 97 Delegierten. In der mit aller Heftigkeit

geführten Diskussion sprachen sich die Vertreter von Kladno (Tschechen) sowie der Redakteur des "Na zdar", Brozik, gegen den Antrag aus. Es sei allen Nationen Rechnung zu tragen, und das nordwestböhmische Revier, in dem zwei Nationen vertreten seien, stelle den günstigsten Ort für die Zentrale dar, meinte er. Der Vermittlungsantrag des anwesenden deutschen Bergarbeiterführers Otto Hue bedeutete einmal mehr einen Ausweg aus der verfahrenen Situation: Hue schlug vor, die Unionszentrale in Turn (Trnovany) zu belassen, sprach sich aber dafür aus, den "Na zdar" nach Mährisch-Ostrau zu verlegen. Des weiteren verlangte er für das dortige Revier genügend Beamte und Angestellte der Union, so daß der Bewegung dort eine ausreichende Zahl von Kräften zur Verfügung stehe. Nach einer Besprechung der Ostrauer Delegierten gab man diesem Lösungsvorschlag seine Zustimmung, forderte jedoch, daß Anton Jarolim den Vorsitz der Union übernehmen solle[35]. Jarolim wurde dann auch zum Obmann der Union gewählt, zu seinen Stellvertretern Cingr und Riegel[36].

Der Wahlrechtskampf, der nach den Vorgängen in Rußland (1905) einen Aufschwung erlebte, brachte vor allem den tschechischen Parteien enormen Zulauf. Die gemeinsame Aktivität der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Organisationen verdeckte jedoch nur die tiefen Klüfte, die die Diskussion um die nationalen Belange bereits aufgerissen hatte. Eine Revierkonferenz für Nordwestböhmen hatte Anfang des Jahres 1907 den Obmann der Union der Bergarbeiter, Anton Jarolim, für den Landbezirk Bilin-Dux (Bilina-Duchcov) als Kandidaten für die Wahl zum Reichsrat vorgeschlagen[37]. Die gesamte Arbeiterbewegung befand sich in den Jahren 1907 und 1908 im Aufwind, auch die Union der Bergarbeiter hatte daran Anteil. Allein im 2. Quartal des Jahres 1907 traten der Bewegung über 800 neue Mitglieder bei[38]. Die Bergarbeiterunion erreichte im Jahr 1908 einen Mitgliederstand, den sie erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder erreichen sollte. An neuen sozialpolitischen Initiativen griff die Union die Forderung nach einem Bergwerksinspektorengesetz und der Haftpflicht der Unternehmer bei Unfällen auf.

Die Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung machte sich jedoch auch an der Basis bemerkbar, so kandidierten etwa zu den Krankenkassenwahlen im Brüxer Revier fünf Gruppierungen[39]. Wie Jarolim auf dem dritten Unionstag im Jahr 1909 berichtete, führten sechs Ortsgruppen der Union ihre Beiträge direkt zur tschechischen Gewerkschaftskommission nach Prag ab. Die Spaltung der zentralen gewerkschaftlichen Organisationen schritt weiter voran, die kleineren Verbände waren zu diesem Zeitpunkt schon getrennt. Der dritte Unionstag stand weniger im Zeichen der nationalen Problematik, wie man hätte annehmen können, sondern man befaßte sich angesichts der schlechten finanziellen Lage mit einer Reorganisation der Beiträge und des Unterstüt-



Mitglieder in Ortsgruppen und Zahlstellen der UNION der Bergarbeiter Österreichs (1909) :

Bis 50 Mitglieder
51-100 Mitglieder
101-150 Mitglieder
über 150 Mitglieder

Grundlage: Veröffentlichung der Mitgliedszahlen im "Glück auf!" Nr. 26/1909

DER BEZUG VON FACHBLÄTTERN NACH DEN EINZELNEN REVIEREN
(Quelle:"Glück auf!"Nr. 6/1909, S. 2)

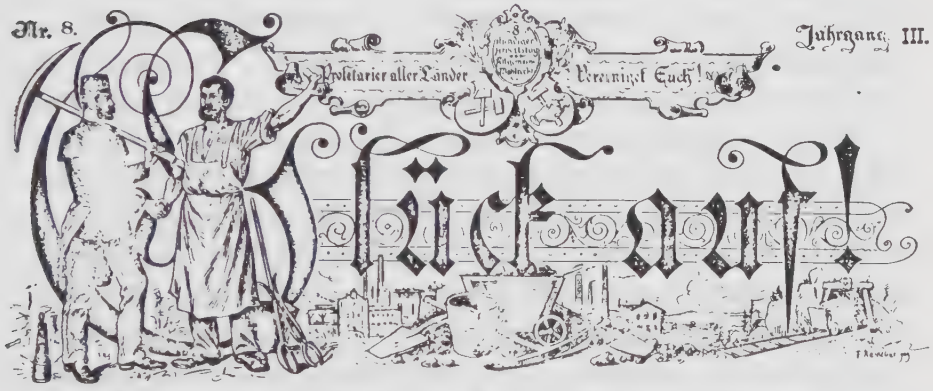
Revier	"Glück auf!"	"Na zdar"	"Gornik"
Komotau-Brüx-Teplitz	2757	1317	-
Pilsen-Mies	535	1907	-
Falkenau-Elbogen	1626	211	-
Alpenländer (gesamt)	3061	35	-
Galizien	-	8	117
Rossitz-Oslawan	1316	-	-
Kladno-Schlan	2278	-	-
Mährisch-Ostrau	56	4651	4071

DER BEZUG VON FACHBLÄTTERN IM REVIER KOMOTAU-BRÜX-TEPLITZ
(Quellen:"Glück auf!"Nr. 26/1906; Nr. 11/1907)
(jeweils S. 1; Nr. 6/1909, S. 2; Bericht für die Jahre 1912-1917)

Jahr	"Glück auf!"	"Na zdar"
1906	1118	760
1907	1476	-
1909	2575	1317
1916	1174	169
1917	2751	349

DER BEZUG VON FACHBLÄTTERN IN EINZELNEN ORTSGRUPPEN
IM NORDWESTBÖHMISCHEN BRAUNKOHLENREVIER
(Quelle:"Glück auf!"Nr. 8/1907; Nr. 29/1908; Nr. 3/1909; Nr. 29/1909;
Nr. 4/1911; Nr. 47/1913; Nr. 5/1914)

Ortsgruppe	Jahr	"Glück auf!"	"Na zdar"
Klostergrab (Hrob)	1907	1208	39
Kostenblatt (Kostomlaty)	1907	2530	174
Türmitz (Trmice)	1908	4956	1126
Langugest (Jenišův Újezd)	1909	2065	242
Kunnersdorf (Kundratice)	1911	3071	345
Brüx (Most)	1913	1999	851
Dux (Duchcov)	1914	624	1716



Organ für die Gesammtinteressen der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs.

Erscheint am 2. und 4. Mittwoch eines jeden Monates. Redaction, Administration u Exped: Brüx, Seegasse 38. Manuscripte werden nicht zurückgestellt und sind diese nur auf einer Seite zu beschreiben. — Offene Reclamationen nichtempfangener Blätter sind portofrei.

Brüx, am 26. April 1893.

Bezugspreis: ganzjährig 1 fl. 60 kr., halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr. Für's Ausland ganzjährig Mk. 3, halbjährig Mk 1.50, vierteljährig Mark 0.75. Das Abonnement erfolgt am besten mittels Postanweisung. — Einzelne Nummern 6 kr. — Inserate werden angenommen.

Der erste Mai ist der Feiertag

des enterbten, geknechteten und rechtlosen Volkes! Am ersten Mai pochen wir an die Pforten der Gesetzgebung und verlangen unsere geraubten politischen Rechte und den Achtstundentag!

zungswesens[40]. Die Bergarbeiter mußten sich von dem anwesenden Vertreter der Parteiorganisation, Neumann, den Vorwurf gefallen lassen, daß sie Unterstützungseinrichtungen unterhielten, die "bedenklich und gefährlich" seien. Er meinte damit vor allem den Sterbefallfonds; in diesen zahlte in der Tat nur ein geringer Teil der Mitglieder regelmäßig Beiträge ein, jeder Antragsteller erhielt aber die Unterstützung[41]. Zur Sanierung der Kasse wurde analog dem deutschen Beispiel beschlossen, daß Provisionisten, die zur Zeit ihrer Beschäftigung keine Mitglieder in der Organisation waren, nicht mehr in die Union aufnommen werden sollten. Die Arbeitslosenunterstützung wurde nach Mitgliedsjahren gestaffelt, um der ständigen Fluktuation Einhalt zu gebieten. Daneben wurde eine allgemeine Beitragserhöhung für die erste Klasse auf 40 Heller beschlossen. Als Obmann wurde erneut Anton Jarolim gewählt, zu seinen Stellvertretern Johann Zalewsky und Peter Cingr.

Die Union hatte im Vergleich zum Jahr 1908 bis zum dritten Unionstag bereits fast 6000 Mitglieder verloren. Die anhaltende wirtschaftliche Krise, die damit einhergehende Lebensmittelverteuerung und der Streit um die nationalen Fragen sind dafür verantwortlich. Dazu kamen die Unruhen in den südlichen Bereichen der Monarchie. Die dauernde Destruktion im Parlament verzögerte die dort angestrebten Bemühungen um ein neues Berggesetz, um eine Abschaffung der Bruderladen und ein Gesetz zur Bergwerksinspektion. Im Jahre 1910 spaltete sich die Union der Bergarbeiter, und zwar als einer der letzten übernationalen Verbände. Innerhalb der tschechischen Gewerkschaftsorganisation gründete sich ein eigener Bergarbeiterverband. Jedoch nicht alle tschechischen Bergarbeiter verließen die Union, um dem neugegründeten Verband beizutreten, es waren über 3000[42]. Die Konstituierung dieses Verbandes war in einer Versammlungswelle auch im nordwestböhmischen Revier vorbereitet worden, bei der u. a. auch stark nationalistische Töne (Hinweise auf die Schlacht am Weißen Berg, böhmisches Staatsrecht, Germanisierung u. a. m.) angeschlagen wurden[43]. Die Trennung der tschechischen nationalen Gewerkschaftsbewegung von der gesamtösterreichischen hatte daneben auch noch die Folge, daß sich die tschechische Sozialdemokratie in zwei verschiedene Gruppen spaltete, in die der "Zentralisten" und die der "Autonomisten". Die Spaltung der Union der Bergarbeiter ist tatsächlich in vielerlei Hinsicht nur schwer zu verstehen. Da ist zum einen zu berücksichtigen, daß der Sitz der Union, einer Organisation, in der die Tschechen die Majorität darstellten und im Vorstand sogar mit ca. Zweidrittelmehrheit dominierten, in Böhmen war und nicht in Wien, was freilich einer Provokation gleichgekommen wäre. Gerade innerhalb der Bergarbeiterschaft herrschte auch auf der untersten Ebene der Organisation, wie wir noch sehen werden, Einverständnis und Solidarität in vielen Belangen. In dieser Debatte taucht jedoch immer wie-

der die Frage der "richtigen" Position der Arbeiterbewegung auf. Von der marxistischen Geschichtsschreibung wird in der ihr verallgemeinernden Art die Wurzel allen Übels in dem "zersetzenden Einfluß des Revisionismus" gesehen, die reformistische Praxis als "opportunistisch" abgestempelt. Nur bei Beibehaltung der revolutionären Basis hätte (theoretisch!) die gemeinsame Basis nach dieser Interpretation erhalten werden können. Dabei werden allerdings die allgemein menschlichen Probleme und Unzulänglichkeiten, die sich laufend verändernden Konstellationen und Bedingungen geflissentlich ignoriert. Totalitäre politische Denkformen unterdrücken die dem Menschen eigene Bestrebung nach Kompromissen, das gilt für den Nationalismus gleichermaßen wie für den orthodoxen Kommunismus. Das Programm des Internationalismus demgegenüber bedeutete unter den Bedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie für alle Zentralorganisationen eine deutsche Dominanz, "von seinen praktischen Interessen ausgehend gab es für den tschechischen Parteiapparat gute Gründe, auf eine gewisse Distanz zu der deutschen Sozialdemokratie zu gehen und einen nationalen Kurs zu steuern" [44]. Der internationalistische Weg brachte die Sozialdemokratie in die "unfreiwillige konstruktive Rolle" [45] der staatserhaltenden Partei; die Beteiligung der Massen an der Wahl zu den Parlamenten erst brachte die nationalen Kämpfe in die entscheidende Phase. Die fortschreitende Demokratisierung stand infolge der bereits erörterten sozio-ökonomischen Bedingungen mit den nationalistischen Bewegungen in einem engen Zusammenhang. Aus diesen Umständen heraus muß es auch verstanden werden, wenn die tschechische Sozialdemokratie den Schritt zum Selbstbestimmungsrecht aus der aktuellen Lage heraus früher vollzog als die Deutschen, die dies gegen Ende des Ersten Weltkrieges forderten. Die chronische Krise erst ermöglichte den rasanten Aufstieg der Sozialdemokratie in der Monarchie [46], es mutet geradezu unvorstellbar an, daß die Sozialdemokratie von einer Krise, von der sie selbst profitiert hatte, unberührt bleiben sollte. Das beschlossene Nationalitätenprogramm wäre unter diesen Umständen kein Ausweg gewesen, da es eine Festlegung bedeutet hätte, wie Mommsen mit Recht betont. Damit hätten sich auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht lösen lassen. Es muß allerdings nachdenklich stimmen, daß der Prozeß der Trennung bei der Bergarbeiterorganisation von der Führung ausging; im lokalen Bereich waren, wie sich noch zeigen wird, die Gegensätze bei weitem nicht so ausgeprägt wie in den Zentralen, die sich mit der geographischen Trennung auch geistig voneinander entfremden mußten. Die menschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen zweier Nationen, die schon jahrhundertelang in einem Staatsterritorium zusammengelebt hatten, hatten sich angesichts der sozio-ökonomischen Veränderungen und ihrer Folgen nicht stabilisieren können. Das fing schon bei den sprachlichen Schwierigkeiten an: die zweite Zuwanderergeneration verstand die deutsche Sprache

nicht, infolge der national aufgeladenen Atmosphäre konnte sie auch nicht mehr, wie die erste, bereit sein, sich in dieser Hinsicht zu assimilieren. Demgegenüber stand auf der deutschen Seite das bis zur Halsstarrigkeit vertretene Prinzip der Einsprachigkeit, das jede Annäherung in diesem Punkte verhinderte.

Die Union der Bergarbeiter bemühte sich ab dem Ende des Jahres 1910 intensiv, die durch die Trennung und die schlechte wirtschaftliche Lage bedingten Mitgliedereinbußen in Grenzen zu halten. Einen besonders starken Rückgang erlebte die Union in den von fast nur tschechischen Bergarbeitern bewohnten Revieren Mährisch-Ostrau (Ostrava), Kladno und Rossitz-Brünn (Rosice-Brno), wie die Statistik ausweist. Die in großem Umfang in die Wege geleitete "Hausagitation" brachte der Union besonders in den Revieren in Nordwestböhmen sowie Falkenau-Elbogen (Sokolov-Loket) beachtenswerte Erfolge, die Zahlen kletterten über die 2000-Mitglieder-Marke[48]. Die Aktion zur Mitgliederwerbung, die vornehmlich auf Hausbesuche und Gespräche mit den Bergarbeitern und deren Frauen ausgerichtet war, erstreckte sich bis zum Kriegsausbruch.

Der Abbruch der Einigungsbemühungen, die zwischen den sogenannten "Separatisten" und den der Zentralkommission angehörenden Gewerkschaften in Gang gekommen waren, hatte vorerst jedenfalls die Aussicht auf gemeinsame Aktionen der deutschen und tschechischen Bergarbeiterorganisation verschlechtert[49]. Erste Ansätze einer Zusammenarbeit brachte die im Jahr 1912 eingeleitete Bewegung zu einer Lohnkampagne im nordwestböhmischen Revier. Von den Genossenschaftsdelegierten waren an die Werksbesitzer Forderungen überreicht worden, die angesichts der rapiden Lebensmittelverteuerung eine Erhöhung des Lohnes um 25 % sowie eine Erhöhung der Hausbrandkohle zum Ziel hatten. Diese waren jedoch von den Unternehmern abgelehnt worden. Daraufhin sandte die Union den Betrieben noch einmal die mit einer ausführlichen Begründung versehenen Forderungen zu[50]. In einer von der Union einberufenen Revierkonferenz der Genossenschaftsdelegierten, zu der die "Delegierten aller Parteischattierungen" eingeladen worden waren, kamen 236 Delegierte von 96 Schächten. Nur die Delegierten des Reichsbundes waren der Konferenz ferngeblieben[51]. In einer neuerlich beschlossenen Resolution wurden die Wünsche den Unternehmern noch einmal vorgetragen, eine Antwort bis zum 28. März 1912 erwartet. Ein planmäßiges Vorgehen für den in Aussicht genommenen Ausstand wurde abermals durch einen vorzeitig inszenierten Streikausbruch durchkreuzt.

EXKURS

Die Ausstände (Streiks) der Bergarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier

Die gemeinsame Arbeitsniederlegung bzw. Arbeitsverweigerung stellte für die Entwicklung der Arbeiterbewegung die Kampfmaßnahme mit den meisten Vorbedingungen, aber auch die mit den möglicherweise einschneidensten Folgewirkungen dar. Ohne günstige Voraussetzungen und ohne ein notwendiges Maß an Organisierung und Durchhaltevermögen, das wiederum vom Vorhandensein einer guten finanziellen Basis abhängig war, mußte jeder Streik zu einem Mißerfolg bzw. einer Aktion werden, die nicht den Erfolg bringen konnte, der eigentlich beabsichtigt war. Die Fehleinschätzung der o. a. allgemeinen Grundlagen brachte auch der Bergarbeiterbewegung im Untersuchungszeitraum bittere Niederlagen und Verluste bei; andererseits beruhte die Entwicklung kollektiver Interessenvertretung auf Erfahrungen, die nur durch die Durchführung von Aktionen gewonnen werden konnten, wobei ein planmäßiges Vorgehen die Erfolgsaussichten naturgemäß steigerte. Es muß als Auswirkung eines ungenügenden Lernprozesses angesehen werden, daß die Streiks im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier im Untersuchungszeitraum sämtlich ohne Planung in Szene gesetzt wurden. Der Ausstand ist für die nordwestböhmischen Bergarbeiter und vor allem die Führer der Bergarbeiterorganisation immer das letzte Mittel nach der Ausschöpfung der Möglichkeiten einer friedlichen Regelung der Angelegenheiten gewesen. Im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert konnte die beabsichtigte Durchführung von Streiks nur dann erfolgverheißend sein, wenn die konjunkturelle Lage günstig war; nur dann konnte sie als Mittel wirken, das meist angestrebte Ziel der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter zu erreichen. Die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen erschwerten die Durchführung von Arbeitsniederlegungen derart, daß jede solche Aktion für die Bergarbeiterorganisation eine Art Vabanquespiel bedeuten mußte: von juristischer Seite her befand man sich grundsätzlich im Unrecht [1], die restriktive Gesetzgebung wie das Heimatgesetz führten zur Abschiebung in die Heimatgemeinden, was mit dem Verlust der Arbeit und der eingezahlten Beiträge in die Bruderlade gleichzusetzen war. Das Gegenmittel der Unternehmer, die Aussperrung, ließ auch für diejenigen, die sich vermeintlich unbeteiligt glaubten, die Einkommensquelle versiegen und machte sie anfangs noch weniger einem Beitritt in die Arbeiterbewegung geneigt. Andererseits wiederum war zu beobachten, daß dann, wenn Streiks vor der Tür standen, viele Bergarbeiter in die Organisation eintraten, um sich die Streikunterstützung zu sichern. Nach dem Ende trat der größte Teil dieser

Personen wieder aus, ein weiterer Teil konnte unter diesen Umständen wieder nicht verstehen, warum er sich der Gewerkschaft anschließen sollte, wenn auch diejenigen Unterstützung erhielten, die just vor einem Ausstand Mitglieder geworden waren. Das eklatanteste Beispiel in dieser Hinsicht bedeutete der Streik des Jahres 1900, nach dem in der Bergarbeiterorganisation Nordwestböhmens ganze 160 Mitglieder übriggeblieben waren. Die mit der Zeit gemachten Erfahrungen führten jedoch dazu, daß man versuchte, durch einen sogenannten Widerstandsfonds ein ausreichendes finanzielles Polster für derartige Vorhaben zu besitzen; die Mitglieder erhielten erst nach bestimmten Karenzzeiten Unterstützungen ausgezahlt, die dazu noch (als Anreiz) nach der Mitgliedsdauer gestaffelt waren.

Bis zum Jahr 1873 gab es im nordwestböhmischen Revier keine nennenswerten Arbeitseinstellungen. In der Umgebung von Brüx (Most) kam es im Januar 1872, wie Bráf erwähnt, zu einem in wenigen Tagen beigelegten Ausstand[2]. Die Entwicklung der Streikbewegungen geht den gemachten Erfahrungen und der Entwicklung der Arbeiterbewegung gemäß von den lokalen zu den großen, ganze Reviere und Länder umfassenden Ausständen. Gerade im Bereich des Bergbaus war eigentlich in relativ kurzer Zeit seit dem Entstehen der Bergarbeiterbewegung eine internationale Zusammenarbeit sichergestellt, die auch die Grundlage für gemeinsame Aktionen im europäischen Rahmen darstellte. Für das Jahr 1880 wird zwar von einem großen Arbeiterstreik berichtet, es fehlen jedoch weitere Hinweise auf dessen Verlauf[3]. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen der Bruderladen führte dann zum ersten großen Bergarbeiterstreik in Nordwestböhmen. Der Unmut hatte sich in einer Schrift von Arbeitern aus Dux (Duchcov) aus dem Jahre 1879 geäußert; die Gefahr des Verlustes der Einzahlungen in die Bruderladen durch die Willkür der Unternehmer wurde hier offen angeklagt[4]. Jarolim gibt als den unmittelbaren Anlaß des Streikes im Jahr 1882, bei dem schließlich von 12000 Bergarbeitern des Revieres 7000 in Streik standen, die Kürzung der Reserveanteile beim Austritt aus der eigentlich als vorbildlich geltenden Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revierbruderlade an[5]. Bei dieser Revierbruderlade war die Auszahlung der eingezahlten Beiträge bei Verlassen des Gültigkeitsbereiches der Institution von 75 % auf 1/3 der eingezahlten Beiträge gesenkt worden[6]. Die Unternehmer begründeten diese Maßnahme damit, daß das Stammkapital der Unternehmen vergrößert werden müßte. Für den Streikausbruch wurden "sozialdemokratische Emmissäre" verantwortlich gemacht[7]. Diese hätten die Bergarbeiter aufgewiegelt, so daß diese die Bruderladeneinlagen massenhaft zurückgefordert hätten, "und zwar offenbar zu dem Zwecke, um sich hiermit die Mittel für ihre Subsistenz während des Streikes zu verschaffen"[8]. In der vom "Verein für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen" herausgegebenen Denkschrift sind die von den

Bergarbeitern erhobenen Forderungen wiedergegeben, die im wesentlichen alle für die Zeit dieser Untersuchung angestrebten Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen erfassen, obwohl eine Bergarbeiterorganisation erst in Ansätzen vorhanden war: "1. Auflösung der Bruderladen und Errichtung einer Centralcassa für die ganze Provinz unter staatlicher Aufsicht, 2. Erlassung eines Haftpflichtgesetzes, 3. Abschaffung der Accordarbeit und Einführung des Taglohnes, 4. Festsetzung des Taglohns mit 1 fl. 80 Kr. bis 2 fl. je nach der Leistungsfähigkeit, 5. gesetzlich bestimmte Arbeitszeit von acht Stunden, 6. Abschaffung der Sonntagsarbeit, evtl. doppelte Entlohnung derselben, 7. gesetzliches Verbot der Aufnahme von Arbeitern unter 16 Jahren, 8. Einführung von den Werken unabhängigen, von den Arbeitern gewählten Berginspectoren, denen der Eintritt in jede Grube gestattet ist, um sich von den Arbeitern, den Sicherheits- und den sanitären Maßregeln überzeugen zu können, 9. Errichtung einer Kanzlei für die Arbeitsvermittlung in jedem Reviere, 10. gesetzliches Verbot, daß kein Arbeiter ohne vorhergegangene gerichtliche Untersuchung und Urteilsspruch entlassen werden darf, 11. Wiederaufnahme der streikenden Arbeiter in die Arbeit und in die Knappschaftskassa und unbeschränktes Verbot der Maßregelung jener Arbeiter durch Nichtwiederaufnahme, die als Funktionäre der Strikorganisation gewählt waren, 12. vollständige Lohnentschädigung der strikenden Arbeiter für die Strikedauer"[9]. Nach dem Ausbruch des Streiks am 22. April in Ladowitz (Ledvice) griff die Bewegung schnell um sich. Bereits zwei Tage später wurde eine Jägertruppe (220 Mann) nach Brüx (Most) verlegt, die Polizeikräfte der Gegend zusammengezogen. "Rädelsführer" und "Agitatoren" wurden dem Kreisgericht übergeben. Der k. k. Bezirkshauptmann erließ Kundmachungen; Ansammlungen von Arbeitern wurden verboten, am 1. Mai wurde dazu aufgefordert, die Arbeit am folgenden Tag wiederaufzunehmen, da sonst Abschiebung und Ausweisung erfolge. Mittlerweile waren fünf Jägerkompanien und eine Eskadron Dragoner sowie die Polizei im Braunkohlengebiet eingesetzt, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Daneben wurden die Gasthäuser abends ab neun Uhr geschlossen, kein Schnapsladen durfte geöffnet sein. Unter militärischem Schutz arbeiteten auf den Depotplätzen Gefängnisinsassen. Von auswärts zur Unterstützung der Streikenden kommende Geldsendungen wurden beschlagnahmt. Militärpatrouillen durchstreiften die Wälder, um Versammlungen der Arbeiter zu verhindern. Nach der Beendigung des Streiks, der elf Tage gedauert hatte, wurde eine Polizeikraft mit dem silbernen Verdienstkreuz ausgezeichnet[10].

Die große Streikbewegung im Jahr 1889 in Deutschland, die sich vom Ruhrgebiet über das Waldenburger bis zum Oberschlesischen Steinkohlenrevier erstreckte, hatte in Böhmen nur relativ geringe Auswirkungen. Durch frühzeitigen Militäreinsatz kam es im nordwestböhmischen Revier kaum zu Arbeitsniederlegungen, im Kladnoer und Pilsener

Revier waren jedoch ca. 12000 Bergarbeiter im Streik gewesen [11]. Der Anstieg des Lebensstandards im nordwestböhmischen Revier hielt die Bergarbeiter damals im Zaum. Die Unternehmer wiesen in einer Denkschrift zu den Vorgängen des Jahres 1889 daraufhin, daß die Braunkohlenarbeiter Böhmens die bestbezahlten Kräfte seien und die "Unwirtschaftlichkeit" des Arbeiters und seiner Frau der Grund dafür sei, wenn das Geld nicht ausreiche. Die Bildungsbestrebungen sollten verstärkt werden, um die "sociale und sittliche Hebung unseres Arbeiterstandes als wirksamstes Mittel gegen die Agitationen der Socialdemokratie" anzuwenden.

Die größeren Streikbewegungen nach der Gründung einer Bergarbeiterorganisation im Jahr 1890/91 sind oft in ihrer Entstehung vom Gegensatz zwischen den sogenannten "Unabhängigen" oder den "Anarchisten" und den gewählten Funktionären der Organisation bzw. später der Union gekennzeichnet. Nach den Publikationen im Fachblatt sorgten die Vertreter der unabhängigen Strömung dabei jeweils für einen vorzeitigen Streikausbruch. Die Anarchisten, die sich eigentlich immer gegen jede Organisation wandten, versuchten das planmäßige Vorgehen der Funktionäre deshalb zu durchkreuzen, um das von ihnen angestrebte Ziel eines Umsturzes zu erreichen. Gerade die organisierte Bergarbeiterschaft hatte sich jedoch von Anfang an auf den gesetzlichen Weg verpflichtet, den Streik als äußerstes und letztes Mittel des Kampfes um Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse bezeichnet. So etwa wollten "Unabhängige" im Jahr 1896 einen "Putsch" anzetteln. Der Streik erstreckte sich auf mehrere Schächte in Seestadtl (Ervěnice), Brüx (Most), Osseg (Osek), Dux (Duchcov), Kopitz (Kopisty) u. a. . Der Ausstand brach bald zusammen, da den Unternehmern in den ersten Tagen keine Forderungen vorgelegt wurden, viele Bergarbeiter somit bald nicht wußten, wofür sie eigentlich streikten. Der "Glück auf!" verwahrte sich auch dagegen, daß die "Unabhängigen auf Kosten der organisierten Arbeiterschaft ihre Putsche veranstalten, unbekümmert, welches Unheil sie auch damit anrichten, sei es ihre "Theorien" zu verwirklichen oder aus wirklicher Blödheit." Weiter hofften die Redakteure: "Vielleicht ist dieser Streik eine gute Lehre für die dortigen Bergarbeiter, daß ein solcher Kampf gegen das Kapital gut überlegt und vorbereitet sein muß und daß es besser ist, zuerst mit der gesamten Bergarbeiterschaft brüderlich Hand in Hand zu gehen" [12]. Der Streik war in wenigen Tagen ohne jedes Resultat zu Ende [13]. Auf einen vorzeitig ausgerufenen Streikbeginn ging auch der Ausstand des Jahres 1912 hinaus, über den noch zu sprechen sein wird.

Die Vorgeschichte des Streiks von 1900, des größten und alle Reviere umfassenden Ausstandes in Österreich-Ungarn im Untersuchungszeitraum überhaupt, wurde schon in anderem Zusammenhang ausführlich dargelegt. Die Bergarbeiterorganisation hatte angesichts ihrer Schwäche an Mitgliedschaft und Finanzen immer wieder durch Einbringung

der Forderungen über den gesetzlich vorgeschriebenen Weg, die Bergbaugenossenschaft, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich, einen Minimallohn und vollständige wöchentliche Entlohnung verlangt. Erstmals wurden diese in einem Memorandum im September 1898 den Unternehmern wie den Revierbergämtern überreicht. Am 2. Januar 1900 brach dann am Karolinenschacht in Mährisch-Ostrau (Ostrava) ein Streik aus, bei dem es um die Änderung der Schichteinteilung ging [14]. Im nordwestböhmischen Revier fand am 18. Januar in Turn eine Konferenz der Vertrauensmänner statt, die einstimmig beschloß, daß im Falle einer nochmaligen Ablehnung der Forderungen sofort in den Streik getreten werde. Dazu wurde folgendes Flugblatt herausgegeben: "Bergarbeiter! Fachgenossen! Die Würfel müssen fallen! ... Eine Reihe von Jahren werden die Forderungen den protzigen Kohlenbaronen vorgelegt, ohne daß die geringsten Zugeständnisse gemacht wurden. Im Gegentheil! Hohn und Spott ist die Antwort dieser Protzen. Die Antwort der Kohlenbarone vom 5. November v. J. hat uns den Beweis erbracht, daß durch Betteln und Bitten nichts zu erreichen ist. ... Bergarbeiter! Euere Delegierten waren bemüht, im gütlichen Wege eine Einigung zu erzielen. Die Kohlenbarone gaben aber immer eine protzige und zuletzt ein brutale Antwort. Jetzt ist es an Euch zu entscheiden und ihnen die richtige Antwort zu geben" [15]. Binnen weniger Tage waren im nordwestböhmischen Revier ca. 20000 Braunkohlenbergarbeiter im Ausstand, insgesamt streikten von den 87000 Bergarbeitern etwa 75 % [16]. Wiederum wurden Militär und Polizei eingesetzt, Versammlungen verboten. Die Unternehmer versuchten mit vielen Mitteln, ein Ende des Streiks vorzutäuschen, um die Arbeiter wieder zur Arbeit zu locken: "Es ist unglaublich, was da alles angefangen wird, um die Arbeiter einzuschüchtern. Separationsmaschinen werden in Gang gesetzt - sie gehen natürlich leer. Die Fördermaschinen puffen drauf los, als ob sie Kohlen fördern. Mit einigen Kohlenwaggons wird halbe Tage lang herumgefahren, um einen Verkehr zu markieren. Selbst "volle" Waggons werden künstlich hergerichtet, indem man eine Bretterbühne einbaut und Kohlen darauf legt" [17]. Der durch den Streik entstandene Kohlenmangel führte dazu, daß Schulen geschlossen wurden; Fuhrwerksbesitzer kamen infolge der starken Verteuerung der Kohle sogar aus Prag und Sachsen, um mit einer Fuhre Kohle Geld verdienen zu können [18]. Im "Brüxer Gedenkbuch" wird über die Lage der Familien berichtet: "Der Stricke, welcher mehrere Wochen (bis 21. März) andauerte, brachte die Arbeiter in die traurigste Lage, die einlaufenden Unterstützungen reichten nicht aus, zur notdürftigen Erhaltung, bettelnde Arbeiter, Frauen und Kinder durchstreiften Stadt und Land" [19]. Viele Geschäftsleute halfen den hungernden Bergarbeitern und standen vor dem Ruin, andere aber nutzten die Gelegenheit zu noch höheren Forderungen aus [20]. Der Streik dauerte mehr als acht Wochen, er mußte wegen fehlender finanzieller Mittel

abgebrochen werden, ohne daß Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und den Unternehmern, die sich in dieser Hinsicht konstant weigerten, stattgefunden hätten. Strauss berichtet davon, daß es daraufhin "in einzelnen Orten zu wüsten Szenen gegen die Vertrauensmänner" gekommen sei[21]. Von den Unternehmern waren also in diesem Streik durch direkte Verhandlungen keine Zugeständnisse erlangt worden, statt dessen hatte die Bezirkshauptmannschaft dem Streikkomitee mitgeteilt, daß Lohnregulierungen vorgenommen würden und Maßregelungen (Aussperrung) von einzelnen Bergarbeitern seitens der Betriebe unterlassen würden, ansonsten würden die Bergbehörden vermitteln[22]. Zuvor war von der Regierung die Hauptforderung der Acht-Stunden-Schicht akzeptiert worden. Als direkter Erfolg des Streiks waren schließlich eine Lohnerhöhung von ca. 10 % sowie die Einführung der neunstündigen Schicht durch Gesetz im Jahr 1901 zu verzeichnen.

In einem Bericht über den Streik durch die Gewerkschaftskommission wurde noch einmal deutlich hervorgehoben, daß der Ausstand gegen den ausdrücklichen Rat der Kommission und ohne festgefügte Organisation sowie ohne eine finanzielle Basis (Widerstandsfonds) begonnen worden sei. Ferner habe eine einheitliche Streikführung gefehlt, dagegen habe es viele lokale Streikkomitees gegeben, die sich gegenseitig behindert hätten[23]. Trotz der anderslautenden Versicherung der Bergbehörden wurden über 1000 Vertrauensmänner, zumindest für einige Zeit, entlassen. Die Organisation der Bergarbeiter lag so lange am Boden, bis die Unternehmer durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter (Lohnsenkungen) die Basis für einen Neubeginn schufen. Die Erfahrungen aus diesem Streik führten jedenfalls bei vielen Bergarbeitern nach einiger Zeit zu der Erkenntnis, daß nur die kollektive Interessenvertretung durch eine gewerkschaftliche Organisation Erfolge auf Dauer gewährleisten kann.

Beim Streik des Jahres 1912 ging es in der Hauptsache um eine 25 %ige Lohnerhöhung sowie um das Bereitstellen von Hausbrandkohle (Deputat). Nach mehrmaligem Überreichen von Forderungen brach der Streik vorzeitig aus, und zwar berichteten die Genossenschaftsdelegierten auf den Schächten der Brucher Kohlengewerkschaft den Belegschaften darüber, daß noch nicht der Streik beschlossen worden sei. Nach den Berichten des "Glück auf!" sollen es dann Anhänger der sogenannten "Unabhängigen" gewesen sein, die zum sofortigen Ausstand aufriefen[24]. Nachdem dieser spontane Ausbruch durch eine erneute Konferenz mißbilligt worden war, wurde dann am 25. März doch der Revierstreik beschlossen. Von der Regierung wurde ein Vermittler in das Revier geschickt, da sich die Unternehmer immer noch weigerten, mit von den Bergarbeitern selbst bestimmten Vertretern zu verhandeln. Noch während des Streiks war ein Lohnzahlungsgesetz vom Parlament beschlossen worden; der Vermittler Homann trat am

1. April mit den Werksbesitzern zusammen, einen Tag später mit dem Streikkomitee. Unter der Bedingung, daß am 4. April die Arbeit wieder aufgenommen werde, was dann auch geschah, wurden eine Lohnerhöhung zwischen 7 und 10 %, Erhöhung der Deputatkohle sowie eine Erhöhung der Alterszulage gewährt[25]. In einer Bilanz des Streiks wurde der Erfolg von der Union selbst als mager eingeschätzt[26].

Neben den größeren Streikbewegungen, die soeben kurz betrachtet wurden, gab es zahllose lokale Streiks auf einzelnen Schächten, deren häufigste Ursache Unzufriedenheit mit den Löhnen, sodann die Entlassung bzw. Versetzung von gewählten Vertrauensmännern oder auch Unzufriedenheit mit den Dienstordnungen waren. Oftmals kamen auch mehrere Gründe für einen Streik in Betracht. Dauerten solche lokalen Streiks länger an, wurde im Fachblatt zu Sammlungen für die Streikenden aufgerufen, ebenso sammelte man für Streikende anderer Berufe. Als im Jahr 1905 im Ruhrrevier die Bergarbeiter im Ausstand waren, wurde in einer Resolution den Deutschen die Sympathie der nordwestböhmischen Bergarbeiter ausgesprochen. Gleichzeitig wurden alle Österreicher aufgefordert, den Zuzug in das Ruhrrevier (Streikbrecher!) zu unterbinden. Auch wurden Sammlungen durchgeführt, um den Streikenden materiell zu helfen[27]. In den von der Gewerkschaftskommission herausgegebenen Statistiken wurde zwischen Angriffs- und Abwehrstreiks unterschieden[28].

Fortsetzung:

c) Die Union der Bergarbeiter Österreichs

Auf dem IV. Unionstag (1912) wurde noch einmal von Anton Jarolim ausführlich auf die "Sprengung der Union" durch die "Separatisten" eingegangen, das Protokoll zu dem Unionstag enthält im Abdruck alle wichtigen Daten und Dokumente sowie den geschichtlichen Verlauf der Abtrennung aus der Sicht der Union. Aus den Ereignissen heraus erhob Jarolim die Forderung nach einer neuen Agitations- und Organisationsmethode. Dabei spielte wieder einmal das leidige Beitragsproblem eine wichtige Rolle. Jarolim ließ der Beitragsunwilligkeit der Mitglieder durch die Einführung der Hauskassierung auf den Leib rücken. Man hatte die Erfahrung gemacht, daß die Mitgliederverluste dort am geringsten gewesen waren, wo der Kontakt zu den Mitgliedern durch das Einholen der Beiträge durch Hilfskassierer laufend aufrecht erhalten worden war[52].

Der fehlende Export auf den Balkan machte sich gegen Ende des Jahres 1913 durch einen Rückgang der Produktion bemerkbar, Feierschichten und Lohnsenkungen waren die Folgen für die im Bergbau beschäftigten Menschen. Trotz dieser Anzeichen einer Krise rief die Union der Bergarbeiter ihre Mitglieder zum Kampf für die Unfallversicherung auf. In einer Reihe von Orten wurden dazu Versammlungen einberufen, die die Einfüh-

rung dieser Versicherung demonstrativ fordern sollten[53]. Auf diesen Versammlungen wurden die Referate wieder in deutscher und tschechischer Sprache gehalten, die vorbereitete Resolution wurde überall angenommen außer in Brüx (Most), wo die Anarchisten in der Mehrzahl waren und dies verhinderten[54]. Sehr zur Überraschung der Unionsführung wurde am Jahresende 1913 vom Parlament das Unfallversicherungsgesetz für die Bergarbeiter beschlossen[55]. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Beschluß angesichts der prekären politischen Lage gefaßt wurde, um sich die Loyalität der einzig staatserhaltenden Partei, der Sozialdemokratie, zu sichern. Von der tschechisch-nationalen Seite her wurde gegen dieses Gesetz jedoch obstruiert, da es durch seine "zentralistische Tendenz die Interessen des tschechischen Volkes ernst schädigen" würde[56]. Durch die Vertagung des Parlamentes, das am 16. März die abschließenden Bestimmungen zur Inkraftsetzung des Gesetzes beschließen sollte, schien jedoch der Erfolg wieder in weite Ferne gerückt. Durch eine kaiserliche Verordnung, die nach § 14 des Staatsgrundgesetzes möglich war, wurde der Unfallversicherungsschutz dann doch eingeführt[57].

Am 26. Juli des Jahres 1914 wurde in Österreich-Ungarn die Mobilmachung verkündet und der Ausnahmezustand ausgerufen, der eine Einschränkung der Rechte bedeutete. Das angesichts der strategischen Bedeutung des Bergbaubereiches eingeführte Kriegsleistungsgesetz brachte vor allem für die Kohlenbergarbeiter Härten mit sich; dazu versuchten die Unternehmer, die auf dem gesetzgeberischen Weg errungenen Erfolge der Bergarbeiterbewegung wieder rückgängig zu machen. Einen Überblick über die Situation der Bergarbeiter im Krieg gab Adolf Pohl anläßlich des V. Unionstages in Wien[58]. Das Kriegsleistungsgesetz beinhaltete vor allem die Bestimmungen, daß die Arbeiter ihren Beruf nicht verlassen durften und die Bergbauunternehmen unter besonderen Schutz gestellt worden waren. Durch ein besonderes Kohlenschutzgesetz wurden die Kohlenarbeiter noch einmal unter Strafen gestellt. Die Gruben wurden "militarisiert", d. h. sie erhielten neben den zivilen Betriebsleitern noch militärische Kommandanten. Die von diesen erlassenen Bestimmungen erstreckten sich nicht nur auf das eigentliche Arbeitsverhältnis, sondern griffen auch in das Familienleben der Bergarbeiter ein. So etwa ergingen Ausgangsverbote und Verbote des Betretens von Kaffeehäusern und Lokalen. Bergarbeiter, die den Befehlen nicht bedingungslos gehorchten, wurden in Arrest gesteckt, ihre Familien wurden darüber oft nicht einmal unterrichtet. Die Einberufung galt als übliche Strafsanktion, die Direktionen und Bergverwaltungen konnten die notwendigen Einberufungsbefehle ausstellen[59]. Eine Verbesserung ergab sich erst nach der Errichtung der Beschwerdekommissionen, die aus einem Offizier, einem juristischen Berater, einem Bergrat und zwei Arbeitern bestanden. Pohl hob hervor, daß dies das erste Gesetz sei, "welches die Gewerkschaftsorganisation anerkennt"[60].

Knapp 25 % der Mitgliedschaft der Union mußte einrücken; deren Mitgliedsrechte ruhten bis zu ihrer Rückkehr, von ihren Angehörigen wurden keine Beiträge erhoben[61]. Das Eintreten der zurückgebliebenen Unionsfunktionäre für die Bergarbeiter unter den erschwerten Bedingungen sollte jedoch bald Erfolge zeigen. Nachdem die führenden Persönlichkeiten der Union wie Jarolim, Strejc, Hackl, König und Kofron (schon 1914) zum Militär einberufen worden waren, übernahmen Franz Ebert und Adolf Pohl die Leitung in Turn[62]. Durch die Beschwerdekommissionen verbesserten sich die Einwirkungsmöglichkeiten für die Funktionäre schlagartig[63]. Dies machte sich vor allem bei der Lebensmittelversorgung und der Verbesserung der finanziellen Basis der Bergarbeiterfamilien (Teuerungszulagen) bemerkbar. Im November 1917 wurde von Arbeitsminister Homann erstmals eine Deputation der Bergarbeiterorganisation empfangen, die wegen der Erhöhung der Lebensmittelrationen vorsprach. Diese Delegation bestand aus den Vertretern Cingr, Pohl und Meixner[64].

Die Mitgliederzahlen gingen schon im Jahr 1916 leicht wieder in die Höhe, nachdem in einer Revierkonferenz der Union eine Werbeaktion zur Gewinnung von Mitgliedern beschlossen worden war[65]. Der größere Rückhalt setzte die Unionsfunktionäre in die Lage, weitreichende Forderungen zu stellen. Diese wurden im Mai 1917 im "Glück auf!" veröffentlicht und beinhalteten als letzte Konsequenz von seiten der Union erstmals auch die Forderung der Verstaatlichung der Bergwerke[66]. In der Zeit der größten Not wurde auch die Zusammenarbeit mit dem tschechischen Verband wieder gesucht. In gemeinsamen Demonstrationen und Versammlungen trat man im Januar für eine Beendigung des Krieges und eine Aufhebung der Militarisierung der Gruben ein. Daneben forderte man für die Zukunft eine Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung[67]. In der Entsendung einer gemeinsamen Deputation zum Revierbergamt (Pohl und Jarolim von der Union, Aster und Budil vom tschech. Verband) kam der Wille zur Zusammenarbeit noch einmal deutlich zum Ausdruck.

Für den Mai 1918 war der V. Unionstag nach Wien einberufen worden. Der einschneidenste Beschluß war wohl der, daß die Union ihren Sitz von Turn nach Wien verlegen wollte, die tatsächliche Umsetzung in die Tat behielt man aber dem Beschluß des Vorstandes vor[68]. Aus welchen Gründen dieser Beschluß im einzelnen gefaßt wurde, geht aus den Berichten und dem Protokoll nicht hervor. Es ist jedoch zu vermuten, daß damit auch die Hoffnung auf die Erhaltung der Monarchie zum Ausdruck kommen sollte. Angesichts der sich verändert habenden Situation veröffentlichte die Union der Bergarbeiter im November 1918 einen Aufruf: "An unsere Bergarbeiter! Die gegenwärtige Umgestaltung des Staatswesens kann unsere Gewerkschaftsarbeit nicht beeinflussen, unsere Organisation ist durchaus nicht entbehrlich geworden und die Bergarbeiter brauchen ihre gewerkschaftliche Schutzorganisation, die Union der Bergarbeiter dringender als je. Der neue Staat macht

Bergarbeiter! Fachgenossen!

Aus dem alten Oesterreich, das Euch so schlecht behandelt hat, sind durch den Willen der Völker neue, und vor allem freie Staaten entstanden, deren Macht ausschließlich in den Händen der von den Völkern freigewählten Vertretern liegt.

Die erste Wirkung dieser staatlichen Umwälzung ist daher, daß auch alle Arbeiter freie Staatsbürger geworden sind, das Kriegsleistungsgesetz und der damit verbundene harte Zwang für die Bergarbeiter hat aufgehört. Volle Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind eingetreten.

Alle Bürger der neuen Staaten haben ein gemeinsames Interesse, daß die Umwandlung von der alten in die neue Ordnung, **welche nicht über Nacht geschehen kann**, in vollkommenster Ruhe und Ordnung vor sich geht. Das gesamte volkswirtschaftliche Leben muß ungestört in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Hiebei ist der wichtigste Faktor der Kohlenbergbau.

Bringen und verbürgen uns die neuen Staaten Rechte, so legen sie uns auch Pflichten auf. Zu diesen Pflichten gehört auch die Aufrechterhaltung der Kohlenproduktion. Die unterzeichneten Organisationen der Bergarbeiter Nordwestböhmens richten daher an die gesamten Bergarbeiter im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier die dringendste Aufforderung, alles zu tun, was die Kohlenproduktion sichert und alles zu unterlassen, was die Kohlenproduktion einschränkt oder aufhebt.

Es sind alle nur möglichen Schritte schon eingeleitet, um das Los der Arbeiter zu erleichtern. Insbesondere ist es die wichtigste Pflicht der Volksregierung zunächst eine Besserung der Ernährung herbeizuführen. Es ist auch begründete Hoffnung vorhanden, daß dies in kürzester Zeit geschieht.

Die vom Militärdienst zurückkehrenden Bergarbeiter werden ersucht, sich unverzüglich bei ihren früheren Betriebsstellen, bei denen sie wieder aufgenommen werden müssen, in Arbeit zu treten.

Denn durch die faktische Beendigung des Krieges, droht Arbeitslosigkeit. Es müssen daher alle Bergarbeiter dringendst gewarnt werden, ohne im Besitze einer neuen gesicherten Arbeitsstelle zu sein, ihren Platz zu verlassen.

In der Lohnfrage, Arbeitszeitverkürzung und in allen anderen Bergarbeiterfragen überhaupt, werden die unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen in enger Fühlung verbleiben und gemeinsam wie bisher im Kriege auch weiterhin Eure gemeinsamen Interessen vertreten.

Gleichwohl mögen die Bergarbeiter zur Kenntnis nehmen, daß in einer am 2. November 1918 in Teplitz stattgefundenen Sitzung, an der der Obmann der Gruppe II und Vertreter der Union der Bergarbeiter Oesterreichs, des Svaz československých horníků v Moste, sowie die Vertreter der größeren Bergbauunternehmungen teilgenommen haben, beschlossen wurde, daß an Stelle der bisherigen Beschwerdekommissionen Schlichtungsausschüsse und ein Schlichtungsgericht mit dem Wirkungskreise und Machtbefugnissen der Beschwerdekommissionen errichtet werden. Die Schlichtungsausschüsse, die auf jedem Werk gebildet werden und aus dem Obmann und einem von dem betreffenden Arbeiter zu wählenden Mitgliede des Lokalarbeiterausschusses und aus zwei Betriebsorganen bestehen, haben bloß einen vermittelnden und entscheidenden Wirkungskreis. Das Schlichtungsgericht bekommt dagegen die Befugnisse der bisherigen Beschwerdekommissionen, und haben sich Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen verpflichtet, sich dem Schiedsspruche dieses Schlichtungsgerichtes zu unterwerfen. Das Schlichtungsgericht wird gebildet aus einer gleichen Anzahl von Arbeiter- und Unternehmervertretern mit einem unparteiischen Richter als Vorsitzenden. Von Seite der Arbeiter sind die Vertreter der obengenannten Bergarbeiterorganisationen, sowie der Gruppe II vertreten.

Gleichwohl bleiben die bisher geltenden Erkenntnisse der Beschwerdekommission auch weiterhin in Wirksamkeit.

Außerdem wurde in dieser Sitzung einvernehmlich beschlossen, daß eine paritätisch zusammengesetzte **Arbeitsvermittlungsstelle** errichtet werde, an die sich die Bergarbeiter bei Arbeitsuche und Arbeitswechsel zu wenden haben. Dieser letzteren Stelle wurde auch die Aufgabe überwiesen, die Herbeischaffung von Kleidern, Schuhen und Wäsche für die Bergarbeiter und ihre Angehörigen zu sorgen.

Die Bergarbeiter werden aufgefordert bei eventuellen Beschwerdeführung über Lohn-, Gedinge- u. sonstige Arbeitsverhältnisse unbedingt zuerst beim Schlichtungsausschuß ihres Schachtes (Obmann des Lokalarbeiterausschusses oder Werksleitung) vorzusprechen und erst, wenn dort die Verhandlungen ergebnislos sind, ist die Anrufung des Schlichtungsgerichtes gestattet.

Die unterzeichneten Organisationen hoffen durch die Errichtung dieser Stellen die Grundlage geschaffen zu haben, mittels der die Bergarbeiter in die Lage versetzt werden, ihre Beschwerden unbehindert und soweit sie berechtigt sind, mit Aussicht auf Erfolg, durchgesetzt werden können. Die Forderung nach Errichtung dieser Schlichtungsausschüsse und Schlichtungsgerichte ist eine Forderung der Bergarbeiter, der die Bergwerksbesitzer auf dieser Konferenz, zu der die Arbeiterorganisationen eingeladen wurden, zugestimmt haben. Es ist dadurch die Basis geschaffen, auf der alle sich ergebenden Streitfragen geordnet und geregelt werden, weshalb die Bergarbeiter dringend aufgefordert werden müssen, im Bedarfsfalle nur diesen Weg und keinen anderen zu wählen.

Ueber das staatsrechtliche Verhältnis der Tschechen und Deutschen in den hiesigen Gebieten werden unsere Volksregierungen, sowohl der deutsche Staatsrat wie auch der Nationalausschuß des tschechoslowakischen Staates, die Verhandlungen führen. Beide Nationen haben Ursache, das Ergebnis der Verhandlungen ihrer Volksregierungen mit vollem Vertrauen abzuwarten.

Bergarbeiter! Fachgenossen! Eure Sklaverei ist beendet, sie wird in keiner wie immer gearteten Form wieder auferstehen, wenn Ihr Euch dieser ernsten Situation bewußt bleibt. Sorgt dafür, daß den Anordnungen Eurer Vertrauensmänner, Organisationen, Delegierten unbedingt Gehör geschenkt wird.

Beweiset, daß Ihr durch eigenen Entschluß die übernommene Disziplin und Mannesrecht als freie Bürger zu wahren versteht. Die neuen Staaten, die nur von dem Willen der Völker beherrscht werden, bedürfen zu ihrer Aufrechthaltung und ihrer [illegible] Ruhe, Ordnung. Auch wir Bergarbeiter haben mit allen anderen Arbeitern das lebhafteste Bestreben, die Grundlagen der neuen Staaten so zu erhalten, daß wir als freie Staatsbürger das [illegible] bereit vorbereiten, damit unsere wirtschaftlichen Kämpfe von Erfolg zu Erfolg und zur Sozialisierung des Staates führen.

Glaubet keinen unsinnigen Gerüchten, weist alle Provokationen zurück, vertraut Euren Organisationen!

Haltet Ordnung und Disziplin! Das ist der Weg, der uns die Erfolge der vollzogenen staatlichen Umwälzung sichert.

Für: Svaz československých horníků v Moste:
JOSEF BUDIL m. p.

Für die: Union der Bergarbeiter Oesterreichs in Teplitz:
Anton Jarolim m. p.
Adolf Pohl m. p.

Für die: Gruppe II der Bruderladen-Genossenschaft für die Revierbergamtsbezirke Komotau-Brüx-Teplitz:
Anton Melzner m. p., Obmann.

die Bergarbeiter zu Staatsbürgern mit gleichen Rechten, er gibt ihnen die politische Freiheit. Die Bergarbeiter sind aber auch im neuen Staat die Arbeiter der Grubenherren und sind ihnen untergeordnet nach den bestehenden Gesetzen"[69]. Unter der neuen staatspolitischen Konstellation verlangte die deutsche Sozialdemokratie das Selbstbestimmungsrecht, schon gegen Ende des Jahres 1918 wurden Beschwerden über die Bevorzugung der Tschechen laut. Auf dem VI. Unionstag im Jahr 1920 wurde die alte Unionsführung (Jarolim, Pohl) erneut bestätigt, das Prinzip der internationalen Solidarität von neuem bekräftigt[71].

d) Schachtorganisation und Bruderlade

Die Organisation der Belegschaften auf den einzelnen Schächten und das Institut der Bruderlade müssen aus den Betrachtungen über die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung deshalb herausgenommen werden, weil daran auch alle anderen parteipolitischen und freien Gruppierungen partizipieren konnten, indem sie sich mit Listen bei den per Gesetz vorgeschriebenen Wahlen bewarben. Die Bruderlade als einzige nach dem Berggesetz von 1854 festgelegte Einrichtung im Bergbau mit sozialem Charakter bedeutete ein Relikt aus der ständischen Zeit, wenn sie auch eines großen Teils ihrer Funktionen durch die neuen Grundlagen der liberalen Wirtschaftsverfassung verlustig ging und in Hinsicht auf die Versicherungen der Bergarbeiter zunächst einen Funktionsschwund erlebte. Die Schachtorganisation, d. i. die Versammlung der Bergarbeiter auf den einzelnen Schächten mit der Wahl von Vertrauensleuten, war dagegen anfangs ein Element des freien Zusammenschlusses; sie stellte einige Zeit auch die Alternative zur Organisierung in Fachvereinen dar, die an die Wohngemeinden der Bergarbeiter gebunden waren.

Die Schachtorganisation

Nach dem Ersten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs war man darangegangen, Fachvereine zu gründen. Die dabei anfangs auftretenden Schwierigkeiten bei der Genehmigung der Statuten führten dazu, daß es teilweise sehr lange dauerte, bis sich die einzelnen Vereine konstituieren konnten. Um den Aufbau daneben aber zu beschleunigen, verlegte man sich verstärkt auf die Organisation auf den einzelnen Schächten; hierbei traf zwar das Versammlungsgesetz, jedoch nicht das Vereinsgesetz zu. Die Errichtung eines sogenannten "Vertrauensmännersystems", das von den Lokalvertrauensmännern über Bezirksvertrauensmänner eine Verbindung zur Gewerkschaftskommission in Wien herstellen sollte, sollte auch bei der Erstellung einer Lohnstatistik zu schnelleren Erfolgen führen, um Grundlagenmaterial für die Argumentation und Agitation in die Hand zu bekom-

Nr. 6. Turn, am 6. Feber 1919. XXVIII. Jahrgang.

Glück auf!

Zentral-Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs::

Redaktion und Administration: Turn-Teplitz, Kaiserstraße Nr. 124, Villa „Rosetta". — Bezugspreis: Ganzjährig 12 Kronen, halbjährig 6 Kronen, vierteljährig 3 Kronen. — Eine einzelne Nummer kostet 30 Heller. — Postsparkassen-Scheck-Konto Nummer 303.046

Erscheint jeden Mittwoch mit dem Datum des darauffolgenden Donnerstages. — Manuskripte werden nicht zurückgestellt. — Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. — Inserate werden angenommen und billigst berechnet. — Offene Reklamationen portofrei.

Mitteilung des Unionsvorstandes.

An alle Funktionäre und Mitglieder der Union der Bergarbeiter.

Durch die erfolgten staatlichen Umwälzungen ist eine Aenderung des Wirkungskreises der Bergarbeiterunion notwendig geworden. Der Gesamtvorstand der Bergarbeiterunion hat in seiner Sitzung vom 22. und 23. Jänner d. J. diesen staatsrechtlichen Verschiebungen, welche durch die Bildung der Staaten Deutschösterreich, tschechoslowakischer Republik, polnischer Republik und südslawischen Staates entstanden sind, unbeschadet der staatsrechtlichen Regelung der bestrittenen Gebiete, Rechnung getragen und einstimmig beschlossen:

An dem Grundsatz der Internationalen Vereinigung der Bergarbeiter wird unbedingt festgehalten und erklärt, daß trotz der staatsrechtlichen Trennung das Bestreben aller Bergarbeiter u. ihrer Organisationen darauf gerichtet sein muß, einen Bestandteil der internationalen Armee der organisierten Arbeiter bilden. Um dies zu erreichen, ist eine Verbindung aller jener Bergarbeiterorganisationen, welche aus diesen staatsrechtlichen Veränderungen hervorgegangen sind, anzustreben, um in sozialpolitischen, Versicherungsfragen, größeren Lohnbewegungen und Ausgestaltung der Bergarbeiterschutzgesetzgebung ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Eine notwendige Gleichstellung bzw. Erhöhung der Beitragsleistungen und Rechte der Mitglieder, sowie schließlicher übereinstimmender Organisationseinrichtungen aller dieser Bergarbeiterorganisationen ist eine Vorbedingung hiezu.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, wurde beschlossen, daß

a) alle Unionsmitglieder des Revieres Trifail und zwar die der Ortsgruppen: Trifail, Hrastnigg, Wöllan, Liescha, Schwarzenbach, Sagor, Idria, Unteridria und Albona ab 1. Dezember 1918 mit allen erworbenen Rechten und Ansprüchen vom südslavischen Bergarbeiterverbande in Laibach übernommen werden;

b) daß alle polnischen Mitglieder des Revieres Mähr.-Ostrau und alle Unionsmitglieder der Reviere in Galizien ab 1. Jänner 1919 mit allen ihren erworbenen Rechten und Ansprüchen von dem Verbande der polnischen Bergarbeiter in Teschen übernommen werden, daß mit diesem Tage das polnische Fachblatt „Gornik" in den Besitz dieses Verbandes übergeht und daß die bisherigen Angestellten der Bergarbeiterunion und der polnischen Fachpresse mit diesem Tage in den Dienst dieses Verbandes übertreten;

c) daß alle tschechischen Unionsmitglieder des Revieres Mährisch-Ostrau auf Grund übereinstimmender Beschlußfassung dieser Mitglieder vom Svaz ceskoslovanského hornictva in Brüx mit allen ihren erworbenen Rechten und Ansprüchen unter der Voraussetzung übernommen werden, daß dieser Verband die Angestellten der Bergarbeiterunion und der tschechischen Fachpresse übernimmt. Das Fachblatt „Nastup" übergeht mit diesem Tage in das Eigentum des Svaz ceskoslovanského hornictva in Brüx.

Bezüglich Uebertritt der tschechischen Unionsmitglieder in den übrigen Revieren wurde ein Beschluß nicht gefaßt, doch legt der Unionsvorstand eventuell übertretenden Mitgliedern keine Hindernisse in den Weg.

Durch einstimmigen Beschluß des Gesamtvorstandes wurde der Vermögensanteil der aus der Bergarbeiter-Union ausscheidenden Mitglieder auf Grund des Durchschnittsmitgliederstandes der letzten 10 Jahre berechnet und werden diese festgesetzten Beträge nach Erledigung der Formalitäten den Organisationen überwiesen.

Auf Grund dieses Beschlusses haben daher alle Ortsgruppen des Revieres Trifail bis 30. November 1918 mit der Bergarbeiterunion abzurechnen und werden bis zu diesem Zeitpunkt nur die Verpflichtungen der Union geleistet.

Für alle polnischen Mitglieder des Revieres Mähr.-Ostrau und für alle Mitglieder der Reviere Galizien sind die Beiträge bis 31. Dezember 1918 mit der Bergarbeiterunion zu verrechnen und erfüllt die Union ihre Verpflichtungen diesen Mitgliedern gegenüber nur bis zu diesem Tage.

Alle tschechischen Mitglieder des Revieres M.-Ostrau haben mit der Bergarbeiterunion bis 31. Jänner 1919 zu verrechnen und erfüllt die Union diesen Mitgliedern ihre Verpflichtungen bis zu diesem Tage.

Der Unionsvorstand spricht den ausscheidenden Angestellten, Funktionären und Mitgliedern für die durch 13 Jahre geleistete aufopfernde, gewissenhafte und treue Pflichterfüllung in der gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter den wärmsten Dank aus. Diese gewissenhafte Pflichterfüllung berechtigt zu der Hoffnung, daß die ausscheidenden Genossen so wie bisher in unserer Organisation auch weiterhin in ihren neuen Verbänden gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen werden.

Die Grenzen der neuen Staaten dürfen und werden die Bergarbeiter nicht daran hindern, auch für die Zukunft vereint und gemeinsam zu arbeiten. Diese Arbeit ist nicht leicht, sie wird dadurch nicht leichter, daß wir gezwungen sind, getrennt zu marschieren, aber der Druck der Ausbeutung, der durch die kapitalistische Herrschaft erzeugt wird, ist überall gleich und kann nur durch leistungsfähige, gut ausgebaute Organisationen der Arbeiter bekämpft und überwunden werden. Die letzte Zeit hat allen diesen Bergarbeiterorganisationen große Fortschritte gebracht. Zehntausende neue Mitglieder sind ihnen beigetreten, es gilt sie einzureihen in die Armee des organisierten Proletariats. Es gilt, die uns noch Fernstehenden zu gewinnen, denn bei dem nun beginnenden gewaltigen Kampfe zwischen Kapitalismus u. Sozialismus kann und darf es bei allen Arbeitern erst recht nicht bei den Bergarbeitern Gleichgiltige und Zuschauende geben. Werden alle die Bergarbeiterorganisationen und alle Bergarbeiter von diesem Gedanken durchdrungen sein, so wird das getrennte Marschieren sie nicht daran hindern, vereint zu schlagen für ihre wirtschaftliche Freiheit, vereint zu kämpfen gegen den internationalen Kapitalismus!

Der echt kameradschaftlichen, freundschaftliche Geist, mit dem die Bergarbeiter aller Bergreviere des ehemaligen Oesterreichs alle ihre Organisationsfragen ausgetragen und bereinigt haben, hat auch die Sitzung des Gesamtvorstandes am 22. und 23. Jänner 1919 beherrscht, dabei soll und muß es bleiben.

Ein deutscher Kapitalistenhäuptling.

Den Zentraldirektor der Witkowitzer Eisenwerke, Herr Sonnenschein, hat vor kurzem im Witkowitzer Gemeindeausschuß eine interessante Rede gehalten. Der Herr, der in Witkowitz den Riesenbesitz der Rothschild und Gutmann verwaltet, führte da ungefähr folgendes aus: Von der Eisenindustrie des alten Oesterreich ist der bei weitem größere Teil der tschechoslowakischen Regierung zugefallen. Die Eisenindustrie des neuen tschechischen Staates ist viel größer als sein Bedarf. Der Eisenindustrie der Tschechoslowakei droht also die Gefahr der Ueberproduktion, der Krise, sinkender Preise und Profite. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Ausdehnung des Absatzgebietes. „Von diesem Gesichtspunkt aus", schloß Herr Sonnenschein, „und weil ich Bürger dieses neuen Staates bin, wünsche ich, der tschechoslowakische Staat möge seine Grenzen weit stecken, um das Wirtschaftsgebiet zu vergrößern". Also vorwärts, Tschechen! Annektiert Schlesien und Nordmähren — das Vaterland des Herrn Sonnenschein kann nie groß genug sein! Was tut's, wenn dreieinhalb Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft kommen — die Herren Rothschild und Gutmann brauchen Markt für ihr Eisen!

Das Rothschild-Werk in Witkowitz ist uns immer als eine Hochburg des Deutschtums gerühmt worden. In der Tat hat dort Herr Schuster, der Vorgänger des Herrn Sonnenschein, ein Gewaltregime über die tschechischen und polnischen Arbeiter aufgerichtet, sie mit der Hungerpeitsche zur Eintragung in den deutschen Wahlkataster und zur Wahl deutschnationaler Wahlwerber gezwungen, sie mit brutaler Gewalt allen nationalen und sozialen Rechte beraubt. Und wie deutsch, wie patriotisch hat sich das Rothschild-Werk erst während des Krieges betragen, als die Kriegslieferungen die Profite des Werkes so gewaltig mehrten! Die Leser der sozialdemokratischen Presse erinnern sich noch jener Debatte im Eisenwirtschaftsrat, in der die „eisenfressenden Leuten" eine nach der andern sich erhoben und nach Kerker und Galgen gegen die Arbeiter geschrien. Damals trieb es gerade der Herr Sonnenschein am ärgsten von allen. Er denunzierte dem Kriegsminister die tschechischen Bergarbeiter, daß sie allesamt Hochverräter seien, die absichtlich die Kohlenförderung lähmen, um nur den Staat zugrunde zu richten, die Wehrmacht des Reiches zu untergraben, das teure Vaterland zu zerstören. Und als Mittel dagegen empfahl er die Militarisierung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Betriebsbeamten, damit diese als Offiziere den Arbeitern befehlen können, die Verhängung des Standrechtes über die Betriebe, die Einschüchterung der Rebellen durch Henker und Galgen! O, er war damals ein braver Patriot, ein begeisterter Oesterreicher, ein guter Deutscher, voll des trotzigen Entschlusses, die tschechische Rebellion niederzuwerfen. Jetzt aber — nun, jetzt ist er ein Tschechoslowak. Und das tschechische Vaterland kann ihm gar nicht groß genug sein.

Als Deutschland und Oesterreich noch standen, da waren die Sonnenscheins die eifrigsten Siegfriedler. Angliederung Polens, Annexion Serbiens, „Grenzberichtigungen" auf Italiens und Rumäniens Kosten — das ungefähr war damals das Mindestprogramm des schwerindustriellen Patriotismus. Er ist sich treu geblieben. Die Herren sind Patrioten jetzt wie damals. Nur schwärmen sie jetzt für ein anderes Vaterland. Damals wollten sie, daß Deutsche die Slawen unterwerfen; jetzt möchten sie, daß Slawen Deutsche knebeln. Aber unterworfen und geknebelt muß auf jeden Fall werden! Denn die Eisenindustrie braucht weitere Absatzmärkte und darum muß das Vaterland, ob es nun das alte Oesterreich oder die neue Tschechoslowakei ist, in jedem Falle größer sein!

men[1]. Dieses sollten die einzelnen Grubenvertrauensleute zusammentragen. An den Arbeitsstätten, den Schächten, konnte man auch leichter mehr Bergarbeiter erreichen als über die Organisationen in den einzelnen Wohnorten. Aber die Gruben- und die Vereinsorganisation zusammen wurden als die Basis einer gesunden Fachorganisation angesehen. Die Hauptziele der Schachtorganisation waren folgende: Auf etwa 40 bis 50 Mann Belegschaft sollte ein Vertrauensmann gewählt werden. De Aufgabe sollte es vorrangig sein, Erhebungen über Löhne, Erkrankungen, Unglücksfälle, die Arbeitszeit, die Strafen und die üblichen Abzüge (Öl, Sprengmaterial) zwecks Erstellen einer umfangreichen Statistik anzustellen. Diese sollte in der Presse veröffentlicht werden. Bei Mißständen in den Gruben und bei Streitigkeiten sollte der Vertrauensmann bei der Betriebsführung Beschwerde führen. Daneben sollte er auch für die Einrichtung eines Unterstützungs- und Widerstandsfonds Sorge tragen. Der Vertrauensmann sollte auch für die Fachvereine kassieren[2]. Es gehörte eine gehörige Portion Mut dazu, sich in dieser Zeit in die Funktion des Vertrauensmannes wählen zu lassen, da jeglicher gesetzliche Schutz fehlte. Die Vertrauensleute waren einzig und allein auf die Solidarität und die Unterstützung durch die Belegschaft angewiesen. Es sind viele Beispiele bekannt, in denen die Angehörigen der einzelnen Schächte in den Streik traten bzw. die Arbeitsniederlegung androhten, um Strafsanktionen oder gar die Entlassung des Vertrauensmannes zu verhindern. Die Wahl eines Vertrauensmannes ging so vor sich, daß eine Versammlung der Belegschaft nach § 2 des Versammlungsgesetzes einberufen wurde, d. h. sie mußte drei Tage vor ihrer Abhaltung unter Angabe des Ortes, des Zweckes und der Zeit bei der Behörde angemeldet sein[3]. Als Einberufer fungierten dabei meist bekannte Vertreter der sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation. Die Gewählten trafen sich öfter in den Vertrauensmännerkonferenzen. Es konnten sich allerdings nicht immer die Vertreter der Sozialdemokraten durchsetzen, besonders nach 1900 begannen Auseinandersetzungen mit den anderen Bergarbeiterorganisationen.

Im Jahr 1896 wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf über sogenannte Bergbau-Genossenschaften eingebracht und am 14. August 1896 beschlossen. Formal bestanden diese Genossenschaften aus zwei Versammlungsgruppen (Gruppe I: Bergwerksbesitzer; Gruppe II: Vertreter der Arbeiter/auf je 100 Beschäftigte wurde ein Delegierter gewählt). Jede dieser getrennt tagenden Versammlungen wählte einen Ausschuß von bis zu neun Mitgliedern; die Vertreter der beiden Seiten fanden sich bei bestimmten Gelegenheiten im sogenannten Einigungsamt zusammen. Die Intention, die mit der Errichtung dieser Genossenschaften angestrebt war, war eindeutig die, die führende freie gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter, zu dieser Zeit also allein die sozialdemokratische, zu treffen. Die Worte des Berichterstatters zu diesem Gesetz im Parlament, Graf Falkenhahn,

brachten dies deutlich zum Ausdruck: Dieser hatte dem Gesetz die Funktion eines der schärfsten Sozialistengesetze zugesprochen[4]. In § 2 wurden der Zweck und die Aufgabe der Bergbau-Genossenschaften dargelegt[5]: "Der Genossenschaft obliegt: Die Pflege des Gemeinsinns und die Förderung gemeinsamer Interessen durch zweckdienlich und gesetzlich zulässige Maßnahmen, ... Verhütung, bzw. gütliche Ausgleichung von Gegensätzen zwischen den Arbeitgebern und sowohl der Gesamtheit als auch den einzelnen ihrer Arbeiter und einzelner Arbeiterkategorien in Angelegenheiten des Dienst- und Lohnverhältnisses, sowie die schiedsgerichtliche Entscheidung von Streitigkeiten, welche sich aus diesem Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und einzelnen Arbeitern ergeben." Mit dem Erlaß dieses Gesetzes sollte augenscheinlich etwas von der verlorengegangenen alten Bruderladenverfassung zurückgeholt werden. Die auf dem Liberalismus beruhende Wirtschaftsverfassung war jedoch vom Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital gekennzeichnet, das Gesetz konnte sich unter den geltenden Bedingungen nur zum Vorteil der Unternehmer auswirken. Die Bergarbeiterbewegung stand den Bergbau-Genossenschaften von Anfang an ablehnend gegenüber. In einer ersten Reaktion wurde betont, daß sich Arbeitgeberinteressen und Arbeiterinteressen nicht mehr vereinigen ließen: "Denn in einer Zeit, wo bei allen Betriebsunternehmern nur die Parole gilt, so billig als möglich zu produzieren und so theuer als möglich zu verkaufen, es gibt keine gemeinsamen Interessen." Es müsse den Bergarbeitern klargemacht werden, "daß wir nicht im Mittelalter, sondern am Ende des 19. Jahrhunderts leben." Der Kern des Gesetzes könne nur der Versuch sein, den Bergarbeitern das bißchen Recht, welches sie selten genug beim Revierbergamt fänden, noch zu beschneiden und Gesetzesverletzungen nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen[6]. Zum Begriff der Standesehre, der ebenfalls im Gesetzestext vorkam, äußerte sich der Redakteur des Fachblattes dahingehend, daß diese vor allem dadurch gehoben werden könne, "wenn die sozialen Gegensätze vermindert würden"[7]. Das Gesetz war in der Tat davon gekennzeichnet, daß es einerseits die Unternehmer zu nichts verpflichtete, andererseits den Arbeitervertretern aber auch keine Rechte und Exekutivgewalt zugestand. Die Unternehmer konnten unter Rückgriff auf die Formel der gemeinsamen Interessen den Genossenschaftsdelegierten jegliche Lohnforderungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen u.ä. m. absprechen, da die Interessen sich hier in den allermeisten Fällen im Gegensatz befanden[8]. Dennoch hielt die Bergarbeiterbewegung trotz ihrer prinzipiellen Ablehnung immer den gesetzlich vorgeschriebenen Weg über die Genossenschaften ein, wie sich schon bei der Darstellung des Streiks vom Jahr 1900 gezeigt hatte. Erst nach dem Erstarken der Union der Bergarbeiter Österreichs bevorzugten die Unternehmer bei Streitigkeiten ausdrücklich den Weg über die Genossenschaft, da sie die Bergarbeiterorganisation unter keinen Umständen als direkten Verhandlungspartner aner-

kennen wollten[9]. Die ständige Ignorierung der Genossenschaftsdelegierten, die durch die Arbeiter direkt gewählt worden waren, schlug dann in der sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation in die Forderung um, die Bergbau-Genossenschaft ganz abzuschaffen[10].

Die Installierung der Bergbau-Genossenschaften hatte für die Bergarbeiterbewegung noch den negativen Aspekt, daß viele Bergarbeiter glaubten, daß sich damit der Beitritt zur Bergarbeitergewerkschaft erübrigt habe. Die Union versuchte diese vorherrschende Meinung noch bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges immer wieder zu widerlegen; sie führte dazu an, daß Arbeitslosenunterstützung und Rechtsschutz nicht in den Wirkungsbereich der Genossenschaft gehörten[11]. Das Errichten der Bergbau-Genossenschaften trug andererseits zur Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung bei, denn gerade diese konnten von anderen Gruppierungen, wie den "Unabhängigen" und später auch den "Gelben", als Organisationsersatz benutzt werden, um sich durch diese Ausgangsbasis größeren Einfluß in der Bergarbeiterschaft zu verschaffen. Besonders nach dem Streik des Jahres 1900, als die sozialdemokratische Organisation am Boden lag und nach der Trennung in eine zentralistische (die Union) und eine autonome tschechische Organisation (1910), konnten die sogenannten "Unabhängigen" bei den Wahlen zur Genossenschaft größere Erfolge verbuchen. Es wurde ebenfalls schon darauf hingewiesen, daß die verschiedenen gegen die sozialdemokratische Union gerichteten Organisationen gemeinsame Listen aufstellten, um der Union die Wahlsiege streitig zu machen. Die Bergbau-Genossenschaften konnten aber im übrigen ob ihrer restriktiven Verfassung und dem auf Unternehmerseite fehlenden Willen kaum größere Arbeiten verrichten. Das zeigen allein auch die Statistiken der Zusammenkünfte der getrennten und gemeinsamen Versammlungen. Im Jahr 1907 beispielsweise wurde während eines ganzen Jahres nur eine gemeinsame Ausschußsitzung abgehalten, die Gruppe I traf sich zu insgesamt drei Versammlungen, die Gruppe II zu fünf Sitzungen. Auch in anderen Jahren war die Tätigkeit nicht viel umfangreicher. Dies zeigt deutlich die grundsätzliche Interesselosigkeit beider Seiten an dieser Institution[12]. Die Protokolle der Ausschußsitzungen der Arbeitnehmerversammlung für Nordwestböhmen, die ihren Sitz in Brüx (Most) für die Revierbergamtsbezirke Komotau, Brüx und Teplitz hatte, wurden im Fachblatt abgedruckt. Dabei ging es zumeist um Versicherungsfragen, Klagen von Bergarbeitern wegen zu gering gezahlten Krankengeldes oder zu wenig ausgezahlter Altersunterstützung. Es muß abschließend noch einmal festgestellt werden, daß die Bergbau-Genossenschaft für Nordwestböhmen nicht durch die Obstruktion der Bergarbeitervertreter, sondern wegen der Ignoranz der Unternehmer, die den Delegierten jegliche Kompetenzen absprachen, zum Scheitern verurteilt war.

Die Bruderlade

Über die Institution der Bruderlade mußte bei verschiedenen Gelegenheiten schon einiges gesagt werden. Die Bruderladen waren früher soziale Einrichtungen mit weitreichenden Funktionen für die Bergleute gewesen, die auch weitgehend der Selbstverwaltung unterstanden hatten. Das Berggesetz von 1854, das allein Krankenversicherung und Altersversorgung zu deren Aufgaben bestimmt hatte, enthielt nur unzureichende Bestimmungen über die Beteiligung der Unternehmer bei der Beitragsleistung und für die Verwaltung. Mit der Errichtung von hauptsächlich Werksbruderladen war zudem die frühere Freizügigkeit der Bergleute verlorengegangen, da die einzelnen Unternehmer sich weigerten, die bei den auf ihren Werken bestehenden Bruderladen eingezahlten Geldbeträge bei einem Arbeitsplatzwechsel bzw. bei Entlassung auf andere Bruderladen zu überschreiben. Die Lobby der Bergwerksbesitzer brachte im Jahr 1876 einen Referentenentwurf zu Fall, in dem man einen Teil der angesprochenen Mängel beseitigen wollte. Besonders bei der Verwaltung der Bruderladen hatten die Bergarbeiter mehr beteiligt werden sollen, womit eine bessere Kontrolle gewährleistet gewesen wäre. Nach diesem Entwurf hätten zudem Revierbruderladen errichtet werden sollen, die die Freizügigkeit zum Teil wenigstens wiederhergestellt hätten [1]. Die erste Aktion der entstehenden Bergarbeiterbewegung galt aus somit verständlichen Gründen der Bruderladenverfassung. Bráf zitiert aus der im Jahr 1879 erschienenen Schrift von Duxer Arbeitern ("Unsere Lage gegenüber der bestehenden Bruderladenverwaltung"): "... so dürfte man doch bekennen, daß dieses Strafverfahren dennoch schärfer ist, als das schärfste Disciplinarverfahren im österreichischen Staate: wir meinen das militärische. ... Es ist für den Bergarbeiter sein Einziges, sein Alles, was er aus dem mühseligen, gefährlichen Leiden des Bergbaues zu retten die Hoffnung hatte; doch wie leicht kann er dies "Alles" verlieren" [2]. Gemeint war damit der Verlust der Unterstützungsrechte aus den getätigten Bruderladeneinzahlungen, zu denen jeder im Bergbau Beschäftigte obligatorisch verpflichtet war. Bráf nun sah schon einen eklatanten Widerspruch zwischen dem "freien" Arbeitsvertrag und dem Zwang zur Zugehörigkeit zu einer Unterstützungseinrichtung, die sich auf ein einziges Werk beschränkte (Werksbruderlade). Die finanzielle Lage der Bruderladen hatte sich in den 1870er Jahren infolge des Zustroms meist junger Leute zum Bergbau merklich verbessert [3]. Die Unternehmer nutzten diesen Umstand zu ihren Gunsten aus; als Verwalter der Institutionen waren sie leicht in der Lage, die Bruderladenbestände zweckentfremdet zu verwenden. Wegen der Maßnahme der Reduzierung der Rückzahlungsgelder bei Austritt aus der Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revierbruderlade von 75 auf 33 1/3 Prozent kam es zum ersten großen Streik im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier [4]. Die Arbeitgeber hatten diese Maßnahme damit

verteidigt, daß eine Kräftigung des Stammkapitals der Unternehmen nötig gewesen sei. Bei einer Erhebung über das finanzielle Gebaren der Bruderladen in den Jahren 1881/82 stellte sich heraus, daß von 261 ganze 70 aktive Bilanzen aufwiesen[5]. Eine per Gesetz versuchte Kollektivsanierung wurde wiederum durch das Eingreifen der Unternehmerverbände verhindert, statt dessen eine sogenannte individuelle Sanierung der einzelnen Bruderladen angestrebt. Diese sah im Endeffekt so aus, daß die Unternehmer bis zu 2 % des Gesamtlohnes als Beitrag in die Bruderladenkassen leisten sollten; der Rest wurde über eine Erhöhung der Beiträge der Mitglieder sowie Kürzungen bei der Altersversorgung und den Versicherungszahlungen eingespart. Das Bruderladengesetz vom 28. Juli 1889 brachte dann insofern eine Verbesserung, als die Werksbesitzer verpflichtet wurden, Geldeinlagen in Höhe der Arbeiterbeiträge in die Bruderladen zu entrichten. Die Institution wurde aus versicherungstechnischen Gründen in zwei Abteilungen (Krankenkasse und Provisionskasse) zerlegt[6]. Auf dem Ersten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs wurde "eine Flut von Beschwerden über die traurigen Zustände der Bruderladen" laut[7]. Man protestierte dagegen, daß das eingezahlte Geld durch die Bergwerksbesitzer verwaltet wurde; Bruderladenältesten drohte die Entlassung, wenn sie gegen die Bergwerksbesitzer stimmten[8]. In der Folgezeit setzte man sich dann energisch für eine Zentralisierung der Bruderladen ein. Auf dem dritten Kongreß in Tschausch (Souš) im Jahr 1893 forderte man in einer Resolution die Gleichstellung der Bergarbeiter mit der übrigen industriellen Arbeiterschaft im Rechts- und Versicherungswesen. Die Bruderladen sollten nach der Vorstellung der Bergarbeiterorganisation allein für die älteren Bergarbeiter bestehen bleiben, um diesen ihre Altersversorgung weiter auszuzahlen. Danach sollte die Existenz dieser Institution jedoch beendet sein[9].

Bei den Wahlen zu den Bruderladenausschüssen, bei denen den Arbeitern durch Gesetz eine 2/3 Mehrheit zustand, dominierten um diese Zeit noch die Aufsichtsorgane (Steiger usw.), die als Unternehmervertreter quasi Beschlüsse durchsetzen konnten. Diese den Arbeitern zustehende Majorität wurde nun durch die Agitation der Bergarbeiterorganisation vielfach genutzt[10]. Als im Jahr 1894 die vorgesehene Zentralbruderlade für Nordwestböhmen nicht bestätigt wurde, verlangte die Organisation die Errichtung einer Landesbruderlade[11]. Da der gerade gegründete Zentralverband in der Mehrheit aus Tschechen bestand, mußte der Forderung nach einer Landesbruderlade ein eminent nationaler Aspekt von deutscher Seite beigemessen werden. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei befaßte man sich im gleichen Jahr auch ausführlich mit der Bruderladenfrage. Dr. Leo Verkauf hielt einen Vortrag über die geschichtliche Entwicklung und die aktuelle Situation dieser Einrichtung. Er schlug am Ende seiner Darstellung bezeichnenderweise vor, für eine Reichsbruderlade zu kämpfen, aus der die Kranken- und Un-

fallversicherung ausgegliedert werden sollten. Das zum Politikum gewordene Problem der Bruderlade führte dann auf dem fünften Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs zu dem schon erwähnten Zwischenfall, daß tschechische Delegierte, die für die Errichtung einer Landesbruderlade eintraten, den Kongreß verließen [12]. Die Anführer dieser Aktion entpuppten sich später freilich als Vertreter der Jungtschechen [13]. Auf der darauf folgenden Konferenz in Pilsen (Plzeň) einigte man sich dann darauf, eine Reichsbruderlade anzustreben, die in drei Verwaltungseinheiten (Böhmen, Mähren und Schlesien, übrige Länder) aufgeteilt werden sollte. Gleichzeitig wurde dabei eine Resolution zur Nationalitätenfrage verabschiedet, die sich auf den gefundenen Kompromiß bezog: "Ihnen (den Bergarbeitern, N.E.) ist Internationalismus nicht Verzicht auf die eigene Nationalität, sondern nur Verzicht auf die Herrschaft anderer Nationalitäten" [14]. Dieser Reichsbruderlade sollte als Hauptzweck die Altersversorgung obliegen, während man sich daneben für gesonderte Unfallversicherungs-Anstalten und die Unterstellung unter die Bezirkskrankenkassen einsetzen wollte [15]. Die im Jahr 1895 errichtete Zentralbruderlade für Nordwestböhmen (Sitz: Brüx/Most) schloß dann sowohl die schon bestehenden kleineren Revierbruderladen als auch die Werksbruderladen zusammen. Als Leistungen wurden den Mitgliedern eine Kranken- und Provisionskasse geboten, daneben wurde ein einmaliger Beitrag zu den Beerdigungskosten und den Hinterbliebenen eine einmalige Unterstützung bei Unfalltod ausgezahlt [16].

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ließ dann die Bruderladenfrage etwas in den Hintergrund treten. Für die Zeit des Streiks am Anfang des Jahres 1900 mußten, und das trotz des Lohnausfalls, die vollen Bruderladenbeiträge nachgezahlt werden, was manchen Bergarbeiter hart traf; ansonsten wären jedoch die Ansprüche verloren gewesen. Auf dem 1. Unionstag im Jahr 1904 wurde dann die Abschaffung des "reaktionären Bruderladengesetzes" und die Gleichstellung mit der übrigen Arbeiterschaft gefordert [17]. Die der Union der Bergarbeiter angehörenden Bruderladenausschußmitglieder, Genossenschaftsdelegierten und Ortsgruppenfunktionäre wählten übrigens (ab 1904) auch den Reviervertrauensmann, eine Funktion, der angesichts der steigenden Mitgliederzahlen eine wichtige Bedeutung zukam [18].

Für die Organisation der Bergarbeiter auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene bedeutete die Bruderlade eine Einrichtung, die ihnen politische Rechte vorenthielt. Nirgends war das Erkämpfen politischer Rechte so eng mit der drohenden Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen verbunden wie im Hinblick auf die Bruderlade. Solange ein Bergarbeiter durch Entlassung oder Abschiebung um seine Einzahlungen und die daraus erworbenen Versicherungsrechte gebracht werden konnte, bestand auch faktisch das Koalitionsrecht nicht. Gerade die organisierten Bergarbeiter waren davon am meisten betroffen. Die

unzulänglichen Verhältnisse der Bruderladen kommen auch dadurch deutlich zum Ausdruck, wenn man bedenkt, daß über 50 % der bei den Bergbehörden von Bergarbeitern eingebrachten Beschwerden einzig und allein Bruderladenangelegenheiten und Streitigkeiten um Ansprüche betrafen [19]. Daß diese Dinge die Bergarbeiter in ihrem aus der Tradition herstammenden Rechtsgefühl sehr verletzten, ist aus den im Fachblatt abgedruckten Kommentaren deutlich herauszuspüren. Die unzureichende Versorgung durch die Bruderladen wurde durch zusätzlich eingerichtete Versicherungen bei der Union und auch bei den lokalen Organisationen gemildert; dort konnten sich die Mitglieder nochmals mit geringen Beträgen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit u. a. m. Unterstützung sichern.

e) Der 1. Mai als Arbeiterfeiertag

Das "Feiern" des 1. Mai durch die Arbeiterbewegung geht, wenn man den europäischen Rahmen betrachtet, auf einen Beschluß des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Paris zurück, der dort am 14. Juli 1889 getagt hatte. Man schloß sich dabei dem Vorgehen des Amerikanischen Arbeiterbundes an, der im Jahr 1888 beschlossen hatte, zur Erinnerung an den am 1. Mai des Jahres 1886 in Chikago durchgeführten Streik zur Erringung des Achtstundentages am gleichen Datum des Jahres 1890 dasselbe zu fordern. Auf diesem Hintergrund betrachtet, gewann der 1. Mai einen besonderen Aspekt im Hinblick auf die angestrebte internationale Solidarität. Angeknüpft wurde bei den Amerikanern mit diesem Termin an einen rein praktischen Grund, wie Richard Weiss betont: Der 1. Mai ("moving-day") war der Stichtag für den Abschluß von Lieferungs- und Arbeitsverträgen [1]. Die Urheber der Maifeierbewegung knüpften damit an einen alten volkstümlichen Brauch an. Auch im europäischen Bereich galt der 1. Mai von jeher als traditioneller Anfangstermin für die bäuerlichen Feldarbeiten, die mit der Durchführung zahlreicher Frühlingsbräuche begonnen wurden. Dieser Tag war dann auch von den Bürgerschaften und Zünften gefeiert worden [2]. Es handelte sich also bei diesem Termin keineswegs um einen kirchlichen: "Die Sozialisten blieben, vielleicht unbewußt, bei der alten Tradition, als sie den 1. Mai zu ihrem Tag machten" [3].

Die erste Maifeier im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier wurde von den Bergarbeitern noch ohne jegliche organisatorische Verbindung und Koordination begangen, auch das Fachblatt, der "Glück auf!", war ja noch nicht erschienen. Am 6. April 1890 fand in Tschausch (Souš) nach acht Jahren der Verfolgung wieder die erste öffentliche Arbeiterversammlung statt [4]. Bergarbeiter gehörten zu den ersten, die sich für die Genehmigung des 1. Mai als Arbeiterfeiertag einsetzten. Die Bergwerksbesitzer standen diesem Ansinnen damals völlig unvorbereitet gegenüber, sie erlaubten deshalb wahrscheinlich die Beteiligung

der Bergarbeiter an den vorgesehenen Kundgebungen und Feierlichkeiten, ohne Schwierigkeiten zu machen[5]. Die bürgerliche Presse verbreitete für die Bevölkerung beunruhigende Gerüchte: "Im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier hieß es, die Duxer Bergarbeiter würden kommen und alles, was nicht niet- und nagelfest sei plündern"[6]. Die Bergwerksbesitzer hatten zum Schutz ihrer Gruben Hilfe durch das Militär angefordert; Schützen, Veteranen, die Feuerwehr und Rettungscorps versahen Wachdienste bei den Stadteingängen und sicherten öffentliche Gebäude, Gasanstalten und Fabriken[7]. Bei diesen erstmals durchgeführten Maifeiern kam es, im Gegensatz zu den nachfolgenden, zu keinen nennenswerten Konflikten[8]. Die an verschiedenen Orten veranstalteten Massenversammlungen und Kundgebungen verliefen friedlich und feierlich; die Reden wurden sowohl in deutscher als auch in tschechischer Sprache gehalten. Neben dem Achtstundentag wurde auch das allgemeine Wahlrecht gefordert. Auf dem Ersten Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs über Weihnachten des Jahres 1890 in Wien, der den Auftakt zur Begründung einer Bergarbeiterorganisation bildete, wurde gar - wohl in der ersten Euphorie - ein Beschluß gefaßt, nach dem "alle bei Knappen sonst üblichen Feste (sind) abzuschaffen und nur der 1. Mai als allgemeiner Festtag zu erklären" sei[9].

In den darauf folgenden Jahren versuchten die Unternehmer auf verschiedene Weise, die Bergarbeiter von der Teilnahme an den Maifeierlichkeiten abzuhalten. Die Ankündigung für den 1. Mai 1892 im "Glück auf!" lautete: "Wie wollen wir diesen Tag feiern? Wollen wir arbeiten, wenn die Natur ringsumher Festtagsgewand trägt? Nein! Uns Bergarbeitern wird sehr wohl angedroht, wenn wir den 1. Mai feiern, sind wir den 2. Mai ausgesperrt ... . Heilige Pflicht ist es daher, am 1. Mai nicht zu arbeiten, sondern diesen Tag durch Veranstaltung von Ausflügen, Konzerten, Versammlungen würdig zu begehen..."[10]. Im Mai 1891 wurden Tausende von Arbeitern, die an den Veranstaltungen teilgenommen hatten, ausgesperrt oder gar entlassen[11]. Im Jahr 1897 wurde von den Saxonia-Werken ihren Beschäftigten am Freitag vor dem 1. Mai der Lohn nicht ausgezahlt. Der Löhnungstermin wurde auf den Maifeiertag nachmittags festgesetzt[12]. In jedem Jahr wurde im Fachblatt über die Einhaltung der Arbeitsruhe in den einzelnen Revieren berichtet, u. U. wurden einzelne Arbeiter mit Namen genannt, die an diesem Tag gearbeitet hatten. Diese Personen wurden im Volksmund unter der Bezeichnung "Maikäfer" bekannt[13]. Manchmal spendeten aber auch Arbeiter das an diesem Tag verdiente Geld in den Agitationsfonds des Fachblattes, um so ihre Solidarität kundzutun[14].

Der Ablauf der Veranstaltungen am 1. Mai verlief von der ersten Feier im Jahr 1890 an praktisch nach einem ganz bestimmten Muster, von wenigen Varianten abgesehen. Am Vormittag fanden Volksversammlungen und Kundgebungen statt, die oftmals neben den ständig erhobenen Forderungen des Achtstundentages und des Wahlrechtes (bis 1907) auch

unter der gerade aktuellen Problematik standen. Die Reden wurden ausschließlich bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes in deutscher wie in tschechischer Sprache gehalten. Im Jahr 1898 wandte man sich mit den Demonstrationen und Reden "angesichts des Chauvinismus" besonders gegen die Nationalitätenhetze und setzte sich für den Völkerfrieden ein [15]. Während des Kriegsjahres 1917 hatten die Aufmärsche und Ansprachen den Charakter von Friedenskundgebungen [16]. Infolge der Belastungen, die durch die Gesetzgebung auf die Bergarbeiter in den Jahren 1914 - 1918 zugekommen waren, erging im Jahr 1918 für die Maifeier der Aufruf durch das Fachblatt, daß die Demonstration für den Achtstundentag nie dringender gewesen sei als zu diesem Zeitpunkt und eine geschlossene Teilnahme aller Bergarbeiter dies nachdrücklich unterstreichen solle [17]. In den Jahren 1915 und 1916 hatte man übrigens freiwillig auf die Arbeitsruhe am 1. Mai verzichtet und sich angesichts der Kriegslage auf Versammlungen am Abend beschränkt [18]. Die Kundgebungen und weiteren Veranstaltungen am 1. Mai wurden meist von mehreren Ortsgruppen gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Vereinzelt wurde es Brauch, die Mitglieder und die übrige Bergarbeiterschaft, die sich an den Aufzügen beteiligen wollte, durch Böllerschüsse in der Frühe um 5 oder 6 Uhr zu wecken. Man nannte dies die "Tagreveille" [19]. Manchmal wurde auch schon mit Musik zur Versammlung am Vormittag marschiert [20]. Nachmittags fanden fast überall Festzüge unter der Mitführung von Standarten und Fahnen statt, in vielen Orten auch daran anschließend Konzerte. Am Abend veranstalteten die gastgebenden Ortsgruppen Unterhaltungen (Theater, Gesang, Vorträge) und sogenannte "Nachfeiern" (Tanzmusiken) für ihre Mitglieder und Gäste. Im Jahr 1909 konnte auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Reichenberg (Liberec) festgestellt werden, "daß die Maifeier nicht nur als eine Demonstration für die Rechte der Arbeitenden empfunden wird, sondern sie beginnt, sich als ein Volksfest einzuleben" [21].

Im "Glück auf!" wurden meist nur kurze Notizen über die Veranstaltungen und den Ablauf des 1. Mai veröffentlicht; ein etwas ausführlicherer und daher auch aufschlußreicher Bericht soll hier daher kurz wiedergegeben werden, weil er das Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich zwischen den Menschen zweier Nationen doch entwickelt hatte - und das gerade in der Zeit der aufkommenden Nationalitätenhetze - dokumentiert. Das wahre Wertgefüge einer Gruppe zeigt sich bekanntlich besonders in Krisenzeiten. Hier der Wortlaut des Berichtes aus Raudnig (Roudník): "Raudnik - 1. Mai; in Raudnik wurden die Genossen am 1. Mai früh um halb 5 Uhr durch Pöllerschüsse aufgeweckt. Die Musik, unter Leitung des Herrn Musikführers Wenzel Wondraczek spielte von 5-6 Uhr morgens Platzmusik, und begann diese mit dem Agitationsmarsch. Um 8 Uhr versammelten sich die Genossen im Vereinslokal des Herrn Pfleghörl und giengen in die öffentliche Ver-

Nr. 12. Teplitz, am 27. April 1905. Jahrgang XV.

Glück auf!

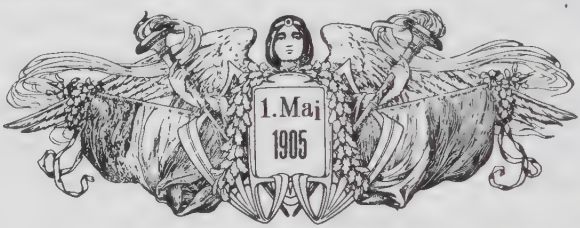
Redaktion und Administration: Turn-Teplitz, Kaiserstraße Nummer 27.
Ganzjähriger Pränumerationspreis: Ganzjährig 4 Kronen, halbjährig 2 Kronen, vierteljährig 1 Krone. Der Preis einer einzelnen Nummer beträgt 10 Heller.
Postsparkassen-Scheck-Konto Nummer 805 046

Zentral-Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs

Erscheint am 1. 2. und 4. Mittwoch eines jeden Monats mit dem Datum des darauf folgenden Donnerstages. Talente werden angenommen. Manuskripte werden nicht zurückgestellt; diese dürfen nur auf einer Seite beschrieben sein. Offene Reklamationen sind portofrei.

Wir feiern

den 1. Mai als den Feiertag des rechtlosen, internationalen Proletariats!



Wir wollen

Arbeiterschutz!
Völkerfrieden!
Achtstundentag!
Gleichheit des politischen Rechtes!

Das Erwachen.

Verborgen ruht im Erdenschoße der Neuzeit schwarzer Diamant,
Der, an das Licht des Tags gezogen, die Kraft zeugt, die von Land zu Land
Das Dampfroß treibt im raschen Fluge; der uns auch Wärme zeugt und Licht,
Der überall Verwendung findet, von Land zu Lande Bahn sich bricht.
Den in der Urzeit dunklen Tagen gezeugt natürliche Chemie
Und die Natur uns aufbewahrte zum Segen für die Industrie.
Der unentbehrlich ward auf Erden, im Haushalt wie in der Fabrik,
Und Manchem schon den Weg geebnet zu dem ersehnten Erdenglück.
Der vieler Menschen Wohlstand gründet, zur Quelle größten Reichtums wird,
Der aber auch Millionen Menschen in Elend und Verzweiflung führt.

Er quillt nicht aus dem Schoß der Erde, „der Neuzeit schwarzer Diamant,"
Daß ihn die Menschheit kann benützen, dankt sie des Bergmanns fleiß'ger Hand.
Dankt sie dem Mann, der in die Tiefen, zum Mutterschoß der Erde dringt
Und Tag für Tag und Stund' um Stunde, die Haue und den Fäustel schwingt;
Der von Gefahren stets umgeben, gar fern von dem Gerausch der Welt,
Bald schrämmt, bald schlitzt beim Grubenlichte, das spärlich nur den Raum erhellt.
Mag ihn auch rings der Tod umlauern in furchtbar gräßlicher Gestalt,
Er schafft und schaffet emsig weiter, bis einst sein letzter Schrei verhallt.
Er ist's, der mit der Tiefe Wässern, mit Feuer und mit Gasen ringt
Und furchtlos durch das Mark der Erde den Weg nach vorwärts sich erzwingt.

Sein Leben ist ein Kampf mit Sorgen; ein steter Kampf um's trock'ne Brot,
Der Hunger grinst ihn an am Morgen und Nachts umklammert ihn die Not.
Er muß mit Weib und Kindern darben, bis einst im Tod sein Auge bricht,
Schafft er auch große, reiche Schätze aus dunkler Nacht herauf zum Licht.
Wenn er am Morgen in die Grube mit den Kameraden niederfährt,
So weiß er nie, ob er am Abend, zu Weib und Kindern wiederkehrt.
Doch immer schwebt's ihm vor der Seele: „Freilet plötzlich ihn der Tod,
Quartiert sich ein bei seinen Lieben das bleiche Schreckgespenst, die Not,"
Und darum schafft er unermüdlich, vom Morgen an bis in die Nacht,
Wenn ihm auch selten nur die Sonne in's hagere, bleiche Antlitz lacht.

Kann er an langen Sommertagen des Abends mal in's Freie geh'n,
Kann Sonntags er auf ein paar Stunden all' seine Lieben um sich seh'n –
So fühlt er erst sein ganzes Elend, aus dem es kein Entrinnen gibt;
Fühlt, wie er selber muß verkümmern, nebst allen jenen, die er liebt.
Und dann des Nachts, wenn alle schlafen, wälzt er oft ruh'los, sorgenschwer,
Auf seinem dürft'gen, harten Lager, die müden Glieder hin und her;
Kann die ersehnte Ruh' nicht finden, dumpf hämmert's hinter seiner Stirn,
Als wollt's die Schädeldecke sprengen, wühlt das Gedankenmeer im Hirn.
Ein wahres Chaos durcheinander und nirgends Lust und nirgends Licht,
Und nirgends eine helle Stimme, die von Erlösung zu ihm spricht.

Oft hat er an der Sklavenkette gerüttelt in verbiss'ner Wut,
Doch nimmer konnt er sie zersprengen, färbt sie sich auch mit seinem Blut.
Nur tiefer schnitt in seine Glieder das harte, zähe Eisen ein
Und statt die Qualen zu vermindern, wuchs seine Not und seine Pein.
Wollt' er die harte Fronzeit kürzen, verlangte er noch höh'rem Lohn,
Da fand er bei den Unternehmern statt Mitgefühl nur bitt'ren Hohn.
Mit Bajonetten und mit Hunger, zwang man ihn in das Joch zurück,
Verlangt er auch für sich ein Bruchteil von Menschenrecht und Menschenglück.
Und wilder schüttelt er die Kette und wilder wird die Faust geballt.
Und doch muß er sich wieder fügen, muß unterliegen der Gewalt.

Dem Bergmann ist in seinem Leben manch bitt'res Unrecht schon geschieh'n,
Und manches Unrecht hat er wieder an Anderen verüben seh'n,
Doch niemals noch war seine Seele so tief bewegt, so wild empört,
Als jetzt, wo er von früh bis abends, nur Unrecht sieht und Unrecht hört.
Wo der Verband der Unternehmer auf immer neue Knechtung sinnt,
Und hinter wohlverschloss'nen Türen geheimnisvolle Fäden spannt.
Wo man den Kranken und den Krüppeln die wohlerworb'nen Rechte kürzt,
Und sie in grenzenloses Elend, in Hunger und Verderben stürzt.
Wo man fortschrittliche Reformen heimtückisch zu vereiteln strebt
Und bei der kleinsten freien Regung in starker Faust die Knute hebt

So spiegelt in des Bergmanns Seele, sich seines Lebens wüstes Bild.
Da springt er auf von seinem Lager und ballt und hebt die Fäuste wild. —
Kein Einzelner vermag zu brechen die Sklavenkette, die ihn hemmt,
Wenn er sich auch mit Riesenkräften, mit voller Wucht dagegen stemmt.
Doch eint er sich mit den Kameraden, die mit ihm teilen das Geschick,
So kann er sich die Wege ebnen zu Menschenrecht und Menschenglück
Die Einigkeit der Unternehmer, ihr starker, mächtiger Verband,
Ihr starrer, unbeugsamer Wille drückt uns verächtlich an die Wand
Doch wenn wir Sklaven uns vereinen, wenn unser Klassengeist erwacht,
Dann muß der Gegner Schar erliegen; nur in der Eintracht liegt die Macht.

Durch Eintracht nur könnt Ihr einst brechen der Kohlenprotzen starren Sinn,
Durch sie die Volksvertreter zwingen, sich ernst um Euer Recht zu müh'n.
Durch sie allein nur könnt Ihr wenden zum Bess'ren Euer hart Geschick,
Durch sie allein die Wege ebnen zu Menschenrecht und Menschenglück.
Drum auf Ihr Brüder, Bergarbeiter, begreift den alten wüsten Streit,
Reicht Euch zum Bruderbund die Hände, es ist fürwahr die höchste Zeit.
Erwacht aus Euren düst'ren Träumen, tragt länger nicht den bitt'ren Hohn,
Vereinigt Euch! Schließt Euch zusammen, zum festen Bund der „Union."
Ihr habt die Mittel in den Händen, benützet sie zur rechten Zeit,
Und Euer Schicksal wird sich wenden, wenn Ihr nur wollt und einig seid.

A. W. Teuchert.

Des Bergarbeiters Maientag.

Der Winter ist besiegt, die Nacht hat sich gelichtet,
Der Elemente Kampf beendet und geschlichtet.
Der Frühlig ist gekommen. Was todt schien und erstarrt,
Was unterm Leichentuch geschlummert und geharrt,
Erwacht zu neuem Leben, erwacht zu neuem Sein
Und Jubellieder klingen durch Wiese, Feld und Hain.

Die Lerche in den Lüften, der Fink im grünen Hag,
Die Drossel im Gebüsche, sie grüßen froh den Tag.
Und auch in's Herz des Menschen, zieht frohe Hoffnung ein,
Auch er will sich des Lebens, der Frühlingspracht erfreu'n,
Auch er will jetzt vergessen die Sorgen und die Noth,
Will nicht mehr länger netzen mit Thränen nur sein Brod.

Der Landmann hinterm Pflluge schafft emsig auf dem Feld,
Der Schmied schwingt seinen Hammer, daß es klingt und gellt
Die bleichen Proletarier im Saale der Fabrik,
Erhaschen durch das Fenster, so manchen Sonnenblick,
Die Frühligsluft durchfluthet den staubgefüllten Saal
Und lindert ihre Leiden, vermindert ihre Qual.

Nur in die Kohlengrube bringt Licht und Wärme nicht,
Der Bergmann müht sich weiter auch jetzt beim Lampenlicht.
Er schafft im tiefen Stollen in eingesperrter Luft,
Geschwängert von Miasmen, getränkt von Moderduft;
Nur Schimmelpilze wachsen dort unten und gedeih'n
Und hüllen weiß die Baue und feuchten Wände ein.

Geheimnißvolles Flüstern bringt durch den düst'ren Ort
Die Wasser in der Tiefe, die rauschen fort und fort.
Es glänzen wie Brillanten die Tropfen an der Wand,
Es fällt so mancher Tropfen auf eine schwielige Hand;
Der Bergmann aber achtet die kalten Tropfen nicht,
Er schafft im Schweiße weiter bei seiner Lampe Licht.

Weil Weib und Kinder darben, so treibt die bitt're Noth
Den Gatten in den Stollen, hin in Gefahr und Tod.
Und wenn der Sang der Vögel auch durch die Seele dringt,
Im Stollen nur das Eisen am harten Felsen klingt,
Dazwischen bringt das Rollen der Räder nur hinein,
Ein Stöhnen, Prasseln, krachen vom stürzenden Gestein.

Nie fällt ein Strahl der Sonne in diese Nacht hinein
Und doch birgt Licht und Wärme in sich der schwarze Stein.
Nie öffnet eine Knospe sich, die das Herz erfreut
Und doch sind's Riesenwälder, aus längst vergang'ner Zeit,
Seit Millionen Jahren liegt dieser Wälder Pracht
Gehüllt in tiefes Schweigen, gehüllt in schwarze Nacht.

Der Bergmann steigt hinunter und holt aus Nacht und Graus
Der Vorzeit reiche Schätze zum Sonnenlicht heraus
Die schwarzen Massen werden in seiner Hand zu Gold,
Das in die weiten Taschen der Unternehmer rollt;
Doch er, der arme Bergmann selbst, geht jahrein jahraus
Mit einem Hungerlohne von harter Schicht nach Haus.

Der Bergmann steigt hinunter von Kraft und Muth belebt
Und trotzt den bösen Wettern, dem Tod der ihn umschwebt.
Doch während er für And're die reichen Schätze hebt,
Ihm selbst mit Weib und Kindern die Sorge stets umschwebt,
Denn Hunger, Noth und Qualen sind seiner Mühe Lohn
Und er vererbt dies Elend einst wieder seinem Sohn.

D'rum da der Frühling nimmer hinab zur Grube steigt
Und nie ein Licht der Sonne die düst'ren Stollen zeigt
Und doch in jedem Herzen ein Fünkchen Sehnsucht wohnt
Und doch in jedem Hirne der Drang zum Lichte thront,
Ist's heil'ge Pflicht des Bergmanns, daß er sich selbst befreit
Und dazu ist der Frühling fürwahr die rechte Zeit.

Die ersten Frühlingsblüthen in Wiese, Feld und Hain,
Sie sollen auch den Bergmann mit Weib und Kind erfreu'n.
D'rum steigt er aus der Grube herauf zum Sonnenlicht
Als Gatte und als Vater ist's seine heil'ge Pflicht —
Und eilt hinaus ins Freie und lauscht der Vögel Sang
Und stärker wird und stärker, der Seele Freiheitsdrang.

In jedem Jahr nur einmal erscheint der erste Mai
Und macht die Grubensklaven von Noth und Sorgen frei;
Sie finden sich bei Brüdern, bei Schwestern draußen ein,
Um sich am Licht der Sonne, am Blumenduft zu erfreu'n,
Um ernsthaft zu berathen beim ersten Frührothschein
Wie sich der Erde Völker erheben und befrei'n.

Millionen Herzen einen sich da zu einem Schlag,
D'rum ist der Mai, der Erste, ein Weltenfeiertag!
Kein Pfaff hat ihn geheiligt und kein Gesetz bestimmt,
Das Volk, es ist es selber, das diesen Tag sich nimmt;
Mit festen, ernsten Willen trotzt es der Tyrannei
Des Geldsack's und die Sklaven der Arbeit, sie sind frei!

Vom Westen bis zum Osten, vom Süden bis zum Nord
Dringt aus Millionen Munde das eine große Wort:
Wir müssen uns verbinden, wir müssen einig sein
Und durch vereintes Ringen uns selbst vom Joch befreien.
Und mag der Geldsack auch wüthen voll in seiner Wuth,
Die Völker stürmen vorwärts mit frohen, frischen Muth.

D'rum steigt aus Nacht und Grauen der Bergmann heut empor
D'rum strömt aus den Fabriken die bleiche Schaar hervor,
Der Schmied läßt den Hammer, den Pflug der Bauer steh'n
Und fröhliche Gesichter sind rings umher zu seh'n;
Aus eig'ner Kraft und Willen macht heut das Volk sich frei
Und feiert ihn gemeinsam den Feiertag des Mai!

A. W. T.

Aus: "Glück auf!" Nr. 12/1901, S. 2

sammlung nach Karbitz. Nachmittags fand hier in Raudnig ein gut besuchtes Konzert statt, welches der Arbeiter-Turnverein "Vorwärts" aus Senseln veranstaltete und zu welchem die Organisationen Raudnig, Modlan und Wiklitz mit beitrugen. Die Genossen von Modlan machten einen Ausflug mit Musik nach Raudnig, an welchem sich ca. 300 Genossen beteiligten, bei Raudnig schloß sich dem Zug die Organisation aus Wiklitz an, wo dann der Zug an 400 Köpfe zählte. Am 1. Mai erkannten unsere Gegner, wie in Raudnig und Umgebung die Sozialdemokratie "u n t e r g e h t". Da sollten unsere Gegner herkommen und sehen wie sich die Arbeiter ohne Unterschied der Nation verstehen können ohne Sprachenverordnung. Genosse Josef Schubert, Obmann des Fachvereines der Berg- und Hüttenarbeiter, hielt die Festrede in deutscher und Genosse Josef Dvořák in tschechischer Sprache, beide ernteten reichen Beifall. ..." [22].

Die Maifeiern sind als Ausdruck des gestiegenen Selbstvertrauens in kultureller Hinsicht und als Ausdruck der sozialen Zusammengehörigkeit der organisierten Bergarbeiterschaft anzusehen. Bei den brauchtümlichen Äußerungen bediente man sich der alten Darstellungsmittel des Umzugs mit mitgeführten Symbolen (Fahnen, Standarten), wie das bei allem kultischen, kirchlichen und vereinsgebundenen Brauchtum der Fall war und ist. Die brauchtümliche Erhöhung brachte es auch mit sich, daß man zur Maifeier selbstverständlich im Sonntagsgewand erschien. Die Lieder und Gedichte, die ebenfalls zur öffentlichen Darstellung politischer Gruppen gehören, wurden von sogenannten Arbeiterdichtern unter den Angesprochenen verbreitet; die Inhalte der Gedichte und Lieder des Bergarbeiterdichters Anton Wilhelm Teuchert bestätigen dabei auch deutlich die Anknüpfung an die Tradition, die mit der Wahl des 1. Mai getroffen worden war (Beginn bäuerlicher Arbeiten, Frühlingserwachen). Daneben gehen sie jedoch selbstverständlich auch auf die Situation des Bergarbeiters und seine Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß ein, die ja den Anknüpfungspunkt für die Bergarbeiterbewegung schlechthin gebildet hatte und auch den Boden darstellte, aus dem die am 1. Mai erhobenen Forderungen zu erklären sind . Daß die am Maifeiertag von der Arbeiterbewegung getätigten brauchtümlichen Äußerungen relativ schnell zur festen Tradition wurden, hängt damit zusammen, daß jede einmal als "revolutionär" angesehene Neuerung "aus der geistigen Oberschicht, aus dem Bereich des eigenständigen Denkens hinabsinkt in die jedem Menschen mehr oder weniger mächtige, volkstümliche Geistesschicht, die nur durch die Autoritäten von Gemeinschaft und Tradition bestimmt ist" [23]. Da an diesem Tag elementare Grundbedürfnisse der Bergarbeiter angesprochen wurden, wurde die Tendenz zur Tradition beschleunigt. Dies zeigt sich u. a. bereits in den Jahren nach 1900 darin, daß sich die Berichte im "Glück auf!" mehr oder weniger auf die Mitteilung der Teilnehmerzahlen beschränkten, so sehr war das Feiern des 1. Mai schon zum festen und hinreichend bekannten Bestand-

teil des Vereinslebens geworden. Ein anderer Hinweis darauf ist die kommerzielle Herstellung bestimmter Maifest-Utensilien, so zum Beispiel von Maifest-Postkarten und Lampions (mit Aufschriften) [24].

f) Die lokalen Organisationen - Vereinsleben

Wenden wir uns zum Schluß der unteren Ebene des organisierten Zusammenschlusses der Bergarbeiter zu, den lokalen Vereinen. Lidtke kommt bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die Vereinszugehörigkeit im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einen der drei Hauptfaktoren darstellte, "die die soziale Identität des Arbeiters bestimmten: er gehörte zu einer Familie, einem Berufsstand und wahrscheinlich zu einem Verein" [1]. Das Vereinswesen erlangte im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier in den beiden Jahrzehnten um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert wie in anderen Bergbau- und Industriegebieten eine ungeheure Blüte. Neben die ausgesprochen politischen und gewerkschaftlichen Vereine trat eine Vielzahl anderer, die den vielfältigen kulturellen Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter Ausdruck gaben. Die gegründeten Vereine innerhalb des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers umfaßten dabei manchmal mehrere "Vereinszwecke" [2].

Wir beschränken uns bei den folgenden Erörterungen auf die Vereine, die nahezu ausschließlich aus Bergarbeitern bestanden [3] und die infolge ihres gewerkschaftlichen Charakters der in dieser Arbeit behandelten sozialdemokratisch orientierten Bergarbeiterorganisation und der späteren Union der Bergarbeiter Österreichs nahestanden bzw. angehörten. Während für die deutschen Vereine eine strenge Trennung zwischen gewerkschaftlichen und politischen Vereinen vorzunehmen ist, kann für den Bereich der österreichisch-ungarischen Monarchie gelten, daß infolge der lange fehlenden parlamentarischen Beteiligung der Sozialdemokratie sowie der fehlenden organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen die gewerkschaftlichen Vereine lange Zeit die Hauptrolle spielten.

Die Fachvereine, Bildungsvereine und später die Ortsgruppen stellten die Basis der Bergarbeiterorganisation dar. Hier mußten vor allem die immer wieder betonten Begriffe der Solidarität und Internationalität mit konkretem Inhalt angefüllt werden, wenn man sich die Chance eines langfristigen Bestehens gegenüber den nationalen und bürgerlichen Vereinen wahren wollte. Die Redakteure des Fachblattes "Glück auf!" knüpften an die Funktion der Fachvereine hohe Zukunftserwartungen, wie sich an einem Artikel über die Bedeutung der Fachvereine deutlich zeigt: "In den Fachvereinen sehen wir daher die wichtigsten ökonomischen Grundbestandtheile der zukünftigen Gesellschaft. ... Die Fachvereine werden miteinander so in Verbindung stehen, wie heute die kapitalistischen

Unternehmen in der Gestalt der Kartelle, Trust usw... ." Man erweckte in der Bergarbeiterschaft die Hoffnung, daß die Fachvereine die wesentlichen Bestandteile einer demokratischen Wirtschaftsverfassung werden könnten, indem man propagierte, daß später einmal hier Entscheidungen über Produktion, Beurteilung der Arbeitsleistung sowie deren Bemessung fallen würden[4]. Aufgrund der restriktiven Vereinsverfassung in der österreichisch-ungarischen Monarchie mußten sich die Fachvereine der Bergarbeiter vorerst jedoch mit der "Förderung der geistigen und materiellen Interessen", wie es in den meisten Vereinsstatuten hieß, begnügen. Schon aus Gründen der Vorsicht und der Furcht vor Auflösung fand sich in den Statuten die Bestimmung, daß politische und religiöse Angelegenheiten dabei nicht berührt würden[5]. Unter der Formel "geistige und materielle Interessen" wurde - im Statut jedenfalls - folgendes verstanden: "Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder, Reiseunterstützung, Rechtsschutz, Veranstaltung von Unterrichtsstunden, Vorträgen, Gesangsstunden, Gründung von Ortsgruppen, Zahlstellen, Haltung von Fachschriften, eventuell obligatorische Einführung der Fachpresse, Anschaffung einer Bibliothek, Delegiertenentsendung zu Delegiertentagen und anderes mehr"[6]. Man erkannte schon früh, daß im Hinblick auf den Beitritt der Bergarbeiter zu einem Fachverein die Frauen der Arbeiter ein Wörtchen mitzusprechen hatten. In einem Aufruf an die Frauen hieß es: "Was nun die Frauen der Bergarbeiter anbelangt, so ist es höchst an der Zeit, daß auch sie sich wenigstens geistig frei machen, denn die gegenwärtige Unwissenheit, die den Geist der Bergmannsfrauen umnachtet, ist der Hauptfactor, der seinen Einfluß dahin geltend macht, die Männer von jeder Organisation festzuhalten." Den Männern wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, daß sie ihren Frauen die Informationen aus den Versammlungen vorenthielten: "Wenn man den Frauen auf solche Weise antwortet, bekommen sie Haß, nicht gegen die Männer, sondern gegen den Verein, gegen die Organisation, welcher dieselben angehören." Die Bergarbeiter sollten ihre Frauen mit Verständnis behandeln und darauf hinwirken, daß sie für die Bewegung tätig werden könnten: "Die Frau des Arbeiters, wenn sie aufgeklärt, ist der beste Agitator für die Socialdemokratie, denn ihre gewandte Zunge kommt ihr vortrefflich zu statten"[7]. Auch im Rahmen der sogenannten Hausagitation wurde dem Einbezug der Frau des Bergarbeiters in das Gespräch große Bedeutung zuerkannt[8]. Seit dem Jahr 1893 wurden verstärkt Vereine "für beiderlei Geschlechter" gegründet aus der Erkenntnis heraus, daß die Frauen bei den geselligen und auf Bildung ausgerichteten Veranstaltungen mitbeteiligt werden mußten. Die Männer wurden durch das Fachblatt darauf hingewiesen, was sie ihren Frauen zu lesen geben sollten; man warnte vor "wissenschaftlicher Literatur", da sie abschrecke: "Dieser Fehler ließe sich sehr leicht verbessern indem man den Frauen zunächst gute Romane, Novellen, etc., die die sociale Frage berühren, in die Hand gibt"[9]. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation der Berg-

arbeiter spielten Frauen, da im Bergbau nur eine geringe Zahl beschäftigt war, überhaupt keine Rolle; sie wurden jedoch durch die Teilnahme an den Festivitäten, Familienfeiern usw. in die Organisation miteinbezogen. Wann immer Frauen in stärkerem Maße an Veranstaltungen teilgenommen hatten, wurde dies in der Presse besonders herausgestrichen. Der Fachverein Wiklitz (Vyklice) hob hervor: "Es ist traurig constatieren zu müssen, daß es in Wiklitz M ä n n e r (?) gibt, die deshalb nicht zum Verein gehen, weil es die Frauen nicht erlauben" [10].

Die Gründungen der Arbeiterbildungsvereine in den 1870er Jahren, also quasi der ersten Generation der Arbeitervereine, waren teilweise noch mit einem Kirchgang begonnen worden [11]. Oft schlossen sich an die Gründungsversammlungen ein Festzug und eine Musikveranstaltung (Konzert, Tanzmusik) an.

Die Gründung der Fachvereine nach 1890 erfolgte in der Regel durch sogenannte "konstituierende Versammlungen". Die Tagesordnung der Gründungsversammlungen war fast immer gleichlautend: 1. Zweck und Nutzen des Vereines 2. Verlesung der Statuten 3. Aufnahme der Mitglieder 4. Wahl der Ausschüsse 5. Freie Anträge. Dort, wo deutsche und tschechische Bergarbeiter den Fachvereinen beitraten, wählte man einen deutschen und einen tschechischen Vorsitzenden und Schriftführer. Dieses Verfahren ist bis in die Zeit des Weltkrieges hinein zu beobachten [12]. Die konstituierenden Versammlungen mußten meist auch unter der Anwesenheit eines Regierungsvertreters abgehalten werden. Mehrere Vereine beschlossen, Verbands- bzw. Vereinsabzeichen, die wohl als Erkennungszeichen einerseits, als Zeichen der Zusammengehörigkeit andererseits zu w e r t e n sind, einzuführen [13]; als Ausweis, vor allem wenn man sich in anderen Orten aufhielt, galt das Vereinsbuch [14].

Die organisierten Bergarbeiter trafen sich anfangs wöchentlich, meist am Sonntagnachmittag oder aber seltener an einem Wochenabend; nach dem Jahr 1900 etwa ist eine abklingende Versammlungstätigkeit der Ortsgruppen zu beobachten: zunächst beschränkten sich die Zusammenkünfte entweder auf den zweiten und vierten Sonntag bzw. den ersten und dritten Sonntag im Monat, ehe man zu sogenannten Monatsversammlungen überging, d. h. man traf sich nur noch einmal regelmäßig im Monat. Dies schloß natürlich unregelmäßige Versammlungen bei Bedarf nicht aus. Der Rückgang der Versammlungshäufigkeit ist wohl damit zu erklären, daß sich nach 1900 die Arbeiter in zunehmendem Maße, nicht zuletzt auch bedingt durch die Arbeitszeitverkürzung, in anderen Sparten der Arbeitervereinsbewegung organisierten [15]. Auch die meisten Bergarbeiter gehörten wohl neben ihrem Fachverband, der Gewerkschaft, noch einem, wenn nicht sogar mehreren anderen Vereinen an. In den regelmäßig stattfindenden Versammlungen wurden vorrangig Berufsprobleme besprochen und diskutiert: man beschäftigte sich mit den Zuständen auf den ein-

zelnen Gruben, sprach über die politische und wirtschaftliche Entwicklung, die die Lage des Bergbaus betraf . Einen breiten Raum nahmen während des gesamten Untersuchungszeitraumes die Bildungsbestrebungen ein. Dem Gedanken, daß der Einführung in wissenschaftliches Denken eine Schlüsselfunktion für den Aufstieg der Arbeiter als gemeinsam handelnder Gruppe zukam, war schon im "Glück auf!" sinnfälliger Ausdruck gegeben worden, als im ersten Jahr des Erscheinens das Motto: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" durch das andere: "Wissenschaft ist Macht!" ersetzt worden war [16]. Der niedrige Bildungsstand der Bergarbeiterschaft wurde bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder beklagt und oft auch als Entschuldigung für ohne Erfolg verlaufene Aktionen angeführt. Man warf dem Staat vor, daß dem Arbeiter Bildung und damit das Erkennen von Zusammenhängen, welches für ein gemeinsames Bewußtsein grundlegend sei und das wiederum zum gemeinsamen Vorgehen führe, mit Absicht vorenthalten würden. Damit verbunden wurde eine Kritik an der Form und den in der Volksschule vermittelten Lehrinhalten, welche ein unverhältnismäßig großes Gewicht auf Religionslehre und den sogenannten "Patriotismus" (=Geschichte, die sich mit den Schlachten des eigenen Militärs, der Genealogie der Fürstenhäuser und den Vorzügen der Könige beschäftigte) lege: "Die heutige Volksschule ist eben nichts weiter als ein Instrument des Klassenstaates zur Befestigung der Herrschaft der Besitzenden ... Die herrschenden Klassen haben einen Abscheu davor, das Volk in w a h r e m Wissen zu unterrichten. Sie sagen sich, daß der Aufstieg zu Wissen und Bildung das Volk s e h e n d macht, in die wirtschaftlichen Zusammenhänge einführt und zu der Erkenntnis bringt, daß der heutige Zustand, die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ein ungeheures Unrecht, ein Verbrechen an dem größten Teil der Volksgenossen bedeutet, und daß es notwendig ist, den heutigen ungerechten Gesellschaftszustand durch einen besseren, idealeren, der Menschheit würdigen abzulösen und die Lohnknechtschaft, die den überwiegend größten Teil der Menschheit ins Sklavenjoch des Kapitalismus spannt, z u b e s e i t i g e n" [17]. Deshalb gelte es, dem "Wirken des Klassenstaates durch die organisierte Selbsthilfe entgegenzuarbeiten". Der Arbeiterpresse kam dabei die Funktion zu, das Interesse zu wecken. Als fester Bestandteil der Fachvereine und Ortsgruppen galt von vornherein die Errichtung einer Bibliothek; auf den Gründungsversammlungen wurde ein Bibliothekar gewählt. Man bat in Anzeigen im "Glück auf!" um Bücherspenden und veranstaltete Tanzmusiken, deren Reinerlös der Bibliothek des betreffenden Vereines zufloß. Der Bestand der Bibliotheken war, im Verhältnis zur Mitgliederzahl der Vereine, recht hoch, wenn auch über deren Inhalt nur wenig Auskunft gegeben wurde. In einem Artikel über die Situation der Bibliotheken innerhalb der Union der Bergarbeiter Österreichs wurde beklagt, daß infolge einer fehlenden einheitlichen Katalogisierung keine Übersicht über die Wissensgebiete, aus denen die Bücher stammten,

herzustellen sei. Auch wurde bemängelt, daß nur wenige Ortsgruppen über die Benutzung ihrer Bibliothek eine Statistik führten [18]. Der Fachverein der Bergarbeiter in Dux (Duchcov) besaß in den Jahren 1892/1893 über 500 Bände, von denen nach eigenen Angaben über die Hälfte stets ausgeliehen war. Da dieser Fachverein hauptsächlich aus tschechischen Mitgliedern bestand, dominierte die tschechische Literatur (461 "böhmische", 69 deutsche Bücher). Daneben hatte der Verein insgesamt 24 Zeitungen abonniert (7 deutsche, 17 "böhmische") [19]. Die Frage, was nun von den Mitgliedern der Bergarbeiterorganisation im einzelnen gelesen wurde, kann nur aufgrund einer Zufallsmeldung ein wenig erhellt werden. Im Jahr 1908 erschien im "Glück auf!" von der Ortsgruppe Karbitz (Chabařovice) eine Aufforderung, schon länger ausgeliehene Bücher zurückzuführen; dies waren folgende Titel: "Die Frau und der Sozialismus", "List und Trug", "Charles Fourier", "Entwicklung der Sozialdemokratie" und "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" [20]. Durch Vorträge versuchte man bei den Bergarbeitern das Interesse zur Beschäftigung mit sozial- und naturwissenschaftlichen Themen zu wecken. Im Duxer Fachverein fand im Jahr 1892 ein Vortrag mit dem Thema: "Die Entwicklung des Industrie-Systems" statt [21]. Durch das Auftreten der Wurmkrankheit im Jahr 1904 im Revier bedingt, startete man eine Aufklärungskampagne in nahezu allen Ortsgruppen. In der Ortsgruppe Kostenblatt/Bukowitz (Kostomlaty/Bukovice) startete man im Jahr 1909 einen Vortragszyklus; die Begründung dieses Vorgehens lautete: "Nur durch Wissen und Bildung ist es möglich, eine intelligente Arbeiterschaft heranzuziehen, die dann, Gewehr bei Fuß, all den Stürmen zu trotzen vermag, die kommen" [22]. Dieser Vortragszyklus wurde durch Plakate bekanntgemacht, auf denen alle Arbeiter, ohne Unterschied des Berufes und Geschlechts, eingeladen wurden. Folgende Themen wurden behandelt: "Weltschöpfung", "Urgeschichte des Menschen", "Unser Planetensystem", "Unsere Sonne", "Kometen und Fixsterne" und "Tarifverträge". Man beschäftigte sich also mit naturwissenschaftlichen Grundlagen, aber auch mit den aktuell anstehenden Problemen. In mehreren Ortsgruppen wurden auch Unterrichtskurse angeboten. In Karbitz (Chabařovice) und Modlan (Modlany) warb man für das Erlernen der tschechischen Sprache, ein Ansatzpunkt in der Arbeiterbewegung, der angesichts der sogenannten Nationalitätenfrage und der Einstellung der deutschen Nationalisten zum Sprachen- und Schulproblem gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann [23]. Die Bergarbeiterorganisation bezog in der Frage der tschechischen (Minderheiten-) Schulen oder gemischtsprachiger Schulen aus Anlaß des Antrages von tschechischen Bergarbeitern, eine Schule in Karbitz (Chabařovice) zu errichten, eine eindeutige Stellung: "Karbitz. (Wodansöhne in Gefahr.) Die tschechische Arbeiterschaft von Karbitz und auch aus der Umgebung, zum größtenteil Bergarbeiter, bewirbt sich seit innerhalb zwei Jahren um eine tschechische Schule. Nämlich eine tschechische Schule, wie sie nicht nationale Fanati-

ker aus Parteigründen annehmen, sondern eine Schule, in der ein jedes schulpflichtige Kind, ob deutscher oder tschechischer Nationalität, freien Zugang hat. Über den Vorteil und Nützlichkeit einer solchen Schule für die Bevölkerung eines gemischtsprachigen Ortes wie Karbitz, ist in diesem Blatte nicht notwendig näher einzugehen. Dies wird ein jeder Mensch, der noch seinen Gehirnkasten in normalem Zustande hat und der nicht in die verrücktesten Simpeleien so verfallen ist wie unsere nationalen Dummköpfe, selbst beurteilen" [24].

In Modlan wurde für die Mitglieder des Fachvereins an jedem Sonntagvormittag Elementarunterricht angeboten [25], in Turn (Trnovany) und Türmitz (Trmice) wurden Stenographiekurse durchgeführt, die besonders für die Schriftführer und die anderen Funktionäre gedacht waren [26]. In Türmitz wurde daneben noch ein Rednerkurs angeboten. In mehreren Ortsgruppen und Fachvereinen wurden auch sogenannte Lesestunden abgehalten, wobei nacheinander eine deutsche und tschechische Stunde auf dem Programm standen. Auch über das für die Arbeiter relativ junge Medium Theater versuchte man, Bildung und neue Zugänge zum Erkennen der eigenen Lage zu vermitteln. Die Ankündigung zu einer Theaterveranstaltung in Hohenstejn (Unčín) lautete: "Die Ortsgruppe der Bergarbeiter in Gemeinschaft mit dem Arbeiterturnverein bringen Sonntag, den 8. Dezember im Gasthaus "Zur Geiersmühle" das Theaterstück Wenn zwei dasselbe tun zur Aufführung. Da genanntes Theaterstück die verschiedenen Begriffe und verschiedenen Stände charakterisiert, glauben wir den geehrten Besuchern einen lehrreichen und gemütlichen Abend zu bereiten" [27]. Im Jahr 1898 wurde den Arbeitern der Besuch von Anzengrubers "Meineidbauer" und Hauptmanns "Die Weber" "auf das Wärmste" empfohlen. Die Ortsgruppe der Bergarbeiter in Hohenstein (Unčín) besaß eine eigene Theatergruppe, die von einem Mitglied geleitet wurde. Auch hier wurde die naturalistische Manier Anzengrubers bevorzugt, denn die Gruppe spielte das Stück "Der Meineidbauer" sowie zwei weitere nicht genannte Stücke des gleichen Autors vor einem größeren Publikum. Im Bericht über die Vorführung des "Meineidbauern" hieß es: "Daß unsere Genossen auch als Dilettanten Vorzügliches leisten können, bewies die Aufführung des Theaterstücks "Der Meineidbauer", welches am 5. April im Gasthause "Zur Geiersmühle" gegeben wurde. ... Daß nach der Aufführung, die nahezu vier Stunden währte, großer Applaus durchbrauste und selbst Gegner in lobenswerter Weise ihren Beifall kundgaben, gereicht der organisierten Arbeiterschaft Hohensteins zur Ehre" [28].

Die Arbeiterschaft beschäftigte sich vorwiegend mit den bürgerlichen und traditionellen Schöpfungen im literarischen Bereich, vereinzelt tauchten jedoch auch sogenannte Arbeiterdichter auf, die eigene Stoffe verarbeiteten. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung sind zwei solcher "Bergarbeiterdichter" nachweisbar, die aus dem Milieu des Berg-

baus heraus im Verein mit den durch die Bergarbeiterbewegung vertretenen Intentionen Gedichte, Lieder, Erzählungen und Stücke schrieben, die vornehmlich in den Fachblättern der von ihnen angesprochenen Leserschaft veröffentlicht wurden.

Josef Griesmann, ein Tscheche, schrieb hauptsächlich für das tschechische Fachblatt "Na zdar". In einem Nachruf nach dessen Tod am 22.09.1902 wird erwähnt, daß Griesmann schon seit den 1880er Jahren in der Arbeiterbewegung aktiv tätig gewesen sei. 1896 wurde er Mitglied des Distriktsverbandes Turn (Trnovany). Im "Glück auf!" wurde dann auch eines seiner Stücke in der Übersetzung abgedruckt[29]. Der zweite Arbeiterdichter ist der schon mehrfach erwähnte Anton Wilhelm Teuchert. Teuchert stammte aus der Reichenberger Gegend und war nach Entlassung aus einem Textilbetrieb in das nordwestböhmische Braunkohlenrevier gewandert. Er wurde wie Griesmann in den 1880er Jahren Mitglied der Bergarbeiterbewegung. In den Jahren 1898 bis 1914 veröffentlichte Teuchert im "Glück auf!" fast zwanzig Gedichte, dazu zwei Erzählungen. Eine davon ist autobiographisch ausgerichtet, weshalb über ihn einiges bekannt ist. Teuchert war Mitglied der Ortsgruppen Klostergrab (Hrob) und Kosten (Košťany); dort bekleidete er über lange Jahre die Funktion des Schriftführers. Über Teucherts Schicksal ist nichts bekannt, seine letzte Veröffentlichung war die Erzählung "Zwei Lebenswege. Aus meinem Leben erzählt", die im Mai 1914 erschien.

Die Gedichte von Teuchert nehmen immer konkreten Bezug auf die Arbeits- und Lebenssituation der Bergarbeiter und fordern zum Kampf für die zustehenden Rechte und gegen den Kapitalismus auf. Die Leistung des Bergarbeiters, der unter Gefahren und Einsatz seines Lebens das "schwarze Gold", den "schwarzen Diamanten" fördert, wird immer wieder herausgestellt und dem kargen Lohn, der nur ein armseliges Leben ermöglicht, gegenübergestellt. Besonders zum 1. Mai, der als "Arbeiterfeiertag" deklariert war, erschienen eine ganze Reihe von Gedichten, aber auch zu anderen Terminen des Jahreslaufes (Ostern, Neujahr).

Organisatorische, finanzielle und vor allem auch menschliche Unzulänglichkeiten schränkten die Aktivitäten der einzelnen Vereine und Ortsgruppen sehr oft ein; gerade auf der untersten Ebene war und ist die Existenz und Lebenskraft dieser Form menschlicher Gesellung von der Phantasie und den intellektuellen Fähigkeiten sowie dem Einsatzwillen einzelner Persönlichkeiten abhängig. Dazu kamen noch die restriktiven gesetzlichen Grundlagen (Vereinsgesetz, Versammlungsgesetz), deren enge Auslegung durch die Gerichte den Aktivitäten lange Zeit einen Riegel vorschoben. Die Versammlungen mußten bei den Behörden angemeldet sein, manchmal wurde das Plakatieren für bestimmte Veranstaltungen verboten. Die starke Fluktuation in den Betrieben schlug sich auch bei den Ortsgruppen und Vereinen nieder, Entlassungen sowie der chronische Mitglieder-

schwund nach beendeten Streiks brachten die Vereine, auch was den Wechsel in den führenden Funktionen anging, häufig in Bedrängnis. Die Vorstände wurden wohl auch deshalb anfangs in halbjährlich stattfindenden Generalversammlungen gewählt, nach der Gründung und Konsolidierung der Union der Bergarbeiter Österreichs wurde nur noch eine Generalversammlung im Jahr mit Wahlen durchgeführt. Dabei wurde das "Absolutorium des Kassiers" durch Erheben von den Sitzen vorgenommen. Nach den Berichten der Vorstandsmitglieder über die Entwicklung der Mitgliedszahlen, den Bezug der Fachblätter, ausgezahlte Unterstützungen (Krankengeld, Sterbegeld, Arbeitslosenunterstützung) und die übrigen Aktivitäten stand dann die Wahl des neuen Vorstandes an. Der häufig zu beobachtende Wechsel in den Vorständen signalisiert die Belastungen finanzieller und psychischer Art (Familienleben litt unter gewerkschaftlicher Tätigkeit!), denen die Funktionsträger ausgesetzt waren. Die meisten Versammlungen endeten mit dem Berufsgruß "Glück auf!"; in den Berichten wird jedoch auch öfter angeführt, daß am Ende ein Lied gemeinschaftlich gesungen wurde. Besonders beliebt war bei den Bergarbeitern das "Lied der Arbeit"[30].

Ein Problem für die Vereine bedeutete, wie auch für den Zentralverband und die Union, die Beitragsunwilligkeit der Mitglieder. Neben einer Einschreibegebühr wurde in den Ortsgruppen ein regelmäßiger Monatsbeitrag erhoben, der bis zur Gründung der Union im Jahr 1903 verschieden hoch gewesen ist. Man versuchte die Mitglieder zur regelmäßigen und freiwilligen Beitragszahlung auch dadurch zu veranlassen, daß man beitragssäumige Mitglieder im Fachblatt veröffentlichte. Oftmals wurde aber auch freiwillig gespendet, besonders für den sogenannten Preßfonds; das Fachblatt hatte ja, wie schon erwähnt, unter einer chronischen Finanzschwäche zu leiden. Der bzw. die Spender wurden unter Beifügung eines selbstgewählten Mottos im "Glück auf!" veröffentlicht. Zusammenfassend läßt sich noch sagen, daß in den Zeiten, wo die Mitgliedszahlen der Bergarbeiterbewegung am höchsten lagen, die Vereinsaktivitäten auch am lebendigsten gewesen zu sein scheinen, wenn man die Berichte über das Vereinsleben im Fachblatt berücksichtigt. In den Zeiten schwacher Mitgliedszahlen wurden immer wieder Aufrufe veröffentlicht, die zu aktiver Mitarbeit in den Vereinen aufforderten[31]. Wie sehr die Mitglieder aber - bei vorausgesetzt funktionierenden Ortsgruppen - an ihren Vereinen hingen, zeigen die in den Kriegsjahren veröffentlichten Briefe aus den Kampfgebieten, die der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die Ortsgruppen nach der Rückkehr aus dem Krieg noch stärker angetroffen würden, als sie verlassen worden waren[32].

Ein Kapitel für sich bilden die Schwierigkeiten, denen die Bergarbeitervereine aufgrund ihrer Struktur und Einstellung (Internationalismus, Mitglieder zweier Nationen) fortlaufend ausgesetzt waren. In Teplitz (Teplice) war beispielsweise von der Bezirkshaupt-

mannschaft eine Bestimmung erlassen worden, daß kein Wirt ohne Wissen und Willen der Behörde sein Lokal für eine Vertrauensversammlung der organisierten Bergarbeiter hergeben durfte, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, seine Konzession zu verlieren[33]. In Bilin (Bílina) und Obergeorgenthal (Horní Jiřetín) beschlossen die organisierten Bergarbeiter einen Boykott "gegen den Raubzug der kartellierten Bierbrauer"; die Bierpreise waren aufgeschlagen worden und dagegen protestierte man, indem man kein verteuertes Bier trinken wollte. Gleichzeitig wollte man mit diesem Boykott den Streik der Brauereiarbeiter in Görkau (Jirkow) unterstützen. Dazu wurde "von jeder Festlichkeit im Orte selbst Abstand genommen"[34]. In Modlan (Modlany) weigerte sich ein Gastwirt, die Bilder von Karl Marx und Ferdinand Lassalle aufzuhängen, sowie die sozialdemokratische Presse auszulegen, worauf im Einvernehmen mit den anderen Lokalorganisationen und der Bezirksorganisation ein Boykott gegen das Gasthaus verhängt wurde[35]. Weil ein Gastwirt in einem Ort bei Oberleutensdorf (Horní Litvínov) der Ortsgruppe der Bergarbeiter verbot, die Vereinsaufschriften in beiden Landessprachen zu befestigen, entschloß sich die Gruppe zur Wahl eines anderen Lokales[36]. Es muß ebenfalls als Zeichen praktischer Solidarität gewertet werden, wenn die Generalversammlung des Konsum-Vereines von Karbitz (Chabařovice) deshalb verlegt wurde, weil im Saal der Turnhalle nicht in tschechischer Sprache verhandelt werden durfte[37]. Man forderte über die Fachpresse andererseits dazu auf, die Gastwirtschaften zu besuchen, in denen sozialdemokratische Blätter auslagen und in den Geschäften einzukaufen, die die Fachpresse unterstützten[38].

Neben allen Bemühungen, das Niveau der Bergarbeiterschaft in allen nur möglichen Belangen zu heben, kam jedoch auch das gesellige Leben in den Arbeitervereinen nicht nicht zu kurz. "Fest und Feier bilden im menschlichen Sein den Gegenpol zum Arbeitsalltag, von dem sie sich als das Andersartige abheben. Sie sind Höhepunkte des Gemeinschaftslebens, herausgenommen aus dem bloß Zweckrationalen und Gewöhnlichen"[39]. Einen besonderen Rang nahmen in diesem Zusammenhang die Gründungsfeste ein, die zur Darstellung des Bewußtseins der eigenen Geschichtlichkeit und zur Darstellung des Selbstbewußtseins der Arbeiterbewegung wurden. Diese wurden bereits mit der Gründung der Vereine in den 1870er und 1880er Jahren Brauch. Die Einengung der Vereine durch die Anwesenheit von Vertretern der staatlichen Behörden und besondere Auflagen wurden, vor allem in der Zeit der Verfolgung, manchmal mit Humor umgangen, wie ein Bericht aus Oberleutensdorf (Horní Litvínov) zeigt: "Eingesendet. Von Dux nach Oberleutensdorf. Wie alle Jahre, so kamen auch heuer am 26. Juni viele Bergarbeiter in Oberleutensdorf zusammen, um dem Gründungsfeste des Arbeiterbildungsvereines beizuwohnen. Obwohl in Oberleutensdorf nur deutsch gesprochen wird, so waren doch 32 tschechische Bergarbeiter anwesend. Heuer durfte aber in Oberleutensdorf nichts gesprochen, sondern nur gesungen wer-

den. Als das Concert im besten Zuge war, verließen die Bergarbeiter den Saal, was nicht wenig Aufsehen erregte. Selbst der anwesende Gendarmerie-Wachtmeister kam uns nach bis vor das Schützenhaus und fragte uns, warum wir so zeitig fortgehen? Da könnte man leicht glauben, wir hätten den Saal verlassen, weil wir deutsche Lieder hassen. I bewahre, das gibt´s bei uns gar nicht, wir sind nur gewöhnt an mattes Grubenlicht; das Blitzen der Bewaffneten an Eurem heurigen Gründungsfeste war unsern Augen nur zu scharf, drum stellte sich ein gar bald der Bedarf, hinaus an die frische Luft zu geh´n und nach dem Heimweg uns umzuseh´n. Wir kehrten dann ein ins Vereinslokal und machten dort leer gar manchen Pokal; wir stillten den Durst und aßen auch Wurst. Auch schworen wir, treue Genossen zu bleiben und dies an den "Arbeiterfreund" zu schreiben" [40].

Der Fachverein in Sobochleben (Soběchleby) brachte zu seinem Ersten Gründungsfest im Jahr 1892 einen Festzug mit 700 Teilnehmern auf die Beine [41]. Die Feste der 1890er Jahre waren dabei mangels eigener Möglichkeiten von einer gewissen Eintönigkeit geprägt; sie verliefen meist nach dem Schema Festzug-Konzert-Tanzkränzchen. Die Musikveranstaltung am Abend (Tanzkränzchen) wurde durch sogenannte humoristische und deklamatorische Vorträge bereichert. In der sozialdemokratischen Schrift "Der Kampf", die als theoretische Schrift konzipiert war und seit dem Jahr 1907 erschien, wurde deshalb festgestellt, daß die bürgerlichen Feste sich von den Arbeiterfesten vor allem darin unterschieden, daß letztere von Armseligkeit gekennzeichnet waren. Statt dessen sollten die Arbeiterfeste "ein Element der Phantasiebildung" werden [42]. Durch die Differenzierung und Erweiterung des Arbeitervereinswesens erhöhten sich aber auch zwangsläufig die Möglichkeiten der Mitwirkung und Ausgestaltung der Feste erst im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Der Ablauf des zehnten Gründungsfestes der Ortsgruppe Probstau (Probostov) zeigt uns die Entwicklung im Hinblick auf eine Bereicherung der Feste deutlich: Am Vormittag fand unter der Anwesenheit der Ortsgruppe Radowesitz (Radovesice) eine Versammlung der gastgebenden Ortsgruppe statt, in der ein Vortrag über die Geschichte der Organisation der Bergarbeiter im Zusammenhang vermittelt wurde. Am Nachmittag wurde zunächst ein Umzug (Festzug) veranstaltet, an dem der Radfahrerverein Radowesitz (Radovesice), die Mitglieder von insgesamt noch neun Ortsgruppen der Union sowie von drei Arbeiterturnvereinen und drei Arbeitergesangvereinen teilnahmen. Im Bericht des "Glück auf!" hieß es weiter: "In einem stattlichen Zuge, der ein allgemeines Aufsehen erregte, sind die genannten Vereine mit Musik anmarschiert gekommen. Nach dem Festzuge, welcher hierauf veranstaltet wurde, konzertierte im Garten die Musikkapelle des Herrn Bruch. Die Festteilnehmer begrüßte im Namen der Ortsgruppe in deutscher und tschechischer Sprache Genosse Baba. Die Arbeitergesangvereine aus Weißkirchlitz und Probstau brachten einige prächtige Männerchöre sowie gemischte Chorlieder zum Vortra-

ge, die lebhaft akklamiert wurden" [43]. Man grenzte sich, was den Inhalt der Veranstaltungen und den Zweck des Gründungsfestes anging, durchaus bewußt von den bürgerlichen Festen ab, wie dies beim Bericht einer Gründungsfeier der Ortsgruppe Priesten bei Oberleutensdorf zum Ausdruck kommt: "... Wir haben, und das muß vermerkt werden, die 12-jährige Gründungsfeier unserer politischen Organisation nicht deshalb beschlossen, wie es bei bürgerlichen Organisationen gewöhnlich der Fall ist, um zu prunken und durch festliches Saufgelage den Tag zu beschließen, sondern hier handelt es sich meistenteils darum, und das ist unser Gründungsgedanke, den Gegnern durch die Feier zu beweisen, daß wir trotz aller Drangsalierungen noch als Organisation bestehen und trotz der Fahnenflucht Einzelner das Ideal, die Befreiung der Arbeiter aus ökonomischer und politischer Knechtschaft verfechten und hochhalten" [44].

In den 1890er Jahren veranstaltete man, um dem Programm der Internationalität sinnfälligen Ausdruck zu geben sogenannte "internationale Bälle", Maikränzchen usw. . Die meisten Veranstaltungen der Ortsgruppen waren durchaus den Festveranstaltungen des "bürgerlichen Jahres" gleich; es begann mit den Neujahrsbällen, setzte sich in den Faschingsveranstaltungen ("Kostümkränzchen") fort und ging über die schon besprochenen Maifeierlichkeiten, die Kirchweihfestlichkeiten, bei denen man eigene Tanzveranstaltungen ("Kirchweih-Kränzchen") durchführte bis zu den internen Christbaum-Festen und gemeinschaftlichen Sylvesterfeiern. Bei den letzten beiden Arten von Festen kamen Vorträge und andere kleinere Darbietungen humoristischer Art zur Vorführung; sie waren meist auch mit einem Konzert bzw. einer Tanzveranstaltung verbunden. Auf den Christbaumfesten, die meist zwischen Weihnachten und Neujahr stattfanden, wurden auch manchmal die Kinder beschenkt. Im Sommer fanden Ausflüge (mit Musik und Fahnen, mit Leiterwagen usw.) statt, die oft auch in Gemeinschaft mit anderen Arbeitervereinen durchgeführt wurden. Die Intention und das Bedürfnis für derartige Veranstaltungen kommt wohl deutlich in der Ankündigung der Ortsgruppe Obergeorgenthal (Horní Jiřetín) zum Vorschein: "Wir erwarten, daß recht viele Genossen diesen Ausflug mitmachen, um sich die schöne Natur in den Gebirgen anzusehen und sich von den Alltagssorgen einmal freizumachen" [45].

Die Vereinsmitglieder hatten außer den gemeinschaftlichen Feiern enge Anteilnahme an den persönlichen Feiern; teilweise war es auch üblich, bei Hochzeiten und Geburtstagen ein Ständchen zu bringen. Im Verlauf der verschiedenen Feiern (Hochzeiten, Kindstaufen, Geburtstagen) wurde meist eine Sammlung zugunsten des Agitationsfonds oder für die Unterstützung des "Glück auf!" durchgeführt, deren Ergebnis unter Angabe des Grundes in einem Motto verkleidet bekanntgegeben wurde [46]. Wünsche zur Hochzeit wurden auch über das Fachblatt ausgesprochen, wobei die politische Einstellung mit einbezogen

wurde; charakteristisch dafür der folgende Glückwunsch: "Karl Hälbig/Ludmilla Zenker Zum Bund fürs Leben, können wir nichts geben. Bleibt treu bis zum Tod, Unserer Fahne - roth. Die Genossen und Genossinnen Obergeorgenthals" [47].

Einen besonderen Rang nahmen und nehmen im Bereich des Bergbaus die religiös motivierten Feste und Anlässe ein. Das überlieferte Lied- und Sagengut der Bergleute vor dem Beginn der Industriellen Revolution zeugt von einem breiten und tiefen Fundus an christlich orientiertem Bewußtsein. Die Kontakte zwischen der Kirche und dem Montanwesen waren ja früher außerordentlich eng gewesen, das entsprechende Brauchtum wurde immer unter der Mitwirkung der Berufsangehörigen vollzogen. Die katholische Kirche stand nun dem strukturellen Wandel, der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Böhmen vollzog, geradezu hilflos gegenüber; ihre Aktivitäten beschränkten sich auf caritative Hilfestellung. Die Bergarbeiterschaft schwankte, wie die gesamte Arbeiterschaft, zwischen den durch Tradition und Erziehung vermittelten religiösen Werten und dem durch das liberale Bürgertum propagierten Antiklerikalismus. Jedoch: "Die Kritik an der Religion, ausgehend vor allem von der Philosophie Karl Marx und seiner Schüler, war bei den sozialistischen Organisationen in den böhmischen Ländern nicht unbekannt, doch wurde sie hier nicht mit einer derartigen Intension entwickelt wie beispielsweise im nachbarlichen Deutschland" [48]. Die christliche Arbeiterbewegung spielte in Böhmen auch nur eine äußerst schwache Rolle. Die sozialdemokratische Bergarbeiterbewegung stand der Religion nicht gänzlich ablehnend gegenüber, wandte sich jedoch ausdrücklich und bestimmt gegen die Kirche, die den Exponenten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Wort redete: "So aber ist im kapitalistischen Staate von der Ausübung der Lehre Christi nicht mehr viel zu spüren. Was frühere Zeiten in dieser Hinsicht etwa noch versäumt haben, das hat heute der moderne Kapitalismus vollendet. D e r K a p i t a l i s t h a n d e l t n i c h t a l s C h r i s t. Er betrachtet den Arbeiter nicht als Bruder, sondern als Ausbeutungsobjekt, er teilt mit ihm nicht sein Hab und Gut, wie es Christi verlangte, sondern sucht ihn auszupressen, wie eine Zitrone und schwelgt selbst in den denkbar teuersten Genüssen, die er sich durch die Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft verschafft. Und der kirchlich-religiöse Unterricht, der den Proletarierkindern heute in der Schule erteilt wird, hat in der Hauptsache nur noch den Zweck, unter Hinweis auf ein späteres seliges Leben nach dem Tode kapitalistenfromme, billige und willige Arbeiter für die spätere Zeit der kapitalistischen Ausbeutung zurechtzukneten" [49]. Man wandte sich energisch dagegen, als von den Unternehmern das Beten vor Arbeitsbeginn wieder eingeführt werden sollte, das allerdings nicht - wie in der früheren Zeit üblich - in die Arbeitszeit miteinbezogen war [50]. Die Teilnahme von Bergarbeitern in Uniform an einem Fronleichnamszug wurde in einem Beitrag des "Glück auf!" verurteilt [51]. Dem Vorwurf

der Christlichsozialen, daß der Fachverein der Bergarbeiter in Karbitz (Chabařovice) die Religion vernichten wolle, begegnete man, indem man auf den § 3 der Vereinsstatuten hinwies, der besagte: "Der Verein hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu fördern, ohne politische und religiöse Angelegenheiten zu berühren"[52]. Ein Hinweis darauf, daß das Christentum und der von der Bergarbeiterorganisation propagierte Sozialismus nicht notwendigerweise in Gegensatz stehen mußten, wie dies von kirchlich-offizieller Seite verkündet wurde, ist auch die anonyme Unterschrift unter einem Artikel des "Glück auf!", die "Der rothe Christ" lautete[53].

Eine hervorragende Stellung unter den Heiligengestalten nimmt bei den Bergleuten die Berufspatronin, die hl. Barbara, ein[54]. Das Fest der hl. Barbara, das alljährlich am 4. Dezember gefeiert wird, begann mit einer Messe, die von der Bruderlade gezahlt wurde. Die Werksbesitzer entlohnten ihre Beschäftigten, obwohl an diesem Tag arbeitsfrei war, wie gewöhnlich; man nannte dies die sogenannte "Barbaraschicht". Die Kirchenparade wurde von den Bergleuten, die in ihrer Paradeuniform dazu antraten, durchgeführt[55]. Durch die Änderung der Wirtschafts- und Sozialverfassung des Bergbaus infolge des Berggesetzes von 1854 änderte sich die Einstellung der organisierten Arbeiterschaft wie im Falle des Gebets vor Arbeitsbeginn auch in der Frage des Feierns des Barbara-Festes. In einem Bericht über ein Barbara-Fest in Teplitz (Teplice) hieß es dazu: "Teplitz (Original-Correspondenz) (Barbara-Fest der Bergarbeiter und Schachttag.) Alljährlich wird in dem hiesigen sowie auch anderen Bergrevieren das Barbara-Fest von den Bergarbeitern gefeiert, damit ihnen kein Unglück zustößt, damit die hl. (!) Barbara als auserkorener Schutzpatron der Arbeiter, die Kräfte stähle, daß diese ihren Arbeitgebern die Taschen bald füllen können. Zu diesem Feste mußte jeder Bergarbeiter den Betrag von 50 Kr. bis 1 fl. zahlen, damit die Musik, welche die Bergarbeiter in die Kirche begleitet, requirirt werden kann. So geschah es auch dieses Jahr auf den meisten Schächten und wurde den Arbeitern, welche sich weigerten, die Beisteuer zu diesem Schwindel zu leisten, gedroht, daß man sich an ihnen schon rächen würde, eventuell sie entlasse. Der Kampf ums tägliche Brot war es also was die freisinnigen Arbeiter bestimmte, den betreffenden Sold zu entrichten. In Zukunft wäre gewiß den Arbeitern anzurathen, durch gemeinsames Vorgehen diesem Erz-Schwindel die Spitze zu brechen. Ganz anders hingegen gestaltete sich das Barbara-Fest der Bergwerksbesitzer, welche dasselbe schon in den Namen "Schachttag" umwandelten, der aber besser "Sauftag" genannt werden sollte. Da waren nun die Herren "Arbeitsgeber" versammelt, riefen auch "Glückauf", sangen von der schweren Arbeit, toastierten fleißig auf den Bergmann, der unterdessen in der Grube arbeitete und das Kohl zutage förderte. Französische Speisekarten versprachen den Herren alle Süßigkeiten des Lebens, indeß der Arbeiter in der Grube beim düstern Scheine seiner

Lampen das trockene Stück Brod verzehrte und den im Blechkruge mitgebrachten Kaffee trank, wo der "Beschützer der Arbeit" die Champagnerflaschen knallen ließ. Zustände des 19. Jahrhunderts" [56]. Auch in einem Beitrag aus dem Jahr 1900 zum Barbara-Tag wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man der Auffassung war, der Unterschied zwischen Arbeit und Kapital werde "dieselben Feierlichkeiten mit den zu erwartenden noch schärferen Gegensätzen und mit dem Bewußtwerden der Arbeiterschaft auch langsam verschwinden" lassen [57]. Allein die Kirche hatte von diesem Brauch noch einen Nutzen; die Barbara-Messe war nämlich eine Festmesse und kostete um ein Vielfaches mehr als eine gewöhnliche. Als ein Delegierter der Bergarbeiter im Jahr 1905 eine Sammlung für eine solche Festmesse durchführte, mußte er das Geld wieder zurückzahlen, da das Ergebnis für den angestrebten Zweck nicht ausreichte [58]. Inwieweit das Barbara-Brauchtum später wieder vermehrt zur Durchführung gelangte oder ob sich innerhalb der Bergarbeiterorganisation neue Formen einbürgerten, kann aufgrund der wenigen Meldungen zu diesem Komplex schlecht beurteilt werden. Daß jedoch am Barbara-Tag auch innerhalb von Schachtgruppen und Ortsgruppen, Gliederungen der sozialdemokratisch orientierten Bewegung, Feierlichkeiten abgehalten wurden, das beweisen kurze Notizen aus dem "Glück auf!" im Jahr 1902: Die Ortsgruppe Klostergrab (Hrob) und die Schachtgruppe in Wistritz (Bystrice) veranstalteten sogenannte "Barbara-Kränzchen" [59].

Der besondere bergmännische Charakter der hier angesprochenen Vereine zeigt sich neben dem Gebrauch der Glückauf-Formel als Gruß und Zeichen der Verbundenheit noch besonders in dem Brauch, verunglückte oder verstorbene Angehörige des Vereins unter der Teilnahme möglichst vieler Vereinsmitglieder zur "letzten Grubenfahrt" zu geleiten. Bei der Einhaltung dieses ehemals gleichsam ungeschriebenen Gesetzes kam es zunächst mit den Werksbesitzern bzw. deren Aufsichtsorganen und den Behörden zu Konflikten; ein Schichtmeister beispielsweise verbot unter Androhung von Sanktionen Arbeitern die Teilnahme an einem Begräbnis, da die betroffene Person "nur" eines natürlichen Todes gestorben sei [60]. In einem anderen Fall hatte sich die gesamte Belegschaft eines Betriebes dazu gemeldet, an einem Begräbnis eines Bergarbeiters teilzunehmen; dies wurde auch zuerst zugesagt. Als die Arbeiter am betreffenden Tag am Mittag die Förderung einstellten und auf die Ausfahrt warteten, sagte der Oberhäuer, daß er erst den Direktor fragen müsse, ob er das zulassen dürfe. Der befand sich aber zu diesem Zeitpunkt "zufällig" beim Mittagessen und konnte so nicht erreicht werden. Nach der Rückkehr des Steigers und des Vertrauensmannes wurden die Förderkörbe in die Höhe gezogen und eine Ausfahrt damit unmöglich gemacht [61]. Nach dem Tod eines "beliebten Genossen" durch Unfall wollten Mitglieder der Bergarbeiterorganisation aus mehreren Orten an dessen Begräbnis teilnehmen. Dies war für einen Sonntag angesetzt worden. Die politische Behörde ließ jedoch

bekanntmachen, daß das Begräbnis erst am Montag stattfinden könne; wahrscheinlich befürchtete man, daß dieser Anlaß zu einer öffentlichen Demonstration für die Bergarbeiterbewegung hätte werden können. Nachdem sich die Leute verlaufen hatten, wurde dieser Beschluß plötzlich wieder rückgängig gemacht, die Beerdigung sollte nun doch am Sonntag stattfinden. Die Witwe wehrte sich jedoch erfolgreich, und das Begräbnis fand am Montag statt; der Bericht hierüber merkt an, daß tausende Personen daran teilgenommen hätten und tausende roter Nelken dem Verunglückten in das Grab nachgesendet worden seien[62]. Die Begräbnisteilnahme war also trotz aller Erschwernisse, Schikanierungen und Lohnausfall (!) selbstverständliche Pflicht. Mehrere Ortsgruppen legten die Teilnahme sogar in ihren Statuten fest: Auf der konstituierenden Versammlung der Ortsgruppe Loosch (Lahošt) wurde beschlossen, daß bei einem Todesfall infolge eines Unglücks "von Seite der Ortsgruppe korporatives Betheiligen" stattfinden sollte. Bei natürlichem Tod sollte mindestens eine Deputation zu der Beerdigung entsandt werden[63]. Auch die Ortsgruppe Hohenstein (Unčín) verständigte sich darauf, daß zu den Begräbnissen sich sämtliche Mitglieder, soweit möglich, einzufinden hätten[64]. Die Ortsgruppe Langugest (Jenišův Újezd) beschloß gar, das Fernbleiben von einem Begräbnis mit einer Strafe von 50 Hellern zu belegen. Daneben wurde ein Komitee ins Leben gerufen, welches sich um die Hinterbliebenen kümmern sollte[65]. Dieser Beschluß muß jedoch aus den Ereignissen der Zeit heraus verstanden werden. Der anhaltende Nationalitätenkonflikt, der sich von allen Seiten gegen die Sozialdemokratie richtete und sie in die Isolation drängte, schlug sich sogar bei der Beteiligung an den Begräbnissen nieder, was vom "Glück auf!" mit Verbitterung festgestellt wurde: "Bleibt es denen gleichgültig, wieviel auf solche Art begraben werden, da ja keiner weiß, welche Stunde, ja welche Minute ihn das gleiche Los ereilt und als Fleischklumpen seiner Familie vorgestellt wird?" Die Ortsgruppe Langugest (Jenišův Újezd) veröffentlichte auch diesbezüglich am Ende des Jahres 1910 einen Bericht über eine Beerdigung: "Ein neuerlicher Beweis, wie weit der Haß dieser Leute gegen jene Arbeiter geht, die nicht ohne weiteres auf die deutschgelbe Fahne schwören, ist folgendes: Am 2. Dezember d. J. wurde hier der Bergarbeiter Franz Winkelbauer, der nach mehr als zweijähriger Krankheit der Lungentuberkulose erlag, zu Grabe getragen. An dem Leichenbegräbnisse nahmen nur die Mitglieder unserer Ortsgruppe und die Angehörigen teil. Aus dem mehr als 1500 Einwohner zählenden Ort nahm sonst n i e m a n d teil, und zwar deswegen, weil Winkelbauer M i t g l i e d d e r U n i o n war. Der Haß dieser Leute geht also schon so weit, daß man sogar an den Toten Revanche nimmt. Auch sonst, wo es angeht, unserer Ortsgruppe einen Hieb zu versetzen, sind die Nationalen am Platze, trotzdem unsere Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe alle deutsche Bergarbeiter sind"[67].

Der Ablauf einer Beerdigung wurde einmal von einem Mitglied der Ortsgruppe Loosch (Lahost) wiedergegeben; nach der tödlichen Verunglückung eines allseits beliebten Mitgliedes versammelten sich dazu zahlreiche Bergarbeiter. Hier ein Auszug aus dem Bericht: "Von Nah und Fern kamen die Genossen herbeigeeilt, um denselben zur letzten Grubenfahrt zu begleiten. - Schon in der nächsten Nachmittagsstunde haben sich eine Anzahl Ortsgruppen und Korporationen von Dux und Umgebung eingefunden, im Hause und am Sarge des Todten widmeten der Arbeiter-Gesangsverein "Einigkeit" von Janegg dem todten Kameraden ein herzliches Trauerlied. Um fünf Uhr Nachmittag bewegte sich der Zug, der sich zu einer imposanten Kundgebung gestaltete, und an der nahezu 1000 Personen theilnahmen zu dem Janegger Friedhof" [68]. Mitglieder der Ortsgruppe trugen gewöhnlich auch den Sarg des Toten, die Trauerreden wurden in beiden Landessprachen gehalten. Verschiedene Ortsgruppen gründeten auch sogenannte Musikfonds, durch die die musikalische Umrahmung der Trauerfeierlichkeiten bezahlt werden konnte. Trauerfeierlichkeiten waren auch der Anlaß dafür, daß sich die Bergarbeiterbewegung erste Denkmäler setzte; für den verstorbenen Arbeiterdichter Josef Griesmann wurde eine Sammlung veranstaltet mit dem Ziel, ein Grabmal mit einem Porträt errichten zu können [69]. Die Ortsgruppe Bergesgrün (Chuderin) enthüllte zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes Hermann Küchler, der als der Begründer der Bergarbeiterbewegung in diesem Ort angesehen wurde, "ein Denkmal in der Form eines großen Porträts": "Alle die der Enthüllung beigewohnt haben, werden diese Feier gewiß nicht vergessen. Es wird ihnen stets in Erinnerung bleiben, daß auch die Bergarbeiter es verstehen, ihre an der Spitze stehenden Vertrauensmänner zu ehren, zu ehren auch über das Grab hinaus" [70]. Zu Ehren der im Ersten Weltkrieg Gefallenen ließ die Ortsgruppe Obergeorgenthal (Horní Jiřetín) die Trauerfahne vom Vereinslokal wehen [71]. Man suchte also augenscheinlich ein Bedürfnis, das auch dem Bewußtsein der eigenen Geschichtlichkeit gerecht wurde, nachzuholen.

Das Vereinswesen erweist sich aufgrund der Analyse des Vereinslebens als eine den Bedürfnissen der Bergarbeiterschaft unter den Bedingungen der Industrialisierungsphase durchaus angemessene Form der Selbstfindung. Es bot den Mitgliedern aufgrund von gemeinsamen Grundsätzen und Uberzeugungen die Basis für gemeinsames Handeln und Aktivitäten, auch außerhalb des Bereiches der Arbeit. Praktisches Handeln der Gewerkschaftsorganisation und geselliges Leben in den Vereinen wuchsen zu einer Einheit zusammen. Das gegenseitige Verständnis und die Übereinkünfte, die sich zwischen den Menschen zweier Nationen innerhalb der Bergarbeiterbewegung entwickelt hatten bzw. zu entwickeln im Begriff waren, hätte richtungsweisend für die gesamte Gesellschaft wirken können, wäre die Arbeiterschaft nicht von maßgeblichen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen gewesen bzw. isoliert worden. Andererseits

stellt sich natürlich die Frage, ob bei einer gegenseitigen Berücksichtigung und Anteilnahme von Arbeiterschaft und bürgerlicher Gesellschaft, unter völlig anderen Prämissen also, Formen, Inhalte und Funktion der Arbeiterbewegung nicht andere Konturen erhalten hätten. Abgesehen aber von aller Diskussion um den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert des Vereinswesens war es "für die Betroffenen zugleich auch eine, vielfach die einzige Möglichkeit, Licht in das Arbeiterdasein zu bringen, sich der Umwelt einzugewöhnen und Formen geregelten Zusammenlebens zu finden" [72].

ZUSAMMENFASSUNG

Ein ausgesprochenes Manko aller bisherigen Kulturgeschichtsschreibung liegt darin, daß sie im großen und ganzen in der Darstellung der Ideengeschichte verharrte. Zugrunde gelegt wurde der vorliegenden Arbeit ein erweiterter Kulturbegriff, der materielle wie immaterielle Komponenten gleichermaßen umfaßt und in dem der Begriff der Arbeit eine hohe Relevanz für die kulturelle Differenzierung leistet. Ausgehend von diesem Konzept wurde versucht, einen Zugang zu elementaren menschlichen Beziehungen - unter den besonderen sozio-ökonomischen Bedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und des Bergbausektors andererseits - und zur Aufdeckung von Lebens- und Funktionszusammenhängen zu schaffen. Die Analyse von Arbeit und Alltag muß zum festen Bestandteil historischer Forschung allgemein und der volkskundlichen im Besonderen werden, wenn Licht in das "Ineinandergreifen gesellschaftlicher und kultureller Äußerungen" gebracht werden soll (Heilfurth, Gerhard: Die soziale Differenzierung der Kultur. In: Wiegelmann/Zender/Heilfurth: Volkskunde, S. 216-231, S. 218). Untersuchungsraum und -zeit der Arbeit stellen sich als ein ausgesprochenes Problem- und Konfliktfeld dar. Dies zeigt schon die Entwicklung bis zum Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, in denen der Braunkohlenbergbau im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier einen enormen Aufschwung erlebte. Das Berggesetz von 1854 bedeutete in diesem Zusammenhang einen Markstein hinsichtlich seiner Auswirkungen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der im Bergbau Beschäftigten. Diese im Zuge der Industriellen Revolution in Gang gekommenen Veränderungen schlugen sich in allen Bereichen des menschlichen Daseins nieder und schufen eine neue Lage für die Lebensbewältigung. Die neue betriebliche Organisation im Bergbau und die Arbeit der Bergarbeiter mit den ihr eigenen Erfordernissen und Besonderheiten bargen selbst in Dingen, die für den Außenstehenden als Detail oder Kleinigkeit erscheinen mögen, ein hochexplosives Potential von Konflikten. Die lange Arbeitszeit und die harte körperliche Belastung durch die Bergarbeit gingen an die menschliche Substanz und ließen wenig Energie für außerberufliche Aktivitäten frei, verbauten die Horizonte.

Die Bergbauwelt offenbart in vieler Hinsicht ein Eigenleben, einen speziell bergmännischen Charakter, der selbst durch einschneidende Auswirkungen, wie sie das Berggesetz von 1854 für die Bergarbeiter in ökonomischer wie sozialer Hinsicht darstellte, nicht zerstört werden konnte, wenn er auch oft gerade für die Zeit der vorliegenden Untersuchung zurückgedrängt oder verschüttet erscheint. Dieser speziell bergmännische Charakter zeigt sich auch im entstehenden Vereinswesen bzw. dann für die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter. Traditionelle Elemente, Denkformen und Verhaltensweisen wurden wie selbstver-

ständlich von einer Bewegung übernommen, die unter den Schlagwörtern "Sozialismus" und "Internationalismus" angetreten war, um einen neuen Anfang im Zusammenleben von Menschen verschiedener Sprache und Kultur zu finden. Die vom Bergbau her bestimmte Interessendominanz ließ der Bergarbeiterorganisation innerhalb der gesamten sozialdemokratisch orientierten Organisation eine besondere Stellung zukommen.

Die Gründung von Vereinen durch die Bergarbeiter ist trotz der eigenen hierarchischen Strukturen als Element des Demokratisierungsprozesses im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zu werten. Der Verein bedeutete für die Betroffenen in erster Linie einen Ort, der für sie dazu da war, Identität zu schaffen; diese Identität zeigte sich in zweifacher Hinsicht: die Selbsttätigkeit in den Vereinen, die für sich einen eminent kulturellen Aspekt darstellt, beinhaltete sowohl das Moment der Integration wie die Möglichkeit und anerkannte Notwendigkeit, Konflikte auszutragen. Die Organisation war für die Betroffenen der Ort für die Entwicklung sozialer Selbstwertgefühle; in Ermangelung anderer Formen des Einfluß-Nehmen-Wollens auf die eigenen Probleme entstanden Gebilde von sozialem und kulturellem Charakter, die Hilfestellung bei der Bewältigung der industriellen Welt zu geben vermochten. Der Weg von den Bildungsvereinen bis hin zur Gründung der Union der Bergarbeiter im Jahre 1903 erwies sich für die Bergarbeiterbewegung als Lernprozeß par excellence: Fehlende organisatorische Erfahrungen sowie die Unerfahrenheit in den Bedingungen demokratischer Meinungsbildung und im Umsetzen der so gewonnenen Ergebnisse in praktische Politik brachten die Bewegung nach anfänglichen Erfolgen in arge Nöte und bis an den Rand des Ruins. Von der komplizierten sozialen und nationalen Konstellation Böhmens innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie konnte sie angesichts der emotional aufgeheizten Atmosphäre ohnehin nicht unberührt bleiben; aber trotz der - im Zuge der allgemeinen Entwicklung sehr späten - Trennung in nationale Gewerkschaften wurde die Bergarbeiterbewegung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu einem gesellschaftlichen Faktor, an dem der Staat wie die Unternehmer nicht achtlos vorbeigehen konnten. Annähernd vierzig Jahre des Zusammenwirkens von deutschen und tschechischen Bergarbeitern in einer gemeinsamen Organisation hatten deshalb keinen entscheidenden Ansatzpunkt für die Bewältigung der nationalen Probleme bedeuten können, weil hier eine Phase der Konsolidierung und Vertiefung der Beziehungen aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse fehlte, die für alle sich neu bildenden Gemeinschaftsformen nun einmal nötig ist, um auf Dauer gesellschaftliche Impulse geben zu können.

Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Bergbaus und der Bergarbeiterschaft kann unter verstärktem Einbeziehen volkskundlicher Forschung als Erklärung für das politische und gesellschaftliche Verhalten der organisierten Bergarbeiterschaft herangezogen werden.

Die Leistungsfähigkeit dieses komplexen Ansatzes und Zugangs wird sich steigern lassen, wenn man den Begründungszusammenhängen für die Realität menschlicher Existenz und den elementaren menschlichen Beziehungen nahezukommen versucht - ein angesichts der Komplexität des menschlichen Daseins schwieriges Unterfangen. Es zeigt sich dabei in jedem Fall, daß es einen allgemein gültigen Determinismus im gesellschaftlichen Bereich nicht geben kann. Die Akzentverlagerung gegenüber dem oftmals totalen Anspruch alleiniger politischer Geschichtsschreibung sollte jedoch nicht zu einer Opposition von Sozial-/Kultur- und sogenannter Ideengeschichte führen, sondern zu ihrer notwendigen und sinnvollen Ergänzung.

Anmerkungen zu Seite 19 - 21

(I.1) 1 Weizsäcker, Wilhelm: Geschichte des Bergbaues in den Sudetenländern. Prag 1928.

2 Weizsäcker 9.

3 Dormitzer, Maximilian / Schebek, Edmund: Die Erwerbsverhältnisse im böhmischen Erzgebirge ... . Prag 1862, S. 109/110.

4 Dormitzer / Schebek 110: Hans Weidlich soll im Jahre 1613 bei Brüx (Most) Kohlen gefunden haben.

5 Dormitzer / Schebek 110.

6 Gnirs, Anton: Beiträge zu einer Chronik des Elbogner Bergbaues. In: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte, 5. Jg., 1941/42, S. 327.

7 Gnirs 330.

8 Heimatskunde des politischen Bezirkes Falkenau, herausgegeben vom Bezirkslehrerverein Falkenau. Falkenau a. d. Eger 1898, S. 243.

9 Schmidt von Bergenhold, Johann Friedrich: Übersichtliche Geschichte des Bergbau- und Hüttenwesens im Königreiche Böhmen. Prag 1880, S. 90.

10 Schmidt von Bergenhold 92/93.

11 Grunzel, Josef: Deutsche Industrie in Böhmen. In: Deutsche Arbeit in Böhmen, herausgegeben von Hermann Bachmann, Berlin 1900, S. 317-350, hier S. 323.

12 Grunzel 324.

13 Ebenda 324.

14 Demian, J. A.: Darstellung der österreichischen Monarchie nach den neuesten statistischen Beziehungen. Erster Band, welcher Böhmen, Mähren und das österreichische Schlesien enthält. Wien 1804, S. 119.

15 Grunzel 327/328.

16 Ebenda 329.

17 Hassinger, Herbert: Der Außenhandel der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Hrsg. v. Friedrich Lütge. Stuttgart 1964, S. 61-98, hier S. 61.

18 Weitere Einzelheiten hierzu bei Grunzel 325 ff. und Tremel, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Von den Anfängen bis 1955. Wien 1969, S. 251 ff. Tremel stellt fest, daß der Begriff "Fabrique" zunächst also eine rechtliche, weniger sprachliche Bezeichnung gewesen sei, "er bezeichnete einen außerhalb der Zünfte stehenden gewerblichen Betrieb, der mit kaiserlichen Privilegien ausgestattet war" (ebenda 251/252). Die

Anmerkungen zu Seite 21 - 22

Zünfte waren erst spät über Schlesien nach Böhmen gelangt (Ende des 11. Jahrhunderts).

19 Weiteres dazu bei H a s s i n g e r: Der Außenhandel 93 ff.

20 Zorn betont, daß sich Österreich hierin gegenüber Deutschland in der Vorderhand fühlen durfte. Z o r n , Wolfgang: Binnenwirtschaftliche Verflechtungen um 1800. In: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich 99-109, hier 102.

21 Zur Problematik des Vergleichs der Handelsstatistiken bei H a s s i n g e r: Der Außenhandel 68. - Aufgrund verschiedener Gewichte, Maße, Währungen sind Vergleiche sehr schwierig anzustellen.

22 Gemeint sind die Gesetze über Pressefreiheit (1781), das sog. Toleranzpatent (1781), die Aufhebung der Leibeigenschaft durch eine gemäßigte Untertänigkeit (1781) und die kirchenpolitischen Gesetze. Friedjung betont, daß der deutsche Bauer schon seit dem 16. Jahrhundert nicht mehr in Hörigkeit gestanden habe, und somit die Befreiung von der Leibeigenschaft nur für die slawischen und ungarischen Teile Bedeutung gehabt hätte. Die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutete dabei nicht die Aufhebung der Grundlasten und Frohnden, die weiterhin zu entrichten waren. Ein Hinweis darauf, daß die deutschen Bauern nicht mehr unter Leibeigenschaft gestanden hätten, ist nach Friedjung auch, daß mit der Sache die alten deutschen Bezeichnungen (wie Frohnde, Dienst, Scharwerk) in Vergessenheit geraten seien: einzig das slawische Wort Robot sei dafür gebräuchlich gewesen. F r i e d j u n g , Heinrich: Österreich von 1848 bis 1860. Bd. 1. Die Jahre der Revolution von 1848 bis 1851. Stuttgart-Berlin 1908, S. 344.- Joseph II. hatte auch im Jahre 1782 die lateinische Sprache an den Universitäten und Gymnasien als Vortragssprache durch Deutsch ablösen lassen. Frommelt sieht hierin den Beginn des späteren sogenannten Nationalitätenproblems, das hauptsächlich im Bereich der Sprache ausgetragen wurde. F r o m m e l t , Klaus: Die Sprachenfrage im österreichischen Unterrichtswesen 1848-1859. Graz-Köln 1963, S. 30.

23 F r i e d j u n g II, 430; E n g e l - J a n o s i , Friedrich: Die politische Korrespondenz der Päpste mit den österreichischen Kaisern 1804-1918. Wien-München 1964, S. 1 ff.- F r a s s , Otto: Quellenbuch zur österreichischen Geschichte. Wien 1962.

24 G ü n t h e r s b e r g e r , Josef: Brüx und der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. In: Nordwestböhmen, Vorträge der ersten Nordwestböhmischen Kulturwoche in Brüx 1932. Hrsg. von Kurt O b e r d o r f f e r . Brüx 1933, S. 31-47, nennt Graf Westfalen als den ersten Braunkohlenproduzenten.

25 H a l l w i c h , Hermann: Töplitz. Eine deutsch-böhmische Geschichte. Leipzig 1886, S. 436. Die Familie Clary stammte aus dem Florentinischen.

26 W e i z s ä c k e r 24.

Anmerkungen zu Seite 22 - 24

27 A r l t, A.: Zur Geschichte des Braunkohlen-Bergbaues im nordwestlichen Böhmen. In: MVGDB XXIII. Jg., Prag 1884, S. 73.

28 T ü r p, Max: Die Entwicklung des Kohlenbergbaues im Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. München 1975, S. 23.

29 W e i z s ä c k e r 23.

30 A r l t 74/75.

31 D e m i a n 184.

32 E b e n d a 102/103.

33 D o r m i t z e r / S c h e b e k 111.

34 A r l t 75.

35 D e m i a n 102/103.

36 H a l l w i c h, Hermann: Böhmens Industrie und Handel. Wien 1896, S. 52.

37 T r e m e l 287.

38 W e i z s ä c k e r 23.

39 Arlt gibt an, daß im Braunkohlenbergbau pro Woche 4-5 fl. (Wiener Währung) verdient werden konnten, während der Verdienst im Erzbergbau 2-3 fl. betragen haben soll. Jedoch wird auch der höhere Lohn im Braunkohlenbergbau als "ein allerdings geringer" im allgemeinen Vergleich bezeichnet, A r l t 78.- Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der Lebenshaltungskosten fehlen.

40 A r l t 77.

41 D e m i a n 39. Demian war Offizier und bereiste u. a. die Länder Böhmen und Mähren. Aufgrund seiner Beobachtungen kommt er zu der Überzeugung, "daß diese Länder den gewerbfleißigsten Provinzen Teutschlands an die Seite gesetzt zu werden verdienen." (S. X).

42 E b e n d a 119 ff.

43 Zum Staatsbankrott: T r e m e l 306 ff.

44 P o š v a r, J.: Die Währung in den Ländern der böhmischen Krone. Graz 1970. S. 107.

45 Statistisches Handbuch des Königreiches Böhmen. Zusammengestellt vom Statistischen Landesbureau des Kgr. Böhmen. I. Deutsche Ausgabe. Prag 1909: XII. 19. Mittelpreis des Getreides in Böhmen i. d. J. 1800-1908 (S. 272): Die Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer erreichten 1817 einen Höchststand, der trotz eines andauernden Anstiegs im 19. Jahrhundert niemals wieder erreicht worden ist. In den Jahren 1815-1817 verdoppelte sich der Preis für die genannten Getreidearten.

46 H a l l w i c h: Böhmens Industrie und Handel 65.

47 "Die erstmalige Verwendung der Dampfmaschine zur Wasserhebung und Förderung wird aus dem Jahre 1813 gemeldet ... ". G ü n -

Anmerkungen zu Seite 24 - 25

thersberger 39. Porzellanindustrie und Kohlenbergbau stehen bekanntlich in einem bes. Zusammenhang.

48 Die Verstädterungserscheinungen werden von Lehovec, O.: Die Rangordnung der Städte in Böhmen 1830 und 1940. Ein Beitrag zur Verstädterung. In: Zeitschrift für Ostforschung, 5. Jg., 1956, S. 58-67, hier S. 58 als gering bezeichnet.

49 Dieser Schiffsverkehr war auf die Jahreszeiten beschränkt, in denen die Elbe genügend Wasser führte. Hinweise auf den beginnenden Schiffsverkehr finden sich bei Arlt 79 und Ressel, G.A.: Der gegenwärtige Bergwerksbetrieb im nordwestböhmischen Kohlebecken und sein Verhältnis zur Landwirtschaft daselbst. Sobochleben bei Mariaschein 1895, S. 3. In der jüngeren Literatur: Förster, Erwin: Das nordwestböhmische Braunkohlengebiet. Halle 1937; Förster weist darauf hin, daß es Segelschiffe waren, die Braunkohle zur Saline nach Schönebeck und nach Magdeburg brachten. Diese Segelschiffe wurden "nach beendeter Talfahrt als Brennholz verkauft, da sich die Rückfahrt ohne Ladung nicht lohnte." (22) - Weizsäker 22. - Türp 23.

50 Umlauft, F.J.: Geschichte der deutschen Stadt Aussig. Bayreuth 1960, S. 273 weist auf ausländische Unternehmer hin.

51 Ressel 3. Heimatkunde des politischen Bezirkes Komotau, die Gerichtsbezirke Komotau, Görkau und Sebastiansberg umfassend, herausgegeben vom deutschen Bezirkslehrerverein Komotau. Komotau 1898, S. 162 ff.

52 Förster 23.

53 Deutsch, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Bd. 1. Wien 1929, S. 22.

54 Bekannt geworden ist das sog. "Maschinenlied", von dem sich aber nur noch Bruchstücke erhalten haben, da es handschriftlich vervielfältigt wurde. In: Die Brücke, Nr. 14, 6. Jg.(1952), S. 5. In diesem Lied werden die Maschinen als Urheber für das Elend der Menschen angeprangert; die Not muß sehr groß gewesen sein, denn der Wunsch, sich "durch Arbeit zu erholen" wäre sonst nicht in so massiver Form aufgenommen worden. Als weitere Steigerung des Elends wird die Einführung der Dampfmaschine angesehen: "Was die Maschinen nicht vernichten, das verrichtet der Dampf." Strauss berichtet von Geldsammlungen unter den Arbeitern, die den Angehörigen von Verhafteten zugute kamen. Strauss, Emil: Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung. Geschichte der deutschböhmischen Sozialdemokratie Böhmens bis 1888. Prag 1925, S. 38 ff.

55 Strauss 26.

56 Das böhmische Bürgertum hatte kein politisches Programm besessen; dies galt vor allem für den Beginn der 48er Revolution. Strauss 57.

57 Von hier aus ist es auch zu verstehen, warum Wien und nicht Prag

in den sechziger Jahren das Zentrum der Arbeiterbewegung wurde.

58 H i l f, Rudolf: Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa. Opladen 1973, S. 20 ff. Die Begriffe Nation, Staatsangehörigkeit und Staatszugehörigkeit überdecken sich, in Mittel- und Osteuropa gewinnt der Begriff der Volkszugehörigkeit Bedeutung.

59 H i l f 36.

60 P f i t z n e r, Josef: Die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung und der Sudetenraum. In: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte. 5. Jg., 1941/42, S. 199-240 - D e r s e l b e: Nordböhmen und Sachsen in den Jahren 1848/49. In: Nordwestböhmen (Hrsg. K. Oberdorffer)73-79. (Pfitzner gilt als der Chronist der Nationalsozialisten.) Vereinsgründungen wie der Böhmisch-Sächsische Verein zum Schutze der deutschen Interessen in Böhmen sowie Feste und Kongresse geben ein beredtes Zeugnis dieser Emotionalisierung.

61 Es ist nicht verwunderlich, wenn vor allem Druckereibesitzer - mit der Forderung nach Pressefreiheit - mit in der vordersten Front für wirtschaftliche Rechte eintraten. Die hohe Zahl von Zeitungen, Flugblättern und Broschüren bot Anreiz zum Verdienen. Die Drukker waren auch die ersten innerhalb der Arbeiterbewegung, die Erfolge im Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen aufweisen konnten.

62 F r i e d j u n g I und II. - Am 6. Juli 1851 wurden "strenge Preßordonannzen" erlassen, nach denen willkürlich Suspensionen von Zeitungen möglich wurden.

63 K l a b o u c h, J.: Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848-1918. München-Wien 1968, S. 49.

64 K l a b o u c h 30 ff.

65 K l a b o u c h 48.

66 P f i t z n e r, J.: Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis 1848. Augsburg 1926, S. 364.

67 H i l f 37.

68 F r o m m e l t 20 f.

69 B o h m a n n, Alfred: Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847 bis 1947 mit bes. Berücksichtigung der Entwicklung der nationalen Verhältnisse. München 1958, S. 151; das Verhältnis Deutsche - Tschechen in Böhmen lag 1847 bei 42:58, innerhalb der gesamten Monarchie zählten die Deutschen etwa ein Viertel der Bevölkerung.

70 F r o m m e l t 28.

71 Zum Unterrichtswesen allgemein: F r o m m e l t 38 ff.

72 Erst im Jahre 1846 war die Gründung eines pädagogischen Lehrerseminars vorgeschlagen worden, die aber vor der 48er Revolution nicht mehr vorgenommen wurde.

Anmerkungen zu Seite 28 - 31

73 Frommelt nennt Tätigkeiten wie fahrender Spielmann sowie Schlächter.

74 Frommelt 44.

75 Frommelt 124.

76 Friedjung II, 326: Verbreitet war in Böhmen die "Augsburger Allgemeine Zeitung" (Verleger: Cotta), die sich hatte verpflichten müssen, nur die offiziellen Berichte der Staatskanzlei drucken zu dürfen. Diese Zeitung verlor nach 1850 viele Abonnenten, da im böhmischen Raum eigene Blätter gegründet worden waren.

77 Hilf 37 ff.

(I.2) 1 Zur Ablösung der Patrimonialgesetze: Czoernig, Carl Freiherr von: Österreichs Neugestaltung 1848-1858. Stuttgart und Augsburg 1858, S. 489.- Tremel, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Von den Anfängen bis 1955. Wien 1969, S. 321 ff.

2 Fürst August Longin Lobkowitz, der damalige Präsident der k. k. Hofkammer für Berg- und Münzwesen, beschäftigte sich mit einem Entwurf, der der Vorläufer zu einem allgemeinen Berggesetz werden sollte. Nach dessen Tod führte der Hofrat Michael Layer die Arbeiten weiter. Die Unruhen des Jahres 1848 führten dann zu weiteren Verzögerungen. Schmidt von Bergenhold, Johann: Übersichtliche Geschichte des Bergbau- und Hüttenwesens im Königreiche Böhmen. Prag 1880, S. 102.

3 Ebenda 102. Zum folgenden siehe auch bei Arlt, A.: Zur Geschichte des Braunkohlen-Bergbaus im nordwestlichen Böhmen. In: MVGDB, XXII. Jg., Prag 1884, S. 1-82, hier S. 80 ff.- Metzner, Max: Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911, S. 113 ff.- Weizsäcker, Wilhelm: Geschichte des Bergbaus in den Sudetenländern. Prag 1928, S. 23 ff.- Weizsäcker, Wilhelm / Zimmer, Karl: System des tschechoslowakischen Bergrechts unter Berücksichtigung des österreichischen. Prag 1933.- Schmidt von Bergenhold 100 ff.

4 Die gleiche Entwicklung zeigte sich in Preußen, dort wurde das Direktionsprinzip im Jahre 1851 abgelöst. Vgl. hierzu: Festschrift zum XII. Allgemeinen Deutschen Bergmannstage in Breslau 1913. Der Bergbau im Osten des Königreiches Preußen. Bd. 2: Der oberschlesische Industriebezirk. Kattowitz 1913 .

5 Tremel 322.- Schmidt von Bergenhold 74. Die Aufhebung des Bergbauzehents war am 11. Juli 1850 erfolgt. Vor dem Berggesetz, das 1854 erlassen wurde, galt die Joachimsthaler Bergordnung für den Bereich des nordwestlichen Kohlenreviers.

6 Die Bemerkungen über den mittelalterlichen Bergbau beziehen sich freilich auf den Abbau von Erzen.

7 Bráf, Albin: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 36; auch Metzner 113 ff.

Anmerkungen zu Seite 31 - 34

8 B r á f 14. Erst im Jahre 1869 wurde eine Bergschule in Karbitz (Chabařovice) gegründet. S c h m i d t v o n B e r g e n h o l d 149.

9 B o h m a n n, Alfred: Bevölkerungsbewegungen in Böhmen 1847 bis 1947 mit besonderer Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse. München 1958, S. 173.

10 B o h m a n n 80. Vor allem Wien war das Ziel der Abwanderung gewesen.

11 Über die Rolle des Bergbaus als Wegbereiter der Industrialisierung siehe insbesondere H e i l f u r t h, Gerhard: Das Montanwesen als Wegbereiter im sozialen und kulturellen Aufbau der Industriegesellschaft Mitteleuropas. Wien 1972 (Leobener Grüne Hefte, Heft 140). Zur Leistungsgemeinschaft des Montanwesens: S. 12 ff.

12 B r á f 37.

13 M e t z n e r 21. So berichtet Bráf aus einem Brüxer Kohlenwerk (1879), daß einzelne Häuer bis zu 41 Schichten verfahren hätten, somit einigemal in zwei Tagen drei Schichten (das sind 36 Stunden!) gearbeitet hätten (B r á f 29) . Dies sind durchaus keine Einzelfälle.

14 F i s c h e r, Wolfram: Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865. In: D e r s e l b e: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 139-147, hier S. 140.

15 F i s c h e r, Wolfram: Die Stellung der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts. In: D e r s e l b e: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialierung. Göttingen 1972, S. 148-160, hier S. 155.

16 E b e n d a 498 (Anm. 11); der Begriff der Arbeitsordnung, in Österreich Dienstordung genannt, fehlte in der deutschen Gewerbegesetzordnung.

17 W e i z s ä c k e r / Z i m m e r 12.

18 F i s c h e r: Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild 143.

19 E b e n d a 144.

20 T e n f e l d e, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 342.

21 Gesetz vom 18. 7. 1889 (RGBl. Nr. 127).

22 Mit dem Wehrgesetz vom 2. Dezember 1868, R. G. B. Nr. 151 hörte die Militärfreiheit für Bergleute gänzlich auf. Nur "wirkliche" Grubenarbeiter, also nicht Hilfskräfte, waren gänzlich vom Dienst freigestellt gewesen, die übrigen Beschäftigten im Bergbau manchmal auch nur zeitweilig, teilweise aber auch gänzlich. S c h m i d t v o n B e r g e n h o l d 130 ff.

Anmerkungen zu Seite 34 - 35

23 Schmidt von Bergenhold 136: "Die Begünstigung von Rauchtabak im Limitopreise für die Bergleute hat seit 16 Jahren zu bestehen aufgehört." (d. h. im Jahre 1864).

(I. 3a) 1 Türp, Max: Die Entwicklung des Braunkohlenbergbaus im Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. München 1975, S. 24.

2 Über den Braunkohlenbergbau in Böhmen, Denkschrift von der Handels- und Gewerbekammer in Prag. Prag 1876, S. 6 ff.

3 Der Bergwerksbetrieb in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1869. Wien 1871, S. VIII.

4 Ebenda 26; auch: Bráf, A.: Studien über Nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 17.

5 Ressel, G.A.: Der gegenwärtige Bergwerksbetrieb im nordwestböhmischen Kohlenbecken und sein Verhältnis zur Landwirtschaft daselbst. Sobochleben bei Mariaschein 1895, S. 4.

6 Hautmann / Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. 2. korrigierte und ergänzte Auflage 1976. Linz 1974, S. 69.

7 Entwicklung der Produktion und der Arbeiterzahlen bei Bráf 7,- Auch Förster, Erwin: Das nordwestböhmische Braunkohlengebiet. Diss. Halle 1937, S. 58.

8 Die Preise für die Braunkohle von 1856-1874 finden sich in: Über den Braunkohlenbergbau ... (Denkschrift 1876) 13; der Preis für Steinkohle war im Jahre 1868 noch etwa doppelt so hoch wie der für die Braunkohle.

9 Bráf 16.

10 Weber unterscheidet innerhalb des gesamten Braunkohlenbeckens nach der Fördertiefe drei Räume:
a) östlicher Raum - von Dux (Duchcov) bis Aussig (Ústí nad Labem); Fördertiefe: am Rand bis 50 m, im inneren Bereich 140-188 m; Flözdicke bis 18 m.
b) zentraler Teil: von Dux (Duchcov bis Seestadtl (Ervěnice)); Fördertiefe: äußere Zone 50-100 m, mittlerer Bereich über 200 m bis fast 500 m; Flözdicke bis 28 m.
c) westlicher Teil: Tiefe bis ca. 100 m; Flözdicke bis 15 m.
Erst nach 1880 verschob sich das Hauptfördergebiet in den zentralen Teil des Beckens. Weber, Ehrfried: Die Berufszugehörigkeit und ihre Zusammenhänge mit der Bevölkerungsanhäufung und der Tschechisierung im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet. Diss. Leipzig 1935, S. 17-19.

11 Deutsch, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Bd. 1. Wien 1929, S. 118.

12 Steiner, Herbert: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867-1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiter-

Anmerkungen zu Seite 36 - 38

bildungsvereins bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld. Wien 1964, S. 81.

13 E b e n d a 81.- Die Gesamtzahl der im Bergbau Beschäftigten (einschließlich Frauen und Kinder) betrug im Jahr 1869 121 803 Personen. Davon entfielen auf Böhmen allein etwa ein Viertel (33 767). S c h m i d t v o n B e r g e n h o l d, J.F.: Übersichtliche Geschichte des Bergbau- und Hüttenwesens im Königreich Böhmen ... . Prag 1880, S. 364/365. Eine Angabe, wieviel Beschäftigte von den 9 500 Personen im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet entlassen wurden, konnte nicht ermittelt werden.

14 P e e z / P e c h a r: Beiträge zur Kohlenfrage. Wien 1871, S. 10.

15 E b e n d a 7.

16 B r á f 14-18.

17 In der Agrargeographie bezeichnet man heute einen Bauern, der weniger als 50 % seines Einkommens aus nichtagrarischer Tätigkeit bezieht als Zuerwerbslandwirt; derjenige, der mehr als 50 % aus nichtagrarischer Quelle verdient, wird Nebenerwerbslandwirt genannt.

18 B r á f 21.

19 B r á f 17/18.

20 B r á f 7: in der Komotauer Berghauptmannschaft betrug die Zahl der Betriebe 262 im Jahre 1869, 212 (1871) und 294 (1873).

21 Der Bergwerksbetrieb in den ... (1869). Wien 1871, S. VII.

22 B r á f 8, Anm. 13.

23 H a u t m a n n / K r o p f, bes. das Kapitel: 1889-1914 - Hochkonjunktur und Nationalitätenkonflikt.

24 S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 54; zur konjunkturellen Entwicklung S. 24/25. Zu den Absatzverhältnissen vgl. auch: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. in ihren Rückwirkungen auf die industriellen, Effekten- und Geldmarktverhältnisse. Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben. Leipzig 1903. - Österreichs Braunkohlenindustrie: S. 1-15.

25 Allgemeiner Bergmannstag Wien 1912. Wien 1912, S. 3 ff. Im Jahre 1910 wurden in Böhmen, das knapp 20 % des gesamten Staatsterritoriums und nur etwa 17 % der Gesamtbevölkerung umfaßte, 75 % der Industrieproduktion Österreich-Ungarns erarbeitet. H i l f 43 .

26 S c h l e g e l 11/12. – Brüx - Die Stadt an der Brücke. Beiträge zur Geschichte einer nordwestböhmischen Stadt. Hrsg. i. A. der Heimatgemeinde Brüx (Sitz Erlangen) gemeinsam mit Leo B ö h m und weiteren Mitarbeitern von Kurt O b e r d o r f f e r. München 1958, S. 197.

Anmerkungen zu Seite 38 - 43

27 H i l f 44 (nach Angaben von Prinz).

28 Die in diesem Zusammenhang genannten Zahlen stammen aus der Dissertation von W e b e r 109 ff.(Tabellen im Anhang).

29 Zum Ausgleich mit Ungarn: K o s c h, W.: Die Deutschen in Österreich und ihr Ausgleich mit den Tschechen. Leipzig 1909.- S t r a u s s, E.: Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung. Bd. 1. Prag 1925, S. 61.- H i l f 27 ff.- Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen. Wien-München 1968.

30 A n d r e e, Richard: Nationalitätenverhältnisse und Sprachgrenze in Böhmen. 2. Auflage. Leipzig 1871.

31 H i l f 31.

32 § 2 des Versammlungsgesetzes vom 15. November 1867 (RGBl. Nr. 135).

33 § 15 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867 (RGBl. Nr. 134).

34 D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Bd. 1. Wien 1929, S. 97.

35 S t e i n e r 244.

36 O b e r m a n n, Karl: Zur Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehung im 19. Jahrhundert. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (O) 1958, S. 331-370, hier S. 338 ff.

37 Das neue Heimatgesetz mit besonderer Rücksicht auf die Erlangung des Zuständigkeitsrechtes und der Rechte auf Gemeindeunterstützung, gemeinfaßlich dargestellt und mit allen nöthigen Gesuchsformularen versehen. Wien 1900, S. 6.- K l a b o u c h, J.: Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848-1918. München-Wien 1968, S. 126 f.

38 § 2 der Heimatgesetznovelle vom 5. Dezember 1896 (RGBl. Nr. 222).

39 M o m m s e n, Hans: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung. In: Bohemia, Jahrbuch des Collegium Carolinum, Band 2, München 1961, S. 193-208, hier 197.

40 S t e i n e r 55 ff.

41 T r e m e l 339.

42 D e u t s c h 360; es handelte sich hier um ein Klassenwahlrecht.

43 M o m m s e n, H.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, S. 295.

(I.3b) 1 W i e g e l m a n n, G.: Geschichte und Forschung. In: W i e g e l m a n n / Z e n d e r / H e i l f u r t h: Volkskunde. Eine Einführung. Berlin 1977: Die ländliche Arbeitsforschung war schon seit jeher ein Hauptbereich

Anmerkungen zu Seite 43 - 46

der Volkskunde gewesen. (104), Tatsache heute ist "die entschiedene Hinwendung volkskundlicher Forschung zur Sachkunde, zu Arbeit und den der Industriegesellschaft gemäßen Lebensformen, verkürzt als Arbeitervolkskunde deklamiert " (38).

2 H e i l f u r t h, G.: Die Arbeit als kulturanthropologisch-volkskundliches Problem. In: Die Mitarbeit 14 (1965), Heft 4, S. 19-32, hier S. 20.

3 Vgl. hierzu den beziehungsreichen Titel "Arbeit und Volksleben" der Veröffentlichungen des Instituts für mitteleuropäische Volksforschung an der Philips-Universität Marburg, der im Anschluß an den Volkskundekongreß 1965 in Marburg herausgegeben worden war, (siehe Lit.-Verz.).

4 Zu diesem Komplex: H e i l f u r t h, G.: Das Montanwesen als Wegbereiter im sozialen und kulturellen Aufbau der Industriegesellschaft Mitteleuropas. Wien 1972, S. 14 f. - D e r s e l b e: Beiträge zum Wesensbild der bergmännischen Daseinsform. In: Hessische Blätter für Volkskunde, Bd. 51/52 (1960), S. 69-83.

5 H e i l f u r t h: Die Arbeit 19.

6 Heilfurth weist darauf hin, daß der Begriff "Freizeit" relativ jung ist, er hat sich erst seit den 1920er Jahren ausgebreitet. H e i l f u r t h, G.: Die Arbeit 24.

7 H e i l f u r t h, G.: Die soziale Differenzierung der Kultur. In: Wiegelmann/Zender/Heilfurth 219.

8 K o r f f, G.: Kultur. In: Bausinger/Jeggle/Korff/Scharfe: Grundzüge der Volkskunde. Darmstadt 1978, S. 17-80, hier S. 51.

9 Arbeit und Brauchtum stehen ja in besonderer Beziehung zueinander, dazu folgende Literatur: H e i l f u r t h, G.: Brauch. In: Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearbeitete und erweiterte Ausgabe, Stuttgart 1969, S. 134/135. - S i e b e r, Friedrich: Beziehungen zwischen Arbeit und Brauchtum. In: Arbeit und Volksleben 348-353. - K r a m e r, K.S.: Arbeitsanfang und -abschluß als Kernelement des Brauchtums. In: Arbeit und Volksleben 354-361.

10 Diese Bemerkung gilt ohne Einschränkung für den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit, in dem die sozialpolitischen Errungenschaften der jüngeren Zeit erst in Ansätzen bzw. noch überhaupt nicht vorhanden waren.

11 M o k r e, Johann: Grundriß der Arbeiterkunde. Wien 1950, S. 35.

12 K o r f f, G.: Kultur. In: Bausinger/Jeggle/Korff/Scharfe 52.

13 Zum Begriff: N e u l o h, Otto: Betriebssystem und Betriebsklima des Bergbaus im sozialen Wandel der Industriegesellschaft. In: Der Anschnitt - Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, 29. Jg. (1977), Heft 2-3, S. 80-87, hier S. 84.

14 K o r f f: Kultur 57 (vgl. Anm. 8).

15 H e i l f u r t h, G.: Die Arbeit 30.

Anmerkungen zu Seite 47 - 48

(II.1) 1 Glück auf! 8/1895, S. 5; die Versammlung wurde von einem Regierungsvertreter aufgelöst, da die Redner, Bergarbeiter aus Nordwestböhmen, "mit ihren verwitterten Gestalten und schlichten Worten" einen gewaltigen Eindruck auf die Wiener Bevölkerung gemacht hatten. Die Erregung der Menge steigerte sich derart, daß der offizielle Beobachter den Saal durch zwanzig Wachleute stürmen ließ. Viktor Adler, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, hatte auf dem Kongreß hervorgehoben, daß die Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie davon abhänge, "wie sich die Bergarbeiter organisieren" (S. 1). Keine andere Arbeiterbranche habe erbittertere Gegner.

2 N e u m a n n, Siegfried: Arbeitererinnerungen als Erzählungsinhalt. In: Arbeit und Volksleben (Hrsg. Heilfurth/Weber-Kellermann), Göttingen 1967, S. 274-284, hier S. 279.

3 Die "Erinnerungen eines alten Hauers" sind Aufzeichnungen des Hauers Alois Frank sen., der seit April 1913 auf den Grohmann-Schächten in Bartelsdorf (Dřínov) beschäftigt gewesen war. Frank hat seine Erinnerungen in Briefform an seinen Sohn Alois K. Frank niedergeschrieben (Brandlorenzen über Neustadt/S. im Jahre 1968). Die Komotauer Heimatstuben stellten das gebundene Exemplar dieser "Erinnerungen" freundlich zur Verfügung.

4 Der Glück auf! stellt für die Darstellung der Arbeiterverhältnisse der Bergarbeiter im nordwest-böhmischen Braunkohlenrevier, abgesehen von den mehr oder weniger rein statistischen behördlichen Veröffentlichungen und der meist betriebs- bzw. volkswirtschaftlich orientierten Literatur, praktisch die einzige authentische Quelle dar.

(II.1a) 1 Zur Sozialpolitik innerhalb der 1. Tschechoslowakischen Republik: Protokoll des VII. Uniontages (1924), S. 82 ff.; speziell zur Einführung des Achtstundentages: Glück auf! 47/1918: Durch das Schlichtungsgericht in Brüx (Most) wurde am 15. November 1918 der Achtstundentag für die Arbeiter unter Tage ab dem 18. November, für Obertagarbeiter ab dem 1. Februar 1919 festgesetzt.

2 Zum Begriff und zur Geschichte der Schichtarbeit: H e i l f u r t h, G.: Das Montanwesen als Wegbereiter im sozialen und kulturellen Aufbau der Industriegesellschaft Mitteleuropas. Wien 1972, S. 15 ff.

3 Über die individuelle Regelung der Arbeitszeit in den Kleinbetrieben des Braunkohlenbergbaus, die meist nur neben der Landwirtschaft saisonweise betrieben wurde, liegen keine Angaben vor.

4 P r i b r a m, Karl: Der Normalarbeitstag i. d. gew. Betrieben und im Bergbau Österreichs. Wien 1906, S. 39.

5 M e t z n e r, Max: Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911, S. 21.- B r á f, Albin: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 18; in den Steinkohlenrevieren konnte sich die achtstündige Schicht noch einige Zeit halten.

6 B r á f 28.

Anmerkungen zu Seite 48-50

7 Stenographisches Protokoll der im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Enquête über Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbau. Wien 1883, S. 16 f. - Stenographisches Protokoll der vom Subcomité des socialpolitischen Ausschusses veranstalteten Enquête, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, Wien 1900, S. 95 ff: Der Bergarbeiter Anton Bruch berichtet vor dem Ausschuß über die Entwicklung der Arbeitszeit in den Betrieben, in denen er gearbeitet hatte.

8 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet an das k. k. Ministerium des Innern und das hohe k. k. Ackerbauministerium von dem Vereine für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen zu Teplitz. Teplitz 1882, S. 5/6: Die Denkschrift setzt sich in bemerkenswerter Weise fast ausschließlich mit der von Bráf erhobenen Kritik auseinander. Bráf s Buch scheint somit die erste "vor Ort" gemachte moderne und wissenschaftlich fundierte Untersuchung über das nordwestböhmische Braunkohlenrevier zu sein.

9 Sowohl Anton Jarolim, der langjährige Obmann (Vorsitzende) der Union der Bergarbeiter Österreichs, als auch Albin Bráf zitieren die Theorie der besten und längsten Ausnützung der Arbeitskraft, die von der Redaktion eines amtlichen Gesamtberichtes vertreten worden war. J a r o l i m, A.: Aus der Geschichte der Bergarbeiter, Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 16.- B r á f 29.

10 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier (Denkschrift 1882) 47 f.

11 P r i b r a m 44.- J a r o l i m 23.

12 Der Bergarbeiter Josef Pospischil, ein Tscheche, sprach auf diesem Kongreß die zitierten Worte. Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Wien vom 7., 8. und 9. Dezember 1890. Prag 1891, S. 47.

13 Glück auf! 17/1893, S. 1.

14 Glück auf! 18/1893, S. 2.

15 Der 1. Mai als Festtag der Arbeiterbewegung wird an anderer Stelle ausführlich besprochen. Das Vorgehen der Bergarbeiterbewegung in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit soll ebenfalls in einem eigenen Abschnitt behandelt werden.

16 Glück auf! 4/1893, S. 1.

17 Glück auf! 19/1891; man muß dazu wissen, daß der Bergbau damals nicht dem Amt für Arbeitsstatistik untergeordnet war, sondern dem Ackerbauministerium.

18 Glück auf! 7/1892, S. 47 ff.

19 Glück auf! 29/1897 (Protokoll der öffentlichen Vereinsversammlung des Distriktsverbandes).

Anmerkungen zu Seite 50 - 52

20 Glück auf! 14/1895, S. 1; nach einer Welle von Bergarbeiterversammlungen im Jahr 1894 hatte das Parlament die Dringlichkeit für die Behandlung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau abgelehnt und somit die Diskussion darüber verzögert (11/1894).

21 Stenographisches Protokoll der vom Subcomité des socialpolitischen Ausschusses veranstalteten Enquête 105.

22 B r z e z o w s k i, Franz: Über die Dauer der Arbeitszeit im Bergbau. Přivoz 1900, S. 5 f.

23 P r i b r a m 45 f.

24 Glück auf! 20/1902, S. 1: Die Gesetzesfälscher an der Arbeit.

25 Glück auf! 21/1902, S. 1.

26 Die Petition ist vollständig abgedruckt in Glück auf! 19/1901, S. 1/2. Schon ein Jahr früher hatten sich Unternehmer und Gewerbetreibende in einer Petition an die beiden Häuser des Parlamentes gewendet, da sie einen Übergriff der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf andere Branchen befürchteten. Glück auf! 15/1900, S. 1 .

27 Referentenbericht über die Arbeitszeit im Bergbau in Glück auf! 15/1901, S. 1/2; dazu Bericht über Massenentlassungen in 20/1901, S. 1.

28 Vgl. die Statistik der Beschäftigten im Braunkohlenrevier im Anhang.

29 F ö r s t e r, Erwin: Das nordwestböhmische Braunkohlengebiet. Diss. Halle 1937, S. 58: 1902 - 18 217 813 t; 1903 - 18 301 641 t.

30 D e u t s c h - G e r m a n, Alfred: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 6; dazu auch Glück auf! Nr. 17/1893, S. 1; die Leute sind oft zu müde, um sich ordentlich zu reinigen, wie angemerkt wird.

31 Glück auf! 19/1909, S. 5, und zwar in Modlan (Modlany). Schlegel fordert (1917) eine gesetzliche Regelung, da "die bei weitem größere Zahl der Gruben ... keine Badeeinrichtung" besitzt. S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 95 .

32 Zum Verfahren der Lohnauszahlung siehe im Kapitel Entlohnung.

33 Der Arbeiterfreund 11/1881.

34 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier (Denkschrift 1882) 47 f.

35 Stenographisches Protokoll der im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Enquête... (1883) 24 f.

36 Dies wurde in einer Resolution zum Punkt 1 der Tagesordnung (Die Lage der Arbeiter und die Mittel zu ihrer Verbesserung) beschlossen. Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter .... (1890) 40 f.- Die freiwillige Sonntagsarbeit wurde auch dadurch einzudämmen versucht, daß man die Namen der Sonntagsarbeiter im Fachblatt veröffentlichte, wie zum Beispiel in Glück auf! 14/1893, S. 6.

Anmerkungen zu Seite 52 - 54

37 S c h l e g e l 77. Mehrere Schichten an einem Tag scheinen vermehrt erst nach dem Jahr 1900, also nach der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich, verfahren worden zu sein. So berichtet der Glück auf! (5/1901, S. 3), daß "probeweise" bei drei Schächten in Brüx in drei Schichten (Morgenschicht, Nachmittagsschicht und Nachtschicht) gearbeitet werde.

38 F r a n k 13.

39 D e u t s c h - G e r m a n n (6, 7, 13) gibt an, daß sein Gewährsmann um 4 Uhr früh aufstehen mußte, um beim Arbeitsbeginn (6 Uhr) am Werk zu sein. Gegen 18 Uhr kehrte er abends zurück. Die gleichen Zeiten werden auch in einem Bericht aus Schönfeld (Tuchomyšl) vom Albertschacht genannt. Glück auf! 9/1897, S. 5.

40 S c h l e g e l 77 (Angabe für 1917); Glück auf! 12/1896, S. 5: Gisela-Schacht in Ossegg (Osek): Beginn 7 Uhr - Ende 17 Uhr.

41 So auch u. a. Glück auf! 22/1891: Die Mittagsruhe vom Standpunkt der Gesundheitslehre.

42 Glück auf! 14/1894, S. 5.

43 S c h l e g e l 78.

44 Dazu mehr im Rahmen der Erörterungen um die Union der Bergarbeiter und ihr Verhalten vor und während des 1. Weltkrieges.

45 Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs ... (1890) 35 f.

(II.1b) 1 N e u l o h, Otto: Betriebssystem und Betriebsklima des Bergbaus im sozialen Wandel der Industriegesellschaft. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, 29. Jg. (1977), Heft 2-3, S. 80-87, hier S. 20.

2 B r á f, Albin: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 5/6: Der Hauptgrund waren Absatzschwierigkeiten sowie der überwiegende Kleinbergbau, bei dem die Beschäftigten nur periodisch Arbeit finden konnten. Auch auf die regionalen Unterschiede wurde bereits aufmerksam gemacht. So fanden sich in den der Elbe näheren Gebieten ganzjährig arbeitende Betriebe, da die Kohle hier verschifft wurde.

3 B r á f 14.

4 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet an das hohe k. k. Ministerium des Innern und das hohe k. k. Ackerbauministerium von dem Verein für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen zu Teplitz. Teplitz 1883, S. 34.

5 So in: Der Bergwerksbetrieb in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1869. Wien 1871; und B r á f. - In der Denkschrift des Vereins für bergbauliche Interessen (siehe Anm. 4) wird dieser Unterschied schon nicht mehr gemacht, vielmehr differenziert man hier

Anmerkungen zu Seite 54 - 55

Betriebe, die im zentralen Becken und am Beckenrand liegen. (Lohnunterschiede, Lebensmittelpreise!).

6 B r á f 15/16.-Der Bergwerksbetrieb in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen ... (1869) 71. In anderen Bergbaugebieten (z. B. im Ruhrgebiet) ist die Bezeichnung "Hauer" üblich.

7 Der Bergwerksbetrieb in den im ... (1869) 71.

8 Ausführliche Auskunft über Behörden, Betriebe und Unternehmungen gibt der "Führer durch das nordwestböhmische Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. Spezieller Teil. 2. Auflage. Hrsg. vom Montanistischen Club. Brüx 1908. - Auch S c h n e i d e r, Gustav: Der Braunkohlenbergbau in den Revierbergamts-Bezirken Teplitz, Brüx und Komotau. Festschrift dem Allgemeinen Bergmannstage in Teplitz gewidmet von dem Vereine für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen. Teplitz 1899. (Schneider war der Rechtsanwalt des genannten Vereines.) - S c h l e g e l, Friedrich: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917.- T ü r p, Max: Die Entwicklung des Kohlenbergbaues im Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. München 1975.

9 S c h l e g e l 37/38; Schlegel unterscheidet an Rechtsformen: a) Staatsgruben, b) Gewerkschaften, c) Gesellschaften mit beschränkter Haftung (diese wurden erst durch Gesetz vom 6. 3. 1906 in Österreich-Ungarn erlaubt), d) Aktiengesellschaften.

10 Zur Konzentration im Braunkohlenbergbau: Glück auf! 1/1910, S. 2; S c h l e g e l 26.

11 Glück auf! 32/1899, S. 2; diese waren
1. Brüxer Braunkohlengesellschaft
2. Brucher Kohlengewerkschaft
3. Nordböhmische Kohlengewerkschaft
4. k. k. Kohlenwerke
5. Victoria-Tiefbau Gesellschaft
Glück auf! 34/1899, S. 2; auch im Jahr 1907 bestand diese Rangfolge bis auf Platz 5 - hier rangierte der Duxer Kohlenverein (Glück auf! 10/1907, S. 8).

12 Die Belegschaftszahlen für 1899 wurden entnommen: S c h n e i d e r 18 ff; für das Jahr 1908: Glück auf! 1/1910, S. 2.

13 W ä c h t l e r, E.: Die Lebens- und Arbeitswelt der Bergarbeiterschaft vor und nach der industriellen Revolution. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, Jg. 29 (1977), Heft 2-3, S. 102-109, S. 109; mehr dazu im Kapitel: Bergmannsarbeit.

14 B r á f 16.

15 K a l l u s, F.: Die Landwirtschaft im unteren Egerlande (Nordwestböhmen) und der Einfluß des Braunkohlenbergbaus auf die Landwirtschaft daselbst. Brüx 1908, S. 134.

16 J a r o l i m, Anton: Aus der Geschichte der Bergarbeiter, Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 18. B a c h m a n n,

Anmerkungen zu Seite 56 - 58

H.: Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie. In: Bohemia, Jahrbuch des Collegium Carolinum, Band 10,S. 270-286, hier S. 272.- Strauss, E.: Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Prag 1925, S. 93.

17 Ein Porträt von Jarolim ist veröffentlicht in: Sudeten-Jahrbuch der Seliger-Gemeinde 1963, S. 58-61, hier S. 58.

18 Teuchert, A. W.: Zwei Lebenswege. Aus meinem Leben erzählt von A. W. Teuchert. In: Glück auf! 19/1914, S. 2/3 und 20/1914, S. 1/2 (Fortsetzung). Über das Schaffen Teucherts als Arbeiterdichter mehr innerhalb des Kapitels über die Arbeiterbewegung.

19 Rauchberg, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. 3 Bände. Leipzig 1905, Bd. 1 , S. 316; dazu Karte 31 im Anhang dieses Buches.

20 Schlegel 74.- Weber, Ehrfried: Die Berufszugehörigkeit und ihre Zusammenhänge mit der Bevölkerungsanhäufung und der Tschechisierung im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet. Diss. Leipzig 1935, S. 56.

21 Weber 55.

22 Deutsch-German, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 13.

23 Schlegel 74.

24 Andree, Richard: Nationalitätsverhältnisse und Sprachgrenze in Böhmen. 2. Auflage. Leipzig 1871. Ganz deutlich kommt dies zum Vorschein in dem "Wörterbüchlein für die Bergleute" (Slovníček pro Hornický Lid) von J. Hrabak, Prag 1889.

25 So wird im Fachblatt bemängelt, daß bei neu in eine Grube eintretenden Arbeitern keine Belehrung erfolge: "Und so arbeitet der Deutsche unter Tschechen, die ihm nicht verstehen, so geht er oft stundenlang ohne Licht herum, keiner belehrt ihm." Glück auf! 18/1894, S. 6. Deutsch-German erfährt von seinem Gewährsmann, daß tief unten im Schacht der Nationalitätenhader aufhöre; ebenda 13 .

26 Neuloh 82/83.

26a Glück auf! 1/1902, S. 1: Der große Bergarbeiterstreik in statistischer Beleuchtung, Bericht des k. k. statistischen Amtes (1900).- Zum Vergleich das Ruhrgebiet (1893): 79,54 % Grubenarbeiter, 17,23 % Übertagearbeiter. Tenfelde, K.: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn-Bad-Godesberg 1977, S. 248 .

27 Bráf 19 ff; bei der Aufnahme in ein Bergwerk erhielt man ein Arbeitsbuch - im Anhang liegt die Kopie eines Arbeitsbuches vor. Bei der Entlassung wurde durch die Werksverwaltung ein sog. Abkehrschein ausgestellt. Glück auf! 20/1901, S. 1 .

28 Tenfelde 252.

29 Glück auf! 19/1898, S. 2: Die berufsmäßige Ausbildung der jugend-

lichen Arbeiter beim Bergbau; dies kommt auch in einem anderen Artikel zum Ausdruck (Glück auf! 4/1897, S. 2: Bergbaugenossenschaft in Kraft).

30 Glück auf! 16/1899, S. 2: Die Bergbaugenossenschaft und die Arbeiter.

31 Glück auf! 17/1899, S. 2 (Fortsetzung des Artikels von 16/1899).

32 Glück auf! 19/1898, S. 2/3.

33 Glück auf! 1/1892, S. 7: Bericht über eine öffentliche Bergarbeiterversammlung in Soborten (Sobědruky) am 3. Januar 1892 mit 700 Teilnehmern.

34 Glück auf! 14/1894, S. 5: Zur Lage der Kohlenförderer. Das Verhältnis der Arbeiter zu den Beamten und Aufsehern wird in diesem Kapitel noch einer gesonderten Betrachtung unterzogen. Es wird auch davon berichtet, daß Arbeiter für das Mitbringen von Fleisch, Eiern etc. besser entlohnt wurden (Der Arbeiterfreund 16/1877).

35 Zu den Unfallgefahren und den Unfallziffern siehe Näheres im Kapitel: Die Arbeit als Gefahrenquelle für Leib und Leben.

36 Glück auf! 4/1895, S. 7: Die hauptsächliche Begründung lautete, daß es "vom heutigen Stand der Produktionsentwicklung ein Unding sei, fremde Arbeiter vom Bergbau auszuschließen ...".

37 Schlegel 72.- Frank, A.: Erinnerungen eines alten Bergmannes. Brandlorenzen 1968, S. 13.- Glück auf! 13/1895, S. 3 und 4.- Deutsch-German 10 ff. Die Zahlen zur Kinder- und Jugendarbeit stammen aus: Glück auf! 2/1907, 4; sie beziehen sich allerdings auf den gesamten österreichisch-ungarischen Bergbau: 1884-2383 Kinder; 1885-2474 Kinder; 1886 - 352 Kinder. In den Jahren 1908-1912 schwankte die Zahl der beschäftigten Jugendlichen (16.-18. Lebensjahr) absolut zwischen 520 und 650 (1,6 - 1,7 % der Gesamtbelegschaft Nordwestböhmens). Schlegel 73.- Im Jahre 1896 waren von insgesamt 28 563 im böhmischen Braunkohlenbergbau Beschäftigten 26 925 Männer, 957 Frauen und 181 Jugendliche. Glück auf! 31/1898, S. 3

38 Glück auf! 22/191, S. 5: Veröffentlichung der amtlichen Statistik des Bergbaus in Österreich aus dem Jahre 1908.- Der Anteil des Tagebaus innerhalb des Gesamt-Braunkohlenbergbaus betrug im Jahre 1913 25 %. Schlegel 18.

39 Kollege: Glück auf! 12/1899, S. 7 - 11/1902, S. 6 - 5/1910, S. 6.- Deutsch-German 9, 10.
Kamerad: Glück auf! 20/1895, S. 6 - 12/1899, S. 2 - Sonderfrageliste Bergbau des Archivs für Sudetendeutsche Volkskunde / Ort: Herrlich (Hrdlovka).

40 Neuloh 83.

41 Glück auf! 11/1892, S. 8: Die Bergschule in Dux.

42 Glück auf! 1/1891, S. 2.

Anmerkungen zu Seite 60 - 62

43 Glück auf! 20/1895, S. 6.

44 Die Darstellungen der Vorfälle sind sehr ausführlich detailliert. Besonders betroffen waren den Aufsichtsorganen bekannte Mitglieder der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung. Aus Angst vor Repressionen unterzeichneten die Artikelschreiber ihre Berichte nicht mit ihrem richtigen Namen, sondern beispielsweise mit: "Die rothe Wacht", "Der rothe Überall", "Der rothe Skorpion", "Der Unerschrockene", "Der Beobachter", "Der Berggeist" usw.

45 Auf dem 1. Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter wurde an mehreren Beispielen gezeigt, wie Beamte und Aufseher Arbeiter zu falschen Aussagen "bewegten" (bei der Untersuchung von Unfällen beispielsweise); damit entgingen die Betriebsleiter eventuellen Strafen und gerichtlichen Verfolgungen von seiten der Bergbehörde.

46 Glück auf! 20/1893, S. 1: Ein Capitel über den Arbeiterschutz im Bergbau.- D e u t s c h - G e r m a n 16.

47 Glück auf! 4/1899, S. 1.

48 Glück auf! 5/1903, S. 6; 20/1893, S. 1.

49 Glück auf! 14/1899, S. 5.

50 Glück auf! 10/1899, S. 4.

51 Durch das Kriegsleistungsgesetz erhielten die Braunkohlengruben wegen ihrer militärischen Bedeutung neben den (zivilen) Betriebsleitern noch sog. militärische Leiter. Zum Kriegsleistungsgesetz: Glück auf! 34/1914, S. 1/2.

52 Ein besonders eklatantes Beispiel in Glück auf! 4/1893, S. 4-6: Ein Steiger in einer staatlichen Grube hatte Bergarbeiter während einer Auseinandersetzung mit einem leeren Hunt (Förderungsgefäß) an die Wand gedrückt; als ein Arbeiter diesen daraufhin an seine Pflicht erinnerte, gegenüber seinen Untergebenen nicht grob zu sein, entließ er den Bergarbeiter. Die Belegschaft stellte danach die Arbeit ein, andere Gruben schlossen sich an. Trotz eines von der politischen Behörde erlassenen Versammlungsverbotes befaßte man sich auf der Bergarbeiterversammlung (900 Teilnehmer) mit diesem Vorfall. Der Schlußkommentar des Berichtes im "Glück auf!": "Es war kein organisierter Streik, es war keine Lohnbewegung, es war ein Protest gegen Mißhandlung, zu welchem vor allem der Fiskus, Staat genannt, den Anlaß gab. "Es wurde noch besonders betont, daß auf den staatlichen Gruben die gleichen Verhältnisse herrschten wie auf den im Privatbesitz befindlichen.

53 Die Bergarbeiter wurden an der Ausfahrt gehindert und Entlassung angedroht. Über den Stellenwert des Todes sowie über das daraus resultierende Verhalten bei o. a. Ereignissen soll an anderer Stelle gesprochen werden.

54 Glück auf! 3/1893, S. 5/6: Neuwahlen der Bruderladenältesten.

55 Glück auf! 18/1891, S. 97: Das Verhalten der Grubenbeamten zu den Bestrebungen der Bergleute.

Anmerkungen zu Seite 62 - 66

56 Glück auf! 3/1893, S. 5/6.

57 Beispiele: a) Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft (1899) - 6000 Arbeiter, 260 Aufsichtsorgane (23 : 1).
b) Gewerkschaft Brucher Kohlenwerke (1899) - 3200 Arbeiter, 98 Aufseher (32 : 1) (Quelle: Schneider 29/30).
c) aus der öffentlichen Statistik: 28 289 Arbeiter (1910), 1300 Aufseher (1911) (22 : 1).
Zum Vergleich: Im Ruhrbergbau betrug das Verhältnis im Jahre 1890 80 : 1 (Arbeiter auf 1 Aufseher). Tenfelde 251.

58 Glück auf! 3/1894.

59 Fischer, Wolfram: Die Stellung der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts. In: Ders.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Göttingen 1972, S. 148-160, hier S. 157.

60 Als Beispiele seien angeführt: Berufsausbildung, Versicherungen (Unfall-, Haftpflichtversicherung usw.), Bergschadensrecht.

61 Glück auf! 23/1904, S. 1.

62 Glück auf! 24 und 25/1917, S. 1. - 39/1910. - Im Jahre 1907 bestand im Bereich des Bergbaus innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie ein einziger kollektiver Arbeitsvertrag für 887 Arbeiter. Glück auf! 13/1907, S. 1.

63 Glück auf! 10/1892: Zur Dienstordnung der Bergarbeiter.

64 Alle Zitate aus Glück auf! 10/1892: Zur Dienstordnung der Bergarbeiter.

65 Glück auf! 28/1899, S. 1/2: Die "neue" Dienstordnung.

66 Alle Zitate siehe Anm. 63.

67 Glück auf! 1/1892, S. 7; 28/1899, S. 1.: Den Beschäftigten bzw. neu Einzustellenden wurde ein Blatt mit folgendem Text zur Unterschrift vorgelegt: "Ich verpflichte mich, mich mit vorstehender Dienstordnung, welche als Grundlage des von mir eingegangenen Arbeitsvertrages zu dienen hat, vollständig vertraut zu machen und dieselbe zur Kenntnis zu nehmen. Datum Unterschrift."
Nachdem die Unterschrift gegeben worden war, wurde das Blatt abgetrennt und die Dienstordnung überreicht. Glück auf! 23/1904, S. 1: Ein Gewaltstreich gegen die nordwestböhmischen Bergarbeiter und gegen das Neunstundengesetz: "Ja selbst Kündigungen sind erfolgt, weil die Arbeiter nicht sofort unterschreiben wollten." (Glück auf! 18/1905, S. 8: Die neue Dienstordnung für Nordwestböhmen.)

68 Tenfelde 222.

(II.2a) 1 Heilfurth, G.: Die soziale Differenzierung der Kultur. In: Wiegelmann/Zender/Heilfurth: Volkskunde. Eine Einführung. Berlin 1977, S. 216-231, hier S. 226.

Anmerkungen zu Seite 66 - 68

2 Heilfurth: Beiträge zum Wesensbild der bergmännischen Daseinsform. In: Hessiche Blätter für Volkskunde, Bd. 51/52 (1960), S. 69 -83, betont in diesem Zusammenhang besonders: "Wer das Wesen des Bergmannstums zu erforschen ersucht, darf jedenfalls diese Tatsache niemals ausden Augen verlieren." (71).

3 Ebenda 71: An der "Gemeinsamkeit der bergmännischen Lebens- und Wesensform haben der Kohlen- wie der Erzbergbau gleichermaßen teil"(74/75).

4 Schlegel, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 11; auch Glück auf! 13/1908, S. 1 (Rede des Abgeordneten Cingr).

5 Glück auf! 5/1894, S. 3: Ein Amt für Arbeitsstatistik.

6 Mokre, Johann: Grundriß der Arbeiterkunde. Wien 1950, S. 72.

6a Es handelt sich um a) Ressel, G. A.: Der gegenwärtige Bergwerksbetrieb im nordwestböhmischen Kohlenbecken und sein Verhältnis zur Landwirtschaft daselbst. Sobochleben bei Mariaschein 1895; b) Kallus, F.: Die Landwirtschaft im unteren Egerlande (Nordböhmen) und der Einfluß des Braunkohlenbergbaus auf die Landwirtschaft daselbst. Brüx 1908.

7 Ressel 6; die Braunkohle kann sich entzünden, wenn sie längere Zeit an der Oberfläche gelagert wird.

8 Kallus 129.

9 Ressel 12.

10 Kallus 116.

11 Ebenda 131.

12 Hier seien besonders Trinkwasser- und Abwasserprobleme genannt, an andere notwendige soziale Einrichtungen gar nicht zu denken. Heimatkunde des politischen Bezirkes Komotau, die Gerichtsbezirke Komotau, Görkau und Sebastiansberg umfassend, herausgegeben vom Deutschen Bezirkslehrerverein Komotau, Komotau 1898, S. 468-470.- Die Bestimmungen des Erwerb- und Einkommensteuergesetzes sind abgedruckt bei Ressel 18-24.

13 Ressel 18 ff.

14 Das Referat ist abgedruckt in: Der deutsche Landwirt Nr. 19 vom 1. Oktober 1895 (Beilage). In der Sitzung des Landeskulturrates für das Königreich Böhmen vom 11. 2. 1908 wurde ein Rekultivierungsbureau mit Sitz in Dux (Duchcov) durch Beschluß eingerichtet. Die Bezirke Teplitz (Teplice) und Brüx (Most) folgten am 24. 1. 1908 (Nachtrag zum Buch von Kallus).

15 Vgl. dazu bes. den Abschnitt: Die Arbeit als Gefahrenquelle für Leib und Leben.

16 Glück auf! 16 und 17/1895.

17 Glück auf! 5/1911: Berichtüber Pingenbildung - Vor dem Hause eines

Anmerkungen zu Seite 68 - 70

Gärtners war ein Loch entstanden, in dem dessen Sohn versunken war. - Glück auf! 21/1906: Bericht über die bereits bewilligte Verlegung des Ortes Sobrusan (Zabrušany). Ein eindrucksvolles Bild der Landschaft findet sich in: Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Böhmen (2. Abtheilung). Wien 1896, S. 571: "Dux in der Gegenwart, mit den Erdrutschungen im Vordergrunde".

18 R e s s e l 12.

19 E b e n d a 8/9 (Hervorhebung durch Ressel).

20 E b e n d a 23.

21 B r a u n, Rudolf: Probleme des sozio-kulturellen Wandels im 19. Jahrhundert. In: Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskunde-Kongresses in Trier vom 13. -18. September 1971. Göttingen 1973, S. 11-23, hier S. 15.

22 Vgl. den bekannten Titel von R a u c h b e r g : Der nationale Besitzstand in Böhmen; die Rede von Judir Eisenkolb endet mit einem Aufruf an den Kaiser, die bedrohte heimatliche Scholle zu schützen. Der Schlußsatz lautet: "Mit deutscher Ausdauer wollen wir um unser Recht kämpfen und denken: Gott verläßt einen ehrlichen Deutschen nicht!" Der deutsche Landwirt Nr. 19/1895, vgl. Anm. 14 .

(II.2b) 1 Glück auf! 23/1915, S. 1.

2 Die Zahlen zur Entwicklung des Verhältnisses Tagbau-Tiefbau stammen aus S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 18.

3 H e i l f u r t h, G.: Gottesdienstliche Formen im beruflichen und betrieblichen Leben des Bergbaus, Sonderdruck, S. 3-15, hier S. 10. Abgedruckt in: Verantwortung für den Menschen. Hrsg. von F. Karrenberg und J. Beckmann. Stuttgart 1957, S. 264-276.

4 Glück auf! 12/1899, S. 1.

5 Stenographisches Protokoll der vom Subcomité des socialpolitischen Ausschusses veranstalteten Enquête, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau. Wien 1900, S. 96.

6 In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich in dem sonst reich bestückten Archiv für sudetendeutsche Volkskunde, das von Frau Hertha Wolf-Beranek (†) zusammengetragen wurde und sich jetzt im Besitz des Sudetendeutschen Wörterbuches in Gießen befindet, nur wenige Aufzeichnungen über den böhmischen Braunkohlenbergbau befinden. Unter den spärlich zurückgekommenen Exemplaren der Sonderfrageliste Bergbau kommt das westböhmische Revier Falkenau-Elbogen noch besser weg als das nordwestböhmische Revier.

7 Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Böhmen (2. Abtheilung). Wien 1896, S. 563.

8 Glück auf! 5/1910, S. 6.

Anmerkungen zu Seite 71 - 74

9 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 7.- Glück auf! 5/1910, S. 6; 14/1893, S. 6.

10 Stenographisches Protokoll (siehe Anm. 5) 97.

11 Glück auf! 33/1912, S. 1: Freies Geleuchte und Gezähe. Die Bezeichnung "Blende" für die Lampe des Bergmannes ist im Archiv für Volkskunde (Anm. 6) zwar nicht für Nordwestböhmen, jedoch für Westböhmen belegt. Die am meisten benutzte Lampe war die sogenannte Sicherheitslampe (Wolf'sche Bezinsicherheitslampe mit Magnetverschluß und Friktionszündung). S c h n e i d e r, G.: Der Braunkohlenbergbau in den Revierbergamts-Bezirken Teplitz, Brüx und Komotau (Festschrift). Teplitz 1899, S. 95.

12 Glück auf! 38/1910, S. 1: Entscheid vom 4.5.1910 (Nr. 4467).- Das Grubengeleuchte hat der Arbeitgeber zu stellen.

13 Stenographisches Protokoll (siehe Anm. 5) 97.

14 Glück auf! 44/1912, S. 6: Hier ist das gesamte Arbeitsgerät eines Bergarbeiters aufgezählt.

15 W ä c h t l e r, E.: Die Lebens- und Arbeitswelt der Bergarbeiterschaft vor und nach der industriellen Revolution. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, 29. Jg. (1977), Heft 2-3, S. 102-109, hier S. 105.- Eine Übersicht über die Entwicklung der Bergbautechnik im Verlauf der industriellen Revolution in Mitteleuropa bietet M a j e r, J.: Die Bergbautechnik im Verlauf der industriellen Revolution in den mitteleuropäischen Revieren (1830-1914). E b e n d a 48-65.

16 F r a n k, A.: Erinnerungen eines alten Bergmannes. Brandlorenzen 1968, S. 17; vgl. auch e b e n d a 4 (Anmerkung des Sohnes von Frank).

17 Nach Schlegel wurde im Jahre 1909 über 50 % der Braunkohle im Kammerbruchverfahren gewonnen, S c h l e g e l 20; ebenfalls F r a n k 6.

18 S c h n e i d e r, G. 70 f.

19 Glück auf! 16/1895, S. 3.

20 D e u t s c h - G e r m a n 14.

21 Die Darstellung der Häuerarbeit, soweit nicht ausdrücklich zitiert, beruht auf den Schilderungen bzw. Berichten von Frank und aus dem Glück auf! (10/1894 - 14/1893 - 12/1905 - 6/1904 - 10/1904); auch D e u t s c h - G e r m a n 14 ff.

22 F r a n k 17. Die fehlenden Satzzeichen sowie die Abkürzungen wurden aus den Briefen übernommen und nicht verbessert.

23 F r a n k 9/10.

24 Glück auf! 4/1898, S. 2.

25 D e u t s c h - G e r m a n n 15.

26 Glück auf! 12/1905 - S c h l e g e l 70.

Anmerkungen zu Seite 74 - 76

27 F r a n k 4 (Vorwort des Sohnes des Verfassers, Alois K. Frank); über die produzierten Kohlesorten, die maschinell sortiert wurden, informiert S c h n e i d e r, G. 95.- S c h l e g e l 48/49.- Verkaufsfirmen und Kohlepreise 1907: Glück auf! 34/1907, S. 4.

28 Glück auf! 6/1904, S. 6 und 10/1904, S. 3/4.

29 Glück auf! 18/1893, S. 1.

30 Zur Arbeit des Kohlenförderers: Glück auf! 14/1894, S. 4/5: Zur Lage der Kohlenförderer; 18/1893, S. 1; 19/1898, S. 2.

31 Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild 567 (Bild).

(II.2c) 1 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900).

2 H o l e k, Wenzel: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. Jena 1909.- Zur Problematik der sog. "biographischen Methode": S z c z e p a n s k i, J.: Die biographische Methode. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Bd. 1. Hrsg. von R. König. 2. Auflage 1967, S. 551-568.- K o c h, A.: Arbeitermemoiren als sozialwissenschaftliche Erkenntnisquelle. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 61, 1929, S. 128-167.- F i s c h e r, W.: Arbeitermemoiren als Quelle für Geschichte und Volkskunde der industriellen Gesellschaft. In: Soziale Welt 9, 1958, S. 288-298.- Heilfurth bezeichnet die Selbstbiographie von Wenzel Holek als "ein Dokument von hohem Quellenwert und großer Aussagekraft" und führt das Schicksal Holeks als "beispielhaft für den geschichtlichen Opfergang des Proletariats im Aufbau der modernen Welt" an. H e i l f u r t h, G.: Wenzel Holek - Ein Arbeiterschicksal im Kontaktbereich von Böhmen und Sachsen. In: Festschrift für Walter Schlesinger. Bd. 1. Hrsg. v. Helmut Neumann. Köln/Wien 1973, S. 608-631, hier S. 609/610.

3 H o l e k 117; die bildliche Darstellung eines Abraums (Zeichnung) findet sich in: Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild 559.

4 H o l e k 103.

5 E b e n d a 123.

6 H e i l f u r t h: Wenzel Holek - Ein Arbeiterschicksal ... 614.

7 H o l e k 115: Die Gruppen (3 Mann: 2 Wagenzieher, ein Schieber), in denen die Menschen zusammenarbeiteten, wurden als Figur bezeichnet.

8 E b e n d a 113.

9 Kummet: Teil des Geschirrs des Pferdes oder des Rindes; der Bergmann, der Deutsch-German auf seiner Wanderung durch die Halden begleitete, bezeichnete die Arbeiter auf dem Abraum auch als "Zugthiere". D e u t s c h - G e r m a n 25.

Anmerkungen zu Seite 77 - 79

10 Holek 103/104.

11 Ebenda 114.

12 Ebenda 104.

13 Ebenda 106.

14 Deutsch-German 25.

15 Holek 119.

16 Deutsch-German 25.

17 Holek 105 und 116.- Der Arbeiterfreund, VIII.Jg. (1881) Nr. 13 vom 14. Juli.

18 Ebenda (Anm. 17).

19 Holek 112.

20 § 78 der Gewerbeordnung. Meyer, Rudolf: Der Emancipationskampf des vierten Standes. Bd. 1.2. Berlin 1874/75.

21 Glück auf! 10/1897, S. 7.

22 Deutsch-German 28.

23 Holek 105.

24 Ebenda 104.

25 Ebenda 120: Wenzel lernte jedoch in Dux (Duchcov) auch den Unterschied zu anderen Bergleuten kennen. Als er mit dem Sohn des ehemaligen Prager Polizisten, Adolf, die Gegend durchstreifte, entdeckte er, daß an die ersten drei Häuserreihen, die nach Angaben Adolfs quasi für die Abräumer "reserviert" wären, sich Häuserreihen anschlossen, deren Besitzer Wenzel als Bergleute erkannte, da sie bestimmte Mützen auf den Köpfen trugen:"Vor jedem Haus war ein hübsch eingerichtetes Gärtchen mit schönen Blumen. In vielen stand auch eine Gartenlaube. Einige hatten vor ihren Wohnungen keinen Garten, sondern einen kleinen Stall von Brettern, wo sich eine Ziege oder Schwein befand. Fast an allen Fenstern der Wohnungen hingen Gardinen; danach urteilte ich, daß diese Leute auch die nötigen Möbel hatten." (112) Auf die Frage Wenzels, warum dies so sei, antwortete ein Junge, "daß diese Häuser einer anderen Gesellschaft angehörten." (112)

26 Holek 114.

27 Ebenda 119.

28 Ebenda 115: Es waren auch Frauen und Mädchen auf den Abraumhalden beschäftigt. Noch im "Glück auf!" (6/1896, S. 6) werden die Holek´schen Beobachtungen aus dem Jahre 1876 bestätigt: "Ein Schandfleck für den Bergbau sind die Abräume."

29 Die Auszahlung wurde abends nach der Arbeit (um sechs Uhr) vorgenommen. Holek 123.

30 Holek 116.

Anmerkungen zu Seite 79 - 80

31 E b e n d a 122.

32 D e u t s c h - G e r m a n 30. - Glück auf! 10/1897, S. 7.

(II.2d) 1 Zur Arbeiterschutzgesetzgebung mehr im Kapitel zur Politik der Bergarbeiterbewegung.

2 T e n f e l d e, K.: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 228 ff.

3 Glück auf! 15/1893, S. 2.

4 Glück auf! 28/1904. Eine Übersicht für den gesamten österreichischen Bergbau des Jahres 1909 in Glück auf! 48/1912, S. 1: Des Bergmanns Leiden und Sterben. Zur Unfallstatistik im österreichischen Bergbau (Bruderladenstatistik) - Glück auf! 39/1909, S. 3: "Bei den Bruderladen entfallen auf je 100 Mitglieder 86,1 Erkrankungen, somit um 34 mehr als bei allen anderen Krankenkassen Österreichs."

5 Glück auf! 2/1894, S. 4.

6 Glück auf! 28/1914, S. 6: "Niedergeorgenthal. Nach langer Krankheit ist am 28. Juni Genosse Diener Josef, 31 Jahre alt, gestorben. ... Er starb an der Proletarierkrankheit, die die Bergarbeiter so häufig als Lohn für geleistete Arbeit zu vergeben hat."

7 Glück auf! 6/1899, S. 4.

8 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 14.

9 Glück auf! 37/1913, S. 6-7: Von der Zentralbruderlade in Brüx (Most); die berüchtigte Wurmkrankheit, auch Bergsucht genannt, trat im Untersuchungszeitraum nur ein einziges Mal auf, und zwar im Jahre 1904; sie breitete sich jedoch nicht sehr stark aus, da die Träger der Krankheit, aus Ungarn gekommene Bergarbeiter, schnell isoliert waren. Glück auf! 1/1904, S. 1: Die Wurmkrankheit in Österreich.

10 M e t z n e r, M.: Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911, S. 93.

11 Jahresbericht der Vereinigten Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revier-Bruderlade für das Jahr 1888, S. 13.

12 Glück auf! 39/1909, S. 3: auf 1 000 Arbeiter im Bergbau entfielen tödliche Unfälle:

	Steinkohle	Braunkohle
1883	2,21	3,59
1905	1,51	1,71
1906	1,07	1,67
1907	1,11	1,60

13 S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 119: In Preußen war das Verhältnis der Unfälle von Steinkohlenbergbau und Braunkohlenbergbau umgekehrt. Die Zahlen

Anmerkungen zu Seite 81 - 83

für 1909 finden sich in Glück auf! 24/1911, S. 1.

14 Glück auf! 2/1904, S. 1. Im Jahre 1909 waren es fast 52 %. Glück auf! 24/1911, S. 1 .

15 M e t z n e r 93: Provisionierungen auf 1 000 Mitglieder der Zentralbruderlade

1886-1890	12,4
1891-1895	14,5
1896-1900	15,0
1901-1905	17,0

16 Glück auf! 1/1914, S. 1; 13/1914, S. 1; 16/1914, S. 1. Näheres dazu im Kapitel über die sozialpolitischen Initiativen und Erfolge der Bergarbeiterbewegung.

17 Nach dieser Statistik ereigneten sich im Jahre 1904 an folgenden Tagen in % der Unfälle:

Montag	13,6	Donnerstag	16,3
Dienstag	15,5	Freitag	17,4
Mittwoch	17,6	Samstag	16,9
		Sonntag	2,8

18 Schlegel gibt für das Jahr 1912 an, daß sich durch Verbruch 55 % aller tödlichen Unfälle ereignet hätten. E b e n d a 120 .

19 Glück auf! 3 und 10/1893, S. 5: nach einem Unglück (Schlagwetter) wurden 500 Bergarbeiter entlassen (Ossegg-Osek; Grube Fortschritt II); Glück auf! 13/1897, S. 4: Mariaschein (Bohosudov), Grube Doblhoff I, Fördergebäude abgebrannt - 400 Arbeitslose: "Es wurden die Bergarbeiter 8 Tage hintereinander immer zur Schicht bestellt und wenn es Mittag war, wieder nach Hause geschickt, ohne einen Kreuzer verdient zu haben." - Glück auf! 6/1909, S. 4: Wassereinbruch in Brüx (Most) beim k. k. Juliusschacht - 800 Mann arbeitslos. Die genannten Unglücke sind nur besonders auffällige Beispiele.

20 Eine Übersicht über die Katastrophen seit 1890 bietet Glück auf! 2/1906, S. 1; auch M e t z n e r 79.

21 Hierüber wurde bereits bzw. wird noch näher an anderer Stelle berichtet.

(II.2e) 1 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 15.

2 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet an das hohe k. k. Ministerium des Innern und das hohe k. k. Ackerbauministerium von dem Vereine für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen zu Teplitz. Teplitz 1882, S. 33.

3 E b e n d a 33.

4 Glück auf! 9/1895, S. 1.

5 Und zwar während des Streiks im Jahre 1889: Über die Verhältnisse

Anmerkungen zu Seite 83 - 86

des böhmischen Braunkohlenbergbaues. Ein Wort zur Aufklärung aus Anlaß des Streikes im Sommer 1889 vom Montanverein für Böhmen, Prag 1890, S. 7 .

6 Glück auf! 34/1899: Die Kohlenbarone haben geantwortet. - Über den Streik erfolgt eine ausführliche Besprechung innerhalb des Kapitels über die Bergarbeiterbewegung. Ein Minimallohn wurde im Jahre 1919 für allgemein verbindlich erklärt. S c h m i d t, Karl: Aus der Geschichte der Union der Bergarbeiter. In: Sudeten-Jahrbuch der Seliger-Gemeinde 1963, S. 47-57, hier S. 35 .

7 D e u t s c h - G e r m a n 8.

8 Glück auf! 25 und 16/1909: Die Lohnzahlung beim Bergbau.

9 Glück auf! 10/1899, S. 5.

10 D e u t s c h - G e r m a n 16/17.- Im "Glück auf!" (25/1900) wird von einem ähnlichen System berichtet. Ebenfalls: Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Wien vom 7., 8. und 9. December 1890. Prag 1891, S. 19.

11 Glück auf! 9/1892, S. 71 (Mariaschein - Bohosudov). - Glück auf! 4/1907, S. 5: Bericht aus Modlan - Modlany (Schacht: Bohemia III). Ein Arbeiter hatte die Vergrößerung der Hunte vom Jahre 1894 bis 1907 nachgerechnet und war auf einen Wert von +18,7 % gekommen. Im "Glück auf!" (5/1907), S. 2 wurde diese Beobachtung durch Meldung von weiteren Huntevergrößerungen bestätigt.

12 Glück auf! 7/1892, S. 45: Über das Nullen auf den Kohlenwerken-Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter ... (1890) 17: "Am meisten aber werden die Arbeiter bestohlen mit der sogenannten Kontrabande." - D e u t s c h - G e r m a n 8.

13 Es wird im "Glück auf!" hervorgehoben, daß über diese "Huntemarder" an dieser Stelle berichtet werde, da die Definition des Begriffes "in Selbachs illustriertem Handlexikon des Bergwesens nicht vorfindig sei " (5/1910, S. 4/5).

14 Glück auf! 11/1901: Die Geschichte des österreichischen Bergarbeiterschutzes.

15 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier (Denkschrift 1882) 44.- Verhandlungen des Kongresses ... (1890) 11.

16 Über die Verhältnisse des böhmischen Kohlenbergbaus. Ein Wort zur Aufklärung aus Anlaß des Strikes im Sommer 1889 vom Montanverein für Böhmen. Prag 1890, S. 18/19.

17 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier (Denkschrift 1882) 44.

18 Glück auf! 16/1892.

19 A. Jarolim in einer Rede in Glück auf! 18/1908, S. 4 ; 3/1907, S. 5; 15/1909, S. 3/4: "Die Werke mit wöchentlicher Ablohnung überwiegen nur beim Braunkohlenbergbau, weil der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau ausschlaggebend sei, wo einfache Lagerungsverhältnis-

se herrschen, keine Gesteinsarbeiten vorkommen und die Löhne größtenteils aufgrund der Anzahl der gelieferten Fördergefäße berechnet wird." Neben dem Huntegedinge existierte noch das Metergedinge. In dem Gesetz vom 3. Mai 1896 war die "wenigstens monatliche Abrechnung" festgelegt worden. Protokoll über die Verhandlung des IV. Uniontages der Union der Bergarbeiter, abgehalten im Arbeiterheim in Wien, vom 21. bis 24. Oktober 1912. Turn 1912, S. 137 ff .

20 Glück auf! 12/1896, S. 5 17/1899, S. 6 7/1892, S. 50; die Beschwerden treten noch gehäuft im Jahre 1903 auf. Nach dem Lohnzahlungsgesetz des Jahres 1912 wurde die Zeit für die Auszahlung des Lohnes in die Schichtzeit eingerechnet. S c h l e g e l 84 .

21 Glück auf! 2/1893, S. 6.

22 So war dies der Fall bei dem Abraum, auf dem Wenzel Holek zusammen mit seinem Vater gearbeitet hatte . H o l e k, W.: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Jena 1909, S. 123 .

23 Glück auf! 12/1896, S. 6.

(III.1a) 1 B r á f, R.: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 16; Bráf merkt an, daß die verheirateten Männer erst allein kamen und später ihre Familien nachholten. In einem Artikel des "Glück auf!" (10/1896, S. 4) wird hervorgehoben, daß der größte Teil der Bergarbeiter aus Leuten von 18-30 Jahren bestehe.

2 B r á f 17.

3 M i s c h l e r, Ernst: Österreichisches Städtebuch, Statistische Berichte der größeren österreichischen Städte aus Anlaß des IV. internationalen demographischen Kongresses. Wien 1887.

4 M i s c h l e r, Ernst: Die Wohnverhältnisse der arbeitenden Klassen in den österreichischen Städten. Separatdruck aus: "Österr.-Ungarische Revue" Januar 1888, S. 7.

5 M i s c h l e r: Österr. Städtebuch 2.

6 M i s c h l e r: Die Wohnverhältnisse 9.

7 M i s c h l e r: Die Wohnverhältnisse 22.

8 B e r n e r, Ernst: Das rothe Einmaleins oder So leben wir! Wien 1896, S. 20.

9 B e r n e r 20 ff: Der Quadratmeterpreis für eine Einzimmerwohnung kostete im Durchschnitt 3.62 fl (= österr. Gulden), für eine Zweizimmerwohnung 2.87 fl; Mischler gelangte bei der Erforschung der Mietpreise zu folgendem Ergebnis: es kosteten

bis 100 fl	1 714 Wohnungen	(M i s c h l e r:
100-200 fl	617 Wohnungen	Österr. Städte-
200-300 fl	174 Wohnungen	buch 2)
300-500 fl	28 Wohnungen	
500-700 fl	6 Wohnungen	

10 Der Bergwerksbetrieb in den im Reichsrathe vertretenen Königrei-

chen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie für das Jahr 1869. Wien 1871, S. 72.

11 P e e z / P e c h a r: Beiträge zur Kohlenfrage in Österreich. Wien 1871 (Mit Zusätzen erweiterter Abdruck aus den Berichten der vom Gemeinderathe niedergesetzten Approvisionierungs-Enquête der Stadt Wien).

12 B r á f 50.

13 H o l e k, W.: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. Jena 1909, S. 112.

14 B r á f 51.

15 H o l e k 108.

16 B r á f 51.

17 S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 93.

18 H e i l f u r t h, G.: Beiträge zum Wesensbild der bergmännischen Daseinsform. In: Hessische Blätter für Volkskunde. Bd. 51/52 (1960), S. 69-83, hier S. 78.

19 Sie kam beispielsweise im Ruhrgebiet, später wieder zum Vorschein. H e i l f u r t h: "Gerade in der Wohnweise der Bergleute zeigt sich, auch inmitten des allgemeinen Kulturwandels und auf verändertem Existenzniveau, der prägende Stil der bergmännischen Lebensführung, nicht aus blindem Hang zum Überlieferten, sondern aus berufseigener Formkraft und rechtlicher Ordnung." E b e n d a 79.

20 Glück auf! 19/1909, S. 1.

21 S c h l e g e l 394.

22 B r á f 50.

23 Glück auf! 35/1911, S. 1.

24 Glück auf! 19/1904, S. 6.

25 Ein Vergleich zwischen Werkswohnungen und denjenigen vom freien Markt kann mangels Daten nicht gegeben werden; zum Verhältnis von Miete und Ausgaben für die gesamte Lebenshaltung vgl. später im Kapitel: Lohn und Lebenshaltung.

26 Glück auf! 4/1895, S. 3: Rede des Deutschliberalen Dr. Schlesinger vor dem böhmischen Landtag: "Die deutsche Bevölkerung zieht einen gewissen Nutzen durch die Anhäufung der Population in ihren Bezirken ..., indem in einem Dorfe, wo Niemand seit Menschengedenken in Miethe gezogen ist, gegenwärtig die sogenannten Paradestuben im ersten Stockwerke an Arbeiter abgemiethet werden, wodurch dem Betreffenden ein gewisser Nutzen zufließt."

27 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 6: "Das ist ein alter Bergarbeiter, der dank seiner Intelligenz, dank seiner zwanzig Arbeitsjahre hoch in Ansehen steht. Er ist einer der Glücklichen, die sich selbst als bedürfnislos hinstellen;

bei seinen Collegen gilt er als ein "Reicher", als einer der Wenigen denen das Glück gelacht hat."

28 D e u t s c h - G e r m a n 13.

29 Glück auf! 4/1895, S. 3; Weber weist (für das Jahr 1930) eine dreifache Abstufung der Bevölkerung tschechischer Nationalität nach; im Kohlenbecken selbst betrug der Anteil der Tschechen an der Gesamtbevölkerung 52 %, in den von Weber so genannten "industrialisierten Siedlungsgemeinschaften"(=städt. Ballungsgebiete) 28 %, im agrarischen Saazer Becken dagegen nur 7 %.

30 R a u c h b e r g, H.: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Bd. 1. Leipzig 1905, S. 324. R. weist dies durch die Heimatsberechtigung nach. Auf die ebenfalls von Rauchberg festgestellte Korrelation zwischen der Beschäftigung im Bergbau und der tschechischen Nationalität wurde schon früher hingewiesen.

31 Flugblätter für Deutschösterreichs Recht Nr. 16. Die tschechischen Minderheiten im nordwestböhmischen Kohlenrevier. Wien 1919.

32 B a c h m a n n, H.: Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Band 10, S. 270-286, hier S. 277.

33 Flugblätter für Deutschösterreichs Recht Nr. 16. Wien 1919, Anm. 31. Hier spricht man von einem "tschechischen Zwischenspiel"; man ist davon überzeugt, daß der "fremdsprachige Einschlag" mit dem Ende des Bergbaus wieder verschwinden würde: "Die Gesamterscheinung ist gebunden an die Ergiebigkeit der Flötze und an die Lebensdauer der Schächte. Mag sie auch den einzelnen überdauern, so ist sie doch nur eine kurze Episode im Leben des Volkes und in der Besiedlungsgeschichte des Landes." Rauchberg sprach davon, daß der Bergbau früher oder später wieder von der Landwirtschaft abgelöst werde, "die er zeitweilig verdrängt hatte." Das Land müsse dann an die deutschen Bauern zurückgegeben werden (R a u c h b e r g 322).Ressels Wort von der "vorübergehenden Industrie" war schon früher zitiert worden (R e s s e l 12).

34 R a u c h b e r g 312.

35 Zum Vergleich: Wolf gibt für die im Zwickauer Steinkohlenrevier lebenden Bergarbeiter an, daß es vor dem 1. Weltkrieg kaum eine Familie gegeben habe, die weniger als fünf Kinder gehabt habe. W o l f, R.: Materialien zur Lebensweise der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit der Weimarer Republik. In: J a c o b e i t / M o h r m a n n: Kultur und Lebensweise des Proletariats. Berlin (O) 1974. 2. Auflage, S. 185-211, hier S. 193 f.

36 K a l l u s, F.: Die Landwirtschaft im unteren Egerlande (Nordböhmen) und der Einfluß des Braunkohlenbergbaus auf die Landwirtschaft daselbst. Brüx 1908, S. 60.

37 E b e n d a 30; nach Kallus stellten im Braunkohlengebiet die Landwirte sowie die Häusler, die sich zum größten Teil aus landwirt-

schaftlichen Arbeitern zusammensetzten, denjenigen Bevölkerungsteil dar, der im Haupt- bzw. Nebenerwerb in der Landwirtschaft seinen Lebensunterhalt verdiente.

38 Schlegel 90.

39 Kallus 61.

40 Schlegel 90.

41 Ebenda 90 - Deutsch-German 6.

42 Bráf 49. - Schlegel 91. - Über die Verhältnisse des böhmischen Kohlenbergbaues. Ein Wort zur Aufklärung aus Anlaß des Streikes im Sommer 1889 vom Montanverein für Böhmen. Prag 1890, S. 19.

43 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet an das hohe k. k. Ministerium von dem Vereine für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen zu Teplitz. Teplitz 1882, S. 45.

44 25 Jahre Konsum- und Spargenossenschaft Selbsthilfe Komotau 1905 -1930. Festschrift zum 25-jährigen Bestandsjubiläum. Komotau 1930, S. 1 f.

45 Glück auf! 22/1892, S. 1; 19/1893, S. 6. Dieses "Kohlenklauben" war eine nicht ungefährliche Sache; es wird davon berichtet, daß Frauen bei dieser Arbeit auf den durchgebrannten Löschehalden umgekommen sind.

46 Glück auf! 19/1896, S. 3. - 10/1912, S. 1.

47 Von Nebenbeschäftigungen der männlichen Bergarbeiter ist so gut wie nicht die Rede; außer der nebenberuflichen Tätigkeit in der Landwirtschaft wird jedoch auch das Musizieren angeführt. Glück auf! 22/1904, S. 6. - Schlegel 90.

48 Zum größten Teil ist dieses Memorandum abgedruckt in Glück auf! 7/1892, S. 47/48: Der Bergarbeiter und die Tanzmusiken. - Dieses Memorandum ist im Zusammenhang mit den Forderungen der Bergarbeiter nach Arbeitszeitverkürzung zu sehen.

49 Ebenso Brzezowski, F.: Über die Arbeitszeit im Bergbau. Privoz 1900, S. 5/6 (Brzezowski war Bergbau-Oberingenieur).

50 Glück auf! 4/1891: Ein prächtiger Bürgermeister ist Herr Johann Franzel in Dux.

51 Protokoll des V. Uniontages, abgehalten im Arbeiterheim Ottakring, Wien vom 25. bis 28. Mai 1918. Turm 1926, S. 20.

52 So wurde in der Denkschrift des Jahres 1882 durchaus vom Verein für die Bergbaulichen Interessen anerkannt, daß die Bergarbeiter durch die Aktivitäten der Wirte zur Verschwendung verleitet würden. Arbeitsverhältnisse ... (Denkschrift 1882) 45.

53 Schlegel 91.

54 Glück auf! 44/1913, S. 2: Die Bergarbeiter, der Alkoholismus und die gewerkschaftliche Organisation.

Anmerkungen zu Seite 96 - 99

55 K r a m e r, K. S.: Arbeitsanfang und -abschluß als Kernelement des Brauchtums. In: Arbeit und Volksbrauch (siehe Lit. Verz.) 354 -361, hier S. 360.

56 Nur so ist die Aussage zu verstehen: "Seine ganze Natur (gemeint ist die des Bergarbeiters, N. E.) ist ein Blumenstock, vielleicht auch ein Vogelbauer." Glück auf! 18/1899, S. 4 .

(III.1b) 1 T e n f e l d e, K.: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn-Bad-Godesberg 1877, S. 295.

2 Stenographisches Protokoll der vom Subcomité des socialpolitischen Ausschusses veranstalteten Enquête, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau. Wien 1900, S. 111.

3 Glück auf! 19/1891, S. 147.

4 Ein Porträt von Anton Jarolim in: Sudeten-Jahrbuch der Seliger Gemeinde 1963, S. 61.

5 Der Bericht erschien, da er nur in geringer Auflage gedruckt worden war, innerhalb einer Artikelserie (8 Folgen) im Fachblatt, und zwar unter dem Titel: Österreichs Bergbau und seine Arbeiter; Beginn: Glück auf! 29/1909, S. 3/4; die erwähnte Zusammenstellung und Interpretation durch Jarolim im Bergarbeiter-Kalender des Jahres 1923 wurde ihrer Bedeutung und Aussagekraft wegen komplett in den Anhang dieser Arbeit übernommen.

6 Österreichs Bergbau und seine Arbeiter (VII): Die Löhne der Bergarbeiter (Glück auf! 35/1909, S. 3/4); zu den gleichen Ergebnissen war auch Bráf für die Jahre 1874-1879 gelangt und war deshalb von den Unternehmern scharf angegriffen worden. Die Denkschrift des Vereins für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen von 1882 ist nicht zuletzt als direkte Reaktion auf den Abschnitt über die Bergarbeiter in dem Bráf-Buch zu werten.

7 Auch die Differenzierung erscheint in der Tabelle der Brutto-Durchschnittslöhne nicht berücksichtigt.

8 Diese Berechnungen beruhen auf der amtlichen Veröffentlichung der Löhne des Jahres 1908, abgedruckt in Glück auf! 20/1910, S. 5. - Die Löhne der Aufsichtsorgane in 23/1910, S. 4.

9 M e t z n e r, M.: Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911, S. 57.

10 Glück auf! 37/1909, S. 4; danach ergab sich folgende Reihenfolge: 1. Eisenbahnen; 2. Maschinen-, Werkzeuge-, Apparate-Erzeugung; 3. Hüttenwerke; 4. Transportgewerbe; 5. Heiz-, Leuchtstoffbetriebe; 6. Metallverarbeitung; 7. Bergbau.

11 Zur Geschichte der Arbeiterhaushaltsrechnungen: T e u t e b e r g / W i e g e l m a n n: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Band 3). Göttingen 1972, S. 49 f.

Anmerkungen zu Seite 100 - 106

12 B r á f 49.

13 B r á f 16.

14 S c h l e g e l 90. - Glück auf! 4/1895, S. 4.

15 Zum Vergleich: Tenfelde errechnete für Dortmund und Essen (1889) bei einer fünfköpfigen Familie einen Anteil der Nahrungsmittel von 64 bzw. 56 %.

16 Glück auf! 17/1915, S. 2 / Brotstreiks: "Die Hauptnahrung des Bergarbeiters ist Brot, das kann er mitnehmen, denn seine Hauptmahlzeiten können nur Brot sein, ob das nun in der Tag- oder Nachtschicht ist." Schlegel berichtet: "Brot wird viel gegessen." S c h l e g e l 90.

17 S c h l e g e l 90: Kartoffeln treten sehr oft beim Mittagsspeisezettel auf. - Glück auf! 3/1897, S. 5: Quark, Kartoffeln und Kaffee werden als Hauptnahrungsmittel hervorgehoben.

18 Glück auf! 35/1915, S. 4.

19 D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Wien (um 1900), S. 7.

20 T e u t e b e r g / W i e g e l m a n n 110.

21 W i e g e l m a n n, G.: Alltags- und Festspeisen. Marburg 1967, S. 66.

22 S t r a u s s, E.: Von Hainfeld bis zum Weltkriege. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Zweiter Band (1889-1914). Prag 1926, S. 88/89.

23 S c h l e g e l 90.

24 D e u t s c h - G e r m a n 6.

25 Glück auf! 9/1898, S. 2; 3/1897, S. 5.

26 D e u t s c h - G e r m a n 9.

27 E b e n d a 9.

28 S c h l e g e l 91; die Firma Tschinkel stellte ein Zichorienprodukt her, mit dem sie im "Glück auf!" warb, und zwar unter dem Namen "Tschinkel's Arbeiter Cichorie".

29 Siehe Anhang.

30 J a r o l i m, A.: Aus der Geschichte der Bergarbeiter, Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 24/25.

31 Glück auf! 26/1897, S. 3; innerhalb von zwei Jahren waren die Preise der folgenden Lebensmittel gestiegen (um %): Mehl 50 %, Brot 50 %, Öl 28%, Hülsenfrüchte 23 %, Zucker 19 %, Fleisch 20 %, Schmalz 17 %, Mieten 30 %.

32 Glück auf! 29/1902, S. 1: Wieviel zahlen die Arbeiter an Steuern? Der Anteil der indirekten Steuern betrug bei (pro kg/pro 1): Fleisch 2-5 Heller; Brot 3 Heller; Zucker 34 Heller; Kaffee 96 Hel-

Anmerkungen zu Seite 106 - 109

ler, Salz 22 Heller; Tee 200 Heller; Bier 8 Heller; Branntwein 36 Heller; Tabak 6 Heller.

33 Glück auf! 29/1910, S. 7: Es ist hier von Hunderten von Familien die Rede; die Frachttarife waren zu dieser Zeit kräftig erhöht worden. Dagegen protestierte eine Bergarbeiterversammlung in Brüx (Most) mittels einer Resolution.

34 Glück auf! 51/1914, S. 4.

35 Glück auf! 29/1918, S. 1; 28/1918, S. 2.

36 Über die "persönlichen Ausgaben" innerhalb einer Bergarbeiterfamilie gibt die Buchführung eines Mannes Auskunft; sie umfaßt praktisch für die einzelnen Familienmitglieder nur Textilien:
Mann: Mütze, 4 Paar Unterhosen (2 für Arbeit), 4 Hemden (2 Arbeit, 2 Haus), Anzug (Arbeit), Stiefel, 1 Paket Tabak täglich, 1/21 Bier täglich.
Frau: 2 Tüchel, 2 Paar Strümpfe, 1 Paar Schuhe, 2 Schürzen, 2 Hemden, 1 Kleid, 2 Röcke.
1. Knabe: (12 Jahre) 2 Hemden, 1 Mütze, 2 Anzüge, 3 Paar Stiefel, 2 Paar Unterhosen.
2. Knabe: (7 Jahre) 2 Hemden, 1 Mütze, 2 Anzüge, 1 Paar Schuhe.
1. Mädchen: (10 Jahre) 2 Tüchel, 2 Hemden, 2 Kleider, 2 Röcke, 1 Paar Schuhe, 2 Schürzen, 2 Paar Strümpfe.
2. Mädchen:(5 Jahre) 2 Tüchel, 2 Hemden, 2 Kleider, 2 Paar Strümpfe, 1 Paar Schuhe.
Hervorgehoben wurde dabei noch besonders, daß der "Luxus eines Sonntagskleides" bei dem angegebenen Verdienst dieses Arbeiters von selbst entfalle. Glück auf! 16/1894, S. 2 .

(III.2a) 1 Šolle, Zd.: Die Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie und die tschechische Frage. In: Archiv für Sozialgeschichte VI/VII (1966/1967), S. 315-390, hier S. 316.

2 Steiner, Herbert: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867-1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereines bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld. Wien 1964, S. 35 f.

3 Strauss, E.: Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung (Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens bis 1888). Prag 1925, S. 80 f.- Bunzel, J.: Die erste Lassalle-Bewegung in Österreich Leipzig 1914. (Eine Vereinsgründung wurde von den böhmischen Behörden nicht gestattet.)

4 Hannich, Josef: Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Warnsdorf o. J., S. 4 ff.

5 Strauss Bd. 1, 92. - Hannich 7 ff.- Kořalka, J.: Über die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei (Aus dem Tschechischen von Horst Köpstein). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961). Berlin (0), S. 111-143, hier S. 129 f.

6 a) Gesetz vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht (RGBl Nr.

134); b) Gesetz vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht (RGBl. 135); § 6 des Gesetzes über das Vereinsrecht lautete: Wenn der Verein nach seinem Zwecke oder nach seiner Einrichtung gesetz- oder rechtswidrig oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung untersagen.

7 Das Vereinsgesetz vom 26. November 1852 ist in seinen wichtigsten Bestimmungen erläutert bei B u n z e l 9/10.

8 K o ř a l k a, J.: Über die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterbewegung in Deutschland und in den böhmischen Ländern. In: Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (0) 1958, S. 299-330, hier S. 313, Anm. 63 (Gründung: September 1868).

9 E b e n d a Anm. 64.

10 Die Gründungsdaten sind deswegen nur so ungenau anzugeben, weil die einzelnen Vereine anfangs ohne Öffentlichkeitsarbeit waren, d. h. über ihre Existenz wurde auch der Presse kaum Mitteilung gemacht. "Der Radikale" berichtet (Nr. 4/1883) vom 15. Gründungsfest des Arbeiterbildungsvereines Teplitz (Teplice), d. h., er müßte also im Jahre 1869 gegründet worden sein. Nur nach diesem Verfahren der Rückdatierung konnte das Gründungsjahr einzelner Vereine angegeben werden.

11 S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 31.

12 M o m m s e n, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationaliätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, S. 76. Oberwinder und Scheu, die führenden Persönlichkeiten in Wien, hatten u. a. auch auf dem Eisenacher Kongreß der deutschen Sozialdemokratie im August 1869 gesprochen.

13 S t r a u s s I, 97.

14 D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. 1. Band. Wien 1929, S. 97. - Glück auf! 2/1907, S. 2-4: Das Koalitionsrecht; die Behinderung des "freien Entschlusses, Arbeit zu geben und Arbeit zu nehmen" durch Mittel der Einschüchterung und Gewalt stellte nach § 3 eine Übertretung dar. Der im "Glück auf!" abgedruckte Vortrag von D. Ingwer bringt zahlreiche Beispiele, an denen sich zeigt, daß die Auslegung des Gesetzes sehr von der Entscheidung der einzelnen Gerichte abhängig war.

15 D e u t s c h 69.- S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 4/5.

16 Steiner weist darauf hin, daß das, was man in Österreich "Lassalleanismus" nannte, sich oft von den Ideen, Theorien und der Praxis seines Begründers in Deutschland unterschieden habe. E b e n d a 7).

17 S t r a u s s I, 200.

18 O b e r w i n d e r, Heinrich: Die Arbeiterbewegung in Österreich Eine authentische geschichtliche Darstellung. Wien 1875, S. 35.

19 S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 160 - auch S t r a u s s I, 176.

Anmerkungen zu Seite 110 - 112

20 Strauss I, 200.

21 Zum Richtungsstreit zwischen Gemäßigten und Radikalen: Steiner: Die Arbeiterbewegung 160.- Deutsch 160 f.- Strauss I, 176 f.- Krcal, August: Durch Wahrheit zur Klarheit Blätter aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs (1967-1894). Zürich 1913: "Wer die Literatur der radikalen Fraktion quellmäßig studiert hat, weiß, daß diese von Anfang an nichts anderes war als eine radikale Fraktion der Sozialdemokratie, die statt des Wahlrechtes die politische Revolution anstrebte und zwar streng marxistisch, auch späterhin dies immer blieb, nur daß, eben wegen ihrer revolutionären Taktik, ihre Anschauungen manchmal Anarchismus genannt werden, ohne daß die Radikalen denselben kannten" (VIII).

22 Es kann in diesem Zusammenhang nicht Aufgabe einer volkskundlichen Darstellung sein, die politisch-theoretische Problematik, die unter dem Begriff des "Revisionismusstreites" die Gemüter innerhalb der sozialistischen Bewegung noch heute erhitzt, zu erörtern. Wie schon in der Einleitung dargelegt, soll "Sozialismus" - hier als Sammelbegriff gegenüber anderen politischen Theorien wie Konservatismus, Liberalismus oder Anarchismus verwendet - nicht als allgemeine Theorie gesehen, sondern muß in Bezug auf seine konkreten Lebensäußerungen untersucht werden.

23 Kořalka, J.: Der Kampf der Arbeiterklasse um freundschaftliche Beziehungen zwischen dem tschechoslowakischen und dem deutschen Volk. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, S. 153-180, hier S. 161.- Šolle 327.

24 Šolle 320.

25 Glück auf! 13/1898, S. 6.- Jarolim, A.: Aus der Geschichte der Bergarbeiter, Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz, 1928, S. 20.

26 Aus den Berichten des Blattes "Arbeiterfreund", das in der Nationalbibliothek in Wien allerdings nicht vollständig vorhanden ist, geht hervor, daß Arbeiterbildungsvereine noch in folgenden Orten in den 1870er und den beginnenden 1880er Jahren bestanden haben, die dem Gebiet des Braunkohlenreviers zuzurechnen sind und demzufolge Bergarbeiter als Mitglieder gehabt haben dürften: Karbitz (Chabařovice), Teplitz (Teplice), Turn (Trnovany), Oberleutensdorf (Horní Livínov), Görkau (Jírkov); der "Arbeiterfreund" mußte im Jahr 1882 übrigens im Zuge der Verfolgungen sein Erscheinen einstellen: Obermann, K.: Zur Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.):Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (O) 1958, S. 356.- Meyer, Rudolf: Der Emancipationskampf des Vierten Standes. 2. Band, Berlin 1875, S. 98/99 gibt für die bestehenden Vereine in Nordwestböh-

men folgende Mitgliedszahlen an (1874):

Ort	Zweck, Name	Zahl d. Mitglieder
Oberleutensdorf	Arbeiterbildungsverein	153
(Horní Litvínov)	Krankenkasse des Vereins	388
Karbitz (Chabařov.)	Arbeiterbildungsverein	158
Teplitz (Teplice)	Arbeiterbildungsverein	200
Türmitz (Trmice)	Arbeiterbildungs- und Krankenunterstützungs-verein	308

27 S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 136.-Auch: K ü h n e l, Anton: Aus der Parteigeschichte des Karbitzer Gebietes. In: Der Kampf, 4. Band (1911/12), S. 184-188, hier S. 186.

28 T e n f e l d e, K.: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 342.

29 Dazu mehr im Abschnitt über das Bruderladeninstitut! Neben dem Bildungswesen und der politischen Tätigkeit war die Krankenunterstützung ein zweiter wichtiger Pfeiler der Aktivität (vgl. auch Anm. 26).

30 S t r a u s s I, 118.

31 B r á f, A.: Studien über nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 54.

32 J a r o l i m 20.

33 M o m m s e n: Die Sozialdemokratie 69/70.

34 B r á f 56/57; er mußte sich daraufhin den Vorwurf eines Sympathisanten für die sozialistische Bewegung gefallen lassen. Wie schon einmal früher erwähnt, sprach die Organisation der Unternehmer, der Verein für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen, von dem Bráf-Buch als einer "beachtenswerthen, die Arbeiterbewegung ungemein sympatisch beurtheilenden Schrift". Arbeiterverhältnisse im nordwestlichen Braunkohlenrevier ... (Denkschrift 1882), 8.

34a J a r o l i m 20.

35 S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 212.

36 Besonders in den Jahren 1884-1886 wurden geheime Organisationen gegründet, in denen weiter gearbeitet wurde. S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 245.- J a r o l i m 19.

37 Der Radikale Nr. 5 vom 1. November 1883, 1. Jahrgang.- S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 209.

38 S t r a u s s I, 178. - S t e i n e r: Die Arbeiterbewegung 236.

39 J a r o l i m 21.

(III.2b) 1 S t r a u s s, Emil: Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung (Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens

bis 1888). Band 1, Prag 1925, S. 128.

2 M o m m s e n, Hans: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Band 2, München 1961, S. 193-208, hier S. 205 - Z e s s n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899-1920. Stuttgart 1976, S. 18: Erst Josef Seliger gelang es, eine exakte Trennung von Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft durch besondere Parteibeiträge und Mitgliedsbücher einzuführen.

3 D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. 1. Band. Wien 1929, S. 239.

4 Glück auf! 28/1912, S. 5.

5 Glück auf! 8/1895, S. 1.

6 Die Aktivitäten innerhalb der Bergarbeiterschaft im Hinblick auf einen Zusammenschluß wurden von den Polizeibehörden argwöhnisch beobachtet. Die Polizeidirektion in Prag meldete der Statthalterei die Teilnahme des "sozialistischen Bergmannes Franz Knorr" am internationalen Kongreß in Jolimont und unterrichtete über die Vorbereitungen für den 1. Bergarbeiterkongreß. O b e r m a n n, Karl: Zur Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (O) 1958, S. 331 -370, hier S. 367.

7 J a r o l i m, Anton: Aus der Geschichte der Bergarbeiter, Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 25.

8 Glück auf! 29/1909, S. 4.

9 J a r o l i m 25: "Von den Delegierten, die zum Kongreß fuhren, wußten schon manche vor ihrer Abreise, daß sie entlassen sind und andere ereilte das gleiche Schicksal, als sie nach dem Kongreß ihre Arbeit antreten wollten." - Aufgrund welcher Verfahren (Versammlung, Wahlen o. ä.) die Teilnehmer zum Kongreß delegiert worden waren, wird nirgends erwähnt.

10 Verhandlungen des Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Wien vom 7., 8. und 9. Dezember 1890. Prag 1891. - Vgl. auch den Bericht im Glück auf! 1/1981, S. 2-4.

11 Zum Bergmannsgruß: H e i l f u r t h, Gerhard: Glückauf! Geschichte, Bedeutung und Sozialkraft des Bergmannsgrußes. Essen 1958. - D e r s e l b e: Beiträge zum Wesensbild der bergmännischen Daseinsform. In: Hessische Blätter für Volkskunde. Bd. 51/ 52 (1960), S. 69-83, hier S. 81 f.

12 Verhandlungen des Kongresses ... (1890) 86; das Wort "social-demokratisch" sollte jedoch nicht im Titel des Blattes erscheinen, da es auf "Indifferente" hätte abschreckend wirken können, wie vorgetragen wurde.

Anmerkungen zu Seite 116 - 122

13 Glück auf! 1/1891, S. 4 (Bericht vom Bergarbeiterkongreß): Der größte Teil der Gewerkschaften in Österreich hat immer auf der Seite der Sozialdemokratie gestanden; Deutsch bezifferte den Anteil der sozialdemokratischen oder der ihr nahestehenden Arbeiterorganisationen im Jahr 1907 auf 62,1 %. Ohne eine bestimmte Zugehörigkeit waren nach seinen Angaben 24,1 %; 10,3 % aller Mitglieder rechnete er zu den katholischen Arbeiterorganisationen. Die national ausgerichteten Verbände umfaßten 1,7 % (deutsche Verbände) und 1,8 % (tschechische Org.) der Gesamtmitgliedschaft der Gewerkschaften. D e u t s c h 387.

14 S t r a u s s, Emil: Von Hainfeld bis zum Weltkriege. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Zweiter Band (1889-1914). Prag 1926, S. 21.- D e u t s c h 229.- J a r o l i m 26.

(Exkurs)

1 K r a m e r, Dieter: Soziokulturelle Lage und Ideologie der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. In: W i e g e l m a n n, G. (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Göttingen 1973, S. 112-134, hier S. 122.

2 Glück auf! 1/1891, S. 1.

3 Glück auf! 30/1909, S. 3 (Österreichs Bergbau und seine Arbeiter II): hier ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des Fachblattes gegeben.

4 Über die Aktivitäten der "Unabhängigen" soll an anderer Stelle ausführlich berichtet werden.

5 Glück auf! 30/1909, S. 4; 16/1893, S. 1: Der Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter in Brüx.

6 Glück auf! 16/1893, S. 2.

7 Glück auf! 9/1891, S. 1.

8 S t r a u s s Bd. 2, 171.- D e u t s c h 394, (Anm.): Starck hatte später auch einen neuen Bergarbeiterverband unter dem Namen "Solidarität" gegründet, daneben gelang es Starck "mit Hilfe aller möglichen arbeiterfeindlichen Kreise im Jahre 1907 ein Reichsratsmandat zu erringen und bis zum Umsturz zu behaupten". (Die Schreibweise des Namens Star(c)k ist häufig unterschiedlich.)

9 T i c h y, Wenzel: Gegnerische Organisationen und Unternehmerorganisationen. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 101-110, hier S. 109.

10 Glück auf! 25/1898, S. 5; 31/1909, S. 3.

11 Glück auf! 18/1906, S. 7.- Vgl. auch die Entwicklung der Auflage.

12 Der "Glück auf!" (6/1909, S. 1/2) merkt dazu an: "Über den Stand der Fachpresse, der einen beiläufigen Überblick über die sprachlichen Verhältnisse unserer Mitglieder bietet, seien hier einige Angaben angeführt." - Das Fachblatt mußte bei Unionsgründung im

Anmerkungen zu Seite 125 - 127

Jahr 1903 von allen Mitgliedern obligatorisch bezogen werden; Analphabeten erhielten jedoch, wie ausdrücklich betont wurde, kein Fachblatt, und von denen existierten unter den Bergarbeitern eine ganze Menge, wie Glück auf! mit Bedauern feststellt (4/1901, S. 1).

13 Union der Bergarbeiter Österreichs, Bericht erstattet vom Vorstande über die Tätigkeit der Union in den Verwaltungsjahren 1909. 1910. 1911. Turn 1912, S. 83.

14 Protokoll des IV. Unionstages, abgehalten in der "Kurhausveranda" in Teplitz-Schönau vom 31. März bis zum 3. April 1924. Turn 1926, S. 50.

(Forts III. 2b)

15 Glück auf! 1/1894: Der erste Gewerkschaftskongreß.- 2/1894.

16 Die Situation in Bezug auf die politischen Flügel der Bergarbeiterbewegung und deren Vertretung auf Gewerkschaftskongressen und Parteitagen wird dadurch erschwert, daß oft nicht zu klären ist, ob ein Delegierter zu den "Unabhängigen" zählte oder zu den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftern. Erstere waren gegen eine Parlamentsbeteiligung und somit konsequenterweise auch gegen einen Streik für das Wahlrecht. Die innerhalb der Bergarbeiterbewegung bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind jedenfalls differenzierter zu betrachten als es in den bisherigen Veröffentlichungen, in denen die böhmischen Bergarbeiter immer nur am Rande betrachtet wurden (bei Mommsen z. B.) geschehen ist. Für die "Unabhängigen" war die Generalstreikdebatte jedenfalls eine gute Gelegenheit, sich zu profilieren, zumal die Interessendominanz bei den Bergarbeitern, die eindeutig auf die Verbesserung der materiellen Bedürfnisse hinausging, ihnen in dieser Sache entgegenkam.

17 Verhandlungen des vierten österreichischen sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien vom 25. bis einschließlich 31. März 1894, S. 95.

18 Dieser Vorwurf war schon früher vom "Glück auf!" gegenüber der sozialdemokratischen Führung erhoben worden: in 12/1892 war kritisiert worden, daß es zuviel "politische Bewegung" gebe, worüber die Fachorganisation vergessen werde.

19 Aufruf zur konstituierenden Versammlung des Verbandes in: Glück auf! 6/1894, S. 5.

20 Glück auf! 8/1894, S. 1 - Die für den Zentralverband vorgesehenen Statuten waren im "Glück auf!" (19/1893, S. 1-3) abgedruckt worden.

21 Glück auf! 30/1909, S. 4.

22 Glück auf! 5/1895, S. 1: Zum Fünften Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs.

23 Die Berichterstattung über den Fünften Kongreß findet sich in: Glück auf! 8/1895, S. 1-4 - 9/1895, S. 1/2 (Forts.); auf diesem

Kongreß kam es auch zum Eklat mit tschechischen Delegierten in der Bruderladenfrage. Diese hatten daraufhin die Versammlung verlassen. (Vgl. später im Abschnitt über die Bruderlade).- Weniger Marx denn Lassalle gab den politisch-theoretischen Hintergrund der Bergarbeiterbewegung, zumindest in den 1890er Jahren, ab. Dies wird besonders an der Dekoration vom Fünften Kongreß deutlich: "Vor der roth drapirten Bühne steht auf einem Sockel die Büste Lassalles" (Glück auf! 8/1895, S. 1).

24 So lautete jedenfalls die Begründung, die später auf einer Generalversammlung des Zentralverbandes (29.9.1895 in Pilsen) angegeben wurde. Glück auf! 19/1895, S. 3 .

25 Glück auf! 16/1895, S. 4: Districtsverband und Zentralverband Peter Wölfl (geb. 1859) hatte schon als Zwölfjähriger auf einer Grube in Kladno gearbeitet. In den 1890er Jahren war er neben seiner Funktion als Obmann auch noch Redakteur des "Na zdar". Wölfl starb am 26.3.1901 (Nachruf im "Glück auf!" 11/1901). Emanuel Kratochvil (auch Kratochwil(l), die Schreibweise ist unterschiedlich im Fachblatt angegeben) starb als 57jähriger am 30.12.1917. Kratochvil war einer der wenigen Funktionäre, der die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung von Anfang an mitmachte. Anläßlich des 1. Kongresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs mußte er ins Gefängnis. Danach war er Sekretär des Distriktsverbandes Turn bei dessen Gründung, später Sekretär des Zentralverbandes in Nürschan. Seit der Unionsgründung im Jahre 1903 bekleidete Kratochvil das Amt des Kassiers (Kassierers) bis zu seinem Tode. In einem Nachruf (Glück auf! 2/1918, S. 2) wird hervorgehoben, daß Kratochvil, obwohl er früher der radikalen Richtung zuneigte, immer ein Befürworter des internationalen Zusammenschlusses der Gewerkschaften gewesen sei. Er habe sich außerdem "durch Selbstunterricht die vollständige Kenntnis der deutschen Sprache, Stenographie und Buchführung" angeeignet.

26 Dazu die Protokolle der Gründungsversammlung im Glück auf! 2/1896 und 4/1896.

27 Glück auf! 7/1896, S. 4/5.

28 Glück auf! 15/1896, S. 4.

29 Glück auf! 24/1897, S. 1.

30 Über die Bergbau-Genossenschaften folgen später noch nähere Erläuterungen.

31 Glück auf! 15/1896, S. 4; vom Fachverein "Prokop" in Mährisch-Ostrau waren von 2 000 Mitgliedern nur 500 beim Zentralverband gemeldet.

32 Glück auf! 26/1897, S. 3; 27/1897, S. 1.

33 Glück auf! 25/1898, S. 3: Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter Nordwestböhmens.

34 Bericht vom 6. Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Prag in: Glück auf! 20/1898, S. 2/3; 21/1898, S. 2; 22/1898,

S. 2/3 (Forts.).- Vgl. auch den Abschnitt über das Fachblatt "Glück auf!". - Der Distriktsverband Turn verfügte im August des Jahres 1898 über 28 Ortsgruppen, 5 Fachvereine und 5 Zahlstellen mit zusammen über 3 000 Mitgliedern. Glück auf! 25/1898, S. 5: Protokoll der ordentlichen halbjährlichen Generalversammlung des Distriktsverbandes am 14. August 1898 in Turn .

35 Glück auf! 5/1899, S. 5; Wenzel Thum wurde dabei zum Obmann (Vorsitzenden) gewählt. Auf der konstituierenden Versammlung dieses Verbandes wurde allerdings erstmals ein Antrag, übrigens von Anton Jarolim gestellt, mit Mehrheit angenommen, der beinhaltete, daß das Fachblatt obligatorisch bezogen werden solle.

36 Glück auf! 1/1900, S. 2/3; 2/1900, S. 3/4 (Forts): Protokoll des Verbandstages vom 10./11. Dezember 1899 in Turn; die Fachblätter sollten in den Besitz des Zentralverbandes übergehen, dafür sollten in Falkenau und Mährisch-Ostrau zum Ausgleich Beamte des Zentralverbandes angestellt werden. Jarolim war hierbei zum Obmann des Verbandes gewählt worden.

37 J a r o l i m 32; der deutsche Bergarbeiterführer Otto Hue wurde für den internationalen Bergarbeiterkongreß beauftragt, die österreichischen Interessen wahrzunehmen: Glück auf! 20/1900, S. 3 .

38 Wie die Berechnungen von Jarolim ergeben hatten, wurden durch die Erhöhung des Lohnes im Anschluß an den Streik in den Jahren 1900 und 1901 die Lebenshaltungskosten etwa gedeckt, den Bergarbeitern ging es - relativ gesehen - so gut wie lange nicht mehr! Auch dieser Gesichtspunkt sollte, zumal die Bergarbeiterbewegung, wie wir gesehen hatten, in erster Linie auf die Verbesserung der materiellen Lebens- und der Arbeitsbedingungen ausgerichtet war, auf keinen Fall unterschätzt werden.

39 Glück auf! 31/1901, S. 3: Zur Bergarbeiterbewegung in Nordwestböhmen.

40 J a r o l i m 33.

41 D e u t s c h 380; gerade die tschechischen Bergarbeiter waren (in ihrem Organ "Na zdar" zumindest) einer Trennung der Gewerkschaftskommissionen energisch entgegengetreten. E b e n d a 342: dort wird ein Artikel des "Na zdar" zitiert, Nr. 15/1896.

42 Glück auf! 25/1901, S. 2: Was wir wollen! (2).

43 Glück auf! 21/1900, S. 3; der Streik war wegen fehlender finanzieller Mittel abgebrochen worden.

44 Glück auf! 32/1900, S. 2: Zur Organisation der Bergarbeiter in Nordwestböhmen; die Bergarbeiterorganisation machte in der Diskussion um die fehlende Bildung der Mitglieder und der anderen Bergarbeiter die Arbeit verantwortlich, in anderen Branchen, z. B. bei den Buchdruckern, erziehe die Arbeit mehr zur Intelligenz, wurde argumentiert (Glück auf! 13/1901, S. 1/2).

45 Glück auf! 24/1900, S. 3: Etwas über die Organisation der Bergarbeiter in Nordwestböhmen: Beiträge zur Neuorganisation (3);in An-

betracht der Brisanz des Themas hatte der Autor des Berichtes mit einer anonymen Unterschrift ("Die rothe Wacht") unterzeichnet.

46 Die Frage der Verhandlungen in zwei Sprachen stellte in der Tat ein sehr wichtiges und elementares Problem der internationalen Arbeiterbewegung in Böhmen dar. Es fehlen jedoch Hinweise in genügender Anzahl, um einen Überblick zu erhalten, welchen Stellenwert dieses Problem wirklich einnahm. Wie wir noch bei den lokalen Organisationen sehen werden, festigte die Zweisprachigkeit im nordwestböhmischen Revier eher den Zusammenhalt der Vereine, ja man zog sofort Konsequenzen, wenn z. B. in einer Gaststätte das Reden in tschechischer Sprache verboten worden war. Aber auch in den höheren Organisationsebenen ist eigentlich nur ganz selten von Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in zwei Sprachen die Rede, obwohl hier die Probleme infolge der fehlenden Vertrautheit der Personen im täglichen Umgang einfach stärker zutage treten mußten. - Die führenden Bergarbeiterführer waren meist zweisprachig, so Jarolim, Kratochvil, Strejc, Panek, Pohl u. a. m.

47 Protokoll über die Verhandlungen des IV. Uniontages der Union der Bergarbeiter Österreichs, abgehalten im Arbeiterheim in Wien, vom 21. bis 24. Oktober 1912. Turn 1912: Der Separatismus bei den Bergarbeitern S. 66-68.- Der Distriktsverband Maltheuern (Zăluži) hatte es in seiner besten Zeit allerdings auf nicht mehr als 500 Mitglieder gebracht.

48 Glück auf! 29/1901, S. 7; die Begründung des Antrages wurde in 33/1901, S. 6 veröffentlicht.

49 Protokoll der Verbandskonferenz vom 29. Dezember in Turn, S. 6; der Ladowitzer Antrag ist allerdings insofern nicht ernst zu nehmen, als der einmal gegründete Landesverband für Böhmen niemals wieder zur Diskussion stand. Besonders der Tscheche Strejc hatte sich energisch gegen derartige Anträge gewandt.

50 Glück auf! 4/1902, S. 6.

51 Glück auf! 18/1900, S. 7: Etwas über die Organisation der Bergarbeiter in Nordwestböhmen.

52 Glück auf! 20/1900, S. 3 (Etwas über die Organisation der Bergarbeiter in Nordwestböhmen): "Zu diesem Zwecke sei hier ein Artikel aus unserem czechischen Fachblatte 'Na zdar' wiedergegeben, der zu einer wirklichen Zentralorganisation führen könnte."

53 Glück auf! 21/1900, S. 4: Konferenz der Bergarbeiter Nordwestböhmens (in Turn, 15.7.1900).

54 Glück auf! 31/1909, S. 3.

55 Glück auf! 18/1900, S. 3.

56 Berichterstattung von der Reichskonferenz: Glück auf! 30/1900, S. 2/3; 31/1900, S. 2/3 (Forts.).

57 Glück auf! 36/1900, S. 5; Jarolim kommentiert diesen Vorgang Jahre später (1909): "Dieser Beschluß des Distriktsverbandes in Turn

wird in der Geschichtsschreibung zu den größten Fehlern gerechnet werden" (Glück auf! 31/1900, S. 3).

58 Glück auf! 6/1901, S. 5: Protokoll des Verbandstages des Zentralverbandes.

59 Protokoll in Glück auf! 7/1901, S. 4.

60 Viele Vereine hatten sich nach dem Streik von 1900 aufgelöst. Es wurden gegründet bzw. wieder zum Leben wiedererweckt: Ortsgruppe Wiklitz (Vyklice), Wiedergründung am 6.10.; Bettelgrün bei Oberleutensdorf, Neugründung am 3.11.; Wistritz (Bystřice) Neugründung am 24.11.; Rosenthal (Vrchoslav) Neugründung am 1.12. u. a. m. Verstärkt wurde diese Gründungswelle durch eine Aktion des Zentralverbandes mit der Abhaltung einer ganzen Reihe von Konferenzen. Bericht im Glück auf! 35 und 36/1901 .

61 Protokoll der Generalversammlung in Glück auf! 14/1902, S. 1. Anton Jarolim wurde für die Übergangszeit zum Obmann des Zentralverbandes gewählt.

62 Glück auf! 6/1903, S. 1.

63 Glück auf! 12/1903, S. 6/7. In die Union umgeschrieben werden konnten laut Bestimmung nur die Mitglieder, die nicht mehr als sechs Wochen mit der Beitragszahlung im Rückstand waren. Jedes Mitglied mußte angeben, in welcher Sprache seine Mitgliedsdokumente ausgestellt sein sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren diese in beiden Sprachen (deutsch und tschechisch) gedruckt worden, mit der Unionsgründung war dies nur noch in einer Sprache ("nur in deutsch oder nur böhmisch") möglich (vgl. die Diskussion um die Beitragsfrage und die Kostenersparnis bei den Drucksachen wegen der Zweisprachigkeit!).

64 In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden auf deutscher wie tschechischer Seite nationale Arbeiterbewegungen, die viele Bergarbeiter von der Mitarbeit in der sozialdemokratischen Bergarbeiterbewegung abzuhalten versuchten. Über deren Erfolg an anderer Stelle mehr.

65 Glück auf! 4/1901 (Zur Organisationsfrage der österr. Bergarbeiter): Auf dem Verbandstag des Jahres 1896 in Pilsen (Plzeň) hatte man einen Beschluß gefaßt, nachdem man vom Stellen von Petitionen Abstand nehmen wollte. Statt dessen wollte man eine "stramme Organisation" aufbauen. Auf diesem Kongreß brachen jedoch auch die Streitigkeiten zwischen Kratochvil und Wölfl auf, die die Bewegung stark zurückwarfen.

66 Glück auf! 11/1895, S. 1/2.

67 Glück auf! 10/1895, S. 3.

68 Eine Petition in diesem Sinne war vom Zentralverband der Distriktsverbände im Jahr 1896 beschlossen und an die Regierung weitergeleitet worden; ultimativ wurde darin erklärt: "Sollte die Regierung diesen unseren Forderungen bis zum Schlusse des Jahres 1896, bis zu welcher Zeit wir eine bestimmte Antwort fordern, nicht nachkommen,

so erklären wir, daß wir vom 1. Januar 1897 keine Beiträge mehr zahlen werden". Glück auf! 22/1896, S. 1/2: Eine Petition der Bergarbeiter .

69 Glück auf! 28/1898, S. 1 (Kundmachung des Zentralverbandes).

70 Glück auf! 25/1898, S. 3. Auch in einem anderen Beispiel ist dies zu betrachten: Als die Unternehmer im Jahr 1899 Sanktionen für den Fall ankündigten, daß am 1. Mai die Arbeit nicht angetreten werde, wurden die Genossenschaftsdelegierten durch die Resolution einer Bergarbeiterversammlung in Türmitz (Trmice) aufgefordert, den 1. Mai als Ruhetag bei den Bergdirektionen zu melden. Glück auf! 10/1899, S. 5/6 .

71 Glück auf! 34/1899, S. 1: Die nordböhmischen Kohlenbarone haben geantwortet ("Kohlenbarone" war die geläufige und etwas provozierende Bezeichnung der Bergarbeiter für die Bergwerksbesitzer und -unternehmer).

72 Statuten des Distrikts-Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter für ... (Musterstatut), Falkenau o. J.

73 Glück auf! 22/1902, S. 2.

(III.2c) 1 Glück auf! 15/1903, S. 1; auch für die neuzugründende Union hatte es wieder eine heftige Debatte um die Mitgliedsbeiträge gegeben. In einem Bericht hieß es dazu: "Durch die Separatverhandlungen der Commission und der einzelnen stark vertretenen Verbände, wie z. B. der Verband Turn, gelang es ein entsprechendes Votum zu erwirken und e i n s t i m m i g wurde eine w ö c h e n t l i c h e B e i t r a g s l e i s t u n g v o n 30 H e l l e r n f e s t g e s e t z t" (entspricht 60 Kreuzern der alten österreichischen Währung).

2 Protkoll des konstituierenden Uniontages: Glück auf! 16/1903, S. 3/4; der Union traten 6 455 Mitglieder sofort bei, die sich auf folgende Reviere verteilten: 1. Turn (936); 2. Falkenau (1 323); 3. Blattnitz-Chotieschau (959); 4. Kladno (57); 5. Alpenländer (1 600); 6. Rossitz (350); 7. Mährisch-Ostrau (1 230).

3 Das Verwaltungs-Regulativ der Union ist abgedruckt in Glück auf! 16/1903, S. 4 ff.

4 S c h l e g e l, Friedrich: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau Prag 1917, S. 109.

5 Im Jahr 1906 zahlten 13 121 Mitglieder die Beiträge der 1. Klasse, 417 die der 2. Klasse. Gerade in den ersten Jahren änderten sich die Beitragshöhe sowie die Leistungen (Dauer der Leistungen, Höhe der Leistungen) dauernd.

6 Dies waren: a) Ortsgruppen
1. Turn (Trnovany) (45); 2. Soborten (Sobědruhy) (31); 3. Wistritz (Bystřice) (30); 4. Zuckmantel (Pozorka) (31); 5. Dux (Duchcov) (36); 6. Ossegg (Osek) (23); 7. Oberleutensdorf (Horní Litvínov) (31); 8. Kopitz (Kopisty) (47); 9. Obergeorgenthal (Horní Jiřetín) (18); 10.

Hohenstein (Unčín) (16); 11. Schönfeld (Tuchomyšl) (41); 12. Wiklitz (Vyklicek) (39); 13. Lindau (Lipětin) (57); 14. Klostergrab (Hrob) (21); 15. Bukowitz (Bukovice) (11);
b) Zahlstellen:
1. Türmitz (Trmice) (9); 2. Modlan (Modlany) (25); 3. Graupen (Krupka) (52); 4. Probstau (Proboštov); 5. Maltheuern (Záluži) (131); 6. Tschausch (Sous) (37);
Anm.: Für 1903 wurden keine Mitgliedszahlen veröffentlicht, in Klammern der Stand vom September 1904 aus dem Glück auf! 33/1904, S. 4 (Stand der Zahl der Ortsgruppen 1903 aus: Glück auf! 35/1903, S. 6/7).

7 1904 kamen hinzu: 1. Komotau (Chomutov) (2); 2. Niedergeorgenthal (Dolní Jiřetín) (16); 3. Wschechlab (Všechlapy) (34); 4. Krzemusch (Křemýž) (13); 5. Schwaz (Světec) (13); 6. Nemetschken (Nemečky) (6); 7. Karbitz (Chabařovice) (65); 8. Sobochleben (Soběchleby) (11). Die Veröffentlichung erfolgte aufgrund der Festsetzung der Delegiertenzahl für den 1. Unionstag. Glück auf! Nr. 35/1904 .

8 Glück auf! 15/1904, S. 6; in allen Revieren mit über 1 000 Mitgliedern sollte ein solcher Reviervertrauensmann gewählt werden.

9 Eine Resolution mit solchem Inhalt beschloß eine öffentliche Bergarbeiterversammlung in Klostergrab (Hrob) am 24. Juli 1904 (Glück auf! 23/1904). Weiter wurde die Abschaffung der Bergbau-Genossenschaften und der Bruderladen verlangt.

10 Bericht im Glück auf! 1/1905, S. 1-4; die Delegierten verteilten sich infolge der abgerechneten Beiträge auf die einzelnen Reviere wie folgt: 1. Mährisch-Ostrau (13 Delegierte); 2. Untere Alpenländer (8); 3. Obere Alpenländer (7); 4. Pilsen-Mies (6); 5. Teplitz-Brüx-Komotau (4); 6. Falkenau-Elbogen (4); 7. Schatzlar (1); 8. Rossitz (1); 9. Kladno (1).

11 Dieses Faktum wurde von der Prager tschechischen Gewerkschaftskommission hervorgehoben, um Stimmung gegen den deutschen Vorsitzenden zu machen.

12 Glück auf! 4/1905, S. 6; 3/1905, S. 6: Eine Gewerkschaftskonferenz für Nordwestböhmen verurteilte solche Bestrebungen. Wuch wurde später, nachdem sich sog. "Unabhängige" an die Spitze seiner Gruppierung gesetzt hatten, ausgeschlossen, da er in einer Genossenschaftskonferenz gegen einen Streik gesprochen hatte. Glück auf! 19/1906, S. 6 .

13 Glück auf! 9/1905, S. 6/7.

14 Glück auf! 36/1901, S. 7: Wer sind die Unabhängigen? - Es kann in diesem Zusammenhang nur auf die Darstellung der Meinung der Union eingegangen werden. Zudem fehlen die Quellen, um auf das politische Konzept der verschiedenen Gruppierungen näher eingehen zu können.

15 Glück auf! 35/1901, S. 2: Sind die "Unabhängigen" Unternehmerknechte?

16 Im "Glück auf!" (28/1904) wird von Beschimpfungen des Blattes

"Omladina" berichtet. Ein gewisser Siegfried Nacht gab eine Zeitung mit dem Titel "Generalstreik" heraus. Ihr Untertitel lautete: "Weder Gott noch Herr - weder Herren noch Knechte! Zahn um Zahn, Aug um Aug, Blut um Blut, Tod um Tod!" (7/1905, S. 4). Es erschienen allerdings nur 6 Nummern. Nacht setzte sich dann in die Schweiz ab (19/1905, S. 2). - Daneben gab es eine Gruppe unter der Führung von Karl Wohrizek, die das Blatt "Bezvládí" (=Anarchie) herausgab. Davon spaltete sich eine weitere Gruppierung ab, deren Anführer Thomas Kasche das Blatt "Hornický Listy" (=Bergmännische Zeitung) redigierte (Glück auf! 19/1905, S. 1/2). Wohrizek wurde nach dem 1. Weltkrieg als Polizeispitzel entlarvt, als die Prager Polizeiarchive geöffnet wurden. Er hatte monatlich zwischen 400 und 600 Kronen Zuwendungen erhalten. J a r o l i m, Anton: Aus der Geschichte der Bergarbeiter. Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 33/34 .

17 Glück auf! 27/1906, S. 1; gegen den Aushang einer Karikatur mit dem Untertitel "Jarolim Mrva 1906" (Jarolim Mist 1906) durch "Unabhängige" klagte der Unionsobmann mit Erfolg wegen Ehrenbeleidigung. Der Gastwirt, der den Aushang gestattet hatte, wurde zu einer Geldstrafe verurteilt (Glück auf! 8/1907, S. 7). In einem anderen Fall fielen "Unabhängige" anläßlich einer Konferenz der Genossenschaftsdelegierten über Unionsführer her und verletzten sie arg (Glück auf! 25/1906, S. 2).

18 Glück auf! 27/1908, S. 1: Hurrah, wir sind aufgelöst. - Die Meinung der Union über die anarchistischen Führer teilt auch S c h l e g e l 113 : "Die Führer veranstalten hin und wieder Versammlungen, schimpfen über alles mögliche, am meisten über die Sozialdemokraten und über die Union und verlangen gleich darauf von der beschimpften Union Geld zur Förderung ihrer Bestrebungen. ... Ihre Rolle ist in allen Dingen negativ, die Arbeiterbewegung aber braucht positive Auffassungen. Der Anarchismus ist der Todfeind aller Arbeiterbewegung, denn er hat es auf die Zerstörung jeder Organisation abgesehen." - Die anarchistischen Gruppen traten hauptsächlich in den Gegenden um Ossegg (Osek), Seestadtl (Ervěnice) und Brüx (Most) auf.

19 Glück auf! 6/1909, S. 6: "Wir haben immer gesagt, daß unsere P. T. Anarchisten und Unabhängige nichts anderes sind als verkappte Tschechischnationale, die dem Klofáč und Fresl bereitwillige Handlangerdienste leisten. Jetzt ist es nun klar, sie treten offen auf und nicht mehr unter einem Deckmantel. Jedenfalls hat der Schwindel mit dem Anarchismus bald ein Ende" (vgl. auch Glück auf! 1/1911, S. 1).

20 Glück auf! 18/1915, S. 3/4.

21 W ü n s c h, Franz: Geschichte der völkischen Arbeiterbewegung und die Anfänge der Deutschen national-sozialistischen Arbeiterpartei im Bezirk Aussig. In: Beiträge zur Heimatkunde des Aussig-Karbitzer Bezirkes 18. Jg. (1938), S. 131-134.- S c h l e g e l 113. - Dieser Verband vereinigte in sich eine antisemitische und

antisozialistische Stoßrichtung, man sprach auf der Karbitzer Versammlung von der "verjudeten Sozialdemokratie" (Glück auf! 12/1899, S. 2). Die Union veranstaltete daraufhin eine Bergarbeiterversammlung, auf der eine Resolution gegen die "nationale Hetzerei" verabschiedet wurde.

22 Tichy erklärt die Bezeichnung "Gelbe" folgendermaßen: "Vor zirka 30 Jahren brach im Bergrevier Monceau les Mines in Frankreich ein Streik aus. Die Arbeitswilligen versammelten sich, um über die Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten. Darüber empörten sich die Streikenden und warfen die Fenster des Beratungslokales der Arbeitswilligen ein. Diese verhängten nun die eingeschlagenen Fenster mit gelbem Papier. Die Streikbrecher wurden dann als die Gelben von der Bevölkerung bezeichnet, welche Bezeichnung den Weg durch die ganze industrielle Welt für Streikbrecher nahm". T i c h y, Wenzel: Gegnerische Organisationen und Unternehmerorganisationen im Bergbau. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 101-120, hier S. 103 .

23 Werksbeamte, Bergverwalter oder auch Gemeindevorsteher und Lehrer führten diese auf einzelne Unternehmen beschränkten Organisationen. Glück auf! 16/1908, S. 5; 17/1908, S. 7; 9/1909, S. 5.- S c h l e g e l 113 .

24 Beispiele in Glück auf! 7/1910, S. 6 (Unionsschacht in Kosten-Košťany) oder in 12/1914, S. 6.

25 Diese Meldung vom 18. September 1914 entbehrte jeder Grundlage (Glück auf! 39/1914, S. 2).

26 Glück auf! 51/1918, S. 3.

27 Glück auf! 3/1919, S. 3: Von den umgefärbten Gelben.- Christliche Gewerkschaften spielten im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier so gut wie überhaupt keine Rolle. Bereits in den Jahren 1892 wurde in Mariaschein (Bohosudov) von einem Missionspfarrer ein katholischer Bergarbeiterverein gegründet, deren Protektor der Bischof von Leitmeritz war. 1895 folgte ein zweiter in Zinnwald (Cinovec) unter der Leitung eines Pfarrers (Protektor: Erbprinz Zdenko von Lobkowitz). Der Verband der christlichen Bergarbeiter Österreichs (Sitz: Fohnsdorf, Steiermark) verfügte 1908 über etwa 400 Mitglieder. Glück auf! 2/1908, S. 1.- E n d l e r, Franz: Das soziale Wirken der katholischen Kirche in der Diözese Leitmeritz. Wien 1903, S. 218-219 .

28 M o m m s e n, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, S. 200.

29 Kořalka weist mit Recht darauf hin, daß die Beziehungen der Arbeiterbewegung der verschiedenen Völker innerhalb der Monarchie wie auch die der deutschösterreichischen zur (reichs-) deutschen Sozialdemokratie "nicht im eigentlichen Sinne des Wortes internationalen Charakter erlangen" konnten, da einerseits Deutsche und Tschechen über lange Zeit in einem Staat und oft in täglichem Kontakt miteinander gelebt hatten, andererseits die deutsche Bevölke-

rung Böhmens die deutsche Nationalität besaß; "die entstehende sozialistische Arbeiterbewegung mußte in der Praxis häufig Fragen lösen, die auf theoretischem Gebiet überhaupt noch nicht gestellt waren". K o ř a l k a, J.: Über die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterbewegung in Deutschland und in den böhmischen Ländern. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (0) 1958, S. 299 -330, hier S. 299 .

30 M o m m s e n: Die Sozialdemokratie 233. Die Einigung kam jedoch nicht zustande.

31 D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Band 1. Wien 1929, S. 414; dieser Beschluß wurde bei Stimmenthaltung von Spanien und Österreich gefaßt. Dazu vgl. auch Glück auf! 26/1905, S. 4/5: Nachklänge zur Amsterdamer Konferenz (Die Union der Bergarbeiter Österreichs und die Trennungsfrage.)

32 Glück auf! 4/1906, S. 1.

33 Glück auf! 6/1906, S. 4: Nationale oder zentrale Gewerkschaften (von Anton Jarolim!) - 1891: Jolimont, Knorr (Tscheche); 1892: London, Cingr (Tscheche); 1893: Brüssel, Cingr (Tscheche); 1894: Berlin, Wölfl (Tscheche) und Cingr; 1896: Aachen, Wölfl und Starck (Deutscher); 1898: Wien, 13 Tschechen und 6 Deutsche; 1899: Brüssel, Plescher (Tscheche); 1902: Düsseldorf, 3 Deutsche und 2 Tschechen; 1903: Brüssel, Cingr; 1904: Paris, Ebert (Deutscher).

34 Bericht im Glück auf! 12/1906, S. 2-6; dieser Tagesordnungspunkt nahm verständlicherweise den größten Raum ein. Daneben ging es noch hauptsächlich um die Erhöhung der Beiträge sowie das wöchentliche Erscheinen des Fachblattes, was aber angesichts der prekären finanziellen Lage verschoben wurde.

35 Jarolim war Tscheche, wie er selbst in dem Gegenartikel zum "Právo Lidu" ausdrücklich betont hatte, als er gegen die Spaltungsbestrebungen zu Felde gezogen war (vgl. Anm. 33).

36 Anton Jarolim (geb. am 30.10.1869 in Bušterad, gest. am 11.4.1933 in Graupen-Krupka) war von diesem zweiten Unionstag bis zu seinem Tod Obmann der Bergarbeiterorganisation. Er war gleich dem ersten Fachverband der Bergarbeiter in Sobochleben (Soběchleby) als Mitglied beigetreten, sammelte dann als Vertrauensmann (auf den Doblhoff-Schächten), als Genossenschaftsdelegierter, als Mitglied des Zentralvorstandes der Zentralbruderlade und im Krankenkassenausschuß Erfahrungen vor Ort. Im Jahr 1899 wurde Jarolim zum Obmann des Zentralverbandes der Distriktsverbände, beim Streik im Jahr 1900 wurde er Vorsitzender des Streikkomitees. Ob seiner herausragenden Fähigkeiten und herausgehobenen Funktionen innerhalb der Bergarbeiterbewegung wurde er von der sozialdemokratischen Partei 1907 und 1911 zum Kandidaten für den Reichsrat bestimmt, unterlag aber jeweils in der Stichwahl. Seit 1908 war Jarolim auch Mitglied des internationalen Bergarbeiterkomitees. In der 1. Tschechoslowakischen Republik wurde er in den Jahren 1920,

1925 und 1929 Mitglied des Senats. Auf Jarolims Verdienste auf dem Gebiet der Statistik und des Versicherungswesens war schon früher hingewiesen worden. Sudeten-Jahrbuch der Seliger-Gemeinde 1963, Stuttgart, S. 58-61 .

37 Glück auf! 4/1907, S. 6; zum Wahlrechtskampf: D e u t s c h 432 ff.- .S t r a u s s, E.: Von Hainfeld bis zum Weltkrieg. Prag 1926, S. 120 ff. Der stellvertretende Obmann der Union, Peter Cingr, wurde in den Reichsrat gewählt.

38 Glück auf! 23/1907, S. 1; Anfang Februar 1909 wurde für das nordwestböhmische Revier ein Reviersekretariat errichtet, Sekretär wurde Anton Kofron, ein Tscheche (6/1909, S. 6 und 51/1910, S. 7).

39 Glück auf! 11/1909, und zwar die folgenden: 1. Union (Sozialdemokraten); 2. Anarchisten; 3. Deutschnationale; 4. Tschechischnationale; 5. Tschechisch-Nationalsoziale (Fresl-Klofáč-Partei).

40 Es läßt sich nur vermuten, daß von tschechischer Seite die Gründung einer eigenen Bergarbeiterorganisation bereits beschlossene Sache war. Anfang des Jahres 1909 wurde in Nordwestböhmen eine tschechoslawische Kommission errichtet, d. h. der organisatorische Ausbau schritt weiter planmäßig voran. Die Anträge der Prüfungskommission wie die anstehenden Wahlen verliefen auf dem 3. Unionstag alle einstimmig. Berichte vom 3. Unionstag in Glück auf! 32/1909, S. 1-3; 33, S. 1-3 (Forts.); 34, S. 1-3 (Forts.); 35, S. 1-3 (Forts.).

41 Der Sterbefallfond muß in gewissem Sinn als Relikt der ehemaligen Bruderladenverfassung gesehen werden. Hier zeigt sich wieder die berufseigene Form der Bergarbeiter, deren Beschäftigung ein besonderes Verhältnis zum Tod hervorbringt.

42 Jarolim gab den Mitgliederverlust infolge der Trennung in seinem Bericht mit ca. 3 000 an; Protokoll über die Verhandlung des IV. Unionstages der Union der Bergarbeiter, abgehalten im Arbeiterheim Ottakring in Wien, vom 21. bis 24. Oktober 1912. Turn 1912, S. 25.- Auf die einzelnen Vorgänge bei der Trennung der tschechischen Gewerkschaft von der Union soll verzichtet werden, zumal sie sich fast nur auf einseitiges Material stützen müßte. Sie sind von der Seite der Union im Bericht zum IV. Unionstag (Protokoll) ausführlich dargestellt und kommentiert (S. 66 ff.).

43 Glück auf! 32/1910, S. 4.- Protokoll IV. Unionstag 77. Die Union sprach bei den Trennungsvorgängen immer vom "Separatismus". Dieser Begriff hat jedoch in allen Darstellungen und Berichten immer einen negativen Beigeschmack.

44 Z e s s n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899-1920. Stuttgart 1976, S. 29/30.

45 M o m m s e n: Die Sozialdemokratie 180.

46 Š o l l e, Zdeněk: Die Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie und die tschechische Frage. In: Archiv für Sozialgeschichte VI/VII (1966/67), S. 315-390, hier S. 380.

Anmerkungen zu Seite 156 - 158

47 M o m m s e n, Hans: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Band 2. München 1961, S. 193-208, hier S. 200 ff.

48 Vgl. dazu die folgenden Artikel im Fachblatt, die Erfahrungen mitteilen und Ratschläge zur Hausagitation geben: Glück auf! 49/1911, S. 4/5; 5/1913, S. 5/6.- Die verschiedenen Bergarbeiter-Organisationen hatten im Jahr 1911 nach jeweils eigenen Angaben folgende Mitgliederzahlen: 1. Union (13 540 Mitglieder); 2. "Separatisten" (3 300); 3. Reichsbund (1 898); 4. Zentralverband christlicher Bergarbeiter (894); 5. tschech. nat. Verband (keine Angabe); 6. Freisoziale (keine Angabe); Quelle: Glück auf! 8/1912, S. 2 .

49 Protokoll über die Verhandlungen des IV. Unionstages 58-65; hier sind auch alle von beiden Seiten erarbeiteten Grundsatzpapiere, Briefe u. ä. abgedruckt. Auch: Glück auf! 13/1911, S. 4; Jarolim hatte bei einer Konferenz der Zentralgewerkschaft den Vorschlag gemacht, die Verhandlungen mit den "Separatisten" aufgrund deren unnachgiebiger Haltung abzubrechen.

50 Das Memorandum ist im Wortlaut abgedruckt in Glück auf! 11/1912, S. 2.

51 Glück auf! 11/1912, S. 6/7; Anton Jarolim hatte als Mitglied des internationalen Komitees der Bergarbeiterorganisation am 22. Februar an dessen Sitzung in London teilgenommen. Er hatte nach seiner Rückkehr auf einer Revierkonferenz (10. März) über den in England andauernden Streik der Bergarbeiter berichtet (Glück auf! 12/1912, S. 1). Daneben waren zu diesem Zeitpunkt auch in Deutschland, Frankreich und Belgien die Bergarbeiter im Ausstand. Der Streik des Jahres 1912 im nordwestböhmischen Revier hatte somit auch eine eminent internationale (europäische) Komponente.

(Exkurs)

1 Das Koalitionsgesetz erlaubte zwar die Aufstellung von Forderungen, allein das Androhen von Aktionen konnte schon bestraft werden.

2 B r á f, Albin: Nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 53, Anm. 59; der Grund dafür wurde nicht mitgeteilt.

3 Heimatskunde des politischen Bezirkes Komotau, die Gerichtsbezirke Komotau, Görkau und Sebastiansberg umfassend, herausgegeben vom Deutschen Bezirkslehrerverein Komotau. Komotau 1898, S. 662.- Der Begriff "groß" ist angesichts der wenigen Erfahrungen mit Ausständen in der damaligen Zeit entsprechend zu relativieren.

4 B r á f 44; der Titel dieser Schrift lautete: Unsere Lage gegenüber der bestehenden Bruderladenverwaltung. S t r a u s s, Emil: Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung. Prag 1925, S. 191 .

5 Außer dieser sich über mehrere Unternehmen und Orte erstreckenden Bruderlade gab es ausschließlich Werksbruderladen: bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes verfielen bei den letzteren die eingezahl-

ten Beiträge ganz. J a r o l i m, A.: Aus der Geschichte der Bergarbeiter. Anleitung zu einem Vortrag. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 21 .

6 Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet vom Verein für die Bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen. Teplitz 1882, S. 7.

7 B r a u n e r, Michael J.: Brüxer Gedenkbuch. Zeittafel geschichtlicher Ereignisse und Denkwürdigkeiten der kgl. Stadt Brüx aus alter und neuer Zeit. 2. Band: Brüx im 19. Jahrhundert. Brüx 1901, S. 46.

8 Arbeiterverhältnisse ... (Denkschrift 1882) 7/8; die Arbeiter zogen dazu in einem Demonstrationszug nach Dux (Duchcov).

9 E b e n d a 5/6; wie bereits im Kapitel: Lohn und Lebenshaltung ausführlich erörtert, wurden von den Unternehmern die Arbeitervereine, das "Borgsystem" und die Vergnügungssucht der Bergarbeiter und ihrer Frauen für die unzulänglichen Lebensbedingungen verantwortlich gemacht. Der Akkordlohn war als der "gerechteste" Lohn bezeichnet worden, mit der Begründung des hohen Risikos des Unternehmers wurden die geforderten Versicherungen abgelehnt.

10 B r a u n e r 48; Obermann interpretiert die Massenarbeitsverweigerungen im Kohlengebiet dahingehend, daß sich hier ein "revolutionärer Kern" gebildet hätte. Gerade aber die sog. Radikalen sprachen sich damals gegen den Streik als Kampfmittel aus. O b e r m a n n, K.: Zur Geschichte der deutschen und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (0) 1958, S. 331-370, hier S. 354.- D e u t s c h, J.: Geschichte der österr. Gewerkschaftsbewegung. Wien 1929, S. 180 ff.

11 Über die Verhältnisse des böhmischen Braunkohlenbergbaus. Ein Wort zur Aufklärung aus Anlaß des Strikes im Sommer 1889 vom Montanverein für Böhmen. Prag 1890.

12 Glück auf! 19/1896.

13 Glück auf! 20/1896, S. 1/2: Eine Lehre.

14 Der Verlauf und die Vorgeschichte des Streiks wurde schon wiedergegeben. Eine Zusammenfassung auch in Glück auf! 3/1910, S. 1/2: Aus unserer Lehr- und Kampfzeit, Zur Erinnerung an das Kampfjahr 1900.

15 Glück auf! 3/1900, S. 1: Die Bergarbeiter im Kampf mit den Grubenprotzen.

16 S t r a u s s, Emil: Von Hainfeld bis zum Weltkriege. Prag 1926, S. 93.

17 Glück auf! 5/199, S. 3.

Anmerkungen zu Seite 161 - 164

18 H e g e r, Anton: Chronik der Gemeinde Kommern,Kommern 1917, S. 235/236.

19 B r a u n e r 95/96.

20 Glück auf! 12/1900, S. 3.

21 S t r a u s s II, 93.

22 Glück auf! 9/1900, S. 1.

23 Bericht der Gewerkschafts-Commission über den Bergarbeiter-Streik mit den Rechnungsabschlüssen der einzelnen Reviere. Wien 1900.

24 Glück auf! 13/1912, S. 1.

25 Glück auf! 16/1912, S. 1.

26 Glück auf! 17/1912, S. 1.

27 Glück auf! 5/1905, S. 5.

28 Unter Abwehrstreiks verstand man dabei die Streiks, die infolge des Zurücknehmens einmal gewährter Vergünstigungen bzw. Verbesserungen entstanden, etwa bei Lohnsenkungen, Streichung der Deputatkohle, des Mietbeischusses o. ä. m. Angriffsstreiks hatten demgegenüber immer die Erkämpfung von Verbesserungen zum Ziel; dies waren zum Beispiel Lohnforderungen infolge Verteuerung der Lebensmittel, die Forderung des 8-Stunden-Tages, der Bruderladenreform usw.

(III. 2c) 52 Protokoll über die Verhandlungen des IV. Unionstages.

53 Glück auf! 43/1913, S. 1.

54 Glück auf! 45/1913, S. 6.

55 Die Überraschung spiegelt sich deutlich im Artikel des "Glück auf!" wieder (2/1914, S. 1): "Ein Neujahrsgeschenk für die österreichischen Bergarbeiter. Ein wirkliches Neujahrsgeschenk? Der obige Titel ist keine Ironie, keine Enttäuschung, sondern er enthält wahre Wirklichkeit. Es ist ein seltenes Glück für unser Fachblatt, das seinen Lesern einmal etwas Freudiges berichten kann auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung ..."

56 Dieser Einwurf des tschechischnationalen Reichratsabgeordneten Dürich zeigt, daß auf dieser Seite eindeutig nationalistische Bestrebungen im Vordergrund standen, selbst wenn damit dringend erforderliche soziale Reformen, die die Menschen aller Nationen in Österreich-Ungarn betrafen, verhindert wurden. Glück auf! 13/1914, S. 1 .

57 Das Gesetz ist abgedruckt in Glück auf! 16/1914, S. 1/2.

58 Adolf Pohl (geb. am 11.3.1875 in Neuhammer, Erzgebirge, gest. am 30.4.1933, also drei Wochen nach Jarolim) war im Jahr 1896 der Bergarbeiterorganisation beigetreten. Er wurde 1903 Mitglied

der Union und war bis zu seiner hauptberuflichen Tätigkeit für die Union als Vertrauensmann für das Revier Falkenau-Elbogen verantwortlich. Nach der Einberufung in den Kriegsdienst kehrte Pohl im September 1915 als "Austauschinvalide" zurück. Durch ihn und Franz Ebert konnten die Geschäfte der Union hauptsächlich aufrechterhalten werden, da die meisten anderen Funktionäre ins Feld beordert worden waren. "Sein Name wurde im Jahr 1916 vor allem durch den Arbeitertag in Wien bekannt, auf dem er eine erschütternde Anklagerede über die Leiden der Bergarbeiter hielt". Daraufhin wurden sog. Beschwerdekommissionen eingerichtet, die den Bergarbeitern in vieler Hinsicht Hilfe brachten. Pohl wurde wohl nicht zuletzt dieses Verdienstes wegen auf dem V. Unionstag zum Stellvertreter des Obmannes Jarolim gewählt. Seit 1910 war Pohl auch Abgeordneter der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der 1. Tschechoslowakischen Republik. Sudeten-Jahrbuch der Seliger-Gemeinde 1963, Stuttgart, S. 62-65, - Auszug aus dem Protokoll über die Verhandlungen des I. deutschösterreichischen Arbeitertages 1916, Arbeiterheim, Wien: Pohl-Rede S. 73 ff .

59 Protokoll des V. Unionstages abgehalten im Arbeiterheim Ottakring Wien vom 25. bis 28. Mai 1918. Turn 1926, S. 18-29. - Das Kriegsleistungsgesetz ist abgedruckt in Glück auf! 34/1914, S. 1/2.

60 Glück auf! 13/1917, S. 1. Es wurden 19 solcher Beschwerdekommissionen eingerichtet, die für das nordwestböhmische Braunkohlenrevier hatte ihren Sitz in Brüx (Most).

61 Glück auf! 42/1914, S. 4; vgl. auch den Aufruf in 34/1914, S. 1.

62 Glück auf! 8/1916, S. 4; die Genannten waren am 21. Februar 1916 einberufen worden.

63 Die Beschwerdekommissionen nahmen ihre Tätigkeit im April 1917 in Angriff, sie waren durch kaiserliche Verordnung vom 18. März 1917 in Kraft gesetzt worden. Glück auf! 13/1917, S. 1 .

64 Glück auf! 27/1917, S. 3; vgl. auch das Kapitel: Lohn- und Lebenshaltung.

65 Glück auf! 17/1917, S. 3.

66 Glück auf! 24/1917, S. 1 und 25/1917, S. 1: Unsere Forderungen zur Übergangswirtschaft nach dem Kriege; außerdem wurde verlangt: 1. Grubeninspektion; 2. paritätischer Einfluß bei der Aufstellung der Dienstordnungen; 3. 8-Stunden-Tag, bei Temperaturen über 30 Grad C. 6 Stunden; Verbot der Sonntagsarbeit; 4. Schutz der Genossenschaftsdelegierten; 5. Berufsgerichte; 6. Mindestlohn (gesetzlich). - Schon im Jahr 1911 war von den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Antrag über die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus im Parlament eingebracht worden. Glück auf! 48/1911, S. 3 .

67 Glück auf! 5/1918, S. 2.

68 Protokoll des V. Unionstages 13; der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

69 Glück auf! 46/1918, S. 1.

Anmerkungen zu Seite 167 - 171

70 Glück auf! 50/1918, S. 3; noch im März 1919 (letzte in der Nationalbibliothek Wien vorhandene Nummern) erschien der "Glück auf!" unter dem Untertitel: Zentral-Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs.

71 Protokoll des VI. Unionstages abgehalten in den "Lindenhofsälen" in Teplitz-Schönau vom 30. August bis 2. September 1920, S. 57. Eine neue Herausforderung für die Sozialdemokratie bedeutete das Entstehen der kommunistischen Partei.

(III. 2d) 1 Glück auf! 16/1893, S. 2; 3/1894, S. 2.

2 Glück auf! 24/1894, S. 1/2; auch 23/1901. Erst nach 1910 ging man ganz zur Hauskassierung über.

3 Im Jargon der Fachpresse und der Bergarbeiter hieß eine solche Versammlung einfach "§ 2-Versammlung". Beispiele für deren Verlauf in Glück auf! 7/1895, S. 6 (Sobochleben-Soběchleby, Doblhoffschächte, Einberufer: Anton Jarolim), 8/1896, S. 7 (Raudnik-Raudniky, Maria Antonischacht, Einberufer: Ferdinand Kleinwächter).

4 Glück auf! 18/1903; auch zitiert bei S c h l e g e l, F.: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917, S. 107.- Ebenfalls H a a s e, Emil: Erfolge und Leistungen der Union der Bergarbeiter. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 51. Vgl. auch M e t z n e r, Max: Die soziale Fürsorge im Bergbau. Jena 1911, S. 59 ff.

5 Abdruck des Gesetzes in Glück auf! 30/1897, S. 1/2 und 1/1898, S. 1/2 (Forts.).

6 Glück auf! 4/1897, S. 2; auch 10/1896, S. 4/5: Die Zwangsgenossenschaften für den Bergbau.

7 Glück auf! 16/1899, S. 2.

8 So waren bei der Abfassung von neuen Dienstordnungen die Vorschläge der Gruppe II der Bergbau-Genossenschaften (Arbeitervertreter) einfach ignoriert worden (Glück auf! 23/1904, S. 1), bei Lohnforderungen wurde den Genossenschaftsdelegierten noch 1911 die Zuständigkeit darüber einfach abgesprochen; nach Ansicht der Unternehmer durfte nur in Verhandlung mit den einzelnen Betriebsleitungen über Lohnfragen gesprochen werden. Man versuchte damit ein gemeinsames Handeln der Bergarbeiterschaft über mehrere Schächte und über ein ganzes Revier hinweg zu verhindern.

9 So kam es, daß die Bergarbeiterorganisation erst durch die 1917 eingerichteten Beschwerdekommissionen als Verhandlungspartner des Staates und damit auch zwangsläufig der Unternehmer anerkannt wurde.

10 Glück auf! 23/1904, S. 1.

11 Glück auf! 31/1918, S. 1/2 und 32/1918, S. 1/2: Ist die Bergbau-Genossenschaft ein Organisationsersatz?

Anmerkungen zu Seite 171 - 174

12 Glück auf! 40/1912, S. 3/4; die Gruppe I (Arbeitgeber) brauchte nach dem Statut der Bergbau-Genossenschaft sich auf Verhandlungen überhaupt nicht einzulassen.

(Die Bruderladen)

1 Vortrag von Dr. Leo Verkauf auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Jahres 1894, abgedruckt in Glück auf! 9/1894, S. 2-4 und 10/1894, S. 2/3 (Forts.).

2 B r á f, Albin: Studien über Nordböhmische Arbeiterverhältnisse. Prag 1881, S. 44.

3 In den Revierbergamtsbezirken Teplitz, Brüx, Komotau und Falkenau gab es in den 1870er Jahren über dreißig Bruderladen. B r á f 42 .

4 Vgl. dazu den Abschnitt: Die Ausstände (Streiks) im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Bráf hatte die genannte Revierbruderlade als vorbildliche Einrichtung hingestellt. B r á f 44.- Vgl. dazu auch: Jahresbericht der Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revierbruderlade für das Jahr 1888.- Dieser gehörten im Jahr 1888 immerhin schon insgesamt 39 Werke an.

5 Glück auf! 10/1894, S. 2/3.

6 W e i z s ä c k e r / Z i m m e r: System des tschechoslowakischen Bergrechts unter Berücksichtigung des österreichischen. Prag 1933, S. 195/196.- Gesetz vom 28.7.1889, RGBl Nr. 127.- Glück auf! 28/1898, S. 3.

7 Glück auf! 1/1891, S. 3.

8 Glück auf! 4/1892, S. 27.

9 Glück auf! 2/1893, S. 2/3.

10 Glück auf 3/1893, S. 5/6.- 5/1893, S. 3.

11 Glück auf! 1/1894, S. 1; dazu wurde auch eine Unterschriftenaktion durchgeführt (Glück auf! 2/1894, S. 2/3 - Bruderladenkonferenz in Graupen-Krupka).

12 Glück auf! 8/1895, S. 4 und 9/1895 (Forts.).

13 Glück auf! 11/1896 und 11/1895, S. 1.

14 Glück auf! 10/1895, S. 4 (Konferenz vom 16.5.1895 in Pilsen); auch 11/1895, S. 1.

15 Die Bergarbeiter waren bei den Bruderladen auch in der Hinsicht benachteiligt, daß die übrige Arbeiterschaft in die Unfallversicherung nur 10 % der Gesamtbeiträge einbringen mußte, den Hauptanteil (90 %) zahlten per Gesetz die Unternehmer. Das Verhältnis bei den Bruderladen lautete 50 : 50.

16 Statuten der Central-Bruderlade für Nordwest-Böhmen (genehmigt von der k. k. Berghauptmannschaft Prag am 21. Februar 1895).

17 Glück auf! 1/1905, S. 1-4.

Anmerkungen zu Seite 174 - 177

18 Glück auf! 15/1904, S. 6.

19 Glück auf! 38/1912, S. 1.

(III.2e) 1 W e i s s, Richard: Sozialistische Maifeier und Volksbrauch. In: (Schweizer Monatsschrift) "Du". Mai 1943. Sonderabdruck S. 3-7, hier S. 3.

2 Besonders in Österreich galt der 1. Mai in bürgerlichen Kreisen als Feiertag. M o m m s e n, Hans: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963, S. 165 .

3 N i l s s o n, Martin P.: Der erste Mai. In: Hessische Blätter für Volkskunde, Band 49/50 (1958), S. 203-206, hier S. 205.

4 1. Mai 1980 in Nordwestböhmen. In: Prager Volkszeitung Nr. 18 vom 30. April 1975.

5 Nicht überall wurde den Arbeitern die Teilnahme erlaubt, auf mehreren Gruben wurde auch gearbeitet. L i l l, Rudolf: Oberleutensdorf. Ein Beitrag zur Heimatkunde. Oberleutensdorf 1923, S. 81 .

6 S t r a u s s, Emil: Von Hainfeld bis zum Weltkrieg. Prag 1926, S. 32 .

7 B r a u n e r, Michael J.: Brüxer Gedenkbuch. Zeittafel geschichtlicher Ereignisse und Denkwürdigkeiten der kgl. Stadt Brüx aus alter und neuer Zeit. 2. Band: Brüx im 19. Jahrhundert. Brüx 1901, S. 73.

8 L i l l 81.- D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Band 1. Wien 1929, S. 253; auch Glück auf! 8/1895, S. 1 (Rückblick auf den 1. Mai 1890).

9 Glück auf! 1/1891, S. 3.

10 Glück auf! 8/1891, S. 62.

11 S t r a u s s II, 35.

12 Glück auf! 9/1897, S. 6.

13 Glück auf! 14/1899, S. 6; 17/1899, S. 6; 18/1903, S. 4.

14 Glück auf! 9/1894, S. 5.

15 Glück auf! 14/1898, S. 2.

16 Glück auf! 20/1917, S. 4.

17 Glück auf! 16/1918, S. 1.

18 Glück auf! 16/1916, S. 2.

19 Glück auf! 14/1900 in Eichwald (Dubí), in Wistritz (Bystřice) und in Karbitz (Chabařovice).

20 Glück auf! 14/1906, S. 7.

21 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen so-

zialdemokratischen Partei, abgehalten in Reichenberg vom 19. bis 24. September 1909. Wien 1909, S. 25.

22 Glück auf! 15/1899, S. 5.

23 W e i s s 7.

24 Inserate für diese Artikel finden sich meist in den Aprilausgaben des Fachblattes. Beispiele in 11/1902, S. 8; 13/1910, S. 8.

(III. 2f) 1 L i d t k e, Vernon: Die kulturelle Bedeutung der Arbeitervereine. In: Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. S. 146-159, hier S. 146.

2 Vgl. auch: Die Arbeitervereine in Österreich nach dem Stande vom 31. December 1900; folgende Arten von Vereinen wurden gegründet: Bildungsvereine, Gesangsvereine, Geselligkeitsvereine, Konsumvereine, Turnvereine, Lesevereine. Die im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier entstandenen Vereine bevorzugten folgende zusätzliche Bezeichnungen zum Vereinsnamen: "Solidarität"; "Lassalle"; "Selbstkraft"; "Freisinn"; "Vorwärts"; "Fortschritt"; "Josef Schiller"; "Gleichheit"; "Eintracht"; "Lichtstrahl"; "Freie Sänger"; sie weisen auf die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hin.

3 Die Hüttenarbeiter stellten nur eine geringe Zahl der Mitglieder innerhalb der Bergarbeiterorganisation; selbständige Bestrebungen dieser Branche sind innerhalb der vorliegenden Untersuchung jedenfalls nicht bekannt geworden.

4 Glück auf! 13/1892, S. 91/92: Die Bedeutung der Fachvereine.

5 So § 3 der Statuten im Glück auf! 7/1893, S. 4.

6 Glück auf! 21/1894, S. 1.

7 Glück auf! 18/1892, S. 1 und 4/1893, S. 4 (Forts.): An die Frauen der Bergarbeiter.

8 Glück auf! 5/1893, S. 5/6 und 49/1911, S. 4/5.

9 Glück auf! 19/1891, S. 149: Was sollen die Frauen lesen? Als Beispiele geeigneter Literatur wurden dort angeführt:

Titel	Verfasser(in)
Am Webstuhl der Zeit	Dr. A. Otto-Walster
Aus dem Reiche des Tantalus	W. C. Rosenberg
Stefan von Grillenhof	Minna Kautsky
Sybil	Natalie Liebknecht
Die Orthodoxen	Friedrich Friedrich

10 Glück auf! 2/1894, S. 6.

11 Der Arbeiterfreund 18/1877: Bericht über die Gründung des Arbeiter-Bildungsvereins Görkau (Jírkov); der Pfarrer war Ehrenmitglied des Vereins.

12 Beispiele dafür in: Glück auf! 15/1892 (Tschausch-Souš); 2/1909, S. 7 (Bilin-Bílina) und 5/1914, S. 7 (Probstau-Proboštov).

Anmerkungen zu Seite 189 - 196

13 Glück auf! 17/1897, S. 3; 24/1914, S. 6.

14 Glück auf! 8/1893, S. 7/8.

15 Im Jahr 1905 beispielsweise wurde der Verband der Arbeiter-Turnvereine Österreichs gegründet, der diesen Aufschwung dokumentiert. Gerade in den Jahren 1900-1910 wurde das Angebot an zu betreibenden Sportarten merklich erweitert. Seit dem Jahr 1900 hatten Schwimmen und Gewichtheben in die Turnbewegung Eingang gefunden, seit 1905 der Fußball, seit 1906 das Ringen, seit 1908 Faustball und seit 1909 das sog. "volkstümliche Turnen" (Laufen, Springen, Werfen). 70 Jahre Arbeitersport in Österreich 1892-1962. Wien 1962 .

16 Glück auf! 8/1891.

17 Glück auf! 26/1914, S. 2/3, hier S. 2: Die Bildungsbestrebungen unserer Zentralorganisation.

18 Glück auf! 2/1914, S. 2: Die Bibliothek unserer Union.

19 Glück auf! 8/1892, S. 60; 14/1893, S. 7; der Fachverein Modlan (Modlany) besaß 200 Bücher, der in Sobochleben (Soběchleby) bei 30 Mitgliedern 71 Bücher. Die Berichte der Bibliothekare waren obligatorischer Bestandteil der Generalversammlungen, wurden aber nur selten im Fachblatt erwähnt.

20 Glück auf! 2/1908, S. 8; die Ortsgruppe Karbitz (Chabařovice) besaß übrigens im "Arbeiterheim", einem Gebäude, welches von der Consum-Genossenschaft erworben worden war (Glück auf! 8/1904), ein kulturelles Zentrum, durch das die Stärke der Ortsgruppe sowie deren außerordentliche Aktivität zu erklären sein dürfte.

21 Glück auf! 8/1892, S. 60.

22 Glück auf! 2/1909, S. 7; auch 3/1909, S. 6 und 9/1909, S. 7 (Forts.); die Vorträge fanden jeweils an Sonntagnachmittagen um 15 Uhr statt.

23 Glück auf! 8/1893, S. 7 und 9/1893, S. 7.

24 Glück auf! 27/1905, S. 7; dieser Antrag hatte in Karbitz (Chabařovice) zu einigem Aufruhr geführt. Die Antragsteller wurden auf das Rathaus bestellt. Dort hatten sich Anhänger der deutschen nationalen Bewegung versammelt, darunter auch der ehemalige Sozialdemokrat Hackel, der Führer der deutschnationalen Bergarbeiterbewegung. Diese beschimpften die Tschechen. Die Adressen und Namen der Antragsteller wurden von den Gemeindehonoratioren an die Unternehmer und Hausbesitzer gemeldet, worauf die tschechischen Bergarbeiter entlassen und ihnen die Wohnungen gekündigt wurden. Glück auf! 28/1905, S. 7 .

25 Glück auf! 9/1893, S. 7.

26 Glück auf! 33/1907, S. 7 und 30/1901, S. 8.

27 Glück auf! 34/1907, S. 8.

28 Die Freiheit - Organ der socialdemokratischen Arbeiterschaft für den Teplitz-Saazer Kreis Nr. 11/1898, S. 3 (Beilage). - Glück auf! 13/1908. S. 6 und 32/1908.

Anmerkungen zu Seite 187 - 189

29 Glück auf! 28/1902 (Nachruf); es handelt sich um das Stück: Die Beschwerden des Herrn Directors (Untertitel: Dramatisches Bild aus dem Bergmannsleben in einem Act). Von Josef Griesmann (übersetzt von Josef Cerwenzl). Das Stück schildert in sieben Auftritten die verschiedenen Menschencharaktere und die Hierarchie auf einer Grube: ein Spitzel, der wenig arbeitet, erhält hohen Lohn; ein kranker Bergmann bittet den Direktor um einen Genesungsaufenthalt durch die Bruderlade, wird aber barsch abgewiesen; ein Betriebsleiter unterschlägt Löhne und teilt den "Gewinn" mit dem Direktor der Grube; eine Witwe muß aus ihrer Wohnung in der Kolonie ausziehen, da hier nur arbeitsfähige Menschen untergebracht werden (Glück auf! 35/1902).

30 Dieses Lied sowie noch ein anderes ("Die Arbeit") fanden auch Eingang in die deutsche Arbeiterbewegung: "Beide Lieder wollen die Befreiung der Arbeit. Das bedeutet dem Arbeiter nichts anderes als seine eigene Befreiung". N e s p i t a l, Margarete: Das deutsche Proletariat in seinem Lied. Diss. Rostock 1932, S. 44 ff. Nespital betont, daß die große Verbreitung des "Liedes der Arbeit" nur daraus zu erklären sei, daß der Arbeiter - wohl auch infolge des gemeinsamen Singens - mehr dabei empfand, als es eigentlich aussagte. Zum Problem Arbeiterlied und Volkslied siehe auch S t e i n i t z, Wolfgang: Arbeiterlied und Volkslied. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, 12/1966, S. 1-14 und L a m m e l, Inge: Das deutsche Arbeiterlied. Leipzig/Jena/Berlin 1962. - Das "Lied der Arbeit" ist abgedruckt in: Proletarier Liederbuch. Wien 1891, S. 5-7.

31 Es sei in diesem Zusammenhang auch auf das Problem hingewiesen, daß keine komplette Mitgliederstatistik eines einzelnen Vereines über mehrere Jahre hinweg zu erstellen war. Die Mitgliedszahlen wurden im "Glück auf!" nicht immer und nicht vollständig veröffentlicht; erst nach der Gründung der Union im Jahr 1903 kamen jeweils für die Jahre, in denen die Unionstage stattfanden, Übersichten über die Stärke der Vereine an die Öffentlichkeit. Nach der Anzahl der abgerechneten Beiträge wurde die Delegiertenzahl bestimmt.

32 Glück auf! 9/1915, S. 3 (Brief eines Mitglieds der Ortsgruppe Hohenstein-Unčín); 6/1917, S. 4 (Brief eines Mitglieds der Ortsgruppe Bergesgrün-Chudeřin).

33 Glück auf! 1/1893, S. 5; man nannte diese Bestimmung das sog. "Teplitzer Gesetz". Dagegen wurde auf dem 3. Kongreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Tschausch (Souš) Klage geführt.

34 Glück auf! 19/1908, S. 8 und 21/1908, S. 7.

35 Glück auf! 15/1908, S. 7; der Boykott erstreckte sich über fast ein ganzes Jahr.

36 Glück auf! 32/1901, S. 7.

37 Glück auf! 38/1910, S. 7, und zwar laut Mitteilung des Vorstandes: "An die geehrten Mitglieder des Arbeiter-Konsum-Vereines in Karbitz. Laut Beschluß der gemeinschaftlichen Sitzung vom 8. September werden die P. T. Mitglieder in Kenntnis gesetzt, daß die laut

Statut § 13 einzuberufende Generalversammlung nicht an dem vorgeschriebenen Termin abgehalten werden kann, da der Neubau im Gasthaus Arbeiterheim in Karbitz erst mit Ende Oktober fertiggestellt sein wird und im Saale der Turnhalle in Karbitz nicht tschechisch gesprochen werden darf, mithin unsere Verhandlungen beschränkt wären. Wir fühlen uns verpflichtet, dies zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Der Vorstand."

38 Glück auf! 8/1898, S. 5; 10/1891.

39 H e i l f u r t h, Gerhard: Fest und Feier. In: Wörterbuch der Soziologie. 2. neubearbeitete Auflage. Stuttgart 1969, S. 275-277, hier S. 275.

40 Der Arbeiterfreund 13/1881.

41 Glück auf! 11/1892, S. 84.

42 G r o s s m a n n, Stefan: Die Feste der Arbeiter. In: Der Kampf. Jg. 1, 4. Heft, S. 182-184, hier S. 182.

43 Glück auf! 31/1914, S. 6.

44 Glück auf! 24/1909, S. 7; besonders betroffen fühlten sich die Bergarbeiter von den sog. Bergmannstagen, die von den Bergwerksbesitzern im Abstand von einigen Jahren veranstaltet wurden. Die Bergarbeiter selbst blieben davon jedoch gänzlich ausgeschlossen. Im "Glück auf!" (26/1899, S. 1) heißt es zu einer solchen Veranstaltung: "Die Bergarbeiter und der Pseudo-Bergmannstag. Am 3. d. M. Vormittag fanden sich in Turn im Garten des "Wilhelmsthal" mehr als 600 Bergarbeiter zusammen, um gegen die Anmaßung jener Herren zu protestieren, welche ihre Kneiperei mit dem Namen Bergmannstag belegen."

45 Glück auf! 27/1914, S. 8.

46 Beispiel: Von einer lustigen Gesellschaft bei einer Kindstaufe bei einem Rundgesang 25 Kr. Glück auf! 3/1894 .

47 Glück auf! 11/1893, S. 10.

48 H r u b y, Karel: Kirche und Arbeiter. In: Seibt, F. (Hrsg.): Bohemia Sacra. Das Christentum in Böhmen 963-1973. Düsseldorf 1974, S. 258-268, hier S. 264.

49 Glück auf! 26/1914, S. 2/3, hier S. 2; Die Bildungsbestrebungen unserer Zentralorganisation.

50 Glück auf! 12/1899.

51 Der Bericht hatte folgenden Wortlaut: "Bilin. Zu welchen Zwecken die Bergarbeiter, resp. zu welchen Zwecken sich die Bergarbeiter verwenden lassen, kann man hier am Fronleichnamszug sehen. Die fürstlich Lobkowitz'schen Bergarbeiter der Ruduzaizechen I und II haben am 1. Mai größtentheils gearbeitet, aber an dem genannten Tage waren sie zur Staffage sofort zu haben. In bergmännischer Uniform - ja die Uniform - bildeten sie Spalier bei dem Umzuge. Früh 8 Uhr werden sie in die Zentralkanzlei bestellt, dort bekommen sie die Uniform. ... Nach der Ceremonie geht es zurück in die

Anmerkungen zu Seite 193 - 197

Kanzlei, wo sie pro Mann eine Krone erhalten". Glück auf! 17/1899, S. 7.

52 Glück auf! 7/1893, S. 1.

53 Glück auf! 12/1893.

54 Zur hl. Barbara als Patronin der Bergleute: H e i l f u r t h, Gerhard: St. Barbara als Berufspatronin des Bergbaues. Ein Streifzug durch ihren mitteleuropäischen Verehrungsbereich. In: Zeitschrift für Volkskunde. 53. Jg., 1956/57, S. 1-64. - S c h n e i d e r, Ernst: Die heilige Barbara in Glauben und Brauch der Bergleute. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. Jg. 5 (1953), Heft 4-6, S. 4-7.

55 Glück auf! 35/1905, S. 7.

56 Der Radikale 9/1884, 2. Jg.

57 Glück auf! 1/1900, S. 6.

58 Glück auf! 35/1905, S. 7.

59 Glück auf! 33/1902, S. 8 und 34/1902, S. 7. Nr. 34 erschien gerade am Barbara-Tag. Diese Gelegenheit wurde dazu genutzt, "der Schutzpatronin der Bergarbeiter zu gedenken". Man druckte bei diesem Anlaß das Gedicht "Die heilige Barbara" (Verfasser: v. Packisch; Quelle: Liederbuch für Berg- und Hüttenleute, hrsg. vom Berg- und Hüttenmännischen Verein, 5. Auflage 1889) ab. Dabei versäumte man es allerdings nicht darauf hinzuweisen, daß o. a. Verein aus Werksbesitzern und höheren Werksbeamten bestand. Eigene Schöpfungen aus Bergarbeiterkreisen (Arbeiterdichter) scheinen also nicht vorhanden gewesen zu sein.

60 Glück auf! 20/1897, S. 4.

61 Glück auf! 20/1894, S. 5.

62 Glück auf! 17/1894, S. 5.

63 Glück auf! 6/1898, S. 5.

64 Glück auf! 7/1908, S. 7.

65 Glück auf! 38/1910, S. 7.

66 Glück auf! 1/1910, S. 4.

67 Glück auf! 50/1910, S. 7.

68 Glück auf! 24/1899, S. 5.

69 Glück auf! 28/1902, S. 3; 29/1902, S. 7.

70 Glück auf! 27/1914, S. 8.

71 Glück auf! 45/1914, S. 4.

72 T e n f e l d e, K.: Bergmännisches Vereinswesen. In: Reulecke/Weber: Fabrik-Familie-Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978, S. 315-344, hier S. 344.

ANHANG

Der Anhang enthält:

1. Übersicht über die Entwicklung der Gesamtbelegschaft im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier.
2. Gliederung der Berufstätigen in den politischen Bezirken des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers (1900).
3. Die politischen Bezirke Böhmens mit stärkster Vertretung der Berufstätigen im Bergbau und Hüttenwesen (1900).
4. Auszüge aus dem Arbeitsbuch des Bergarbeiters Alois Frank sen. (aus: Frank, Alois Erinnerungen eines Bergmannes, Brandlorenzen 1968); die Originalunterlagen befinden sich im Besitz des Sohnes des o.a. früheren Bergmannes (+), Alois K. Frank, Krummer Weg 47, 7950 Biberach/Riß. Die Wiedergabe der Auszüge wurde von Alois K. Frank freundlicherweise genehmigt.
5. Statuten des politischen Vereins "Karl Marx" (Teplitz 1896) nebst Mitgliedskarte eines Bergmannes, deutsch und tschechisch.
6. Statuten des Arbeiter-Turnvereines "Einigkeit" für Klostergrab und Umgebung (1907); deutsch und tschechisch.
7. Die Entwicklung der Bruttolöhne in den Revier-Bergamtsbezirken Teplitz, Brüx und Komotau für Häuer und Förderer in den Jahren 1886-1910.
8. Vergleich der Brutto-Durchschnittslöhne von Häuern/Förderern und Aufsichtsorganen.
9. Die Wochenlöhne der Bergarbeiter und die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (1882-1921), aus: Bergarbeiter-Kalender 1923, hrsg. von der Union der Bergarbeiter, 9. Jg., Turn 1923.
10. Haushaltslisten von Bergarbeitern aus den Jahren 1892, 1898, 1906 1911 und 1915.
11. Der relative Verbrauch von Lebensmitteln nach der Menge (pro Kopf und Monat) in kg, l und Stück (berechnet nach den Haushaltslisten).
12. Der Anteil der einzelnen Lebensmittel(gruppen) (in %) an den Gesamtausgaben für die Nahrung (berechnet nach den Haushaltslisten).
13. Die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnen (Miete) in % der Gesamtausgaben (berechnet nach den Haushaltslisten).

ÜBERSICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER GESAMTBELEGSCHAFT IM NORDWESTBÖHMISCHEN BRAUNKOHLENREVIER

Jahr	Türp	Pollack	Bráf	Weber
1865	3716	3716	-	-
1867	-	3805	-	-
1869	-	-	4458	5138
1870	4818	-	-	-
1871	-	6444	6444	-
1873	-	9427	9427	-
1874	-	-	10072	-
1875	9427	-	10495	-
1876	-	10661	10661	-
1877	-	-	10425	-
1878	-	-	11033	-
1879	-	11235	11235	-
1880	11694	-	-	11694
1883	-	12532	-	-
1885	13226	13226	-	-
1890	18248	18238	-	-
1894	21506	-	-	-
1899	25566	-	-	-
1900	-	-	-	26348
1902	25592	-	-	-
1903	26731	-	-	-
1910	-	-	-	28389
1913	29000	-	-	-
1921	39872	-	-	34218

Quellen: siehe Literaturverzeichnis

DIE GLIEDERUNG DER BERUFSTÄTIGEN IN DEN
POLITISCHEN BEZIRKEN
DES NORDWESTBÖHMISCHEN BRAUNKOHLENREVIERS
(31. Dezember 1900)

(aus: Rauchberg, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen, Bd. II, S. 218-227)

Gruppe	I-III Land-, Forst-wirtsch.	IV Bergbau Hüttenw.	V Steine Erden	VI-VIII Metall Masch.	IX Chemie	X Bau	XI graph. Gew.	XII Textil	XIII Papier Leder
Aussig	20,30	7,20	4,00	6,60	6,25	6,35	0,50	4,00	0,80
Brüx	16,00	27,60	2,00	6,10	0,30	3,70	0,20	3,00	0,60
Dux	22,00	29,90	6,40	4,30	0,10	6,80	0,20	0,50	0,50
Komotau	28,70	8,20	2,05	5,80	0,30	6,10	0,25	6,30	1,00
Teplitz	8,30	12,90	9,70	6,80	0,60	6,50	0,80	5,80	1,80

Gruppe	XIV Holz	XV, XVI Nahrung, Genuß, Getränke	Sonst.	Industrie gesamt	XIX-XXVII, XXX Handel, Banken, Verkehr, öffentl. D.	XXVIII von Rente Lebende	XXIX in Berufs-vorber.
Aussig	2,50	8,90	5,00	52,10	21,60	4,40	1,60
Brüx	3,80	5,40	6,70	59,40	19,30	3,90	1,40
Dux	1,20	4,40	3,80	58,10	15,10	3,90	0,90
Komotau	2,60	6,10	5,90	44,60	21,00	4,55	1,15
Teplitz	3,90	6,00	9,20	64,00	22,70	3,80	1,20

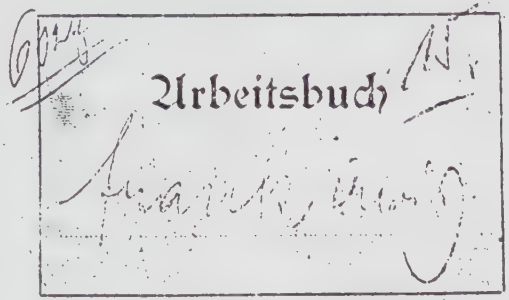
(Angaben in %)

DIE POLITISCHEN BEZIRKE MIT STÄRKSTER VERTRETUNG DER HAUPTBERUFSGRUPPE IV (BERGBAU- UND HÜTTENWESEN):

Bezirk	Berufstätige absolut	in %	von 100 Staatsangehörigen (österr.) sprechen (in %) deutsch	tschechisch
Dux	10 806	29,90	79,30	20,50
Kladno	7 917	28,30	0,70	99,30
Brüx	8 885	27,60	75,50	24,50
Falkenau	6 305	16,60	98,90	1,00
Teplitz	4 960	12,90	89,65	10,35
Pribram	4 170	12,60	0,20	99,80
Schlan	5 909	12,10	0,20	99,80

(nach: Rauchberg, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Erster Band, Leipzig 1905, S. 490)

Hinweis: Die Zahlen wurden auf- bzw. abgerundet.



Druck und Verlag von Dr. Karl Pickert in Leitmeritz.
1891.10.2.12. — K.-H. 464.

Dieses Buch besteht aus 38 paraphierten Oktavblättern.

Seite 2 und 3 enthält die Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Hilfsarbeiters.

Seite 4 bis 9 sind bestimmt für allfällige Eintragungen von Reiselegitimationsklauseln.

Seite 10 bis 69 sind bestimmt für die Eintragung der Arbeits-, beziehungsweise Lehrverhältnisse.

Seite 71 bis 76 enthalten die Vorschriften in Betreff der Arbeitsbücher.

2

Nr. 122.

[illegible]buch
für

Vor- und Zuname: [illegible] Franke

Geburtsort: ~~[illegible]~~ [illegible]

Geburtsjahr: 18 3./4. 99. [illegible]

Heimatsgemeinde: Bartelsdorf

Politischer Bezirk: Komotau

Stand (ob ledig oder verheiratet): ledig

Religion: r. k.

Beschäftigung: Bergarbeiter

Statur: [illegible]

Gesicht: rund

Haare: braun

Augen: blau

Mund: proportioniert

Nase: stumpf

Besondere Kennzeichen: —

Namensfertigung des Hilfsarbeiters:

Fertigung der ausstellenden Gemeindebehörde:

Gemeindeamt Bartelsdorf
am 11. April 1913.
Siegel.

[illegible] Schubert [illegible]

[illegible] 3

Zusätze [illegible]
für jugendliche Hilfsarbeiter, beziehungsweise Lehrlinge.

[illegible] BARTELSDORF BEZ. KOMOTAU

Auskunft über die Schulverhältnisse und die erworbene Schulbildung: 4 Kl. d. [illegible]
mit [illegible] Erfolge

Name und Wohnort des Vaters oder Vormundes:
[illegible] Franke in Bartelsdorf

Die Zustimmung zur Eingehung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses ist erfolgt*)

von Seite des Vaters:

von Seite des Vormundes:

von Seite der Aufenthaltsgemeinde: [illegible]

GEMEINDEAMT BARTELSDORF

*) Anmerkung: Hier ist ersichtlich zu machen, ob das Arbeitsbuch mit Zustimmung des Vaters oder des Vormundes, oder, wenn eine solche nicht zu beschaffen ist, nach § 20 al. 2 Gewerbe-

Name, Gewerbe und Standort des Arbeitgebers beziehungsweise Lehrherrn (Bei Lehrlingen auch die Bedingungen des Lehrvertrages)	[illegible]
Britannia Kohlenwerke Ges. m. b. H. Seestadtl bei Brüx.	15/IV. 1913

Datum des Austrittes	Zeugnis
12. Mai 1915	Hat als Grubenjunge zur Zufriedenheit gearbeitet. Britannia Kohlenwerke Ges. m. b. H. Seestadtl bei Brüx. J. Gerlich

12 | 13

Name, (…)be und Standort des Arbeitgebers, beziehungsweise Lehrherrn (Bei Lehrlingen auch die Bedingungen des Lehrvertrages)	Datum des Eintritts	Datum des Austrittes	Zeugnis
	13. 5. 1915	9. 11. 1918.	Als ~~Hausen~~ Küster … zur Zufriedenheit Freiburg 9/4/19 … [stamp: illegible] [signature: illegible]

15

Name, Gewerbe und Standort des Arbeitgebers, beziehungsweise Lehrherrn (Bei Lehrlingen auch die Bedingungen des Lehrvertrages)	Datum des Eintritts	Datum des Austritts	Zeugnis
Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx. Betriebsleitung Kommern	27/11. 1918	8/10. 1925	Hat als Schlosser zur Zufriedenheit gearbeitet. Betriebsleitung Fortuna-Schacht

16

Name, Gewerbe und Standort des Arbeitgebers, beziehungsweise Lehrherrn (Bei Lehrlingen auch die Bedingungen des Lehrvertrages)	Datum des Eintrittes
Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx. Kommern [illegible]	6. Dezember 1921

17

Datum des Austrittes	Zeugnis
2. November 1923	Hat als Abraumhäuer zur Zufriedenheit gearbeitet. [illegible signature]

5248 Přistoupil 4/1/95

Im Namen Gottes „Glück auf!“

Mitgliedsbuch

der

Zentralbruderlade für Nord-West-Böhmen

für das vollberechtigte Mitglied

Ve jmenu Božím „Zdař Bůh!“

Členská knížka

a

výtah ze stanov ústřední bratrské pokladny

pro

severozápadní Čechy

pro člena s plným právem

Matrikel-Folio: — Číslo matriky:

Fe 177622

Frank Alois

Für die Ausfertigung des Mitglieds-Buches, sowie für die Eintragungen während der Mitgliedschaft gelten die im § 10 des Statutes getroffenen Bestimmungen. Jedes Mitglied ist nach § 11 des Statutes verpflichtet, behufs richtiger Führung und Evidenzhaltung der Bruderladematrikel alle erforderlichen Daten vollständig und wahrheitsgetreu anzugeben und die während der Mitgliedschaft in dieser Hinsicht eintretenden Veränderungen, als Verheiratungen, Geburten, Todesfälle, Ehescheidungen usw. im Wege der zuständigen Werksleitung bei der Anstalt rechtzeitig zur Anzeige zu bringen, widrigens das betreffende Mitglied beziehungsweise dessen Angehörige, die durch diese Unterlassung aus dem Versicherungsverhaltnisse sich ergebenden Nachteile zu gewärtigen haben. Wer wissentlich falsche Angaben macht, verfällt überdies einer angemessenen vom Vorstande zu bestimmenden Geldstrafe von 2 bis 10 K, sofern diese Handlungsweise nicht im Grunde des Strafgesetzes straffällig wird.

Von dem Mitgliede bemerkte Unrichtigkeiten in den Eintragungen der Bruderlade oder Werksleitungen sind dem letzteren sofort zur Richtigstellungsveranlassung zu melden.

Co se týče vyhotovení členské knížky a zapisování zaplacených příspěvků po čas členství platí v § 10. uvedená pravidla.

Každý člen je podle § 11. povinnen, udati úplná a věrohodná data, jichž k správnému vedení matrik a k vedení evidence zapotřebí jest, jakož i v čase jeho členství se přihodivší, jej samého se týkající změny, jako oženění, porody, umrtí, rozvody a. t. d. prostřednictvím příslušné důlní správy, ústavu v čas ohlásiti, an by dotyčný, člen, po případě členové jeho rodiny, následkem tohoto opomenutí z poměru pojištění vyplývající újmy nadlíti se mohli.

Kdo vědomě nepravá udání učiní, propadne zároveň pokutě 2—10 K, již představenstvo ústavu určí, nepodléhá-li toto jednání trestnímu zákonu.

Shledá-li majitel členské knížky nějaký omyl anebo nesprávnosti v členské knížce, má to ihned správě závodu k opravě ohlásiti.

Angemeldete Daten des vollberechtigten Mitgliedes.
Udaná data člena s plným právem.

1. Vor- und Zuname (deutlich auszuschreiben):
Jméno a příjmení (čitelně psáno): Frank Alois

2. Geboren am (Tag) 3 (Monat) 4 (Jahr) 1899
Narozen (den) (měsíc) (rok)
3. Geboren in (Gemeinde) Schönowitz
Narozen v (obec)
(Bezirk) Komotau (Land) Böhmen
(okres) (země)
4. Zuständig nach (Gemeinde) Görkau
Příslušný do (obec)
(Bezirk) Komotau (Land)
(okres) (země)
5. Beigebrachte Geburts- und sonstige Nachweise:
Přinešený křticí list anebo podobné listiny:

6. Ob ledig, Witwer, gerichtlich geschieden (das Zutreffende beisetzen).
Zdali je svobodný, vdovec, soudně rozvedený (případné poznamenati).
ledig

7. Verheiratet mit (Vorname der lebenden Frau) Verk Marie
Oddaný s (jméno žijící ženy)
am (Tag) (Monat) 19/8. 1922 (Jahr)
(den) (měsíc) (rok)
8. Die Frau ist geboren: Obergeorgenthal
Žena je narozena:
am (Tag) (Monat) 20/7. 1897 (Jahr)
(den) (měsíc) (rok)

Lebende Kinder im versorgungsberechtigten Alter. Žijící děti ve stáří pojištění podléhajícím			
Vorname bezw. auch Zuname / Jméno po případě jméno a příjmení	geboren — narozen: in Ort und Land / obec a země	am Jahr und Tag / den a rok	Anmerkung über Sterbefälle rc. / Poznámka
Alois	Obergeorgenthal	9/2. 1923	

In der Anmerkung ist anzugeben, ob die Kinder erster oder zweiter Ehe sind.
V poznámce budiž udáno, zda jsou to děti z prvního nebo druhého manželství

Eintritt in die vollberechtigte Mitgliedschaft bei der Zentral-Bruderlade für Nordwestböhmen | Vstoupil jako člen s plným pravom do ústřední bratrské pokladny pro severozápadní Čechy

und zwar nach Kategorie / a sice podle oddělení I der Provisionsversicherung / pojištění pensijního

am (Tag) / (den) 15 (Monat) / (měsíc) 4 (Jahr) / (rok) 1913

Wiedereintritt nach Unterbrechungen der aktiven Mitgliedschaft nach § 36 und 53 des Statutes | Opětně vstoupil po přerušení činného členství podle § 36 a 53 stanov

am (Tag) / (den) ...... (Monat) / (měsíc) ...... 1/IV 1918 (Jahr) / (rok) ......

" ...... " ...... " ......

" ...... " ...... " ......

Bestätigung der anrechenbaren Mitgliedszeit bei der Zentralbruderlade für Nordwestböhmen
Potvrzení počítatelných lot členských u ústřední bratrské pokladny:

Bei der Errichtung derselben am 1. März 1893 / Při zřízení ústřední bratrské pokladny 1. března 1893 ...... Jahre / rok ...... Monate / měsíc
Bei dem Uebertritte von einer anderen Bruderlade / Při přestoupení od jiné bratrské pokladny

am (Tag) / (den) ...... (Monat) / (měsíc) ...... (Jahr) / (rok) ...... mit / " ...... Jahren / rok ...... Monaten / měsíci

Bei Standesrevisionen konstatiert (siehe Abschluß der Beitragsabstattung) / Při revisi počtu členů (zjištěno viz summa zaplacených příspěvků)

am (Tag) / den ...... (Monat) / (rok) ...... (Jahr) / (měsíc) ...... mit / " ...... Jahren / rok ...... Monaten / měsíci

" ...... " ...... " ...... " ...... " ......

" ...... " ...... " ...... " ...... " ......

Daten, die durch spätere Eintragungen ungiltig werden, müssen vom eintragenden Beamten durchstrichen und diese Durchstreichung hier mit Unterschrift bestätigt werden. | Dáta která se následkem pozdější-ho zanesení neplatná stala, musí od úředníka, jemuž toto zanášení svěřeno jest, přetržena a jeho podpisem svěřena býti.

....

....

....

....

....

....

Beitragsvorschreibung nach der Versicherungspflicht des Mitgliedes zur Erlangung des Anspruches auf die Provision: | **Předepsaný příspěvek** který člen platiti musí, aby dosáhl nároku na pensi:

nach Tabellen / Podle tabulek: für sich / na sebe K	h	für seine Witwe u. Waisen / na vdovu a sirotky K	h	In Summe bezüglich nach Uebergangsbestimmungen / Úhrnem aneb podle přechodných ustanovení K	h	Datum der Beitragsvorschreibung und Unterschrift des Bruderladenbeamten, der diese Eintragung besorgt / Datum kdy tento příspěvek předepsán byl a podpis úředníka bratrské pokladny, jenž tento příspěvek předepsal
	~~84~~	.		.	~~84~~	
—	84	—	67	1	51	3/4 64 / 1/22 [signature]

Beitragsvorschreibung zur Erlangung des Anspruches auf die freiwillig versicherte Provision, u. z. das ......fache Ausmaß der Kategorie I mit dem Beitritte | **Předepsaný příspěvek** který člen platiti musí, aby dosáhl nároku na ...... násobnou pensi podle oddělení I, na kterou se dobrovolně přihlásil

am (Tag) / (den) ...... (Monat) / (měsíc) ...... (Jahr) / (rok) ......

für sich / na sebe K	h	für seine Witwe und Waisen / na vdovu a sirotky K	h	In Summa / Úhrnem K	h	Datum der Beitragsvorschreibung und Unterschrift des Bruderladenbeamten, der diese Eintragung besorgt. / Datum kdy tento příspěvek předepsán byl a podpis úředníka bratrské pokladny jenž tento příspěvek předepsal

Die Eintragung aller vorstehenden [illegible] Beitrags-Verrichtung des Mitgliedes bezughabenden Daten sind von der Zentralbruderlade übereinstimmend mit der Matrikel vorgenommen.

Veškerá svrchu uvedená na vedení matrik a na placení příspěvků se vztahující dáta zapíše do členské knížky úřednik bratrské pokladny.

Der leitende Beamte:
Řídící úřednik:

C. Nalaus.

Beitrags-Eintragung.

Nach § 10 sind die in die Provisionskasse gezahlten Mitgliedsbeiträge von der zuständigen Werksinhabung in dieses Mitgliedsbuch regelmäßig einzutragen.

Nach § 57 werden die von den Anstaltsmitgliedern zu zahlenden fortlaufenden Monatsbeiträge mittelst Lohn- (Gehalts-) Abzug durch die Werksinhabung eingehoben und mit Hinzufügung des Werksbeitrages monatlich nachhinein an die Anstalt abgeführt.

Für die Zeit von Erkrankungen, wo die Mitglieder keinen Lohn beziehen, sind regelmäßige Provisionskassebeitrage bei Zahlung des Krankengeldes in Abzug zu bringen.

Die Ordnung von Beitragslücken nach Arbeitspausen (in Folge Beurlaubung, Militäreinrückung ꝛc.) hat seitens des Mitgliedes bei jener Werksinhabung zu erfolgen, bei welcher dasselbe nach einer solchen Unterbrechung wieder eintritt und zwar nach den im § 53 enthaltenen Vorschrift des Statuts.

Potvrzení zaplacených příspěvků.

Podle § 10. je příslušná důlní správa povinna, veškeré pensijní pokladně zaplacené příspěvky do členské knížky pravidelně zapisovati.

Podle § 57. odrazí důlní správa běžné měsíční příspěvky od mzdy (služného) a odvede je bratrské pokladně měsíčně pozadu, zároveň s příspěvkem, který platí závod.

V době onemocnění, kdy členové žádné mzdy nedostávají, odrazí se pravidelné příspěvky ku pensijní pokladně při vyplácení podpory nemocenské.

Příspěvky, které člen následkem přerušení poměru služebního (dovelené, povolání k vojsku) dluhuje, může zaplatiti na onem závodu, na kterém opět do práce přijat bude a sice podlo ustanovení v § 53. obsažených.

Im Jahre 1913 / V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse. Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně						Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einkammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten. Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotčeného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka).
	für den laufenden Monat za běžný měsíc		Nachträge doplatky		in Summe úhrnem		
	K	h	K	h	K	h	
Jänner leden							
Feber únor							
März březen							
April duben	84						Britannia Kohlenwerke Ges. m. b. H. Seestadtl bei Brüx.
Mai květen	84						
Juni červen	84						
Juli červenec	84						
August srpen	84						
Septbr. září	84						
October říjen	84						
Novbr. listopad	84						
Decembr prosinec	84						
Jahres-Summe dohromady za celý rok	1008						

Im Jahre 1914 / V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse. Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně						Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einkammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten. Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotčeného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka).
	für den laufenden Monat za běžný měsíc		Nachträge doplatky		in Summe úhrnem		
	K	h	K	h	K	h	
Jänner leden	84						
Feber únor	84						
März březen	84						Britannia Kohlenwerke Ges. m. b. H. Seestadtl bei Brüx.
April duben	84						
Mai květen	84						
Juni červen	84						
Juli červenec	84						
August srpen	84						
Septbr. září	84						Britannia Kohlenwerke Ges. m. b. H. Seestadtl bei Brüx.
October říjen	84						
Novbr. listopad	84						
December prosinec	84						
Jahres-Summe dohromady za celý rok	1008						

Im Jahre 1915 / V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse. Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně						Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einkammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten.) Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotyčného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka.)
	für den laufenden Monat za běžný měsíc		Nachträge doplatky		in Summe úhrnem		
	K	h	K	h	K	h	
Jänner leden		84					
Feber únor		84					
März březen		84					
April duben		84					
Mai květen		84					
Juni červen		84					
Juli červenec		84					
August srpen		84					
Septbr. září		84					
October říjen		84					
Novbr. listopad		84					
Dezembr. prosinec		84					
Jahres-Summe dohromady za celý rok							

Krankenkasse bezahlt.

Im Jahre 1916 / V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse. Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně						Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einkammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten.) Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotyčného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka.)
	für den laufenden Monat za běžný měsíc		Nachträge doplatky		in Summe úhrnem		
	K	h	K	h	K	h	
Jänner leden		84					
Feber únor		84					
März březen		84					
April duben		84					
Mai květen		84					
Juni červen		84					
Juli červenec		84					
August srpen		84					
Septbr. září		84					
October říjen		84					
Novbr. listopad		84					
Dezembr. prosinec		84					
Jahres-Summe dohromady za celý rok							

Im Jahre 1917 V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitglied[illegible] der Provisionskasse Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně: für den laufenden Monat za běžný měsíc K	h	Nachträge doplatky K	h	In Summe úhrnem K	h	Bestätigung [illegible] (Diese erfolgt [illegible] der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten.) Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotýčného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka).
Jänner leden		84					
Feber únor		84					
März březen		84					
April duben		84					
Mai květen		84					
Juni červen		84					
Juli červenec		84					
August srpen		84					
Septbr. září		84					
October říjen		84					
Novbr. listopad		84					
Dezembr prosinec		84					
Jahres-Summe dohromady za celý rok							

Im Jahre 1918 V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně: für den laufenden Monat za běžný měsíc K	h	Nachträge doplatky K	h	In Summe úhrnem K	h	Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einklammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidruckung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten.) Potvrzení správy závodu. (Připojen budiž součet u dotýčného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka.)
Jänner leden		84					
Feber únor		84					
März březen		84					
April duben		84					
Mai květen		84					
Juni červen		84					
Juli červenec		84					
August srpen		84					
Septbr. září		84					
October říjen		84					
Novbr. listopad		84			KKG		[illegible] werks-Gesellschaft
Dezembr prosinec		84					Brüx
Jahres-Summe dohromady za celý rok							

Im Jahre 1927 V roce	Abgestattete Monatsbeiträge des Mitgliedes zur Provisionskasse. Zaplacené měsíční členské příspěvky k pensijní pokladně						Bestätigung der Werksleitung. (Diese erfolgt durch Einklammerung der zu bestätigenden Beträge, mit Angabe der Summe derselben, nebst Beidrückung der Werksstampiglie und Unterschrift des hiezu bevollmächtigten Beamten. Potvrzení správy závodu. (Připojen buďiž součet u dotčeného závodu zaplacených příspěvků, pak otisk razítka závodního a podpis splnomocněného úředníka).
	für den laufenden Monat za běžný měsíc		Nachträge doplatky		in Summe úhrnem		
	K	h	K	h	K	h	
Jänner leden	33	–					
Feber únor	33	–					
März březen	33	–					
April duben	33	–					
Mai květen	33						
Juni červen	33	–					
Juli červenec	33	–					
August srpen	9	90	Einzel.				
Septbr. září	33	–					
October říjen	33	–					
Novbr. listopad	33	–					
Dezembr. prosinec	33	–					
Jahres-Summe dohromady za celý rok							

Mitglieds-Karte

des

politischen Vereines „Karl Marx“

in Teplitz.

Nr. 531 Jahr 1896

Name: Ludwig Waltschek,

Beschäftigung: Lithograph

Geburtsjahr: 1858

Wohnort: Radowenitz № 97

d. Z. Obmann. d. Z. Schriftführer.

Statuten

des

politischen Vereines „Karl Marx“

in Teplitz.

§ 1.

Zweck dieses Vereines ist die Verbreitung politischer Bildung und social-demokratischer Grundsätze, sowie die stete Wahrung und Förderung der politischen und wirthschaftlichen Rechte und Interessen seiner Mitglieder. Dieser Zweck wird angestrebt durch Abhaltung von politischen, wirthschaftlichen und wissenschaftlichen Vorträgen, Besprechung der öffentlichen Tagesfragen, Einberufung von Volks- und öffentlichen Vereinsversammlungen (Wanderversammlungen inbegriffen), Verfassung von Druckschriften, Adressen und Resolutionen, durch Aufstellung und Unterstützung gesinnungstüchtiger Candidaten für die verschiedenen Vertretungskörper, endlich Gewährung von Rechtsschutz zur Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte seiner Mitglieder durch Beistellung eines Rechtsanwaltes und Veranstaltung von Festen und Unterhaltungen.

§ 2.

Der Verein hat seinen Sitz in Teplitz, seine Thätigkeit erstreckt sich auf das Kronland Böhmen.

§ 3.

Mitglied des Vereines kann jedermann werden, der sich verpflichtet, diese Statuten zu befolgen und der nicht durch die Bestimmungen des § 30 des Vereinsgesetzes von politischen Vereinen ausgeschlossen ist.

Der Eintritt der Mitglieder in den Verein geschieht durch Anmeldung beim Vereinsausschusse, welcher über die Aufnahme entscheidet; gegen einen derartigen Beschluss ist kein Rekurs zulässig.

§ 4.

Jedes Mitglied ist verpflichtet:

a) einen von der Generalversammlung bestimmten monatlichen Beitrag zu leisten, welcher vorläufig 10 kr. beträgt;
b) die Statuten des Vereines genau zu beachten und sich allen rechtmässigen Anordnungen des Vereinsausschusses, sowie den Beschlüssen der Versammlungen zu fügen.

§ 5.

Jedes Mitglied ist berechtigt:

a) an allen Versammlungen und Vorträgen theilzunehmen;
b) in allen Angelegenheiten und bei allen Wahlen das Stimmrecht auszuüben;
c) in den Vereinsausschuss gewählt zu werden.

§ 6.

Die Generalversammlung besteht aus allen stimmfähigen Mitgliedern des Vereines; zu deren giltigen Abhaltung ist die Anwesenheit von mindestens einem Drittel sämmtlicher Mitglieder erforderlich. Wird jedoch eine Generalversammlung

um eine Stunde, wegen zu geringer Zahl der anwesenden Mitglieder vertagt, so ist nach Verlauf dieser Stunde die Abhaltung der so vertagten Generalversammlung an keine bestimmte Mitgliederzahl gebunden.

§ 7.

Die Generalversammlung:

a) nimmt den Rechenschaftsbericht entgegen, prüft die Jahresrechnung durch drei aus ihrer Mitte gewählte Revisoren und ertheilt das Absolutorium;
b) wählt den Ausschuss;
c) entscheidet über alle Beschwerden und über die Ausschliessung von Mitgliedern;
d) bestimmt die Höhe der Monatsbeiträge;
e) entscheidet über Statutenänderungen und über die Auflösung des Vereines.

§ 8.

Die ordentliche Generalversammlung findet am Schlusse eines Kalenderjahres statt. Nach Bedürfnis kann der Vereinsausschuss eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen.

Der Vereinsausschuss ist verpflichtet, auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder, unter Angabe der Gründe, binnen längstens drei Wochen eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen.

§ 9.

Die Generalversammlung beschliesst mit absoluter Majorität. Zu einem Beschlusse über Aenderung der Statuten sind jedoch zwei Drittel sämmtlicher Stimmen der Vereinsmitglieder erforderlich.

§ 10.

Jeden Monat findet mindestens eine Vereinsversammlung zur Erreichung des im § 1 angeführten Zweckes statt, welche bei Anwesenheit des fünften Theiles der Mitglieder beschlussfähig ist. Die Beschlüsse werden mit absoluter Majorität gefasst, und zwar über alle jene Angelegenheiten, welche nicht ausdrücklich der Generalversammlung oder dem Ausschusse vorbehalten wurden. Eine Stunde nach der zu ihrer Eröffnung anberaumten Zeit ist die Vereinsversammlung, wenn die Mitglieder nicht zahlreich genug zur Eröffnung erschienen sind, ohne Rücksicht auf deren Zahl beschlussfähig.

§ 11.

Die Leitung des Vereines besteht aus dem Obmann, dessen zwei Stellvertretern, zwei Schriftführern, einem Cassier und vier Mitgliedern.

§ 12.

Die Mitglieder des Vereinsausschusses werden auf ein Jahr in der Generalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt, und zwar der Obmann und dessen beide Stellvertreter werden einzeln, die übrigen Ausschussmitglieder zusammen gewählt.

§ 13.

Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Cassier, welcher die Beiträge der Mitglieder in Empfang nimmt, die Einnahmen und Ausgaben verbucht und jährlich Rechnung legt, und zwei Schriftführer.

§ 14.

Dem Vereinsausschusse obliegt:

a) die Verwaltung des Vereinsvermögens;
b) die Aufnahme von Mitgliedern;
c) die Entscheidung über die Berechtigung des zu gewährenden Rechtsschutzes;
d) die Einberufung und Veranstaltung aller Versammlungen, die Ernennung von Mitgliedern zur Leitung derselben, die Veranstaltung der Unterhaltungen, Vorträge und Feste, deren Ankündigung durch Anschlag im Vereinslokale und durch die Zeitungen.

§ 15.

Der Verein wird nach Aussen durch den Obmann, in dessen Verhinderung durch seine Stellvertreter vertreten; derselbe eröffnet alle Zuschriften und hat alle von dem Vereine ausgehenden Zuschriften und Verlautbarungen mit dem Schriftführer zu fertigen. Schriftstücke in Geldangelegenheiten müssen ausserdem von dem Cassier gezeichnet werden.

§ 16.

Der Vereinsausschuss ist bei Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern beschlussfähig; die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit ist der Gegenstand als abgelehnt zu betrachten.

§ 17.

Ein Mitglied, welches durch drei aufeinander folgende Monate seine Zahlungen nicht leistet, wird als ausgetreten betrachtet werden können. Die Ausschliessung aus dem Vereine erfolgt, wenn

286

sich ein Mitglied beharrlich weigert, den Bestimmungen der Statuten und den Beschlüssen des Vereines Folge zu leisten oder die Interessen des Vereines gröblich verletzt; in diesem Falle kann der Ausschuss die Ausschliessung beschliessen und hat diese bei der nächsten Generalversammlung vorzulegen und zu rechtfertigen.

§ 18.

Der Verein konstituirt sich, sobald dreissig Mitglieder ihren Beitritt erklärt haben.

§ 19.

Die Auflösung des Vereines kann von einer Generalversammlung, in welcher mindestens 50 Mitglieder anwesend sind, nur mit zwei Drittel-Majorität beschlossen werden. Im Falle der Auflösung fällt das vorhandene Vermögen der Allgem. Arbeiter-Kranken- u. Unterstützungskasse in Aussig zu.

§ 20.

Ueber Streitigkeiten zwischen Mitgliedern aus dem Vereinsverhältnisse entscheidet ein Schiedsgericht ohne Rekurs.

Zur Bestellung des Schiedsgerichtes ernennt jede Partei drei Mitglieder, welche sich dann einen Siebenten zum Obmanne wählen. Können sich die sechs Schiedsrichter über den Siebenten nicht einigen, so entscheidet das Los. Bei Stimmengleichheit hat der Obmann die Entscheidung zu fällen.

ČLENSKÝ LÍSTEK

politického spolku „Karel Marx“

v Teplicích.

Čís. _____ **Rok** _____

Jméno

Zaměstnání

Rok narození

Bydliště

t. č. předseda. t. č. zapisovatel.

STANOVY

Politického spolku „Karel Marx“

v Teplicích.

§ 1.

Účelem spolku je rozšiřování politického vzdělání a socialně-demokratických zásad, jakož i stálé hájení a podporování politických a hospodářských práv a zájmů svých členů. Tohoto účele hledí se dosáhnouti politickými, hospodářskými a vědeckými přednáškami, rozhovory o veřejných denních otázkách, svoláváním veřejných schůzí lidu a schůzí spolkových (kočovné schůze v to počítaje), sepisováním tiskopisů, adres a resolucí, postavením a podporováním kandidátů pevného smýšlení pro různé kruhy zastupitelské, konečně poskytováním právní ochrany ku hájení občanských práv svých členů, zaopatřením právního zástupce a uspořádáním slavností a zábav.

§ 2.

Spolek má sídlo v Teplicích a jeho činnost rozprostírá se po celé korunní zemi České.

Tiskem Jos. Nollavce v Terezíně. — Nákladem spolku.

§ 3.

Členem spolku může býti každý, který se zaváže dle těchto stanov se chovati a který není dle § 30. zákona spolčovacího z politických spolků vyloučen.

Přistoupení členů ku spolku děje se přihlášením u spolkového výboru, který o přijetí rozhoduje. Proti tomuto usnesení není žádné odvolání přípustné.

§ 4.

Každý člen jest povinen:

a) valnou hromadou určený příspěvek měsíční odváděti, který prozatím obnáší 10 kr.
b) dbáti spolkových stanov a všem právoplatným nařízením spolkového výboru, jakož i usnešením schůzí se podrobiti.

§ 5.

Každý člen má právo:

a) bráti podílu na všech schůzích a přednáškách;
b) ve všech záležitostech a při všech volbách vykonávati právo hlasovací;
c) býti volenu do výboru.

§ 6.

Valná hromada sestává ze všech hlasování schopných členů spolku; ku její právoplatnému odbývání je potřeba přítomnost nejméně třetiny všech členů. Odročí-li se valná hromada o hodinu později pro příliš malý počet přítomných členů, tak není po uplynutí této hodiny odbývání takto odročené valné hromady na žádný určitý počet členů vázáno.

§ 7.

Valná hromada:

a) přijímá podávání zpráv, zkouší roční účty třemi ze svého středu zvolenými revisory a uděluje absolutorium;
b) volí výbor;
c) rozhoduje o všech stížnostech a vyloučení členů;
d) určuje výši měsíčních příspěvků;
e) rozhoduje o změně stanov a o rozejití spolku.

§ 8.

Řádná valná hromada odbývá se na konci kalendářního roku. Dle potřeby může výbor svolati mimořádnou valnou hromadu. Výbor je povinen na písemný návrh nejméně jedné třetiny členstva s udáním příčiny nejméně do tří týdnů mimořádnou valnou hromadu svolati.

§ 9.

Valná hromada usnáší se naprostou většinou. Avšak k usnešení o změně stanov jest zapotřebí dvou třetin veškerých hlasů spolkových členů.

§ 10.

Každého měsíce nejméně jednou odbývá se spolková schůze ku dosažení § 1. uvedeného účele, která je při přítomnosti jedné pětiny členstva usnášení schopnou.

Usnešení děje se naprostou většinou a sice o všech záležitostech, které výhradně valné hromadě nebo výboru nebyly vyhrazeny.

Nedostavíli se v určitou dobu do této spolkové schůze v dostatečném počtu ku zahájení, jest o hodinu později usnášení schopna za každého počtu členstva.

§ 11.

Správa spolku sestává z předsedy, jeho dvou náměstků, dvou zapisovatelů, jednoho pokladníka a čtyř členů.

§ 12.

Členové spolkového výboru voleni jsou valnou hromadou na jeden rok naprostou většinou hlasů, a sice volen je předseda a jeho dva náměstkové jednotlivě, ostatní členové výboru dohromady.

§ 13.

Výbor volí ze svého středu pokladníka, který příspěvky členů přijímá, příjmy a výdaje v knihy zanáší a ročně klade účty, pak dva zapisovatele.

§ 14.

Výboru přísluší:

a) správa spolkového majetku;
b) přijímání členů;
c) rozhodování o oprávněnosti ku poskytnutí právní ochrany;
d) svolávání a uspořádání všech schůzí, jmenování členů ku řízení těchto, uspořádání zábav, přednášek a slavností, jejich oznámení ve spolkové místnosti a v časopisech.

§ 15.

Spolek zastupuje na venek předseda, v pádu jeho nepřítomnosti jeho náměstkové; týž otevírá veškeré přípisy a podpisuje veškeré listiny a ohlášení ze spolku vycházející zároveň se zapisovatelem. Písemnosti v záležitostech peněžních musí vedle toho podepsány býti pokladníkem.

§ 16.

Spolkový výbor je usnášení schopný za přítomnosti nejméně pěti členů; usnesení děje se naprostou většinou; při rovnosti hlasů považuje se předmět za odmítnutý.

§ 17.

Člen, který po tři měsíce po sobě jdoucí své poplatky neodvádí, může se považovat za vystouplého. Vyloučení ze spolku následuje, když se člen spolku vzpírá říditi dle znění stanov a usnešení spolkových nebo zájmy spolkové hrubě porušil; v tomto případě může výbor usnésti se na vyloučení a má toto nejbližší valné hromadě předložiti a ospravedlniti.

§ 18.

Spolek se ustavuje, jakmile třicet členů svůj přístup prohlásilo.

§ 19.

Rozejití spolku může býti usnešeno pouze ve valné hromadě za přítomnosti nejméně 50 členů a dvoutřetinovou většinou. V případě rozejití připadá stávající jmění všeobecné dělnické nemocenské a podporovací pokladně v Ústí nad Labem.

§ 20.

O sporech mezi členy vzniklých ze spolkových záležitostí rozhodujo smírčí soud a sice bez odvolání.

Ku sestavení smírčího soudu jmenuje každá strana tři členy, kteří si pak volí sedmého za předsedu. Kdyby se těchto šest smírčích soudců o sedmém nemohli sjednotiti, tak rozhoduje los.

Při rovnosti hlasů rozhoduje o věci předseda.

Statuten

des

Arbeiter-Turnvereines

„EINIGKEIT“

für Klostergrab u. Umgebung.

455.369-A.

291

Arbeiter-Turnverein „Einigkeit", Klostergrab.

Mitglied-Nr.

Name .....

Wohnort .....

Beigetreten am .....

Klostergrab, am .....

.....

Obmann. Kassier.

Die Mitglieder werden ersucht, die Wohnungsänderungen dem Ausschusse bekannt zu geben.

§ 1.

Name, Sitz, Umfang und Zweck des Vereines.

Der Verein führt den Namen Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" in Klostergrab, hat seinen Sitz in Klostergrab und erstreckt seine Tätigkeit auf den politischen Bezirk Dux.

Den Zweck des Vereines bildet die Pflege und Verbreitung des Turnens als Mittel zur allseitigen körperlichen Ausbildung, Stärkung der Gesundheit, zur Erhöhung der allgemeinen Tüchtigkeit, sowie des Volksbewusstseins.

§ 2.

Mittel zur Erreichung dieser Zwecke sind:

a) gemeinsames Turnen und andere körperliche Übungen;
b) Turnfahrten, Schau- und Festturnen;
c) Heranbildung von Vorturnern und Vorturnerinnen in je besonderen Unterrichtstunden;
d) unentgeltliche Erteilung des Turnunterrichtes an jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen;
e) gesellige Unterhaltungen, als: Aufführung von Theaterstücken, musikalisch-deklamatorischen Veranstaltungen und Tanzkränzchen;
f) Errichtung einer Bibliothek;
g) Gründung einer Sängerriege;
h) Abhaltung von Monatsversammlungen und Vorträgen mit Ausschluss von Politik und Religion;
i) Errichtung von Sektionen innerhalb seines Wirkungskreises;
k) der Verein ist berichtigt, einem Verband von Turnvereinen beizutreten; demselben steht das Recht zu, Vereins- und Verbandstage, welche zur bessern Erreichung der oben erwähnten Zwecke des Vereines einberufen werden, durch Delegierte beschicken, even-

tuell selbst ein Verbandstatut der Behörde vorzulegen und einen solchen Tag einberufen zu können.

§ 3.

Mittel des Vereines.

Die erforderlichen Geldmittel werden aufgebracht:

a) durch Aufnahmsgebühren und die festgesetzten monatlichen Beiträge der Mitglieder;

b) durch das Erträgnis von Festen;

c) durch freiwillige Beiträge, Geschenke und letztwillige Verfügungen.

§ 4.

Mitgliedschaft.

Dem Vereine können angehören Personen beiderlei Geschlechtes im 16. Lebensjahre.

Der Verein besteht aus:

a) ausübenden Mitgliedern;

b) beitragenden Mitgliedern;

c) Ehrenmitgliedern.

§ 5.

Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt durch den Ausschuss.

Die Nichtaufnahme erfolgt ohne Angabe von Gründen.

§ 6.

Alle Mitglieder haben gleiche Rechte auf alle aus dem Verein erfliessenden Vorteile, ebenso haben dieselben mit Ausnahme der Ehrenmitglieder gleiches Stimm- und Wahlrecht.

§ 7.

Der Austritt aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Anzeige an den Ausschuss. So lange das nicht geschieht, dauern alle Verbindlichkeiten gegen den Verein

fort. Wer seiner Zahlungspflicht durch drei Monate ohne genügende Entschuldigung nicht nachkommt, verliert die Mitgliedschaft. Die Ehrenmitglieder zahlen keine Beiträge.

§ 8.

Durch den Austritt oder Ausschliessung erlischt jeder Anspruch auf das Vereinsvermögen.

§ 9.

Jedes ausübende Mitglied ist zur Befolgung der Turnordnung, zur eifrigen Förderung der Vereinszwecke, insbesondere zur fleissigen Beteiligung an den gemeinsamen Uebungen verpflichtet und hat das Recht, an dem Unterrichte zur Heranbildung von Vorturnern teilzunehmen.

§ 10.

Bei besonderen Anlassen und bei Turnfahrten sind die Vereinsmitglieder berechtigt, ein Vereinsabzeichen, sowie eine einheitliche Kleidung zu tragen.

Auch ist der Verein berechtigt, eine Fahne und bei Ausflügen Signalhörner zu führen.

§ 11.

Generalversammlung.

Jährlich im Jänner, längstens Feber, findet die ordentliche Generalversammlung statt.

Dem Ausschuss steht ausserdem das Recht zu, ausserordentliche Generalversammlungen einzuberufen; er ist dazu verpflichtet, wenn der fünfte Teil der Vereinsmitglieder unter Angabe der Gründe darauf anträgt.

In diesem Falle muss dieselbe längstens 14 Tage hernach stattfinden und die Mitglieder mindestens 8 Tage vor derselben unter Bekanntgabe der Tagesordnung verständigt werden.

§ 12.

Die Generalversammlung besteht aus allen stimmberechtigten Vereinsmitgliedern; dieselbe ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend, andernfalls findet dieselbe eine Stunde später ohne Rücksicht auf die anwesende Mitgliederzahl statt.

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Majorität; bei Stimmengleichheit gilt jeder Antrag für abgelehnt.

Zu einem Beschlusse um Aenderung der Statuten sind zwei Drittel Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Das Stimm- und Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

§ 13.

Die Generalversammlung hat die oberste Entscheidung in allen Angelegenheiten des Vereines mit Ausnahme der in diesen Statuten besonders angeführten Fälle.

Insbesondere aber kommt ihr zu:

a) die Wahl des Ausschusses nach § 14 dieser Statuten und zweier Kassa-Revisoren;

b) die Festsetzung der Aufnahmsgebühr und der Mitgliederbeiträge;

c) die Ernennung von Ehrenmitgliedern über Vorschlag des Ausschusses;

d) die Abänderung der Statuten;

e) Auflösung des Vereines.

Die Wahlen in der Generalversammlung finden mittelst Acclamation statt, über Antrag eines Mitgliedes jedoch mittelst Stimmzettel.

§ 14.

Vereinsleitung und Verwaltung.

Die Vereinsgeschäfte besorgt der Ausschuss. Derselbe besteht aus 14 Mitgliedern, u. zw. dem Obmann, dem Turnwart, dem Kassier, dem Schriftführer, dem Zeugwart, dem Bibliothekar, deren Stellvertretern und zwei Turnräten.

§ 15.

Der Ausschuss ist die ständige Vertretung des Vereines. Ihm obliegt die Beratung und Besorgung aller nicht ausschliesslich der Generalversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten und die Vollziehung der Beschlüsse der Letzteren; insbesondere die Anstellung, Beaufsichtigung und Entlassung der erforderlichen Lehrkräfte, Mietung, Instandhaltung und Auflassung der Turnplätze, die Instandhaltung der Geräte, der Bibliothek u. s. w., die Verwaltung des Vereinsvermögens, Empfangnahme der Beiträge, Einberufung und Leitung der General- und Monatsversammlungen, Festsetzung der Tagesordnung derselben, Berichterstattung über seine Geschäftsführung und den Stand des Vereines, sowie die sonstigen in diesem Statute ihm zugewiesenen Geschäfte und das Recht der Vorschlagung zur Ernennung von Ehrenmitgliedern.

Der Ausschuss kann über einen Betrag bis zu 25 fl. verfügen.

§ 16.

Die Amtsdauer des Ausschusses währt bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung. Im Falle des Austrittes eines oder einzelner Ausschussmitglieder findet die Ersatzwahl in der nächsten Monatsversammlung statt.

§ 17.

Die Mitglieder des Ausschusses müssen im politischen Bezirke Dux ihren Wohnsitz haben.

Sie verwalten als solche ihr Amt unentgeltlich und sind nach Ablauf des Vereinsjahres wieder wählbar.

§ 18.

Der Obmann, im Verhinderungsfalle dessen Stellvertreter, vertreten den Verein nach Aussen, gegenüber

den Behörden und unterzeichnen für den Ausschuss die im Namen des Vereines abzuschliessenden Verträge sowie alle wichtigen Schriftstücke.

Jedes derartige Schriftstück ist aber noch von dem Schriftführer und von einem zweiten Ausschussmitgliede mitzufertigen.

§ 19.

Der Turnwart und dessen Stellvertreter haben für den geregelten Betrieb des Turnens. der Zeugwart für die Instandhaltung und Verwahrung der Turngeräte, sowie der gesamten Einrichtung der Turnplätze, der Kassier für die Führung der Vereinskasse zu sorgen. Der Schriftführer führt in den Versammlungen das Protokoll und besorgt alle schriftlichen Arbeiten des Vereines. Der Bibliothekar hat die Obhut über die Bibliothek des Vereines.

Jedes einzelne Ausschussmitglied ist in seinem Wirkungskreise dem gesamten Ausschusse und der Generalversammlung verantwortlich.

§ 20.

Nach Bedarf findet eine Ausschußsitzung statt, zu der Vereinsmitglieder keinen Zutritt haben.

Der Ausschuss ist dann beschlussfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind und fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit fällt der Antrag.

§ 21.

Jedes Auschussmitglied, welches ohne genügende Entschuldigung in fünf aufeinander folgenden Sitzungen nicht erscheint, ist seiner Stelle verlustig.

§ 22.

Kein Ausschussmitglied soll, ausser im Falle unausweichlicher Notwendigkeit, mehr als ein Ausschussamt

versehen. Das Amt eines Turnwartes und Turnwartstellvertreters ist mit einem anderen Amte unvereinbar.

§ 23.

Die Monatsversammlung.

Jeden Monat findet eine Monatsversammlung statt. Dieselbe ist bei einem Fünftel der Mitglieder beschlussfähig und fasst ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmeneinheit. Bei Stimmengleichheit fällt der Antrag.

In den Wirkungskreis der Monatsversammlungen gehören:

a) Die Entgegennahme der monatlichen Abrechnung:
b) die Einzahlung der Beiträge;
c) die Abhaltung von Vorträgen im Sinne des § 2 dieser Statuten al. h.;
d) die Neuwahl der ausgetretenen Ausschussmitglieder.

Die Monatsversammlung besteht aus allen stimmberechtigten Mitgliedern. Gäste können bei jeder Monatsversammlung von den Mitgliedern eingeführt werden, jedoch besitzen dieselben kein Stimm- und Wahlrecht.

§ 24.

Die Ausschußsitzungen, General- und Monatsversammlungen eröffnet, leitet und schliesst der Obmann, oder dessen Stellvertreter.

§ 25.

Ueber die bei den Ausschußsitzungen, General- und Monatsversammlungen gestellten Anträge und gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, welches vom Vorsitzenden und vom Schriftführer unterzeichnet werden muss.

Die bei den Monats und Generalversammlungen aufgenommen Protokolle sind ausserdem noch von zwei Vereinsmitgliedern, welche der Versammlung beiwohnten, zu beglaubigen.

295

§ 26.

Die Verständigung der Mitglieder von einer Monats-, General- oder ausserordentlichen Generalversammlung findet acht Tage vorher durch Anschlagung einer Kundmachung auf dem Turnplatze und im Vereinslokale unter Bekanntgabe der Tagesordnung oder mittelst eines vom Obmann und Schriftführer oder deren Stellvertreter gefertigten Zirkulares statt.

Von einer Ausschussitzung hat der Obmann oder dessen Stellvertreter die Ausschussmitglieder in einer ihm geeignet erscheinenden Weise zu verständigen.

§ 27.

Das Schiedsgericht.

Ueber Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, aus dem Vereinsverhältnissen entstanden, entscheidet das Schiedsgericht.

Zur Beistellung eines Schiedsgerichtes wählt jede der streitenden Parteien zwei Personen, welche sich dann gemeinschaftlich eine fünfte als Obmann wählen. Können sich die Schiedsrichter über die Wahl des Obmannes nicht einigen, entscheidet das Loos. Die Schiedsrichter müssen Vereinsmitglieder sein.

Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Obmann.

§ 28.

Die Revisoren.

Es gibt zwei Revisoren, welche nicht zugleich Mitglieder des Ausschusses sein dürfen. Sie haben die Gebahrung des Ausschusses in Geldsachen zu überwachen; sie können jederzeit und müssen mindestens jedes Vierteljahr einmal die Vereinskasse prüfen und in die Bücher Einsicht nehmen

Von jeder wahrgenommenen Unregelmässigkeit müssen sie dem Ausschusse binnen 8 Tagen Anzeige machen.

Sie haben der ordentlichen Generalversammlung einen Bericht zu erstatten.

§ 29.

Sektionen.

Eine Sektion kann im Sinne des § 2 dieser Statuten über Beschluss der Generalversammlung in dem Wirkungskreise des Vereines eröffnet werden, wenn in derselben mindestens 10 Mitglieder ihre Beiträge leisten; eine solche ist aufzulösen, wenn in derselben weniger als 10 Mitglieder verbleiben.

An der Spitze einer jeden Sektion steht ein Ausschuss, welcher in einer für die Mitglieder der Sektion vom Vereinsausschusse einberufenen Monatsversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird.

Derselbe besteht aus dem Obmann, Kassier, Schriftführer, Turnwart und Zeugwart.

Er hat die aus dem Gebahren des Vereines entspringenden Geschäfte nach den Bestimmungen der Statuten zu besorgen und die Verbindung mit dem Vereinsausschuss aufrecht zu erhalten.

Die von der Generalversammlung gewählten Revisoren haben die Geldgebahrung der Sektion zu überwachen.

§ 30.

Auflösung des Vereines.

Die Auflösung des Vereines kann nur durch eine Generalversammlung beschlossen werden und müssen mindestens vier Fünftel der Anwesenden für die Auflösung des Vereines gestimmt haben.

§ 31.

Bei Auflösung des Vereines wird das Vereinsvermögen dem Bezirksverbande zugewiesen.

KLOSTERGRAB, im September 1907.

Proponnenten sind:

Groh Klement m. p.
Teuchert Wilhelm m. p.
Klöpsch Otto m. p.
Nowak August m. p.
Hornik Karl m. p.
Weiss Edmund m. p.

Geleistete Monats-Beiträge.
Zaplacené měsíční příspěvky.

Monat Měsíc	19	19	19	19	19	19
Januar leden						
Februar únor						
März březen						
April duben						
Mai květen						
Juni červen						
Juli červenec						
August srpen						
Septemb. září						
Oktober říjen						
Novemb. listopad						
Dezember prosinec						

Stanovy

děln. tělocvičného spolku

„SVORNOSŤ“

v Hrobech.

Tiskem Siegmunda Rothensteina v Teplicích. — Náš . . . lku

Děln. tělocv. spolek „Svornosť“ v Hrobech.

Číslo člena.....

Jméno .....

bydliště .....

přistoupil dne.....

V Hrobech dne

.....

předseda, pokladník.

Členové se žádají, by změny bytu výboru oznámili.

§ 1.

Jméno, sídlo, obvod a účel spolku.

Spolek jmenuje se Dělnický tělocvičný spolek „Svornosť“ v Hrobech, má sídlo své v Hrobech a rozvinuje činnost svou po celém politickém okresu Duchcovském.

Účelem spolku jest pěstování a rozšiřování tělocviku, jako prostředek ku všestrannému tělesnému vycviku, utužení zdraví, ku povznesení všeobecné zdatnosti, jakož i vědomí lidovosti.

§ 2.

Prostředky k dosažení účelu jsou:

a) Společný tělocvik a jiná tělesná cvičení;
b) tělocvičné slety, cvičení na odiv a o slavnostech;
c) vycvičení cvičitelů a cvičitelek ve zvláštních vyučovacích hodinách;
d) bezplatné vyučování v tělocviku mladistvých dělníků a dělnic;
e) společenské zábavy, jako provedení divadelních představení, humoristických a deklamatorních přednášek a tanečních zábav;
f) zřízení knihovny;
g) založení pěveckého odboru;
h) měsíční schůze a přednášky s vyloučením politiky a náboženství,
i) zřízení odborů v obvodu činnosti své;
k) spolek jest oprávněn přistoupiti ku svazku spolků tělocvičných; takto) přísluší mu právo spolkové a svazkové sjezdy, které se k lepšímu docílení výše uvedených účelů spolku svolávají, delegáty obesílati, po případě samostatné stanovy svazku úřadu předložiti a takový sjezd svolati.

§ 3.

Prostředky spolku.

Prostředky peněžité, kterých je potřeba, se dosáhnou:

a) zápisným a určitými měsíčními příspěvky členů;
b) výnosem slavností;
c) dobrovolnými příspěvky, dary a odkazy.

§ 4.

Členství.

Ku spolku přistoupiti mohou osoby obého pohlaví v 16. roce věku svého.

Spolek sestává:

a) z členů činných;
b) z členů přispívajících;
c) z členů čestných.

§ 5.

Přijímání členů děje se výborem. Odmítnuti děje se bez udání příčin.

§ 6.

Veškeří členové mají stejná práva na veškeré ze spolku vyplývající užitky; taktéž mají s výjimkou čestných členů stejné volební a hlasovací právo.

§ 7.

Vystoupení ze spolku děje se písemně u výboru, dokud se toho nestane, pozůstávají povinnosti proti spolku. Kdo svoje příspěvky po 3 měsíce bez dodatečné omluvy nezaprayí, ztratí nároky členské.

Čestní členové neplatí žádných příspěvků.

§ 8.

Vystoupením neb vyloučením ruší se nároky na jmění spolkové.

§ 9.

Každý činný člen jest povinen podrobiti se řádu tělocvičnému, jakož i k horlivému pěstování účelů spolku, zvláště ku pilnému navštěvování při společných cvičeních a má právo se súčastniti v předtělocviku.

§ 10.

Při zvláštních případech a tělocvičných sletech jsou členové spolku oprávněni nositi spolkové odznaky, jakož i společný kroj.

Taktéž jest spolek oprávněn ku nošení praporu a užívání trubky při výletech.

§ 11.

Valné hromady.

Každoročně v lednu, nejdéle v únoru odbývají se řadné valné hromady.

Výbor má mimo toho právo svolávati mimořádné valné hromady; jest povinen tytéž svolávati, když pětina členů s udáním příčin toho žádá.

V tom případě musí se valná hromada nejdéle do 14 dnů odbývati a členům nejméně 8 dní před tím s udáním denního pořádku oznámiti.

§ 12.

Valná hromada sestává ze všech k hlasování oprávněných členů; jest k usnášení se schopna, když polovice členů přítomna jest, jinak odbývá se bez ohledu na počet členů o hodinu později.

Valná hromada činí usnešení svá prostou většinou hlasů; při rovnosti hlasů považuje se návrh za zamítnutý.

K usnešení se o změně stanov jest zapotřebí hlasů dvou třetin přítomných členů.

Hlasovací a volební právo může se pouze osobně vykonávati

299

§ 13.

Valné hromadě náleží nejvyšší rozhodnutí ve všech záležitostech spolkových, s výjimkou oněch, v stanovách zvláště uvedených.

Obzvláště přináleží jí:

a) Volba výboru dle § 14. těchto stanov a dvou revisorů pokladny;
b) ustanovení zápisného a příspěvků členských;
c) jmenování čestných členů dle návrhu výboru;
d) změna stanov;
e) rozejití se spolku;

Volby při valné hromadě provádějí se aklamací, po návrhu některého člena však pomocí hlasovacích lístků.

§ 14.

Vedení a správa spolku.

Záležitosti spolkové obstará výbor. Tentýž sestává ze 14 členů a sice ze starosty, náčelníka, pokladníka, jednatele, správce nářadí, knihovníka, jich náměstků a dvou přísedících.

§ 15.

Výbor jest stálým zastupitelstvím spolku. Jemu přináleží úřada a obstarávání všech záležitostí, které výslovně valné hromadě vyhrazeny nejsou, jakož i provádění usnesení této poslednější; zvláště mu náleží přijímání a propouštění potřebných sil cvičebních, dohled k nim, pronajímání místností, udržování a zanechání cvičebních míst, udržování náčiní, knihovny atd., správa jmění spolkového, přijímání příspěvků, svolávání a vedení valných hromad a měsíčních schůzí, ustanovení denního pořádku k nim, podávání zpráv o vedení záležitostí spolku a o jeho stavu, dále veškeré dle znění těchto stanov mu vykázané povinnosti a právo činiti návrhů ku jmenování čestných členů.

Výbor má právo rozhodovati o obnosech až do výše 25 zlatých.

§ 16.

Doba úřadování výboru trvá až do příští řádné valné hromady. V případě vystoupení jednoho neb několika členů výboru vykoná se náhradní volba v nejbližé příští měsíční schůzi.

§ 17.

Členové výboru musí míti své bydliště v politickém okresu Duchcovském.

Svůj úřad co takový vykonávají bezplatně a jsou po uplynutí spolkového období opět volitelnými.

§ 18.

Starosta, v pádu zaneprázdnění jeho náměstek zastupují spolek na venek, oproti úřadům; a podepisují za výbor jménem spolku učiněné úmluvy, jakož i veškeré důležité písemnosti.

Každá takováto listina budiž však ještě jednatelem a některým členem výboru spolupodepsána.

§ 19.

Náčelník a jeho náměstek starati se mají o urovnanost v postupu cvičení, dozorce náčiní pak o udržení a zachování cvičebního nářadí, jakož i o celkové zařízení cvičebních míst; pokladník konečně má na starosti vedení spolkové pokladny. Jednatel vede ve schůzích protokol a obstarává veškeré písemné práce spolku. Knihovník vede dozor nad knihovnou spolkovou.

Každý jednotlivý člen výboru jest ze svého oboru působnosti zodpovědě celému výboru a valné hromadě.

§ 20.

Dle potřeby konají se schůze výboru, ku kterýmž členové spolku přístupu nemají.

Výbor jest k usnášení se schopen, jsou-li dvě třetiny jeho členů přítomny a usnáší se prostou většinou hlasů. Při rovnosti hlasů návrh propadá.

§ 21.

Člen výboru, který pětkráte po sobě bez dostatečné omluvy schůze se nesúčastní, pokládá se za zbavena svého místa.

§ 22.

Žádný člen výboru nezastávejž — vyjma případů nevyhnutelné nutnosti — více jako jednu funkci ve výboru.

Funkci náčelníka neb místonáčelníka není možno sloučiti s některou jinou ještě funkcí.

§ 23.

Měsíční schůze.

Každého měsíce koná se měsíční schůze. Tato je usnášení se schopna, je-li přítomna jedna pětina členstva a usnáší se rozhodnou většinou hlasů. Při rovnosti hlasů návrh propadá.

Do působnosti měsíční schůze spadá:

a) vyslechnutí a schválení měsíčních účtů;
b) placení příspěvků;
c) uspořádání přednášek ve smyslu § 2. těchto stanov, odst. h);
d) doplňovací volba vystouplých členů výboru.

Měsíční schůze sestává z veškerých k hlasování oprávněných členů. Hosté mohou ku každé měsíční schůzi členy uvedeni býti, nemají však ani práva hlasovacího ani volebního.

§ 24.

Schůze výboru, valné hromady a měsíční schůze zahajuje, řídí a uzavírá starosta neb jeho náměstek.

§ 25.

O návrzích a usneseních při schůzích výboru, valných hromadách a měsíčních schůzích učiněných

veden budiž protokol, kterýž starostou a jednatelem podepsán býti musí.

Protokoly o valných hromadách a měsíčních schůzích sepsané, podepsány býti mají ještě dvěma členy spolku, kteří těmto schůzím přítomni byli.

§ 26.

Uvědomění členů o měsíční schůzi, řádné neb mimořádné valné hromadě státi se má 8 dní předem vyvěšením vyhlášky na místě cvičebním a v místnosti spolkové s udáním denního pořádku aneb pomocí oběžníku starostou, jednatelem neb jich náměstky vydaných.

O schůzi výborové uvědomiti má starosta neb jeho náměstek členy výboru způsobem vhodným, o němž mu rozhodnouti jest.

§ 27.

Smírčí soud.

Ve sporech, ze záležitostí spolkových mezi členy vzniklých rozhoduje smírčí soud.

Za účelem sestavení smírčího soudu volí každá sporná strana dvě osoby, které společně potom zvolí pátou osobu co předsedu; nemohou-li se smírčí soudcové ve volbě předsedy dohodnouti, rozhodne los. Smírčí soudcové musí býti členy spolku.

Smírčí soud rozhoduje prostou většinou hlasů. Při rovnosti hlasů rozhodne předseda.

§ 28.

Revisoři.

Revisoři volí se dva a nesmí býti zároveň členy výboru. Jim přísluší dohlížeti k jednání výboru v záležitostech peněžních; oni mohou kdykoliv, musí však aspoň jednou čtvrtletně spolkovou pokladnu zkoumati a v knihy nahlédnouti.

O každé zpozorované nesprávnosti musí býti během 8 dnů výboru oznámení učiněno.

Řádné valné hromadě mají podávati zprávy.

§ 29.

Odbory.

Odbor ve smyslu § 2. těchto stanov může po usnesení valné hromady v obvodu působnosti spolku zřízen býti, pakli v onom místě nejméně 10 členů své příspěvky zapravuje; tento se zrušuje, pakli méně jak 10 členu zůstane.

V čele každého odboru stoji výbor, kterýž zvolen byl jednoduchou většinou hlasů v měsíční schůzi, pro členy odboru výborem spolku zvláště svolané.

Týž sestává z předsedy, pokladníka, jednatele, náčelníka a správce nářadí

Témuž náleží obstarávání veškerých z jednání spolku vyplývajících záležitostí a udržování náležitého spojení mezi výborem spolku.

Ve valné hromadě zvolení revisoři vésti mají dozor i nad vedením záležitostí peněžních těchto odborů.

§ 30.

Rozejití se spolku.

Rozejití se spolku usneseno býti musí valnou hromadou a nutno, by aspoň čtyři pětiny všech přítomných pro rozejití se spolku hlasovalo.

§ 31.

Při rozejití se spolku připadne jmění spolkové okr. svazu děln. tělocv. jednot.

V Hrobech, dne 18. července 1895.

Groh Klement v. r.
Teuchert Wilhelm v. r.
Klöpsch Otto v. r.
Nowak August v. r.
Hornik Karl v. r.
Weiss Edmund v. r.

DIE ENTWICKLUNG DER BRUTTOLÖHNE IN DEN REVIER-BERGAMTSBEZIRKEN TEPLITZ, BRÜX UND KOMOTAU FÜR DIE I. LOHNKATEGORIE (HÄUER UND FÖRDERER) IN KRONEN

Jahr	Zahl der verfahrenen Schichten		Abzüge (in %)	Bruttolohn	
1886	-	(102)	(4,1	-	(327)
1887	-	(236)	(2,3)	-	(722)
1888	-	(158)	(2,0)	-	(519)
1889	-	(169)	(3,2)	-	(592)
1890	-	(245)	(2,9)	-	(996)
1891	-	(223)	(3,6)	992	(1 008)
1892	-	(226)	(4,7)	852	(965)
1893	-	(270)	(6,4)	909	(1 130)
1894	-	(262)	(8,9)	920	(1 187)
1895	-	(219)	(7,9)	940	(1 000)
1896	-	(278)	(8,8)	975	(1 120)
1897	-	(232)	(6,8)	1 026	(945)
1898	-	(271)	(7,0)	1 048	(1 103)
1899	-	(187)	(6,7)	1 028	(734)
1900	-	-	-	981	-
1901	-	-	-	1 113	-
1902	-	-	-	1 022	-
1903	-	-	-	968	-
1904	-	-	-	970	-
1905	-	-	-	992	-
1906	288	-	-	1 048	-
1907	-	-	-	1 153	-
1908	278	-	-	1 428	-
1909	273	-	-	1 393	-
1910	-	-	-	1 241	-

Anmerkung:

Die Zahlen in Klammern wurden berechnet aus einer Veröffentlichung des "Glück auf!" (Nr. 21/1900, S. 5), in der die Lohnzettel von Arbeitern der Saxonia-Gewerkschaft in Karbitz (Chabařovice) abgedruckt sind. Da

die Werte dort in Gulden angegeben sind (erst ab 1900 Kronenwertung!) wurde im Verhältnis 1:2 umgerechnet. (Pošvar, Die Währung in den Ländern der böhm. Krone, Graz 1970 : 1 Silberkrone = 1/2 Gulden österreichischer Währung). Die angegebenen Werte (ohne Klammern) wurden in folgenden Nummern des Glück auf! veröffentlicht:

Nr. 33/1906, S. 1

Nr. 30/1909, S. 4

Nr. 20/1910, S. 5

Nr. 44/1911, S. 2

Die Zahlen wurden auf- bzw. abgerundet.

VERGLEICH DER BRUTTO-DURCHSCHNITTSLÖHNE VON HÄUERN UND FÖRDERERN MIT DEN AUFSICHTSORGANEN UND DEN BEDIENSTETEN DER ZENTRALBRUDERLADE (IN KRONEN)

Jahr	Häuer Förderer	Aufsichtsorg.	Bedienstete der Zentralbruderlade	
1896	975/1120	-	4 320	(Vorsitzender)
			700-1 200	(Kanzelisten)
			400- 600	(Gehilfen)
1907	1 153	1 771	-	
1908	1 428	1 924	-	

Quelle:

Häuer/Förderer siehe Tabelle: Die Entwicklung der Bruttolöhne

Aufsichtsorgane: Glück auf! Nr. 23/1910, S. 4

Zentralbruderlade: Glück auf! Nr. 13/1896, S. 5

Die Wochenlöhne der Bergarbeiter und die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie

in den Revierbergamtsbezirken Komotau, Brüx, Teplitz in den Jahren 1882 bis 1921.

In den nachstehenden Zahlentafeln wird die Bewegung des durchschnittlichen Wochenlohnes eines Arbeiters und der geldliche Lebensmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, sowie der daraus resultierende Reallohn in den Revierbergamtsbezirken Komotau, Brüx, Teplitz in den Jahren 1882 bis 1921 dargestellt. Diese Aufstellung erstreckt sich also auf den Zeitraum von vierzig Jahren.

Vorweg sind jedoch einige Bemerkungen notwendig über die Art der Ermittlung des durchschnittlichen Wochenlohnes und über die Art der Erstellung der Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie.

Der durchschnittliche Wochenlohn eines Bergarbeiters wurde auf folgende Weise ermittelt:

Mit den Angaben für das Jahr 1882 folgen wir der Zeitschrift „Der Kohleninteressent" vom 15. Oktober 1882. Dort wird der von einem Arbeiter der Gesamtbelegschaft erzielte Jahreslohn mit fl. 415.95 angegeben. Vom Jahre 1883 bis 1888 wurden die Berichte des Ackerbauministeriums „Der Bergwerksbetrieb in Oesterreich" verwendet. In diesen Berichten wurden eben die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterkategorien in den verschiedenen Revierbergamtsbezirken angegeben. Bei der Ermittlung des Durchschnittslohnes auf einen Arbeiter der Gesamtbelegschaft haben wir nur den amtlich ausgewiesenen Lohn der Häuer, der sonstigen Grubenarbeiter und der erwachsenen Tagarbeiter herangezogen. Dagegen haben wir die Schichtlöhne der Frauen und Mädchen, ebenso auch die der jugendlichen Arbeiter weggelassen. Vor allem wurde auch der durchschnittliche Schichtlohn auf den Kopf der

Militärverwaltung in den Garnisonsstädten in Böhmen nach den Menagezertifikaten gezahlten Preise in Ansatz gebracht. Bei den noch verbleibenden Lebensmitteln wurden die Marktpreise der Stadt Prag eingestellt.

Für die Jahre 1883 bis 1897 wurden die Kosten des Lebensmittelaufwandes unter Zuhilfenahme der täglichen Verpflegskosten in den österreichischen Strafanstalten ermittelt. Dabei nehmen wir an, daß der Lebensmittelaufwand einer vierköpfigen Familie in den Jahren 1883 bis 1897 den gleichen Preisschwankungen unterlag, wie die Verpflegskosten in den österreichischen Strafanstalten.

Die Verpflegskosten in den österreichischen Strafanstalten betrugen:

Im Jahre	für einen Sträfling täglich Heller	das Jahr 1898 gleich 100 %	Im Jahre	für einen Sträfling täglich Heller	d. Jahr 1898 gl. 100 %
1883	39.6	100.—	1891	34.6	87.87
1884	37.6	94.95	1892	35.6	89.89
1885	32.4	81.81	1893	33.8	85.35
1886	30.8	77.77	1894	31.6	79.79
1887	30.8	77.77	1895	32.2	81.31
1888	30.4	76.76	1896	33.2	84.09
1889	30.8	77.77	1897	35.6	89.89
1890	32.8	82.82	1898	39.6	100.—

Die vorstehenden im Hundertsatz ausgedrückten Schwankungen der bereits erwähnten Verpflegskosten haben wir nun für den gleichen Zeitraum auch auf den Lebensmittelaufwand einer vierköpfigen Familie übertragen, wobei das Jahr 1898, zurückgreifend bis auf das Jahr 1883, als Ausgangspunkt angenommen wurde.

Nunmehr folgen die bereits erwähnten Zahlentafeln.

Gesamtbelegschaft des betreffenden Revierbergamtsbezirkes ganz selbständig ermittelt. Dieser ermittelte Schichtlohn wurde hierauf mit der Belegschaftsziffer des betreffenden Revierbergamtsbezirkes multipliziert. Hernach wurde das Produkt aller drei Revierbergamtsbezirke addiert und die Summe durch die Belegschaftsziffern der drei Revierbergamtsbezirke (Komotau, Brüx, Teplitz) dividiert. Dieser so ermittelte durchschnittliche Schichtlohn in den einzelnen Jahren ergibt mit 5.5 Schichten gerechnet den Wochenverdienst eines Arbeiters in den Jahren 1883 bis 1888.

Vom Jahre 1889 bis 1913 wurden zur Ermittlung des Wochenlohnes die Ausweise des Zentralreservefondes für Bruderladen verwendet. Für die Jahre 1914 bis 1917 wurden die Lohnausweise des Zentralvereines der Bergwerksbesitzer in Oesterreich herangezogen. Für die Jahre 1918 und 1919 wurde der Wochenlohn auf Grund der abgeschlossenen Lohnverträge errechnet. Hiebei waren in beiden Jahren die am Schlusse des betreffenden Jahres geltenden Löhne maßgebend. In den Jahren 1920 und 1921 folgen wir den Lohnausweisen des Revierrates in Brüx. Die letzteren Wochenlöhne wurden auf Grund der Ausweise für das letzte Vierteljahr der erwähnten Jahre ermittelt. Soviel ist also zu sagen über die Art der Ermittlung des Wochenlohnes. Darin drückt sich auch der Jammer der amtlichen Lohnstatistik hierzulande aus.

Ueber die Erstellung der Kosten des Lebensmittelaufwandes wäre dieses zu sagen: Zunächst ist zu erwähnen, daß der der Erhebung unterstellte Lebensstandard einer vierköpfigen Familie sich auf die Jastrow-Calwerische Methode stützt.

Die Preise der in Betracht kommenden Lebensmittel wurden in den Jahren 1898 und 1899 und ferner in den Jahren 1913 bis 1921 selbständig von der Union der Bergarbeiter erhoben. Vom Jahre 1900 bis 1912 wurden bei Rindfleisch, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, die von der österreichischen

In den Revierbergamtsbezirken Komotau, Brüx, Teplitz hat auf den Kopf der Gesamtbelegschaft betragen:

Jahr	der Wochenlohn K	d. Jahr 1901 gl. 100%	Jahr	der Wochenlohn K	d. Jahr 1901 gl. 100 %
1882	15.98	73.50	1902	20.07	93.31
1883	16.14	74.24	1903	19.39	89.19
1884	18.54	85.28	1904	19.38	89.14
1885	16.80	77.28	1905	19.98	91.90
1886	17.10	78.65	1906	20.86	95.95
1887	16.20	74.52	1907	22.82	104.97
1888	17.46	80.31	1908	24.17	111.18
1889	18.01	82.84	1909	23.54	108.28
1890	20.26	93.19	1910	22.88	105.24
1891	20.81	95.72	1911	23.84	109.66
1892	17.61	80.95	1912	24.97	114.86
1893	17.31	79.62	1913	25.77	118.54
1894	18.00	82.89	1914	24.96	114.81
1895	18.35	84.41	1915	29.12	133.95
1896	18.94	87.12	1916	33.35	153.40
1897	19.52	89.79	1917	41.38	190.34
1898	20.00	91.99	1918	113.96	524.19
1899	20.23	93.05	1919	154.33**)	709.89
1900	22.25*)	102.34	1920	359.76	1654.83
1901	21.74	100.00	1921	368.89	1696.41

*) Im Jahre 1900 wurden 872.647 Schichten gestreikt. Bei einem Belegschaftsstand von 29.544 Mann entfallen auf eine Person rund 30 Streikschichten, das sind 5 Wochen. Diese 5 Wochen wurden bei Ermittelung des Wochenverdienstes abgezogen. Der Streik hat in Wirklichkeit 8 Wochen gedauert. Die Verminderung der Streikwochen ist darauf zurückzuführen, weil endgültige Belegschaftsziffer erheblich größer ist als zur Zeit des Streiks.

**) Tschechoslowakische Kronen.

Die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie stellen sich so:

Jahr	in einer Woche K	d. Jahr 1901 gl. 100 %	Jahr	in einer Woche K	d. Jahr 1901 gl. 100 %
1882	— *)	—	1902	21.50	104.57
1883	22.80	110.89	1903	22.08	107.39
1884	21.64	105.25	1904	22.11	107.54
1885	18.65	90.71	1905	22.56	109.73
1886	17.73	86.23	1906	22.60	109.92
1887	17.73	86.23	1907	23.42	113.91
1888	17.50	85.12	1908	23.96	116.53
1889	17.73	86.23	1909	24.51	119.21
1890	18.88	91.83	1910	26.49	128.84
1891	19.92	92.65	1911	26.46	128.69
1892	20.49	99.66	1912	27.81	135.26
1893	19.46	94.65	1913	30.99	150.73
1894	18.20	88.52	1914	32.64	158.75
1895	18.54	90.17	1915	55.21	268.53
1896	19.17	93.23	1916	96.03	467.07
1897	20.49	99.66	1917	127.70	621.11
1898	22.80	110.89	1918	306.18	1489.20
1899	22.20	107.97	1919	330.74**)	1608.66
1900	21.80	106.03	1920	388.90	1891.55
1901	20.56	100.—	1921	385.03	1872.71

*) Fehlen Unterlagen. **) Tschechoslowakische Kronen.

Das sind also lediglich die erstellten Ausgaben für Lebensmittel. Dazu kommen schließlich noch die Ausgaben für die anderen Bedürfnisse, als: Kleidung, Wäsche, Miete usw.

Diese Ausgaben kann man mit einem Drittel der Kosten der Nahrungsmittel veranschlagen.

In der vorstehenden Zahlentafel sind auch die Prozentziffern sehr lehrreich. Vom Jahre 1883 bis 1888 zeigen die Kosten der Nahrungsmittel eine rückläufige Bewegung. In den nachfolgenden Jahren bis 1896 verläuft die Preisbewegung ungleichmäßig. Im Jahre 1897 setzt die Steigerung der Kosten der

Nahrungsmittel wieder ein. Das Jahr 1901 bringt eine Abschwächung. Hierauf kletterten vom Jahre 1902 an die gegenständlichen Kosten bis zum Kriege, während des Krieges, und nachher immer mehr in die Höhe. Im letzten Friedensjahr 1913 sind schon die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes um 50.73 Prozent höher als im Jahre 1901.

Diese Bewegung kommt nun auch im Reallohn sehr kraß zum Ausdruck.

Ueber die Entwicklung des Reallohnes in den einzelnen Jahren unterrichtet die nachstehende Aufstellung:

Es betrug der

Jahr	Reallohn %	Jahr	Reallohn %	Jahr	Reallohn %
1883	66.95	1896	93.73	1909	90.83
1884	81.02	1897	90.09	1910	81.68
1885	85.19	1898	82.96	1911	85.21
1886	91.20	1899	86.18	1912	84.92
1887	86.42	1900	96.52	1913	78.64
1888	94.34	**1901**	**100.—**	1914	72.32
1889	96.07	1902	89.23	1915	49.88
1890	101.70	1903	83.05	1916	32.84
1891	103.31	1904	82.89	1917	30.65
1892	81.22	1905	83.75	1918	35.19
1893	84.12	1906	87.29	1919	44.13
1894	93.64	1907	92.15	1920	87.49
1895	93.61	1908	95.41	1921	90.59

Das Jahr 1901 wurde aus zweierlei Gründen zum Ausgangspunkt nach rückwärts und nach vorwärts gewählt. Zunächst deshalb, weil es in der Mitte der aufgezählten Jahre steht, insbesondere auch deshalb, weil das Jahr 1901 mit zu den wenigen Jahren zählt, wo der nominelle Wochenlohn etwas höher ist als die Kosten des Lebensmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie.

Aus der obigen Aufstellung kann man nun die sehr aufreizende Tatsache entnehmen, daß während eines Zeitraumes von 39 Jahren der im Jahre 1901

100prozentige Reallohn nur in den Jahren 1890 und 1891 überschritten wurde. In allen anderen Jahren bleibt der Reallohn hinter dem Jahre 1901 zurück, und zwar zuweilen sehr erheblich. Am niedrigsten ist der Reallohn im Jahre 1917. Ueber die Folgen der daraus entstandenen Unterernährung gibt die Kranken- und Sterblichkeitsstatistik erschreckenden Aufschluß. Nun ist der Reallohn im Jahre 1921 noch immer um fast ein Zehntel niedriger als im Jahre 1901. Um dieses Zehntel war also die Lebenshaltung der Bergarbeiter im Jahre 1921 schlechter, als vor zwanzig Jahren. Jedenfalls bleibt es unbestritten, daß bei der Beurteilung der Frage, ob der Lohn des Arbeiters hoch oder niedrig ist, nicht allein der nominelle Geldlohn maßgebend ist, sondern dessen Kaufkraft. Daß dem so ist, das wissen die Unternehmer ebensogut wie wir. Das Lied von den hohen Löhnen ist daher nur das Aushängeschild, um durchgeführte und beabsichtigte Lohnkürzungen zu rechtfertigen. Dieser Druck der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Arbeiter wäre endlos, wenn ihm nicht durch den organisierten Widerstand der Arbeiter begegnet würde.

Aus: Bergarbeiter-Kalender 1923, herausgegeben von der UNION der Bergarbeiter, 9. Jg., Turn 1923

Braunkohlenwerke der Anglo-Oesterreichischen Bank in Boden. Die Lage der zu diesem Werke gehörigen Berg- und Hüttenarbeiter ist in Folge ihrer Uneinigkeit und Unbildung eine der schlechtesten. Wir brauchen gar nicht aufzureizen, sondern lassen trockene Zahlen sprechen. Ein Lohnzettel, den ein Genosse zufällig gefunden und uns überliefert hat, spricht eine stumme Sprache:

Lohnabrechnung pro September 1892.

Verdienst:

Geding für 32 Hunte à 14 kr.		4 fl.	48 kr.
» » 269 » à 11½ kr.		30 »	93 »
Summa		35 fl.	41 kr.
Abzüge: Vorschuss		32 »	80 »
Versorgungskassa		1 »	33 »
Krankengeld		— »	43 »
Rüböl		— »	85 »
Summa		35 fl.	41 kr.
Freilohn		00 »	00 »

Und da sind noch Ueberschichten dabei. Da Bergarbeiter meistens mit Kindern gesegnet sind, so stellen wir uns eine Familie mit 4 Kindern vor und rechnen einmal:

Ausgaben für einen Monat:

Versorgungskassa	1 fl.	33 kr.
Krankenkassa	— »	43 »
Rüböl	— »	85 »
6 Personen per Tag 1 fl. auf die Nahrung	31 »	— »
Für 2 Kinder Schulgeld	— »	52 »
Hauszins	3 »	— »
Pantoffeln	— »	62 »
Kleidung pro Monat	3 »	— »
Alle Tage 1 Packl Tabak	1 »	24 »
Alle Sontage 2 Glas Bier	— »	48 »
Zwecke, Docht	— »	10 »
Schulrequisiten	1 »	— »
Rauchfangkehrer	— »	06 »
Monatsbeitrag zum Verein	— »	10 »
Eine Zeitung »Glück auf«	— »	14 »
Sonst nothwendige Kleinigkeiten als:		
Zwirn, Nadel	— »	40 »
Veteranen beitrag	— »	20 »
Dummheitssteuer in die Lotterie	— »	40 »
Opferungskreuzer in die Kirche	— »	04 »
Beleuchtung, Petroleum	— »	60 »
Brennmaterial	2 »	— »
Summa	47 fl.	51 kr.
Einnahme	35 »	41 »
Deficit	12 fl.	10 kr.

Aus: "Glück auf!" Nr. 15/1892 (6 Personen)

Rechenschaftsbericht eines Bergarbeiters.

Es ist schon längst als eine große Lücke empfunden worden, daß sehr wenig Arbeiter über Einnahmen und Ausgaben Buch führen, und doch ist es von eminenter Bedeutung. Dadurch gewinnt der Arbeiter einen Einblick in seine Lohn- und Lebensverhältnisse, ist auch leichter in der Lage, zu überblicken, ob er das Maaß der Lebensmittel, welches die Wissenschaft vorschreibt, wenn der menschliche Organismus erhalten bleiben soll, annähernd erreicht.

Solches Material ist für die interessirenden Statistiker von unschätzbarem Werthe. Wir bringen hiemit ein Jahresbudget eines Bergarbeiters aus dem Teplitzer Kohlen-Revier für das Jahr 1898. Mit peinlicher Genauigkeit hat derselbe die Einnahmen und Ausgaben gebucht. Die Familie besteht aus drei Personen, Mann, Frau und ein Kind im Alter von zwei Jahren.

Monat Jänner.

Hunte $166^{6}/_{10}$ à 22 kr.		fl. 36.65
Für Stempel und andere Arbeiten		„ 5.81
	Bruttolohn	fl. 42.46
Abzüge für Bruderlade		fl. 2.—
„ „ Dynamit		„ —.65
Schichten 19.3.	Summa der Abzüge	fl. 2.65

Monat Feber.

Hunte $183^{3}/_{10}$ à 22 kr.		fl. 40.32
Für Stempel und andere Arbeiten		„ 6.38
	Bruttolohn	fl. 46.70
Abzüge für Bruderlade		fl. 2.—
„ „ Dynamit		„ 3.18
Schichten 19.5	Summa der Abzüge	fl. 5.18

Monat März.

Hunte $237^{9}/_{10}$ à 22 kr.		fl. 52.34
Für Stempel und andere Arbeiten		„ 5.80
	Bruttolohn	fl. 58.14
Abzüge für Bruderlade		fl. 2.—
„ „ Dynamit		„ 4.79
Schichten 24.4.	Summa der Abzüge	fl. 6.79

Monat April.

Hunte $276^{8}/_{10}$ à 22 kr.		fl. 60.90
Für Stempel und andere Arbeiten		„ 7.27
	Bruttolohn	fl. 68.17
Abzüge für Bruderlade		fl. 2.15
„ „ Dynamit		„ 6.90
Schichten 23.4.	Summa der Abzüge	fl. 9.05

Aus: "Glück auf!" Nr. 20/1899, S. 2/3 (3 Personen)

Monat Mai.

Hunte 204 4/10 à 22 kr.	fl.	44.97
Für Stempel und andere Arbeiten	„	4.99
Bruttolohn	fl.	49.96
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.15
„ „ Dynamit	„	4.06
Schichten 21.4. Summa der Abzüge	fl.	6.21

Monat Juni.

Hunte 230 3/10 à 22 kr.	fl.	50.66
Für Stempel und andere Arbeiten	„	2.16
Bruttolohn	fl.	52.82
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.15
„ „ Dynamit	„	3.20
Schichten 20.2. Summa der Abzüge	fl.	5.35

Monat Juli.

Hunte 228 8/10 à 22 kr.	fl.	50.20
Für Stempel und andere Arbeiten	„	6.42
Bruttolohn	fl.	56.62
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.14
„ „ Dynamit	„	—.64
Schichten 22. Summa der Abzüge	fl.	2.78

Monat August.

Hunte 263 7/10 à 22 kr.	fl.	57.91
Für Stempel und andere Arbeiten	„	5.81
Bruttolohn	fl.	63.72
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.22
„ „ Dynamit	„	1.60
Schichten 22.7. Summa der Abzüge	fl.	3.82

Monat September.

Hunte 204 à 22 kr.	fl.	44.88
Für Stempel und andere Arbeiten	„	13.51
Bruttolohn	fl.	58.39
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.22
„ „ Dynamit	„	—.94
Schichten 24. Summa der Abzüge	fl.	3.16

Monat Oktober.

Hunte 216 2/10 à 22 kr.	fl.	47.56
Für Stempel und andere Arbeiten	„	7.41
Bruttolohn	fl.	54.97
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.32
„ „ Dynamit	„	4.76
Schichten 23.1 Summa der Abzüge	fl.	7.08

Monat November.

Hunte 211 à 22 kr.	fl.	46.42
Für Stempel und anderen Arbeiten	„	8.55
Bruttolohn	fl.	54.97
Abzüge für Bruderlade	fl.	2.30
„ „ Dynamit	„	—.74
„ „ Bergbaugenossenschaft	„	—.12
Schichten 23.4. Summa der Abzüge	fl.	3.16

Monat Dezember.

Hunte 162⁸/₁₀ à 22 kr.	fl. 35.82
Für Stempel und andere Arbeiten	„ 6.17
Bruttolohn	fl. 41.99
Abzüge für Bruderlade	fl. 2.26
„ „ Dynamit	„ 1.79
Summa der Abzüge	fl. 4.05

Summa fürs ganze Jahr 1898.

Hunte 2585²/₁₀ à 22 kr.	fl. 568.75
Stempel und andere Arbeiten	„ 80.28
Abzüge für Bruderlade	fl. 25.71
„ „ Dynamit	„ 33.25
„ „ Bergbaugenossenschaft	„ —.12
Hiezu kommt Oel und Docht	„ 16.99
„ „ Werkzeug	„ 3.20
Summa der Abzüge	fl. 79.27

Schichten 262⁸/₁₀ zu fl. 2,16 durchschnittl. Reinlohn.

Summa des Reinlohnes	fl. 569.76
Entschädigung für Mühewaltung Arbeiterkonsum	„ 33.—
Aus dem Arbeiterkonsum an Dividenden erhalten	„ 14.81
Krankengeld für 12 Tage 1897	„ 7.20
Entschädigung für 29 Vorträge in Versammlungen	„ 21.20
Vortrag vom 31. Dezember 1897	„ 6.20
Für versäumte Arbeitstage von der Bergbaugenossenschaft	„ 6.—
Summa der Einnahmen	fl. 658.17
„ „ Ausgaben	„ 667.14
Defizit den 31 Dezember 1898	fl. 8.97

Ausgaben.

Kg.		fl.		fl.
79	Zucker	31.38	Semmeln	21.24
5¹/₀	Kaffee	9.30	Wurst	14.67
132	Mehl	30.94	Bahn	1.34
10	Gries	2.99	Essig	—.62
11	Reis	2.74	Seife und Soda	5.25
6¹/₂	Graupen	1.98	Kleidungsstücke	17.80
13¹/₂	Linsen	4.16	Spielwaaren fürs Kind	4.82
21¹/₂	Fett und Speck	17.33	Unterhaltungen-Entree	1.75
17¹/₂	Salz	2.32	Schnaps	—.47
78³/₄	Fleisch	54.50	Inselt	—.66
12¹/₄	Petroleum	3.94	Cichorie	2.15
6	Erbsen	1.40	Gewürze	1.80
203	Mais	16.27	Streichhölzchen	—.83
2³/₄	Rosinen	1.98	Schuhschmiere	—.23
228	Brot	29.93	Buchbinderarbeiten	2.10
Butter, Schmalz, Käse		29.25	Post- und Schreibrequisiten	6.12
Malz-Kaffee		7.36	Hefe	1.09
494	Stück Eier	16.49	Kochgeschirr	2.07
Wäsche		29.87	Kerzen und Nachtlichter	—.46
Kinderwagen		18.—	Junge Gänse	2.—
Gemüse		10.79	Kohle	12.—
Obst		7.40	Wohnungsmiethe	45.—
Schuhmacher		25.95	Reparatur Fahrrad	8.70
Wein		2.60	Agitation und Streikunterst.	8.—
Bier		45.08	Vereinsbeitrag Distriktsverb.	4.80
Milch		45.28	Literatur u. Lieferungswerke	22.80
Tabak und Cigarren		14.06	Unterst. an Leidtler u. Kranke	1.30
Christbaumsachen		1.—	Für Zeitungen	6.—
Kartoffeln		6.04	Verschiedene Ausgaben	5.64

	Verfahrene Schichten	Bruttolohn K	Abzüge für Bruderlade K	Reinlohn K
Jänner	26	110·61	6·52	104·09
Feber	22	93·13	6·52	86·61
März	27	123·46	6·52	116·94
April	23	98·80	6·52	92·28
Mai	25	121·61	5·92	115·69
Juni	24	97·81	5·92	90·89
Juli	25	96·84	5·92	90·92
August	20	91·—	5·92	85·08
	192	833·26	49·76	783·50

Der durchschnittliche Reinlohn für diese acht Monate beträgt 4 Kronen 08 Heller. Die Wohnungszulage ist in dieser Summe inbegriffen.

Nun kommen die Ausgaben:

	K
Schuld vom Jahre 1905	54·32
88 Kilo Zucker	59·84
Fleisch	131·46
504 Kilo Brod	120·96
320 Liter Milch	70·40
196 Kilo Mehl	68·80
26 Kilo Specksett	41·60
Semmeln	28·32
Butter und Schmalz	16·78
Kaffee	26·22
232 Stück Eier	13·99
Kartoffeln	48·56
Grieß, Reis und Hülsenfrüchte	30·28
Gemüse	11·34
Bier	6·—
Seife, Soda u. w.	16·66
Oel und Petroleum	28·70
Kohlenzufuhr	12·40
Wäsche und Kleidung	58·—
Tabak und Zigarren	16·44
Organisation und Zeitungen	14·20
Wohnungsmiete	90·—
Küchengeräthe	4·—
Sonstige Ausgaben	26·56
Summe der Ausgaben	985·23
Einnahmen	783·50
Fehlbetrag	201·73

Aus "Glück auf!" Nr. 30/1906, S. 1 (7 Personen)

Die Lebenshaltung eines Bergarbeiters in Ziffern.

Unser Gewährsmann hat mit Beginn des Jahres 1911 bis gegen das Ende des Monates Juni ununterbrochen gearbeitet. Hierauf ist derselbe durch 112 Tage krank gewesen und hat Anfangs Oktober die Beschäftigung wieder aufgenommen. Die Anzahl der verfahrenen Schichten beträgt 177. Die Einnahmen stellen sich folgend:

Für	177 Schichten	Bruttolohn	732·64 Kronen
„	112 „	Krankengeld	201·60 „
„	Mietzinsbeitrag		72·— „
Unterstützung aus der Organisation			21·— „
		Summa	1027 24 Kronen.

Ausgaben:			K	h
Wohnungsmiete			138	80
Schuhe, Wäsche abgetragene Kleider			106	47
286	Kilogramm	Brot	216	08
31	„	Fett und Speck	70	82
28½	„	Fleisch	61	52
634	„	Kartoffeln	65	08
53	„	Zucker	55	12
6¼	„	Bohnenkaffee	24	16
14½	„	Malzkaffee	14	50
43	„	Reis	27	12
24	„	Linsen	7	71
16½	„	Erbsen	10	16
4	„	mindere Butter	14	48
23	„	Salz	3	75
20	„	Graupen	11	18
358	Liter	Milch	85	13
33½	„	Bier	10	50
19	„	Petroleum	6	64
203	Stück	Eier	15	72
Semmeln (nur Sonntags)			10	40
Gemüse			11	68
Zichorie			4	26
Reinigungsmittel, Soda und Seife			20	89
Schulrequisiten für drei Kinder			12	66
Organisationsbeitrag u. Bildungszwecke			25	52
Für Werkzeug in der Grube			10	70
Tabak, Zigarren und Streichhölzer			10	40
Diverse Ausgaben			15	84
		Summe der Ausgaben	1007	29 K

Aus: "Glück Auf!" Nr. 4/1912, S. 1 (5 Personen)

Wie eine achtköpfige Bergarbeiterfamilie lebt.

Aus dem Karbitzer Revier erhalten wir von einem Bergarbeiter, welcher seine Frau und sechs Kinder im Alter von 1 bis 13 Jahren zu ernähren hat, einen einwöchentlichen Küchenzettel, den wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten möchten. Der Betreffende hat für Lebensmittel verausgabt: 42 kg Kartoffeln K 5·08, 1 kg Kartoffelmehl K 1·20, 11·9 kg Brot K 5·94, 3·2 kg Mehl K 2·46, 2½ kg Zucker K 2·60, ½ kg Butter K 4·40, ½ kg Fett K 3·—, ⅛ kg Speck K 1·08, ¼ kg Rindfleisch K 1·—, ⅛ kg Erbsen K —·65, ⅛ kg Reis K 1·80, 2 kg Maisgrieß K 2·24, 1 kg Maismehl K 1·16, 1 kg Salz Kronen —·38, 1 kg Quark K —·84, 2½ kg Kraut K —·92, 4 Stück Eier K —·80, 6 dkg Käse K —·30, ⅛ kg Kaffee K —·64, 2 Pack'ln Malz K —·72, 1 Packel Zichorie K —·20, 4 Stück Maggiwürfeln K —·48, 10½ Liter Milch K 3·78 und um 60 Heller Gemüse. Das sind zusammen K 42·27 für Lebensmittel. Demgegenüber betrug der Arbeitsverdienst K 44·86. Es verbleiben demnach ganze K 2·59 zur Bestreitung der anderen Ausgaben, als: Miete, Kleidung usw. Und dabei handelt es sich im vorliegenden Falle um einen selten hohen Wochenverdienst. Der betreffende Bergarbeiter sagt daher auch, daß er den hier angegebenen Wochenverdienst schon seit langer Zeit nicht gehabt hat. Bei niedrigem Wochenverdienst ist der Speisezettel noch dürftiger als der obige. Der Betreffende versichert, daß in seiner Familie in mancher Woche bis 56 kg Kartoffeln verzehrt werden. Das ist immer dann der Fall, wenn der Arbeitsverdienst zur Beschaffung anderer Lebensmitteln nicht mehr ausreicht. So wird die Frage bezüglich der Befriedigung des Magens gelöst; anders steht es mit der wirklichen Ernährung.

Die Ernährungswissenschaft lehrt, daß jeder Mensch je nach Alter und Beruf eine bestimmte Wärmemenge verbraucht. Diese Wärmemenge wird dadurch erzeugt, indem dem menschlichen Körper bestimmte Mengen Eiweis, Fett und Kohlenhydrate zugeführt werden. Diese Stoffmengen müssen wiederum zu einander im richtigen Verhältnis stehen, wenn der menschliche Organismus gesund und rüstig erhalten bleiben soll.

Daran wollen wir uns halten. Nach den von Dr. König aufgestellten Nährwerttafeln verbraucht die in Rede stehende Familie 95.858 Wärmeeinheiten (Calorien), zu deren Erzeugung verhältnismäßig 3584 Gramm Eiweis, 2454 Gramm Fett und 15.043 Kohlenhydrate erforderlich sind. Demgegenüber hat die betreffende Familie auf Grund der ihrerseits verbrauchten Lebensmittel in Wirklichkeit zu sich genommen: 2704 gr (— 880 gr) Eiweiß, 1671 gr (— 783 gr) Fett und 24.910 gr (+ 9867 gr) Kohlenhydrate mit 109.925 (+ 14.067) Wärmeeinheiten. Die Zufuhr von Eiweiß und Fettstoffen ist demnach annähernd um ¼ beziehungsweise um ⅓ niedriger, während jene sich bezüglich der Kohlenhydrate um beiläufig ¼ höher stellt. Da nun die fehlenden Stoffmengen, insbesondere Eiweiß durch andere Stoffe nicht zu ersetzen sind, ergibt sich die unleugbare Tatsache, daß die Bergarbeiterfamilie, welche uns hier beschäftigt, sehr bedeutend an Unterernährung leidet. Wie es inbezug auf die Ernährung erst dann aussieht, wenn das verfügbare Lohneinkommen sich zwischen 25 und 30 Kronen bewegt, ist leicht auszumalen. Gegen diesen betrübenden Ernährungszustand ist mit aller gutgemeinten Kochbüchern, welche während der sogenannten großen Zeit auf den Markt geworfen wurden, nichts auszurichten

Aus: "Glück auf!" Nr. 50/1915, S. 3

Der relative Verbrauch von Lebensmitteln
nach der Menge (pro Kopf und Monat) in kg, l bzw. Stück:

	1898	1906	1911	1915
Brot	6,3 kg	9,0 kg	6,0 kg	6,0 kg
Kartoffeln	-	-	13,2 kg	21,0 kg
Milch	-	5,7 l	7,5 l	5,3 l
Fleisch	2,2 kg	-	0,6 kg	0,125 kg[2]
Mehl	3,7 kg	3,5 kg	-	1,8 kg
Kaffee	-	-	-	-
Fette	0,1 kg[1]	0,5 kg[1]	0,9 kg	2,0 kg
Zucker	2,2 kg	1,6 kg	1,1 kg	1,25 kg
Eier	13,7 Stck.	4,1 Stck.	4,3 Stck.	8,0 Stck.
Gries	-	-	-	4,0 kg
Reis	0,3 kg	-	0,9 kg	1,0 kg
Graupen	0,2 kg	-	0,4 kg	-
Linsen	0,4 kg	-	0,5 kg	-
Erbsen	0,2 kg	-	0,3 kg	1,0 kg
Die Angaben lagen vor für:				
Personen	3	7	5	8
Zeit	12 Mon.	8 Mon.	12 Mon.	1 Woche

Anmerkungen: 1 ohne Butter und Schmalz
2 ohne Wurst

Bei der Berechnung des Anteils der Nahrungsmittel bzw. des Anteils der einzelnen Lebensmittel am gesamten Nahrungsmittelverbrauch wurden aufgrund der Angaben im "Glück auf!" zusammengefaßt:

Brot: Brot und Semmeln

Fette: Butter, Öl, Fett, Speck, Schmalz, Käse, Speckfett (manchmal sind mehrere dieser Nahrungsmittel in den Rechnungen schon zusammengefaßt)

Fleisch: Fleisch- und Wurstwaren

Kaffee: Bohnenkaffee, Malzkaffee, Cichorie

Hülsenfrüchte: Reis, Erbsen, Linsen, Graupen

DER ANTEIL DER EINZELNEN LEBENSMITTEL(GRUPPEN) (IN %) AN DEN GESAMTAUSGABEN FÜR DIE NAHRUNG:

	1892	1898	1906	1911	1915
Brot	15,6	12,1	22,5	31,5	14,1
Kartoffeln	4,4	1,4	7,3	9,1	12,0
Milch	9,9	10,8	10,6	11,8	8,9
Fleisch	10,7	16,5	19,8	8,6	2,3
Mehl	11,8	7,4	8,9	-	5,8
Kaffee	6,4	4,5	4,0	6,0	3,7
Fette	8,6	11,3	8,8	11,9	20,8
Zucker	1,6	7,5	9,0	7,7	6,2
Eier	0,7	3,9	2,0	2,2	1,9
Bier	2,4	10,7	0,9	1,5	-
Gemüse	0,7	1,8	1,7	1,6	1,4
Salz	0,5	0,5	-	0,5	-
Hülsenfrüchte	-	3,2	4,6	7,8	5,8
Obst	-	2,6	-	-	-

DIE AUSGABEN FÜR NAHRUNG, KLEIDUNG UND WOHNEN (MIETE) IN % DER GESAMTEN AUSGABEN:

	1892	1898	1906	1911	1915
Nahrung	84,2	63,0	71,3	67,4	94,2
Kleidung	1,4	11,6	6,2	10,0	-
Miete	12,3	6,8	9,7	13,0	-
Rest	2,1	18,6	12,8	9,6	-

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Amtliche Veröffentlichungen und Protokolle

Die Arbeitervereine in Österreich nach dem Stande vom Dezember 1900. I. Band: Tabellarischer Teil. Herausgegeben vom k. k. Arbeitsstatistischen Amt im Handelsministerium. Wien 1905.

Der Bergwerksbetrieb im Kaiserthume Österreich nach den Verwaltungsberichten der k. k. Berghauptmannschaften und Mittheilungen anderer k. k. Behörden für das Jahr 1865. Wien 1867.

Der Bergwerksbetrieb in den im Reichrathe vertretenen Königreichen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie nach den Verwaltungsberichten der k. k. Berghauptmannschaften und Mittheilungen anderer k. k. Behörden für das Jahr 1869. Wien 1871.

Bevölkerung und Viehstand von Böhmen. Nach der Zählung vom 31.10. 1857. Hrsg. vom k. k. Min. d. Innern. Wien 1859.

Bevölkerung und Viehstand von Böhmen, nach d. Zählung vom 31.12. 1869. Hrsg. v.d. k. k. Statist. Central-Commission. Wien 1871.

Satzungen der Zentralbruderlade in Prag, welche nach dem Gesetze vom 11. Juli 1922 No. 242 S.d.G.u.V. betreffend die Versicherung bei den Bergwerksbruderladen, errichtet wurde. (Genehmigt vom Ministerium für öffentliche Arbeiten am 11. Februar 1925).

Statuten der Central-Bruderlade für Nordwest-Böhmen (genehmigt von der k. k. Berghauptmannschaft Prag am 21. Feber 1895).

Statistisches Handbuch des Königreiches Böhmen Zsgest. vom Statist. Landesbureau d. Kgr. Böhmen. Prag 1909/I. Ausgabe.

Statistisches Handbuch des Königreiches Böhmen. Zusammeng. vom Statist. Landesbureau d. Kgr. Böhmen. Deutsche Ausgabe. Prag 1913/II. Ausgabe.

Stenographisches Protokoll der im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Enquête über die Beschäftigung von Jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbaue. Wien 1883.

Stenographisches Protokoll der vom Subcomité des socialpolitischen Ausschusses veranstalteten Enquête, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbaue. Wien 1900.

Stenographisches Protokoll der am 13. und 14. Mai 1889 im volkswirthschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Enquête betreffend des Erlasses eines Gesetzes zur Hinanstellung der Trunkenheit. Wien 1889.

Gesetz vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht, Gesetz vom 15. November 1852 über das Versammlungsrecht, Vereinsgesetz vom 26. November 1852, nebst den hiezu ergangenen Verordnungen, Erlässen und Specialentscheidungen (=Handausgabe der österreichischen Gesetze und Verordnungen, 1. Heft, Vereins- und Versammlungsrecht). Wien 1884.

II. Veröffentlichungen und Protokolle der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung

a) Protokolle und Berichte der Union der Bergarbeiter und deren Vorläufer

Die Protokolle der Kongresse und Unionstage der österreichischen Berg- und Hüttenarbeiter, ihrer Distriktverbände, ihres Zentralverbandes und der Reichskonferenzen sind bis zum III. Unionstag einschließlich ausführlich im Fachblatt abgedruckt und kommentiert. Daneben finden sich regelmäßig auch die Kurzprotokolle der Vorstandssitzungen sowie der Bergbaugenossenschaften. Die folgenden, ausnahmslos ausführlich gehaltenen Protokolle seien ihrer Wichtigkeit wegen mit der Nummer ihres Abdrucks im "Glück auf!" genannt:

Protokoll des Congresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs vom 7., 8. und 9. December in Wien 1890. In: Glück auf! 1/1891.

Der zweite Berg- und Hüttenarbeiter-Congress Österreichs 18./19. October 1891 in Prag-Nusle. In: Glück auf! 19/1891 und 20/1891 (Fortsetzung).

Der dritte Berg- und Hüttenarbeiter-Congreß in Österreich! 25./26. December 1892 in Tschausch (bei Brüx). In: Glückauf! 1/1893 und 2/1893 (Fortsetzung).

Protokoll der constituirenden Versammlung des Centralverbandes der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs am 15. April 1894 in Brüx (4. Congreß). In: Glück auf! 8/1894.

Protokoll des 5. Congresses der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Brüx. In: Glück auf! 8/1895 und 9/1895 (Fortsetzung).

Protokoll der neu constituirten Generalversammlung, d. h. des neu constituirten Verbandstages des Centralverbandes der Distriktsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs (29. September in Pilsen). In: Glück auf! 19/1895.

Der Verbandstag des Centralverbandes der Distriktsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs (29. März in Pilsen). In: Glück auf! 7/1896.

Protokoll des ordentlichen Verbandstages des Centralverbandes der Distriktsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs am 25. October in Pilsen. In: Glück auf! 21/1896.

Protokoll des ordentlichen Verbandstages des Centralverbandes der Distriktsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs am 17. October in Pilsen. In: Glück auf! 24/1897.

VI. Congreß der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs, abgehalten am 3., 4. und 5. Juli in Prag (1898). In: Glück auf! 20/1898, 21/1898 (Fortsetzung) und 22/1898 (Fortsetzung).

Protokoll des Verbandstages des Centralverbandes der Distriktsverbände der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs am 15. August in Turn. In: Glück auf! 25/1898.

Protokoll der ordentlichen Generalversammlung des Distriktsverbandes der Berg- und Hüttenarbeiter für die politischen Bezirke Aussig,

Teplitz, Brüx und Komotau und zugleich der neu constituirenden General-Versammlung des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter für das Königreich in Böhmen mit dem Sitze in Turn, aufgrund der abgeänderten Statuten des erstgenannten Verbandes, abgehalten am 22. Jänner 1899 in "Wilhelmsthal" in Turn. In: Glück auf! 5/1899.

Centralverband der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs. Protokoll des ordentlichen Verbandstages vom 10./11. December 1899 in Turn. In: Glück auf! 1/1900 und 2/1900 (Fortsetzung).

Reichskonferenz der Bergarbeiter Österreichs am 14. Oktober 1900, von der Gewerkschaftskommission einberufen. In: Glück auf! 30/1900 und 31/1900 (Fortsetzung).

Protokoll des ordentlichen Verbandstages des Centralverbandes der Distriktsverbände und Vereine der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs vom 3. Feber 1901 in Turn. In: Glück auf! 6/1901.

Generalversammlung des Centralverbandes der Distriktsverbände der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs in Turn (10-Punkte-Programm zur Gründung der Union beschlossen!). In: Glück auf! 14/1902.

Der constituierende Unionstag 23./24. Mai 1903 in Turn. In: Glück auf! 15/1903 und 16/1903 (Fortsetzung).

Unser I. Unionstag (25./26. Dezember 1905 in Leoben). In: Glück auf! 1/1905, S. 1-4.

Unser II. Unionstag (14.-17. April in Wien). In: Glück auf! 12/1906.

Unser III. Unionstag (3 Tage im Oktober 1909 in Wien-Ottakring, Arbeiterheim). In: Glück auf! 32/1909, 33/1909 (Fortsetzung), 34/1909 (Fortsetzung) und 35/1909 (Fortsetzung).

Protokoll über die Verhandlungen des IV. Unionstages der Union der Bergarbeiter Österreichs. Abgehalten im Arbeiterheim in Wien, vom 21.-24. Oktober 1912. Turn 1912.

Protokoll des V. Unionstages, abgehalten im Arbeiterheim Ottakring Wien vom 25.-28. Mai 1918. Turn 1926 (gekürzt).

Protokoll des VI. Unionstages, abgehalten in den "Lindenhofsälen" in Teplitz-Schönau vom 30. August bis 2. September 1920. Turn 1926 (gekürzt).

Protokoll des VII. Unionstages, abgehalten in der "Kurhausveranda" in Teplitz-Schönau vom 31. März bis 3. April 1924. Turn 1926. (Anm.: Der VII. Unionstag hatte schon im Jahr 1923 stattfinden sollen, mußte aber wegen eines siebenwöchigen Gesamtstreikes verschoben werden.)

Bericht über die Tätigkeit und Kassagebarung der Union der Bergarbeiter Österreichs für die Zeit vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904.

Bericht erstattet vom Vorstande über die Unionstätigkeit in den Verwaltungsjahren 1906, 1907 und 1908. Turn bei Teplitz 1909.

Bericht erstattet vom Vorstande über die Tätigkeit der Union in den Verwaltungsjahren 1909, 1910, 1911. Turn 1912.

Bericht für die Jahre 1912, 1913, 1914, 1915, 1916 und 1917. Vorläufiger Bericht über die Mitgliederbewegung und die Finanzgebarung. Turn-Teplitz 1918.

IV. Reichskonferenz der Bergarbeiter am 11., 12. und 13. Juli 1922 in Prag.

b) Statuten u. ä. von Arbeitervereinen aus dem nordwestböhmischen Braunkohlenrevier

Statuten des Distrikts-Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter für ... (Musterstatut). Falkenau o. J.

Musterstatut für Bruderladen. Herausgegeben über Beschluß des am 7. bis 8. Dezember 1890 in Wien abgehaltenen Bergarbeiter-Congresses. Wien 1891.

Geschäftsordnung für die Abhaltung von Monats- bzw. Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen und Zahlstellen der Union der Bergarbeiter. Praktische Ratschläge für Ortsgruppen-Obmänner. Turn-Teplitz 1921.

Verwaltungsregulativ der Union der Bergarbeiter Österreichs. Gültig vom 1. Juli 1918. Turn-Teplitz 1918.

Statuten des Arbeiter-Gesang-Vereins in Dreihunken. Dreihunken 1908.

Statuten des Allgemeinen Arbeiter-Gesang-Vereines "Vorwärts" in Mariaschein. Teplitz 1912.

Statuten des Arbeiter-Radfahrer-Vereines "Blitz". Weißkirchlitz o. J.

Statuten des Arbeiter-Turnvereines "Vorwärts" in Oberkreibitz-Schönfeld. Oberkreibitz 1911.

Statuten des Arbeiter-Turnvereines "Einigkeit" für Klostergrab und Umgebung (deutsch und tschechisch). Teplitz 1907.

Statuten des politischen Vereines "Karl Marx" in Teplitz (nebst Mitgliedskarte des Bergmannes Ludwig Walitscheck, Eintrittsjahr 1896) (deutsch und tschechisch). Teplitz o. J.

Statuten für den Konsumverein "Selbsthilfe" in Komotau. Komotau 1905.

c) Verschiedenes

Protokoll des Internationalen Bergarbeiter-Congresses zu Aachen. Abgehalten vom 25. bis 28. Mai 1896. Mit einem Vorwort von Heinrich Möller-Weitmar. Bochum 1896.

Protokoll über die Verhandlungen des III. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Österreichs. Wien 29. Juni - 1. Juli 1911. Wien 1911.

Bergarbeiter-Kalender 1923. Herausgegeben von der Union der Bergarbeiter. 9. Jahrgang. Turn 1923.

(Seliger-Archiv) Sammlung von Dokumenten aus der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Stuttgart o. J.

Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928.

Bericht über die Errichtung der Wohlfahrtsanstalten. Revierrat für die Revierbergamtsbezirke Brüx-Teplitz-Komotau.

d) das Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs: Glück auf! (Datum/Erscheinungsort/Untertitel)

Nr. 1-9, I. Jg. 1891, Prag; Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs

Nr. 10-12, I. Jg. 1891, Karbitz

Ab Nr. 14, I. Jg. 1891, Prag

Ab Nr. 8, II. Jg. 1892, Brüx

Ab III. Jg. 1893; Organ für die Gesamtinteressen der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs

Ab Nr. 14, IV. Jg. 1894, Falkenau (Eger)

Ab Nr. 25, XI. Jg. 1901, Turn; Central-Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs; 1904 Zentral-Organ ...

Der "Glück auf!" erscheint zunächst zweimal monatlich, ab 1. Juli 1897 dreimal monatlich; in den Jahren 1908 und 1909 werden 40 Nummern im Jahr herausgegeben. Seit dem Jahr 1910 erscheint der "Glück auf!" wöchentlich (52 bzw. 53 Nummern).

e) Gewerkschaftskommission

An die organisirte Arbeiterschaft Österreichs. Bericht der Gewerkschafts-Commission Österreichs über den Bergarbeiter-Streik mit den Rechnungsabschlüssen der einzelnen Reviere. Wien 1900.

Bericht der Gewerkschaftskommission Deutsch-Österreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österreichischen) Gewerkschaftskongreß in Wien 1919. Wien 1919.

Bericht der Landesgewerkschaftskommission für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik an den ersten ordentlichen Gewerkschaftskongreß 1920.

Protokoll des ersten ordentlichen Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 25.-30. Juli 1920 im Hotel "Imperator" in Turn-Teplitz. Reichenberg 1920.

f) Sozialdemokratische Partei

Verhandlungen des Parteitages der Österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld 30./31. Dezember 1888 und 1. Januar 1891.

Verhandlungen des zweiten Österreichischen sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten zu Wien am 28., 29. und 30. Juni 1891.

Verhandlungen des dritten Österreichischen sozialdemokratischen Par-

teitages abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892.

Verhandlungen des vierten Österreichischen sozialdemokratischen Parteitages abgehalten zu Wien vom 25. bis einschließlich 31. März 1894.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Reichenberg vom 19. bis 24. September 1909. Wien 1909.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei im Tschechoslowakischen Parlamente. Tätigkeitsbericht. Prag 1921.

Der Arbeiterfreund. Social-politische Zeitschrift für das Volk (Redaktion: Prag; Expedition: Reichenberg). 1874-1882 (nicht vollständig).

Der Radikale. Sozialdemokratisches Organ der Arbeiter Nordböhmens. (1. Jg., Nr. 1 vom 6. September 1883 - 2. Jg., Nr. 26 vom 18. September 1884) (nur einzelne Nummern). Reichenberg.

Das neue Heimatsgesetz mit besonderer Rücksicht auf die Erlangung des Zuständigkeitsrechtes und der Rechte auf Gemeindeunterstützung; gemeinfaßlich dargestellt und mit allen nöthigen Gesuchsformularen versehen (Hrsg. Arbeiter-Zeitung. Zentral-Organ der Sozialdemokratie). Wien 1900.

g) Konsumvereine

25 Jahre Konsum- und Spargenossenschaft "Selbsthilfe" Komotau 1905 -1930. Festschrift zum 25-jährigen Bestandesjubiläum. Komotau 1930.

40 Jahre Konsumverein in Teplitz-Schönau. Teplitz-Schönau 1930.

III. Allgemeine Literatur

A n d r e e, Richard: Nationalitätsverhältnisse und Sprachgrenze in Böhmen. Leipzig 1871, 2. Auflage.

Deutsche Arbeit in Böhmen. Berlin 1900.

H e i l f u r t h, G./ W e b e r - K e l l e r m a n n: Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongreß 1965 in Marburg. Göttingen 1967 (=Veröffentlichungen des Instituts für mitteleuropäische Volksforschung an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Band 4).

Österreichischer Arbeiterkalender (1872 und 1873: Wiener Arbeiterkalender, 1874: Österreichischer Arbeiterkalender, 1875: Neuer Österreichischer Arbeiterkalender, 1876-1920 Österreichischer Arbeiterkalender).

70 Jahre Arbeitersport in Österreich (Festschrift des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur in Österreich). Wien 1962.

Der allgemeine österreichische Arbeitertag in Wien-Neustadt am 13. und 14. August 1876. Leipzig 1876.

Wegweiser zur Gründung von Arbeitervereinen. Reichenberg 1879.

Arbeiterverhältnisse im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier. Promemoria erstattet vom Vereine für die bergbaulichen Interessen im nordwestlichen Böhmen. Teplitz 1882.

Arlt, A.: Zur Geschichte des Braunkohlenbergbaus im nordwestlichen Böhmen. In: Mitt. des Vereins f. Geschichte der Deutschen in Böhmen, XXII. Jg., 1884, S. 71-82.

Aron, Josef: 40 Jahre. In: 40 Jahre Konsumverein in Teplitz-Schönau. Teplitz-Schönau 1930, S. 75-79.

Bachmann, Harald: Sozialstruktur und Parteienentwicklung im nordwestböhmischen Kohlenrevier vor dem Zusammenbruch der Monarchie. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 10. München 1969, S. 270-286.

Bauer, Otto: Bergmannsnot und Kohlenwucher (Sozialdemokratische Werbeschrift). Wien 1911.

Bausinger/Jeggle/Korff/Scharfe: Grundzüge der Volkskunde. Darmstadt 1978.

Bausinger, H.: Verbürgerlichung - Folgen eines Interpretaments. In: Wiegelmann, G. (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Göttingen 1973, S. 24-49.

Beiträge zur Heimatkunde des Aussig-Karbitzer Bezirkes. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatforschung in Aussig. Aussig 1921-1937.

Bemerkungen über Verhältnisse des böhmischen Adels. Prag 1861.

Bendel, Josef: Adel, Bürger- und Bauernstand in Deutsch-Böhmen. In: Deutsche Arbeit in Böhmen (Hermann Bachmann, Hrsg.). Berlin 1900, S. 383-435.

Bergmannskampf. Gedicht von Franz Hackl. In: Protokoll des VIII. Unionstages 1927, S. 238.

Allgemeiner Bergmannstag Wien 1912. Wien 1912.

Berner, Ernst: Das rothe Einmaleins oder So leben wir! Wien 1896 (nach Konfiskation 2. Auflage).

Bohmann, A.: Bevölkerungsbewegung in Böhmen 1847-1947 mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der nationalen Verhältnisse. München 1958.

Boldt, Gerhard: Die Einwirkungen der industriellen Revolution auf das Bergarbeitsrecht in Deutschland. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. Jg. 29 (1977), Heft 2-3, S. 88 bis 101.

Bráf, Alois: Studien über nordböhm. Arbeiterverhältnisse. Prag 1881.

Braun, Adolf: Österreichische Städte-Statistik. (Wien) 1888.

Ders.: Probleme des sozio-kulturellen Wandels im 19. Jahrhundert. In: Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert.

Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskundekongresses in Trier vom 13.-18. September 1971. Göttingen 1973, S. 11-23.

Brauner, Michael J.: Brüxer Gedenkbuch. Zeittafel geschichtli-

cher Ereignisse und Denkwürdigkeiten der königlichen Stadt Brüx aus alter und neuer Zeit. Bd. 2, Brüx im 19. Jahrhundert. Brüx 1901.

Über den Braunkohlenbergbau in Böhmen. Denkschrift von der Handels- und Gewerbekammer in Prag. Prag 1876.

B r e p o h l, W.: Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet. Tübingen 1957.

B r e t h o l z, Berthold: Geschichte Böhmens und Mährens. 4 Bände. Reichenberg 1924.

Das Bruderladengesetz vom 28. Juli 1889 nebst Nachträge einschließlich d. Ges. v. 17. Sept. 1892 u. Verordnungen über die Schiedsgerichte sowie Normalstatut für Böhmen. Prag 1892.

B r u e g e l, J. W.: Tschechen und Deutsche 1918-1938. München 1967.

B r u e g e l, L.: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 5 Bände. Wien 1922-1925.

Brüx. Die Stadt an der Brücke. Beiträge zur Geschichte einer nordwestböhm. Stadt. Hrsg. i. A. der Heimatgemeinde Brüx (Sitz Erlangen) gemeinsam mit Leo Böhm und weiteren Mitarbeitern v. Kurt Oberdorffer. München 1958.

Brüx (=Die sudetendeutschen Selbstverwaltungskörper, Bd. 2). Berlin-Friedenau 1929.

B r z e z o w s k i, Franz: Über die Dauer der Arbeitszeit im Bergbau. Přívoz 1900.

B u n z e l, J.: Die erste Lassalle-Bewegung in Österreich. Leipzig 1914.

C i l l e r, A.: Deutscher Socialismus in den Sudetenländern und der Ostmark. Hamburg 1939.

C z o e r n i g, Carl von: Österreichs Neugestaltung 1848-1858. Stuttgart 1858.

D e m i a n, Johann And.: Darstellung der Österreichischen Monarchie nach den neuesten statistischen Beziehungen. Bd. 1: Böhmen, Mähren und das österreichische Schlesien. Wien 1804.

D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Wien 1908.

D e u t s c h, Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Bd. 1. Wien 1929.

D e u t s c h - G e r m a n, A.: Wo das Elend wohnt. Schilderungen und Erlebnisse. I. Die böhmischen Braunkohlen-Reviere. Wien o. J. (um 1900).

Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Zukunft (Redaktion: Horst Köpstein). Leipzig 1964.

D o r m i t z e r, Maximilian: Die Erwerbsverhältnisse im Böhmischen Erzgebirge. Bericht an d. Centralcomité zur Beförderung d. böhm. Erz- und Riesengebirgs-Bewohner von dessen Mitgliedern Maximi-

lian Dormitzer und Edmund Schebek. Prag 1862.

125 Jahre österreichische Eisenbahnen. Wien Heidelberg 1962.

E n d l e r, Franz Johann: Das soziale Wirken der katholischen Kirche in der Diözese Leitmeritz (=Das soziale Wirken der katholischen Kirche in Österreich, Bd. 11). Wien 1903.

E n g e l - J a n o s i, Friedrich: Die politische Korrespondenz der Päpste mit den österreichischen Kaisern 1804-1918. Wien München 1964.

Heimatkunde des politischen Bezirkes Falkenau, herausgegeben vom Bezirkslehrerverein Falkenau. Falkenau a. d. Eger 1898.

F i c k e r, Rudolf: Die Bevölkerung des Königreiches Böhmen in ihren wichtigsten statistischen Verhältnissen. Wien Olmütz 1864.

F i s c h e r, Wolfram: Arbeitermemoiren als Quellen für Geschichte und Volkskunde der industriellen Gesellschaft. In: D e r s.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, hier: S. 214-223.

D e r s.: Die Stellung der preußischen Bergrechtsreform von 1851-1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts. In: d e r s.: Wirtschaft und Gesellschaft, Göttingen 1971, S. 148-160.

D e r s.: Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851-1865. In: D e r s.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, S. 139-147.

F ö r s t e r, Erwin: Das nordwestböhmische Braunkohlengebiet. Diss. Halle 1937.

F r a n k, Alois: Erinnerungen eines Bergmannes. Brandlorenzen 1968. Beitrag zur Heimatkunde: Zur Verfügung gestellt von den Komotauer Heimatstuben in Erlangen (Es handelt sich um Aufzeichnungen über den nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau, die vom Autor in Briefform an seinen Sohn Alois K. Frank niedergeschrieben wurden.)

F r a n z k e, Karl: Die oberschlesischen Industriearbeiter 1740-1886. Breslau 1936.

F r a s s, Otto: Quellenbuch zur österreichischen Geschichte 1-3. Bd. 3: Von Joseph II. bis zum Ende der Großmacht 1962. Wien 1956-62.

F r i e d j u n g, Heinrich: Österreich von 1848-1860. 2 Bände. Stuttgart und Berlin 1908.

F r o m m e l t, Klaus: Die Sprachenfrage im österreichischen Unterrichtswesen 1848-1859. Graz-Köln 1963.

Führer durch das nordwestböhmische Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. Spezieller Teil. II. Auflage. Brüx 1908 (hrsg. v. Montanistischen Klub).

Gedenkbuch. 20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung. Im Auftrag des Frauenkomitees. Hrsg. von Adelheid Popp. Wien 1912.

Günthersberger, Josef: Brüx und der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. In: Oberdorffer, Kurt(Hrsg.): Nordwestböhmen. Vorträge der ersten Nordwestböhmischen Kulturwoche in Brüx 1932 (3.-6. September). Brüx 1933, S. 31-47.

Haase, Emil: Anleitungen zu einem Vortrag über das Thema: Erfolge und Leistungen der Union der Bergarbeiter. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 43-61.

Hallwich, H.: Töplitz - Eine deutsch-böhmische Stadtgeschichte. Leipzig 1886.

Ders.: Böhmens Industrie und Handel. Wien 1896.

Hannich, Josef: Erinnerungen. Ein Beitrag zu der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung vom Reichsratsabgeordneten Genossen Josef Hannich. Warnsdorf o. J.

Hasenmeyer, Herbert: Die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zum Nationalitätenproblem in Österreich. Diss. phil. (Maschr.). Wien 1950.

Hassinger, Herbert: Der Außenhandel der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Lütge, F. (Hrsg.): Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Stuttgart 1964, S. 61-98.

Ders.: Die Anfänge der Industrialisierung in den böhmischen Ländern. In: Bohemia, Jahrbuch des Collegium Carolinum, Band 2. München 1961, S. 164-181.

Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs 1916-1919. Wien 1970.

Hautmann, H. / Kropf, R.: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Mit einem Vorwort von Karl R. Stadler. Wien/Zürich/München 1974 (2. korrigierte und ergänzte Auflage 1976).

Heger, Anton: Chronik der Gemeinde Kommern. Kommern 1914.

Heilfurth, Gerhard: Die Arbeit als kulturanthropologisch-volkskundliches Problem. In: Die Mitarbeit. Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik 14 (1965), H. 4, S. 19-32.

Ders.: St. Barbara als Berufspatronin des Bergbaues. Ein Streifzug durch ihren mitteleuropäischen Verehrungsbereich. In: Zeitschrift für Volkskunde. 53. Jg., 1956/57, S. 1-64.

Ders.: Bergbau und industrielle Revolution. Einleitungsreferat zum internationalen und interdisziplinären Symposion mit Unterstützung der Fritz-Thyssen-Stiftung in der Schweiz 1976. Später abgedruckt in: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. 29. Jg, (1977), Heft 2-3, S. 34-47.

Ders.: Beiträge zum Wesensbild der bergmännischen Daseinsform. Hessische Blätter für Volkskunde. 51/52 (1960) 69-83.

D e r s.: Das Bergmannslied. Wesen/Leben/Funktion. Ein Beitrag zur Erhellung von Bestand und Wandlung der sozio-kulturellen Elemente im Aufbau der industriellen Gesellschaft. Kassel 1954.

D e r s.: Brauch (Stichwort). In: Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearbeitete und erweiterte Ausgabe. Stuttgart 1969, S. 134/135.

D e r s.: Fest und Feier (Stichwort). In: Wörterbuch der Soziologie, 2. neubearbeitete und erweiterte Ausgabe. Stuttgart 1969, S. 275-277.

D e r s.: Glück auf! Geschichte, Bedeutung und Sozialkraft des Bergmannsgrußes. Essen 1958.

D e r s.: Gottesdienstliche Formen im beruflichen und betrieblichen Leben des Bergbaus. In: Verantwortung für den Menschen. Hrsg. von F. Karrenberg und J. Beckmann. Stuttgart 1957, S. 264-276.

D e r s.: Der erzgebirgische Volkssänger Anton Günther. Leben und Werk. 7. veränderte Auflage. Frankfurt/M 1974.

D e r s.: Wenzel Holek - Ein Arbeiterschicksal im Kontaktbereich von Böhmen und Sachsen. In: Festschrift für Walter Schlesinger. Hrsg. von Helmut Neumann, Bd. 1, Köln/Wien 1973, S. 608-631.

D e r s.: Das Montanwesen als Wegbereiter im sozialen und kulturellen Aufbau der Industriegesellschaft Mitteleuropas. Wien 1972.

D e r s.: Volkskunde. In: Handbuch der Empirischen Sozialforschung. Hrsg. v. René König. Bd. 4 (Taschenbuchausgabe), S. 162-225.

H e r l i t z k a, Ernst K.: Arbeiterkalender 1872-1934. Bibliographie und Autorenverzeichnis. Wien 1962.

H i l f, Rudolf: Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa. Opladen 1973.

H i n n e r, Ernst Karl: Arbeit und Leben des Bergmannes in Fohnsdorf in volkskundlicher Sicht im 19. und 20. Jahrhundert. Graz 1975.

H o l e k, Wenzel: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Jena 1909.

H r a b á k, Josef: Slovníček pro hornický lid (Wörterbüchlein für die Bergleute). Praha 1889.

H r u b ý, Karel: Kirche und Arbeiter. In: Bohemia Sacra. S. 258-268.

H u c k, Gerh.: Arbeiterkonsumverein und Verbraucherorganisation. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet. 1860-1914. In: Reulecke/Weber, Fabrik-Familie-Feierabend. Wuppertal 1978, S. 215-245.

H u e, Otto: Die Bergarbeiter. Zweiter Band. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Stuttgart 1913.

H ü b s c h, F. L.: Versuch einer Geschichte des böhmischen Handels, in besonderer Beziehung auf die Fluß-Schiffahrt und das Commercial-Straßenwesen; ferner der Manufacturen und der so innig damit verbundenen Wissenschaften und Künste, so wie des

Berg-, Münz-, Finanz- und Zollwesens aus der Periode der Přemisliden, dem Interregnum und den nachfolgenden Lützelbürgern. Prag 1849.

Hugelmann, K.: Beiträge zur Geschichte und Statistik der politischen Vereine in Österreich: Das politische Vereinsleben des Jahres 1848. In: Österreichische Zeitschrift für Verwaltung 19 (1886) Nr. 50/51 und 52.

Jacobeit, W. und Mohrmann, Ute, (Hrsg): Kultur und Lebensweise des Proletariats. Kulturhistorisch-volkskundliche Studien und Materialien. 2. Auflage. Berlin (O) 1974.

Jahresbericht der Vereinigten Brüx-Dux-Oberleutensdorfer Revier-Bruderlade für das Jahr 1888. Dux 1888.

Jarolim, Anton: Anleitung zu einem Vortrage über das Thema: Aus der Geschichte der Bergarbeiter. In: Die Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 13-39.

Jauernig, Edmund: Die "Mitteleuropa"-Konzeption Josef Seligers. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, S. 181-191.

John, V.: Die Vorschuß- und Kredit-Vereine (Volksbanken) in Böhmen. Ein Beitrag zur Vereinsstatistik Böhmens. Herausgegeben vom Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Prag 1870.

Kallus, Franz: Die Landwirtschaft im unteren Egerlande (Nordböhmen) und der Einfluß des Kohlenbergbaus auf die Landwirtschaft daselbst. Brüx 1908.

Karbusický, Vladimir: Zur Entstehung des tschechischen und slowakischen Bergmannsliedes. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Berlin (O). 5. Band, Jg. 1959, S. 361-377.

Kirnbauer, Franz: Zur Geschichte der Bergmannstage in Österreich. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, Jg. 14 (1962), Heft 4, S. 3-10.

Klabouch, Jiří: Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848-1918. München-Wien 1968.

Koch, Max-Jürgen: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889-1914). Düsseldorf 1954.

Kohl, Johann Georg: Hundert Tage auf Reisen in den österreichischen Staaten. 1. Reise in Böhmen 1842. Dresden und Leipzig 1842.

Thiel, H. und Wilbrandt, R. (Hrsg.): Schriften des Vereins für Socialpolitik. Untersuchungen über Konsumvereine. 151. Band: Monographien aus dem Konsumvereinswesen. Dritter Teil: Der Stand der Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den wichtigsten Kulturländern bei Kriegsausbruch 1914. München und Leipzig 1919.

Heimatkunde des politischen Bezirks Komotau, die Gerichtsbezirke: Komotau, Görkau, Sebstiansberg umfassend. Komotau 1898.

Kořalka, J.: Über die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewe-

gung in der Tschechoslowakei (Aus dem Tschechischen von Horst Köpstein). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961). Berlin (0), S. 111-143.

D e r s . : Der Kampf der Arbeiterklasse um freundschaftliche Beziehungen zwischem dem tschechoslowakischen und dem deutschen Volk. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, S. 153-180.

K o r f f, Gottfr.: Bemerkungen zur Arbeitervolkskunde. In: Tübinger Korrespondenzblatt Nr. 2. Januar 1971, S. 3-8.

K o s c h, Wilhelm: Die Deutschen in Österreich und ihr Ausgleich mit den Tschechen. Leipzig 1909.

K r a h l, Ignaz: Geschichte der königlichen Stadt Komotau. Komotau 1914.

K r a l i k, Emil: Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaften. Wien 1891.

K r a l l e r t / K u h n / S c h w a r z: Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung. Bielefeld, Berlin, Hannover 1958.

K r a m e r, Dieter: Geschichte der Arbeiterbewegung und Volkskultur. Ein Literaturbericht (Forschungsbericht). In: Zeitschrift für Volkskunde, 73. Jg., 1977, S. 246-281.

D e r s.: Literatur zur Kultursoziologie der Arbeiter. In: Zeitschrift für Volkskunde, 71. Jg., 1975 I., S. 88-103.

D e r s.: Sozialkulturelle Lage und Ideologie der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. In: Wiegelmann, G. (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. (=Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskunde-Kongresses in Trier vom 13.-18. September 1971). Göttingen 1972, S. 112-134.

K r a m e r, Karl-S.: Arbeitsanfang und -abschluß als Kernelement des Brauchtums. In: Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongreß 1965 in Marburg. Göttingen 1967, S. 354-361.

K r c a l, August: Durch Wahrheit zur Klarheit. Blätter aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs (1867-1894). Zürich 1913.

K r e j č i, Jaroslav (Hrsg.): Sozialdemokratie und Systemwandel. Berlin-Bonn 1978.

K r e u z, Adolf: Geschichte der Stadt Dux. Dux (1933).

Der deutsche Landwirt (Zeitung vom 1. October 1895). Bürger- und Bauerntag in Brüx am 28. September 1895, Beilage.

L a m m e l, Inge: Das deutsche Arbeiterlied. Leipzig-Jena-Berlin (O) 1962.

L a n g e, Irmgard: Formen und Entwicklung des Bergmannshauses von den Anfängen bis zur Gegenwart. In: Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongreß 1965 in Marburg. Göttingen 1967, S. 67-81.

L e h m a n n, Emil: Sudetendeutsche Volkskunde. Leipzig 1926.

L e h o v e c, Otto: Die Rangordnung der Städte in Böhmen 1830 und 1940. Ein Beitrag zur Verstädterung. In: Zeitschrift für Ostforschung. 5. Jg., 1956 S. 58-67.

L e m b e r g, Hans: Die Kirche in unserem Jahrhundert 1918-1973. In: Seibt (Hrsg.) Bohemia Sacra 26-32.

L i d t k e, Vernon L.: Die kulturelle Bedeutung der Arbeitervereine. In: Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Göttingen 1973, S. 146-159.

L i l l, Rudolf: Oberleutensdorf. Ein Beitrag zur Heimatkunde. Oberleutensdorf 1923.

L u d w i g, Martin H.: Arbeiterliteratur in Deutschland. Stuttgart 1976.

L ü t g e, F. (Hrsg.): Die wirtschaftliche Situation in Deutschland um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. München 1964.

Nordböhmische Maschinenstürmer. In: Die Brücke. 6. 1952, Nr. 14, S. 5.

M e t z n e r, Max: Die soziale Fürsorge im Bergbau unter besonderer Berücksichtigung Preußens, Sachsens und Österreichs. Jena 1911.

M e y e r, Rudolf: Der Emancipationskampf des vierten Standes. Bd. 1. 2. Berlin 1874/1875.

Die tschechischen Minderheiten im nordwestböhmischen Kohlenrevier. (=Flugblätter für Deutschösterreichs Recht, herausgegeben von Dr. A. R. v. Wotawa, Nr. 16). Wien 1919.

M i s c h l e r, Ernst: Österreichisches Städtebuch. Wien 1887.

D e r s.: Die Wohnverhältnisse der arbeitenden Klassen in den österreichischen Städten. Sonderdruck aus: "Österreich-Ungarische Revue", Januar-Heft 1888.

M o k r e, Johann: Grundriss der Arbeiterkunde. Wien 1950.

M o l i s c h, Paul: Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848-1918. Wien und Leipzig 1939.

M o m m s e n, Hans: Das Problem der internationalen Integration in der böhmischen Arbeiterbewegung. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum. Band 2, München 1961, S. 193-208.

D e r s.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963.

Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Böhmen (2. Abteilung). Wien 1896.

N e s p i t a l, Margarete: Das deutsche Proletariat in seinem Lied. Diss., Rostock 1932.

N e u g e b a u e r, Wolfgang: Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich. Wien 1975.

N e u l o h, Otto: Betriebssystem und Betriebsklima des Bergbaus im sozialen Wandel der Industriegesellschaft. In: Der Anschnitt -

Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. 29. Jg. (1977), Heft 2-3, S. 80-87.

Neumann, Siegfried: Arbeitserinnerungen als Erzählungsinhalt. In: Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongraß 1965 in Marburg. Göttingen 1967, S. 274-284.

Nilsson, Martin P.: Der erste Mai. In: Hessische Blätter für Volkskunde. Bd. 49/50 (1958), S. 203-206.

Nordwestböhmen. Vorträge der 1. Nordwestböhmischen Kulturwoche in Brüx. Brüx 1933.

Obermann, K. und Polišenský, J. (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (O) 1958.

Obermann, Karl: Hauptprobleme der Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, S. 3-50.

Ders.: Zur Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert. In: Obermann/Polišenský (Hrsg.): Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte. Berlin (0) 1958, S. 331-370.

Oberschall, Albin: Der politische Besitzstand der Deutschen in den Sudetenländern. Eger 1922.

Ders.: Die gegenwärtige Stärke der politischen Parteien aller Völker der Tschechoslowakischen Republik aufgrund der Wahlen in den Jahren 1923 und 1924. Prag 1924.

Ders.: Das deutsche und tschechische Schulwesen in der Tschechoslowakischen Republik. Prag (1922).

(Oberschlesien) Handbuch des Oberschlesischen Industriebezirks. Als Band II der Festschrift zum XII. Allgemeinen Bergmannstage in Breslau 1913 herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein. Kattowitz 1913.

Oberwinder, Heinrich: Die Arbeiterbewegung in Österreich. Eine authentische geschichtliche Darstellung. Wien 1875.

Paul, Ernst: Josef Seliger. Ein großer Sohn der Sudetendeutschen. München (1946).

Paul, Ernst und Werner, Emil: Was nicht in den Geschichtsbüchern steht. Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. München 1961.

Pawek, J.: Das Wesen des Arbeiter-Strike und das Verhältniß der Administrativ-Behörden zu demselben. Prag 1871.

Peez, Alexander und Pechar, (...): Beiträge zur Kohlenfrage in Österreich. Mit Zusätzen erweiterter Abdruck aus den Berichten der vom Gemeinderathe niedergesetzten Approvisionierungs-Enquête der Stadt Wien. Wien 1871.

Pelc, Ignaz: Bericht über die sanitären Verhältnisse und Einrichtungen des Königreiches Böhmen in den Jahren 1902-1905. Prag 1907.

P f i t z n e r, Josef: Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848. Augsburg 1926.

D e r s.: Nordböhmen und Sachsen in den Jahren 1848/1849. In: Nordwestböhmen (Hrsg. Oberdorffer): Vorträge der ersten Nordwestböhmischen Kulturwoche in Brüx 1932. Brüx 1933, S. 73-79.

D e r s.: Die Wahlen der Frankfurter Nationalversammlung und der Sudetenraum. In: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte. V. Jg., 1941, S. 199-240.

P i r c h a n, Gustav/ W e i z ä c k e r, Wilhelm/ Z a t s c h e k, Heinz: Das Sudetendeutschtum. Berlin 1939.

P o l l a c k, Richard: Die Böhmische Braunkohle in den letzten 25 Jahren. Chronologisch-statistische Tafel über Productions-, Transport- und Absatzverhältnisse, nach amtlichen Quellen bearbeitet von Richard Pollack. Teplitz (Dux) (um 1886).

v o n P o l z e r, Artur Ritter: Die Heimatgesetznovelle vom 5. Dezember 1896 RGBl. Nr. 222 und deren Rechtsgrundsätze, nach der einschlägigen Judikatur des k. k. Verwaltungsgerichtshofes. Wien 1907.

P r i b r a m, Karl: Der Normalarbeitstag in den gewerblichen Betrieben und im Bergbau Österreichs. Wien 1906.

R á d l, Emanuel: Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen. Ins Deutsche übertragen von Richard Brandeis. Reichenberg 1928.

R a u c h b e r g, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Bd. 1-3. Leipzig 1905.

R e i m a n n, Paul: Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Hamburg-Berlin 1931.

D e r s.: Zum nationalen und internationalen Geschichtsbild der Arbeiterklasse. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, S. 51-61.

R e s s e l, G. A.: Der gegenwärtige Bergwerksbetrieb im nordwestlich böhmischen Kohlenbecken und sein Verhältnis zur Landwirtschaft daselbst. Sobochleben bei Mariaschein 1895.

R e u l e c k e, J./ W e b e r, W. (Hrsg.): Fabrik-Familie-Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter. Wuppertal 1978.

R ž i h a, F.: Die Osseg-Teplitzer Katastrophe. Allgemein erläutert. Wien 1879.

S c h l e g e l, Friedrich: Der nordwestböhmische Braunkohlenbergbau. Prag 1917.

S c h l e s i n g e r, Ludwig: Die Nationalitätsverhältnisse Böhmens. Stuttgart 1886.

S c h m i d t v o n B e r g e n h o l d, Johann Ferd.: Übersichtliche Geschichte des Bergbau- und Hüttenwesens im Königreich Böhmen von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten nebst einer Geschichte der einzelnen noch im Betrieb stehenden wie auch der aufgelassenen montanistischen Unternehmungen in diesem Lande. Prag 1880.

S c h m i d t, Karl: Aus der Geschichte der Union der Bergarbeiter. In: Sudeten Jahrbuch der Seliger-Gemeinde 1963, S. 47-57.

S c h n e i d e r, Ernst: Die heilige Barbara im Glauben und Brauch der Bergleute. In: Der Anschnitt-Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau. Jg. 5(1953), Heft 4-6, S. 4-7.

D e r s.: Bergmännisch Glück. Der Glücksbegriff in der Bergbaunamengebung. In: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, Bd. XV (Neue Folge), Wien 1961, S. 108-117.

S c h n e i d e r, Gustav: Der Braunkohlen-Bergbau in den Revieramts-Bezirken Teplitz, Brüx und Komotau. Festschrift dem Allgemeinen Bergmannstage in Teplitz gewidmet von dem Verein für die bergmännischen Interessen im nordwestlichen Böhmen. Teplitz 1899.

S c h r o u b e k, Georg R.: Volksfrömmigkeit und Brauch. In: Seibt (Hrsg.): Bohemia Sacra, S. 455-464.

S e d l m e y e r, Karl: Landeskunde der Tschecho-Slowakei. Frankfurt am Main 1973.

S e i b t, Ferd. (Hrsg.): Bohemia Sacra. Das Christentum in Böhmen 973-1973. Düsseldorf 1974.

D e r s.: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. München 1974.

D e r s.: Kirche und Gesellschaft von den Anfängen bis zum Ende der Monarchie. In: Bohemia Sacra, S. 11-25.

S i e b e r, Friedrich: Beziehungen zwischen Arbeit und Brauchtum. In: Arbeit und Volksleben. Deutscher Volkskundekongreß 1965 in Marburg. Göttingen 1967, S. 348-353.

D e r s.: Die bergmännische Lebenswelt als Forschungsgegenstand der Volkskunde. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde. Berlin (O) 5. Band, Jg. 1959, S. 237-242.

S k a l n i k o v a, Olga: Bergmannstrachten und Bergparaden in Böhmen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde. 5. Band, Jg. 1959, S. 389/390.

S l a p n i c k a, Helmut: Die Kirchen in der Ersten Republik. In: Seibt (Hrsg.): Bohemia Sacra, S. 333-344.

Š o l l e, Zdeněk: Die Sozialdemokratie in der Habsburger Monarchie und die tschechische Frage. In: Archiv für Sozialgeschichte. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. VI./VII. Band, 1966/67, S. 315-390.

S o s n o w s k y, Theodor v.: Die Politik im Habsburgerreiche. Randglossen zur Zeitgeschichte. (Berlin) 1912.

Deutsche und tschechische Sozialdemokraten. Eine Auseinandersetzung von der Internationale. (Hilfsverein für Deutschböhmen und die Sudetenländer). Wien 1923.

Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Zum 50. Geburtstag von Wenzel Jaksch. Malmö 1946.

Das deutsch-böhmische Sprachgebiet nach der letzten Volkszählung

(=Schrift des Deutschen Schulverlages). Wien 1894.

Steiner, Herbert: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867-1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereines bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld. Wien 1964.

Ders.: Bibliographie zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung 1867-1918. Wien 1962.

Steinnitz, Wolfgang: Arbeiterlied und Volkslied. In: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde. 12/1966, S. 1-14.

Ders.: Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten. Bd. I/II. o. O. 1962.

Sternberg, Kaspar Graf: Umrisse einer Geschichte der böhmischen Bergwerke. Bd. 1-. Prag 1836-37.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. in ihren Rückwirkungen auf die industriellen, Effekten- und Geldmarktverhältnisse. Vom Verein für Socialpolitik herausgegeben. Leipzig 1903.

Strauß, Emil: Die Geschichte des Konsumvereines Teplitz-Schönau 1890-1930. In: 40 Jahre Konsumverein in Teplitz-Schönau 1930, S. 3-63.

Ders.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Bd. 1: Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung. Prag 1925. Bd. 2: von Hainfeld bis zum Weltkrieg. Prag 1926.

Sudetenjahrbuch 1963.

Teifen, T. W. (Pseudonym für Wollschack, Th.): Die Besitzenden und die Besitzlosen. Wien 1906.

Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn - Bad Godesberg 1977.

Ders.: Bergmännisches Vereinswesen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung. In: Reulecke/Weber (Hrsg.): Fabrik-Familie-Feierabend. Wuppertal 1878, S. 315-344.

Teuteberg, H. J. und Wiegelmann, G.: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung (=Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, Bd. 3). Göttingen 1972.

Theimer, Camilla: Frauenarbeit in Österreich. Wien 1909.

Tichay, Eduard: Erste Anfänge. In: 40 Jahre Konsumverein in Teplitz-Schönau. Teplitz-Schönau 1930, S. 69-74.

Tichy, Wenzel: Gegnerische Organisationen und Unternehmerorganisationen im Bergbau. In: Schule des Vertrauensmannes der Union der Bergarbeiter. Turn-Teplitz 1928, S. 101-120.

Tremel, Ferdinand: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs. Wien 1969.

Tscherney, A.: Beitrag zur Geschichte der Stadt Türmitz. Türmitz 1909.

T ü r p, Max: Die Entstehung des Kohlenbergbaus im Braunkohlenrevier Teplitz-Brüx-Komotau. München 1975.

U m l a u f t, Franz-Josef: Geschichte der deutschen Stadt Aussig. Eine zusammenfassende Darstellung von der Städtegründung bis zur Vertreibung der Deutschen. Herausgegeben vom Hilfsverein Aussig e. V. München. Bayreuth 1960.

Über die Verhältnisse des böhmischen Kohlenbergbaues. Ein Wort zur Aufklärung aus Anlaß des Streikes im Sommer 1889 vom Montanverein für Böhmen. Prag 1890.

V a ř e k a, Josef: Doplňková zaměstnání horníků na Mostecku se zvláštním zřetelem k dnes uz zaniklé obci Souš (Nebenbeschäftigungen der Bergleute im Kreisgebiet von Most mit besonderer Berücksichtigung der heute bereits erloschenen Gemeinde Sous). In: Český Lid, 56 (1969), S. 1-8.

D e r s.: K otazce vzniku a vývoje etnografického regionu v průmyslové oblasti Severních Čech (Zur Frage der Entstehung und Entwicklung der ethnographischen Region in dem Industriegebiet von Nordböhmen - Zweite ethnographische Studie über das Nordböhmische Braunkohlenrevier). In: Český Lid, 57 (1970), S. 190 bis 198.

D e r s.: Vývoj dělnického interiéru a způsobu bydlení horníků v oblasti Mostu a Duchcova (Třetí etnografická studie ze Severočeského hnědouhelného revíru se zvlástním zřetelem k dnes už zaniklé obci Souš a Ledvice) - (Die Entwicklung des Arbeiterinterieurs und die Wohnungsart der Bergarbeiter im Gebiet Most (Brüx) und Duchcov (Dux) (Dritte ethnographische Studie aus dem nordböhmischen Braunkohlenrevier mit besonderer Rücksicht auf die heute schon untergegangenen Gemeinden Souš und Ledvice).) In: Český Lid, 58 (1971), S. 1-15.

D e r s.: Hornická Kolonie v Oseku u Duchcova (Čtvrtá etnografická studie z SHR) - (Die Bergmannskolonie in Osek bei Duchcov (Vierte ethnographische Studie zum aus dem nordböhmischen Braunkohlenrevier).) In: Český Lid, 61 (1974), S. 197-204.

D e r s.: Záchranné etnografické výzkumy UEF ČSAV v letech 1971-1975 (Ethnographische Rettungserforschungen des Instituts für Ethnographie und Folkloristik der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1971-1975). In: Český Lid, 64 (1977), S. 41-49.

V e r k a u f, Leo: Die Gesetzgebung zu Gunsten der Bergarbeiter in Deutschland und Österreich (Sonderabdruck). Tübingen 1891.

V e s t e r, Michael: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848. Frankfurt/Main 1970.

V o l z, Josef: Geschichte des Buchdrucks in Böhmen und Mähren bis 1848. Weimar 1928.

W ä c h t l e r, E.: Die Lebens- und Arbeitswelt der Bergarbeiterschaft vor und nach der industriellen Revolution. In: Der Anschnitt, Jg. 29 (1977), Heft 2-3, S. 102-109.

W e b e r, E.: Die Berufszugehörigkeit und ihre Zusammenhänge mit der Bevölkerungsanhäufung und der Tschechisierung im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet. Phil. Diss., Leipzig 1935.

W e b e r, Wolfhard: Der Arbeitsplatz in einem expandierenden Wirtschaftszweig: Der Bergmann. In: Reulecke/Weber (Hrsg.): Fabrik-Familie-Feierabend. Wuppertal 1975, S. 89-113.

Weg, Leistung, Schicksal. Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung in Wort und Bild (Gewidmet Ernst Paul zum 75. Geburtstag). Stuttgart 1972.

W e i s s, Richard: Sozialistische Maifeier und Volksbrauch. In: Schweizer Monatsschrift "Du", Mai 1943 (Sonderabdruck), S. 3-7.

W e i z s ä c k e r, Wilhelm: Geschichte des Bergbaus in den Sudetenländern. Reichenberg 1928.

W e i z s ä c k e r, W./ Z i m m e r, K.: System des tschechoslowakischen Bergrechts unter Berücksichtigung des österreichischen. Prag 1933.

W i e g e l m a n n, G.: Alltags- und Festspeisen. Marburg 1967.

W i e g e l m a n n, G. (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert. Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskundekongresses in Trier vom 13.-18. September 1971. Göttingen 1971.

W i e g e l m a n / Z e n d e r / H e i l f u r t h: Volkskunde. Eine Einführung. Berlin 1977.

W o l f, Richard: Materialien zur Lebensweise der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit der Weimarer Republik. In: Jocabei/Mohrmann (Hrsg.): Kultur und Lebensweise des Proletariats. Berlin (O) 1974, S. 185-211.

W ü n s c h, F. J.: Geschichte der völkischen Arbeiterbewegung und die Anfänge der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Bezirk Aussig. In: Beiträge zur Heimatkunde des Aussig-Karbitzer Bezirkes, 18. Jg. 1938, S. 131-134.

Z e ß n e r, H.: Die städtisch-industrielle Konzentration der Bevölkerung und die Abwanderung vom Lande in Böhmen in der Zeit von 1880-1900. Diss., Berlin 1911.

Z e s s n e r, Klaus: Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899-1920. Stuttgart 1976.

Z i c k e r t, H.: Die wirtschaftliche Bedeutung der böhmischen Braunkohlen. Teplitz 1908.

Lebenslauf

Ich wurde am 2.10.1950 in Elz (Kreis Limburg-Weilburg) als Sohn des Postbeamten Hubert Englisch und seiner Ehefrau Lieselotte (geb. Jaschke) geboren. In den Jahren 1957 bis 1961 besuchte ich in meinem Geburtsort die Volksschule, danach wechselte ich auf die Fürst Johann Ludwig-Schule nach Hadamar,die damals noch ein rein altsprachliches Gymnasium war. Dort bestand ich im Juni des Jahres 1969 das Abitur. Nach der Ableistung des Grundwehrdienstes begann ich mit dem Studium an der Justus Liebig-Universität in Gießen. Hier legte ich in den Jahren 1976 und 1977 das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Wissenschaft von der Politik und Geographie sowie die Erweiterungsprüfung im Fach Germanistik mit Erfolg ab. Schon während meines Studiums in Gießen hatte ich damit begonnen, an der Philipps-Universität in Marburg, zunächst als Zweithörer, das Fach Volkskunde zu belegen. Zum Sommersemester des Jahres 1977 wechselte ich dann ganz nach Marburg über, um die Promotion mit dem Hauptfach Volkskunde und den Nebenfächern Völkerkunde und Wissenschaftliche Politik anzustreben.

R. Oldenbourg Verlag

ISBN 3-486-51061-4